This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

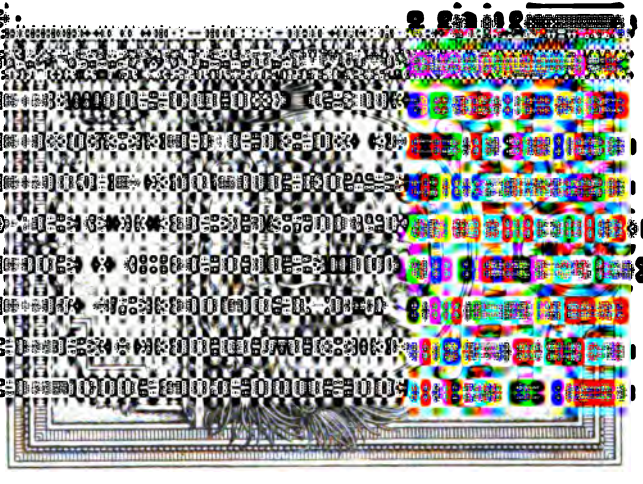
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

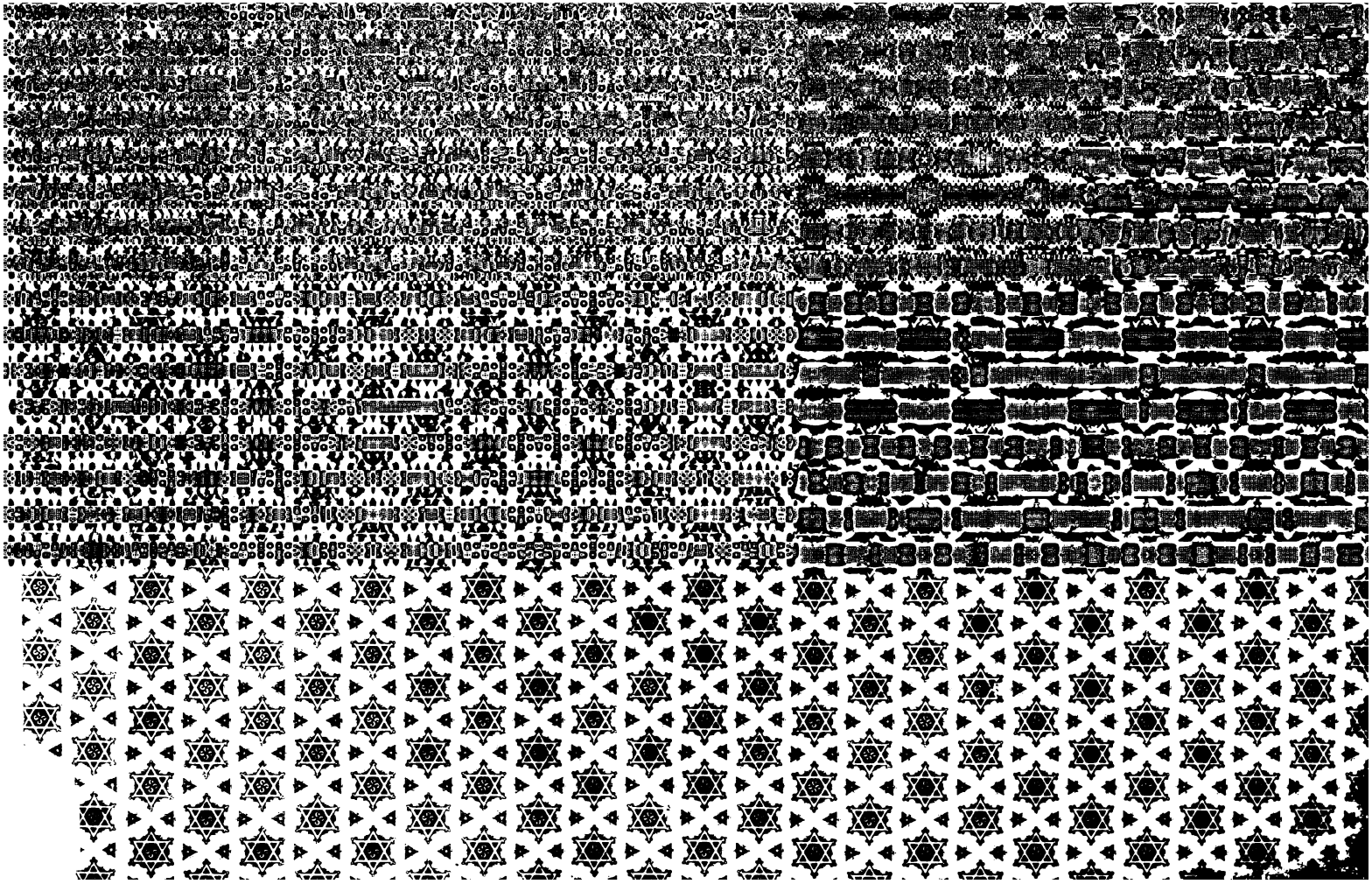
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

A 878,406





D
15
.D92
H42

Das Leben

Max Dunckers

65749

erzählt

von

R. Haym.

Mit Max Dunckers Bildniß.

Berlin 1891.
R. Gaertners Verlagsbuchhandlung
Hermann Heyfelder.
SW. Schönebergerstraße 26.

Die nachfolgende Erzählung verdankt ihre Entstehung dem Wunsche der Wittwe Max Dunckers, der nun auch dahingegangenen Frau Charlotte Duncker.

So dringend und vertrauend legte sie mir diesen Wunsch ans Herz, daß es mir unmöglich gewesen wäre, mich ihm zu versagen. Auch hatte ich nach dem, was der Verstorbene mir gewesen, über das Recht, eine Darstellung seines Lebens zu versuchen, keinen Zweifel. Desto mehr freilich darüber, ob ich der Aufgabe gewachsen sei, zumal da gleich nach seinem Tode Mehrere, die ein ähnlich nahes Verhältniß zu ihm gehabt, sein Bild in allen Hauptzügen wahr und treu und mit allem Antheil des Herzens zu zeichnen sich beeilt hatten. Würde ich, weder Historiker noch Politiker von Fach, eine ausgeführtere Geschichte seines Lebens, die neben seinem Charakterbilde zugleich ein Stück Zeitgeschichte geben mußte, reichlich genug auszustatten, fesselnd genug zu erzählen im Stande sein?

In vielem Betracht bei Weitem berufener dazu mußte ich sie selbst halten, die vorzügliche Frau, die, im vollen Besitze des biographischen Materials, aus innigster Vertrautheit mit seinem Wesen, fein und verständnißvoll, mit dem Geschick der Liebe, lebendiger und individueller als irgend ein Dritter dies Leben würde haben darstellen können. Sie fürchtete jedoch die Parteilichkeit ihrer Liebe und sprach überdies das bestimmte Gefühl aus, daß es einer weiblichen Hand weder zieme noch gelingen könne, Haltung und Charakter in die Schilderung der politischen Welt zu bringen, mit der die Geschicke ihres Mannes so vielfach verwickelt waren. Dies nun ließ keinen Widerspruch

zu, und ich mußte mich mit dem Versprechen begnügen, daß sie mir in den gesammten Brief- und Actennachlaß des Verewigten rückhaltlos Einsicht gewähren, mir mit der Aufzeichnung ihrer eigenen Erinnerungen und überhaupt in jeder irgend zu wünschenden Weise hülfreich vor- und in die Hand arbeiten werde.

Sie hat es gehalten. Die Jahre, um die sie den geliebten Mann überleben sollte, hat sie fast ausschließlich dem Dienste seines Andenkens gewidmet und darin den Trost gefunden, den das Unverschmerzliche zuläßt. In jeder Weise war der Eifer ihrer Liebe darauf bedacht, der Welt die Spuren seines Wirkens sichtbarer zu machen, sein Wort und seine Rede den Freunden wie die eines Lebenden zu vergegenwärtigen. Den Abschluß dieser Bemühungen sollte die Lebensgeschichte bilden. Mit nicht rastendem Fleiße, mit gewissenhafter Sorgfalt und ausdauerndster Geduld ordnete, sichtete, verarbeitete sie die in erstaunlicher Vollständigkeit in dem Dunckerschen Hausarchive aufbewahrten Documente seines Lebens. Was sich von brieflichen Aeußerungen in fremden Händen befand, wußte sie zu einem guten Theile herbeizuschaffen. Alles endlich ergänzte sie aus dem eigenen treuen Gedächtniß und entwarf so einen von Jahr zu Jahr, oft von Tag zu Tag fortschreitenden Bericht, der sich immer wieder in freudigem Aufschauen zu dem Bilde des Geliebten zusammenfaßte. So hat sie das gemeinsam geführte Leben noch ein zweites Mal durchlebt und die Herzensgemeinschaft, welche Beide verband, noch nach dem Tode des Vorangegangenen fortgesetzt. Erst wenige Tage vor ihrem eigenen Tode legte sie die Feder nieder: das letzte Heft ihrer Aufzeichnungen trägt die Ueberschrift „Alter und Tod".

Auf der Grundlage und unter freier, hie und da auch wörtlicher Benutzung dieser Vorarbeiten, mit Heranziehung noch weiterer, mir von anderen Seiten bereitwillig zur Verfügung gestellten Materialien ist die nachfolgende Biographie verfaßt. Daß der Standpunkt des Freundes, der dem Freunde ein öffent-

liches, vor dem Ernſte der Geſchichte Stand haltendes Denkmal ſtiften will, ein anderer ſei, als der der Verfaſſerin jener Erinnerungsblätter, hat dieſe bereitwillig anerkannt. Wie übertrieben das Zutrauen war, das ſie in das Maß meiner Kräfte geſetzt hatte: den Glauben, den ſie von der Treue meiner Verehrung für den Verſtorbenen und von der Ehrlichkeit meiner Hingabe an die übernommene Aufgabe hegte, möchte ich um Alles in der Welt nicht getäuſcht haben. Nur Proben der langſam fortſchreitenden Arbeit habe ich ihr vorlegen können. Ich bin nicht ſicher, ob der Beifall, den ſie dieſen ſchenkte, auch den ſpäteren, eine ſchwerere Verantwortlichkeit bedingenden Abſchnitten in gleichem Maße zu Theil geworden wäre. Die Verpflichtung nichts deſto weniger, mit dem Werke, deſſen Vollendung ſie nicht erleben ſollte, vor die Oeffentlichkeit zu treten, band mich nun nur um ſo ſtärker. Möchten diejenigen, die Max Duncker gekannt und geliebt haben, nicht unzufriedener mit dem Ganzen ſein als mit dem Anfange diejenige war, die ihn am beſten kannte und am meiſten liebte! Den Mann ſelbſt, den ich vorzuführen verſucht habe, laſſe ich dann dafür ſorgen, daß ihm auch neue Verehrer erweckt und daß ſeine Geſtalt auch dem heutigen Geſchlechte ehrwürdig werde.

Halle, im April 1891.

R. H.

Inhalt.

		Seite
1.	Herkunft, Elternhaus und Schule	1
2.	Die Universitätsjahre und die Promotion	12
3.	Früchte und Folgen der Universitätszeit	24
4.	Der junge Docent	37
5.	Politische Lehrjahre	54
6.	Die Revolution und das Frankfurter Parlament	82
7.	Agitatorische Thätigkeit. Hoffnungen und Enttäuschungen	104
8.	Unter dem Druck der Reaction	134
9.	Im Schwabenlande	173
10.	Im Dienste der neuen Aera	194
11.	Eintritt in den Dienst des Kronprinzen	239
12.	Kritische Tage	266
13.	Noch immer im Dienste des Kronprinzen	312
14.	Die Wege trennen sich	349
15.	Späterer Antheil an der Politik	385
16.	Neuer Beruf	414
17.	Die preußische Geschichte und die Kriegsakademie	430
18.	Alter und Tod	446

1.

Herkunft, Elternhaus und Schule.

Als Hiſtoriker und als guter Sohn hat Max Duncker ſelbſt dafür geſorgt, daß wir über ſeine Herkunft und insbeſondere über das Leben ſeines Vaters wohlunterrichtet ſind. Die Blätter, die er nach des Letzteren Tode „zur Erinnerung an Karl Friedrich Wilhelm Duncker“ verfaßte, führen den väterlichen Stammbaum bis zum Ende des 17. Jahrhunderts zurück. Weſtfalen iſt die Heimat der Familie: dem geiſtlichen Beruf haben die älteſten Glieder derſelben, von denen wir wiſſen, angehört.

Anfangs evangeliſcher Pfarrer und Seelſorger auf der Ippenburg, verwaltete Johann Konrad Duncker von 1699 bis zu ſeinem Tode 1718 das Pfarramt zu Lintorf. Dem älteren ſeiner beiden Söhne hatte er die eigenen Vornamen gegeben. Im Waiſenhauſe zu Halle fand dieſer in ſeinem ſiebzehnten Jahr Aufnahme, ſtudirte an der dortigen Univerſität Theologie und kehrte dann in ſeine weſtfäliſche Heimath zurück. Dem geſchickten Candidaten, der ſich in mehreren Stellungen in der Grafſchaft Ravensberg als Informator bewährt hatte, verſchaffte 1745 die Empfehlung des angeſehenen Pfarrers Chriſtophori in Bielefeld das Conrectorat am Bielefelder ſtädtiſchen Gymnaſium, und im Jahre darauf machte der Bielefelder Conrector die Tochter ſeines Gönners zu ſeiner Frau. Bald ſollte der armen Frau das Leben hart werden. Zu früh ſtarb ihr der Vater; nur erſt 45 Jahre alt, 1757, ſtarb auch der Mann und ließ ſie mit einer zehnjährigen Tochter, einem achtjährigen Sohn Chriſtian Wilhelm zurück. Es waren die Zeiten

des siebenjährigen Krieges. Wenige Tage nach dem Tode des Conrectors Duncker besetzte und plünderte die durch Westfalen nach der Elbe vordrängende französische Armee Bielefeld und zwang die Wittwe, mit ihren beiden Kindern Zuflucht bei der Familie ihres mütterlichen Oheims, des Obersten Petri zu Kossenblatt in der Mark zu suchen. Auch hier jedoch wurde sie von den Verheerungen des Krieges ereilt. Von den Russen wird im folgenden Jahre auch Kossenblatt geplündert. Ihrer Habe verlustig, erlangt sie indeß für ihren Sohn Aufnahme in das Waisenhaus zu Oranienburg. So kam es, daß sich an die Verpflanzung nach der Mark der Uebertritt der Dunckers aus dem geistlichen in einen bürgerlichen Beruf knüpfte. Denn mit dem besten Zeugniß und der üblichen Aussteuer wurde der Knabe von jener Anstalt aus bei einem Berliner Kaufmann in die Lehre gegeben. Nach acht Jahren bereits hat er sich ein bescheidenes eigenes Geschäft gegründet, ist Berliner Bürger geworden und hat nach vier weiteren Jahren eine Frau heimgeführt. Da ist er, nur erst vierunddreißigjährig, 1783, mit Zurücklassung eines einzigen Sohnes, gestorben. Dieser, Karl Friedrich Wilhelm, ist der Vater unseres Max.

Er war, sagt Max in dem biographischen Denkmal, das er ihm gestiftet, der dritte seines Geschlechts, der sich, gleich seinem Vater und Großvater in frühester Jugend verwaist, durch eigene Kraft emporzuarbeiten hatte. Mit angeerbter Tüchtigkeit, mit zuversichtlicher und entschlossener Strebsamkeit gelang es ihm rasch und in der glücklichsten Weise. Von seinem Stiefvater, der mit der Mutter den kleinen Materialwaarenladen in der Fischerstraße fortführte, wurde er zum Kaufmann bestimmt und daher von dem Kölnischen Gymnasium, das er anfangs besuchte, in die neu gegründete Berliner Handlungsschule versetzt, um dann in ein kleines Ladengeschäft als Lehrling einzutreten. Aus diesen engen Verhältnissen rang er sich in eine höhere Sphäre hinauf. Der empfängliche Geist des Enkels schien etwas wie eine Erinnerung an die geistigere Bildung bewahrt zu haben, in der seine Vorfahren gestanden hatten. Die am Ende des vorigen Jahrhunderts stolz und reich aufgeblühte deutsche Litteratur fing an, ihm wichtiger zu werden als der Kram seines Ladentisches. Seine Freude an Büchern, sein Interesse für die Schriftstellerwelt ließ ihn mehr

und mehr Verkehr mit jungen Buchhändlern suchen und endlich den Entschluß in ihm reifen, sich selbst dem Buchhandel zu widmen. Noch spät — denn das neunzehnte Jahr lag hinter ihm — aber mit Eifer und Leichtigkeit lernte er um. Im November 1801 trat er seine Lehrzeit im Buchhandel bei Georg Voß in Leipzig an und erwarb sich während seiner vier Lehrjahre durch seinen schnellen Verstand, durch seine leichte und glückliche Auffassungsgabe, durch das Gewinnende seines Benehmens in seinem Principal einen väterlichen Freund. Anfang Februar 1806 trat er als Geschäftsgehülfe in die Buchhandlung Heinrich Frölichs in Berlin ein. Nur wenige Wochen hatte er in der Handlung gearbeitet, als den Chef derselben ein plötzlicher Tod ereilte. So rasch hatte sich Duncker durch seine Fähigkeit und Rechtlichkeit empfohlen, daß die Erben ihm ohne Anstand die Verwaltung und Führung des Geschäfts übertrugen. Der Fünfundzwanzigjährige sah sich mit einem Male an der Spitze einer verwickelten, vielbelasteten Handlung. Unter den ungünstigsten politischen Verhältnissen, während eines unglücklichen Krieges, hielt sein Sanguinismus Stand, und mit Umsicht und unermüdlicher Rührigkeit setzte er es durch, innerhalb eines Zeitraumes von etwas mehr als zwei Jahren das Geschäft von allen Verbindlichkeiten zu befreien. Und nun, beim Aufhören der französischen Occupation, hatte er den Muth, mit Hülfe eines ihm befreundeten Berufsgenossen, Peter Humblot, die Handlung von der Wittwe Frölichs für sich selbst zu erwerben; seit dem ersten Januar 1809 trat die Firma Duncker und Humblot an die Stelle der bisher Frölichschen Buchhandlung. Die Zeiten blieben schwer, aber trotz aller Hemmnisse schlug sich der junge Buchhändler rüstig durch; sein Selbstvertrauen, seine Thatkraft, sein kluges Wagen heftete das Glück an seine Unternehmungen und hob ihn empor. Selbständig, wie er sich seine Bildung und seinen Beruf errungen hatte, schuf er sich innerhalb desselben die ehrenvolle, ja glänzende Stellung, die er unter seinen Berufsgenossen und Mitbürgern einnahm, und die ihm in der Geschichte des deutschen Buchhandels einen ehrenvollen Platz sichert. „Er besaß," so charakterisirt der Sohn den Vater, um zugleich dessen Erfolge zu erklären, „die Gabe des Ordnens, Organisirens und Leitens. Von Gemüthsanlage weich und erregbar, war er leicht gerührt und

leicht zu erzürnen, aber er wußte Haltung und Ruhe zu behaupten, wenn es sich um das Geschäft und ernste Dinge handelte, und er verstand es, seiner Autorität nichts zu vergeben. Eine leiblich und geistig rüstige Natur, verband er mit einer schnellen und lebhaften Auffassung einen guten Takt und ein nicht leicht zu bestechendes Urtheil. Auf rasch vordringendes Handeln angelegt, fehlte seinem Wesen dennoch eine instinctive Besonnenheit nicht, so daß gute Zuversicht und weise Zurückhaltung in glücklichem Gleichgewicht bei ihm standen."

Der so schrieb, mag sich dankbar bewußt gewesen sein, daß ein gut Theil dieser zu Erfolg im Leben führenden Anlagen auf ihn selbst übergegangen seien. Er hat sie für noch höhere und idealere Ziele eingesetzt und sie durch einen grundsätzlichen sittlichen Ernst, durch gleichmäßige Gewissenhaftigkeit und durch die Stimmung geduldiger und entsagsamer Treue zu läutern gewußt: mit den Eigenschaften des Vaters verbanden sich in ihm die seiner Mutter, einer geborenen Delmar.

In demselben, während der französischen Occupation eingerichteten Bürgerwehrdienste, der ihm die Bekanntschaft seines Geschäftstheilhabers Humblot eingetragen, war Karl Duncker auch dem jüdischen Banquier Delmar nahe getreten und von diesem in sein Haus eingeführt worden. Aus diesem Hause holte er sich die Frau. Am 22. October 1810 wurde Fanny Delmar seine Gattin; am 15. October des nächsten Jahres, an demselben Tage, an dem sie ihr zwanzigstes Jahr vollendete, brachte sie den ersten ihrer fünf Söhne — Wolfgang Maximilian — zur Welt. Ein und ein halbes Jahr nach Max wurde Alexander, vier Jahre später Hermann geboren; mit ihnen, wie verschieden geartet sie waren, verband den Erstgeborenen die nächste brüderliche Freundschaft.

Für Vater und Mutter, für das elterliche Haus als solches hat Max Zeit seines Lebens die hingebendste Anhänglichkeit und Pietät gehabt. In alle Wege fühlte er sich verpflichtet, für der Familie Ehre und Gedeihen einzustehen. Den gemeinsamen gleichen Familienzug betonte er, auch wenn er beklagte, daß, in Folge der verschiedenen Richtung und Anschauungsweise der Brüder, ihre Wirksamkeit in der Welt Abbruch erleide. Mit Genugthuung sprach er es den Eltern gegenüber an deren goldenem Hochzeitstag

aus, daß das Elternhaus den Söhnen nicht bloß unerschöpfliche Liebe habe zufließen lassen, sondern ihnen auch seine Art und seinen Charakter mit auf die Wege des Lebens gegeben habe. Als die Eigenthümlichkeit des Vaters bezeichnet er dabei die rüstige Beweglichkeit, das dreiste Wagen und die heitere Lebenslust, und findet die Ergänzung dazu in der stillen geduldigen Ausdauer, dem kräftigen Beharren und dem mäßigenden Ernst der Mutter. Es heißt, daß er, der Erstgeborene, während seiner Jugendjahre der Liebling seiner Mutter gewesen. Ist dem so, so hat er diesen Vorzug mit Liebe, ja mit Vorliebe vergolten. Man hört den zärtlichen, parteiisch für sie empfindenden Sohn da, wo er in der Lebensskizze seines Vaters auch ihrer gedenkt. Mit Geduld und Nachsicht weiß sie sich neben dem warmblütigen, genußfähigen und genußliebenden Manne, dem Aufbrausenden, der gewohnt ist, sich selbstherrisch durchzusetzen, dennoch zu behaupten. Sie ist die gewissenhafte Regiererin des anspruchsvollen Hauses, die mit verständigem Sinn die dauernden Interessen desselben über den wechselnden des Tages im Auge behält. Sie ist die sorgsamste, vielleicht nur zu zärtliche Pflegerin, Schützerin, Erzieherin der aufwachsenden Söhne, „denen sie mit den Lehren unserer Dichter Sinn für alles Große und Gute, für das ehrbare und solide Wesen, das sie selbst erfüllte, einzupflanzen suchte". Der Aelteste hatte frühzeitig Verständniß für ihre Lage. Wie er ihr helfen mußte, die Jüngeren in Ordnung zu halten, so wurde er schon in jungen Jahren ihr ein mitfühlender Freund und theilnehmender Vertrauter.

Reichlich gab das emporstrebende, damals in sicherem Gedeihen sich entwickelnde Bürgerhaus dem Heranwachsenden die Gelegenheit, sich vielseitig für das Leben vorzubereiten. Er sah, wie sich mit Fülle eine feste Ordnung paarte, wie sich mit sorglichem Schaffen ununterbrochen ein heiteres Genießen vertrug, wie man bei einem ausgebildeten Familiensinn mit offener Empfänglichkeit, mit Gastlichkeit auf Alles einging, was von außen herantrat. Denn die wohlerworbenen Früchte eifriger und überlegter Arbeit wollte der Alte zugleich genießen, das Leben, das ihm Anstrengungen zugemuthet, wollte er sich, je mehr er in leitender Stellung die Arbeitskraft Anderer zu nutzen verstand, mit leiblichen und geistigen Gütern schmücken. Man hielt in dem Dunckerschen Hause auf

festliche Tage; auch die Wochen sollten nicht durchaus saure sein. Die Geburtstage des Vaters und der Mutter und ähnliche Gedenktage gingen nicht ohne Huldigungen, festliche Veranstaltungen und Ueberraschungen vorüber; gedruckte Glückwunschverse werden bei solchen Anlässen schon den Unmündigen in den Mund gelegt, weiterhin deutsche und französische Komödien, Festspiele aller Art von den Kindern zur Aufführung gebracht. Aber auch einem zahlreichen Kreise von Freunden öffnete sich das gastliche Haus. Geselliger Verkehr mit reichlicher Entfaltung guten Lebens gehörte als unentbehrliche Erholung neben der Arbeit zu den Bedürfnissen des Hausherrn. Es fehlte nicht an Mittags- und Abendgesellschaften, bei denen sich das Haus in der Französischen Straße mit der Elite der Berliner Welt, mit hervorragenden Berufsgenossen, mit Künstlern, Gelehrten, Schriftstellern füllte. Auch das war wohlverdienter persönlicher Erwerb des tüchtigen Mannes, der, in kluger Sorge für sein buchhändlerisches Geschäft, aufzustreben, hoch auszugreifen, bedeutende Menschen anzuziehen und festzuhalten verstand, sich zum Gewinn und zugleich zur Ehre. In den früheren Zeiten hatte ihn sein Interesse für das Theater und die dramatische Litteratur in ein nahes Verhältniß zu Iffland gebracht, dessen Andenken er noch bei der hundertjährigen Wiederkehr von dessen Geburtstag eine eigne Denkschrift widmete. Später haben die Sonntag, Döring, Stich, Seydelmann und Andere in seinem Hause verkehrt. Aber auch die Männer der Wissenschaft gingen dort aus und ein — neben Varnhagen, Häring und Rellstab, Hirt und Böckh, Wilken, Ranke und Loebell, Hegel und Marheineke, Johannes Schulze und Eduard Gans. Es waren die Verfasser der Dunckerschen Verlagswerke, und mit solchem Anstand spielte er die Rolle des Verlegers, daß es fraglich war, ob er mehr ihr Diener oder sie seine Vasallen waren.

Nicht zu früh wird auf den Knaben Max dies vornehme gesellige Treiben, dem er doch zunächst nur von der Kinderstube aus zusehen durfte, einen unmittelbaren Einfluß geübt haben; glücklich genug, daß es ihm für seine Entwicklung in leiblicher und geistiger Hinsicht, für Knabenspiel und Tummeln hinreichende Freiheit ließ. Von dieser Freiheit hat der gesunde, männliche Knabe, den beiden ihm nächstaltrigen Brüdern voran, reichlichen

Gebrauch gemacht. Max verwendete das mäßige Taschengeld, um, vorzeitig und ohne daß die Eltern darum wußten, draußen vor der Stadt, bei den Halloren das Schwimmen zu lernen. Heimlich versuchte man in der Hasenhaide das Pistolenschießen oder unternahm mit allerlei Fährlichkeiten verknüpfte Kahnfahrten auf der Oberspree. Ein Aufenthalt an der Ostsee mit den mütterlichen Großeltern machte Epoche bei dem Zwölfjährigen. Mit leidenschaftlichem Interesse hatte er dort alles zum Seewesen Gehörige wahrgenommen, erfragt und sich eingeprägt. Er wußte Bescheid mit der Benennung und Bestimmung der Fahrzeuge; er konnte Auskunft geben über die verschiedene Art ihrer Ausrüstung, über Bauart, Bemannung und Takelage; er hatte den Schiffern ihre Künste im Rudern, Steuern und Segeln abgesehn, ihnen ihre Sprache und Commandoworte abgelernt — er war mit dem Wunsche, Seemann zn werden, zurückgekehrt und hat den ernst gehegten Vorsatz erst später anderen Erwägungen geopfert. Die Freuden der Ländlichkeit waren der damaligen Berliner Jugend weniger noch als heute verschlossen. Im Thiergarten war man damals noch wirklich außerhalb der Stadt, und im Thiergarten bewohnten die Eltern während des Sommers ein Haus, dessen ausgedehnter Garten den Knaben der erfreulichste Spielplatz war, wenn sie es nicht vorzogen, darüber hinaus in den Waldwegen sich zu jagen oder ihre nautischen Künste auf dem Schafgraben zu erproben. Auch die Großeltern aber wohnten dem Thiergarten zunächst auf dem Lande in Lietzow, d. h. in Charlottenburg, wo der ehemalige Banquier Delmar, nachdem er während der Napoleonischen Kriege um sein Vermögen gekommen, den Vertrauensposten des Kämmerers bekleidete. Fast regelmäßig Sonntags brachten die Knaben hier im großelterlichen Hause zu, und Max vorzugsweise erfreute sich der Gunst der Alten. Mit Verehrung hing er an der Großmutter, einer feinen und gescheuten, noch immer lebhaften Frau, deren Spruchweisheit der Tochter noch in späteren Jahren zur Richtschnur diente. Des Großvaters Erzählungen aus den Tagen des großen Friedrich nährten mit seiner historischen Wißbegier zugleich seinen Patriotismus, und so thaten auch die Berichte des Onkels, des einzigen Bruders der Mutter, der, ein Mitkämpfer in den Befreiungskriegen, von einer noch näheren Ver-

gangenheit erzählen konnte. Man lebte ja überhaupt damals noch vielfach in den unmittelbaren Erinnerungen, den noch unverwischten Eindrücken der überstandenen Kriegsjahre. Entsann Max sich doch, daß man ihm, dem Vierjährigen, den Postillon gezeigt hatte, der mit Posthornschall in Berlin eingeritten war, um die Kunde des Friedens zu bringen.

Der begabte Knabe, der aufmerksam um sich schaute und sich keine Lust gesunder rüstiger Jugend entgehen ließ, war aber auch voll Lerneifer; er las eifrig und hielt Gelesenes, insbesondere Geschichtliches und Geographisches, in treuem Gedächtniß fest. Unter den Büchern aus seines Vaters Verlag waren die leichteren schon dem Knaben mundrecht. In einem Briefe an den Vater, der auf der Leipziger Messe ist, bittet der Achteinhalbjährige, ihm die Fortsetzung von Kohlrausch' deutscher Geschichte, desgleichen, was er von Beckers Weltgeschichte noch nicht besitze, mitzubringen. Der Lesseifrige lernte mit Lust; gewissenhaft erledigte er jederzeit sein Pensum, und so arbeitete er sich leicht durch die Klassen der Bartels'schen Privatschule durch. Einer der Hauslehrer, die um diese Zeit angenommen wurden, die Schularbeiten und Spaziergänge der Brüder zu überwachen, war der Primaner Wiese, der nachmals berühmte Pädagog. Man wird gern seinem Zeugniß glauben, daß der älteste der Brüder vor den anderen von jugendlicher Heiterkeit leicht in ruhigen Ernst übergegangen sei. Dem Lehrer ist der Eindruck geblieben, daß sich früh eine entschiedene Charakterenergie und die Richtung auf den Beruf angekündigt habe, dem der Mann sein Leben widmete. Denn immer sei bei dem Unterricht, der hauptsächlich auf Befestigung im Formellen der alten Sprachen abzweckte, sein Interesse zugleich auf den sachlichen Inhalt gerichtet gewesen, und zwar so, daß sich ein denkendes Erfassen der Gegenstände und der Trieb selbständigen Urtheilens bemerklich gemacht habe.

Mit dem dreizehnten Jahre bezog Max das damals unter Spillekes Leitung stehende Friedrich-Wilhelms-Gymnasium. Wendt vor Allem wußte hier des Knaben Liebe zur Geschichte zu erhalten und zu steigern, während Yxem ihn im Griechischen förderte, der Director ihn für die Anfangsgründe der Philosophie zu interessiren wußte. Man blättert mit Vergnügen in den deutschen Aufsätzen

des Tertianers und Secundaners; so entschieden verrathen sie die innere Betheiligung des von dem pedantischen Corrector oft hart getadelten jungen Stilisten; selbst das ungeschickte Pathos, mit dem er die Einrichtungen des Lykurg oder den Heldentod des Epaminondas oder die Pflichten gegen das Vaterland bespricht, hält sich von der bloßen Phrase frei und läßt in überraschender Weise neben ernstem Besinnen ein lebhaftes sittliches Gefühl zu Tage treten.

Die aufs Einsammeln gelehrter Kenntnisse gerichteten Aufgaben der Schule füllen ihn jedoch nicht allein aus. Etwa von seinem fünfzehnten Jahre an ist der Gedanke der Selbsterziehung für den Ernst des Lebens über ihn gekommen. Mit dem Triebe des Lernens ging von nun an eine Tendenz körperlicher Abhärtung Hand in Hand, die zwar seine Muskeln stählte, seine Gestalt streckte, aber, rücksichtslos und unvernünftig übertrieben, auch dauernd seine Gesundheit schädigte. Im Gegensatz zu den üppigen Gewohnheiten des elterlichen Hauses legte er sich Einfachheit der Kost auf; bis in den November hinein nahm er heimlich Flußbäder; einen Winter hindurch setzte er es durch, in kaltem Schlafraum unter dünner Decke zu schlafen, wovon dann ein mehrere Monate anhaltendes Wechselfieber die nächste Folge war.

Entscheidend, so schreibt in der Mitte seiner Studienjahre Max an seinen Bruder Hermann, entscheidend für die Richtung, die er eingeschlagen, seien ihm die beiden letzten Jahre auf der Schule gewesen. Der ehrenfeste stattliche Jüngling, turnerhaft anzusehen mit breiter Brust und umgeschlagenem Hemdkragen, war von dem Geiste der Burschenschaft erfüllt, ehe er diese auf der Universität kennen lernte. Der Historiker, der Patriot, der sich treu und rücksichtslos, mit besonnenem Urtheil, mit reinem Ernst und mit unbedingter Uneigennützigkeit einsetzende Politiker war fertig, ehe ein bewegtes Leben und eine wechselreiche Zeit ihm die Gelegenheiten und Aufgaben zuführte, in denen er sich bewähren sollte. Das Interesse lebhafter Entwickelungen, auffälliger oder gar gewaltsamer Umschwünge haftet nicht an diesem Leben, das in seiner früh befestigten edlen Bestimmtheit vielmehr einen sicheren Standpunkt zur Umschau über die Wandlungen der Welt und über die zeitgenössische Geschichte darbietet. Unwillkürlich

drängt ſich uns dieſe Betrachtung beim Leſen eines nicht völlig abgeſchloſſenen Aufſatzes aus der Zeit des Ueberganges von der Schule zur Univerſität auf, in welchem der Jüngling ſich Rechenſchaft über ſein Streben zu geben verſucht. Mit begeiſterter Liebe faßt er darin ſein jetzt ſchon erwähltes Fachſtudium, das Studium der Geſchichte, als den Weg, der über die ſittlich-religiöſe Beſtimmung der Menſchheit und der auch dem Einzelnen über ſeine Pflichten und ſein letztes Glück Aufſchluß geben müſſe. „Daß wir tugendhaft, vernunftgemäß und in Begeiſterung, d. h. im Streben und in unbewußter Verbindung mit dem Göttlichen leben ſollen — das möchte ich beſtätigt ſehen in etwas Poſitivem. Ich will mich an das halten, woran Andere ſich gehalten haben, will ſehen, wie weit ſie dabei gekommen, ob ſie Ruhe und Frieden dabei gewonnen. Das finde ich in der Geſchichte.“ Er meint, ſicher zu ſein, daß reine vorurtheilsfreie Betrachtung des Geſchichtsverlaufs dem redlichen Forſcher beſtätigen werde, was er ſchon in der eignen Bruſt hätte finden, was ihm die Worte der Schrift: Liebe Gott von ganzem Herzen und deinen Nächſten als dich ſelbſt, von vorn herein hätten ſagen können. In ſo enge Beziehung ſetzt er die Wiſſenſchaft, die er ſich erkoren, mit ſeinem praktiſchen Streben. Er ſucht ſie einem tieferen Bedürfniß dienſtbar zu machen, dem Bedürfniß der Gemeinſchaft mit dem Göttlichen, die ihm wieder ganz zuſammenfällt mit einem „Leben in thätiger Liebe, wie es das Chriſtenthum vorſchreibt“. Das war ſeine Frömmigkeit — ein inniger Zug nach Herzensreinheit und Gottgefälligkeit, ein praktiſches Gefühlschriſtenthum. Nicht der dogmatiſche Curſus, den er vor ſeiner Confirmation durch Theremin durchzumachen hatte, beeinflußte ſein jugendliches Sinnen, aber der freie und reine Geiſt Schleiermachers that es ihm an. Von dem Ende ſeiner Schulzeit an war er ein fleißiger Beſucher der Schleiermacherſchen Predigten; das feine Büchlein „Die Weihnachtsfeier“ war ihm beſonders werth; er hat es zeitweiſe immer bei ſich getragen. Was Wunder, daß ſich ihm das Geſchichtsſtudium als eine im höchſten Sinne ſittliche Aufgabe darſtellte? Wohl macht er ſich die größeren Schwierigkeiten klar, die, gegenüber der Erforſchung der Naturgeſetze, dem Erkennen der Geſetze hiſtoriſcher Entwickelung im Wege ſtehn: aber in dieſe Bahn weiſt ihn ſein

praktisch-politischer Instinct, der alsbald seinem idealen Streben bestimmtere Umrisse giebt. „Damit der Mensch seine Mühe und Arbeit nicht nutzlos verschwende, muß er zuerst nur im Vaterlande thätig sein wollen, mit dessen eigenthümlichen Seiten er unbewußt zusammengewachsen ist, dem er Alles zu danken hat, auch die Wurzeln seiner Kraft.“ Nur annähernd freilich kann es dem Forscher gelingen, aus der bisherigen Geschichte seines Volkes die Gesetze zu ermitteln, denen auch der fernere Gang von dessen Entwickelung zu folgen haben wird; dennoch „ist das Streben dahin Jedem nöthig, der zu wirken begehrt für Freiheit und Recht“. Und nun wird er auch über das Vaterland und dessen Bedürfnisse hinauszublicken haben, da es im Strome der ganzen Zeit steht und die ganze Vergangenheit an seine Ufer heranspült. „Es muß Universalgeschichte studirt werden.“

So entwarf in anspruchslosem Ernst, in Vorsätzen ohne Selbsttäuschung, mit rein sachlichem Bedacht der Jüngling das Programm seiner zukünftigen Thätigkeit.

Die Anstalt, der er fünf und ein halbes Jahr, anderthalb Jahr als Primaner, angehört hatte, entließ den Achtzehnundeinhalbjährigen Ostern 1830 mit einem wahrhaft glänzenden Zeugniß. „Durch den sittlichen Ernst, welcher sich in seinem Wesen ausspricht und durch das bei ihm überall sichtbare Streben nach Allem, was edel und vortrefflich ist, war er ein Muster für seine Mitschüler geworden, sowie er sich eben dadurch auch seinen Lehrern im vorzüglichsten Grade werth gemacht hat.“ Das Zeugniß rühmt die „ausgezeichneten Fortschritte“, die der Abgehende in sämmtlichen Fächern des gelehrten Unterrichts gemacht; es spricht von dem Gedankenreichthum und der Urtheilsreife seiner deutschen Aufsätze; auch der besonderen Liebe, mit der er sich der Geschichte zugewandt, thut es Erwähnung; am anerkennendsten aber lautet es auffälliger Weise hinsichtlich der Mathematik, deren Fortbetrieb ihm ebendeshalb mit einer freilich unerfüllt gebliebenen Mahnung auch für den weiteren Fortgang seiner Studien ans Herz gelegt wird.

2.

Die Universitätsjahre und die Promotion.

Max bezog die Universität seiner Vaterstadt, um „Geschichte und Philologie" zu studieren. Am 17. April wurde er unter dem Rectorate Hegels immatriculirt. Sofort waren es nicht sowohl die eigentlich historischen als vielmehr philologische und philosophische oder sonst für das Studium der Geschichte grundlegende Vorlesungen, welche der junge Studiosus, wie seine sorgfältig geführten Hefte zeigen, mit Eifer hörte. Zwar Wilkens historische Uebungen und Rankes Vorlesungen über neuere Geschichte ließ er sich nicht entgehen. Er hörte gleich im ersten Semester Ethnographie und Geographie von Asien bei Karl Ritter, Mythologie bei Stuhr. In der griechischen Litteraturgeschichte und den griechischen Alterthümern war er Böckhs Zuhörer. Die geistreiche und vornehme Art dieses Lehrers, seine heitere Klarheit, die sichere Behaglichkeit, mit der er sein reiches Wissen entfaltete, zogen ihn vorzugsweise an. Der Eindruck, den der große Gelehrte damals auf ihn machte, ist ihm geblieben; noch in seinen späteren Studien und Forschungen ist er immer wieder auf den Meister seiner Jugend zurückgekommen, und der Persönlichkeit desselben hat er bis ans Ende Anhänglichkeit und hohe Achtung bewahrt. Und nun die Philosophie! Auf sie übertrug jetzt der Student den Fleiß und die besonnene Anstrengung, die der Gymnasiast der Mathematik zugewandt hatte. Die Strömung der Zeit war unwiderstehlich; die Hegelsche Philosophie stand auf der Höhe ihrer Macht und ihres Ruhms. In platonisch-aristotelischem Sinne

hatte sie sich als Alles umfassende und Alles begreifende Wissenschaft constituirt. Ein geräumiges, wohlgegliedertes Gedankengebäude, zog sie ebensowohl durch die Kühnheit ihrer Anlage und die Größe ihres Planes wie durch den Reichthum der Ausführung, die Uebereinstimmung und den gefälligen Zusammenhang der Theile die Blicke an. Die versöhnende, Natur und Menschenleben verklärende Kunst unserer großen Dichter war hier zu tiefsinniger und doch allgemein zugänglicher, erlernbarer Weisheit geworden. Den ewigen Ideen des Platon hatte dieses System neuen Glanz und zugleich der erfahrungsfrohen Sinnigkeit des Aristoteles neue Lebendigkeit gegeben. Es glich in seiner gesättigten Fülle und Rundung, seiner weltumspannenden Vernünftigkeit den Systemen des Alterthums, dessen Geist es namentlich in den ethischen Partien widerspiegelte. Es war gleichzeitig unwiderstehlich durch die vorwärtsdrängende Unruhe und Beweglichkeit, mit der es, den Gang geschichtlicher Entwickelung nachahmend und deren Triebkraft zur Seele auch der Begriffe machend, von armen und einfachen zu immer reicheren und dichteren Gedankengestalten fortschritt. Ein solches System mußte den mit der Liebe zu der Welt der Griechen erfüllten und frühzeitig mit poetischen Eindrücken genährten Jüngling wahlverwandt berühren. Es mußte den nach umfassendem Weltverständniß Verlangenden, den um Deutung seiner eigenen Bestimmung aus dem Sinn des Ganzen Bemühten anlocken. Es mußte, geschichtssinnig und geschichtsartig wie es war, insbesondere dem angehenden Historiker sich empfehlen und ihm als der beste Schlüssel für Sinn und Zusammenhang der Weltereignisse erscheinen. Seine mathematische Schulung und sein Scharfsinn kamen ihm zu Statten. Wenn ihm Hegel anfangs schweres Kopfzerbrechen machte, so war das ein Grund mehr, nicht nachzulassen. Mit redlicher Anstrengung und mit dem besten Erfolge arbeitete er sich durch die stachelige Schale zu dem Kern der Sache hindurch, folgte er, in unbequem gelegener Stunde oft mit dem Schlafe kämpfend, dem schwerfälligen Vortrage des Meisters und zwang sich, den Gedankengang in ununterbrochener sorgfältiger Nachschrift zu fixiren. Er hörte im Wintersemester von 1830 auf 31 bei Hegel Philosophie der Geschichte. Die von dem eifrigen Jünger im nächsten Winter angenommene Geschichte der Philosophie unterbrach schon nach

wenigen Stunden der Tod des Philosophen. Er hörte die Vorlesung bei Michelet zu Ende, den er schon früher über philosophische Encyklopädie gehört hatte. Durch den Mund des Interpreten wurde ihm vermuthlich die unumgängliche Weisheit annehmlicher und leichter vermittelt als durch den Meister. Sie lag damals auf allen Gassen und drang durch hundert Kanäle auf den Wißbegierigen ein. Auch juristische Collegia mußte der Geschichtsbeflissene hören. Das Staatsrecht, die allgemeine Rechtsgeschichte, ebenso die Geschichte der letzten fünfzehn Jahre, die der geistvolle und redegewandte Gans ihm vortrug, waren ebensoviele philosophische Vorlesungen, aus denen der Hörer, wenn auch nur mäßige Schätze begründeten positiven Wissens, so doch aus der Hegelschen Philosophie geschöpfte Gesichtspunkte, reiche Anregungen in ihrem parteiisch geltend gemachten Geiste und die Zuversicht mit nach Hause trug, daß durch die Anwendung der neuen Methode auch die härtesten Materien in Fluß, auch die verworrensten in Ordnung und Alles, was je in der Welt geschehen, auf eine vernünftige Formel gebracht werden könne.

Aus den Hörsälen drang mit anderen wissenschaftlichen und litterarischen Interessen ganz besonders auch diese, am lebhaftesten eben von Gans vertretene modische Gedankenweise bis in die Gesellschaftszimmer des elterlichen Hauses. Der Sohn aber hatte jetzt bereits ein anderes Verhältniß zu diesen Gesellschaftskreisen gewonnen; er nahm seinen bescheidenen Antheil an den Gesprächen der Berühmtheiten, die seine Lehrer waren, und der Autoren, die der Vater als Verleger um eine wohlbesetzte Tafel zu versammeln sich angelegen sein ließ. Mehrere von den hier Auftretenden, wie namentlich Johannes Schulze, wandten sich ihm mit Neigung und Wohlwollen zu. Unter den Häusern, die sich ihm sonst eröffneten, nahm den ersten Platz das des Regierungsschulraths Reichhelm ein, wo ein reger geistiger Verkehr herrschte, an dem auch die Damen des Hauses, besonders die beiden Töchter — sie sind später die Frauen der Brüder Curtius geworden — sich eifrig betheiligten. Zu lebhaftem Austausch gab aller Orten nicht bloß die Stellung der Hegelschen Philosophie zu den neben ihr auf ihre Selbständigkeit eifersüchtigen Disciplinen, die Frage über das Recht der historischen gegenüber der philosophischen Juris-

prudenz, über das Verhältniß des Hegelschen zum Schleiermacherschen System, sondern vor Allem auch die politische Bewegung reichlichen Stoff, die, von Frankreich ausgegangen, eben jetzt die wissenschaftliche kreuzte. Die Juli-Revolution hatte das Vertrauen zu den bestehenden Zuständen erschüttert und, zur Sorge den Einen, zur Hoffnung den Andern, den ruheseligen Geist des intelligenten deutschen Beamtenstaats aus dem Schlummer geweckt. Man folgte in Berlin mit Spannung den Redekämpfen in der französischen Deputirtenkammer, an denen man die Fragen des Constitutionalismus studirte, um so wie im Vorgeschmack etwas von der politischen Freiheit zu kosten, deren man daheim noch entbehren mußte. In einem Kreise gleichaltriger Freunde, die erst die Universität ihm zugeführt hatte, war es Max vergönnt, nicht nur den neuen wissenschaftlichen Erwerb in wechselseitiger Mittheilung, in Gespräch und Streit zu vermehren, sondern auch an den politischen Fragen und Tagesereignissen sich zu patriotischen Hoffnungen zu erheben und sich in der gleichen Gesinnung eines herzlichen Glaubens an Wahrheit und Sittlichkeit, an Recht und Freiheit zu befestigen. Damals schloß er die durch alle Schwankung der Ansichten bis ans Ende festgehaltene Freundschaft mit dem wackeren Zabel, dem nachherigen langjährigen Redacteur der Nationalzeitung, und mit dem liebenswürdig bescheidenen Wilhelm Busse, dem Verfasser eines groß angelegten, aber auf seltsame Constructionen auslaufenden Werkes über die Philosophie Fichtes.

Allein das Glück freier Bewegung im Kreise gleichgesinnter Genossen, das volle Studentenleben war doch in Berlin für Max Duncker nicht zu haben. Zu eng umfingen ihn die Bande eines Familienlebens, das ihm zahlreiche Rücksichten auferlegte und nicht bloß an sein Herz, auch an seine persönliche Freiheit ungewöhnlich viel Ansprüche machte. Mit stolzer Freude an den heranblühenden Söhnen, zu denen sich 1822 ein vierter und ganz kürzlich ein noch jüngerer Nachkömmling gesellt hatte, verband sich bei Vater Duncker ein gewisser herrischer Egoismus, gegen dessen rasche, oft heftige Laune schwer aufzukommen war, und mit dem er die Seinigen unter dem Druck einer patriarchalischen Autorität zu halten wußte. Die kindliche Pietät, die demungeachtet der Aelteste dem Vater unverbrüchlich bewahrte, die vertraulichere Liebe, die

zärtliche Sorgfalt, die er der Mutter widmete, konnten nicht hindern, daß er sich nicht einmal in andere Umgebungen gewünscht hätte. Die Spaziergänge nach und durch den Thiergarten, die sonntäglichen Besuche bei den Großeltern in Charlottenburg, Gesellschaften und Theaterbesuch, gelegentlich eine seemännische Uebung, Ruder- und Segelfahrt auf dem Müggelsee — das Alles konnte nicht Ersatz bieten für die freie Geselligkeit, wie sie dem lebensfrohen Jüngling nur bei den Musen in der Fremde geboten wird.

Es war die erste Trennung vom Elternhause, als Max im Frühjahr 1832 nach der jungen rheinischen Universität zog, wo er am 1. Mai immatriculirt wurde, um dort zugleich sein Dienstjahr bei den siebenten Ulanen abzumachen. Man wußte den Sohn gut aufgehoben. Für seine Studien war ihm Loebell, der feinsinnige, universell gebildete Bonner Historiker, ein treuer Berather; mit väterlicher Freundschaft kam derselbe dem begabten Schüler entgegen, in dem er bald den brauchbarsten Arbeitsgenossen erkannte. Frau Loebell aber, dem Hause Duncker entfernt verwandt, war unermüdlich, sich der wirthschaftlichen Angelegenheiten des jungen Studiosus und Ulanen anzunehmen. Begreiflich übrigens, daß die Studien sich während der Bonner Zeit nur in zweiter Linie behaupteten. Er hörte nach Ausweis seines Abgangszeugnisses außer Religionsphilosophie bei Brandis nur alte Geschichte und römische Kaisergeschichte bei Loebell. Ausschließlich, so schien es, nahm ihn der Dienst in Beschlag. Und er war mit Leib und Seele dabei. Mit der frischen Reiterslust der Jugend und dem soldatischen Sinn, der ihm angeerbt und anerzogen war, verband sich die patriotische Stimmung, die er mitbrachte, wie sie ihm aus dem Gesammtgeist seiner Truppe entgegentrat. Denn die Armee — so hat er sich selbst nachmals geäußert — „war damals noch eine lebendige Erinnerung an die Zeit der großen Kriege. Es war ein erhebendes Gefühl, unter dem Befehl der Generale Borstell und Hellwig zu stehen; die Rittmeister des siebenten Ulanenregiments trugen sämmtlich das eiserne Kreuz; die Unteroffiziere, aus dem ehemals sächsischen Regiment Clemens-Dragoner übernommen, waren seit 1806 in jeder Campagne thätig gewesen." Im Vollgefühl jugendlicher Rüstigkeit und in bester Laune berichtet der Sohn an Eltern und Großeltern, wie gut ihm

seine militärischen Uebungen und Strapazen bekommen, wie sein Unteroffizier ihm versichert habe, daß er einen „hölzischen Ulanen" abgeben werde, wie eifrig sein Oberst Kurssel das Regiment manövriren lasse, um bei den bevorstehenden Divisionsexercitien Ehre damit einzulegen. Auch die Seinigen daheim aber sind auf denselben militärischen Ton gestimmt. Der Alte, so gut preußisch und königisch gesinnt wie Einer, und der an militärischem Wesen und Prunk die größte Freude hatte, ist ganz stolz auf seinen Einjährigen; wie knapp er ihn hält — es würde ihm auf ein Dutzend Louisd'or nicht ankommen, wenn sich ein angesehener Maler finden ließe, der ihm Pferd und Reiter treu nach der Natur abconterfeite. Er wie der Großvater sind außerdem eifrig, die soldatischen Rapports des Bonner Ulanen mit ebenso genauen wie enthusiastischen Berichten über Paraden und Manöver des Berliner Militärs, von denen sie Augenzeugen gewesen, zu erwidern.

Der Enthusiasmus indeß wurde kleinlauter und machte ängstlicher Sorge Platz, als es im Herbst 1832 bekannt wurde, daß das siebente Ulanenregiment dem Observationscorps beigegeben werden solle, das auf Anlaß des französisch-holländischen Krieges an der belgischen Grenze aufgestellt werden mußte. Was den Eltern Sorge machte, steigerte dem Sohne die Freude am Soldatenberuf. Kam es vollends zum Kriege — nun desto besser! Unter allen Umständen würde er es für unehrenhaft gehalten haben, sich seiner Pflicht zu entziehen. Er konnte nicht verhindern, daß der Vater unter Hinweis auf die ohnehin unterbrochenen Studien des Sohnes seine Verbindungen anstrengte, um für ihn Befreiung von dem härteren und schwereren Dienst zu erlangen, der in Aussicht stand; aber, wie der Sohn gehofft und vorausgesehn — die Dispensation wurde versagt, und so wurde ihm die Genugthuung, wenigstens die Vorstufe des Kriegslebens betreten zu dürfen. Gegen Ende November rückte er mit seinem Regimente aus. Da in der Nähe der Cantonnements die Cholera herrschte, stieg die Besorgniß der Seinigen, die mit zärtlichem Mitgefühl aus dem Wohlleben der Berliner Wintersaison nach der fernen Wacht am Rhein blickten; und als es vollends immer weiter vorwärts ging, als sich, nach dem Ueberschreiten der belgischen Grenze durch die Franzosen, die Aussichten immer kriegerischer gestalteten,

da hatte Max alle Mühe, besonders die um ihren Liebling ängstlich aufgeregte Großmutter zu beruhigen. Er that es mit so heiterer Zuversicht wie mit kindlicher Liebenswürdigkeit. Ein ums andre Mal versichert er, daß er leicht und fröhlich alle Beschwerden ertrage, und daß ihm eine schlaflose Nacht, die er auf der Wacht oder auf einsamem Ritte verbringe, nichts anhabe. Weiterhin, am Schlusse des Jahres, hat er zwar über die Ungunst der regnerischen Witterung zu klagen, aber zugleich — der Brief ist aus dem Quartier in Garzweiler bei Jülich geschrieben — von einer nicht unwichtigen Verbesserung seiner Lage zu berichten. Er ist zum Unteroffizier avancirt. Er ist interimistischer Quartiermeister bei der Schwadron geworden und dadurch zwar mit Arbeit überhäuft, aber zugleich von lästigem Exercier- und Wachtdienst befreit. Er dankt dem Großvater, der mit Gelassenheit gegen die ermahnungsreiche Zärtlichkeit der Anderen für ihn eintritt, auch wohl — das Einzige, was Noth that — seinem leeren Beutel zu rechter Zeit zu Hülfe kommt, und schildert deutlich, wie er jetzt lebe und seines neuen Amtes walte. Die Mutter, auch sie besorgt, aber doch mit Maß und Resignation, schüttelt verwundert den Kopf, woher dem neuen Quartiermeister der Verstand zu seinem Amte komme. „Wie geht es denn", schreibt sie am 7. Januar 1833, „mit dem Abwägen und Fleischhauen? früher hattest Du zu derlei Dingen nicht viel Geschick; aber Noth lehrt beten, und wohl dem, der so wie Du in die höhere Philosophie wie in die gemeine Wirklichkeit sich finden kann." Wie gut er sich in der That hineingefunden, bezeugt das ihm im Jahre 1836 auf sein Verlangen von seinem ehemaligen Obersten von Kurssel über seine dienstliche Führung ausgestellte Zeugniß. Voll Anerkennung spricht dasselbe von seiner wissenschaftlichen Bildung, seiner sittlichen Haltung, seinem Eifer in Erlernung des Dienstes. „Wie sehr ihm auch," so schließt es, „die dienstliche Ausbildung geglückt ist, beweist, daß er während des Marsches an die belgische Grenze und während des Zusammenseins des dort aufgestellten Beobachtungscorps zu mehreren schwierigen Dienstverrichtungen benutzt worden ist, bei denen er stets Umsicht und Dienstkenntniß bewies und seine Aufträge jedesmal zur Zufriedenheit ausführte."

Endlich, am 11. Januar 1833, wurde die Kabinetsordre der Zurückführung der Truppen in ihre Standquartiere erlassen. Das Dienstjahr indeß erfuhr darum keine Abkürzung; die desfallsigen väterlichen Bemühungen blieben wiederum erfolglos: Maxens Entlassung datirt vom Jahrestage seines Eintritts.

Schlecht genug, wie gesagt, waren neben den militärischen und kriegerischen Uebungen die Studien gefahren: dem Studentenleben dagegen hatte das soldatische keinen Abbruch gethan. Mit vollen Zügen genoß Max in dem heiteren Element des rheinischen Lebens die Lust deutscher Burschenherrlichkeit und das Glück, in brüderlicher Gemeinschaft mit so vielen Gleichgesinnten zu stehen, deren Wahlspruch lautete: Alle für Einen, Einer für Alle. Den Seinigen machte auch dies nicht unbegründete Sorge. Mit dem vorjüngsten der Brüder hatten die Eltern ihn auf einer Reise am Schlusse des Sommersemesters in Bonn besucht. Da hatte ihn die Mutter ernster, zurückhaltender gefunden als sonst; sie meint, auch er sei nicht unberührt von der Richtung, die die heutige Jugend im Allgemeinen nehme, von der Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und mißverstandener Sucht nach Unabhängigkeit. Noch bestimmter geht der Vater mit der Sprache heraus. Er erinnert ihn daran, daß er die schönen Verhältnisse, in denen er stehe, rücksichtsvoll zu schonen habe; er spricht ausdrücklich von dem Verfänglichen studentischer Verbindungen, die, wenn sie politische Tendenzen verfolgen, der Freiheit des Einzelnen Fesseln anlegen und seinem idealen Streben träumerische, unmögliche Ziele unterschieben. „Die Zeit wird kommen, wo reif werden muß, wozu die Keime durchbrechen; dann sei der Mann, der dafür in die Schranken tritt!"

Das Alter hat seine Vorsicht und Weisheit für sich: die Jugend hat dafür ihr warmes Herz, ihre Begeisterung und ihren Glauben. Diese Mahnungen kamen zu spät. Wenn Max in einem schönen Briefe an seinen Bruder Hermann diesem von dem Herzerhebenden und Fördernden des Umgangs im Kreise wackerer Freunde spricht, dessen er sich erfreue, so schildert er den Kreis, den das schwarz-roth-goldene Band zusammenhielt. Er war der burschenschaftlichen Verbindung der Marcomannia beigetreten, als deren Mitglied er zwei Jahre später in Untersuchung gezogen und

mit Gefängniß bestraft wurde. Die Schuld, die er damit im harmlosen Leichtsinn der Jugend auf sich lud, verschwindet vor dem idealen Zuge, dem er dabei folgte, und die Buße, die er zu erleiden hatte, ist reichlich durch den inneren Gewinn, durch die Erinnerung an die gehobene Stimmung so vieler glücklicher Stunden und durch den Erwerb lebenslänglicher Freundschaft mit Männern wie Brüggemann, Levercus u. A. aufgewogen worden. „Ein frühzeitiger Zug," so hat er sich in seinem sechzigsten Jahre im Einklang mit der historischen Beurtheilung dieses Treibens, zu der er sich lebenslang bekannte, über jene Episode seines Universitätslebens ausgesprochen, — „ein frühzeitiger Zug deutscher Gesinnung führte mich in die Bonner Burschenschaft; die politische Richtung des Kreises, in welchem ich wirkte, lag in dem Gegensatz des Deutschthums gegen das Franzosenthum; daneben lagen in eigenthümlicher Unklarheit liberale Velleitäten, ein abstracter Tyrannenhaß in Verbindung mit einem loyalen und starken Cultus des preußischen Königthums und insbesondere der Königin Luise. Die Jugend spielte in phantastischer Unklarheit mit dem politischen Rüstzeug, welches die Männer jener Tage verschmähten. Aber jedenfalls waren die ethischen Triebe stärker als die politischen."

So wenigstens war es in den Bonner Kreisen und so im Gemüthe unseres jungen Freundes. Er sang so andächtig, wenn auch mit ungeschulter Kehle und nicht mit dem sichersten Gehör, Schenkendorfs „Freiheit, die ich meine" wie die Körnerschen und Arndtschen Kriegslieder — so durchaus verträglich fand sich in ihm der gute Burschenschafter mit dem guten Soldaten zusammen. Von dem rein sittlichen Streben, dem kindlich frommen und männlich wackeren Sinne, der ihn erfüllte, giebt es kein schöneres Zeugniß als die schon erwähnte Epistel an den fünf Jahre jüngeren Bruder Hermann, der, im Begriff nach Prima aufzurücken, den Abwesenden schmerzlich vermißt und sich von ihm für sein unstäteres Wesen Halt, für sein begehrlich nach zu vielen Seiten ausgreifendes Treiben Leitung verspricht und erbittet. Im väterlichsten Tone, ja in einem Lehr- und Ermahnungstone, den ein Dritter, außerhalb dieses Verhältnisses Stehender altklug finden könnte, zugleich aber so herzlich eingehend auf die Natur des Anderen, so jugendlich frisch und zuversichtlich, so

zart jetzt und jetzt wieder so fest faßt er ihn an, spricht er auf ihn ein, daß man dem edlen Ernst des Mahners die höchste Achtung nicht versagen kann. In gut burschenschaftlichem Sinne eröffnet er ihm die Aussicht auf die Zeit, in der er, heraustretend aus den Vorhallen wissenschaftlicher Bildung, dieselbe von einem höheren Standpunkte zu erfassen und andrerseits seinen Charakter in gemeinsamem Leben mit den Jugendgenossen für seine künftige Laufbahn festzustellen haben werde. Er schärft ihm ein, wie es bei aller Arbeit, im Lesen wie im Leben, auf Plan und Ordnung ankomme. „Eins aber vor Allem: habe gerade jetzt genau Acht auf Dich und sei des Spruches des Delphischen Apoll eingedenk: Erkenne dich selbst, d. h. werde niemals unwahr gegen Dich selbst, beobachte ruhig und besonnen jede Leidenschaft, die Dich vom rechten Wege abführen will und Dir die Wahrheit verdunkelt, sowie Deinen jugendlichen Zornmuth. Der Mensch soll frei sein und in ihm die Wahrheit walten, nimmer unterthan und Sklave der Leidenschaft, die das reine Auge der Vernunft trübt und blendet; so kommt er am nächsten seinem Vorbilde, der Gottheit. Sähe ich Dich erst auf diesem Wege ruhig und fest mit heiterem Muthe jede Regung der Selbstsucht, Eitelkeit und schnöder Genußgier bekämpfen, dann wäre ich Deiner Zukunft fürs ganze Leben hinaus sowie Deiner Glückseligkeit gewiß." Dankbar, unbefremdet durch den überlegenen Ton, nahm der Jüngere solche Vorhaltungen auf. Die Mutter dankt dem „geliebten Erstgeborenen", daß er ihr so am Erziehungswerke der Brüder helfe. „Du weißt am besten," so schreibt einige Jahre später der Vater, „daß Hermann und alle Deine Brüder Dir wohl mehr anhängen als dem Vater — etwas, worüber ich keinen Neid, sondern nur die innigste Freude empfinde."

Der Wunsch der Eltern war für Maxens Rückkehr nach Berlin, Ostern 1833, maßgebend; der Abschied gerade zu Beginn der schönen Jahreszeit wird ihm nicht leicht geworden sein. Das rheinische Leben war ihm lieb, der herrliche Strom selbst und seine Ufer waren ihm vertraut geworden. Noch in späteren Jahren standen die blauen Linien des Siebengebirges, die schroffen Formen des Drachenfels in der Beleuchtung vor ihm, in der er sie zuerst erblickt hatte, und die bescheidenen Ansichtsbilder dieser Punkte, die einst sein Studierzimmer geschmückt hatten, mußten noch fünfzig

Jahre später in einem Zimmer mit aufgehängt werden, in dem eine Anzahl werthvollerer Landschaften die Erinnerung späterer Eindrücke bewahrte.

Mit neuem Eifer wurden von dem Zurückgekehrten die Studien wieder aufgenommen, von Vorlesungen indeß nur Institutionen und römische Rechtsalterthümer bei Savigny, Universalgeschichte bei Raumer gehört. Der junge Gelehrte beeilte sich, seinen Studien einen augenfälligen Abschluß zu geben. Am 16. Juli 1834 promovirte er mit einer Abhandlung: De historia eiusque tractandae varia ratione.

Recht sehr verräth dieselbe den Anfänger sowohl durch die Weite des Inhalts, der über den Titel hinausschwankt, wie durch die nicht aufs Beste innegehaltene Ordnung; am meisten endlich durch die Unselbständigkeit der vorgetragenen Meinungen. Man hört den Schüler, der redlich bemüht ist, in seiner Weise die in den Hörsälen an ihn gekommene Weisheit zu verarbeiten, und der doch den Bann der erlernten fremden Gedanken zu durchbrechen nicht im Stande ist. Fremder Gedanken; denn ein eigentlich gelehrtes Wissen tritt im Grunde nur in der Partie der Arbeit hervor, in der er eine auf eigener Lectüre beruhende Kritik und Charakteristik der Geschichtschreibung des Herodot, Thukydides und Tacitus zu geben versucht. Der ganze Rest ist Philosophie, Hegelsche Philosophie. Weder die scheinbar objective Geschichtschreibung der Chronisten und der alten kunstmäßigen Historiker, noch die subjective, lehrhaft reflectirende oder von religiösen Motiven beherrschte entspricht nach unserem Verfasser den Aufgaben, die der Historiker zu erfüllen hat; es handelt sich um Rückkehr zu dem wirklich Objectiven. Die auf kritischer Behandlung der Quellen beruhende pragmatische Geschichtschreibung, welche in den Ereignissen selbst das die Ereignisse zusammenhaltende Band aufzeigt — diese ist, wenn sie sich zur Universalgeschichte erweitert, das Höchste, wozu es Geschichte durch sich selbst zu bringen vermag. Noch höher jedoch — zum Begreifen der inneren Nothwendigkeit des Geschehenen — erhebt sich die philosophische Geschichtschreibung, die in dem Ablauf und Ineinandergreifen der Begebenheiten die an die Form der Zeit entäußerte Entwicklung des „Geistes" nachweist. Dergestalt liefert unser junger Historiker seine Wissenschaft an die

höhere Wiſſenſchaft der Philoſophie aus. Aus der Philoſophie, aus dem Syſteme, deſſen Formeln ihn völlig umſtrickt hatten, entnimmt er, was er ferner über Theile und Epochen, über Anfang, Gang und Ziel der Geſchichte hinzufügt. In den Theſen für die Disputation, bei der ihm unter Anderen Freund Papencordt, der Verfaſſer der Geſchichte der Vandalen in Africa, opponirte, wiederholt er neben nur wenigen mehr hiſtoriſch klingenden Aufſtellungen die Hauptſätze ſeines Hegelſchen Katechismus: sensus initium solum, non principium intellectus; libertas et necessitas unum idemque est; poena ius est malefici u. A. m. Kurz, der junge Doctor ſteht nicht bloß auf der Grenze zwiſchen Geſchichte und Philoſophie, ſondern dieſer näher als jener. Er iſt Hegelianer vom Scheitel bis zur Sohle. Es iſt mehr als zweifelhaft: wird ſeine wiſſenſchaftliche Zukunft der Geſchichtsforſchung oder dem Ausbau und der Verkündigung der neuen Philoſophie gehören?

3.

Früchte und Folgen der Universitätszeit.

Die Fäden, die ihn hielten, liefen nach beiden Seiten. Seine eigene Meinung war keineswegs, daß die Vertiefung in diese weltgewandte und wirklichkeitskundige Dialektik ihn seinem erwählten Berufe als Geschichtsforscher entziehen könnte: er glaubte im Gegentheil, sich dadurch mit dem herrlichsten, noch gar nicht hinreichend erprobten Werkzeug ausgerüstet zu haben, mit dessen Hülfe er tiefer als Andere in die Welt der Thatsachen und in ihren allseitigen Zusammenhang eindringen könne. Er hatte schon fleißig genug an den Quellen geschöpft und war in der Methode ihrer kritischen Bearbeitung gut genug geschult, auch war sein Sinn für Thatsächliches so stark, seine Achtung vor dem Richtigen und Wahren so lebhaft, daß er gegen die Gefahr einer oberflächlich und geistreich mit den Dingen spielenden Geschichtsconstruirerei hinreichend geschützt war. Dagegen erhielt ihm die Philosophie eine Weite des Blicks, die ihn vor geistlosem Kleben am Einzelnen bewahrte. Sie gab ihm jene Beweglichkeit der Bildung, mit der er einen möglichst großen Ausschnitt aus der zeitgenössischen Litteratur in sein Gesichtsfeld zu fassen im Stande war. Gerade hierauf aber war er als der Sohn eines unternehmenden Buchhändlers schon von Hause aus hingewiesen. Die Firma Duncker und Humblot hatte auch die geistige Erbschaft der Frölichschen Buchhandlung übernommen und sie mit Einsicht und Glück vermehrt. Die Unternehmungen Frölichs waren dem Zuge unserer Litteratur entgegengekommen, der von der jungen romantischen

Schule mit Bewußtsein verfolgt wurde, jenem Zuge, der auf die Verbindung von Dichtung und Philosophie, auf die Belebung des empirischen und gelehrten Betriebs der Wissenschaft durch die Kräfte der künstlerischen Phantasie ausging. Im Frölichschen Verlage war das Athenäum und die Lucinde, war die Sprachlehre von Bernhardi, war Gentz' Historisches Journal, waren die ersten Bände der Weltgeschichte von Karl Friedrich Becker erschienen. Karl Duncker folgte dieser Richtung, so zwar, daß er mit dem Eifer des gebildeten Mannes für das geistig Bedeutende die Witterung des Geschäftsmannes für das Gewinnbringende verband. Den Mittelpunkt seiner buchhändlerischen Unternehmungen bildete die historische Litteratur, Beckers Weltgeschichte blieb in ihrer Fortsetzung und in einer Reihe rasch auf einander folgender Auflagen ein Haupt- und Stammbuch seines Verlages. An die Stelle von Gentz' Historischem Journal trat Rankes Politisch-historische Zeitschrift, und die Werke des Meisters in der Kunst der Geschichtschreibung, von seinen „Fürsten und Völkern" an, bildeten neben zahlreichen anderen Geschichtswerken den Stolz der Firma. Der politischen Geschichte ging die Litteraturgeschichte zur Seite. Wie aber mit dem Namen Duncker und Humblot der Höhepunkt unserer neuen Geschichtschreibung, so verband sich ihm auch der Höhepunkt unserer speculativen Philosophie. Es gab in den ersten dreißiger Jahren keine deutsche Zeitschrift, die an geistiger Bedeutung den „Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik", dem Parteiorgan Hegels und seiner Schule, gleichgekommen wäre. Sie war bald anfangs in Dunckers Verlag übergegangen. Demselben Verlag aber gehört die Publication der Werke Hegels sowie der Arbeiten seiner Schüler an, welche die Theologie, die Jurisprudenz und die Aesthetik im Sinne des Systems umzugestalten unternahmen.

In Wettstreit und gegenseitiger Ergänzung traten so unserem jungen Freunde die Geschichte und die Philosophie nicht bloß aus der allgemeinen Zeitbildung entgegen, sondern sie legten sich ihm zugleich in dem Betriebs- und Interessenkreise der väterlichen Handlung ans Herz. Er war der Erste der Familie, der wieder studierte. Nach dem Sinne des Alten, der sich auch unausgesprochen fühlbar machte, war es selbstverständlich, daß die gelehrte Bildung des

Sohnes seinen eigenen praktischen Zwecken zur Verfügung bleiben müsse. Dieser mußte bedenken, ja es war ihm natürlich zu bedenken, daß die Bildung, die er empfing, Opfer kostete, deren Schuld er abzutragen habe. Ganz von selbst lernte er sich als intellectuellen Theilhaber, Berather und Förderer der Buchhandlung ansehn. Sein wissenschaftlicher Rath sollte der kaufmännischen Berechnung einen Anhalt geben. Seine Urtheile über eingehende Manuscripte würden der Handlung ebenso nützlich werden wie seine Anzeigen von Werken, welche im väterlichen Verlage erschienen. Seine eigenen wissenschaftlichen Arbeiten endlich würden hoffentlich dem Geschäft zu gute kommen, und es würde Stolz und Freude für den Vater sein, wenn sie zu dessen gesuchtesten und bestgehenden Verlagsartikeln gehörten. Alle diese Erwartungen sind in Erfüllung gegangen; es ist wohl vorgekommen, daß das wohlerwogene Gutachten des Sohnes daran Schuld war, wenn einmal eine belletristische Novität, die zu erstaunlicher Berühmtheit gelangte, und folglich ein einträgliches Geschäft, abgewiesen wurde und so einem Glücklicheren ins Netz gerieth: allein im Ganzen hat der verständige Rathgeber seinen reichen Antheil an dem Ruhm der Firma, sich um die deutsche Litteratur und um die gesunde Bildung der Nation verdient gemacht zu haben. Schon der Student war zu solcher Hülfleistung mehrfach herangezogen und in die buchhändlerische Praxis eingeweiht worden. Er schreibt am 18. März noch von Bonn aus dem Vater zum Geburtstage: „Ja, Vater, ich hoffe noch auf ein langes, freudiges und kräftiges Zusammenleben und Zusammenwirken mit Dir; will's Gott, sollst Du in mir eine tüchtige Stütze finden aller Wege, und ich denke, es sollen noch lange Wege sein."

Den frühesten Anlaß, mit eigener geistiger Arbeit zugleich die Interessen des Geschäfts zu fördern, gab ein Unternehmen, das zwischen dem Comptoir und dem Studierzimmer entstanden war. Der junge Büchner, der im Jahre 1820 als Lehrling bei Duncker und Humblot eingetreten und der Handlung bald ein treuer, unschätzbarer Gehülfe geworden war, hatte sich selbst vom Buchhändler zum Gelehrten heraufgebildet; er hatte sich eine sehr respectable Kenntniß der neueren Sprachen, insbesondere des Französischen, erworben und, mit einem vorzüglichen Gedächtniß

und peinlichem Ordnungssinn ausgestattet, sich der bibliographischen Seite der Litteraturgeschichte, besonders der deutschen, zugewandt. Er beschloß, diese Kenntnisse und diese Talente der ganzen Lesewelt nützlich zu machen. Seit dem 2. Januar 1834 erschien allwöchentlich im Dunckerschen Verlage die von Büchner herausgegebene „Litterarische Zeitung" — der erste Versuch, die Gesammtarbeit der Litteratur des In- und Auslandes lückenlos, rasch und knapp zur Ueberschau zu bringen. Max, dem Herausgeber befreundet und gelegentlich durch ihn in seinen Studien gefördert, wurde zum eifrigen Mitarbeiter an dem kritischen Theile der neuen Zeitschrift. Hier war ihm die beste Gelegenheit geboten, seine Lern- und Lesebegier zu befriedigen, sich selbstthätig in der Litteratur zu orientiren und die ihm frühzeitig eigene Gabe entschlossenen Urtheils auszubilden. Nicht weniger als 41 Anzeigen und Recensionen hat er in den ersten Jahrgang geliefert, denen bis zum Jahre 1838 eine ungefähr gleiche Anzahl in immer größer werdenden Zwischenräumen gefolgt ist. Wir besitzen in ihnen ein treues Spiegelbild seiner damaligen Bildung, seines wissenschaftlichen Standpunkts und des Umfangs seiner Interessen.

So wenig wie die Dissertation läßt diese Recensententhätigkeit erkennen, ob ihn mehr die Philosophie oder mehr die Geschichte anzieht; Besprechungen philosophischer Werke begegnen uns gleich viel wie solche historischer Werke, und auch die letzteren sind zu gutem Theil Probestücke angewandter Hegelscher Philosophie. Der junge Mann stellt sich mitten in die an das Hegelsche System anknüpfende, dasselbe fortbildende und in der Fortbildung auflösende speculative Bewegung, so zwar, daß er dem ihm überlieferten Buchstaben und Geist des Meisters, noch mit dessen Aneignung und Verarbeitung beschäftigt, möglichst nahe bleibt. Neben der im Erscheinen begriffenen Gesammtausgabe von Hegels Werken und den nachgelassenen Schriften Fichtes kommen die Arbeiten Ch. H. Weißes und des jüngeren Fichte, viele der damaligen Halb-Hegelianer, K. Ph. Fischer, Günther und Pabst, Feuerbachs Abälard und Heloise, Gruppes Wendepunkt der Philosophie, nicht minder einige der Herbartschen Schule oder gar den älteren Systemen angehörende Schriften zur Besprechung. Durchweg spricht der Mann der Partei, aber kein leidenschaftlicher, sondern

ein billiger und besonnener. Von Meister Hegel hat er nicht nur Standpunkt und Ausdrucksweise entlehnt, er hat ihm auch die Manier abgelernt, verwandte Anschauungen zurechtzudeuten und nur das ganz Frembartige scharf abzuweisen, das Triviale und Zurückgebliebene von oben her zu verspotten. Auf seinem bescheidenen Uebungsfelde folgt offenbar der junge Anonymus dem Muster, das die Koryphäen der Schule in den Berliner Jahrbüchern gegeben.

Damit nun aber Niemand fürchte, eine so ernste Liebhaberei für metaphysische Dinge und dialektische Künste könne diesem Kopfe gefährlich werden, so hören wir ihn gleichzeitig über ganz andere Dinge und Künste urtheilen. Mens sana in corpore sano. Er tummelt sich in seiner Zeitung, wie er sich im Leben getummelt hat. Ersichtlich ist er in allen ritterlichen Uebungen wohl zu Hause. Selber ein Reitersmann und der sein Rappier zu führen gelernt hat, ist er unverlegen, jetzt einen Leitfaden der Reitkunst und ein Handbuch über Pferdedressur, jetzt eine Anweisung zum Stoßfechten, eine Schrift über das Ganze der Gymnastik, eine militärische Fachschrift über den Gebrauch der reitenden Artillerie anzuzeigen. Fallen ihm gar Seemannssagen und Schiffermärchen in die Hände oder ein Schiffstagebuch, so macht sich die alte Leidenschaft in einem Lobe des gesunden Seemannslebens, eines „Gegenbildes unsres abgeschwächten Thee- und Kaffeelebens" Luft.

Nicht zahlreich sind die Recensionen aus dem Fache der schönen Litteratur. Ein paar Novellen und Romane haben den Historiker angezogen. Gar hübsch charakterisirt er die verschwommene Romantik und lobt er zugleich die köstliche Lyrik in Eichendorffs „Dichter und ihre Gesellen". Mit Rellstabs Roman „1812" treten wir auf das geschichtliche Gebiet hinüber. Enthusiastisch ist der Recensent für die Kunst des Erzählers eingenommen, Ideen in bestimmten Personen zu verkörpern, das „Allgemeine der Geschichte" in concreten Individuen zur Anschauung zu bringen. „So müßte die Geschichte behandelt werden, wenn die Forderung künstlerischer Darstellung für die Wissenschaft der Geschichte überhaupt zulässig wäre." Da hören wir also wieder den Verfasser der Dissertation über die verschiedene Art, die Geschichte zu behandeln. Immer von Neuem, in einer langen Reihe historischer Recensionen, trägt

er seine Hegelsche Ansicht von dem Wesen der Geschichte und dem Ideal der Geschichtschreibung vor. Er erprobt sie an der Beurtheilung der bedeutendsten lebenden Historiker — an Menzel und Raumer, an Ranke und Leo. An das Lob, mit welchem er Gans' inzwischen in Raumers historischem Taschenbuch gedruckt erschienenen Vorlesungen über die Geschichte der letzten fünfzig Jahre bedenkt, weil hier zum ersten Mal die neue Geschichte „gedankenmäßig" behandelt worden sei, reicht die Anerkennung kaum heran, die er Rankes „römischen Päbsten" nicht vorenthält. Es scheint, seine Meinung über den Letzteren ist: das Talent des Verfassers, durch scheinbar kleine, aber charakteristische Züge die Personen lebendig werden zu lassen, das Eigenthümliche, Geistige, die Principien der Völker und Zeiten vorzuführen, komme ungesucht der Aufgabe, um die es sich eigentlich handle, wenigstens nahe, der Aufgabe nämlich „nicht mehr Geschichten der Völker und Staaten, sondern Geschichten der Ideen zu schreiben", oder, wie er ein andermal bei Gelegenheit von Raumers Geschichte Europas sagt, unbeirrt von psychologischen, moralischen und politischen Seitenblicken „die Substanz der Ereignisse zu erfassen". So ist ihm Ranke nahezu ein philosophischer Historiker, weil er ein großer Künstler ist — wenn nur „der Stil und die Darstellungsmanier des Verfassers" nicht dadurch unangenehm berührten, daß sie „seine Subjectivität mehr als billig hindurchscheinen lassen". Wie nun bei Anlegung dieses Maaßstabes die historischen Werke Leos sich unserem Recensenten darstellen mußten — davon mag später noch zu reden sein: für jetzt bemerken wir neben allen diesen mehr von oben her urtheilenden, von philosophischen Gesichtspunkten durchzogenen Besprechungen aus dem Fach der Geschichte eine kleine Anzahl solcher, in denen nicht die Philosophie, sondern einzig die Gelehrsamkeit zu Worte kommt. In dieser Weise wird im Jahrgang 1835 Türk, „Die Langobarden und ihr Volksrecht", besprochen; besonders eingehend auf Einzelheiten ist in demselben Jahrgang die Kritik der Geschichte der Deutschen von Söltl — einer der wenigen Duncker'schen Artikel, die er mit seinem vollen Namen unterzeichnet hat —, ähnlich eingehend die schonungslose Abfertigung von Kortüms Geschichte des Mittelalters vom Jahre 1836.

Alle drei Recensionen bewegen sich auf dem Boden der deutschen mittleren Geschichte. Der Verfasser, obgleich er wiederholt auf Universalgeschichte dringt, ist sichtlich auf diesem Gebiete vorzugsweise zu Hause. Er will, daß alle Perioden der Geschichte in ihrem inneren Leben, nach ihrem ideellen Gehalt aufgedeckt werden, und hofft, daß es gelingen werde, zuletzt die ganze Geschichte als die organische Entwicklung einer alle anderen in sich vereinigenden höchsten Idee darzustellen: diese ins Weite und Hohe hinausblickende Absicht hat ihn indeß nicht gehindert, sich fürs Erste mit allem Fleiß der Detailforschung und mit methodischer Kritik der Quellen und Thatsachen bei einzelnen Perioden besonders festzusetzen. Wie kommt es, daß er dafür in erster Linie das Mittelalter und die Anfänge der deutschen Geschichte gewählt hat?

Auch dies hat er im ehrenvollen Dienste seines Hauses gethan. Die zu neuer Umarbeitung von Loebell in Angriff genommene siebente Auflage der Beckerschen Weltgeschichte konnte von diesem nicht so rasch gefördert werden, als es für den Absatz des Werkes wünschenswerth war. Der Herausgeber sah sich nach Hülfe um und fand die natürlichste und nächstgelegene in dem talentvollen Schüler, den er sich selbst an die Hand gezogen und auf den er, so weit nöthig, einigen Einfluß zu üben sich zutrauen durfte. Er überwies ihm zunächst die drei das Mittelalter umfassenden Bände, und seit dem Februar 1835 war der junge Duncker an der Arbeit, die er mit der ihm eigenen Entschlossenheit und Anhaltsamkeit so rasch vorwärts brachte, daß er sie innerhalb zweier Jahre zu Ende führte. Loebell, der die im Manuscript ihm zugeschickten einzelnen Bände hie und da mit Erinnerungen versah, fand die Arbeit vortrefflich, wenn er auch in Anbetracht des populären Zwecks und Planes des Werkes vor zu genauem Eingehen auf das Detail der Verfassungszustände warnen und bemerken mußte, daß sich das philosophische Element, zuweilen sogar in der Sprache der Schule, mehr als billig hervordränge. Der junge Historiker hatte in der That sein Bestes gethan, zwischen den Forderungen der Wissenschaftlichkeit und der gebildeten Verständlichkeit einen Ausgleich zu treffen, und es war ihm heilsam gewesen, sein Ideal einer die Weltbegebenheiten be-

greifenden Geschichtswissenschaft zu dem Versuch einer schlichten und doch durch Schilderung und Reflexion belebten Geschichtserzählung herabzustimmen. Berichtigend und ergänzend, hier erweiternd, dort zusammendrängend, hatte er den, gerade in den mittelalterlichen Partien gegen den neueren Stand der Wissenschaft zurückgebliebenem Text des Werkes theils auf Grund eigenen Quellenstudiums, theils und am meisten nach den Ergebnissen der Forschung Anderer umgeschmolzen. Dem Vorgange Loebells folgend, hatte er namentlich den Verfassungsverhältnissen, den staatlichen sowohl wie den kirchlichen, besondere Sorgfalt zugewendet. Er hatte sich einer möglichst objectiven Darstellung befleißigt und doch durch Einflechtung charakteristischer Sittenzüge, Schilderungen und Reden, desgleichen einiger mit Vorliebe ausgeführter Schlachtstücke, zugleich nach einer gewissen Kunstmäßigkeit gestrebt. Auch mit seinen philosophischen Neigungen endlich hatte er sich leidlich abgefunden, sofern er sich hinsichtlich des ideellen Gehalts der vorgeführten Zustände und Ereignisse auf Fingerzeige beschränkt oder weitergehende Betrachtungen in die Einleitungen zu den verschiedenen Perioden verwiesen hatte. Die vom November 1836 datirte Vorrede vor dem vierten Bande, dem ersten der von ihm bearbeiteten, giebt ausführlich Rechenschaft von seinem Verfahren. Ihr Inhalt sowohl wie die etwas schwerfällige Sprache läßt deutlich erkennen, wie sehr sich der angehende Geschichtschreiber zwischen Theorie und Praxis in der Klemme befunden und wie gewissenhaft er bedacht gewesen, seine aus den widersprechendsten Forderungen sich zusammensetzende Aufgabe mit Anstand zu lösen.

Aus der Zeit, in der er diese erste größere schriftstellerische Arbeit zu Stande brachte, liegt das Bruchstück eines kurzen Tagebuchs vor. Es läßt uns einen Blick in das Vielerlei von Beschäftigungen und Erholungen thun, womit seine Tage angefüllt waren. Neben der Arbeit am Becker geht die Recensententhätigkeit für Büchner einher. Ein ausgebreiteter Kreis von Freunden und Bekannten entzieht ihn oft der Einsamkeit seiner Studierstube. Mancher Abend gehört den Eltern und Verwandten, mancher andere findet ihn im Theater. Auch die gewohnten gymnastischen Uebungen und Erholungen werden, obgleich spärlich, fortgesetzt. Man sieht, die pflichtmäßige Arbeit, die seine Morgen-, Nach-

mittags- und Nachtstunden in Anspruch nimmt, hat Mühe, sich gegen den Drang des geselligen, großstädtischen Lebens zu behaupten. Aber ein unerbittliches Pflichtgefühl hilft ihm, sich durchzuringen. Mit guten Sprüchen: *αἰεὶ ἀριστεύειν*, „Liegt dir gestern klar und offen" ꝛc. giebt er sich Muth für den neuen Tag. Sein Schlafen, sein Aufstehen, sein Arbeiten controlirt er aufs Genaueste. Mit Vorwürfen über schlecht ausgenutzte Stunden, mit Vorsätzen, das Versäumte wieder einzuholen, mit Vermerken über das Geleistete und mit Fristbestimmungen für die weitere Arbeit nimmt er sich von Tag zu Tag in die ernsteste Zucht.

Er stand bei dem Allen unter einem schweren Druck. Während so rüstiges Vorwärtsstreben, so tüchtiges, von den Sachverständigen anerkanntes Leisten ihm die besten Aussichten für seine Zukunft eröffnete, so verdunkelten sich dieselben von der politischen Seite her. Auch er, wie so mancher der damaligen Burschenschafter, hatte unter der neuen Demagogenverfolgung zu leiden, zu welcher die Angst der deutschen Regierungen durch die revolutionären Bewegungen der letzten Jahre, besonders durch das Hambacher Fest und den Frankfurter Wachensturm, sich hatten anspornen lassen. Es war eingetroffen, was die Eltern des jungen Mannes befürchtet und was sie vergeblich zu hindern versucht hatten. Auf seinem Berliner Abgangszeugniß vom März 1834 fand sich die verhängnißvolle Note, daß er rücksichtlich seines früheren Aufenthalts in Bonn wegen der dortigen Marcomannia einer Theilnahme an verbotenen Studentenverbindungen beschuldigt sei. Vom Februar 1834 bis in den Herbst des folgenden Jahres hatte er zahlreiche Verhöre vor dem Kriminalrath Dambach zu bestehen: — so schwer war den staatsumwälzenden Anschlägen dieser harmlosen Verschwörer auf die Spur zu kommen, die sich unterstanden hatten, mit den Sängern der Befreiungskriege für eine andere deutsche Einheit zu schwärmen als diejenige, die der Bundestag darstellte, und deren einzige wirkliche Schuld der Bruch eines Gelöbnisses, der Ungehorsam gegen ein Verbot war, das ihre Begeisterung nicht begriff, ihr jugendlicher Leichtsinn als unverbindlich ansah! Wie mancher hoffnungsvolle junge Mann war nicht schon während der früheren Reactionsjahre durch die quälerische Strenge dieser Demagogenuntersuchungen von seinem Berufe abgelenkt, von seinem

Lebenswege verschlagen, um seine Zukunft betrogen worden! Noch immer war diesen Dingen kein Ende abzusehen, und zahlreiche Familien, deren Söhne plötzlich am umgeschlagenen Hemdkragen und am schwarz-roth-goldenen Bande als politisch Verdächtige erkannt wurden, fragten sich voll Sorge, was man ihren Jungen thun werde? was, auch wenn sie nicht verurtheilt würden, Jahre lang im Kerker zu schmachten, aus ihrer Laufbahn werden solle? Diese Sorge legte sich nun auch auf die Eltern unseres Max. Tiefe Verstimmung gegen den Sohn, der die väterlichen Mahnungen überhört, der, wenn auch gewiß nicht in staatsgefährliche Pläne verwickelt, doch das Gesetz des Staates mißachtet hatte, bemächtigte sich des Vaters. In seiner lebhaften Weise machte er dieser Verstimmung Luft, ja er ließ den Vorwurf durchhören, daß er die Ehre des Namens durch die Lage, in welche der Sohn sich gebracht habe, als geschädigt ansehen müsse. Max litt tief in seinem ergebenen Kindesherzen und in seinem männlichen Selbstgefühl unter der väterlichen Verurtheilung von Schritten, deren Unehrenhaftigkeit ihm keineswegs einleuchtete und die er zu bereuen trotz Allem, was sie ihm eingetragen, nicht ernstlich von sich erlangen konnte. Wie er jetzt zu der Frage stand, sagt uns einer der frischesten und beredtesten seiner Artikel für die Litterarische Zeitung. Sein eigenes Studentenleben klingt nach in der Besprechung der durch Diesterwegs Broschüre über das Verderben auf den deutschen Universitäten hervorgerufenen Schriften. Das freie Studentenleben soll man der deutschen Jugend nicht verleiden und nicht verkümmern. Man sorge doch nicht, daß das zur Rohheit führe. „Sind nur die Musen erst da, so werden auch, wenn anders Geld im Beutel ist, die Grazien sich bald genug finden". Und nun zu Gunsten seiner geliebten Burschenschaft! Den fanatischen Köpfen will er nicht das Wort reden, dem Staate das Recht nicht bestreiten, Ausschreitungen solcher Verbindungen im Zaume zu halten —: „wer aber nicht einmal in seiner Jugend die Welt nach seinen Idealen hat formiren wollen, der wird im Mannesalter einen gar faulen und trägen Knecht im Weinberge des Herrn abgeben."

Um das väterliche Taschengeld entbehren zu können, suchte und erhielt er einen mehr beschwerlichen und zeitspieligen als

seinem wissenschaftlichen Streben förderlichen Posten an der Königlichen Bibliothek, den er gegen Remuneration vom Herbst 1834 bis eben dahin 1835 verwaltete. Durch den angestrengtesten Fleiß überdies suchte er sich über die häusliche Beklemmung und die sorgenvolle Erwartung des Ausgangs eines nun schon so lange sich hinziehenden Prozesses hinwegzubringen. Gut, daß endlich die Entscheidung kam. Das Urtheil lautete auf sechs Jahre Festungshaft. In Folge eines eingereichten Gnadengesuchs wurden diese, da dem Angeklagten andere gesetzwidrige Handlungen als die Theilnahme an der burschenschaftlichen Verbindung nicht nachgewiesen werden konnten, auf sechs Monate herabgesetzt. Das war eine sehr erträgliche Buße. Auch dem Vater war diese Wendung beruhigend und versöhnend. Aber die schwerere Buße hatte der Begnadigte schon vorweg getragen. Mehr als drei Jahre lebensvoller Jugend hatte er — seine freundschaftliche Correspondenz enthält die Zeugnisse dafür — in gedrückter Stimmung zugebracht und durch geistige Ueberanstrengung übel und ärger gemacht. Sein braunes Haupt- und Barthaar hatte einen weißen Anflug bekommen. Der nächtliche Schlaf hatte gelitten; ein Herzleiden schien sich in so bedenklicher Weise auszubilden, daß eine schwere Hungerkur versucht wurde und im Juli 1836 der Hausarzt ein Zeugniß darüber ausstellte, daß der Patient nicht ohne Gefährdung seines Lebens die militärische Dienstübung werde mitmachen können, zu der er befohlen war.

Am 8. Juli 1837 trat er die Haft in dem nahen Köpenik an, das schon mehr als Einen Demagogen beherbergt hatte. Nach vielen Bemühungen bei den Behörden war es erreicht worden, daß der Gefangene in dem dortigen Schlosse, in einem gewölbten, stark verwahrten, etwas kellerartigen Zimmer des Erdgeschosses seine Haft verbüßen durfte. Er fand nachsichtige Wächter und eine Gesellschaft, mit der sich leben ließ, wenn man nicht hochmüthig und nicht griesgrämig war. Unser Freund war keins von Beiden. Das in Köpenik verlebte halbe Jahr stand späterhin in seiner Erinnerung als eine keineswegs tragische Episode; er gerieth, so oft er davon erzählte, in die beste Laune. Major Maske, der Commandant des Schlosses und Verwahrer des darin befindlichen Traindepots — er hatte den Weg zu seinem Avancement durch

den Train genommen — war ein gutmüthiger alter Militär von beschränkten Gaben und zweifelhaften kriegerischen Verdiensten. Ueberhaupt, man war in Köpenik etwas weggesetzt und etwas zurückgeblieben; wer aus der Hauptstadt hierher kam, mochte sich in eine mittelalterliche Kleinstadt versetzt dünken. Daß ein Liebestrank gute Dienste leiste, wenn die eheliche Liebe zu schwinden oder sich zu verirren drohe, galt hier als ein durch Erfahrung bewährter Glaube; das schöne Geschlecht liebte es, sich durch die Blumensprache zu verständigen, und die jungen Schönen verschmähten es nicht, den Zauber ihrer Reize durch untrügliche Amulete zu verstärken. Während aber der Nachbar die kleinsten Geheimnisse des Nachbars wußte, so entzog sich manches Ungeheuerliche, manche Unregelmäßigkeit der Beamten der Controle der Behörden. Der Pastor des Orts muß des Hebräischen kundig gewesen sein; er war im Stande, dem jungen Historiker eine gelehrte Auskunft über eine Alttestamentliche Stelle zu geben. Nehmen wir daher an, daß nicht er, sondern sein Amtsvorgänger — denn die Thatsache selbst ist gut beglaubigt — aus dem Archiv der Kirche eine Kahnladung alter Akten als vorzüglich brauchbare Maculatur verkaufte. Der Justizrath, in welchem der Staatsgefangene seine richterliche Aufsichtsbehörde zu verehren hatte, war für die laufenden Geschäfte seines Amtes an seinen Actuarius gewiesen, welcher ihm das Concept zu corrigiren pflegte; doch kam er in besonders schwierigen Fällen mit dieser Hülfe nicht aus; in solchen wendete er sich dann wohl an seinen Delinquenten; ja, als einst in einer Todschlagssache ein Blödsinniger als Zeuge zu verhören war, nahm er den Staatsgefangenen in winterlicher Dämmerstunde zu dem einige Stunden entfernten Orte des Termins in seinen Schlitten und ließ ihn unter dem Namen eines Assessor Schulze oder Müller das Zeugenverhör anstellen.

So fehlte es denn nicht an kleinen Abenteuern und noch weniger an regelmäßiger Unterhaltung und an zugetragenem Stadtklatsch. Zu Höheren und Niederen nahm der Herr Doctor bald eine Vertrauensstellung ein. Die Zuthulichkeit der Leute that ihm wohl und selbst das Plaudern seiner Bedienung fiel ihm nicht lästig. Die gute Laune dieser ganzen Gesellschaft wurde durch Zuwendungen aus Keller und Küche des väterlichen Hauses genährt, und

wenn einmal die Eltern und Geschwister den Gefangenen besuchten, so gab es einen guten Tag auch für die Umgebung. Zum Weihnachtsfeste gar wurde ein ganzer Ballen von Geschenken herbeigeschafft, und der Einsame, der nun bald seinen Käfig verlassen sollte, baute in demselben für zahlreiche Empfänger auf. In Wahrheit: nicht um Gesellschaft, an der es ihm in seinen Mußestunden niemals fehlte, sondern um Einsamkeit hatte er zuweilen zu sorgen. Nur zu häufig führte das Bedürfniß der Unterhaltung diese wenig beschäftigten Kleinstädter an das vergitterte Fenster und in die Zelle des Gefangenen. Um seinen Studien obliegen zu können, mußte er sein eigener Schließer sein. Und er wollte und mußte fleißig sein. Nicht bloß um sich wissenschaftlich vorwärts zu bringen und sich bekannt zu machen, sondern auch um sich Geld zu verdienen und um fortzufahren, dem väterlichen Geschäfte seine guten Dienste zu widmen. Trotzdem, daß er seinem Bonner Freunde die drei Bände Mittelalter abgenommen hatte, sah sich dieser, durch Kränklichkeit vielfach gehemmt, außer Stande, die Termine innezuhalten, die mit der Verlagshandlung bei dem äußerst beschleunigten Druck des Becker für die Lieferung des Manuscripts verabredet waren. Schon im März hatte daher Max dem bedrängten Herausgeber seinen weiteren Beistand angeboten. Er hatte sich bereit erklärt, den neunten Band, oder vielmehr das ganze, schon auf den letzten Bogen des achten Bandes beginnende siebzehnte Jahrhundert zur Bearbeitung zu übernehmen. Immer mehr war er dadurch zu ausschließlicher und zusammenhängender Beschäftigung mit der Geschichte hingedrängt. Schon im Jahre 1836 hatte er für die Litterarische Zeitung nur noch wenige Beiträge geliefert; mit dem Jahre 1837 zieht er sich so gut wie ganz daraus zurück, und für die philosophischen Recensionen insbesondere ist jetzt ein anderer Mitarbeiter gewonnen. Die Arbeit an der neueren Geschichte hat ihn von Berlin nach Köpenik begleitet, und es werden nicht seine schlechtesten Stunden gewesen sein, in denen er, mit seinem lebhaften Interesse für Verfassungshergänge, an der Hand der Werke von Hallam, Guizot und Raumer, sich in die Darstellung der englischen Revolution vertiefte.

4.

Der junge Docent.

Gewiß empfand es Max als eine der ſchmerzlichſten Folgen des gegen ihn ergangenen Erkenntniſſes, daß er aus den Liſten des 20. Landwehrregiments geſtrichen und daß er demnächſt Seitens des Commandos der 6. Diviſion benachrichtigt wurde, daß er von jeder militäriſchen Dienſtleiſtung entbunden ſei. Im Jahre 1839 bat er um ſeine Rehabilitation; das Bataillon befürwortete dieſelbe auf Grund des oben angeführten v. Kurßelſchen Zeugniſſes und wiederholte dieſe Befürwortung, da jeder Beſcheid ausgeblieben war, im Jahre 1841; aber erſt vom 20. September 1843 datirt die Wiedereinſetzung in ſeine Charge als Lieutenant, und nur bis zum 20. September 1840 wurde das Patent zurückdatirt, obgleich er ohne Zweifel ſchon nach ſeiner erſten Landwehrübung im Jahre 1834 oder 1835 Lieutenant geworden war.

Auch für ſeine bürgerliche Laufbahn jedoch ſollte er die Folgen noch auf lange hin, er ſollte ſie gleich bei dem erſten Schritte dahin erfahren.

Längſt ſchon ſtand es bei ihm feſt, daß er ſich für das Fach der Geſchichte an einer Univerſität habilitiren wolle. Dem Zwecke der Vorbereitung auf das Katheder diente die Arbeit an der Beckerſchen Weltgeſchichte, wenn ſie auch auf andere Veranlaſſung hin übernommen worden war. Die Richtung auf Univerſalgeſchichte, auf das Umfaſſen und Ordnen großer Maſſen, auf den ideellen Entwicklungsgang der Völkerbewegung, der nur in längeren Zeiträumen erkannt werden kann, war unſerem Hiſtoriker ja durch

sein philosophisches Credo nahegelegt, und er war dadurch jedenfalls vor der Gefahr geschützt, am Kleinen und Engen mit kurzsichtiger Pedanterie hängen zu bleiben, während seine Gewissenhaftigkeit, seine Lust am thatsächlichen Detail und sein scharfer kritischer Blick hinreichend dafür sorgte, daß er die Sauberkeit der Quellenforschung und die Pünktlichkeit der Feststellung im Wichtig-Einzelnen nicht verachtete. Im Sommer 1838 trug ihm wegen seines „lebhaften Interesses für die vaterländische Geschichte" der Verein für Geschichte der Mark Brandenburg die Mitgliedschaft an: die ihm angemuthete Mitarbeit indeß an der Herausgabe des Codex diplomaticus Brandenburgensis lehnte er ab. Im Zusammenhang mit der Arbeit am Mittelalter beschäftigten ihn statt dessen die Fragen nach der Urgeschichte der germanischen Stämme: die Schrift, welche er der Hallischen Facultät zum Behufe seiner Habilitation vorlegte, bezeichnete er als eine Probe seiner Specialstudien de pristinis Celtarum Germanorumque rebus: sie erhielt im Druck den Titel Origines Germanicae.

Fast ein Jahr indeß verging, ehe es wirklich zur Habilitation kam. Eine am 2. April 1838 um Zulassung dazu an den damaligen Regierungsbevollmächtigten der Universität Halle, Geheimrath Delbrück, gerichtete Eingabe wurde zunächst, unter Hinweis auf die über den gewesenen Burschenschafter verhängte Aberkennung der Anstellungsfähigkeit im Staatsdienst, abschläglich beantwortet. Erst im October erfolgte eine königliche Entscheidung des Inhalts, daß dem Petenten die Habilitation zu gestatten sei, seine spätere Anstellung als Professor dagegen von seinem Verhalten als Privatdocent abhängig gemacht werden müsse. Ersichtlich war dem jungen Gelehrten sowohl der Minister wie der Regierungsbevollmächtigte günstig gesinnt; noch immer indeß hatte der Letztere formelle Bedenken; Duncker's Meldung bei dem Decan der philosophischen Facultät, Professor Eiselen, verzögerte sich in Folge dessen bis zum 20. Februar 1839, und erst am 27. Februar beseitigte ein abermaliges Ministerialrescript jene letzten Bedenken.

Andere Schwierigkeiten indeß schienen von Seiten der Facultät zu drohen.

Die Geschichte vertrat in Halle, neben dem gealterten und wissenschaftlich wenig hervorragenden Voigtel, Heinrich Leo,

und gegen dieſen gerade hatte unſer junger Hiſtoriker mehr als Eine Lanze gebrochen. Er hatte in der Litterariſchen Zeitung die drei Bände des Lehrbuchs der Univerſalgeſchichte jedesmal bei ihrem Erſcheinen, außerdem den zweiten Theil der niederländiſchen Geſchichte angezeigt. Der Gegenſatz der beiden Richtungen war dabei mit der wünſchenswertheſten Klarheit zum Ausdruck gelangt; die Recenſionen waren ebenſoviele Zeugniſſe für den Hegelianismus wie für den maßvollen Liberalismus des jungen Hiſtorikers. Vielleicht hatte er es gerade darauf abgeſehen, in der Polemik gegen die Leoſche Auffaſſung und Manier ſein eigenes Programm als Geſchichtſchreiber aufzuſtellen. Jedenfalls hatte ſein Freund und Gönner im Miniſterium, Johannes Schulze, die Recenſionen ſo angeſehen: von ihm war der Gedanke ausgegangen, den talentvollen jungen Mann nach Halle zu dirigiren, um der Herrſchaft des Leoſchen Geiſtes ein Gegengewicht zu geben. Jene Recenſionen, es iſt wahr, trugen die Farbe der Schule ſehr ſtark und ſehr naiv zur Schau, und das mochte in etwas ihre Wirkung beeinträchtigen; zugleich jedoch ſtellten ſie, bei voller Anerkennung des Glänzenden und Verdienſtlichen der Leoſchen Arbeiten, die charakteriſtiſchen Einſeitigkeiten, die Schwächen und Mängel derſelben ins hellſte Licht. Opponirende Beſtrebungen verdamme Leo ſchlechtweg als Sünde. Einſeitig wende er ſich den zuſammenhaltenden Kräften des Gemüths zu, verkenne das Recht des Verſtandes und verfalle doch durch die hartnäckige Beſchränktheit ſeiner Polemik im Grunde derſelben kahlen Verſtändigkeit, die er Anderen zum Vorwurf mache. Am ſtärkſten und deutlichſten war der Recenſent mit ſeinem Urtheil herausgegangen in der Beſprechung des dritten Bandes Univerſalgeſchichte. Er hatte die Tiefe, die Schärfe, den eindringenden Blick Leos gerühmt, ihm dagegen von Neuem ſeine Parteiauffaſſung und deren Leidenſchaftlichkeit zum Vorwurf gemacht. Er hatte nachgewieſen, daß ſeine Staatstheorie ſich in nichts von der Hallerſchen unterſcheide und daß er ſchon deshalb den Begriff der neuen Zeit zu verſtehen außer Stande ſei. Im weiteren Verlaufe hatte er von des Verfaſſers Vorliebe für Vigilien, Faſten, Bilder und andere Beſtandtheile des katholiſchen Cultus geſprochen und zum Beweiſe ſeiner Intoleranz die Zuſtimmung zu der Hinrichtung Servets angeführt, zu guter Letzt aber ſich die

Mahnung erlaubt, der Verfaſſer möge, wie man ihn in ſeiner Eigenart, trotz Allem, zu ſchätzen wiſſe, ſo auch ſeinerſeits anderen Individualitäten den ihnen gebührenden Platz nicht verweigern und „ſich der Einſicht nicht länger verſchließen, daß in Sonnennähe wie in Sonnenferne die elliptiſch gewundene Bahn der hiſtoriſchen Entwickelung ſtets im Aufſteigen begriffen ſei, daß aus dem Tode des An-ſich-Seins die wahrhafte Welt des lebendig freien An-und-Für-ſich-Seins erwachſe."

Solche Dinge ſich ruhig ſagen zu laſſen, war nun ganz und gar nicht in der Art des kampf- ja raufluſtigen Mannes, zu deſſen Wohlbefinden es gehörte, ſich möglichſt auffällig darzuſtellen und ſeiner inneren Heftigkeit in möglichſt derben Worten und Wendungen Luft zu machen. In ſeinem „Sendſchreiben an Görres" ging er ſofort in einer Anmerkung gegen den Recenſenten vor, der in einem „junghegelſchen Wochenwiſch" ſich einen Popanz zurecht ſpeculirt und die „freche Lüge" von Leos Vorliebe für Bilder, Faſten und Vigilien in die Welt geſetzt habe. Damit nicht genug; in jener famoſen Denunciationsſchrift „Die Hegelingen," mit der er demnächſt ins Feld rückte, mußten ihm gar einige Sätze des Recenſenten als Belege für die greulichen Anklagen dienen, die er gegen die verhaßte Sekte zu ſchleudern für gut fand. Es war nun zwar leicht für Duncker, die Beſchuldigung der Lüge zurückzuweiſen. Seine „Rechtfertigung," welche Ruge mit Vergnügen in die „Halliſchen Jahrbücher" aufnahm, war ebenſo gründlich wie tapfer, ebenſo tapfer wie gemäßigt. Ruge hatte vollkommen Recht, wenn er ſeinem neuen Mitarbeiter ſchrieb, daß der Löwe viel mehr vom Haſen habe als er gerne glauben machen möchte. Schon in der zweiten Auflage der „Hegelingen" trat er den Rückzug an. Die Beſchuldigung der Lüge anbetreffend, ſah Leo ſich genöthigt, ſeinem Gegner eine förmliche Ehrenerklärung zu geben, die in dem Satze gipfelte, daß deſſen „Rechtfertigung" ihn zwar nicht zu beſſerer Achtung ſeines Standpunktes, wohl aber ſeiner Perſon bewogen habe.

Auch ſo nun aber blieb es mißlich für Duncker, nach allen dieſen litterariſchen Vorſpielen ſich geradezu in die Höhle des Löwen zu wagen. Würde dieſer es über ſich gewinnen, ſeine wiſſenſchaftlichen Leiſtungen rein ſachlich zu beurtheilen, würde er ihm, wenn er zum Katheder zugelaſſen würde, mit collegialiſchem

Anstand begegnen? So entschloß sich Duncker zu einem weiteren entgegenkommenden Schritt. In der würdigsten Weise brachte er gleichzeitig mit der Meldung bei der Facultät in einem Briefe an Leo die Differenz ihres beiderseitigen Standpunkts noch einmal zur Sprache und schloß mit dem Wunsche, daß, wenn es ihm vergönnt werden sollte, in Halle zu dociren, der Andre jene Differenz „nicht so groß erachten möchte, um darauf die Unthunlichkeit persönlichen Umgangs zu begründen." Und wieder hatte Ruge Recht, wenn er seinen jungen Freund versicherte, sobald er nur komme, werde ihm der grimmige Mann gern ausweichen und womöglich bei dem Habilitationscolloquium gar nicht erscheinen. Er war nur nicht billig genug, anzuerkennen, daß dabei auch ein Stück persönlicher Liebenswürdigkeit und Anständigkeit mit im Spiele sei. Leo, in öffentlicher Debatte maßlos leidenschaftlich und unter den Impulsen seiner heißblütigen und zuchtlosen Natur von roher Heftigkeit, konnte im persönlichen Verkehr sehr wohl auch die weicheren Seiten seines Wesens hervorkehren und zeigte sich dann als einen harmlosen Gesellen, als einen gutmüthig gefälligen Freund. Sein Antwortsbrief an Duncker ist ein durchaus verständiger und liebenswürdiger Brief. „Für eine Universität," so schreibt er unter Anderm, „kann nichts erfreulicher und geistig gedeihlicher sein, als recht viele jüngere Männer, die, über die Schülerjahre hinaus, sich doch noch verhältnißmäßig frei in der Wissenschaft bewegen — und daß ich, soviel ich genöthigt bin, den Formalien Ihrer Habilitation zu assistiren, mich überall um so strenger und gewissenhafter der äußersten Gerechtigkeit befleißigen werde, als wir nicht eben allzufreundlich unsere erste Begegnung gehabt haben, versteht sich von selbst." Den Punkt des persönlichen Umgangs anlangend, so sei das Vorgefallene nun abgethan, da man ja beiderseits einander entgegengekommen. Sehr wohl könne er sich vorstellen, daß er auch an einem Hegelianer von der linken Seite persönlich Gefallen finde. Von einem erzwungenen Umgange jedoch halte er nichts. Warten wir ab, lassen wir es darauf ankommen. „Ich lebe gern aus voller Faust und denke, Andre quälen sich ebenso ungern wie ich mit halben Verhältnissen ab."

So war denn Alles in eine gute Bahn geleitet. Die zum Behufe der Habilitation verfaßte Abhandlung konnte ungescheut

jede Probe bestehen; denn wohlweislich hatte der Habilitand jeder Versuchung, seine Hegelsche Weisheit leuchten zu lassen, widerstanden. Es war eine durchaus gelehrte, auf kritischer Quellenforschung beruhende Arbeit. An der Hand der alten Autoren behandelte der Verfasser zunächst die Geschichte der keltischen Wanderungen und Kolonisationen in Deutschland und Italien, in der Balkanhalbinsel und Kleinasien, überall bemüht, für die einzelnen Züge und Gründungen einerseits eine möglichst genaue chronologische Datirung, andererseits eine möglichst sichere geographische Begrenzung festzusetzen. Besonders sorgfältig war er demnächst allen Spuren keltischer Ansiedlungen im oberen Deutschland nachgegangen. Neben dem Historiker zeigte sich hier der Philolog; denn vorzugsweise die Deutung erhaltener keltischer Völker-, Personen- und Ortsnamen nach den gesicherten Ergebnissen der neueren Sprachforschung bot ihm dazu die Mittel. In einem zweiten, ungedruckt gebliebenen Theile behandelte die Arbeit in ähnlicher Weise die ältesten Nachrichten über die Langobarden. Auf Grund dieser Arbeit war denn nun seine Zulassung zu dem am 25. März 1839 stattfindenden Colloquium erfolgt. Auch Leo hatte dieselbe befürwortet. Er war, nachdem er sich anfangs dessen geweigert, sogar bei dem Colloquium erschienen, allerdings nur, um einen schweigenden Zuhörer abzugeben. Neben Voigtel, dem Hauptexaminator, traten die Philologen Bernhardy und Meier in die Prüfung ein, deren Ergebniß so günstig war, daß einige Wochen später, am 8. Mai, die Disputation folgen konnte.

Es war der letzte Berg, der zu übersteigen war; denn so mochte in jenen Tagen eine Hallische Disputation immerhin erscheinen. Erst am 2. März war die Aula der Schauplatz eines heftigen Kampfes gewesen, der mit der völligen Niederlage des Disputanten geendet hatte. Der Licentiat Baumgarten, ein Schüler Hengstenbergs, hatte durch die herausfordernsten und thörichtsten Thesen zu deutlich die Absicht verrathen, die ihm mit seiner Habilitation an der Universität vorschwebe. Er erschien als ein Missionär der härtesten Orthodoxie, der er gegen den Hallischen Rationalismus und die ketzerische Hallische Philosophie Raum zu schaffen gedachte. Es sollte ihm schlecht bekommen. In Gegenwart eines zahlreichen Auditoriums omnium ordinum war

er mit vereinten Kräften angegriffen und seiner gänzlichen Unzulänglichkeit überführt worden. Die Notabilitäten der theologischen Facultät, die Vertreter der philologischen Fächer waren ihm schonungslos, ja grausam zu Leibe gegangen. Von 11 bis nach 4 Uhr hatte die Disputation gedauert: der Erfolg bestand darin, daß der junge Held von dem Vorhaben der Habilitation zurücktrat. Nur wenige Tage vor dem Termin der Dunckerschen Disputation hatten sich ganz ähnliche Auftritte, nur noch tumultuarischer, wiederholt. Ein von Leo begünstigter und empfohlener, specifisch christlicher Historiker, ein Dr. Thiele, hatte sich, behufs seiner Habilitation, zu einer nachträglichen Vertheidigung seiner Abhandlung verstehen müssen. Auch er war hart mitgenommen und nach dem kläglichen Ausfall der Disputation zurückgewiesen worden. Noch lange wirbelte diese Angelegenheit Staub auf, und die Akten der philosophischen Facultät füllten sich mit endlosem Gestreit zwischen Leo und seinen Collegen. „Halle," so schrieb Vater Duncker, eben im Begriff, mit einigen der Seinen eine Reise nach Paris anzutreten, von Leipzig aus an den Sohn, am Vorabend von dessen Disputation, — „Halle ist leider schon seit einiger Zeit der Schauplatz einer Parteienwuth, die nichts Erfreuliches für die Betheiligten, noch weniger für die Jünglinge bringen kann, die dort von guten Lehren befruchtet, nicht von schlechten Beispielen und Skandalen angesteckt und mithingerissen werden sollen. Erschrocken bin ich über den letzten dieser Art und muß natürlich zittern für den, der sich wohl schon allzudeutlich auch für eine Partei ausgesprochen hat." Er bittet um rasche Benachrichtigung über den Ausgang des Tages, für den er alle Musen ihm zu Hülfe wünscht.

Alles verlief glatt bei dem Redescharmützel, obgleich Thesen wie die, daß die Geschichte niemals Rückschritte mache, oder daß weder geschichtliche Thatsachen noch geschichtliche Denkmäler jemals untergehen könnten, auch außerordentliche Opponenten in die Schranken riefen. Hatte nämlich der Candidat sich hinreichend darüber ausgewiesen, daß er das Handwerk verstehe, so durfte er sich nun auch wieder im Galakleide der Philosophie zeigen; er hatte einigen rein gelehrten, auf den Inhalt seiner Dissertation zurückgreifenden Streitsätzen eine Mehrzahl anderer vorausgeschickt,

die seinen Parteistandpunkt, d. h. sein Hegelthum, verriethen. Seine officiellen Opponenten thaten ihr Bestes. Voran der streit- und redefertige, ihm von Berlin her befreundete Röpell. Schon seit dem Herbst des vorigen Jahres war derselbe als Privatdocent der Geschichte in Halle thätig. Er hatte den neuen Collegen, seinen lieben Max, mit dem er auf wesentlich gleichem Boden der Ansicht zu stehen und mit dem er sich daher besser als mit dem gar zu scharf absprechenden Ruge verständigen zu können hoffte, lebhaft herbeigesehnt. Für die Verhandlungen mit der Facultät war er sein Bevollmächtigter, bei dem Regierungsbevollmächtigten sein Fürsprecher gewesen, — kurz er hatte sich in Allem, auch in Wohnungs- und Einrichtungsangelegenheiten als dienstfertigen Freund bewiesen. Neben ihm opponirte der junge Philolog Th. Becker, der sich, damals ein eifriger Adept der Hegelschen Philosophie, warm an den jungen Docenten anschloß und später am Gymnasium zu Wittenberg gewirkt hat. Endlich der eleganteste Lateiner, der nachmals berühmte Philolog und Pädagog Eckstein, Lehrer an der lateinischen Schule des Waisenhauses. Wie er jetzt den jungen Historiker mit in den akademischen Sattel hob, so hat er ihm später, in langjährigem Einverständniß mit ihm, geholfen, die Hallische Bürgerschaft in politischen Angelegenheiten zu leiten und sie parlamentarisch zu vertreten.

Die wissenschaftliche Situation, in welche der neue Privatdocent eintrat, war die anregendste und interessanteste, die sich denken läßt. Es war die Blüthezeit der Hallischen Jahrbücher. In diesem, seit Anfang 1838 erscheinenden Blatte hatte sich die linke Seite der Hegelschen Schule, unter der Führung Ruges, als eine Partei constituirt, die mehr und mehr den Absolutismus des Systems auch praktisch durchzuführen und die Consequenz der untrüglichen Dialektik auch auf dem religiösen und politischen Gebiete zu erproben Anstalt machte. Aber nicht bloß die Strauß und Vischer, sondern auch die Hinrichs und Rosenkranz, auch die gemäßigteren Geister, ja eine Anzahl namhafter Gelehrter, die zu der herrschenden Philosophie nur ein sehr entferntes Verhältniß hatten, gaben anfangs dem Unternehmen, die lebendige Bewegung des Geistes der Gegenwart in Uebersichten, Kritiken und Charakteristiken darzustellen, Glanz und Nachdruck.

Noch stand hier unter Einer Fahne Alles beisammen, was überhaupt dem Princip der freien Wissenschaft huldigte. Der Leosche Allarmruf, die von ihm gegen die junghegelsche Rotte erhobene Anklage, daß sie revolutionär und unchristlich sei, hatte fürs Erste nur dazu gedient, ihn als den Fanatiker des Rückschritts, als den Vertreter des Princips der Unvernunft und Unduldsamkeit zu isoliren. Ihm gegenüber vertrat Ruge mit der ganzen Rücksichtslosigkeit der Logik und mit schlagfertiger Tapferkeit das unbedingte Recht der Kritik, des Fortschritts und der freiheitlichen Entwickelung. Schärfer und schärfer spitzten sich die Gegensätze zu, aber noch immer verdeckte die geschmeidige Zweideutigkeit der dem System entlehnten Kategorien die Aussicht auf das Ende des Weges. Nicht Jeder, der mit den Jahrbüchern ging, konnte die Entscheidung über die streitigen Fragen so einfach finden wie Ruge sie fand: aber die Meisten jubelten doch im Stillen dem streitbaren Manne zu, wenn sie auch keineswegs Willens waren, besinnungslos mit ihm in den Kampf zu stürmen.

Auf Max Duncker hatte Ruge stark gerechnet. Er hatte ihn über sein Auftreten gegen Leo beglückwünscht und ihm seine Freude darüber ausgesprochen, daß er sich nach dem Tode Büchners nicht, was im Werke gewesen war, auf die Redaction der Litterarischen Zeitung, die statt dessen Eduard Meyen übernommen, eingelassen hatte. Er wünschte sich von ihm für seine Jahrbücher eine möglichst eingehende und gründliche Kritik der neuesten historischen Arbeiten Leos; er drängte ihn zu einer Besprechung von Bülaus Geschichte des europäischen Staatensystems. Er hatte mit dazu geholfen, ihn nach Halle zu ziehen, denn, so schrieb er ihm, „uns sind die tapferen, wohlfundirten Leute so dünn und werden noch immer dünner werden." Es wäre wunderlich gewesen, wenn nun die frische Hallische Luft den jungen Docenten, der sich jetzt zuerst eine selbständige Stellung errungen hatte, nicht lustig angeweht hätte. Ein tapferer, wissenschaftlich wohlfundirter Mann war er in der That. Der alte Burschenschafter regte sich wieder in ihm, wenn er nach den ersten Wochen seiner Hallischen Docentenschaft an einen der ehemaligen Kumpane schrieb: „Mir behagt das Universitätswesen und die tägliche Berührung mit dem Studiosus sowie unsere mächtigen Kämpfe gegen die Orthodoxen und Aristo-

kraten. Hie Schwert des Herrn und Gideon! Hussah for agitation!“ Trotzdem jedoch fehlte viel, daß er sich zum Schildknappen des Herausgebers der Jahrbücher hätte machen sollen. Er war ein tapferer, aber seine Freunde wußten, daß er auch ein mäßiger Mann sei. Von Ruges Art und Anschauungsweise war die seinige denn doch grundverschieden. Nicht nur, daß jene umstandslose Logik, mit welcher jener, ohne weder rechts noch links zu sehen, vorwärts und dem Gegner ins Gesicht stürmte, bei ihm den Hintergrund des gediegensten gelehrten Wissens hatte: auch seine Vertiefung in die Hegelsche Gedankenweise selbst war viel zu gründlich und „wohlfundirt“, als daß er die Schranken, an denen sich bei Hegel selbst die kritische Bewegung fortwährend brach und bog, und folglich die conservativen Gegengewichte innerhalb des Systems hätte übersehen können. Einige seiner älteren Artikel für die Litterarische Zeitung, die zumal, die in das Gebiet der Politik streifen, zeigen ihn durchaus als einen altgläubigen Hegelianer. Gegen Leo in den Jahrbüchern von Neuem Lanzen zu brechen, verbot ihm nach allem Vorangegangenen der Anstand. Nur einmal noch hat er, um eine alte Schuld abzutragen, der Rugeschen Zeitschrift einen Beitrag geliefert. Es war die ausführliche Besprechung des Bülauschen Werkes im Januar des Jahres 1841 — ein Artikel vom schwersten Kaliber. Den Gegenstand seiner Kritik von oben herab mit vornehmer Geringschätzung zu behandeln, das verstand der Verfasser dieses Artikels so gut wie Ruge; vom Standpunkte der philosophischen Geschichtsbehandlung suchte er zu zeigen, daß die subjectiv reflectirende, wie sie in dem beurtheilten Buche herrschte, durch und durch verkehrt und unbrauchbar, geistlos, abgeschmackt, langweilig sei. Dieser Beweis jedoch wurde in der schwerfälligsten Weise, in einer Manier und Sprache geführt, die an die „Phänomenologie des Geistes“ erinnerten. Keine Spur von jener Epigrammatik, von jenem kurz angebundenen Zu- und Dreinschlagen, von jenem drastischen Witz, wodurch Ruges Polemik so unwiderstehlich wirkte. Dieser Mitarbeiter war von einem gar zu ehrlichen Ernst und einer gar zu mühseligen Gründlichkeit. Gewissenhaft hatte er sich der Aufgabe unterzogen, dem reflectirenden Geschichtschreiber zugleich zu zeigen, wie man es besser machen müsse, wie sich die Geschichte des europäischen Staaten-

systems vor dem Princip der nothwendigen Selbstentfaltung der Idee des Staates darstelle. Eine bis in Einzelheiten eingehende, philosophisch construirende Skizze jener Geschichte läuft neben jenen allgemein und abstract gehaltenen kritischen Auseinandersetzungen her. Mit Anstrengung, offenbar, und nicht eben glücklich sucht sich der Historiker mit dem Philosophen in ein leidliches Verhältniß zu setzen.

Wie dieser Aufsatz, so waren in den ersten Jahren auch die Katheder-vorträge des neuen Docenten. Er begann dieselben noch im Sommer 1839 mit einer, gleich im nächsten Winter wiederholten Vorlesung über „Elemente der Philosophie der Geschichte", die sich später zu einer vollständigen Geschichtsphilosophie erweiterte. Von Anfang an behandelte er daneben Semester für Semester verschiedene Theile der Verfassungsgeschichte: ließ ihm doch Ranke den Wink zugehen, er möge sich ganz auf die Staatswissenschaft legen und an Schöns Stelle nach Breslau gehen. Die historischen Vorstudien verdichteten sich dann zum System der Politik, womit er sich zum ersten Mal im Sommer 1843 vorwagte. Nur ein Mal in der Zeit vor 1848 ließ er an die Stelle der Philosophie der Geschichte Allgemeine Weltgeschichte treten. In besonderen Vorlesungen trug er außerdem Geschichte des Mittelalters und Geschichte der neueren Zeit, noch früher, gleich im zweiten Sommer und dann wiederholt, Geschichte des Alterthums vor. Er rüstete sich damit, bei einer nöthig werdenden neuen Auflage der Beckerschen Weltgeschichte, auch für diesen Theil an die Stelle des bisherigen Herausgebers zu treten, der inzwischen, mit eigenen Arbeiten beschäftigt, dieser Aufgabe entsagt hatte. Es war andererseits sein Bestreben, den Kreis seiner Vorlesungen soweit wie möglich, in der That so weit zu ziehen, wie die peinlichere Ansicht der Heutigen von der nothwendigen Arbeitstheilung in der Wissenschaft für unmöglich oder doch für unzulässig hält, die damalige mit philosophischer Weitherzigkeit aufs Ganze gerichtete Denkweise mit Recht nicht nur billigte, sondern geradezu forderte.

Und weit entfernt, daß die speculative Grundlage, welche unser Docent für die Geschichte suchte, und die beständige, oft schwer errungene oder gar erzwungene gedankenmäßige Verarbeitung des Thatsächlichen die Zuhörer hätte abschrecken sollen, so lag für Viele gerade hierin ein Hauptreiz dieser Vorlesungen. Auch das

Ermüdende und Kopfzerbrechende dieſer zwiſchen der Sorge um das Detail und der Sorge um den Nachweis ideeller Nothwendigkeit ſchwankenden Geſchichtsbehandlung glaubten ſich gerade die beſſeren und ſtrebſameren Jünglinge nicht erſparen zu dürfen; gerade das war im Sinne einer Jugend, welche an die Hegelſche Logik wie an ein Evangelium glaubte, welche in jedem Semeſter ein philoſophiſches Colleg hörte und über Strauß und Feuerbach oder über den neueſten Artikel der Halliſchen Jahrbücher leidenſchaftlich zu ſtreiten wußte. Obgleich an dieſer Univerſität die theologiſchen Fragen im Vordergrunde ſtanden und der eigentlich hiſtoriſche Sinn noch wenig entwickelt war, ſo waren doch die Erfolge des jungen Docenten hocherfreulich, ja verhältnißmäßig glänzend: er hatte die Freude, daß ſich eine Schaar anhänglicher Jünger, daß gerade die beſten Köpfe ſich ihm anſchloſſen. Er feſſelte ſie nicht minder durch den Ernſt ſeiner wiſſenſchaftlichen Geſinnung wie durch den Eindruck ſeiner feſten und dabei freundlichen und zugänglichen Perſönlichkeit. Eine zu ihm gegen Leo haltende Partei war im Begriffe ſich zu bilden.

Die neue Thätigkeit jedoch muthete dem jungen Gelehrten ungewöhnliche Anſtrengungen zu. Keine angenehme Zugabe war es für ihn, daß während der langen Abweſenheit ſeines Vaters von Berlin im Sommer 1839 zu gutem Theil auch die Leitung des väterlichen Geſchäfts auf ſeinen Schultern ruhte. Fortwährend wurde von Berlin aus ſein Rath, und in wichtigen Fragen, die keinen Aufſchub litten, ſeine Entſcheidung in Anſpruch genommen. Die Correctur eines wichtigen Manuſcripts war ihm übertragen; die Erſtattung von Gutachten, die Abfaſſung von buchhändleriſchen Anzeigen ging wie gewöhnlich neben her. Das Alles mußte neben der Ausarbeitung der Vorleſungen bewältigt werden. Längſt ſchon hatte ſeine Geſundheit einen Stoß erlitten. Je mehr ſein ſtarker Körper zu ertragen ſchien, deſto weniger hatte er ihn geſchont. Ueberarbeitet war er nach Halle gekommen; er war von Neuem genöthigt, ſeine Kräfte über das Maß anzuſpannen, und ſo bildete ſich mehr und mehr ein nervöſes Leiden heraus, welches in einer mit angeſtrengtem Tagesleben wenig verträglichen Schlafloſigkeit gipfelte. Nur vorübergehend ſchaffte das im Herbſt 1839 gebrauchte Seebad in Swinemünde und die Ferienausſpannung zu

Weihnachten im elterlichen Hause dem Uebel Linderung. In einer heftigen Krankheit, einem Nervenfieber, das im Sommer 1841 zum Ausbruch kam, versuchte endlich die angegriffene Natur sich zu retten.

Treue Freunde, die bei dem schwer Erkrankten wachten, den Genesenden pflegten, fehlten ihm nicht. Ein herzliches gegenseitiges Wohlgefallen und das Interesse des wissenschaftlichen Austausches verband ihn mit seinem Hausgenossen, dem liebenswürdigen, kindlich heiteren und sinnesreinen Pott. Neun Jahre älter als Duncker, seit Kurzem ordentlicher Professor, verkehrte der Verfasser der „Etymologischen Forschungen" mit dem jungen Historiker, von dem doch auch er Manches lernen konnte, in recht eigentlich brüderlicher Güter- und Geistesgemeinschaft. Anderthalb Jahre haben sie da zusammen in dem Eckhause des Hallischen Marktes ein rechtes Junggesellenleben geführt. Da saßen sie denn oft in gelehrtem und ungelehrtem Gespräche bis in die Nacht bei einander, und wenn etwa der Schlaf, der oft vergeblich ersehnte, den Jüngeren in der Sophaecke überraschte, — leise, ganz leise kletterte dann der Andere aus der anderen Sophaecke über den Tisch, dessen Stellung nur diesen Ausweg erlaubte, wenn man zur Thüre gelangen wollte. Mehr Parteigemeinschaft als intime Freundschaft war das Verhältniß zu Ruge; seine kampffrohe Laune nichts desto weniger wirkte bei jeder Berührung erfrischend, und sein Haus bildete, wie seine Jahrbücher, einen Sammelpunkt aller zum Kampfe gegen die unfreien Bestände in Staat, Kirche und Wissenschaft Aufgelegten. Einen schönen Zuwachs erhielt dieser Kreis durch einen jungen Landsmann von Ruge, durch Karl Schwarz, der, bald nach Duncker an der Universität habilitirt, mehr noch von Schleiermacher als von Hegel beeinflußt, den neuen wissenschaftlichen Geist in der theologischen Facultät zu vertreten entschlossen war. Seine reiche Begabung, seine frische Begeisterung, sein schneidiges Wesen befähigten ihn in hohem Grade dazu. Mit ihm am meisten, um so mehr da er neben der dogmatischen die geschichtliche Seite der Theologie pflegte, konnte Duncker sich über principielle Fragen verständigen. Vortrefflich ergänzten sich die beiden Freunde in der Verschiedenheit ihrer Begabung und ihres Wissens, und Duncker namentlich freute sich mit neidloser Anerkennung der geistreichen Schärfe, der

hinreißenden Rede- und Streitfertigkeit des Genoſſen. Auch in Familienkreiſe aber fand der junge Docent vielfach erwünſchten Eingang. Hermann Ulrici gehörte nicht zu dem Kreiſe der Jahrbücher, die ihn vielmehr als einen ſchwächlich Vermittelnden oder gar als einen Zurückgebliebenen behandelten: das indeß hinderte nicht das Fortbeſtehen alter Freundſchaft zwiſchen ihm und Duncker, der den treuen und zuverläſſigen Mann in ihm zu ſchätzen wußte und gern in ſeinem Hauſe der feinen und edlen Hausfrau, einer geborenen Villaume, begegnete. Eine große Gönnerin und Beſchützerin wurde ihm die kluge Frau des Philologen Eduard Meier; mit dieſem ſelbſt aber, dem maßvoll freiſinnigen, grundbraven und grundguten Gelehrten kam er in ein trotz des Abſtandes der Jahre bald zu großer Herzlichkeit gedeihendes Verhältniß. Durch die Verheirathung von Ruges Schweſter endlich mit dem Orientaliſten Rödiger wurde auch dies Haus, ein lebeluſtiges und gaſtliches, von der hübſchen und geiſtig geweckten Frau gar reſolut regiertes Haus ihm zugänglich.

Noch ein anderes Verhältniß jedoch, das ſchönſte und das, worin er das höchſte Glück ſeines Lebens finden ſollte, verdankte er geradezu ſeinen Leidenszuſtänden. Er hatte ſich dieſer Zuſtände wegen um ärztlichen Rath an den Doctor Gutike, den geſcheuteſten und geſuchteſten der Halliſchen Aerzte, gewandt. Dem Hauſe desſelben fehlte die Mutter, aber es glänzte durch vier Töchter, die von der Mutter die zarte Anmuth, vom Vater den hellen Verſtand und einen hochgemuthen Geiſt geerbt hatten. Sie waren neben einem einzigen Sohne der Stolz und die Freude des Alten, der ihnen die ſorgfältigſte Erziehung hatte angedeihen laſſen. Mit der feinſten äußeren Bildung vereinigte vor den übrigen Charlotte, die älteſte der Schweſtern, die reichſten Anlagen des Geiſtes und Herzens, ahndende Tiefe der Empfindung mit einem männlich ſtrebenden Sinne. Sie war noch ganz Sehnſucht und Gefühl, aber erfüllt von dem Bedürfniß nach Klarheit, ringend nach Aufſchlüſſen über die Bedeutung und den Zuſammenhang des Lebens. Nicht leicht hätte ſich ein Bewerber gefunden, der ihr genügt und der ihrer würdig geweſen wäre — bis ihr Max Duncker erſchien. Zum erſten Male ſahen ſich die Beiden im Sommer 1839, als Vater Gutike bei Gelegenheit eines Beſuches des Profeſſor Stuhr

dieſen und, ihm zur Geſellſchaft, deſſen ehemaligen Zuhörer zu Mittag geladen hatte; denn der Herr Doctor hatte an ſeinem Patienten, der ein ſo feſter und ganzer Mann wie er ſelbſt war, raſch Gefallen gefunden. Und Charlotte, ganz die Tochter ihres Vaters, fühlte ſich bald in gleicher Weiſe von dem Stattlichen, Sicheren angezogen. Nicht lange danach, an einem anderen Geſellſchaftsabend in ihrem Hauſe, ſchlug ein Wort aus ſeinem Munde, ein Wort des Unwillens und der Verachtung, — der Ton dieſes Wortes ſchlug in ihr Herz ein; „dieſer Stimme könnte ich gehorchen," ſagte ſie ſich — das Gefühl des Reſpekts und des Vertrauens ergriff ſie, um ſie nie wieder zu verlaſſen. Im folgenden Sommer mehrten ſich dann die Gelegenheiten, daß die Beiden ſich begegneten; dafür ſorgten ſchon die gemeinſamen Freunde und Freundinnen, denen mit Recht dies Paar ganz eigens zuſammenzupaſſen ſchien und die mit nicht allzu großem Scharfſinn die reine und eben deshalb zweifelnde, ſchüchtern ſich zurückhaltende Neigung der Beiden erkannten.

Nach ärztlichem Rathe ſollte Max, um ſich von dem Uebel der Schlafloſigkeit zu befreien, in den Herbſtferien die Luft verändern und möglichſt viel zu Fuße wandern. Er war eingeladen, der Hochzeit ſeines Freundes Pott in Hannover beizuwohnen; er dachte der Einladung zu folgen und dann von Hannover aus eine ſechswöchentliche Reiſe anzutreten. Da drängte ſich das Geheimniß des Herzens ans Licht und das wechſelſeitige Geſtändniß auf die Lippen. So große und tiefe Leidenſchaft, wie ihm nun noch am Abend der entſcheidenden Unterredung die erſten geſchriebenen Worte der Geliebten verriethen, hatte er nicht zu erwarten und zu hoffen gewagt: alle ſeine allzu vernünftige Vernunft, alle ſeine heroiſche Selbſtbeherrſchung, mit der er ſo lange ſich ſelbſt und die Geliebte gequält hatte, war überwältigt. Am folgenden Tage ſtand er mit ſeinem Bekenntniß vor dem Vater des Mädchens, dem dieſe längſt ihr Geheimniß verrathen hatte; dem guten Sohne blieb nur übrig, auch die Einwilligung des eigenen Vaters zu erbitten. Mit kindlicher Offenheit, mit unbedingter Ergebung, aber auch unbedingtem Vertrauen in den väterlichen Willen, ruhig, klar, voll Zuverſicht, gefaßt inmitten leidenſchaftlicher Bewegung, mit dringend beredten Worten wirft er ſich in einem von der erſten Station ſeiner Reiſe in der Nacht des

17. September geschriebenen Briefe dem Vater ans Herz. Er darf sich darauf berufen, daß er in ernsten Lebenslagen auch früher schon, seit er zum Manne gereift, nicht leidenschaftlichen Antrieben, sondern besonnener Ueberlegung gefolgt sei. Nun aber erzählt er, was er gefunden und wie Alles gekommen. Sie ist „die Erste, die einen sittlichen Einfluß auf mich ausübte, die mich in meinem Innersten verwandelt hat". Aus den Blättern, die sie ihm geschrieben, ihm auf die Reise mitgegeben, soll der Vater sie kennen lernen — dann soll er sie selbst sehen und seinen Segen dazu sprechen. „Zwar bin ich nicht ungewiß und voll Furcht, sondern werde morgen fröhlich meine Straße ziehen, denn ich vertraue Dir und Deinem Herzen und glaube an Dich und an Gottes Fügung, aber vollendet ist jedes Ding und vollkommen jede Gewißheit erst, wenn sie auch äußerlich ausgesprochen ist."

Von dem Vater selbst, mit dem er sich demnächst in Cassel traf, erfuhr nun Max, daß jener statt des Bräutigams der Braut in Halle den Verlobungsring angesteckt, erfuhr, wie gute Geschäfte die beiden alten Herren mit einander gemacht und durfte sich selbst das Bild ausmalen, wie die Beiden einander gegenübergestanden und einander gemessen haben mochten, der vornehm und gebieterisch auftretende und doch weichherzige Kaufherr und der menschenkundige, fest in sich gegründete, klug und klar, freundlich und durchdringend blickende Arzt; auch konnte es ihm schon recht sein, wenn jener versicherte, daß ihm der Vater des Mädchens noch besser gefallen habe als das Mädchen selbst. Was wurde das nun für eine fröhliche Reise! Sein Weg führte ihn nach Arnsberg, wo sein Bruder Hermann als Assessor arbeitete, auch der voll Hoffnung auf den Gewinn einer geliebten Braut, auf die günstige Entwickelung eines Verhältnisses, das nicht ganz den Wünschen des Vaters entsprach, für das er ebendeshalb den älteren Bruder längst zum Vertrauten gemacht hatte. In Bonn begegnete er Charlottens Schwester Bertha, welche, gleichfalls Braut, dort zum Besuche bei ihrer künftigen Schwiegermutter, Frau v. Ibell, verweilte, und bald erfuhr Charlotte mit Freude und Stolz, welchen herzgewinnenden Eindruck die Erscheinung des Mannes ihrer Wahl auf den dortigen Verwandtenkreis gemacht hatte. Der Glückliche trug dann weiter sein Glück in das Elternhaus nach Berlin und holte sich hier den

Segen der zärtlichen Mutter. Den Schlußpunkt aber der Reise bildete ein Zusammentreffen der Verlobten in Dresden. Wie Max die Hochzeit eines Freundes mitgefeiert hatte, so durfte auch Charlotte nicht fehlen bei der in Dresden stattfindenden Verbindung ihrer Freundin Sophie Kaskel mit dem Grafen Wolf Baudissin, dem Freunde von Dorothea Tieck, dem Mitvollender der Schlegelschen Shakespeare-Uebersetzung. Es war ein im besten Sinne romantischer Zug, der den so viel älteren Mann mit dem originellen, besonders musikalisch begabten Mädchen zusammengeführt hatte. Etwas Romantisches hatte auch die Situation, in die sich damals, durch den Wunsch seiner Verlobten, der junge Hallische Gelehrte versetzt sah. Ein erstes Wiedersehen inmitten eines ihm fremden Familienkreises und in der Unruhe hochzeitlicher Festlichkeiten konnte nicht in allem Betracht erfreulich sein. In der Erinnerung späterer Zeiten indeß sollte es sich verklären. Denn im Laufe der Jahre ist das Haus der Baudissins dem Dunckerschen Paare eine Heimstätte alter Liebe geworden, die, fast alljährlich aufgesucht, den Befreundeten wechselseitig geistigen Gewinn und reines Behagen verschaffte.

5.

Politiſche Lehrjahre.

Die Verlobten hatten hinreichend Zeit, ſich in einander einzuleben und ihre Zuſammengehörigkeit für das ſpätere Leben zu erproben. An den Umgangskreis, in dem ſie ſich begegnet waren, ſchloſſen ſich nach beiden Seiten andere Kreiſe, in die Jedes dem Anderen mit beſtem Willen folgte, auch in die Familienbeziehungen und die dort und hier herrſchenden Lebensgewohnheiten, die in dem Hauſe in der Hauptſtadt weſentlich andere waren als in dem des Halliſchen Arztes, beide ſehr eigenthümlich ausgeprägt, aber beide reich an Bildung und erfüllt von kindlicher Pietät. Mutter Duncker übertrug auf die Erwählte ihres Sohnes die Zärtlichkeit und den Stolz, den ſie für dieſen empfand, und Max galt dem Bruder ſeiner Braut wie den Schweſtern durchaus als der Mann, den ſie dieſer wünſchten. Sie aber ſuchte mit dem ihr eigenen Ernſt ſich zu bilden und ihm anzubilden. Das Studium der herben Frucht, der Kritik des Bülauſchen Geſchichtswerks, an der er arbeitete, als gerade das Verhältniß zum Verlöbniß heranreifte, ſchenkte ſie ſich nicht, um ſich mit ihm auch im Höchſten und Wichtigſten zu begegnen. Drittehalb Jahre ſollten noch vergehen, ehe ſie Mann und Frau wurden. Erſt als am 20. November 1842 Maxens Ernennung zum außerordentlichen Profeſſor mit einer auf jährlich 300 Thaler ſich belaufenden Remuneration erfolgt war, glaubte man, im Vertrauen auf ſchriftſtelleriſchen Erwerb und mit Zuhülfenahme einer kleinen Zubuße, auf die die Braut rechnen durfte, zur Gründung des Hausſtandes

schreiten zu dürfen. Am 27. Mai 1843 wurde das Paar von dem Domprediger und Professor Blanc, einem Freunde und Waffengenossen des Vaters Gutike, in der Domkirche zu Halle getraut.

Der neue Hausstand war von der bescheidensten Art. Die luftige und helle Wohnung an der alten Promenade, wie klein sie nach heutigen Verhältnissen war, bot Platz genug für eine Anzahl näher Befreundeter. Schon die Parteistellung, welche Duncker einnahm, schied ihn von der höheren Gesellschaft, insbesondere von einer größeren Zahl der Collegen, denen seine ausgesprochen liberale Richtung zum mindesten unbequem war, wenn sie ihn nicht gar als einen Demagogen verabscheuten. Die geringen Mittel des Haushalts hätten eine größere Ausbreitung ohnehin verboten. Für die, mit denen man sich zusammenhielt, bedurfte es keines Luxus. Das höher ausgebildete Wohlleben des elterlichen Hauses in Berlin brauchte das junge Paar nicht zu drücken; es konnte nicht Maßstab für Halle sein. Hier war es möglich, mit dem anspruchslosesten Apparat der Geselligkeit auszukommen, ja man hatte um so mehr Gewinn von dem Beisammensein, je weniger man durch äußerliche Umstände und Darbietungen in der Sammlung auf das innerlich Ergötzende und Fördernde gestört wurde. Man musicirte, man disputirte, man las mit einander in allem Ernste, und das eben gab dem Verkehr aufrichtige Heiterkeit und Frische. Mit der größeren Gesellschaft behielt man theils durch zwanglose Zusammenkünfte am dritten Ort, theils durch Betheiligung an dem sogenannten Museum, einer aus Professorenfamilien bestehenden Gesellschaft, Fühlung. Für die Unterhaltung in dieser Gesellschaft stellte Frau Duncker ihr musikalisches Talent zur Verfügung; Max ließ sich gar in das Directorium des Museums wählen und machte als Vorstandsmitglied seine organisatorischen Talente und die im Elternhause erlernten Vergnügungskünste geltend. Er war übrigens durch seine Gesundheit gezwungen, sich vielfach körperliche Bewegung zu machen, — Spaziergänge, Kegelspiel und Aufenthalt im Freien, wobei denn die Frau oft ausgeschlossen war, die überdies ihrem Vater viel Zeit widmen mußte, da dieser bis zum Herbst des Jahres 1843 alle seine Töchter jede ihrem eigenen Herde hatte abgeben müssen. So kam es, daß, wie lebhaft auch

der geiſtige Verkehr zwiſchen den jungen Eheleuten war, doch ihr häusliches gemeinſames Leben während der erſten Jahre ihrer Ehe nicht zu voller Ausbildung gelangte.

Wenn die junge Frau ſich für ihren lebhaften Drang, über alle die Fragen, die ſich ihr aus dem Reichthum und der Tiefe ihrer Empfindung ergaben, aufgeklärt zu werden, nicht immer in genügender Weiſe befriedigt fand, ſo mußte ſie dagegen mehr und mehr lernen, in der ganzen Perſönlichkeit, in der ſicheren Haltung, in dem feſten, auf klare Ziele des ſittlichen Lebens gerichteten Gange ihres Max den Halt zu finden, den ſie ſuchte. Denn es war ein ſtreitbares Leben, an das ſie das ihrige gebunden hatte. Die Verbindung der Beiden war in die merkwürdige Wende der Zeiten gefallen, in der das Licht eines neuen Tages über der Gedankenwelt aufging, welche unſere Nation ſich zurechtgebaut und in welcher ſie begnügt, voll Zutrauen auf die Macht der Ideen und der Theorien, gelebt hatte.

An den Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. knüpften ſich in unklarer Weiſe Hoffnungen und Befürchtungen, jedenfalls die Erwartung eines großen Umſchwungs. Der öffentliche Geiſt, der in den letzten Zeiten der alten Regierung ſich nur wenig geregt, der ſeine Stunde erwartet hatte, fing an aus ſeinem Schlummer zu erwachen. Der Moment ſchien gekommen, daß die ſo lange vertagte Erfüllung der Verheißung einer Mitarbeit des Volkes an der Geſtaltung unſres ſtaatlichen Lebens hereinbrechen werde. Man rechnete auf die Jugend, auf den Geiſt, die Einſicht und den Schwung des neuen Monarchen. Dieſer ſelbſt hatte durch ſein erſtes Auftreten die Hoffnungen der Nation in gewiſſer Weiſe ermuthigt, er ſelbſt das Signal zu der Bewegung gegeben, die nicht wieder zur Ruhe kommen ſollte. Nur zu bald freilich war die Enttäuſchung gefolgt. Die in das Land hinaustönenden Reden des Königs ließen keinen Zweifel darüber, daß ſeine Neigungen und Ideale in einer über den realen Bedürfniſſen der Gegenwart und über den nüchternen Rechtsbegriffen des modernen Staatslebens hinausliegenden Region ſich bewegten. Im Gegenſatz gegen die noch unerfahrene und daher abſtracte Schwärmerei für die Ordnungen des conſtitutionellen Staats, welche das populäre Bewußtſein beherrſchte, war der neue Herrſcher von ebenſo

unbestimmten Vorstellungen eines mehr organisch gegliederten Staatslebens erfüllt, in welchem die Härte rechtlicher Verhältnisse durch die Mächte des Gemüths, durch Treue und Vertrauen geadelt werden müsse. Mit jenem den Wankelmuth nicht ausschließenden Eigensinn, der weiche Charaktere über ihre eigene Schwäche zu täuschen pflegt, hielt der König an diesen Vorstellungen fest. Eine künstlerisch angelegte Natur, hatte er sich jenen die Phantasie und das Gemüth ansprechenden Theorien ergeben, die auch über die Verhältnisse des Rechts- und Staatslebens den Schimmer der Poesie verbreiteten. Der König war durch und durch Romantiker. Er war es wie in politischer so in religiöser Hinsicht. Wunderlich kämpfte in seinem Geiste der Zug einer nicht gemeinen Seele zu Freiheit und lebendiger Bewegung mit der Anhänglichkeit an das Princip der Autorität und der Vorliebe für überlieferte mit dem Reiz gemüthlicher Beziehungen ausgestatteter Formen. Nur in diesem Sinne und soweit die Phantasie dabei ihr Recht fand, wollte und verstand er die Freiheit des Staats und der Kirche, und in gleichem Maße daher haßte er den politischen Liberalismus wie den religiösen Rationalismus.

Wenn in Folge dessen die neue Regierung, sofern sie der unmittelbare Ausfluß der persönlichen Anschauungen des Königs gewesen, abwechselnd bald durch hochherzige Maßregeln und freisinnige Anläufe Hoffnungen erweckt, bald durch entgegengesetzte Aeußerungen und Kundgebungen niedergeschlagen und durch dies Schwanken Mißbehagen, Verwirrung und Beunruhigung erzeugt hatte, so mußte sie vollends ein unerfreuliches Gesicht zeigen, sobald sie sich in den Händen der Büreaukratie zu einem stetig arbeitenden System umwandelte. In der Anwendung und Ausführung verloren die Intentionen des Königs den bestechenden Schein von Idealität, der ihnen ursprünglich anhaftete, und gestalteten sich zu einer dem Geiste der Gegenwart feindselig entgegenarbeitenden Reihe von Vorbeugungs-, Ueberwachungs-, Belohnungs- und Bestrafungsmaßregeln. Die Romantik in der Uniform der Verwaltung zeigte die verzerrten Züge eines thörichten und lächerlichen, eines hochmüthigen und geistlosen Restaurationssystems. Am widerwärtigsten natürlich auf dem Gebiete des kirchlichen und wissenschaftlichen Lebens. Dem Departement

der Geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten vor Allem fiel die Aufgabe zu, den vermeintlichen Verirrungen des Zeitgeistes, der Abwendung von der positiven Gläubigkeit der Väter, dem herrschenden Intellectualismus und nicht am wenigsten der von den conservativen Principien ihres Meisters abgefallenen Hegelschen Schule, die das Altensteinsche Ministerium wie eine Schlange am Busen genährt hatte, entgegenzuwirken. Diese Aufgabe stand recht eigentlich im Mittelpunkte der neuen büreaukratisch-romantischen Restaurationspolitik. Ihr widmete sich ein Mann, von dem man sich nach seiner national deutschen Gesinnung und seinen persönlichen Beziehungen zu den tapfersten Vertretern der freien Richtung aus der Zeit der Befreiungskriege, eines Besseren versehen hatte. Das Ministerium Eichhorn wurde der berufene Träger eines im großen Maßstabe mit allen, auch den kleinlichsten Mitteln consequent durchgeführten Versuchs einer Rückbildung des religiösen und wissenschaftlichen Geistes. Von dem Ministerium Eichhorn empfing das ganze Regierungssystem seinen Stempel und seine Bezeichnung.

Max Duncker, der liberale Historiker, der Gegner Leos, der Hegelianer, der Mitarbeiter an den Rugeschen Jahrbüchern konnte vor diesem System unmöglich Gnade finden. Schon seine Ernennung zum außerordentlichen Professor verdankte er wohl nur seinem alten Gönner Johannes Schulze; sie mochte ein Versuch jener staatspädagogischen Methode sein, mit der man Proselyten zu machen und einen womöglich allgemeinen Gesinnungswandel herbeizuführen sich anschickte. An Helfershelfern und Berichterstattern fehlte es dem neuen System auch an der Hallischen Universität nicht. Das Ernennungsdecret schloß mit der Bemerkung, daß „von Seiten achtbarer, sachverständiger Männer" gegen die wissenschaftliche Richtung, die der Neuernannte in seinen Vorlesungen über die Geschichte verfolge, Bedenken erhoben worden seien, die er hoffentlich, um das Vertrauen des Ministers zu rechtfertigen, durch die That widerlegen werde. So hatte sich Duncker gleich beim Antritt seines Amtes zu wehren. Er durfte dem Minister gegenüber erklären, daß er stets gelehrt habe, „den historischen Fortschritt nicht in Zerstörung, sondern in geistiger Erneuerung und sittlicher Vertiefung zu suchen". Mit einem

ähnlichen Bekenntniß trat er bei ſeiner Einführung vor das Profeſſorencollegium und wies kurz die entſtellenden Gerüchte über ſeine Vorleſungen zurück. „Wenn die obere Leitung der wiſſenſchaftlichen Angelegenheiten ſelbſt die Meinung hegt, daß in der ausſchließlichen Herrſchaft Einer Richtung das Heil nicht liege, ſo wird auch wohl die meinige das Haupt erheben dürfen.“

Eingehender aber ſich auszuſprechen und von dem ihn bei ſeinem akademiſchen Wirken beſeelenden Geiſte Zeugniß abzulegen, gab ihm die Huldigung Gelegenheit, die ſeine Zuhörer dem neuen Profeſſor darbrachten. Er verdankte, das wußte er, dieſe Theilnahme nicht der Kunſt eines glänzenden und wendungsreichen Vortrags, ſondern dem Inhalt ſeiner Vorleſungen und ſeinem ganzen perſönlichen Auftreten. „Sie kennen,“ ſo redete er ſeine Studenten an, „meinen politiſchen Standpunkt. Er iſt die Durchbildung der Ideen, welche vor dreißig Jahren unſer Vaterland wiederaufrichteten, nicht nach ihrer reactionären, ſondern nach ihrer progreſſiven Seite. Ich verlange einen Staat, der das Product des ſittlichen Bewußtſeins des Volkes, eine Kirche, die der reale Ausdruck unſrer religiöſen Ueberzeugungen iſt. Aber die objective Freiheit iſt ein Kind der ſubjectiven. Mit unſrer individuellen wiſſenſchaftlichen, mit unſrer individuellen ethiſchen Befreiung haben wir anzufangen. Wir können die erſtere nicht erreichen ohne ein ſelbſtverleugnendes Eingehen auf alle uns entgegentretenden Richtungen. Wir können die zweite nicht erreichen, ohne daß wir uns in ſteter Arbeit reinigen von aller Selbſtſucht, aller Eitelkeit, allem Hochmuth des Wiſſens und aller Trägheit des Thuns. Wir bedürfen des Charakters noch mehr als der Einſicht.“ Und weiter, nachdem er der politiſchen Untugenden deutſcher Art gedacht: der rechte Weg beſtehe nicht darin, nach den neueſten Theorien, die ihre wiſſenſchaftliche Läuterung erſt erwarten, brutal darauf loszuſchlagen, ſondern dieſe Theorien durchzuarbeiten; nicht darauf komme es an, „ſich in die äußerſten Extreme zu werfen, ſondern eine lebendige Vermittelung zu erreichen“. In dieſem Sinne wolle er auf ſeinem Poſten ausharren, ſo ungünſtig auch die Verhältniſſe ſein möchten, ſo ſehr er auch körperlich gehemmt ſei.

Das alſo war die „bedenkliche“ wiſſenſchaftliche Richtung, die das Miniſterium Eichhorn unter dem Druck der Verwarnungen und der widerruflichen Bewilligungen glaubte halten zu müſſen. So beſtimmt ſie in dieſer Anſprache formulirt worden war, ſo rein wurde ſie in den Vorleſungen feſtgehalten, in den eigentlich geſchichtlichen ſowohl wie in der im Sommer 1843 zum erſten Male in Angriff genommenen politiſchen. Dunckers Vorleſung über Politik war Verfaſſungslehre. Auf dem Wege der Vereinigung philoſophiſcher und hiſtoriſcher Betrachtung, die ihm im Sinne Hegels als die einzig wiſſenſchaftliche Methode galt, gelangte er durch eine philoſophiſche Geſchichte der Verfaſſungsformen und eine ebenſolche der Verfaſſungstheorien zur Darſtellung und Empfehlung des Repräſentativ-Syſtems, des alten, aber aus dem Geiſte der Gegenwart wiedergeborenen Volksſtaats, den er ſofort dem Rechtsſtaate ebenſowohl wie dem abſoluten Staate entgegengeſetzte, und den wir Deutſche nicht, wie die Franzoſen, durch eine revolutionäre Bewegung, ſondern durch „einen erhaltenden Vermittelungsproceß“ zu gewinnen hätten. In jeder Weiſe betonte er den deutſchnationalen Charakter der neuen Staatsweiſe, vor Allem aber wurde er nicht müde, den Zuhörern einzuſchärfen, daß das Intereſſe am Staate nicht das einer theoretiſchen Neugier, ſondern ein religiös-ſittliches ſei, und daß die politiſchen Fragen uns lebendig werden müßten im Gemüthe. Ihm ſelbſt waren ſie lebendig geworden, ihm waren ſie Herzensſache. Dieſer Eindruck übertrug ſich unmittelbar auf ſeine Zuhörer, und dadurch wirkte er auf ſie. Einer ſeiner damaligen Schüler war Hermann Baumgarten. Als derſelbe lange nachher ihm in treuer Freundſchaft und Parteigemeinſchaft ein näher Verbündeter geworden war, bekannte er, wie er in ihm zuerſt einen Lehrer gefunden, der ihm nicht nur äußere Dinge nahe gebracht, ſondern ſein innerſtes Weſen berührt habe. So war er den Meiſten mehr als Lehrer; er vertrat ihnen ein Princip und war ihnen eine Vertrauensperſon. Daß er, ſeit dem Tode Voigtels, und zwar zuerſt im Winter von 1843 auf 1844, neben den Vorleſungen auch hiſtoriſche Uebungen abhielt, brachte ihn den Studenten noch näher und verſtärkte ſeinen Einfluß.

So durfte ſich Duncker im November 1844 für die von ihm beantragte Umwandlung ſeiner Remuneration in ein feſtes Gehalt auf die ſteigende Frequenz ſeiner Vorleſungen und der ſeit zwei Jahren von ihm geleiteten hiſtoriſchen Geſellſchaft berufen. Ob er es auch gethan hätte, wenn er gewußt hätte, daß die letztfällige Rate — wie der Miniſter an den Regierungsbevollmächtigten Pernice ſchrieb — ihm nicht deshalb bewilligt ſei, weil Se. Excellenz mit ihm zufrieden ſei, ſondern nur, „um demſelben durch Verſagung keinen Antrieb zum Fortſchreiten in ſeiner unerſprießlichen Richtung zu geben“? Daß er in der Zwiſchenzeit nicht persona grata geworden, darüber jedenfalls täuſchte er ſich nicht. Wie hätte man es gern ſehen ſollen, daß er neben ſeiner Katheder-wirkſamkeit nun auch eine publiciſtiſche zu üben begonnen hatte!

Von den bisherigen Herausgebern der Allgemeinen Litteratur-zeitung nämlich waren zwei durch den Tod, zwei andere durch Wegberufung dem Inſtitut entzogen worden. Da verband man mit der Erſetzung der abgegangenen durch neue und jüngere Kräfte den Gedanken einer Erweiterung der Zeitſchrift. Weit mehr aber bedurfte dieſelbe einer inneren Erneuerung. Gegen die geiſt- und zuſammenhangsloſe Manier fachmäßiger Bücher-beſprechung der bisherigen Recenſiranſtalten hatte eben Ruge ſeine Jahrbücher gegründet. Jetzt jedoch waren die Jahrbücher, ſchon ſeit dem Jahre 1841 unter dem Namen der „Deutſchen“ nach Sachſen verlegt, an ihrer immer radicaler gewordenen Haltung zu Grunde gegangen: ſie waren Anfang 1843 dem Verbote der ſächſiſchen Regierung erlegen. Der Zeitpunkt war günſtig, um den Verſuch zu machen, das unzweifelhaft Berechtigte des Ruge-ſchen Plans in beſcheidenem Umfang und im Anſchluß an ein beſtehendes Recenſionsinſtitut, das ſich überdies der Cenſurfreiheit erfreute, wiederaufzunehmen. Von Duncker, der ſeit dem 1. Juli 1843 neben Pott und Burmeiſter, Niemeyer, Rödiger und Las-peyres, an Voigtels Stelle für das hiſtoriſche und politiſche Fach in die Redaction eintrat, wurde das neue Programm formulirt. Die Zeitung, hieß es, werde fortan den neueren Richtungen in der Wiſſenſchaft eine größere Aufmerkſamkeit zuwenden; ſie werde der vornehmen Abgeſchloſſenheit des Gelehrtenthums gegen die das Leben der Gegenwart bewegenden Fragen und Intereſſen ſowie

der Absperrung der Theorie gegen das gebildete Bewußtsein entsagen; sie werde durchweg die leitenden Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund stellen, der Philosophie einen bevorzugten Platz einräumen und auch die ästhetischen, historischen und politischen Erscheinungen der Litteratur von dem Standpunkte einer philosophisch gebildeten Betrachtungsweise aus besprechen.

Allein es war leichter, das Programm aufstellen als es durchführen. Die Erwartung, die einer und der andere der jüngeren Mitarbeiter daran knüpfte, die Zeitung werde in die Fußstapfen der Rugeschen treten, das, was bisher eine der festesten Burgen der guten alten Zopf- und Perrückenzeit gewesen, werde sich in einen Waffenplatz der Bewegungspartei verwandeln, erwies sich bald als voreilig. Auch war das kaum im Sinne Dunckers. Wie geneigt er auch war, politische Zeitfragen vor sein Forum zu ziehen, so wenig wäre er doch im Stande gewesen, dem Ernste der Wissenschaftlichkeit etwas zu vergeben. In streng philosophischer Richtung trat er gleiche in seinem ersten Beitrage für die Litteraturzeitung, in dem Aufsatze „Das politische Bewußtsein und die Hierarchie" einer thörichten Schrift des Erzbischofs Droste-Vischering entgegen, um, im Geiste seiner Vorlesung über Politik, dem mit dem sittlichen Leben des Volks und mit dessen lebendiger Entwicklung einigen Staate die Suprematie auch über die Kirche zu wahren. Mit einer Beurtheilung von Hegels Rechtsphilosophie eröffnete er den Jahrgang 1844. Er deckt die Mängel des Hegelschen Staatsbegriffs auf, bei dem der Staat „nicht die Wirklichkeit der sittlichen Idee, sondern der Kirchhof derselben" sei; auch hier jedoch, indem er den historischen Geist des Systems gegen die abstract metaphysische Behandlung kehrt, welche die Rechtssphäre in derselben erfahren habe, erspart er es sich nicht, bis zu den letzten Voraussetzungen der Hegelschen Anschauung zurückzusteigen und bleibt er in dem esoterischen Kreise der Sprache des Meisters. Noch standhafter widerstand er jeder Versuchung zu radicalen Ansichten. Wohl tadelte er, daß die Hegelsche Construction den Staat nicht in die bürgerliche Gesellschaft zurückgreifen lasse; nachdrücklich erkannte er die Bedeutung der communistischen Ideen an, sofern sie dem theoretischen Constitutionalismus zu einem lebendigen Inhalt zu verhelfen im Stande seien, aber scharf bezeichnet

er dem Freunde, von dem er sich einen Bericht über die einschlagende französische und deutsche Litteratur erbittet, die Grenze, innerhalb deren sich die Anerkennung dieser Bewegung zu halten habe. „Lassen wir," schreibt er unter Anderem, „die knabenhaften Angriffe und Renommagen gegen die Religion, die uns um allen Boden bringen; organisiren wir eine Opposition mit bestimmten Zwecken; schieben wir nicht gleich jeder Forderung die entfernteste Perspective unter; reden wir unserem Volke mit Ernst und Haltung ins Gewissen."

In diesem Sinne nun war er eifrig bemüht, der Zeitschrift für das ihm anvertraute Fach brauchbare Mitarbeiter zu werben. Er trat mit seinen alten Freunden und Gesinnungsgenossen in Verbindung, er gewann dem Blatte Beiträge von Droysen und Sybel, er hielt Umschau unter den jüngeren Kräften. So gerieth er in einen ausgedehnten Briefwechsel, der ihn, auch wenn unmittelbar für die Zeitschrift dadurch nur wenig gewonnen wurde, mit zahlreichen Persönlichkeiten in Beziehung brachte und ihn durch den Zufluß von Nachrichten und steten Gedankenaustausch zu einer Art von Parteimittelpunkt machte. Von Kiel aus erhielt ihn Droysen über die Schleswig-Holsteinischen Dinge auf dem Laufenden; über Breslauer Verhältnisse, Hergänge und Stimmungen berichtete Röpell; andere Mitarbeiter schilderten die Lage, die Hoffnungen und Befürchtungen der liberalen Partei in Ostpreußen und in den Rheinlanden. Der Zeitschrift im Ganzen einen neuen Geist einzuhauchen und sie zu einem wirksamen Organe der liberalen Ideen zu machen, konnte trotz Allem nicht gelingen. Für sein specielles Fach zwar war Duncker selbständig, und er erreichte daher, daß die politische Richtung der Litteraturzeitung als Constitutionalismus bestimmt betont und entschieden festgehalten wurde, allein andererseits war gerade durch diese Sonderung der einzelnen Redactionsgebiete der fachmäßige Charakter der Zeitschrift unüberwindlich befestigt. Es war eben eine mehrköpfige Leitung, und alle Anstrengung, gegen den hergebrachten Schlendrian, gegen das Alter und die Steifheit einzelner unter den Collegen durchzubringen, erwies sich als vergeblich. Duncker hatte manchen Kampf und Aerger durchzumachen, und mehr als einmal stand er vor dem Entschlusse, von der Redaction zurückzutreten, wenn er es nicht,

hier wie überall, für Pflicht gehalten hätte, an Gegebenes anzuknüpfen und, mit dem nächſt Erreichbaren begnügt, günſtigere Verhältniſſe in geduldiger Arbeit abzuwarten.

Zu beklagen iſt nur, daß dieſe Arbeit ungebührlich viel von ſeiner koſtbaren Zeit in Anſpruch nahm. Für die Stellung Dunckers zur Regierung wäre es ohne Zweifel von Wichtigkeit geweſen, wenn er mit einer neuen größeren wiſſenſchaftlichen Leiſtung hätte auftreten können. Er hatte eine völlige und ſelbſtändige Umarbeitung der Anfangsbände der Beckerſchen Weltgeſchichte in Angriff genommen. Von ſeinem buchhändleriſchen Standpunkte drängte der Vater, angeſichts einer drohenden Concurrenz und beunruhigt durch eine momentan wenig günſtige Geſchäftslage, das Werk um jeden Preis zu fördern, alles Andere dagegen bei Seite zu ſetzen. Allein die Vorleſungen, die der junge Profeſſor ſo weit ausgedehnt hatte, forderten ihr Recht; die Vorbereitung dazu nahm, da er nicht mit ausgearbeiteten Heften, ſondern mit Entwürfen, die jedesmal neu belebt ſein wollten, das Katheder beſtieg, ſeine beſte Arbeitszeit in Anſpruch. Und wie wurde ihm dieſe beſtändig durch ſeine körperlichen Zuſtände verkürzt! Wie oft ging er mit heißem Eifer des Morgens an die Arbeit, um nach wenigen Stunden durch Kopfſchmerzen und andere Leiden, gegen die er nur zur Vermehrung des Uebels mit ſeiner Willenskraft ankämpfte, unterbrochen zu werden! Das ärztliche Regime des alten Gutike mußte wohl oder übel befolgt werden; es lautete auf Reiten, Kegeln, Schlittſchuhlaufen, Naturgenuß, und der Tochter wurde eingeſchärft, ſie ſolle ihren Profeſſor hüten, „daß er nicht ſpirituell lebe, nicht geiſtreich ſei“. Nichts wirkte wohlthätiger auf ihn ein, als die militäriſchen Uebungen, zu denen er wiederholt ſeit dem Sommer 1844 einberufen wurde. Auch die Ferien aber mußten überwiegend der Erholung gewidmet werden. Auf eine Pfingſtreiſe nach dem Harz, im Jahre 1845, folgte im September ein längerer Aufenthalt der jungen Eheleute auf Helgoland in Geſellſchaft mit Hermann Duncker und deſſen Frau; im Herbſt des folgenden Jahres eine Fußwanderung der beiden Brüder durch den Harz, an die ſich in anderer Begleitung eine Wanderung durch das Schleſiſche Gebirge, ein Aufenthalt mit ſeinem Vater in Warmbrunn und ein mehrtägiges Zuſammen-

sein mit den Freunden Haase, Röpell und Wilda in Breslau anreihte — der häufigen Besuche des elterlichen Hauses in Berlin zu geschweigen.

Man wird sich diese Hemmung seiner gelehrten Thätigkeit vorzustellen haben, um einestheils zu begreifen, daß die Theilnahme an den die Zeit bewegenden Ereignissen und Stimmungen sich ihm um so stärker aufdrängte, anderentheils das Mißtrauen der vorgesetzten Behörde erklärlich zu finden, das die wissenschaftlichen Ansichten des Mannes von vorn herein verurtheilte und durch neue gelehrte Arbeiten, da solche nicht vorlagen, nicht eines Besseren belehrt werden konnte. Dunckers Gesuch um ein festes Gehalt war nicht nur unbeantwortet geblieben, sogar die zweite Remuneration für das Jahr 1845 war ausgeblieben und mußte erst nachträglich erbeten werden. Erschreckliche Dinge waren geschehen, die die Regierung nur durch verschärfte Beweise ihrer üblen Laune und ihrer Ungnade glaubte beantworten zu dürfen! Es ist nichts weniger als erfreulich, diese Dinge zu erzählen, aber je armseliger und kleinlicher sie erscheinen, um so nützlicher mag es für die jetzt lebende Generation sein, sich ins Gedächtniß zu rufen, von welchen Jämmerlichkeiten damals unser öffentliches Leben erfüllt war.

Am 1. März 1845 hatte eine kleine Anzahl von Studenten dem Verfasser der Dorfgeschichten, dem in Dunckers Wohnung anwesenden Berthold Auerbach, ohne vorher die Erlaubniß der akademischen Behörden eingeholt zu haben, ein Gesangständchen gebracht, und der so Gefeierte hatte darauf eine mit lautem Beifall aufgenommene Ansprache gehalten, in der er — so lautete die officielle Beschuldigung — gesagt haben sollte, daß die deutsche Jugend mehr Freiheit als Wissenschaft brauche. Die unschuldigsten Vorfälle möglichst aufzubauschen und womöglich jeden Poeten, der von Freiheit sprach, zu einer politischen Figur zu stempeln, das war ein Hauptbestandtheil damaliger Regierungsweisheit. Alsbald erging an Duncker von Seiten des Universitätsgerichts die Aufforderung, die betheiligten Studenten namhaft zu machen. Duncker, natürlich, wies die Zumuthung, auch als sie der Regierungsbevollmächtigte wiederholte, auch als endlich der Minister mit dem Oberlandesgericht zu Naumburg drohte, zurück, da es sich dabei

um eine das moralische Verhältniß des Lehrers zu den Studenten in der Wurzel angreifende Denunciation handle. Die Betheiligten waren schließlich auf anderem Wege ermittelt worden: der widersetzliche Professor aber hatte fortan einen Strich mehr auf dem Kerbholz. Er hatte alle Ursache, sich einer ihm von Jena aus eröffneten Aussicht zu freuen, wo er im Frühjahr neben Hagen, Hirsch und Adolf Schmidt für eine historische Professur empfohlen worden war. Alle seine Wünsche in der That gingen auf eine neue und friedliche Position. „Den hiesigen Zänkereien und Verläumdungen," schrieb er damals an seinen Vater, „noch mehr aber der Perspective auf eine unendliche Verlängerung derselben bin ich herzlich müde."

So gut indeß sollte es ihm nicht werden; die weitere Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse vielmehr verwickelte ihn bald in einen ernsteren Conflict.

Stärker als anderswo wurde begreiflicherweise in dem Heimathlande der Reformation der Druck empfunden, der von der neuen Regierung auf die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ausgeübt wurde. Man war hier politisch weniger vorbereitet und hatte von den zu erwartenden Segnungen einer constitutionellen Regierungsform nur sehr allgemeine und unbestimmte Begriffe. In dem Genusse religiöser Freiheit dagegen hatte man sich seit lange befestigt, und jede Schmälerung derselben empfand man als einen unerträglichen Eingriff in die unveräußerlichen Rechte des Individuums. Gründlich hatte der deutsche Mittelstand die Schule der Aufklärung durchgemacht, und diese war die Grundlage seiner ethisch-religiösen Anschauungen geblieben, die durch den Einfluß unsrer klassischen Dichtung, durch die ernsten Erlebnisse der Befreiungskriege zwar gemüthlich vertieft, aber nicht erschüttert worden war. Diesen auf vernünftiger Ueberzeugung ruhenden, auf Rechtschaffenheit, Gewissenhaftigkeit und einfache Frömmigkeit gestellten Protestantismus wollte man sich nicht rauben, nicht durch dogmatischen und kirchlichen Zwang verleiden lassen. Gegen die Religionsmacherei daher, die jetzt von oben her ins Werk gesetzt wurde, glaubte man sich mit allen Mitteln wehren zu müssen. Aus Besprechungen einer Anzahl von Geistlichen über die der Gewissensfreiheit von Seiten des Eichhornschen Ministeriums drohenden

Gefahren erwuchs, unter Mitbetheiligung von Laien, die Partei der protestantischen Freunde, der „Lichtfreunde" wie sie mit billigem Spott von den Gegnern genannt wurden.

In den sächsischen Landen, wie gesagt, fand diese Bewegung ihren Hauptherd. In Leipzig, Köthen, Magdeburg, Halle hielten die protestantischen Freunde ihre immer zahlreicher besuchten Versammlungen ab, und Halle insbesondere wurde ein Vorort ihres Wirkens. Verdankte doch der Hallischen Universität ein großer Theil der rationalistischen Geistlichen ihre theologische Bildung; lehrte doch hier noch immer der ehrwürdige Wegscheider; wirkte doch hier neben anderen, der freisinnigen Richtung zugewandten Predigern, der grundehrliche und hartverständige Wislicenus; war doch der Geist der Bürgerschaft durchaus lichtfreundlich.

Es ist die Regel, daß opponirende Parteien dasjenige, was sie innerlich von einander trennt, vergessen oder hintanstellen, so lange sie, unter gleichem Drucke lebend, zu gemeinsamer Abwehr genöthigt sind. Auch jetzt daher verband sich mit den altrationalistischen Elementen Alles, was zu dem System Eichhorn im Gegensatz stand. Ohne Zweifel war ein großer Unterschied zwischen der gemüthlich verständigen Weltanschauung eines Uhlich und zwischen den tiefdurchdachten theologischen Ansichten eines Karl Schwarz oder dem philosophisch-historischen Standpunkte Dunckers. Der Gefühlsrationalismus Schleiermachers, mehr noch die Religionsphilosophie Hegels hatte eine ziemlich ablehnende und vornehme Haltung gegen jene in die Schranken des trocknen Verstandes eingedämmte Auffassung des Christenthums eingenommen, wie sie durch Wegscheiders Institutionen vertreten war. Schleiermacherianer wie Hegelianer gaben jetzt die vornehme Haltung auf; sie durften hoffen, im Anschluß an die gesunden Elemente der alten Aufklärung die letztere zu vertiefen und mit der fortgeschrittenen wissenschaftlichen Einsicht zu versöhnen. Ihnen selbst hinwiederum mochte die Anlehnung an das ungelehrte Bewußtsein des Volks zur Läuterung von Spitzfindigkeiten und Abstractionen dienen, die inzwischen auch innerhalb der Schule als solche erkannt worden waren. Je mehr man in der Betonung des sittlichen Bestandtheils der Religion einen gemeinsamen Begegnungspunkt hatte, um so begründeter war die Aussicht, daß man durch die äußerlich herbeigeführte Bundesgenossenschaft zu

einer auch innerlich wohlberechtigten Mischung und Ausgleichung gelangen werde.

So hatte auch Duncker in ernster wissenschaftlicher Arbeit, im Ringen zwischen geschichtlicher Forschung und speculativem Nachdenken sich zu einem Standpunkt hindurchgefunden, der ihn unbedenklich, ja der es ihm zur Pflicht machte, auch seinerseits in die Reihen der protestantischen Freunde einzutreten. Das Bild des historischen Christus, das sich ihm in seinen geschichtsphilosophischen Vorlesungen aus der natürlichen Entwickelung des zeitgenössischen religiösen Bewußtseins der Juden und aus der mythisch getrübten Tradition ergab, war kein bloß negatives, kein bloßes Gerippe und noch weniger eine bloße Idee, sondern ein lebensvoll angeschautes, ein Bild von ergreifender Hoheit und Einfachheit, — die Gestalt eines reinen, von prophetischem Bewußtsein erfüllten Menschen, der, durchdrungen von dem Gefühl der Gottinnigkeit, alle Menschen zur Gotteskindschaft aufruft und so den lebendigen Einheitspunkt von Sittlichkeit und Religion in seinem Leben darstellt, in seiner Lehre verkündigt. Dunckers Hegelianismus hatte, wie seine Recensionen, in der Litteraturzeitung zeigten, das, was in dem Systeme die Erbschaft der Romantik war, den vornehmen, ruheseligen Optimismus und die Verflüchtigung des subjectiv Lebendigen in die bloße Scheinlebendigkeit des Allgemeinen, Metaphysischen abgestreift; er hatte geradezu ausgesprochen, daß die Zukunft der Philosophie in der Geschichte liege und daß an die Stelle jener ein „historischer Rationalismus" treten müsse. Aufs Stärkste hatte er die unbillige Zurückstellung der Sphäre der Moralität bei Hegel gerügt und verlangt, daß dieselbe in ihrer Entwickelung bis zum religiösen Leben verfolgt werden müsse, das eben Leben, nicht Theorie, das „die Praxis der verinnerlichten sittlichen Ueberzeugung" sei. In dem Allen näherte er sich, auf welchem Umwege auch immer, den populären Ueberzeugungen, die jetzt durch die romantisch-reactionäre Kirchenpolitik des Eichhornschen Regimes aufgeregt und zu oppositionellem Vorgehen gedrängt worden waren. Die protestantischen Freunde besaßen in Duncker ihren Historiker und Politiker. Dem eigentlich Theologischen standen Andre näher: gerade deshalb war er derjenige, der die ganze Bewegung mit dem weitesten Blick in ihrer darüber hinaus-

gehenden Bedeutung, als eine sittlich-politische Reformbewegung auffaßte.

So zu den protestantischen Freunden gestellt, ließ er sich gern bereit finden, auf der am 6. August 1845 in Halle abzuhaltenden Versammlung, und zwar zu Eröffnung der den wissenschaftlichen Besprechungen gewidmeten Vormittagssitzung, einen Vortrag zu halten, der die Geschichte der Reformation, ihr Verhältniß zum Staat und zu den politischen Bestrebungen der damaligen Zeit zum Gegenstand haben sollte. Deutschland, so führte der Redner aus, stand damals vor der in Spanien, Frankreich und England bereits gelösten Aufgabe, gegenüber den particularistischen Formen des Mittelalters, auf monarchischer Grundlage seine staatliche Einheit zu gründen. Das Ziel war nach Lage der Dinge auf keinem anderen Wege zu erreichen als auf dem der Verbündung des Kaiserthums mit den unteren Ständen. Alle Elemente waren dazu vorhanden; ganz besonders fördernd kam der politischen Aufgabe die religiöse Bewegung entgegen. Da, leider, sieht sich die Nation in dieser wichtigsten Krise von ihrem kaiserlichen Führer, dem undeutschen, katholischen, von den Interessen der spanischen Politik beherrschten Karl V. verlassen. Dazu die Spaltung der politischen Opposition. Der Vortragende erzählte, wie die Ritter, die Bauern zu übereilten gewaltsamen Unternehmungen fortgerissen wurden, und verweilte insbesondere bei der Darstellung des traurigen Ausgangs des Bauernkrieges. Und nun das Ergebniß. Mit dem Scheitern der politischen war auch die religiöse Reform geschädigt. Sie war gezwungen, sich dem Fürstenthum in die Arme zu werfen, wovon denn eine weitere Folge die Erstarrung auch der protestantischen Lehre war. Zum politischen kam der religiöse Particularismus, und während dieser gesetzlich sanctionirt, die innere Fortbildung des Protestantismus gehemmt wurde, so gelang es dem von Spanien und Italien her wiederbelebten Katholicismus, von Neuem vorzudringen; — jener rettete im dreißigjährigen Kriege nur eine kümmerliche Existenz.

Nichts in diesem ganzen Vortrag, was nicht streng historisch zu belegen gewesen wäre. Aber es war in jenen Tagen nicht erlaubt, der Loslösung der Reformation von den „demokratischen Elementen" mit Bedauern zu gedenken, an die social-politische

Seite der großen Bewegung zu erinnern und auf die Möglichkeit einer freieren Fortbildung unsres Staats- und Kirchenlebens zu deuten, die, sofern sie in der Vergangenheit verscherzt worden, in der Zukunft auch wieder aufgenommen werden könnte. Ein den Inhalt des Dunckerschen Vortrags ungenau wiedergebendes, von befreundeter Hand herrührendes Zeitungsreferat gab den erwünschten Anlaß zu einer jener schulmeisterlichen Inquisitionen und Zurechtweisungen, wie sie damals an der Tagesordnung waren. Von dem Regierungsbevollmächtigten und dem Universitätsrichter vernommen, konnte Duncker nur zu Protokoll erklären, daß jener Zeitungsartikel einigermaßen gefärbt und der Berichtigung bedürftig sei. Sofort verlangte der Minister, daß Duncker selbst diese protokollarische Erklärung in einer Hallischen Zeitung veröffentlichen solle. Die Absicht war klar, man wollte den protestantischen Freunden die Berufung auf die Autorität des namhaften Gelehrten unmöglich machen, oder aber ihnen den Mann als untreuen Genossen denunciren. Mit Recht, aber ohne Erfolg, stellte Duncker vor, daß er der Oeffentlichkeit gegenüber tiefer auf Berichtigung des fraglichen Artikels eingehen müsse, und erbot sich, seinen ganzen Vortrag durch den Druck bekannt zu machen, um so, wie dies seiner wissenschaftlichen Stellung entspreche, auch die positive Seite seiner Ansicht zur Geltung zu bringen. Er konnte nicht verhindern, daß jene protokollarische Auslassung von Amtswegen veröffentlicht wurde, aber die übelwollende Absicht vereitelte er durch die offenste Berufung an das Publicum. Im December 1845 ließ er seinen Vortrag „Die Krisis der Reformation" (Leipzig, bei Kirchner) erscheinen und begleitete denselben mit einer ebenso tapferen wie gründlichen, die Sache der protestantischen Freunde und seine eigene Stellung dazu klarlegenden Vorrede.

Der Vorredner nimmt seinen Standpunkt so hoch wie möglich. Historisch, und zwar wie Einer, der sich durch die „Phänomenologie des Geistes" hindurchgelesen, entwickelt er das Recht der dermaligen Bewegung des deutschen Geistes. Von der das achtzehnte Jahrhundert beherrschenden Aufklärung an charakterisirt er die Phasen, die unsere Bildung durchlaufen habe. Unter dem Einfluß des poetischen Aufschwungs der Nation — so zeigt er — stellte sich der Aufklärung zunächst die Romantik entgegen, um den objectiven Mächten des Lebens wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, so jedoch,

daß sie sich zu dem Vergangenen und Verlebten zurückreflectirte. Die Einseitigkeit beider Richtungen wies demnächst die Hegelsche Philosophie, aber nur in abstracter Formulirung nach, während sie thatsächlich an die Stelle der von den Romantikern erstrebten phantastischen Wiederherstellung überlieferter Glaubens- und Lebensformen eine scholastische setzte. Kein Wunder, daß die praktischen Gegensätze aus dieser Scheinversöhnung wieder heraustraten, beide durch die dem neuen System entlehnten Waffen verstärkt — auf der einen Seite die orthodoxe Rechte, auf der anderen die radicale Linke. Und so galt und gilt es denn eine gründlichere Vermittelung. Dieselbe kann auf keinem anderen Wege erfolgen als dadurch, daß man von den Höhen der „Idee" zurücklenkt auf die Weltwirklichkeit. Ein neuer, mit der Wirklichkeit sich ernster einlassender, gründlicher verständigender Rationalismus also — der historische Rationalismus! Derselbe „kennt den Proceß der Vergangenheit und will den Proceß der Gegenwart: er kennt die Substanzen, welche ehemals die Welt bewegten, ihre Entwickelung und Bildung; er will sie regenerirt, wiedergeboren aus dem Geiste der Gegenwart". Und der Vorredner setzt nun weiter die Stellung dieses neuen Rationalismus zu den praktischen Fragen auseinander, vornehmlich — denn darum handelte es sich hier — zum Christenthum. „Das ethische Christenthum gegen das dogmatische," so faßt er die positiven Strebungen und Forderungen der protestantischen Freunde kurz zusammen, „der lebendige Glaube gegen die Mythologie, die Rechtfertigung als Product der sittlichen Arbeit, die Gnade als substantielle ethische Productivität, die Kirche als progressiver Ausdruck des religiösen Bewußtseins." Eine wieder historisch begründete Warnung, eine Hinweisung auf die Gefahren, die es haben müßte, wenn man sich unduldsam ausschließend gegen diese Richtung verhielte, bildet den Schluß.

Noch heute darf sich die freiere Richtung innerhalb des Protestantismus diesen geschichtlichen Nachweis ihrer Berechtigung gefallen lassen. Die Bestrebungen der protestantischen Freunde hatten damit ihr klassisches Programm erhalten. Dasselbe stimmte mit dem politischen Programm des Verfassers und wies auf dasselbe zurück. Sein religiöses Glaubensbekenntniß war aus Einem Stück mit seinem wissenschaftlichen und politischen. Er vertritt

danach den gesunden Verstand und die gesunde Sittlichkeit. Er ist der Gegner der radicalen wie der reactionären Extreme, der Mann der positiven, der besonnenen und inhaltvollen Mitte, — ein Eiferer überdies — so zeigt ihn der Vortrag über die Reformation — für den monarchisch geeinten deutschen Volksstaat. Er ist das Alles Zeit seines Lebens geblieben. Nicht seinen Standpunkt, sondern nur die Frontstellung hat er, je nachdem es praktisch geboten war, verändert. Es ist daher zu bedauern, daß das selten gewordene Schriftchen in die nach seinem Tode herausgegebenen „Abhandlungen aus der neueren Geschichte" keine Aufnahme gefunden hat; wenn irgend eine, so wirft diese frühzeitige Publication das hellste Licht auf Charakter, Bildungsgang und Geschichtsauffassung des Verstorbenen.

Zugleich mit den beiden Recensionen der Litteraturzeitung über Droste-Vischering und Hegel übersandte er die kleine Schrift am 11. December dem Minister als authentische Actenstücke zur Würdigung seiner politischen und religiösen Ueberzeugungen — mit keinem anderen Erfolg, natürlich, als um die Antwort zu erhalten, daß diese Schriftstücke, je deutlicher sie den Standpunkt seiner Weltanschauung erkennen ließen, um so weniger geeignet seien, die Bedenken zu beseitigen, ob eine lehrende Einwirkung auf die studirende Jugend von diesem Standpunkte aus für Leben und Staat ersprießlich sein werde, und daß daher die ihm schon früher ausgesprochenen Erinnerungen aufs Dringendste zur Beherzigung wiederholt werden müßten.

Nur Ueberwachung also und gesteigerte Mißgunst hatte Duncker fortan von der preußischen Regierung zu erwarten. Um so bedauerlicher, daß auch die Jenaschen Aussichten im Sande verliefen. Obgleich noch Anfang 1846 der wohlmeinende Johannes Schulze seinem Schützling eine Andeutung über die fortbestehende Absicht der Jenenser zugehen ließ, nach Ludens bevorstehendem Ableben ihn zu berufen, so hatten sich doch in Weimar andere Strömungen, vielleicht gar feindliche Einwirkungen geltend gemacht; genug, Dunckers Name verschwand aus den sich hinziehenden Verhandlungen, und die Angelegenheit fand schließlich, im Februar 1847, durch Schaumanns Berufung ihre Erledigung.

Die Bewegung der protestantischen Freunde trieb inzwischen, da sie doch dem Druck der Staatsmacht nicht ein neues Princip religiöser Begeisterung, sondern nur den gesunden Verstand des schlichten bürgerlichen und des wissenschaftlichen Geistes entgegenzusetzen im Stande war, ihrem natürlichen Schicksal entgegen. Die Hallesche Augustversammlung, in der außer Duncker auch andere Führer, insbesondere Karl Schwarz, die wissenschaftlichen und praktischen Forderungen der frei-religiösen Richtung in aller Schärfe formulirt hatten, darf als der Höhepunkt der Bewegung betrachtet werden. Nahm doch der Minister v. Könneritz von den dort gehaltenen Reden Anlaß zu einer Erklärung in der sächsischen Kammer, wonach das lichtfreundliche Treiben als eine Verschwörung des Unglaubens gegen Staat und Kirche gebrandmarkt wurde. Am wenigsten konnte die sich doch so natürlich anbietende Bundesgenossenschaft mit der gleichzeitigen deutsch-katholischen Bewegung den protestantischen Freunden zum Heile gereichen. Hier vielmehr war das Beispiel einer sectirerischen Trennung von der Kirche gegeben, welche den radicalen Elementen zum Uebergewicht verhelfen und den landeskirchlichen Behörden neue Waffen gegen die Bewegung in die Hand liefern mußte. Auch in Halle nahmen die Dinge in Folge des wegen seiner Schrift „Ob Geist ob Schrift" zur Verantwortung gezogenen, erst von seinem Predigtamte suspendirten, dann entsetzten Wislicenus, trotz der Gegenbemühungen der praktisch Besonneneren, diese ungünstige Wendung. Schon vorher jedoch hatte das Verbot der Abhaltung großer öffentlicher Versammlungen das Interesse an den kirchlichen Dingen und die Agitation für dieselben in engere Kreise gedrängt. Nur natürlich, daß sich die hier eingedämmte Fluth der Unzufriedenheit von nun an mehr nach einer anderen Seite wandte. Der Unwille über den geübten kirchlichen Zwang setzte sich mehr und mehr in eine gegen das herrschende Regierungssystem überhaupt gerichtete oppositionelle Stimmung um. Eine neue Art von Versammlungen aber diente dem Bedürfniß, dieser Stimmung Ausdruck zu geben, sich in der gemeinsamen Gesinnung zu befestigen und die Hoffnung auf bessere Zeiten lebendig zu erhalten. Auf großen Festessen, zur Feier des Andenkens an die geistigen und politischen Heroen der Nation veranstaltet, fand sich der Kern der Hallischen Bürger-

ſchaft zuſammen, um ſich von denen, die man als Führer anzuerkennen ſchon gewohnt war, von Männern, die zu gutem Theil dem Kreiſe der Univerſität angehörten, über die Fragen des religiöſen, politiſchen, ſocialen Lebens belehren, für die idealen und praktiſchen Aufgaben der Gegenwart erwärmen zu laſſen. Die Trinkſprüche wurden zu Reden, ja zu Vorträgen, denen eine aus Hunderten beſtehende Zuhörerſchaft mit lernbegieriger Andacht, oft mit begeiſterter Theilnahme lauſchte. Der hiſtoriſch-politiſche Theil der Feſtvorträge fiel vorzugsweiſe Duncker zu; je mehr das Politiſche ſich vor den kirchlichen Intereſſen in den Vordergrund drängte, um ſo mehr war er der gegebene Führer, wurde er der vertrauenswürdige Vertreter des nationalen und des Freiheitsgedankens, der Bildner und Erzieher einer Menge, die nur erſt anfing, die Pflicht geſinnungsvoller Betheiligung an den Schickſalen und Entwickelungen des Staatslebens zu begreifen und über die Ziele derſelben nachzudenken.

Keine Geſtalt, die ſich mehr dazu geeignet hätte, zugleich als Hort der religiöſen Freiheit und zugleich als Symbol des Staatsgedankens verehrt zu werden als die Geſtalt Friedrichs des Großen. So feierte ihn am 24. Januar 1846, an einem dieſer Halliſchen Bürgerfeſte unſer Hiſtoriker. Mit wie geſpannter Aufmerkſamkeit folgte die zahlreiche Verſammlung ſeinen beredten Auseinanderſetzungen, wie Friedrich die Aufgabe, einen niederdeutſchen proteſtantiſchen Staat dem katholiſchen Oeſterreich entgegenzuſetzen, vollbracht, wie er auf den neuen, mit den Gedanken der Aufklärung erfüllten Proteſtantismus den Staat des wiedergeborenen Abſolutismus gegründet habe, den Staat, der den Fürſten zum Träger des geiſtigen Fortſchritts, das Wohl des Volks zu ſeinem Zwecke macht. „Möge ſein Geiſt und ſein Siegerdegen, den wir uns von den Invaliden wiedergeholt haben, bei uns bleiben alle Tage und uns weiterführen von Klarheit zu Klarheit und von Sieg zu Sieg!“ Ein herzliches Hoch wurde dem Geiſte Friedrichs und ſeinem Schwerte gebracht. Ein andermal, am 21. April, dem Geburtstage Huttens, knüpfte Duncker an eine Schilderung Sickingens einen Trinkſpruch auf das Bürgerthum, welches die gegenwärtige Reformation tragen und durchſetzen müſſe, während die damalige von den Fürſten und Rittern gefördert worden ſei.

Noch von einem dritten Feste werden die wenigen noch lebenden Theilnehmer die Erinnerung bewahren. Duncker führte der Versammlung das Bild Heinrichs des Vogelstellers, des Gründers des deutschen Reichs vor und erhob die Blicke zu der Größe der alten deutschen Herrlichkeit. Wie ein verwegener Traumwunsch klangen die Schlußworte des Redners, die er dennoch wunderbar hat in Erfüllung gehen sehen: „mögen sie bald zurückkehren die Zeiten der deutschen Größe, möge unter den Fürsten Deutschlands, die das Erbe der Sachsen an sich genommen haben, Einer erstehen, der, getragen von der Begeisterung und Kraft der deutschen Stämme, die getrennten Glieder zu neuer Größe und Stärke zusammenführe!"

Es währte nicht lange, und die politischen Fragen rückten uns näher auf den Leib. Die Mahnung des Redners, daß es nach so vielen Verlusten des nationalen Machtgebiets gelte, festzuhalten, was wir haben, bekam praktische Bedeutung. Am 8. Juli 1846 war der „Offene Brief" Christians VIII. von Dänemark erschienen. Es war eine Kriegserklärung gegen die deutschen Elbherzogthümer, zu der das in Aussicht stehende Aussterben des dänischen Königshauses den nächsten Anstoß gab. Auch für Schleswig behauptete der königliche Brief, im Widerspruch gegen das unzweifelhafte Recht, die Geltung der nur in Dänemark zulässigen weiblichen Erbfolge, indem er als letztes Ziel die Erhaltung des dänischen Gesammtstaats, gleichviel ob durch Trennung der zusammengehörigen Herzogthümer oder durch Unterwerfung auch Holsteins unter die dänische Gewaltherrschaft, verkündete. Alsbald hatten dagegen die Ständeversammlungen von Schleswig und Holstein Verwahrung eingelegt. In seltener Einmüthigkeit hatte die Bevölkerung den Kampf für ihre Rechte, für die Selbständigkeit der Herzogthümer, für deren ungetheiltes Zusammenbestehen und für das männliche Erbrecht aufgenommen. In ganz Deutschland jauchzte man den bedrohten Stammesgenossen zu; in der Presse wie in zahllosen Zustimmungsadressen wurde seit langer Zeit zum ersten Male wieder die Stimme nationaler Begeisterung laut.

Duncker, der durch Droysen über die Kieler Zustände gut unterrichtet, der mit Wilhelm Beseler, dem Präsidenten der Schleswigschen Ständeversammlung persönlich bekannt war — er hatte auf dem Wege nach Helgoland, an Bord des Dampfers zwischen

Magdeburg und Hamburg eine zündende Begegnung mit ihm gehabt —, Duncker mochte jetzt versuchen, ob nicht auch die Hallischen Bürger für diese nationale Sache in Bewegung zu setzen seien. Er hatte die Frage über das Recht Schleswig-Holsteins aufs Ernstlichste studirt. In einem Aufsatz der Hallischen Zeitung, dem ersten von vielen, um die die größten Zeitungen das kleine Localblatt hätten beneiden dürfen, gab er seinen Hallensern eine historische Darstellung von den Hauptphasen des Verhältnisses der Herzogthümer zu Dänemark, stellte die jetzt drohende Rechtsverletzung klar und schloß, unter Hinweis auf die bereits allerorten im deutschen Vaterlande in Fluß gekommene Bewegung, mit einem Appell an das Ehrgefühl seiner Mitbürger. Sollen, frägt er, nicht auch wir unsere Stimme erheben? „Oder sollen die Stämme unserer Lande nur Theilnahme zeigen für die Kämpfe auf religiösem Gebiet, aber kein Mitgefühl für Schmach und Unbill, die dem deutschen Namen droht?" Aus seiner Feder kam die Adresse, die darauf unter der Ueberschrift „Offener Brief an unsere Landsleute in Schleswig-Holstein und Lauenburg," mit Hunderten von Unterschriften am 21. August nach Kiel abging. „Ihr fechtet," heißt es darin unter Anderem, „für Eure und für unsere Rechte, für Eure und für unsere Verfassung, für Eure und für unsere Nationalität, für Eure und für unsere Zukunft: denn wir müssen an und auf das Meer, müssen alle verlorenen Glieder unseres Nationalkörpers wieder mit uns vereinigen; Ihr die Ersten, die zum Vaterlande heimkehren. Wie Ihr oft dem Schwerte der Dänen, so werdet Ihr jetzt ihren Rechtsverdrehungen obsiegen. Dabei werdet Ihr nicht allein stehen. Unmöglich, daß unsere Fürsten, unmöglich, daß unser deutschgesinnter Monarch bei Eurem Ringen theilnahmlos bleiben könnte!" — Es ist ein Actenstück, das in jedem Worte seinen Verfasser verräth, — alle Seiten der Frage mit ernst politischem Blick berührend, würdig, warm, nachdrücklich beredt, und doch, bei allem rhetorischen Wurf, ganz geschichtlich und ganz sachlich.

So lange es eine Schleswig-Holsteinsche Frage gegeben hat, ist Duncker den Hülfsversicherungen dieser Adresse treu geblieben. Noch kurz vor dem großen Umschwung des Jahres 1848 drängte es ihn, von Neuem die hervorragend nationale Bedeutung dieser

Frage einzuschärfen und in diesem Sinne, wieder zunächst innerhalb seines engeren Wirkungsbereichs, in der Hallischen Zeitung, die öffentliche Meinung aufzuklären. „Wir haben Elsaß und Lothringen verloren, die Schweiz und Holland und die Flamänder, wir verlieren Curland und Liefland. Aber von Allem, was in langen Jahrhunderten der Erniedrigung Deutschland getroffen hat: Dänemarks Sieg über Schleswig-Holstein wäre das Schmählichste." So schrieb er auf Anlaß des Patents Friedrichs VII. vom 28. Januar 1848, durch welches der Nachfolger Christians VIII. unmittelbar nach dem Tode seines Vaters den Entwurf einer dem dänischen Gesammtstaat zu gewährenden constitutionellen Verfassung veröffentlichte. So schrieb er, nachdem er ausgeführt hatte, daß die in jenem Erlaß ausgespielte Gesammtvertretung Dänemarks und der Herzogthümer lediglich eine Falle sei, die unter dem Scheine der Freiheit und in der Form Rechtens die Unterdrückung der Herzogthümer bedeute, — eine Versuchung, die so gewiß zurückgewiesen werden müsse, als es „keine Freiheit ohne das Vaterland" gebe.

„Annehmen oder Ablehnen" hatte der Verfasser diesen Aufsatz betitelt, in Erinnerung an die gleiche Alternative, die, ein Jahr früher, die liberale Partei in Preußen angesichts eines anderen königlichen Patents in zwei Lager geschieden hatte. In Preußen selbst nämlich hatten mittlerweile die Dinge eine Wendung genommen, die nun vollends alle Gemüther auf die Politik hinrichtete. Die so lange stockende Verfassungsfrage war auf einmal, den Meisten unerwartet, in Gang gekommen. Am 3. Februar 1847 hatte Friedrich Wilhelm IV. jene denkwürdige Verordnung erlassen, durch welche die preußischen Provinziallandtage auf den 10. April zu einem „Vereinigten Landtage" zusammenberufen wurden. Es waren sehr knapp bemessene Befugnisse, welche nach dem Patent diesem Vereinigten Landtage eingeräumt waren. Kein Wunder daher, daß die Radicaleren darin ein Danaergeschenk erblicken wollten. Heinrich Simon sprach sich in einer Broschüre voll scharfsinniger Rechtsdeductionen für das Ablehnen aus und verlangte von den Ständen, daß sie durch ihr Nichterscheinen den Vereinigten Landtag unmöglich machen sollten. Andere, voran unter ihnen Gervinus, befürworteten das Annehmen und empfahlen

mit Recht als den allein zum Ziele führenden Weg den Versuch, von dem Boden der neuen Verfassung nach einem Ausbau derselben, nach Ergänzung und Erweiterung der verliehenen Rechte zu streben.

Die Letzteren trugen es in der öffentlichen Meinung davon. Auch Duncker schwankte keinen Augenblick. Es wurde ihm bei dem Einfluß, den er sich durch sein bisheriges Auftreten gewonnen, nicht schwer, die Hallischen Liberalen im Sinne der gemäßigten und allein praktischen Meinung zu einer Kundgebung für die neue Verfassung zu bestimmen. Unterstützt besonders von Ludwig Roß, der am meisten sein politisches Interesse theilte, bewirkte er die Absendung einer Adresse an den König, die mit dem Dank für die Erlasse vom 3. Februar den Ausdruck der Zuversicht verband, daß dieselben „den festen Grundstein einer neuen Epoche in unsrer staatlichen und nationalen Entwickelung zu bilden bestimmt seien". Es ist bezeichnend für die Stimmung jener Tage, daß damals einem solchen Schritt auch ein Mann wie Arnold Ruge von Herzen zustimmen mochte. Noch stand der Logiker mit dem Historiker auf dem gleichen Boden. Auch jenem, wie er an Duncker schrieb, schien „nichts gefährlicher als die Aberweisheit, welche mit kritischem Hochmuth diesen unvollkommenen Anfang der Praxis in der Politik verachtet oder gar verschmäht". In etwas freilich überholte sein logisches Pathos und sein Sanguinismus die gemäßigteren Anschauungen des Freundes; denn er hoffe, so fügte er hinzu, „daß einige Mirabeaus in der Masse sein werden, die eine so glänzende Gelegenheit, in ein neues Gebiet des Geistes überzugehen und an der Souveränetät das ganze Volk zu betheiligen, mit vollem Bewußtsein und mit unwiderstehlichem Muthe ergreifen werden."

Wie Duncker den Moment auffaßte, mit welchen Hoffnungen er in die Zukunft sah, und vor Allem welche Pflichten er aus der geänderten Lage des Staates für jeden Einzelnen ableitete, das hat er in öffentlicher Rede kund gethan. Wieder einmal vereinigte am 13. Februar eine Festversammlung die liberalen Bürger in ihrem alten Hauptquartier, in dem Saale der Giebichensteiner Weintraube. Ebenda, wo so oft die Gestalten der Vergangenheit zu Zeichen und Trägern einer gehobenen Stimmung geworden waren, wandte

ſich diesmal Alles einem bedeutungsvollen Ereigniß der Gegenwart zu; ebenda, wo vor mehr als einem Jahre das alte Preußen Friedrichs des Großen die Blicke gefeſſelt hatte, durfte jetzt von einem jugendfriſchen, in eine neue Bahn eingetretenen Preußen die Rede ſein. Von der Vergangenheit ging dennoch der Redner aus. Alle Wandlungen dieſes Staats führte er in großen Zügen, in deutlicher Schilderung, in ſcharfer Charakteriſtik an den Hörern vorüber. „Beachten wir es wohl," fuhr er dann fort, „es war die Regierung, welche es nach dem Tilſiter Frieden unternahm, den Staat auf dem Princip der Selbſtregierung zu erbauen, nicht das Volk. Vergeſſen wir es nicht, daß wir es waren, die 1820 einſchliefen und den Beamten die Zügel des Staats allein überließen, daß abermals die Regierung es iſt, welche uns heut entgegenkommt." Und immer eindringlicher ſtellt er alle Rechtsforderungen unter die Bedingung der ſelbſtgewollten Freiheit und der ſelbſtgeübten Pflicht: die Freiheit kann nicht geſchenkt werden, ſie iſt das Product der ſittlichen Arbeit. Alles geſunde öffentliche Leben „gehört viel mehr der Ethik als dem Rechte an". Nichts ſind die Formen der Freiheit, wenn ſie der Bürger nicht mit dem Geiſte der Hingebung erfüllt, wenn ihm nicht „der Staat höher ſteht als Familie, Erwerb, Leben". Endlich mit deutlicherem Bezug auf die Mängel der neuen Verfaſſung: „Bedenken wir immer, wenn die Formen uns hier und dort hemmen, daß auch wir noch Anfänger ſind im öffentlichen Leben. Aber nur die Praxis kann die Praxis lehren. Das alte Preußen hat uns eine glänzende Geſchichte hinterlaſſen: das neue Preußen darf nicht zurückbleiben hinter dem alten!"

So fern von allem leeren Oppoſitionsgeiſte, ſo beſtimmt aufs Weſentliche gerichtet, ſo freudig, an Gegebenes anzuknüpfen, um ſchrittweiſe, langſam vielleicht, aber ſicher vorwärts zu kommen, ſo feind aller advokatiſchen Rechthaberei und ſo durchdrungen von dem idealſten Pflichtgefühl, zugleich ſo unverbittert hoffnungsreich war der Mann, der nach oben hin den Ruf eines gefährlichen Agitators hatte! Und doch wieder, daß er nicht etwa blind gegen die Unvollkommenheiten der neuen Verfaſſung, ein Optimiſt ohne Kritik ſei, bewies er demnächſt durch den kurz vor Eröffnung des Vereinigten Landtags veröffentlichten Zeitungsaufſatz: „Die Aufgabe unſerer Deputirten." Die ſpitzfindigen Bedenken zwar gegen

die Rechtsgültigkeit des Gesetzes, ebenso eine Anzahl minder erheblicher politischer Ausstellungen, welche die in Bausch und Bogen Unzufriedenen für die Ablehnung des Ganzen geltend gemacht hatten, wies er, dem Alles daran lag, daß der günstige Moment nicht verscherzt werde, auch hier zurück. Die Unentbehrlichkeit dagegen der periodischen Berufung des neuen Reichstags, den Widerspruch zwischen der Institution des Ausschusses und den unerläßlichen Befugnissen der Gesammtvertretung stellte er scharf und klar ins Licht. Aber er vertraute der natürlichen Triebkraft der Dinge, der auch die Regierung sich unmöglich werde entziehen können. Das Patent selbst wies ja zurück auf die älteren vielberufenen Verordnungen vom 17. Januar 1820 und vom 5. Juni 1823. Auf diese, auch nach dem Patent zu Recht fortbestehenden Gesetze als auf das Princip zurückzugehen, von hier aus eine Verständigung zu suchen und einestheils die regelmäßige Berufung, anderntheils die Befugniß der Mitwirkung bei allen Steuern und Gesetzen zu erringen — das bezeichnete er als „die Aufgabe unserer Deputirten".

Durch die Verhandlungen des Vereinigten Landtags und deren volle Veröffentlichung war nun hinreichend dafür gesorgt, daß das politische Interesse auch in die früher sich kühl dazu verhaltenden Kreise hineingetragen wurde. Es brauchte fortan nicht geflissentlich aufgeregt zu werden, nur geleitet und zu wirksamem Ausdruck wollte es gebracht werden. Duncker und seine näheren Freunde waren unermüdlich in dieser Richtung. Auf seine Anregung verfaßte ein jüngeres Mitglied des Hallischen Kreises die Schrift „Reden und Redner des Ersten preußischen Vereinigten Landtags", die im Duncker-Humblotschen Verlage erschien. Es waren wirklich einige parlamentarische Talente und politische Charaktere in dem Streit um die Volksrechte hervorgetreten und, früher nur in ihrer provinziellen Heimath bekannt, nunmehr dem ganzen preußischen Volke als die Leitsterne auf dem Wege seiner constitutionellen Entwickelung, als die Hoffnung seiner Zukunft sichtbar geworden; als einen preußischen Mirabeau durfte man immerhin den tapferen Georg v. Vincke bezeichnen. Ihm und seinen Kampfgenossen wandte sich allerorten die huldigende Dankbarkeit und Bewunderung zu. In Halle mußte sich Alfred

v. Auerswald bei einer zufälligen Durchreise eine improvisirte Begrüßung gefallen lassen, bei der Duncker das Wort führte. Eine Abordnung von Bürgern überbrachte den hervorragenden liberalen Deputirten eine Einladung, um die Heimkehrenden durch ein Fest nach Art der früheren Hallischen Feste zu ehren. Wenigstens den eigenen Vertreter und einige der sächsischen Abgeordneten sah die Festversammlung vom 6. Juli in ihrer Mitte, und wieder war es Duncker, der der Feier die würdigste und loyalste Haltung zu geben wußte, indem er dem Ersten Vereinigten Landtage nachrühmte, daß er im besten Sinne des Wortes ein deutscher Landtag gewesen, der, in fester Treue gegen die Krone, aus tiefer sittlicher Ueberzeugung heraus, mit dem Accent des Herzens um das Recht und um die Früchte des Rechts gestritten habe. Eine Adresse, die von Halle aus an die Häupter der liberalen Opposition erlassen wurde, um ihnen den Dank dafür auszusprechen, daß „sie sich wohl verdient gemacht um das Vaterland," vervollständigte schließlich die Reihe dieser Kundgebungen.

Seit dem Vereinigten Landtage gab es in dem Hauptorte der bisherigen kirchlichen Bewegung — dank in erster Linie der Führerschaft Dunckers — eine festgeschlossene constitutionelle Partei.

6.

Die Revolution und das Frankfurter Parlament.

Die Hoffnung indeß, daß das durch den Vereinigten Landtag begründete neue conſtitutionelle Leben ſich in ruhigem Fortſchritt weiter entwickeln werde, ſollte nicht in Erfüllung gehen. Duncker befand ſich in der Arbeit an ſeiner Geſchichte des Alterthums, die noch immer unter der Firma des Beckerſchen Werks zu erſcheinen beſtimmt war, als der Ausbruch der Pariſer Februarrevolution ihm die Gedanken gewaltſam zu der ſorgenvollen Frage ablenkte: wie wird es bei uns? In Dunckers Hauſe las Oſterwald hartnäckig ſein Nibelungen-Drama vor; aber die Zuhörer waren nicht mehr in der Stimmung, mit Rüdiger und Chriemhild zu fühlen. Ein jähes Ende machten der Arbeit des Gelehrten die Ereigniſſe des 18. März. Von Stund an war der Hiſtoriker völlig zum Politiker geworden — und ſo weit verſchlugen ihn die Wogen des handelnden Lebens, daß ſie ihn erſt nach Jahren wieder am Ufer der Wiſſenſchaft abſetzten.

Das Schreckhafte der Berliner Hergänge, das Ueberraſchende und Plötzliche des Umſchwungs brachte den beſonnenen Mann dennoch nicht aus dem Gleichgewicht. Neben der unverhohlenen Freude, daß der Freiheit ſo unerwartet raſch eine Gaſſe gebrochen ſei, durch die ſich zugleich der Blick auf eine einheitliche Neugeſtaltung des deutſchen Geſammtvaterlandes eröffnete, bewegte ihn die Eine Sorge, ob die Revolution vor dem Throne Halt machen werde; ihm bangte um die Erhaltung der Monarchie. Schon am

19. März eilte er nach Berlin, um auf dem entscheidenden Schauplatz Zeuge des denkwürdigen historischen Moments, vielleicht ein nicht unnützer, ein mitthätiger Zeuge zu sein. Hier fand ihn König Friedrich Wilhelm IV. an dem gefährlichen 20. März unter die Wachen des Schlosses eingereiht. Von dem König angeredet konnte er auf die Frage, was ihn hierherführe, nur die einfache Antwort geben: „die Ereignisse". Wenige Tage später begleitet er eine Abordnung Hallischer Bürger nach dem Rathhause, um mit dieser eine an die Stadt Berlin gerichtete Adresse zu überreichen. Täglich verfaßt er für die Berliner Zeitungen Artikel im Sinne der Beruhigung der aufgeregten und verwirrten öffentlichen Meinung. Er tritt mit den Mitgliedern des alsbald zum zweiten und letzten Mal einberufenen Vereinigten Landtags in Verkehr. Eine große Genugthuung ist ihm beschieden. Als Anfang April von dem Landtage die Wahlen für das in Frankfurt beschlossene deutsche Parlament vollzogen wurden, da wählte die Provinz Sachsen an erster Stelle den Hallischen Professor, die Provinz Pommern seinen ihm gesinnungsgleichen Schwager, den festesten aller Patrioten, dem seine Festigkeit in den Zeiten der Demagogenverfolgung die härteste Unbill eingetragen hatte, den Greifswalder Oberappellationsgerichtsrath Ludwig v. Mühlenfels. „Dazu," schrieb Duncker, „bedurfte es allerdings einer Revolution." Die Wahl konnte nach Dunckers eigener Meinung nur provisorische Geltung haben, bis eine andere durch die demnächst zusammentretende constituirende preußische Nationalversammlung erfolgt sei. Er war eifrig bemüht, in diesem Sinne sofort eine Verständigung zwischen den Gewählten herbeizuführen und andererseits seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß dieselben die süddeutsche Stimmung nicht vorzeitig durch das Hervorkehren eines exclusiven Preußenthums verletzten. Er war übrigens voll guten Muthes. „Ich hoffe," so schrieb er nach Hause an seine Gattin, die sich zuvor in Berlin dem Samariterdienst für die Verwundeten der Märztage gewidmet hatte, „wir werden unserem Vaterlande ein gutes Haus aufbauen. Laß uns Gott danken, daß wir diesen Tag gesehen; aber Mühe und Arbeit wird es auch noch kosten."

Und seine Vermittlerrolle fortsetzend eilte er jetzt auf den Wunsch des Herrn v. Auerswald nach Frankfurt, wo das Vor-

parlament die deutschen Dinge in die Hand genommen, dem Bundestag Gesetze dictirt und einen Ausschuß von fünfzig Mitgliedern zur Vorbereitung des Parlaments zurückgelassen hatte. Es war Duncker's Absicht und Aufgabe, dort richtige Ansichten über die Berliner Hergänge und Zustände zu verbreiten und womöglich für Preußen nachtheilige Beschlüsse des Fünfziger-Ausschusses zu verhüten. Sein Abgeordneten-Mandat war inzwischen nach vierundzwanzig Stunden wieder hinfällig geworden; die Einberufung des Deutschen Parlaments war bis zum 18. Mai vertagt und die Wahl dazu auf einen Wink des Vorparlaments als unmittelbare Volkswahl nach einem neuen weitherzigen Wahlgesetz angeordnet worden. Lebhaft, aber mit voller Zuversicht auf den Erfolg, betrieben in Halle die Freunde des Abwesenden seine Wahl für Frankfurt. Zwar war diese, wie die Wahl für die Berliner verfassunggebende Versammlung, eine vielumworbene, und die Programme der Bewerber — darunter auch Ludwig Roß und Burmeister — drängten sich in den Hallischen Blättern. Aber im Ernst konnte doch, wenigstens für das deutsche Parlament, nur von Duncker die Rede sein. Es war gar brav und liebenswürdig, wie der treue Pott, für den abwesenden Freund auf eigene Hand eintretend, seinen Mitbürgern das zu Gemüthe führte. Es verhielt sich so, wie er ihm bezeugte: „die politische Bildung und Gesinnung unter uns ist zu einem großen Theil sein Werk, sein unbestrittenes Verdienst, begonnen und erworben zu anderen, viele Hingebung und Ausdauer erheischenden Zeiten." Der gegen Ende April Zurückgekehrte entsprach denn nun auch den vielen lautgewordenen Aufforderungen, denen der anderen Bewerber auch sein politisches Glaubensbekenntniß zur Seite zu stellen. Es ist ein Actenstück, das die Farbe der Zeit nicht verleugnet. So weit es auf Einzelheiten des constitutionellen Systems und zugleich auf die zu lösenden socialen Fragen eingeht, wagt es sich ziemlich weit mit seinen Forderungen vor und pointirt dieselben in Wendungen, die nachmals der fürs Erste verstummten Reactionspartei Waffen gegen den Verfasser in die Hand geben mochten. Die für Deutschland zu schaffende Verfassung skizzirt es im Wesentlichen im Sinne des bekannten, von Dahlmann redigirten Siebzehnerentwurfs, die Frage, wie zwischen dem Rechte Oesterreichs und Preußens eine Auskunft

zu treffen sein werde, vorsichtig der Entscheidung der Zukunft vorbehaltend. Es spricht mit Genugthuung von den Errungenschaften, welche die neusten Ereignisse gebracht haben, aber nicht so von der Revolution selbst, die es vielmehr durch weise Mäßigung geschlossen wissen will. „Die nächste Aufgabe ist die: sowohl das Ueberschlagen der Bewegung als den Rückfall in die früheren unglücklichen Zustände zu verhindern. Alle Ueberspannung des Fortschritts ist der sicherste Weg zur Reaction, alle Reaction ist der Weg zur Revolution."

Das Dunckersche Glaubensbekenntniß, so mäßig in seiner grundsätzlichen Gesinnung, so entschieden monarchisch und doch für parlamentarische Regierung „auf demokratischer Grundlage", für Selbstregierung im weitesten Umfange eintretend, wurde weit über Halle hinaus maßgebend für die Wählerschaften der Provinz; auf dies Programm hin wurden auch in manchem benachbarten Wahlkreise die Abgeordneten gewählt; mehreren von Duncker's Freunden, zumal wenn sie in den vorausgegangenen kirchlichen Kämpfen sich durch Freimuth oder Beredtsamkeit hervorgethan hatten, verhalf seine Empfehlung zu einem Sitze in der Paulskirche. Er selbst aber wurde mit 149 von 156 Wahlmännerstimmen am 9. Mai gewählt, und wohl durfte er in seiner Dankrede es rühmen, daß, abgesehen von den schwachen Versuchen einer kleinen, dem Radicalismus zuneigenden Fraction, auch in dieser Zeit, wo alle Kräfte losgebunden waren, der Gegensatz der Ansichten nicht zu Parteispaltungen geführt, daß diesen schon seit Jahren durch ernste Antheilnahme an den Bewegungen der Gegenwart verbundenen Hallischen Kreis der Geist der Mäßigung und des Gemeinsinns zu einer guten Streitmacht gebildet habe. Was er so bei diesem „freudigsten Ereigniß seines Lebens" rühmte — es war zum größten Theil sein eigenes Verdienst.

Mit nachdrücklicher Ehrlichkeit hatte der Gewählte das Versprechen gegeben, daß er jede Anstrengung, welche die Aufgabe eines Deputirten erfordern könnte, gern und mit Hingebung auf sich nehmen werde; mit gerechtem Selbstgefühl hatte er ausgesprochen, daß er sich an Einsicht in die großen politischen Fragen, um die es sich handle, Einiges zutrauen dürfe, nachdem er „fast zwanzig Jahre in den Geschicken der Staaten zu lesen versucht"

habe; an Geist und parlamentarischen Gaben, hatte er bescheiden hinzugefügt, würden Viele über ihm sein. Nur sehr selten, in der That, hat er die Rednerbühne der Paulskirche, auf der so viele Talente die verständige wie die unverständige Meinung beredt zur Geltung zu bringen wußten, betreten. Große politische Versammlungen wollen leidenschaftlich erregt, durch rasch wechselnde Wendungen in Spannung erhalten, durch strömende Ergüsse oder durch geschickt gruppirte, nach der Stimmung und dem Bedürfniß des Moments ins Treffen geführte Argumente gefesselt; sie wollen unter allen Umständen unterhalten und entweder durch überwältigenden Ernst gebannt oder durch schlagfertigen Witz in guter Laune erhalten werden. Es lag Duncker durchaus fern, auf Effecte zu denken, wo er ganz von der Sache eingenommen war. Er war eine viel zu lehrhafte Natur, als daß er, bei der Absicht, zu überzeugen, nach den Mitteln des Ueberredens hätte suchen mögen; seine Rede war Vortrag und verleugnete, trotz der ihm eigenen rhetorischen Manier wiederholender Einsätze, niemals die methodische Nüchternheit des Gelehrten und des Kathedermanns. Das Talent der leichtfließenden, mit Einfällen spielenden, der Eingebung des Augenblicks gehorchenden Improvisation war ihm versagt, und auch bei der vorbereiteten Rede hatte er mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die sein, namentlich damals noch häufig widerspenstiges Nervensystem seiner Besonnenheit und seinem starken Willen entgegensetzte.

So war er gleich mit seinem ersten öffentlichen Redeversuch in Frankfurt wenig zufrieden. Er war in die wichtige Commission zur Prüfung der Anträge auf Bildung einer provisorischen Centralgewalt gewählt worden. Gemeinschaftlich mit Dahlmann, mit dem er selbständig in dem Grundgedanken zusammentraf, hatte er den Entwurf gemacht. Mit Recht erschien es ihm als das Geheimniß der Politik, daß in solchen Krisen wie die, welche Deutschland jetzt durchzumachen hatte, aus dem Schooße der Revolution geregelte Gewalten geschaffen würden, welche allein im Stande seien, die entfesselten Geister zu bändigen. Ein gewiß richtiger, ein praktisch politischer, aber doch recht allgemein und ein wenig doctrinär zugespitzter Gesichtspunkt war es, wenn er sich die Schaffung der Centralgewalt im Sinne der Vermittlung zwischen

dem Rechte der Regierungen und den Souveränetätsansprüchen der Versammlung dachte, im Sinne „eines entschiedenen und lebendigen Centrums". Demnach sollten zur Bildung eines dreiköpfigen Bundesdirectoriums die Regierungen je einen Mann für Oesterreich, für Preußen und für die minder mächtigen Staaten bezeichnen, die dann die Nationalversammlung durch einfache Abstimmung anzunehmen oder zu verwerfen habe. Der Vorschlag machte wenig Glück, indem nicht bloß die Rechte, sondern auch sehr liberale Männer dafür hielten, daß er den republikanischen Tendenzen zu sehr entgegenkomme. Und nicht besonders glücklich vertheidigte Duncker den Vorschlag in der Sitzung vom 19. Juni. Es waren eben wieder zu allgemein theoretisirende Sätze, die in die bestimmte Situation nicht bewegend genug hineinpaßten: — die Frage sei vor Allem nationaler Natur, der Commissionsantrag in diesem Sinne ein zwischen den Confessionen der politischen Parteien vermittelnder; die Centralgewalt einzig von der Versammlung schaffen zu lassen, sei unpolitisch und unsittlich, da man den Unterworfenen nicht niederwerfen, auch keine Reaction des Particularismus hervorrufen dürfe; drei, ferner, seien in diesem Augenblick eine bessere Einheit als Einer, da der Eine, in eine einsame Höhe gestellt, ohne lebendige Verbindung nach unten dastehen würde u. s. w. Am Schlusse einer sechsstündigen Sitzung, vor einer ermüdeten Zuhörerschaft hatte er gesprochen; nicht die Hälfte des Vorbedachten, meinte er selbst, habe er herausgebracht, und auch das nur schlecht. Mit neidloser Bewunderung erkannte er die rednerischen Erfolge Anderer an, folgte er namentlich in einer der nächsten Sitzungen der wie Hagelschlag auf die Versammlung herniederrauschenden Vinckeschen Rede und fing, mit ungeheuchelter Heiterkeit, das Witzwort auf, daß es dem Dunckerschen „Einsamen" wenig nützen würde, wenn diesem Robinson noch ein Freitag und Donnerstag zur Seite gesetzt würde. Nein, er war doch kein eigensinniger Theoretiker; als die Hauptsache galt ihm, daß die Versammlung bei diesem ersten entscheidenden Wendepunkte ihrer Thätigkeit sich nicht auf die Wege des Convents verleiten lasse und nicht das alte Stück noch einmal aufführe, „das wir uns an den Kinderschuhen abgelaufen haben". Als nun Gagern seinen kühnen Griff that — Wahl eines Reichsverwesers durch die

Nationalverſammlung allein — da ſtimmte er, während Dahlmann grollte, von ganzem Herzen dieſer Löſung zu. „Sieg", ſchrieb er, „haben wir gerufen, dreimal Sieg, als wir vier Fünftel Stimmen gegen ein Fünftel für den alten Habsburger hatten. Gagerns Weg war der kühnſte und beſte; die Wahl ganz freigelaſſen: um ſo größer iſt der Sieg des monarchiſchen Princips. Sicher: hätte die Commiſſion einen Fürſten in ihren Antrag gebracht — ein furchtbarer Fürſtenſturm wäre von der Linken auf der Tribüne geleiſtet worden."

Wenn ſich aber Duncker ſehr bald beſchied, nur ganz gelegentlich als Referent oder Antragſteller, wie beiſpielsweiſe bei den erſten Gerüchten von dem Abſchluß eines ungünſtigen Waffenſtillſtandes in dem von Preußen für das Recht der Herzogthümer gegen Dänemark geführten Kriege, die Rednerbühne zu beſteigen, ſo fand dagegen ſeine patriotiſche Hingebung und ſein politiſcher Eifer in anderer Weiſe die reichſte Gelegenheit, ſich zu bethätigen. In der Verſammlung und außer derſelben. Von der Täuſchung, als ob das Schickſal Deutſchlands einzig von den Reden und Beſchlüſſen der Paulskirche beſtimmt werden könne, war Niemand entfernter als er. Er wußte, daß die letzte Entſcheidung in Berlin liegen würde. Zwiſchen Frankfurt und Berlin zu vermitteln, für die Haltung und die Ziele des Frankfurter Parlaments in den maßgebenden oder doch einflußreichen Berliner Kreiſen die richtige Auffaſſung zu erhalten und ſo auch außerhalb der Verſammlung für deren deutſche Politik zu wirken, galt ihm als eine Pflicht, deren Erfüllung auch ungewöhnliche Schritte rechtfertige. Er war während ſeines Aufenthalts in der preußiſchen Hauptſtadt in Beziehung zu der hochherzigen Gemahlin des Prinzen von Preußen gekommen und wußte, daß die hohe Frau den freien die Zeit bewegenden Ideen ein männliches Verſtändniß, der mit der Zukunft Preußens und des Hohenzollernſchen Hauſes eng verknüpften deutſchen Sache ein warmes Herz entgegenbringe. Als nun die von der proviſoriſchen Reichsregierung angeordnete Huldigung des Reichsverweſers durch die Truppen der Einzelſtaaten das Selbſtgefühl des preußiſchen Staats zum erſten Male auf eine harte Probe ſtellte, da richtete, am 31. Juli, der Halliſche Abgeordnete eine ausführliche Denkſchrift, bezeichnend für den Hoffnungsmuth jener Tage,

an die Prinzessin. Hier allein konnte er sagen, was, wenngleich es mehr vom deutschen als vom preußischen Patriotismus eingegeben war, vor der Oeffentlichkeit ausgesprochen, doch unzweifelhaft als Beweis particularistischer Selbstsucht verurtheilt worden wäre.

Es ist richtig, so entwickelte die Denkschrift, wer bei der bevorstehenden Neugestaltung Deutschlands nicht an die Spitze kommt, ist mediatisirt. Um jedoch an die Spitze zu kommen, muß Preußen sich der nationalen Idee, die in diesem Augenblicke in Frankfurt vorzugsweise vertreten ist, voll und ganz hingeben. Wenn man sich preußischerseits gegen die Einheitsbewegung wendet, so hätte man jedenfalls auch im eigenen Lande eine starke Partei gegen sich. In der Meinung des übrigen Deutschlands würde man sich ruiniren. Im Südwesten würde die Republik proclamirt werden; man würde gegen Frankreich zu fechten haben. Siegte man, so hätte man nach den schwersten Opfern die gehässigste Stellung zu dem besiegten Deutschland; unterläge man, so wäre Preußen und Deutschland vernichtet. Auch nicht besser, wenn man etwa meinte, in diplomatischer Uebereinkunft mit Oesterreich dem übrigen Deutschland die Bedingungen der Einheit vorzuschreiben; denn Oesterreich ist in diesem Augenblick aufgelöst, und Süddeutschland würde sich auch diese Einheit nicht ohne Waffengewalt und Abfall an Frankreich auferlegen lassen. Zum sicheren Ziele führt dagegen der andere Weg. Wer nichts einsetzt, kann nichts gewinnen. Und das Wagniß ist nicht so groß. Die Denkschrift erläutert, in wiefern die preußischen Abgeordneten in Frankfurt gerade auch durch das österreichische Provisorium einer definitiven Entscheidung zu Gunsten Preußens vorgearbeitet hätten, da ein Provisorium unter schwierigen Verhältnissen mehr abnutze als fördere. Sie deutet an, daß, selbst wenn das Unglaubliche geschehen sollte, wenn Preußen am Ende um die Früchte seiner Hingebung sich gebracht sähe, man immer noch zurücktreten und, mit der öffentlichen Meinung im Bunde, sich in Norddeutschland festsetzen könnte, da dann Preußen nicht mit Deutschland, sondern Deutschland mit Preußen gebrochen hätte. Und also: man lasse die Truppen schnell und offen huldigen; man huldigt nicht Oesterreich, sondern der Idee des einigen Deutschlands. Durch eine Proclamation des Prinzen von Preußen, daß er in dieser An-

erkennung vorangehe, würde das Widerstreben der Offiziere mit Einem Schlage zu überwinden sein, und der Prinz würde sich damit in Preußen und Deutschland die Stellung wiedererobern, die ihm jetzt gebricht und die er in Zukunft einnehmen muß.

Wie aber nach oben, so ließ unser Abgeordneter sich angelegen sein, auch nach unten hin aufklärend zu wirken. Treu hielt er sein Versprechen, mit seinen Wählern in lebendigem Zusammenhange zu bleiben. Die Einigkeit, mit der man zu seiner Wahl zusammengewirkt hatte, hielt begreiflicher Weise in diesen aufgeregten Zeiten nicht vor. Während der Hallische constitutionelle Klub, in welchem die nächsten Freunde Dunckers jetzt die Leiter und Sprecher waren, die Ueberlieferungen der von ihm vertretenen gemäßigten Ansichten festhielt, so wich eine Anzahl jüngerer Elemente nach links ab, und eifrig bemühten sich diese, das Pathos der Revolution und die republikanischen Gelüste in die Massen hineinzutreiben. Wie jetzt Ruge in der Paulskirche die alten Hallischen Freunde als Verräther ansah und weit ab von ihnen auf den Bänken der äußersten Linken saß, um mit eintöniger Logik zu wiederholen, daß die Nationalversammlung bereits die Republik sei und also auch nur die Republik beschließen könne und dürfe, so mußte Duncker sich auch gefallen lassen, daß ehemalige Schüler von ihm zu der republikanischen Partei abfielen und ihn in Ruges „Reform" mit Schmähungen überhäuften. Bald kamen ihm neben zustimmenden auch mißbilligende Erklärungen aus seinem Wahlkreise, anfangs bescheiden tadelnde, bald unbescheiden heischende. Direct und indirect fuhr er demgegenüber fort, den constitutionellen Kern der Hallischen Bürgerschaft durch Berichte nach jedem wichtigeren Stadium der Frankfurter Verhandlungen auf dem Laufenden zu erhalten, den Treuen dort Muth einzusprechen und sie zu thätiger Gegenwirkung gegen die demokratischen Wühlereien anzufeuern. Mit bewunderungswürdiger Mäßigung und Geduld beantwortete er eine von einer demokratischen Volksversammlung am 15. August an ihn abgesandte Mißtrauensadresse und nahm sich die Mühe, seine Vota ausführlich zu erläutern.

Und weiter nun die Vota vom 5. und vom 16. September! Der Druck der auswärtigen Mächte und die bei Friedrich Wilhelm IV. erwachte Besorgniß, einer revolutionären Sache seine

Hülfe geliehen zu haben, hatte zu dem die Interessen der Herzogthümer benachtheiligenden Malmöer Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark geführt. Die Frage der Genehmigung oder Verwerfung des Waffenstillstandes durch die Nationalversammlung beleuchtete zum ersten Male grell den Gegensatz zwischen den hochfliegenden Machtansprüchen und der thatsächlichen Ohnmacht der Versammlung. Dem von der Reichsregierung bereits ratificirten Vertrage die Genehmigung versagen, hieß Unausführbares beschließen und in Folge dessen einer Conventspolitik, wie sie die Linke anstrebte, Thür und Thor öffnen. Um den ernsten und gemäßigten Dahlmann, den in dieser Frage der Ehrenpunkt gegen alle praktischen Erwägungen blind machte, schaarten sich die, mit denen er sonst nichts gemein hatte. Duncker war keinen Augenblick zweifelhaft, daß Preußens Wort nicht rückgängig werden könne, er gehörte zu denen, die gegen die Sistirung der auf den Stillstand bezüglichen Maßregeln stimmten. Mit einer geringen Stimmenzahl hatte Dahlmann gesiegt, aber schon nach wenigen Tagen hatte er der unmöglichen Aufgabe entsagt, durch Bildung eines neuen Reichsministeriums für die Verwirklichung des gefaßten Beschlusses einzutreten. Wiederum einige Tage, und der Zwang der Lage hatte der Minorität des 5. September so viel Stimmen zugeführt, daß am 16. September, unter Aufhebung des früher Beschlossenen, die Genehmigung des Stillstandsvertrags erfolgte. Ueber alle diese Hergänge, auch über das gräßliche Nachspiel — den Barrikadenkampf in den Straßen Frankfurts und die Hinschlachtung zweier hervorragender Mitglieder der Rechten — hatte Duncker sich gegen seine Wähler auszusprechen. Den bubenhaften Berichten der Hallischen demokratischen Zeitung über die Ermordung Auerswalds und Lichnowskys setzte er in heller Entrüstung das kräftigste Dementi entgegen, und die Zumuthung, sich zum Briefträger republikanischer Eingaben zu machen, wies er kurz und schneidend zurück. Andere Ausführungen richtete er an befreundete Mitglieder der Berliner Versammlung, insbesondere an Hermann Duncker, der zwar im Ganzen des Bruders Standpunkt theilte, aber, unter anderer Umgebung und unmittelbarer gereizt durch die Unsicherheit der preußischen Staatsleitung, doch gelegentlich zu größerer Nachgiebigkeit gegen die demokratische Strömung geneigt war.

Und nun kamen die Novemberereigniſſe, die Ernennung eines Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel, die Verlegung der conſtituirenden Verſammlung von Berlin nach Brandenburg, der Widerſtand, den die in Berlin Tagenden dieſen Maßregeln bis zu dem wahnwitzigen Beſchluſſe der Steuerverweigerung zu leiſten verſucht hatten. In dieſer Kriſis entfaltete Duncker nach allen Richtungen hin die energiſcheſte Thätigkeit. Daß die Berliner Zuſtände unhaltbar ſeien, hatte er längſt mit tiefer Sorge erkannt. „Was ſagſt Du," hatte er nach dem Pöbelſturm auf das Zeughaus an ſeine Frau geſchrieben, „zu den Berliner Bubenſtreichen und zu der Schwäche des Miniſteriums? — — Warum thut der conſtitutionelle Klub in Halle nichts? Warum macht er das Miniſterium in Berlin nicht verantwortlich für das Eigenthum der Nation und die Tropäen, die ſie mit ihrem Blute erkauft hat? Warum verſichert er nicht das Miniſterium ſeiner Unterſtützung? Warum ſagt man Camphauſen nicht, daß er das Blut frevleriſcher Rebellen, die die Ehre der Nation beſudeln, nicht zu ſchonen habe? Wahrhaftig, die Berliner Verwaltung iſt noch ſchwächer als Ludwig XVI!"

Daß er jetzt, nachdem die Regierung endlich einer von dem Berliner Straßenterrorismus beherrſchten Verſammlung entſchieden Halt zugerufen, darin lediglich mit Dahlmann eine rettende That ſehen konnte, verſteht ſich. Noch immer war ihm die Rettung der Monarchie in Preußen das erſte Nothwendige, ohne das er an kein Gelingen des nationalen Einheitswerkes glauben konnte. Von Neuem richtete er im Sinne der auf Vermittelung bedachten Politik der Frankfurter Majorität ernſte und freimüthige Rathſchläge an die Gemahlin des Prinzen von Preußen. Durch die weitere Entwickelung der Dinge waren dieſelben überholt, als ſie gegeben wurden. Gleichviel. Nicht einen Augenblick machte ihn die wachſende Aufregung, in welche das Land durch das eigenmächtige Eingreifen der monarchiſchen Gewalt und durch die Unpopularität der neuen Miniſter gerathen war, wankend, und nicht einen Augenblick fürchtete er, wenn man oben nur feſt bliebe, daß die aufgeregte Stimmung durchdringen werde. Man müſſe die Stimmung „braviren", war ſeine Meinung. Während er die Kleinmüthigen und Wankenden in Frankfurt durch ſeine Entſchiedenheit

hob, während er durch seinen Bruder auf den vernünftigeren Theil der Berliner Versammlung zu wirken suchte, während er in gleicher Absicht auch andere, befreundete Federn in Bewegung setzte, so galt ihm als nächste Pflicht, seinen Hallischen Wählern Vernunft zu predigen und insbesondere seinen dortigen constitutionellen Freunden, die durch die von Berlin herüberdrängende Strömung mit fortgerissen worden waren, den Kopf wieder zurechtzusetzen. „Ein Hundsfott, wer die Krone in diesem Kampfe verläßt!" — das ist die Parole, die er an die Führer austheilt, und eben das ist der Inhalt der beweglichen Ansprache an den Klub, nachdem derselbe unterm 11. November eine die Schritte der Berliner Nationalversammlung billigende Erklärung veröffentlicht hatte. „Ich spreche," schreibt er, „zu Ihnen aus tiefster Seele, und wenn Sie je meiner politischen Einsicht etwas zutrauten, hören Sie mich heute!" Seine Ausführungen gipfeln in dem Satze, daß in diesem Augenblicke nicht der Absolutismus, sondern die Anarchie der Feind sei, der die junge constitutionelle Freiheit bedrohe, und daß man diesem zu begegnen nur im Bunde mit der Krone stark genug sei. „Wie soll es werden in Deutschland," so fährt er fort, „wenn auch die Constitutionellen jetzt auf die Seite der Opposition treten, wenn sie, im unnatürlichen Bunde mit den Republikanern, die Krone zum Nachgeben nöthigen und sie damit völlig zu Boden werfen? Sehen Sie doch als politische Männer über das Nächstliegende hinaus! — — Sie können siegen in Verbindung mit den Republikanern und werden es, wenn Sie das Bündniß nur fest und innig genug schließen. Glauben Sie aber, daß der Sieg der Ihre sein wird, glauben Sie, daß Sie für Sich allein stark genug sein werden, die entfesselten Kräfte wieder in gesetzliche Bahnen zu bringen? Hoffen Sie das nicht! Auf dem Wege, welchen Sie einschlagen wollen, ist allein der der Stärkste und der wahre Sieger, der am weitesten geht und keine, auch die äußersten Consequenzen nicht scheut; die Herrschaft, welche Ihrem Siege folgte, sie würde der Masse und ihren Führern gehören: fragen Sie die Wiener, wie ihnen das dreiwöchentliche Pöbelregiment behagte. Geht dann Alles, wie es gehen soll und gehen muß, so besteigt Friedrich Wilhelm IV. in sechs Monaten etwa das Schaffot, und Sie sind mit der Krone verloren, wenn Sie

nicht in diesem Schritte weitergehen wollen. Niemand wird verschont, der den rollenden Wagen aufhalten will, wenn es zu spät ist, — und Sie, meine Herren, seien Sie versichert, daß das Schicksal der Girondisten Ihrer wartet!" Es folgt der Hinweis auf die vermittelnden Schritte der Frankfurter Versammlung. „Wir hier in Frankfurt," so schließt er, „wir kennen unsere Pflicht und werden sie erfüllen trotz alles Geschreis von Polizei und Reaction, wenn die Wogen der Revolution auch noch höher gehen sollten, bis sie uns über den Häuptern zusammenschlagen."

Es war gewiß kein geringer Beweis von dem Gewicht, das die Stimme Dunckers in dem Kreise seiner alten Anhänger hatte, daß nur Wenige sich gegen den lehrmeisterlichen Ton seiner Ansprache aufbäumten, daß man der Wärme seines Patriotismus und der Ueberzeugtheit seines Freimuths volle Gerechtigkeit widerfahren ließ und unter Versicherungen des Dankes und des Vertrauens alsbald einzulenken sich anschickte. Die Absicht der Ansprache war erreicht, und wie dieselbe in Halle zur Beruhigung der Aufgeregten gedient hatte, so wurden ihm Worte der herzlichsten Zustimmung dafür auch aus benachbarten Kreisen zu Theil und stärkten ihm die Ueberzeugung, daß der Standpunkt, den er und die Frankfurter Majorität vertrete, durchzudringen und die revolutionäre Bewegung zu einem heilvollen Ende zu führen die gegründetste Aussicht habe.

Er hatte sich längst auch um die Erhaltung dieser Majorität innerhalb der Versammlung selbst die wesentlichsten Verdienste erworben. Allzu milde war ihm Gagern erschienen, als dieser nach dem Frankfurter Septemberaufstand in seiner Trauerrede auf Auerswald und Lichnowsky die Worte gesprochen: „Ich pflanze auf diesen Gräbern die Fahne der Hoffnung auf!" Er hörte den triumphirenden Spott Karl Vogts: „Wenn *wir* diese Todten hätten, was würden wir aus ihnen machen!" Es war nach so ernsten und grauenvollen Ereignissen nicht einmal gelungen, die Nationalversammlung zu einer an das deutsche Volk zu erlassenden Proclamation — auch Duncker hatte an einer solchen mitgearbeitet — zu vereinigen. Recht handgreiflich war dadurch der Uebelstand aufgedeckt, der in den lockeren und schwankenden Parteiverhältnissen lag. Ein wichtiger Schritt daher, daß jetzt von der

großen Casino-Partei, der auch Duncker angehörte, der Partei des rechten Centrums, mit Erfolg versucht wurde, sich eine etwas straffere Organisation zu geben und auch für die Verständigung mit den zunächst nach links angrenzenden Fractionen geregelte Formen zu schaffen. Nur wenig jedoch war damit gewonnen, wenn dem immer drohenden Zuge nach links nicht zugleich ein Gegengewicht durch die Möglichkeit der Anlehnung an eine feste Rechte gegeben wurde. Es hatte bisher wohl eine Anzahl conservativer Elemente, aber keine durch ein klares Princip und durch einen anerkannten Führer zusammengehaltene conservative Partei im Parlamente gegeben. Georg v. Vincke war es müde geworden, auf eigene Hand und auf das gute Glück seiner Beredtsamkeit hin das Princip seines Rechtsbodens, das Princip der Vereinbarung der Verfassung zwischen der Nationalversammlung und den Regierungen, zu vertreten und in fast einsamer Oppositionsstellung dem Werke, an dem die Versammlung arbeitete, doch nur zufällig und gelegentlich wichtige Dienste zu leisten. Er war zu dem Entschlusse gekommen, aus einer Versammlung auszutreten, in der es für ihn keinen rechten Platz zu geben schien. Welch schwerer Schlag damit dem Parlamente und der deutschen Sache versetzt werde, empfanden Viele, Niemand lebhafter als Duncker. Hätte nicht die principielle Differenz zwischen den Standpunkten beider Männer bestanden, er hätte es sich zur Ehre gerechnet, unter Vinckes Fahne zu dienen. Aber keine Mühe ließ er sich verdrießen, den unersetzlichen Mann zum Bleiben zu bestimmen und für die Constituirung einer sich demselben zur Verfügung stellenden Partei zu werben, in der eigenen Partei dafür zu arbeiten, daß man der sich neu bildenden Rechten in jeder Weise entgegenkomme. Nicht zum wenigsten durch seine Bemühungen wurde Vincke wirklich der Versammlung zurückerobert. Am 28. September drückte ihm Duncker in einem bezeichnenden Schreiben seine Freude darüber aus. „Ihr Bleiben giebt mir wieder Hoffnung für die ganze Sache. Patroklos ist todt, aber Achilleus, der lange geruht, erhebt sich zum Entscheidungskampf von den Schiffen."

Dieser Entscheidungskampf ließ nicht auf sich warten. Es handelte sich, nachdem die Freiheiten des deutschen Volks nur allzu gründlich in den „Grundrechten" geborgen, nachdem die gesetzliche

Freiheit gegen den wiederholt versuchten Durchbruch der Anarchie gesichert war, um die Auseinandersetzung mit Oesterreich. Soll der neue deutsche Staat mit oder ohne Oesterreich constituirt werden? Soll, trotz der Erklärung des Programms von Kremsier, daß die österreichische Monarchie als ein geschlossenes Ganze fortzubestehen habe, von der Reichsregierung mit der österreichischen über die Stellung des Kaiserstaates zu der deutschen Verfassung verhandelt, sollen diese Verhandlungen der Hand des bisherigen Reichsministers, des Oesterreichers Schmerling anvertraut werden? Unter Dunckers Vorsitz, dem sein Eifer für die Partei längst eine Stelle im Vorstand des rechten Centrums verschafft hatte, wurde in der Nacht des 14. December zunächst die letztere Frage durch eine mit geringer Mehrheit gegen Schmerling ausfallende Abstimmung der Casinogenossen entschieden. Schmerling erklärte seinen Austritt aus dem Ministerium. An seine Stelle trat Gagern, der sofort sein Programm — Unionsverhältniß mit dem in den deutschen Bundesstaat nicht eintretenden Oesterreich — vor das Parlament brachte. Den Sturm, den diese Erklärung, das deutlich ausgesprochene Wort des Verfassungsräthsels, auf allen Seiten der Versammlung erregte, die dadurch herbeigeführte neue Situation schildert ein Brief Dunckers aus den Weihnachtstagen des Jahres 1848, der zugleich seine Zuversicht zu dem vernünftigen Verlauf der Krisis und sein unbedingtes Vertrauen zu dem hochherzigen Führer bekundet. „Wirklich kracht das Schiff in allen Fugen, und die Wogen gehen hoch. Es sind nicht bloß die Oesterreicher, die sich mit der Linken gegen Gagern verschworen haben, es sind auch die Ultramontanen, welche kein preußisches Kaiserthum wollen, es sind die Bayern, zum größten Theil von den Oesterreichern aufgehetzt — es ist die ganze Furcht des Südens vor dem Norden. In den Ausschuß für das Programm Gagerns sind zehn Coalirte und nur fünf von uns gekommen. Auf vieles Andringen unsererseits hat Gagern sich entschlossen, die Debatte bis Neujahr auszusetzen. Wie gewöhnlich wollte er rasche Entscheidung. Aber die Leute müssen sich an den Gedanken des Austritts Oesterreichs, der ihnen zu groß und zu neu ist, erst gewöhnen. Mit Oesterreich keine Einheit; ohne Oesterreich wird das Uebrige ein fester Staat: das ist die Alternative. Uebrigens ist

Gagern muthig und wohlgemuth. Man sieht es ihm an den Augen an, welche mannhafte, fast wilde Freude er empfindet, wenn das Roß sich unter ihm bäumt und in die Zügel schäumt." Der Briefsteller rechnete damals, daß der Gang der Dinge ähnlich sein werde, wie nach dem Waffenstillstand von Malmö. „Gagern wird fallen, und wenn die Coalition dann ein Ministerium bilden, d. h. wenn sie etwas Anderes thun soll als verneinen, wird sie dazu nicht im Stande sein. Wiederum wird man sich dann besinnen und zur Vernunft zurückkehren." Er berichtet dann von der Schwächung, die das Lager des rechten Centrums durch die neue Wendung der Dinge erfahren habe. „Aber verzweifelt nicht", schließt er, „wir werden siegen, denn wir müssen siegen!"

Die muthvolle Stimmung, die dieser Brief athmet, war unserem Freunde überhaupt auch in den bedenklichsten Momenten kaum jemals abhanden gekommen. Wie so viele der Besten seiner parlamentarischen Genossen erfüllte es ihn während der ganzen Dauer seiner Frankfurter Thätigkeit mit tiefer Befriedigung, sich an der Stelle einsetzen zu dürfen, wo dasjenige durchzuführen versucht wurde, was sein Herz von Jugend auf für das geliebte Vaterland ersehnt hatte. Nach seinen persönlichen Verhältnissen war es ihm keineswegs leicht gemacht, der großen Aufgabe sich unbeirrt zu widmen. Nicht nur, daß ihm der Rück- und Ausblick auf eine gesicherte eigene Existenz fehlte: immer wieder beunruhigte ihn zugleich die Sorge um die in den unruhigen Zeitläuften bedrohte Wohlhäbigkeit des Vaterhauses. Aus dem Vaterhause seiner Frau aber kamen fortschreitend ängstigendere Nachrichten über das allmählich verlöschende Leben des einzigen Bruders Charlottens. Diese theilte von ganzem Herzen — auch mitthätig, soweit sie eine Handhabe dazu fand und soweit es ihrer Kraft möglich war — die Interessen und das Streben des Mannes, abwechselnd von ferne und wieder zeitweise an seiner Seite. Ein Glück war die Nähe von Ems, wo Beide in dem v. Ibellschen Hause bei Schwester und Schwager das anmuthendste Willkommen und die behagendste Pflege zu finden sicher waren. Denn solche, wenn auch kurze, Pausen der Ausspannung bedurfte der Abgeordnete dringend. Seine alten Feinde, Nervenschmerzen und zur Unzeit sich einstellende Mattigkeit, hatten ihn nicht verlassen; fort-

während lautete der ärztliche Rath auf Erholung und Bewegung im Freien, die er sich doch bei Weitem nicht in dem nöthigen Maße gestatten konnte.

Nur nothdürftig erfrischt eilte er denn auch nach den Weihnachtstagen von Ems nach Frankfurt zurück. „Die Lage des Vaterlandes drängt mich und läßt mir keine rechte Ruhe: es steht Alles auf dem Spiele, und der Erfolg ist unsicher." Die eifrige Wühlerarbeit, der er sich unterzog, dem Gagernschen Programm Anhänger zu werben, war nicht vergeblich. Er hatte bei dem Ernst seiner Ueberzeugung und der sicherstelligen Klarheit seines Wesens entschiedenes Talent zu derartiger Arbeit; er wußte im mündlichen Verkehr durch die Bestimmtheit und den Nachdruck, durch die Einfachheit und Ehrlichkeit seiner Rede gleich sehr zu imponiren und zu gewinnen; er verstand es vor Allem, den Schwachen und Kleingläubigen Muth zu machen. Auch seine rasche Feder, unter deren Commando sich Thatsachen und Gedanken so natürlich in die wirksamste Schlachtordnung stellten, that die besten Dienste. Seit dem 7. December hatte die Partei eine lithographische Parlamentscorrespondenz gegründet. In dem für die Redaction niedergesetzten Ausschuß war er eines der thätigsten und geschicktesten Mitarbeiter, und noch heute ist es nicht schwer, aus der Masse der täglich versandten Blätter diejenigen herauszuerkennen, die ihn zum Verfasser hatten.

Mit dem Gagernschen Programm aber ging es noch glücklicher, als Duncker vorauszusagen gewagt hatte. Als es, inzwischen zweckmäßig modificirt, am 13. Januar 1849 mit hinreichender Mehrheit angenommen worden, war die Bahn zur Erreichung des Zieles: Deutschland ein Bundesstaat unter der Führung des größten rein deutschen Staats, frei gelegt. Die Entscheidung über die Oberhauptsfrage mußte von einer anderen Seite her eben diesem Ziele zustreben. Hier aber war, soweit es sich um theoretische Begründung des allein Vernünftigen handelte, in der maßgebendsten Weise durch Duncker vorgearbeitet. Der einer Commission der Casinopartei übertragene Bericht über die Oberhauptsfrage war kurz vor Weihnachten zur Vertheilung gelangt. Derselbe war das eigenste Werk Dunckers. In der einsichtigsten Weise erörterte er darin alles Für und Wider, was den einzelnen Vorschlägen eines Turnus, eines Directoriums, eines einheitlichen

fürſtlichen Oberhauptes, eines periodiſch oder eines auf Lebenszeit zu wählenden oder endlich eines erblichen anhing. Auf das Geſchickteſte benutzte er die während des Proviſoriums ſowie die im Laufe der ganzen bisherigen deutſchen Geſchichte gemachten Erfahrungen, um die erbliche Spitze als das allein Politiſche, allein dem Bedürfniß eines in Macht geeinten deutſchen Staates Entſprechende zu erweiſen. Er war damit wieder vor der Frage: Oeſterreich oder Preußen, angelangt, um dieſelbe ſofort ganz in Gagerns Sinne zu beantworten. Er zeigte, wie jeder Eintritt Geſammtöſterreichs in den deutſchen Staat ebenſowohl eine Schwächung Oeſterreichs wie Deutſchlands zur unvermeidlichen Folge haben müſſe, und wie auch die Herſtellung eines nur ſtaatenbundlichen Verhältniſſes zwiſchen Deutſchland und den außerdeutſchen Beſitzungen Oeſterreichs, die Herſtellung bloßer Perſonalunion, dieſelben Nachtheile mit ſich führe. So gelangte er, unter Hinweis auf die von Oeſterreich ſowohl früher wie namentlich ſeit 1815 befolgte Politik und unter Berufung auf das Programm von Kremſier, zu dem Schluſſe, daß das einzig Zweckmäßige ſei, dem in ſich zuſammenhaltenden „Oſtreich" das übrige, bisher zerſplitterte Deutſchland als ein gleichfalls einheitlich organiſirtes Weſtreich gegenüberzuſtellen, dann aber dieſe beiden Staaten in ein feſtes Bündniß zu bringen und dieſen Verband in bleibenden Inſtitutionen auszuprägen und lebendig zu machen. Die ſtarke Betonung dieſes Bundesvertrages, der durch die Einſetzung eines Directoriums oder Bundesraths unter dem Präſidium Oeſterreichs zu befeſtigen ſei, bildete in dem Berichte die Brücke von dem bisherigen zu dem neuen Zuſtand. Er ging den Gegnern weit entgegen. Er wies darauf hin, daß auf dieſe Weiſe dem ſüdlichen und weſtlichen Deutſchland die Stütze Oeſterreichs nicht entzogen werde; er ſuchte die Beſorgniſſe vor einer Unterdrückung des Südens durch den preußiſchen Norden überdies durch mehrfache in die Verfaſſung des Bundesſtaats aufzunehmende Garantien, durch die Errichtung eines Reichsraths, durch das Stimmenverhältniß im Staatenhauſe, durch die Forderung einer Zweidrittelmehrheit bei allen Beſchlüſſen über kirchliche Dinge, zu beſchwichtigen. Klar und feſt jedenfalls ſtellte er die Hauptſache — die Ausſcheidung Oeſterreichs, die erbliche preußiſche Leitung — hin.

Ganz wesentlich trug dieser Bericht mit seinen wohlerwogenen, knapp gefaßten Sätzen zur Klärung der schwankenden Meinungen bei. Von mehr als Einem Redner ist er ausgenutzt worden, und Vincke namentlich verstand es, in seiner großen Kaiserrede vom 22. Januar den Argumenten desselben die Kraft seiner schlagfertigen und funkensprühenden Beredtsamkeit hinzuzufügen. Voll von dem eben gelesenen Schriftstück gab Heinrich v. Arnim seiner Bewunderung brieflich gegen den Verfasser Ausdruck: „Wenn es mir gegeben wäre, Großem und Schönem gegenüber ein unedles Gefühl zu nähren, so könnte ich Sie beneiden um die glücklich ausgeführte Lösung dieser Frage und um eine Arbeit, die Ihnen ein bleibendes Denkmal in der Geschichte Deutschlands stiften wird, wie auch seine Geschicke sich gestalten mögen."

Die Aussicht, daß sie sich günstig gestalteten, war nach der ersten Lesung der Verfassung, Mitte Februar, eine wenig hoffnungsreiche. Die Verfassung, durch das frivole Zusammenwirken aller antipreußischen mit allen antimonarchischen Elementen bis zur Unannehmbarkeit verhunzt, die diplomatischen Bemühungen Gagerns, die deutschen Regierungen zu gewinnen, erfolgreich nur bei den machtlosen Kleinstaaten, Oesterreich im vollen Zuge des hämischesten Gegenspiels gegen Frankfurt, die Königreiche widerspenstig, Preußen zwar entgegenkommend, aber doch nur mit schwankendem Schritt und mit Vorbehalten. Und doch, nur hier, nur in Berlin lag die letzte Entscheidung. Duncker sparte keine Mühe, die Freunde in der zweiten preußischen Kammer zu Erklärungen für die deutsche Sache und durch die Kammer die Regierung zu drängen. Schon jetzt hatte sich die Frage zu einer Machtfrage, die Machtfrage zu einer Frage des kühnen Entschlusses zugespitzt. Der Punkt, wo der Hebel angesetzt werden mußte, lag klar vor. Ende Februar hatte Dänemark den Malmöer Waffenstillstand gekündigt. Preußen schien geneigt, sich zurückzuziehen und die Sache, die es im vorigen Frühjahr ergriffen, dem übrigen Deutschland zu überlassen. Da richtete Duncker am 7. März eine Auseinandersetzung über die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit an ein Mitglied der preußischen Kammern — er wußte, daß dieselbe unter die Augen des Prinzen von Preußen kommen werde. Mit dem ganzen Feuer der Beredtsamkeit, die ihm für solche Schriftstücke viel mehr als

für die mündliche Rede zu Gebote ſtand, zeichnete er in großen Strichen die Politik, die er für die allein rettende hielt und an deren Möglichkeit er mit jugendlichem Optimismus zu glauben ſich ſelbſt überredete. „Die Entſcheidung der deutſchen Verfaſſungsfrage wird nicht durch Beſchlüſſe des Parlaments herbeizuführen ſein. Wer an die Spitze Deutſchlands kommen ſoll, das iſt eine Frage der Thatſachen, und die Thatſachen werden ſie entſcheiden. Deutſchland ſteht rathlos und verzweifelt und ſpäht ringsumher nach ſeinem Führer. Dem Staate, dem Fürſten, der ſeine Geſchicke mit kräftiger Hand ergreift, der ſeine Intereſſen mit Nachdruck zu vertreten und hinauszuführen verſteht, dem wird das deutſche Volk für alle Zeiten gehören.“ Unbekümmert um jede Rückſicht der kleinlichen Klugheit, auf die Gefahr eines Krieges auch mit Rußland, hat Preußen, wie 1813 gegen Frankreich, wie Friedrich der Große gegen halb Europa, den Krieg mit Dänemark auf ſeine Schultern zu nehmen, einzig deshalb, weil Preußen „das junge und neue Deutſchland iſt und ſein Platz vorn“. „So wenig das Parlament ohne Preußens Unterſtützung die Oberhauptsfrage glücklich zu löſen vermag, ſo leicht wird es ihm werden, wenn Preußen in dieſer Frage der nationalen Politik vorangeht.“ Damit würde Preußen zugleich gegen Oeſterreich Front machen und die mit den jüngſten Noten über das Frankfurter Verfaſſungswerk, den Noten vom 23. Januar und 16. Februar, bereits begonnene Emancipation von der Leitung und dem Einfluß Oeſterreichs, deren Nothwendigkeit auf allen Blättern der Geſchichte beider Staaten geſchrieben ſtand, vollenden. Gewiß, der Entſchluß zu dieſer Wendung gegen Rußland und Oeſterreich wird dem Königshauſe der Hohenzollern ſchwer werden: aus Pflicht gegen den eigenen Staat, gegen Deutſchland, gegen das Königthum muß er dennoch gefaßt werden. „Was das deutſche Parlament während zehnmonatlicher Berathungen nicht vermochte, was Preußens König aus den Händen des Volkswillens anzunehmen vielleicht Bedenken trüge, das ſteht jetzt in ſeinem freien Willen, ſeinem ſelbſteigenen Entſchluſſe; noch einmal, wahrſcheinlich zum letzten Male, hat das Geſchick die Entſcheidung über Deutſchlands Schickſal allein und ausſchließlich in die Hände Friedrich Wilhelms IV. gelegt.“ Möge in Berlin „der Geiſt Friedrichs des Großen zu Rathe ſitzen und ſiegen!“

Das waren, was den Kern der Sache anlangt, unzweifelhaft richtige Vorstellungen, so richtig, daß sie noch ein Menschenalter später der preußischen Politik Weg und Ziel gewiesen haben. Vielmehr, es waren für jetzt verfrühte Vorstellungen, denn sie machten die Rechnung ohne den Wirth und setzten sich mit kühnem Idealismus über die unentbehrlichen persönlichen Factoren hinweg, ohne die alle sonstige Gunst der Umstände verloren, alle Vernunft der Dinge und alle Beredtsamkeit patriotischer Wünsche machtlos ist.

Bald sollte es sich zeigen, daß Friedrich Wilhelm IV. der großen Aufgabe nicht gewachsen war, die man ihm zugedacht hatte. Trotz mancher Niederlage, die auch bei der zweiten Lesung der Verfassung die Partei der Erbkaiserlichen im Parlamente erlitt, kam es schließlich doch am 28. März zur Kaiserwahl. Duncker gehörte nicht zu der durch das Loos bestimmten Deputation, welche das große Angebot der Nation, den erblichen Principat über Deutschland, Friedrich Wilhelm IV. überbringen sollte; als Freiwilliger, auf Wunsch des Reichsministeriums, begab auch er sich dennoch nach Berlin, wo ihm ja so manche Zugänge offen standen, durch die er für eine günstige Aufnahme der Frankfurter Beschlüsse zu wirken versuchen mochte. Nun jedoch kehrt die Kaiserdeputation mit der so gut wie ablehnenden Antwort des Königs zurück. Von oben zurückgewiesen, sieht sich das Centrum, wenn es das Werk so vieler Anstrengungen nicht sofort fallen lassen will, gezwungen, eine Wendung nach der Linken hin zu machen. In dem „zur Durchführung der Verfassung" gewählten Dreißigerausschuß hat auch Duncker gesessen, um den unmöglichen Anträgen der Linken nach Kräften Widerpart zu halten. Noch einmal ist er Ende April nach Berlin geschickt worden, — um als Frucht alles Umhörens, Ansprechens und Vorstellens nichts als die Ueberzeugung zurückzubringen, daß man dort weder die Kraft des Wollens noch die des Vollbringens habe. Wozu nun weiter von den letzten Versuchen erzählen, die die Gagernsche Partei machte, der Durchführung der Verfassung, auch nach der definitiven Ablehnung des Königs, auch nach der preußischen Depesche vom 28. April, mögliche Wege zu eröffnen und zugleich gegen die unmöglichen, die Verfassung selbst zerstörenden, zu denen die Linke

drängte, sich zu stemmen? Eingekeilt zwischen die nunmehr offen gegen die Nationalversammlung angehenden Erklärungen und Schritte der preußischen Regierung und den in Sachsen, in der Pfalz und in Baden ausbrechenden Aufruhr, blieb der Partei der Versöhnung und Vermittelung nur noch der Entschluß der Abdankung. Gerade die von Duncker verfaßten Nummern der parlamentarischen Centrumscorrespondenz aus dieser letzten Zeit spiegeln diese verzweifelte Lage, in der man sich von Position zu Position gedrängt sah, den Todeskampf einer Partei, die ihr Werk zu retten und doch ihren gemäßigten Principien nichts zu vergeben bis aufs Letzte entschlossen war, in besonders ergreifender Weise. Am 18. Mai 1849, am Jahrestage der Eröffnung des Parlaments, zog er das Facit. Es lautete dahin, daß die lange treue Arbeit vergeblich gewesen, daß das Werk gescheitert sei. „Unser Gewissen ist so ruhig, als unser Schmerz und unsere Trauer tief ist." Er wälzt die Verantwortung dafür, daß das deutsche Volk zu der furchtbaren Wahl zwischen Reaction und Revolution gezwungen sei, auf die Könige, die die ihnen gebotene Friedensurkunde zurückgewiesen haben. Er erhebt einen Mahnruf an die Fürsten, nicht bis zum Aeußersten zu verschreiten, im Kampf gegen die neu aufgeloderte Revolution nicht mit der Freiheit zugleich das Größere, die nationale Einheit, die Ehre und die Integrität Deutschlands preiszugeben. Er schließt mit der Versicherung, daß die Partei, die von Anbeginn an auf Vermittelung der Gegensätze hingearbeitet, auch jetzt nicht gesonnen sei, den Weg der Linken zu gehen, denn „wir sind nicht gewohnt, politische Ueberzeugungen wie ein Kleid zu wechseln". Die Nothwendigkeit des Austritts aus der Versammlung hat ebendeshalb Duncker während der erregten Fractionsdebatten dieser letzten Tage mit am nachdrücklichsten vertreten. Seinem männlichen Sinne schien es unwürdig, die unvermeidliche Auflösung wie ein Schicksal leidend hinzunehmen. Er verlangte eine letzte politische That. Handle es sich nur um die Art des Todes, so sei es ehrenvoller, den nothwendigen Tod sich durch die eigene Hand zu geben. —

Duncker war unter den 65 Mitgliedern der Gagernschen Partei, die am 20. Mai ihren Austritt aus der Nationalversammlung erklärten.

7.

Agitatorische Thätigkeit. Hoffnungen und Enttäuschungen.

Aus dem Parlament, aber nicht aus dem Dienst für die deutsche Sache war Duncker ausgetreten. Hatte doch inzwischen Preußens König selbst, jetzt von Radowitz berathen, die Arbeit des Parlaments in die Hand genommen. Auf der Grundlage der conservativer umgebildeten und gereinigten Frankfurter Verfassung sollte die Neuordnung Deutschlands durch freie Vereinbarung mit den deutschen Regierungen herbeigeführt werden. Am 17. Mai hatten die Berliner Conferenzen ihren Anfang genommen, die Verhandlungen mit Oesterreich, Bayern, Sachsen und Hannover begonnen. Wie hart die letzten Wochen Duncker zugesetzt hatten: schon am 22. Mai war er wieder in Berlin, um „Feuer hinter den Gurt zu machen", d. h. um auf Alle, die etwa mitzusprechen hätten und die ihm erreichbar waren, im Sinne der jetzt eröffneten neuen Aussichten für Errichtung eines preußisch-deutschen Bundesstaats zu wirken. So wenig kam er von der praktischen Sorge für die vaterländischen Dinge los, daß er, mit Zurückstellung alles Anderen, was sonst sein Leben erfüllt hatte, ganz in diesem freiwilligen politischen Dienste aufging. Er sprach die Frau Prinzessin von Preußen, deren Klagen und Tröstungen, deren Vertrauen zu seinem Urtheil ihm doch wohl thaten. Er sprach auch den Prinzen und erfreute sich an der reinen Einsicht, mit der derselbe die Lage der Dinge, die politische wie die militärische, in völligem Einverständniß mit ihm selber beurtheilte, nur daß er zugleich erfuhr, wie gering dessen Einfluß, da er nur in besonders dringenden

und entſcheidenden Momenten ſeinem königlichen Bruder Vorſtellungen machen könne. In einem Aufſatze faßte er ſofort auf des Prinzen Verlangen zuſammen, was er demſelben mündlich entwickelt hatte.

Es gilt nun — von dieſer Theſis geht der Aufſatz aus — Deutſchland zu erobern, das Reich, welches von Frankfurt aus nicht vollendet werden konnte, von Berlin aus zu gründen. Dieſe Eroberung Deutſchlands muß gleichzeitig eine moraliſch-politiſche und eine militäriſche ſein. Es wäre zu wünſchen geweſen, daß Preußen im Moment der Ablehnung beſſer vorbereitet, daß man insbeſondere militäriſch vollkommen gerüſtet geweſen wäre. Das Verſäumte muß jetzt ſo raſch und ſo energiſch wie möglich nachgeholt werden. Nur der vollendeten Thatſache werden ſich die deutſchen Regierungen, Oeſterreich an der Spitze, fügen; nur dadurch ſind die Könige zur Fügſamkeit zu bringen, daß Preußen — im Gegenſatz zu dem alten Kaiſerthum — eine Anlehnung und Stütze in den Stämmen ſucht und findet. Zuerſt daher unverzügliche Verkündigung einer freiſinnigen, der Frankfurter im Weſentlichen entſprechenden Verfaſſung. Dadurch allein kann das in den nichtpreußiſchen Staaten jetzt wieder aufs Aeußerſte geſteigerte Mißtrauen gegen Preußens reactionäre Abſichten, dadurch allein das Fortſchreiten des Aufſtandes im deutſchen Südweſten gebrochen werden. Aber nicht nur moraliſch, ſondern auch militäriſch iſt Deutſchland zu erobern. Dies iſt nur möglich durch die umfaſſendſten und ſchnellſten Rüſtungen. Dabei handelt es ſich nicht allein um die Unterdrückung des Aufſtandes, die um ſo weniger blutig ſein wird, mit je entſchiedenerer Uebermacht man einſchreitet: es handelt ſich darum, der Nation fühlbar zu machen, daß Preußen wirklich eine Macht iſt; auch das mittlere Deutſchland muß durch fortdauernde Durchzüge von Truppen in Furcht und Staunen erhalten werden; „man muß da überall Bataillone ſehen und Trommeln hören, die Züge von Geſchütz und Streitern dürfen nicht abbrechen.“ Das allein iſt auch das Mittel, Frankreich zu imponiren, auf deſſen friedliche Haltung dauernd nicht zu rechnen iſt und deſſen alte Politik das Begehren nach der Rheingrenze und die Speculation auf die republikaniſchen Sympathien des deutſchen Südweſtens iſt. Endlich. Mehr als jemals iſt in

der gegenwärtigen Lage eine Beendigung des Zwistes mit Dänemark zu wünschen. Nur auf ehrenvolle Bedingungen jedoch. Keine Abtretung oder Neutralstellung Schleswigs. Die zweckmäßige und richtige Basis vielmehr ist allein die von Lord Palmerston bereits im Juni des vorigen Jahres vorgeschlagene: die Abtretung des nördlichen Schleswig an Dänemark, der Eintritt des übrigen in den deutschen Bund — ein Ziel, bei dem freilich auf einige Standhaftigkeit und einiges Selbstvertrauen, auf einen Hauch von dem Geiste des großen Friedrich gerechnet ist. Zu den drei Hauptpunkten, welche so in ausführlicher Motivirung als Forderungen hingestellt werden, fügt endlich der Schluß des Aufsatzes einzelne Wünsche: schleunige Ausschreibung der Wahlen zu dem wo möglich nach Frankfurt oder Gotha einzuberufenden Reichstag und vorgängiges Einlenken in der inneren preußischen Politik — am besten durch den Eintritt beliebterer Männer in das Ministerium an Stelle der Brandenburg und Manteuffel.

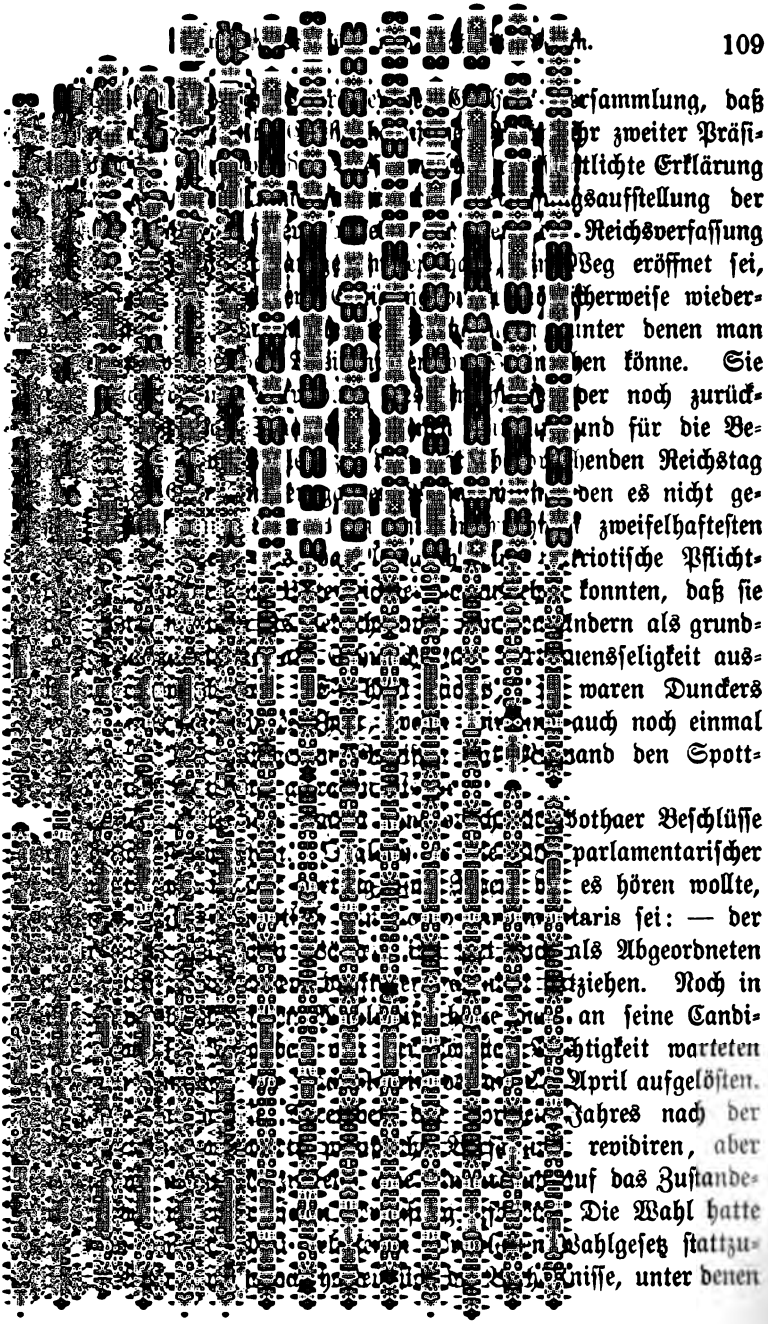
Ein in der Schule der Verwaltung oder der Diplomatie gebildeter Politiker würde vermuthlich in anderer Manier geschrieben haben: der staatsmännische Zug, der durch das ganze Schriftstück hindurchgeht, macht sich in dem freien und großen Stil desselben nur um so fühlbarer. Es ist unverkennbar, ein Jahr praktischer Politik hatte den Verfasser von der Neigung zu theoretisch-constructiver Auffassung und Darstellung freier gemacht; geblieben war ihm die große historische Anschauung, der Glaube an die siegreiche Gewalt eines standhaltenden Muthes, die Ueberzeugung von der Macht und dem Beruf des Staates Friedrichs des Großen, die hoffnungsfrohe Begeisterung für das, wenn auch mit neuen Mitteln und auf neuen Wegen zu erreichende Ziel der Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens.

Nur theilweise geschah, was er in seiner Denkschrift gefordert hatte. Aus den Berliner Conferenzen war selbstverständlich keine Einigung mit Oesterreich und Bayern, wohl aber eine scheinbare mit Sachsen und Hannover hervorgegangen. Mit der sofortigen Veröffentlichung des „Dreikönigsbündnisses" und des zwischen den Verbündeten vereinbarten Verfassungsentwurfs vom 26. Mai, mit der Aufforderung an alle deutsche Regierungen schien wenigstens das Erste, Nothwendigste glücklich erreicht zu sein. Gern zündete

daran unſer Patriot von Neuem ſeine Hoffnung an, beſchwichtigte er ſeine Sorge über den Gang und das Ergebniß der Unterhandlungen mit Dänemark, über das Zaudern in Betreff des Vorgehens gegen den renitenten Süden. Nur ſchwer freilich fand er ſich in die Rolle des müßigen Zuſchauers. Obgleich der Ruhe dringend bedürftig, wollte er dieſe doch nirgends anders ſuchen als in Ems, um ſo den in und um Frankfurt wohnenden ehemaligen Parlamentsgenoſſen nahe zu bleiben. Die Erholung, die er ſich hier gönnen durfte — er war zwiſchendurch mit der Abfaſſung eines gründlichen Rechenſchaftsberichts über die ganze Geſchichte des Parlaments an ſeine Wähler beſchäftigt — war kurz. Denn in Frankfurt waren ſeit Anfang Juni die beiden Gagern, Dahlmann, Mathy, Baſſermann, Soiron, Hergenhahn, Rümelin und Andere beiſammen. Max v. Gagern hatte die Idee zu einer größeren Zuſammenkunft angeregt. Man wollte die Partei der Erbkaiſerlichen, die bundesſtaatliche Partei der Paulskirche neu organiſiren und verſuchen, ob man nicht auf irgend eine Weiſe einen Einfluß auf das Inslebentreten der neuen Verfaſſung ausüben könne. Am 3. Juni lud man auf den 26. nach Gotha zu einer Beſprechung, deren Gegenſtand die Feſtſtellung „eines möglichſt übereinſtimmenden Verhaltens in der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes, insbeſondere gegenüber der obſchwebenden Frage der Reichstagswahlen“ ſein ſollte. Zu den Vorbereitungen für dieſe Verſammlung wurde auch Duncker nach Frankfurt entboten; von dort begab er ſich mit den Freunden an den Ort der Verſammlung.

Gewiß, man konnte über die Zweckmäßigkeit des beſchloſſenen Schritts verſchiedener Anſicht ſein. In weſentlicher Uebereinſtimmung der Geſinnung und der Auffaſſung der Dinge hatten Duncker und Droyſen ſeit Ende Mai mit einander correſpondirt. Beide Männer waren ſich beſonders in den letzten drang- und ſorgenvollen Wochen vor dem Austritt aus dem Parlament immer näher getreten. Sie wohnten damals nur wenige Schritte von einander im Engliſchen Hofe, dem Hauptquartier der Erbkaiſerlichen, Beide des baldigen Aufbruchs gewärtig. Es war wie Studentenwirthſchaft, wenn Droyſen des Morgens ſeinem Max zurief, wenn Einer auf des Andern Stube kam, wenn ſie plaudernd mit einander die verworrene Lage der Dinge hin und her über-

legten und ſich das Herz in kluger Rede erleichterten. Jetzt ſaß Droyſen wieder in Kiel. Tief verſtimmt über die Schwäche, welche Preußen in der Schleswig-Holſteinſchen Sache zeigte, erſchien ihm die Gothaer Zuſammenkunft als ein hoffnungsloſer, ja falſcher Zug. Das parlamentariſche Nachſpiel werde nun von Neuem Namen, die man in die Vergeſſenheit hätte retten müſſen, compromittiren, und zwar zwecklos; denn Preußen ſei in einem Curs, in dem es ganz andere Lootſen, wenn nicht habe, ſo doch brauche, und die alten Frankfurter ſeien nur noch Privatleute; er fürchte eine Fehlgeburt und nichts ſei ſchwächender als Fehlgeburten. Der einzige Punkt, von dem aus jetzt etwas für Deutſchland gethan werden könne, ſei Berlin, und Berlin nicht der Ort für die Genoſſen Gagerns: dieſe würden Geduld, noch viel mehr Geduld lernen müſſen, als ſie bisher ſchon gehabt hätten. Auf ſo weiſe und vorausſichtige Mahnungen zu hören, war doch Duncker und die Freunde um ihn noch nicht reſignirt genug; der Drang, zu wirken, zu helfen, die Verſuchung, dem Hoffnungsbilde, das ihnen vor den Augen flatterte, nachzujagen, aus alter Gewöhnung noch zu groß. Man bedürfe, erwiderte Duncker auf alle Droyſenſchen Bedenken, in Berlin für die deutſchen Dinge einer moraliſchen Unterſtützung. Auf alle Fälle ſei es wünſchenswerth, ſich über eine gleichmäßige Einwirkung auf die Preſſe und auf die Einzelkammern zu verſtändigen. Einſtweilen ſei man doch in Berlin ziemlich entſchloſſen vorgegangen, wovon die ſelbſtändige Occupation der Pfalz, das Einrücken in Frankfurt, das Commando des Prinzen von Preußen ganz leibliche Beweiſe ſeien. „Sie haben Recht," ſo fährt er fort, den Freund für die Gothaer Verſammlung zu bearbeiten, „beſſere Lootſen in Preußen, und die Partie iſt doch in vier Wochen gewonnen. Wir zwar können nicht viel thun, aber wir können Einiges thun. Das Bedürfniß einer geſunden und intelligenten, ordentlich zuſammengehaltenen Mittelpartei macht ſich alle Tage fühlbarer. Geben wir in Gotha für den Augenblick keine Entſcheidung, ſo können wir Großes für die nächſte Zeit vorbereiten. Ich wüßte doch nicht, warum die einzige vernünftige Partei eines Volks in ſolcher Lage der Dinge die Hände abſolut in den Schooß legen ſollte; und beide Extreme ſind ja thätig genug, uns täglich neue Anhänger zu werben."



gewählt wurde, gegen früher wesentlich verändert. Die Demokratie hatte die Parole der Wahlenthaltung ausgetheilt. Nur um so mehr dagegen, und nicht ohne Erfolg, bemühte sich die Gegenpartei der äußersten Rechten, die Gunst des neuen Wahlgesetzes auszunutzen. Auch in der guten Stadt Halle war denjenigen, die auch mit dem Besten, was die Revolution gebracht hatte, zu brechen begierig waren, den stockmonarchischen und stockpreußischen Ultras der Kamm geschwollen; sie hatten sich ihr eignes Organ gegründet und eröffneten in diesem den Kampf gegen den ehemaligen Abgeordneten für Frankfurt, der, ein Mitglied „der sich selbst vergötternden Association", dem Gothaer Nachparlament präsidirt und das von diesem erlassene „Pamphlet" mitunterschrieben habe. Seine abgünstigsten Gegner fand Duncker unter seinen Collegen an der Universität. Sie hatten ihm scharf auf den Dienst gepaßt. Es half ihm nichts, daß er in jenen Novembertagen der revolutionären Strömung sich rücksichtslos entgegengeworfen hatte; er hatte in seinem Wahlprogramm von 1848 von der „Regierung von unten herauf", von „demokratischer Organisation der Gemeinden", von der „Republik mit erblichem Oberhaupt" gesprochen — darum war er ein Republikaner; er hatte gegen den Willen seines Königs und Herrn in Frankfurt fortgetagt — darum war er ein Rebell, der auch jetzt noch verlangte, daß Preußens ruhmgekrönte Fahne sich vor der Frankfurter Tricolore senken solle. Es war eine Lust für Duncker, diese albernen Beschuldigungen in mannhafter mündlicher Gegenwehr zu Schanden zu machen; auch die Taktik der Gegner, nicht einen aus ihren Reihen, sondern einen Constitutionellen ihm entgegenzustellen, nutzte ihnen nichts — er hatte den Triumph, gemeinschaftlich mit Freund Fubel am 27. Juli mit starker Majorität gewählt zu werden.

Der ausführliche Bericht, den er über den Verlauf der Kammersession Ende Januar des folgenden Jahres in der Hallischen Zeitung seinen Wählern erstattete, hatte nun freilich nur eine lange Reihe von Niederlagen neben wenigen Erfolgen zu verzeichnen. Er war bei seinem Eintritt auf eine reactionäre Majorität in der Kammer gefaßt gewesen, und eine schlechte Freude war es ihm, daß seine und seiner Gesinnungsgenossen Platz — so sehr hatten sich die Dinge verschoben — nur auf der äußersten Linken sein konnte.

Selbst die Eventualität eines Austritts seiner Partei aus der Kammer hatte er für den Fall ins Auge gefaßt, daß sich für die nationale Politik in dieser preußischen Vertretung keine Mehrheit finden sollte. Es bedurfte indeß kaum der ermuthigenden Worte des Freundes in Kiel, der ihm „von seinem Pathmos aus", trotz dessen, was unter seinen Augen in Schleswig-Holstein geschah, den Text las und aller „Kopfhängerei und Verdrießlichkeit", allen „Negativitäten" den Krieg erklärte, um solche Gedanken zu verscheuchen. Seiner eigenen Natur entsprach es ja so viel mehr, die Hand am Pfluge zu halten, wie steinig oder wie staubig auch der Boden war, durch den er geführt werden mußte.

Und ganz so trostlos, wie er gefürchtet, ließ sich der Gang der Verhandlungen, wenigstens in der ersten Hälfte der Session, denn doch nicht an. Etwa hundert Stimmen zählte die Linke. Vereint mit dem rechten und dem linken Centrum, der Partei Riedel und Bodelschwingh, gelang es ihr doch zuweilen, die von Herrn von Bismarck-Schönhausen und Kleist-Retzow geführte äußerste Rechte zu isoliren. Für eine freiere Gestaltung der Verfassung zwar, deren Revision die Hauptaufgabe der Kammer war, wurde wenig erreicht. Als Mitglied der Verfassungscommission entwickelte Duncker hiefür eine angestrengte Thätigkeit. Mit seinen Parteigenossen widersetzte er sich der Bildung einer Pairskammer. Denn so entschieden er der Ansicht war, daß im Princip die Zusammensetzung der ersten Kammer aus aristokratischen und erblichen Elementen gerechtfertigt sei, so wenig glaubte er doch, daß das Material dazu schon jetzt in Preußen vorhanden sei. Die Beibehaltung der provisorisch bestehenden ersten Kammer war das Resultat der lang sich hinziehenden Debatten. Auch das Recht der Steuerbewilligung, das die Verfassung vom 5. December den Kammern vorenthalten hatte, konnte gegen den Widerstand der ersten Kammer, trotz einer starken Majorität in der zweiten, nicht erstritten werden. Ebensowenig setzte die Linke die Streichung des unconstitionellen Paragraphen durch, der die Regierung in dringenden Fällen auf eigene Hand Gesetze zu erlassen ermächtigte; sie mußte sich mit einer bescheidenen Modificirung desselben begnügen.

Mit der Sorge jedoch für die endgültige Constituirung Preußens kreuzte und verflocht sich die für Preußens Stellung in Deutschland. Das stärkste Band, das die Linke an das Ministerium gefesselt hielt, war die Verfassung vom 26. Mai. Bei dieser das Ministerium festzuhalten, galt ihr mit Recht als die dringendste Aufgabe. Auch der zur Prüfung der ministeriellen Vorlagen über diese Angelegenheit gebildeten Commission gehörte Duncker an. Ein großer Erfolg war der Beschluß, daß alle durch die Verfassung vom 26. Mai nothwendig werdenden Aenderungen der preußischen Verfassung von der Regierung anzuordnen seien. Dafür auch von der Tribüne herab einzutreten, konnte Duncker sich nicht versagen. Es war in eben jener Sitzung vom 6. September, in welcher der Abgeordnete v. Bismarck-Schönhausen der „dreifarbigen Begeisterungen" spottete und das trotzig auf sich selbst gestellte Preußenthum gegen den Dreikönigsentwurf als gegen ein werthloses Blatt Papier ausspielte. In geschlossener Beweisführung entwickelte Duncker, daß der Bundesstaat ein national deutsches, daß er ein Bedürfniß der auswärtigen Politik, ein Bedürfniß nicht minder für unsere innere Entwickelung, eine Consequenz endlich von Preußens ganzer bisheriger Geschichte sei. Die wohlgeordnete Ausführung dieser Gesichtspunkte, die mehr den Kern der Sache als die sie augenblicklich umgebenden Umstände, die für und gegen sie in der Versammlung vorhandenen Stimmungen und Leidenschaften traf, vermochte dem Redner auch diesmal keinen jener Beifallsrufe zu verdienen, welche bald danach den losen, aber lebendig verknüpften rhetorischen Accenten und Schlagworten des Grafen Dyhrn und den vornehmen, warmen, die gegnerischen Anschauungen glücklich zurückweisenden Worten Beckeraths so reichlich gespendet wurden.

Unser Historiker hatte noch über andere Waffen zu verfügen. Die weiteren Ereignisse drängten sie ihm in die Hand. Immer deutlicher wurde es leider, daß in den entscheidenden Regionen zwei Strömungen gegeneinander arbeiteten. Die Schlauheit des Fürsten Schwarzenberg, die rücksichtsvolle Gesinnung Friedrich Wilhelms für Oesterreich und die Kurzsichtigkeit des Herrn von Radowitz führten zum Abschluß des preußisch-österreichischen Vertrages vom 30. September, des sogenannten Interim, wonach einstweilen die

beiden deutschen Großmächte an die Stelle des nun erst abdankenden Reichsverwesers treten und die diesem vom Bundestage am 12. Juli 1848 übertragenen Befugnisse übernehmen sollten. Ein verhängnißvoller, mit dem preußischen Bundesstaatsprojecte übel verträglicher Schritt zur Wiederherstellung des alten Bundes war damit gethan, ohne daß es der Kammer gelungen wäre, Bürgschaften gegen die Gefahren dieses Vertrages zu erlangen. Nur wenige Wochen später entzogen sich Hannover und Sachsen durch ihren Einspruch gegen die endliche Berufung des zur Berathung der Verfassung vom 26. Mai in Aussicht genommenen Parlaments in der treuloseſten Weise dem Dreikönigsbündniß, und in der preußischen Kammer wuchs gleichzeitig von Tage zu Tage bei der Revision der preußischen Verfassung die Nachgiebigkeit gegen die reactionären Tendenzen. Da erinnerte sich Duncker jenes zunächst zur Orientirung seiner Wähler begonnenen Berichts über die Frankfurter Nationalversammlung. Mit einer Widmung an „die wackeren deutschen Männer der Stadt Halle und des Saalkreises, seine Wähler nach Frankfurt und Berlin" veröffentlichte er im November 1849 das Büchlein „Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt" (Berlin, bei Duncker und Humblot). Es war an eine noch weitere Adresse gerichtet. In einem Momente, in welchem ein allmähliches Erlahmen der Einheitsbestrebungen im Volke fühlbar werde, sollte es die Nation erinnern, was sie im Jahre zuvor gewollt und wie nahe sie bereits dem Ziele gewesen sei. Eine ernste Mahnung an die nunmehrigen Machthaber, sich ehrlich dem Constitutionalismus zuzuwenden, sollte es endlich ein Programm für das fernere Verhalten der in Frankfurt besiegten Partei sein. „Wir werden gegen die Reaction stehen, wie wir gegen die Demokratie gestanden haben. Es wird uns nicht irre machen, daß die Buben, welche sich im vorigen Jahre armselig hinter uns verkrochen, uns heute mit Koth bewerfen; wir werden der Fahne, der wir so lange mit Ehren gedient, treu bleiben bis zum Ende". Auch die zerfetzte und geflickte Fahne hält der Patriot noch fest. Noch, so fährt er fort, habe sich die preußische Regierung von dem Wege nicht losgesagt, welchen sie zur Einigung Deutschlands eingeschlagen. Sie hätte freilich viel rascher und kühner vorgehen können, — auch so indeß, auch jetzt

noch, trotz des „schamlosen Abfalls von Sachsen und Hannover“ könne man zum Ziele gelangen, man sei nur aufrichtig constitutionell und aufrichtig national! „Sollen die deutschen Stämme freiwillig zu Preußen treten, so müssen sie empfinden, daß „„das Schwert Deutschlands““ nicht bloß gegen die Demokratie stark ist, daß man auch gegen Dänemark Festigkeit besitzt, daß man eine selbständige deutsche Politik gegen Osten und Westen, gegen Norden und Süden führen will und kann.“

Und nun die eigentliche Geschichtserzählung und Geschichtserläuterung. Von der Lage der Dinge, wie sie im März 1848 gewesen, geht der Verfasser aus. Er entwickelt die Gründe, die bei der Einsetzung der provisorischen Centralgewalt und der Wahl des Erzherzogs Johann die bestimmenden waren. Er erzählt weiter, wie sich „der Stoß der Revolution an den Pforten der Paulskirche brach“, indem die Mehrheit der Versammlung zuerst bei den Mainzer Ereignissen, weiter am 18. September, dann gegenüber dem Octoberaufstand in Wien und gegenüber der Berliner Novemberkrisis gegen die Demokratie Stand gehalten. Klar und überzeugend werden die Motive dargelegt, welche die Versammlung in allen Fragen der auswärtigen Politik geleitet, wobei neben der Haltung in der Polenfrage insbesondere die Entscheidung über den Malmöer Waffenstillstand gerechtfertigt wird. Ein weiteres Capitel ist der Erläuterung des Verfassungswerks gewidmet. Hier findet sich die Antwort auf die Frage, warum die Versammlung eine kostbare Zeit mit den Debatten über die Grundrechte verschwendet habe, eine Beleuchtung aller wesentlichen Punkte der Verfassung und eine, namentlich durch historische Rückblicke auf die seitherige Stellung Oesterreichs und Preußens zu Deutschland ergänzte Wiederholung des Inhalts jenes früheren! Promemoria über die Oberhauptsfrage.

In einem polemischen Excurs wendet sich der Verfasser demnächst gegen jene famosen Hansemannschen „Anmerkungen zur deutschen Reichsverfassung“, die leider nicht wenig dazu beigetragen hatten, die Aengstlichen und Kleingläubigen durch den Hinweis auf ihre particularistischen Interessen von dem Werke der Nationalversammlung abzuwenden. Noch immer, in der That, kam diese Polemik nicht zu spät; denn wie die ursprüngliche Verfassung, so

galt es jetzt die Verfaſſung vom 26. Mai gegen die Einwürfe des „Staatsmanns von der Bank“ zu vertheidigen. Mit abſichtsvoller Beziehung auf das inzwiſchen neu erſtarkte ſpecifiſche Preußenthum faßt Duncker die Hanſemannſche Schrift als den klaſſiſchen Ausdruck dieſer vorurtheilsvollen und engherzigen Sinnesweiſe. Er deckt in der treffendſten Weiſe den Widerſpruch auf, in dem ſich der Anmerkungsſchreiber bewege, wenn er in einem Athem über zu ſtrenge Centraliſation und zu große Befugniſſe der Centralgewalt klage und doch andrerſeits gegen die Mediatiſirung, ja den Untergang Preußens eifere. Er charakteriſirt endlich dieſe ganze Anmerkungspolitik mit ihrem kleinlichen Mäkeln und ihrer trivialen Schlauheit als den Gegenſatz deſſen, was der große Moment fordere. Heinrich von Gagern und David Hanſemann! Während jener mit großem ſtaatsmänniſchem Blick die Lage der Dinge im innerſten Kern erfaßt habe, ſo habe die negative Politik des Anderen dazu geholfen, die ganze Sache der deutſchen Einigung von Neuem in Frage zu ſtellen. So redet die Schrift einer Politik des idealen Glaubens und des kühnen Wagens gegen eine Politik der kleinen Mittel und Maßregeln das Wort, und ſo ſchließt ſie, nach der Erzählung des traurigen Ausgangs der Frankfurter Verſammlung, mit der wiederholten Aufforderung an die derzeitigen preußiſchen Staatsmänner und an die Vertreter des preußiſchen Volkes, in ſolcher Geſinnung ihrerſeits in die Aufgabe einzutreten, die durch die Frankfurter Verſammlung für alle Zukunft klar geſtellt ſei.

Es war, ach! eine lange Folge harter Prüfungen und ſchwerer Enttäuſchungen, welche alle Diejenigen durchzumachen hatten, die ſo feſt an dieſes Preußen, auch an das damalige Preußen, ſo gutmüthig an den Willen und die Fähigkeit ſeiner damaligen Lenker glaubten — bis endlich doch auch für ſie, auch für Duncker, die Stunde kam, wo ihnen der Boden für ein poſitives praktiſches Mitwirken unter den Füßen weggezogen wurde!

Eine neue Ueberraſchung, die Folge der immer weiter getriebenen Nachgiebigkeit der Vertretung, war ſogleich die königliche Botſchaft vom 7. Januar 1850 mit ihren 15 Propoſitionen wegen fernerer Abänderung der revidirten preußiſchen Verfaſſung. Eine Zumuthung der beſchämendſten Art! Ein Vorgehen, wie darauf angelegt, Preußen vollends die Sympathien der Bevölkerungen des deutſchen

Südens zu entziehen! Dem gegenüber mußte es der Dunckerschen Seite als ein Act der Politik sowohl wie der Moral erscheinen, dem Lande zu zeigen, daß es wenigstens Eine Partei noch gebe, welche, selbständigen Charakters und von eigener Einsicht in die politischen Dinge, sich nicht von Nachgiebigkeit zu Nachgiebigkeit drängen lasse, sondern aus eigenem Recht und eigener Kraft die Grundsätze des freien Staatslebens zu verfechten und der höher steigenden Reaction ein festes „Bis hieher und nicht weiter" zuzurufen Willens sei. Diese Partei indeß unterlag: Alles, was ihr gelang, war, daß die Botschaft wenigstens nicht in allen Punkten so durchgesetzt werden konnte, wie sie eingebracht worden war. In Sachen der Pairskammer blieb es abermals fürs Erste bei dem Bestehenden, und Duncker selbst erhob gegen dieselbe am 26. Januar noch einmal seine Stimme in einer Rede, in der er der grauen Theorie das Recht der lebendigen Geschichte und der politischen Zweckmäßigkeit gegenüberstellte. Er hatte mit seinen näheren Freunden das Seinige gethan, und nach allen Zugeständnissen, die er nicht hatte verhindern können, blieb ihm nur übrig, sich zu bescheiden, daß immerhin auch mit der Verfassung in dieser letzten Form, in der sie endlich die Sanction der Krone gefunden, dem preußischen Volke ein unverächtliches Gut erworben sei, und daß die nun zu vollem Recht bestehende, wenn sie weise benutzt würde, den Grundstein einer besseren Zukunft bilden könne.

Mancher Mißerfolg überdies war in seinen Augen dadurch ausgeglichen, daß in der deutschen Sache mittlerweile durch die endlich doch erfolgte Ausschreibung der Wahlen für das deutsche Volkshaus auf den 31. Januar wieder ein Schritt geschehen war, der die an den Abschluß des Interims geknüpften Besorgnisse zu mindern geeignet schien. Eben für dies Erfurter Volkshaus abermals die Wahl Dunckers durchzusetzen, waren alsbald seine Hallischen Freunde mit Anstrengung thätig, und abermals war der Erfolg auf ihrer Seite. Trotz aller Wühlerei der Conservativen, trotz mancher Bedenken, welche die scharf oppositionelle Haltung Dunckers und sein letzter in der Hallischen Zeitung abgestatteter großer Rechenschaftsbericht über die Kammerverhandlungen noch in der eilften Stunde selbst im Lager der Constitutionellen erweckt hatte, vermochte der Candidat der Gegenpartei, welche die Parole „keinen Frankfurter!"

ausgegeben hatte, kaum den vierten Theil der Stimmen auf sich zu vereinigen. In einem öffentlichen Dankschreiben gab der Gewählte seiner Freude Ausdruck, daß sein alter Wahlkreis Stand gehalten, während soviele andere preußische Wahlkreise in anticonstitutioneller und antideutscher Richtung gewählt hätten. Und, nach alter Gewohnheit, fehlte das Festessen nicht. Dunckers Ansprache vergegenwärtigte den Anwesenden die Stimmung, in der man einst auf die Frankfurter Versammlung geblickt, und contrastirte damit die ganz andere, mit der man dem Erfurter Parlamente entgegensehe. Er verschwieg nicht, wieviel verloren, aber nachdrücklich hob er hervor, wieviel trotz alledem auch gewonnen sei. Nicht freilich schaffend, wohl aber unterstützend, treibend, fördernd werde die bundesstaatliche Partei das jetzt von nüchternen Staatsmännern in die Hand genommene Werk, für das die Ehre Preußens verpfändet sei, im Erfurter Volkshause vorwärts bringen können. Nur zähe Ausdauer sei nöthig, — jene Ausdauer, von der die Schleswig-Holsteiner ein glänzendes Beispiel gäben!

Mittelst einer gemessenen, erst später durch eine schwungvolle Rede ergänzten diplomatischen Botschaft wurde das Erfurter Parlament am 20. März von Herrn v. Radowitz eröffnet. „Es ist doch eine andere Versammlung," schrieb an demselben Tage Duncker, „als die Berliner; als wir heute so auf der Linken Platz genommen, zeigte sich eine ganz stattliche Phalanx." Wieder also auf der Linken saß er, an der Seite von Georg Beseler, unmittelbar vor ihm Georg v. Vincke. Für die deutsche Sache indeß, wie sie gegenwärtig lag, durften die Gothaer auch auf die Stimmen der preußischen Mittelpartei rechnen. Sie verständigten sich, wie es von Hause aus Dunckers Rechnung gewesen war, mit Bodelschwingh, dem Führer des rechten Centrums in der zweiten preußischen Kammer, und so constituirte sich eine achtunggebietende Partei auf das Programm: Annahme der Verfassung *vor* der Revision. Eine große Frage, vorbedeutend für den Charakter und Verlauf der Versammlung, war damals die der Präsidentenwahl, ob Simson, ob Schwerin. Es gelang, was in Berlin nicht gelungen war, dank Dunckers unermüdlichem Betreiben und Werben, den Ersteren auf den Präsidentenstuhl zu bringen. Dem erfreulichen Anfang entsprach der Fortgang. Die bundesstaatliche Partei nahm denn

nun endlich, trotz der diensteifrigen Gegenbemühungen der Stahl und Keller, die Regierungen beim Wort und schloß durch die Annahme der Verfassung im Ganzen, der dann erst später die Revision folgte, den Vertrag rechtskräftig ab. Die Reichsverfassung war freilich durch den Abfall der zwei Königreiche zu einer „Unions"-Verfassung zusammengeschrumpft, und eine Additionalacte trug dieser veränderten Sachlage Rechnung. Gleichviel indeß; auch der kleinere Bundesstaat, fest ins Leben geführt, würde seine Anziehungskraft geltend gemacht haben. Wäre nur bei allen verbündeten Regierungen, bei Preußen insbesondere, der gute und feste Wille gewesen, sich binden zu lassen! König Friedrich Wilhelm stand bereits nicht mehr auf diesem Standpunkt: die Haltung seiner Vertreter verrieth dies nur zu deutlich. War es doch, als ob man den Abfall noch anderer der ursprünglich Verbündeten herausfordern wolle, indem man sich ängstlich gegen den Abschluß des Verfassungswerks sträubte! Mit Recht indeß hatten sich die Patrioten dadurch nicht irren lassen. Auf die Tage des 12. und 13. April konnten sie stolz sein. Sie hatten Stand gehalten gegen die von drohenden und warnenden Blicken begleiteten orakelschweren Worte des Herrn v. Radowitz, wie gegen die Versicherungen des Herrn v. Manteuffel, daß es für ihn kein Rückwärts und keine Umkehr, wohl aber Gewissensbedenken wegen eines übereilten Abschlusses der Verfassung gebe!

Duncker, obgleich er sich von dem Redekampf der Tribüne gänzlich zurückhielt, hatte an diesem Standhalten, an dem großen moralischen Siege der Patrioten seinen redlichen Antheil. Und nicht allein für die parlamentarische Action, sondern auch für die Vertretung der Partei in der Presse hatte er ohne Unterlaß gewühlt. Es war ein dringendes Interesse der Partei, die einzige, ihr in Berlin zur Verfügung stehende Zeitung, die Constitutionelle, am Leben zu erhalten, vielmehr ihren Einfluß zu steigern, sie zu einem sicheren und wirksamen Organ für die gemäßigt liberale und bundesstaatliche Richtung zu gestalten. Es galt, einestheils die Freunde zu pecuniären Aufwendungen zu bestimmen, was bei dem vornehmen Herabsehen mancher Parlamentsgrößen auf die Presse eine keineswegs leichte Arbeit war, anderentheils der Zeitung einen Redacteur zu gewinnen, der womöglich schon durch seinen

Namen ihre enge Beziehung zu der Partei außer Zweifel stellte. Es gelang Duncker, dem bedrängten Verleger sogleich für das nächste Quartal die verlangten finanziellen Bürgschaften zu verschaffen. Für die Leitung der Zeitung hatte sich der Verleger um keinen Geringeren als Droysen bemüht; nur einen Augenblick indeß hatte dieser, der freilich eine unvergleichliche Erwerbung gewesen wäre, daran gedacht, in die Bresche zu treten. Duncker führte statt dessen der Zeitung, wenn auch erst zum 1. Juli, in R. Haym einen Redacteur zu, der sich als Abgeordneter in Frankfurt sowie durch seine Schriften über den Vereinigten Landtag und über die Nationalversammlung als einen zuverlässigen Parteigenossen gezeigt hatte. Man durfte erwarten, daß derselbe, mit frischer Kraft eintretend, der etwas stumpfen, unlebendigen und ängstlichen Haltung des Blattes ein Ende machen und diesem durch seine persönlichen Verbindungen die thätige Mitarbeit der bedeutenderen publicistischen Kräfte der Partei zuwenden werde.

Am 29. April wurde durch eine Botschaft des Verwaltungsraths das Erfurter Parlament unter Vorbehalt seiner Wiedereinberufung, zwar ohne positives Resultat, aber doch nicht ohne die allgemein gehaltene Versicherung geschlossen, daß auf Grund der erfolgten Verfassungsrevision der definitive Abschluß der deutschen „Union" erhofft werden dürfe. Man trennte sich mit dem frommen Wunsche: auf Wiedersehen; Duncker aber, dessen Gesundheit nach der zwiefachen parlamentarischen Campagne dringend einer Aufhülfe bedurfte, eilte, von seiner Treuen begleitet, in die Thüringer Berge nach Elgersburg. Er fand hier in Dahlmann, der in Erfurt im Staatenhause gesessen hatte, einen erwünschtesten Haus- und Wandergenossen. Die Milde und Herzensfreundlichkeit, die sich hinter dem tiefen Ernst des festen Patrioten barg, machte ihn dem jüngeren Manne zu einem Gegenstande der Verehrung, die doch dem vertrautesten und heitersten Verkehr nicht im Wege stand. In vollen durstigen Zügen wurde die Thüringer Natur dankbar genossen. Der mäßige Gebrauch der Wassercur schaffte Schlaf und half den heruntergestimmten Nerven auf. Nie hatte eine frühere Cur gleich wohlthätig auf unseren Freund gewirkt: der Elgersburger Aufenthalt, an den sich noch eine Wanderung im Gebirge in Gemeinschaft mit Freunden aus der Berliner

Heimath anschloß, hinterließ ihm Eindrücke, deren er sich noch dreißig Jahre später von den höchsten Alpen aus dankbar erinnerte.

Völlig zu feiern und bloß zu genießen, war ihm freilich nicht gegeben. Auch die Muße vielmehr verstand er für die Sache, die ihm mehr als Alles am Herzen lag, fruchtbar zu machen. Auf buchhändlerische Anregung schrieb er hier für das Sammelwerk „Männer der Gegenwart" die biographische Skizze „Heinrich von Gagern" (Leipzig, Costenoble und Remmelmann, 1850), die das Büchlein „Zur Geschichte der Reichsversammlung" aufs Schönste ergänzt und diese Geschichte bis zur Gothaer und Erfurter Versammlung fortführt. Die wenigen Bogen sind sichtlich mit besonderer Liebe, im frischesten Zuge hingeworfen. Da sind einzelne, das Persönliche neben dem Politischen so glücklich beleuchtende Stellen, daß man sich der Vermuthung nicht erwehrt, es habe noch ein anderes Auge dem Verfasser sehen geholfen oder gar eine andere Hand ihm die Feder geführt. Aber auch der erzählende Theil ist so klar, lebendig und flüssig, im besten Sinne populär geschrieben, daß er als ein Muster fesselnder Geschichtsdarstellung erscheint und unwillkürlich das Bedauern erregt, daß Duncker nie dazu gekommen ist, eine größere Periode neuerer und zwar deutscher Geschichte unserem Volke in freier Erzählung vorzuführen. Im Mittelpunkte der hier erzählten Geschichte steht der merkwürdige Mann, dessen Name unzertrennlich mit ihr verbunden bleibt. Unter den „Männern der Gegenwart" fand sich in jenen Tagen das Maß für staatsmännische und zugleich volksthümliche Größe nicht, an dem der hochsinnige Patriotismus, der ideale Schwung, die den größten Gesichtspunkten folgende Kühnheit Gagerns hätte gemessen werden können. Noch war in dem Getriebe der Diplomaten und Büreaukraten, die jetzt mit der Herstellung der deutschen Einheit experimentirten, so überaus wenig Weisheit und Festigkeit, Würde und Anstand zu Tage getreten, daß sich das Bild dessen, aus dessen Händen sie die leitende Idee der preußisch-deutschen Politik überkommen hatten, im glänzendsten Lichte heraushob. Er war noch immer der reine, durch keine Concession an particularistische und reactionäre Neigungen befleckte Repräsentant der großen Sache, die mit der Freiheit, Macht und Einheit des Vaterlandes Eins

war, und die Probe, ob er, mit mehr als bloß scheinbarer Regierungsmacht bekleidet, seine Idee auch gegen den Widerstand der Kabinete und trotz der erlahmten Begeisterung der Nation durchzuführen im Stande gewesen wäre, war nicht an ihn herangetreten. So war es völlig in der Ordnung und gehörte zu den besten Kampfmitteln der bundesstaatlichen Partei, ihn hoch auf den Schild zu heben. Die in den wärmsten Farben gehaltene enthusiastische Schilderung seines politischen und seines menschlichen Charakters war vollkommen richtig — darum nicht weniger richtig, weil sie ein Jahrzehnt später hätte umgeschrieben und mit dem auch von Duncker nicht zurückgehaltenen Bekenntniß hätte geschlossen werden müssen, daß der politische Blick dieses Mannes doch nicht scharf, seine Beurtheilung der Menschen und Dinge doch nicht kalt und klar genug gewesen sei, um gegen die traditionellen Sympathien seines Geschlechts, gegen die Stimmungen seiner süddeutschen Landsleute und gegen die Ideologie seines eigenen Gemüths Stand zu halten. Es war gut, daß Duncker für jetzt nicht Zeit hatte, dem Bilde Gagerns nach dem Wunsche des Verlegers das Bild des unseligen Mannes gegenüberzustellen, der jetzt neben Radowitz wider Willen die Unionssache auf seine Schultern genommen hatte und dessen staatsmännische Fähigkeiten sich in Berlin und in Erfurt immer bedenklicher zu enthüllen begonnen hatten. Herr v. Manteuffel sollte seine Rolle erst durch einige Acte weiterspielen, ehe er für die Kritik Dunckers reif wurde. Schuldig geblieben ist Duncker diese Kritik nicht.

Die Erfurter Beschlüsse hatten, wie vorauszusehen gewesen, das Schicksal der Union, ihre allmähliche Zerbröckelung nicht aufhalten können. Während ein in Berlin tagender Congreß der Unionsfürsten nur mühsam durch die Schaffung eines neuen Provisoriums die Fortexistenz der Union fristete, schickte sich Oesterreich mit seinen vier Königstrabanten und dem soeben von der Union zurückgetretenen Kurhessen an, den alten Bundestag wieder aufzurichten. „Von der Welt," schrieb Duncker am 22. Mai an Droysen, „erfahren wir spät nur durch die Spenersche und die Deutsche Zeitung — vielleicht wäre es am besten, gar nichts von ihr zu erfahren!" Wäre er nur innerlich nicht zu tief dabei betheiligt gewesen! Sich zu dem Verhalten eines beschränkten

Unterthanen herabzustimmen, sich für irgend längere Zeit in eine ruhige Zuschauerlage oder gar in eine Einsiedelei zurückzuziehen, war ihm unmöglich. Mit dem gespanntesten Antheil verfolgte er namentlich die Entwickelung der Dinge in Schleswig-Holstein, wo Preußen am unverantwortlichsten seine nationale Pflicht versäumte und seine Interessen preisgab, wo andererseits das gesundeste Leben in den Herzen der Bevölkerung selbst pulsirte.

Schon nach Erfurt hatte Droysen von dem Erbieten Rußlands geschrieben, Schleswig zu besetzen, und von Palmerstons Connivenz gegen die russische Einmischung. Nach Elgersburg hin antwortete er auf Dunckers Fragen in bitterer Laune, aber nichts weniger als verzweifelnd. Er vertraute auf die Zähigkeit der Schleswig-Holsteiner, auf die Stärke ihrer Armee und auf die Geschicklichkeit des nunmehrigen Befehlshabers, des „braven Willisen", der sich anheischig machte, das neu befestigte Rendsburg vier Monate lang gegen jede Uebermacht halten zu können. Mochte dann doch die Unionspolitik abortirt sein — seine Meinung war längst, daß die Gothaer Partei nicht länger feilschen, sondern in fester Haltung die nationale Idee, unbekümmert um die Diplomatie der Regierungen, hinstellen müsse. Duncker fing an, die Sachen ebenso zu beurtheilen, und in diesem Sinne faßte er seinen Entschluß. Am 23. Juni kündigte er Droysen an, daß es ihn zu den Freunden nach Kiel treibe, „um sich aus dem Wasser in die Politik zu stürzen". „Das deutsche Volk," hatte jener in augenblicklichem Zornesmuth gescholten, „läßt uns gerade so und mehr im Stich, als die Fürsten, ist überhaupt um nichts besser, aber noch viel schlechter. Bloß Sie nicht, Max!" Das machte Max nun wahr. Er kam zur rechten Zeit für einen Mann, der patriotische Arbeit suchte, — am Vorabend des unrühmlichen Friedens, den Preußen endlich unter dem Drucke russischer Einwirkung am 2. Juli mit Dänemark abschloß. Seine Auffassung des entscheidenden Moments spricht sich am bestimmtesten in einem an Mathy gerichteten Briefe aus Kiel vom 1. Juli aus. Mit diesem nämlich, der jetzt in Frankfurt die Geschäfte der deutschen Partei führte und die „Deutsche Zeitung" mit Mühe am Leben erhielt, war er seit Erfurt in ein auch die beiden Frauen umfassendes näheres und fortan immer inniger sich gestaltendes Verhältniß gekommen. „Es

ſcheint," ſchrieb er, „als ſollten unſere Geſchicke ſich erfüllen. Die Union iſt eine glänzende Fehlgeburt, die Preſſe durch die Juli-ordonanzen geknebelt, und in dieſem Augenblicke iſt man in Berlin freundlichſt bemüht, die Herzogthümer den Dänen ohne Bedingung und Vorbehalt zu übergeben". „Die Herzogthümer," ſo fährt er nach Mittheilung der Friedensbedingungen fort, „wollen und werden ſich ſchlagen. Wir können ſie nicht ſitzen laſſen: nostra res agitur. Es iſt unſere letzte Poſition, ich ſehe keine als die der Miſerabilität hinter dieſer. Aber wird es gelingen, den deutſchen Michel zu wecken? Gleichviel! es muß verſucht werden. Immer werden wir im Kampfe ehrenvoller überwunden, als im Stillſitzen. Die moraliſche Wirkung ſcheint mir im Momente der Nachricht vom Abſchluß gelegen zu ſein. Dieſer muß benutzt werden. Sodann in der einmüthigſten und entſchloſſenſten Oppoſition namentlich der preußiſchen Conſtitutionellen gegen Brandenburg-Manteuffel. Nichts von Verträgen und Transactionen! Was hätten wir noch zu hoffen oder zu fürchten von dieſen?" Und nun entwickelt er dem Freunde ſeine Gedanken, wie man zunächſt die Preſſe ſtacheln, Hülfsvereine über ganz Deutſchland für die Herzogthümer bilden müſſe, wie den Schleswig-Holſteinern vor Allem litterariſche Kräfte noththäten und Männer, die ſich zu vertraulichen Miſſionen an die verſchiedenen Höfe eigneten, wie endlich ein Zuſammentreten der Häupter der Partei geboten ſcheine.

Die Auffaſſung des ſüddeutſchen Freundes war nicht ganz die Dunckerſche. Bei einem ebenſo warmen patriotiſchen Herzen war er doch ein kühlerer Rechner. Ein Aufruf für die Herzogthümer werde erſt dann durchſchlagen, der Zeitpunkt für eine neue größere Parteiverſammlung erſt dann gekommen ſein, wenn ſich Preußen auch in Sachen der Union officiell als geſchlagen bekenne. Vortrefflich, wenn es gelänge, in Kiel tüchtige Kräfte zur Centraliſirung der verſchiedenen Hülfsleiſtungen zu vereinigen, — allein „die Meiſten von uns müſſen arbeiten, hinter dem Pflug der Eine, am Schreibtiſch oder im Comptoir der Andere". Auch Duncker werde nicht umhin können, wenn auch mit ſchwerem Herzen, auf ſein Halliſches Katheder zurückzukehren. Und die Preſſe? „Ihre Conſtitutionelle und unſere Deutſche Zeitung führen ein Leben, für welches der Märtyrertod eine wahre, bis jetzt vergeblich erſehnte Wohlthat wäre".

Nicht ermuthigender lauteten die Stimmen aus Mittel- und Norddeutschland. Der rührige Karl Biedermann erwiderte auf den lithographirten Aufruf, den der Hallische Agitator gleich am 3. Juli zur Betreibung jeder Art von Unterstützung der Herzogthümer erlassen hatte, daß, bei der Mattigkeit des öffentlichen Geistes, von Sachsen fürs Erste nichts zu erwarten, und daß vollends die Hoffnung einer politischen Einwirkung auf die sächsische Regierung geradezu ausgeschlossen sei. Georg Beseler, durch sein persönliches Verhältniß zur Statthalterschaft an eigenem Vortreten gehindert, konnte über die Stimmung in Pommern nichts Tröstlicheres berichten; er war der Meinung, daß es vorläufig das Richtige sei, die Vertheidigung der Herzogthümer den Herzogthümern selbst zu überlassen, während sich die Frage des ferneren Bestandes der deutsch-constitutionellen Partei erst in den nächsten Berliner Kammern entscheiden könne, wo noch einmal der Versuch gemacht werden müsse, „dieses ruchlose Ministerium" zum Abtreten oder zur Kammerauflösung zu treiben. Auf die Berliner Vertretung verwiesen ebenso andere ihr angehörige Mitglieder. Am 20. August richteten die Breslauer, Graf Dyhrn an der Spitze, eine Eingabe an das preußische Ministerium um schleunige Einberufung der Kammern. Für die preußischen Abgeordneten wenigstens, meinte Beckerath, sei nicht in Schleswig-Holstein, sondern in den Berliner Kammern der richtige Platz, um, wo möglich, zu retten, was noch zu retten sei, und mit gleicher Bedächtigkeit fürchtete Schwerin, daß jedes außerofficielle Zusammentreten der Partei nur deren Schwäche verrathen möchte; sehr entschieden rieth er, jede Aeußerung der Regierung gegenüber so lange zu unterdrücken, bis Amt und Beruf in der Kammer dazu verpflichte.

Nur allmählich und spät kamen Duncker alle diese Meinungsäußerungen zu. Von Anfang an war er so bedächtig schon deshalb nicht gewesen, weil sein Glaube an diese Kammern viel niedriger stand, vor Allem aber deshalb, weil er den Bedrängten zuzuspringen, mit seiner Person für die gute Sache einzutreten, durch den Ruf seines patriotischen Gewissens und durch die selbstlose Freude an patriotischer Thätigkeit sich gedrungen fühlte. Der agitatorische Trieb war so stark in ihm wie der politische. Auch sahen sich die Dinge an Ort und Stelle anders an. Die ent-

ſchloſſene Haltung der Herzogthümer riß den, der ſich dieſer Sache verſchrieben hatte, unwiderſtehlich fort, und ſo waren alle jene Bedenken nicht im Stande, ſeinen Eifer abzukühlen.

Er war alsbald zum Miſſionär dieſer Sache geworden. Gleich in den erſten Julitagen hatte er ſich über Hannover nach Bremen, Oldenburg und von da nach dem Rhein begeben, um, nach kurzem Aufenthalt in Halle, in den letzten Tagen des Monats wieder nach Kiel zurückzugehen. Ein am 13. Juli an die Statthalterſchaft gerichteter Brief geſtattet uns, ihn auf dieſer Fahrt eine Strecke Weges zu begleiten und uns von ſeiner vielverſuchenden Thätigkeit ein Bild zu machen.

Er meldet, daß er von Bremen einen Abſtecher nach Bremerhafen gemacht. Mit tiefem Schmerz ſieht er die deutſche Flotte. „Dieſe Armada iſt mehr als Alles, was die Dänen aufzubringen vermögen, aber ſie geht ihrer Auflöſung entgegen. Bromm y bietet in edler patriotiſcher Aufopferung Alles auf, ihr von acht Tagen zu acht Tagen das Leben zu friſten. Die Offiziere ſind in Verzweiflung, die Mannſchaft kaum noch in Disciplin zu halten". Und er wirft ein Project zur Erwägung für die Statthalterſchaft hin. Die Flotte iſt für dieſen Krieg von Deutſchland geſchaffen, Deutſchland aber erhält die Mannſchaften nur kümmerlich noch und bald gar nicht mehr. Wie, wenn Bromm y, „um die Mannſchaft zu beſchäftigen und die Disciplin ſtraffer anzuziehen", auf eigene Hand, da er doch keine zuſtändige Behörde habe, aus der Weſer in die Elbe hineinlegte? Könnte man ihm von Kiel aus die Gewißheit eines dreimonatlichen Soldes etwa verſchaffen — wäre dann die Flotte nicht noch zu Weiterem zu benutzen? „So viel ſteht feſt: es wird in dem bevorſtehenden Kampfe viel auf den kühnen und großen Entſchluß Einzelner ankommen". — In Oldenburg darauf findet er das Miniſterium unter dem Eindrucke einer kürzlich ruſſiſcher Seits gemachten Eröffnung über eine oldenburgiſche Succeſſion in den Herzogthümern und iſt mit Erfolg bemüht, alle Unzuträglichkeiten dieſes Projectes nachdrücklich zu Gemüthe zu führen. Mit ſeinen Vorſtellungen für die Nichtratification des Friedens von Seiten Oldenburgs findet er wenig Gehör. Nur für die Erſtattung des Schuldreſtes der Oldenburgiſchen Regierung an Schleswig-Holſtein drängt er den Miniſtern

ein Versprechen ab. Glücklicher ist er in der Anregung von Sammlungen; die Oldenburgischen Zeitungen stellen sich sämmtlich zur Verfügung — der brave Rüder hat sich nach dieser Richtung zu jeder Thätigkeit erboten. Nothwendig jedoch, daß von Kiel aus durch eine lithographirte Correspondenz auf die Presse gewirkt werde. Er glaubt versichern zu dürfen, daß sich die Stimmung für die Herzogthümer hebe, noch stärker heben werde, wenn man nicht mehr daran zweifeln werde, ob es wirklich zum Schlagen komme. Er deutet die Idee der Eröffnung einer Nationalsubscription mit Veröffentlichung der Namen aller Geber an. In Köln wie in Oldenburg sucht er die Sängervereine in die Agitation hineinzuziehen. „Es muß Alles versucht werden. Sie glauben nicht, was ich in allen Coupés, Dampfbooten und Wirthshäusern ganz gegen mein Naturell aufstellte. Meine Litanei weiß ich bereits auch im Schlafe".

Nach Kiel zurückgekehrt, hatte er die große Freude, Heinrich v. Gagern begrüßen zu dürfen. Der nämlich, nachdem er sich überzeugt hatte, daß alle anderen Stützen der deutschen Einheit und Freiheit gebrochen, und daß hier in Holstein der einzige Punkt sei, an dem der Hebel noch angesetzt werden könne, hatte nach seiner Ritterlichkeit es für Ehrenpflicht gehalten, dem Vaterlande an der Stelle, wo es allein noch gesund war, seine Dienste zu weihen. Ohne zu rechnen — wie dies von seinen Verehrern mehr als Einer für richtiger gehalten hätte — ob er sich nicht für bessere Zeiten aufsparen müsse, glaubte er einfach ein Beispiel der Treue und Hingebung an die Idee geben zu müssen, deren Träger er einst vorzugsweise gewesen war. Er stellte der Statthalterschaft seine Person und seinen Degen zur Verfügung, wie früher schon der jugendliche Hans v. Raumer, der, einst im Parlamente sein treuer Anhänger, nun im Felde sein Adjutant wurde. Es war am 3. August, als Duncker Gagern von Kiel nach Rendsburg begleitete, wo dieser von Willisen zum Major ernannt und dem Stabe zugetheilt wurde. Jetzt erst rückten sich jene Beiden bis zu dem brüderlichen Du nahe. Duncker würdigte ganz die Bedeutung von Gagerns hochherzigem Schritte; er wünschte, daß die Thatsache in der Presse stark hervorgehoben werde und empfand es mit Unwillen, daß die Nation dem so kühl zusehe. „Es ist,"

schrieb er, „eine Schande für Deutschland, daß Gagerns Eintritt keine Nachfolge gefunden. Namentlich ist unsere Jugend ganz unverantwortlich.“ Am wenigsten konnte er Dahlmann begreifen, von dem er, und nicht er allein, ein durchschlagendes Eintreten für die Sache der Herzogthümer, ein Wort an das deutsche Volk oder an die deutsche Jugend erwartete. Dahlmann schwieg; denn Dahlmann war tief verwundet; er wollte durch einen Aufruf zur Bewaffnung den Regierungen nicht einen Vorwand zu einem förmlichen Verbot der Werbungen und Zuzüge geben, und andererseits hätte er es nicht über sich gebracht, in der ganzen Sache das Wort zu ergreifen, ohne auch mit den eigenen Parteigenossen über die von diesen nach seiner Meinung früher begangenen Fehler zu rechten.

Ganz anders stand Duncker zu dem, was früher geschehen und was jetzt der Moment fordere. Auch die Frage nach seinem eigenen Eintritte in die Armee legte ihm der Vorgang Gagerns nahe. Er erwog sie, nachdem er auf alle Fälle seine Entlassung aus seinem preußischen Militärverhältniß erbeten hatte, aufs Gewissenhafteste. Sein Gefühl war, daß man Gagern nicht allein lassen solle; seine Vernunft sagte ihm, daß ihn seine Kurzsichtigkeit und sein ganzer körperlicher Zustand für den Felddienst wenig brauchbar mache, daß er „einen ganzen Mann der Presse aufgeben würde gegen einen halben Soldaten“. Er that unzweifelhaft recht, in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Statthalterschaft und der Meinung aller seiner Kieler Freunde, diesen letzteren Erwägungen Folge zu geben. Sicherlich in keiner anderen Stellung hätte er sich nützlicher machen können. „Wirksam bin ich“; — dies Zeugniß gab er sich selbst — „denn hier hat man viele gute Eigenschaften, aber agil und lebendig und rasch ist man nicht, und ich glaube, ohne mich schliefe Deutschland jetzt schon wieder viel fester, als wirklich der Fall ist“. Ein „ganzer Mann der Presse“ — gewiß, das war er. Den jungen Hallischen Privatdocenten, der nach Berlin gegangen war, um das Steuer der Constitutionellen Zeitung mit noch ungeübter Hand zu führen, ließ er fast keinen Tag ohne Rath und Weisung und Ermunterung. Immer wieder, je weiter die Ereignisse fortschritten, je klarer es wurde, daß Preußen auf dem Wege sei, die letzten Reste der Union fallen zu lassen und sich mit Oesterreich zu vertragen, predigte er: „Krieg

auf Leben und Tod gegen die Jammergeschöpfe, die Volk und Vaterland ruiniren!" In diesem Sinne hielten sich denn auch die Leitartikel, die er, trotz aller Ueberhäufung mit anderer Arbeit, von Woche zu Woche dem Berliner Blatte zuwandte — Ergüsse des patriotischen Unwillens, zum Theil Meisterstücke schneidiger Kritik der Winkelzüge und Verlegenheitswendungen in den ministeriellen Rückzugsprogrammen und Rückzugsnoten. Zahlreiche von ihm verfaßte Correspondenzartikel aus Kiel, aus Altona, aus Rendsburg unterrichteten die Leser der Constitutionellen Zeitung über die Lage der Dinge und über die tapfere Stimmung der Herzogthümer. Daneben dauerte die directe Agitation, die Correspondenz mit den Leitern der überall in Deutschland zerstreuten Hülfsvereine fort; immer neue dringende Ansprachen erließ der Unermüdliche — eine besonders dringende namentlich nach der unglücklichen Schlacht von Idstedt —, um für eine Vermehrung des Zuzugs von Mannschaften die Thätigkeit der Freunde Schleswig-Holsteins in Bewegung zu setzen.

Für alle diese Bemühungen wurde ihm nun von den leitenden Männern, mit denen er auf dem besten Fuße stand, die vollste Anerkennung keineswegs versagt. Man bekannte gern, daß Alles, was in Beziehung auf Unterstützung der Herzogthümer erreicht worden, sein Verdienst sei. Es war ein reines und ganzes Verdienst. Um des großen Zwecks willen schlug er seine Person, seine Existenz, sein Behagen in die Schanze. Denn als ein Ehrenpunkt galt ihm, daß ihm von der Statthalterschaft nur eben sein Aufenthalt vergütet werde; was er sonst brauchte, mußte ihm der Ertrag seiner Feder verschaffen. Wenn er in dem doch keineswegs sicheren Kiel oder in Rendsburg, dem „engen, alten Wasserneste, welches von einer echt märkischen Sandwüste umgeben wird", saß und bis in die Nächte hinein schrieb und arbeitete, so wußte er, daß die geliebte Frau in dem von der Cholera heimgesuchten Halle, wie muthig sie auch für sich selbst war, sich um ihn sorgte und bangte und ihn schmerzlichst vermißte. „Auch ich," antwortete er ihr auf einen ihrer Briefe, „auch ich bin sehr arm und sehr verlassen ohne Dich. Und wenn Du frägst, ob es mir schwer wird, so kann ich Dir sagen, ja, sehr schwer. Ich fühle, daß ich große Opfer bringe — aber ich muß und will sie bringen."

Daß er sie nicht ganz vergeblich bringe, sagte ihm so manche gute Botschaft und Sendung aus fast allen Theilen des deutschen Landes. Ueber Erwarten war es z. B. Simson in Königsberg geglückt, wo doch aus naheliegenden Gründen der dänische Krieg als eine schwere Last empfunden worden war. Einen ehrenvollen Platz nahm in der Liste der Hülfe sendenden Städte Halle ein. Ganz besonders erfreulich war ihm, daß Mathy in der badischen Kammer erfolgreich für die Schleswig-Holsteinsche Sache aufgetreten war und überdies von dem anhaltenden Eifer der dortigen Bevölkerung für die Sammlungen und Werbungen berichtete mit dem Schlußseufzer: „Ich wollte, ich wäre bei Euch statt hier!" Nicht Mathy zwar, aber doch manche andere Freunde erschienen dem treuen Manne zum Troste und zur Freude bald auf längere, bald auf kürzere Zeit auf dem ernsten Schauplatze — Heinrich v. Arnim, Wurm aus Hamburg, Schwetschke aus Halle. Nur die Freude einer hoffnungsvolleren Kriegführung sollte ihm nicht zu Theil werden. Schon Mitte August begann er zu fürchten, daß Willisen durch seine Cunctationen die Sache verderbe. Mehr und mehr gewann dies Urtheil die Oberhand, gerieth die politische mit der militärischen Oberleitung in Widerstreit. Am 5. September lüftet Duncker in einem Briefe an seine Frau „dies Blatt der geheimen Geschichte". Er erzählt, wie über dem Zaudern Willisens Alles die Geduld verloren. Willisen habe bisher nichts als Fehler gemacht, vor Idstedt, bei Idstedt und nach Idstedt, und habe nun auf der Defensive beharren wollen. Unter Vorstellungen und Gegenvorstellungen habe sich die Sache weiter getrieben, bis die Statthalterschaft ihm seine Entlassung geschickt habe; es sei ein gewagtes Spiel gewesen; „der Wechsel des Commandos konnte die Armee zersprengen, denn Willisen hat noch immer das Vertrauen derselben, und man hatte keinen anderen General als den Haudegen Horst, der noch unversucht ist. Willisen hat hierauf am Sonnabend nachgegeben — im Laufe dieser Woche geht es vorwärts!"

Des Briefstellers Hoffnung indeß auf militärische Erfolge sollte nicht in Erfüllung gehen. Der Vorstoß gegen Missunde am 12. September war nicht glücklich, und der Sturm gegen Friedrichstadt am 4. October mißlang. Die tapfere Schleswig-Holsteinsche

Armee hatte nur eben ihre Ehre gerettet, die Theilnahme in Deutschland dem Kampfe sich von Neuem zugewandt. Als Anfang October die Zustände in Halle endlich gestatteten, daß Frau Duncker ihren Max auf einige Tage besuche, war dieser mit der Betreibung der schon längst von ihm gewünschten, ursprünglich für Braunschweig geplanten, nun aber zum 11. und 12. October nach Hannover ausgeschriebenen Parteiversammlung beschäftigt, die jetzt in erster Linie der Besprechung der Hülfeleistung für die Herzogthümer gelten sollte. Duncker selbst erschien auf dem von vielen Hunderten besuchten Congreß, um hier vor Allem das Bedürfniß der Erhöhung der Wehrkraft der Herzogthümer durch genaue statistische Angaben und Klarlegung der Leistungskraft des Landes den Anwesenden ans Herz zu legen. Er durfte in der gehobenen und entschlossenen Stimmung der Versammlung nicht bloß einen Triumph der guten Sache, sondern auch ein Zeugniß erblicken, daß er nicht vergeblich für diese gearbeitet habe. Der sonstige politische Horizont sah trübe und drohend aus. An demselben 11. October fand, im Beisein der leitenden Minister, eine Begegnung des Kaisers von Oesterreich mit den beiden süddeutschen Königen in Bregenz statt. Es war eine Kriegserklärung gegen Preußen, dessen Politik, jetzt von Radowitz als auswärtigem Minister geleitet, neuerdings einen Anlauf genommen hatte, sich ernstlich den Ansprüchen der Frankfurter Versammlung, daß sie die wahre Regierung Deutschlands, die Fortsetzung des ehemaligen Bundestags sei, zu widersetzen. Der durch Hassenpflugs Verfassungsbruch und den Widerstand der treuen Hessen in Kurhessen ausgebrochene schwere Conflict hatte den nächsten Anlaß dazu gegeben. Gegen die von Hassenpflug erbetene und von dem Pseudobundestag bereitwillig zugesagte Bundeshülfe hatte Preußen, und eifriger hatte gegen Preußen Oesterreich und Bayern zu rüsten begonnen: noch einmal konnte es den Draußenstehenden scheinen, Preußen werde die zu Boden gesunkene und nur noch in Trümmern existirende Union wieder aufnehmen und durch die Waffen die ihm gebührende Stellung in Deutschland erkämpfen. Man besprach in Hannover in einem engeren Kreise auch diese Fragen, die deutsche und die kurhessische —, begreiflich ohne einen anderen Rath zu finden als den, daß die preußischen Kammern auch jetzt noch ihrer Opposition den Hinter-

grund zu geben hätten, daß ſie, anknüpfend an das Parlament von Erfurt, unerbittlich die Ausführung der Union zu fordern hätten.

Duncker hatte den Glauben daran verloren. Ernſtlich hatte er erwogen, ob es ſich für ihn lohnen werde, in die Kammer zu gehen, ob es nicht das Richtige ſei, ſeine politiſche Laufbahn mit der Thätigkeit für Schleswig-Holſtein zu ſchließen. Auch die Fortſetzung dieſer Thätigkeit wäre jedoch nur dann möglich geweſen, wenn man ihm in Kiel irgend eine beſtimmte amtliche Stellung, etwa eine Profeſſur, hätte bieten können. Mit Reſignation hatte er zu Beginn des Winterſemeſters ſeine ſo lange unterbrochenen Vorleſungen in Halle wieder aufgenommen, mit Behagen ſich in einer neuen Wohnung, im Hauſe ſeines Schwiegervaters, wieder eingerichtet — da eben ſchienen die deutſchen Dinge ſich zu einer letzten Kataſtrophe zuzuſpitzen. Die Warſchauer Conferenzen hatten ſtattgefunden und keinen Zweifel darüber gelaſſen, daß Preußen nur auf die Gefahr eines Krieges mit Oeſterreich und Rußland ſeine Forderungen in der deutſchen Sache, wie beſcheiden ſie geworden, werde aufrecht erhalten können. Wie Duncker die Sache anſah, ſagt ſein Brief an Droyſen vom 2. November: „Es iſt entſchieden — wie vorauszuſehen —, das ſtolze Preußen kehrt, durch die Drohungen Auſtro-Ruſſias ganz offen unterworfen, in den Schooß der heiligen Allianz zurück. Ihre, die Schleswig-Holſteinſche Sache wird durch den Bundestag oder durch eine gemiſchte Bundestagscommiſſion entſchieden. Preußen übernimmt am Ende die Execution, weil es dieſe ja am mildeſten ausführen wird". Und er erwägt, wie unter dieſen Umſtänden die Herzogthümer am vortheilhafteſten und am ehrenvollſten enden könnten. Er ſchwankt, aber neigt — bezeichnend für ſeinen wagenden Muth — dahin, daß noch ein letzter Waffengang zuvor verſucht werde. „Wäre doch ein Mann an der Spitze der Armee, den es reizte, die ſchlechteſten Umſtände ſich unterthan zu machen und die Geſchicke nach ſeinem Willen zu beugen!"

Für Preußen brachte der 2. November die Entſcheidung. Die Eindrücke, die Graf Brandenburg aus Warſchau mitgebracht hatte, beſtimmten ihn zu dem Rathe friedfertiger Nachgiebigkeit gegen die Schwarzenbergiſchen Prätenſionen, und es gelang ihm unſchwer,

die Majorität des preußiſchen Miniſteriums zu derſelben Meinung hinüberzuziehen. Die entgegengeſetzte, auf Widerſtand gegen die ſoeben begonnene Bundesexecution in Heſſen und auf Mobilmachung der ganzen preußiſchen Armee gerichtete Radowitzſche Anſicht unterlag, obgleich ſie lebhaft auch von dem Prinzen von Preußen vertreten worden war. An Radowitz' Stelle übernahm Herr v. Manteuffel, der längſt gegen den Vertreter der revolutionären Unionspolitik im Stillen gearbeitet hatte, das Portefeuille des Auswärtigen.

Dunckers Briefe aus dieſen Tagen ſind voll Zorn und Bitterkeit. „Die Reinheit und Nettigkeit der Entwickelung", ſchrieb er unter Anderem, „läßt wenig zu wünſchen übrig". „Allerdings werden wir nun Majorität in den Kammern haben — aber der Preis iſt etwas hoch".

Nun jedoch kam, am 6. November, dennoch eine Mobilmachung — in Wahrheit nur ein Mittel, um die aufgrollende öffentliche Meinung zu beruhigen, eine Maßregel, die Herr v. Manteuffel ſich beeilte durch die Verſicherung der fortdauernd friedlichſten Abſichten unſchädlich zu machen. Gewiß, es war verzeihlich, wenn ernſte Männer die Frivolität dieſes Spiels nicht ſogleich durchſchauten. Auch Duncker unterlag einen Augenblick der Täuſchung, daß es ernſt mit dieſer Bewaffnung gemeint ſei. Vor wenigen Wochen erſt als Offizier verabſchiedet, bot er jetzt, wo der Armee eine ernſte Aufgabe geſtellt ſchien, ſofort ſeine militäriſchen Dienſte wieder an. „Unſer Hauptgeſichtspunkt", ſo war ſein politiſches Raiſonnement, „muß jetzt ſein, die Miniſter feſt zu engagiren. Ich hoffe, daß in einigen Tagen einige Gefechte das Beſte dazu gethan haben werden. Iſt die Sache engagirt, ſo wird es zweckmäßig für uns ſein, auf einige Garantien Bedacht zu nehmen". Er denkt natürlich dabei an den Rücktritt Manteuffels, an ein Miniſterium Bodelſchwingh mit Schwerin und Camphauſen! „Wir wollen ſehen", ſchreibt er, „wie weit die Ereigniſſe unſere Schwächlinge treiben, ob die Natur dieſes Staates nicht ſtärker iſt als die reactionären Neigungen ſeiner Lenker. In Schleswig-Holſtein wird Freude ſein!" Dabei rechnete er nicht auf glänzende Erfolge im Anfang des Krieges, da die Gegner jedenfalls beſſer vorbereitet ſeien. „Wie dem jedoch ſei, es iſt genug, daß dieſes

Preußen gegen den Bundestag, gegen Oesterreich und Rußland fechten muß. Siegen wir unter der gegenwärtigen Leitung — der Sieg muß Früchte für uns bringen; unterliegen wir zunächst unter dieser Staatsleitung, so wird eine andere mit anderen Mitteln nothwendig sein!"

Eitle Hoffnungen und Rechnungen! Wenige Tage später, und es erfolgte nach dem Spottgefecht von Bronzell die Weisung an den General v. Gröben, sich auf die Etappenstraßen zurückzuziehen. Duncker erkannte rasch, daß die Rüstungen nur eine Maske, nur eine Deckung des Rückzugs gewesen seien. Die Einwände, die er sich so gern selber gemacht hätte, wollten nicht Stich halten. Auch war er über den Hintergrund der Dinge gut genug unterrichtet, um zu wissen, daß in den maßgebenden hohen und höchsten Kreisen durch zarte Hände eifrig dem Kriege entgegengearbeitet werde, und daß man in diesem Sinne zwischen Wien und Berlin correspondire. Sein Unwille aber, seine Empörung kennt keine Grenze. „Wir sind düpirt", schloß er einen vertrauten Brief vom 11. November, „nieder mit den Schuften! Ich gehe zum Andreas, d. h. ins demokratische Lager!"

8.

Unter dem Druck der Reaction.

Es war eine traurige Rolle, welche der deutsch-constitutionellen Partei in den am 21. November wieder zusammentretenden Kammern zufiel. Auch die Hoffnung, daß man nun wenigstens, um den hohen Preis der vorangegangenen Demüthigung Preußens, eine Majorität haben werde, erwies sich als eitel. Die Geschichte der Kämpfe, welche die Minorität während der bis zum 9. Mai 1851 sich hinziehenden Session gegen die auswärtige wie gegen die innere Politik des Ministeriums kämpfte, hat Duncker selbst in dem als Manuscript gedruckten Parteibericht (Berlin 1851, in Commission bei Veit und Comp.) erzählt. Noch glaubte er und seine Freunde beim Anfang der Sitzung in der Antwort auf die kriegerisch genug lautende Thronrede ein Wort der Mahnung zu treuem Festhalten an den übernommenen Verpflichtungen, zur Unterstützung der Rechte Schleswig-Holsteins, zur Zurückweisung jeder unbefugten Einmischung in Kurhessen in die Wagschale werfen zu können. Die Kunde von dem am 29. November in Olmütz geschlossenen Vertrage überholte diese Absicht. Herr v. Manteuffel war in Olmütz weit über seine Instructionen hinaus dem Fürsten Schwarzenberg entgegengekommen; er hatte für Kurhessen die Bundesexecution zugegeben, nur für die spätere Ordnung der hessischen Verfassung die Mitwirkung Preußens erlangt; eine österreichisch-preußische Commission sollte die Pacification Holsteins durchführen; das Unionsrecht Preußens war aufgegeben, in freien Conferenzen sollte in Dresden von allen deutschen Staaten über die

Reform des Bundes verhandelt werden, und das Alles nach vorgängiger Abrüstung Preußens. Auch die letzten Hoffnungen der nationalen Partei waren damit hinfällig geworden. Die von ihr beabsichtigte Adresse mußte sich in ein Verdict über die durch die Olmützer Abmachungen vernichtete Ehre und Machtstellung Preußens und in die Bitte an Se. Majestät, dem von den dermaligen Rathgebern der Krone getragenen System ein Ende zu machen, verwandeln. Da jedoch, angesichts der ihm sicher drohenden parlamentarischen Niederlage, vertagte das Ministerium die Kammern. Weitere Demüthigungen Preußens erfolgten; aber nicht mit Unrecht hatte Herr v. Manteuffel auf die Nachgiebigkeit jener sogenannten conservativ Constitutionellen gerechnet, welche den Ausschlag bei den Abstimmungen gaben. Diese Partei war nach dem Wiederzusammentritt der Kammern entschlossen, die vollendeten Thatsachen anzuerkennen; mit 146 gegen 142 Stimmen ging am 7. Januar 1851 die zweite Kammer ohne Discussion über die Geschicke Preußens zur einfachen Tagesordnung über; sie beseitigte ebenso, zwei Monate später, nachdem inzwischen die Execution in Hessen und Holstein erfolgt war, den Antrag der Linken auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage des Landes und votirte schließlich, ohne die von der Linken gegen die Verwendung der Gelder erhobenen Anklagen zu berücksichtigen, ohne Verwahrung der Rechte der Kammer, die dreißig Millionen, mit denen die Convention von Olmütz erkauft worden war.

Nur wenig erfolgreicher waren die Constitutionellen in ihren Bemühungen, dem reactionären Zuge der Gesetzgebung und der treulosen Handhabung des Verfassungsrechts und der Gesetze entgegenzutreten. Wenn es hoch kam, so gelang es ihnen hie und da, wie beispielsweise bei den die Presse beschränkenden Juniordonnanzen, eine schwache Mehrheit für eine bescheidene Zurückweisung ministerieller Willküracte zu gewinnen, oder, durch Annahme einer motivirten statt der einfachen Tagesordnung, die Rechte der Volksvertretung wenigstens für die Zukunft zu wahren. Im Ganzen und Großen war die fünfmonatliche Session für diese patriotische und loyale Linke nichts als eine Reihe von Niederlagen, ein fruchtloser Kampf gegen die Mattherzigkeit jenes Centrums, welches, vor jedem Drucke der ersten Kammer, jedem Stirnrunzeln

des Ministeriums weichend, ein für allemal der oppositionellen Haltung der Volksvertretung die Spitze abzubrechen entschlossen war. Genug, daß diese tapferen Kämpfer Theilnahme und Mitschuld an den Beschlüssen ablehnten, die ihnen verderblich erschienen, daß sie vor dem Lande laut und unermüdlich Zeugniß ablegten von ihrer Gesinnung und ihren Grundsätzen.

Das Alles erzählt der Dunckersche Bericht; was jedoch in diesem Kampfe gegen Ehrlosigkeit und Schwachmüthigkeit die Einzelnen innerlich litten, das ist nur zwischen den Zeilen desselben zu lesen. Für Duncker insbesondere war die Kammerthätigkeit ein langes, arbeitsvolles Martyrium. Als gleich anfangs, Ende November, ein Schlag gegen die Zeitung der Partei durch die von Hinkeldey verfügte Ausweisung ihres Redacteurs geführt wurde, da fiel ihm, der ja mehr als ein Anderer sich mit der Zeitung identificirt hatte, die Sorge zu, zunächst eine provisorische, dann eine neue definitive Redaction herzustellen. Fürs Erste trat, unterstützt von Aegidi, Moritz Veit in die Bresche. Aber was weiter? Die „Deutsche Zeitung" hörte mit dem 1. Januar auf. Duncker versuchte es, Mathy zur Uebersiedelung nach Berlin und zur Uebernahme der Redaction der verwaisten „Constitutionellen" zu bestimmen: aber Mathy erwiderte mit Recht, daß das Hauptorgan der Partei in Berlin nicht von einem Nichtpreußen redigirt werden dürfe. Ebenso zerschlugen sich andere Combinationen; ein neues Interim begann mit der Redaction Richards v. Bardeleben, und zwischendurch hatte Duncker, er so gut wie allein, das verdrießliche Geschäft, inmitten dieser schwankenden Zustände von Neuem die nöthigen Geldmittel von den Mitgliedern der Partei beizutreiben, — bis es im Mai 1851 gelang, durch Gewinnung eines neuen Verlegers, das Blatt einigermaßen wieder in sicheren Gang zu bringen.

Viel tiefer jedoch als diese Zeitungsnöthe erregte seine Seele der Gang, den die öffentlichen Dinge seit dem November genommen hatten. Der einsichtsvolle Zuspruch Mathys: „Ich grämе mich nicht über die Wendung der Dinge; was hätten wir uns von einem Kriege versprechen dürfen, der unter den Auspicien Friedrich Wilhelms IV. geleitet worden wäre?" wollte bei ihm so rasch nicht verfangen. Noch Anfang December wollte er die Hoffnung

nicht fahren lassen, daß Schwarzenbergs Unverschämtheit auf den bevorstehenden Conferenzen in Dresden Preußen noch in der zwölften Stunde zur Ermannung helfen werde. Noch, desgleichen, hoffte er in jenen Tagen mit dem von seiner Partei eingebrachten Adreßentwurf durchzudringen. Erst die Vertagung der Kammer und was darauf folgte, brach endlich diese optimistischen Hoffnungen. Des körperlich Leidenden bemächtigte sich nach der Niederlage des 7. Januar eine fast verzweifelnde Stimmung. Eine Stellung, die die Anforderung in sich schloß, mitzureden und zu helfen und doch nur den Schein der Rede gewährte, dünkte ihm unerträglich. Er ist damals, nach der Beseitigung der Adresse durch die einfache Tagesordnung, mit Beseler, Simson und Vincke der Meinung gewesen, man müsse die Kammer durch Massenaustritt vernichten, da alle Bedingungen, auf welche hin man mit Manteuffel gegangen, gebrochen worden, und lebhaft ist er für diese Meinung eingetreten. Andere Mitglieder der Partei, auch die Freunde in Schleswig-Holstein bestritten mit Recht einen Schritt, durch den die Kammer erst recht zu einem Werkzeug in Manteuffels Händen geworden wäre, und drangen mit der Meinung durch, daß die preußische Tribüne unter allen Umständen behauptet werden müsse. Der Ruhe bedürftig, der ihm wenig gemäßen Kammerthätigkeit müde, erwog er nun sogar seinen Einzelaustritt — und wurde schließlich doch durch die Rücksicht auf das Ganze, durch seine Parteitreue festgehalten.

Was ihn bei dem Bankerot der deutschen Politik Preußens am schmerzlichsten berührte, war das Schicksal der Elbherzogthümer, für die er sich ja persönlich so stark eingesetzt hatte. Man vermißte ihn dort täglich. Wiederholt drückte Ende 1850 Francke dem „kundigen und thätigen Organisator" den Wunsch aus, ihn wieder in Kiel zu sehen und begehrte seinen Rath, wie es anzufangen sei, die Wichtigkeit der Schleswig-Holsteinschen Sache der Nation neuerdings in Erinnerung zu bringen und der zunehmenden Ermattung der Beitragswilligkeit vorzubeugen. Duncker war theils an seinen Berliner Posten gefesselt, theils durch Krankheit gelähmt. Noch bis zuletzt hatte er auf eine gelingende militärische That der Schleswig-Holsteinschen Armee gehofft. Vergebens. Die Bevollmächtigten der beiden deutschen Großmächte waren erschienen

und hatten Niederlegung der Waffen, Unterwerfung unter den däniſchen Landesherrn gefordert. Ein Gagernſcher Brief vom 18. Januar 1851 ſagte Duncker, daß Alles vorüber ſei. „Morgen läuft für die Statthalterſchaft der Termin zur Erklärung ab, und ich erwarte die Annahme der Forderungen. Zu dem Drang von Außen geſellen ſich jetzt innere drängende Umſtände. Die Ungunſt des Schickſals war, bis zum letzten Augenblicke, zu groß: der Gemeinſinn der Bevölkerung iſt dadurch erſchüttert, die Haltung der Landesverſammlung in dieſem entſcheidenden Augenblicke erbärmlich. — — Ich glaube an Unterwerfung und werde abreiſen, ſowie ausgeſprochen iſt, daß die Kriegführung beendet ſei. Ich bin hergekommen mit dem Wunſch, nützlich zu ſein; es hat nicht ſo ſein ſollen. Ich ſehne mich nach Ruhe; meine Familie bedarf meiner; Ihr werdet, wenn überhaupt noch, wenigſtens ſobald nichts von mir hören." —

Der Schluß des Briefes gab Duncker Nachricht von einem verwundeten, im Lazareth zu Rendsburg ſchwer darnieder liegenden Freunde. In der Sylveſternacht, durch einen der letzten Schüſſe, die in dem Kriege überhaupt fielen, war der Lieutenant Naſemann durchs Knie geſchoſſen worden — das Bein hatte amputirt werden müſſen. Dieſem, dem treuen Halliſchen Freunde und Schüler, den ſein Patriotismus in die Schleswig-Holſteinſche Armee getrieben hatte, perſönlichen Zuſpruch zu bringen, reiſte jetzt Duncker noch einmal nach Holſtein. Er hatte die Freude, das Leben des Braven gerettet zu ſehen und war mit anderen Freunden bemüht, für ihn zu ſorgen und ſeine Zukunft zu ſichern. Was nicht zu retten war, waren die Herzogthümer. Die Statthalterſchaft unterwarf ſich den Bundescommiſſaren, die Armee wurde aufgelöſt. „Schleswig-Holſtein", ſchrieb Duncker unterm 5. Februar, „bricht mir faſt das Herz." —

Gab es denn aber, wenn doch die Kammer verſagte und ſich ſchmählicher Weiſe zum Schweigen verurtheilte, nicht dennoch ein Mittel, das politiſche Gewiſſen der Nation nicht einſchlafen und nicht verwirren zu laſſen? Allem Unmuth und aller körperlichen Ermüdung zum Trotz hatte Duncker unterdeſſen dies Mittel längſt ergriffen. Aus ſeiner Feder brachte die Conſtitutionelle Zeitung zunächſt einen Neujahrsartikel, worin er das Vertrauen, Preußen

werde die Partei des Auslands in seinem Inneren überwältigen, herzbewegend aussprach. Sollte jedoch jene Partei, sollte Manteuffel und Genossen gestürzt werden, so mußten sie entlarvt werden. Die Geschichte der letzten Wochen war das beste Gericht über sie. Am 23. December 1850 waren die Dresdener Conferenzen eröffnet worden: — da, Anfang Januar 1851, erschien die kleine Schrift „Vier Wochen auswärtiger Politik.“ (Berlin, Verlag von Veit und Comp.) Die Ereignisse seit dem 2. November bis zur Eröffnung der Dresdener Conferenzen waren hier unter Beifügung der entscheidenden Urkunden aufs Geschickteste beleuchtet, so zwar, daß die vernichtendsten Lichter auf das System von Täuschungen, Ausreden und Dreistigkeiten, auf die Charakterlosigkeit und Unfähigkeit des leitenden Ministers fielen. Das Ergebniß dieser Geschichtserzählung aber lautete, daß, wenn auch die Verhältnisse gegenwärtig keinen Krieg und keinen Eintritt der Linken in das Ministerium gestatteten, es doch, wenn die Zukunft des Staates gerettet werden solle, unerläßlich sei, daß wenigstens fähige und preußisch gesinnte Männer an die Spitze der Verwaltung träten. Die Schrift war das gemeinschaftliche Werk von Samwer, Forchhammer und Duncker. Kein Zweifel aber, daß die wirksame Gruppirung der vorgeführten Thatsachen und die politisch-historischen Reflexionen, die die Politik des Herrn v. Manteuffel an den Ansprüchen Preußens auf seine Großmachtstellung und seinem deutschen Beruf messen, auf Dunckers Rechnung kommen. Er überdies hatte es, um die ganze Publication zu ermöglichen, auf sich genommen, für den Fall strafrechtlicher Verfolgung sich als Autor zu bekennen.

Die drei Verfasser hatten alle Ursache mit dem Erfolg der Schrift im Publicum zufrieden zu sein. Man entschloß sich daher, um die Wirkung zu vervollständigen und dem Angriff Nachdruck zu geben, die Andeutungen der „Vier Wochen“ weiterauszuführen und sie andererseits fortzusetzen durch Beleuchtung der in der Zwischenzeit erfolgten neuen Fehltritte des Mannes von Olmütz. Zu diesem Zwecke schrieb Samwer „Die Dresdener Conferenzen“, Duncker die „Vier Monate auswärtiger Politik“ (Berlin 1851, Veit u. Comp.).

Die Dunckersche Schrift ist eine publicistische Leistung ersten Ranges. Statt Floskeln und Redensarten das erdrückende Ge-

wicht der Thatsachen. Aus allen ihm zugänglichen Quellen hatte der Verfasser nach streng historischer Methode, mit kritisch combinirendem Scharfsinn die Hergänge seit dem 2. November und den inneren Zusammenhang derselben nach Möglichkeit festzustellen versucht. Es war ihm gelungen, eine Menge bisher unbekannter Einzelheiten durch sorgfältige Umfrage und ergänzende Verknüpfung zu ermitteln und so die absichtlichen Entstellungen und Verhüllungen der officiellen Darstellungen auf ihren Wahrheitswerth zurückzuführen. Die letzten persönlichen und thatsächlichen Momente freilich, welche die Entscheidung herbeigeführt hatten, mußten sich seinen Blicken entziehen, aber immerhin reichten die ihm zu Gebote stehenden Materialien aus, der die Thatsachen erst recht verfälschenden Manteuffelschen Apologetik den Boden zu entziehen.

Nachdem ein erster Abschnitt der Schrift mit Herrn von Stockhausen, dem Kriegsminister, Abrechnung gehalten und dessen Politik der Entwaffnung, gegenüber den Absichten und Rüstungen der Gegner, seine Versäumnisse und Scheinrüstungen bloßgelegt hat, wendet sich der folgende Abschnitt zu der ausführlicheren und noch vernichtenderen Kritik der Thaten des Ministers des Auswärtigen. Actenmäßig, indem Herr von Manteuffel gleichsam ein Kreuzverhör seiner eigenen öffentlichen Erklärungen zu bestehen hat, wird gezeigt, wie derselbe, nach Beseitigung des Herrn von Radowitz, die gedankenloseste Politik des Nachgebens getrieben, wie er mit der Mobilmachung in freventlicher Weise gespielt, wie er, nachdem ihm alle seine kleinen Schlauheiten fehlgeschlagen, nur zu immer weiterem Zurückweichen genöthigt worden sei, wie er endlich in der letzten Bedrängniß beim Fürsten Schwarzenberg selbst Hülfe gesucht und — seinen Instructionen zuwider — in Olmütz die Demüthigung Preußens eingehandelt habe. Es folgt die Beleuchtung der schmählichen Hergänge in Hessen und in Schleswig-Holstein mit dem Nachweis, wie der unselige Minister, statt die Nachtheile der Convention von Olmütz durch eine geschickte Ausführung zu vermindern, dieselbe durchzuführen außer Stande gewesen, ja, sie in der Ausführung noch überboten habe.

Man kann die Geschichte politischer Hergänge nicht schreiben, ohne selbst Politiker zu sein. Die Kritik, welche der Verfasser der „Vier Monate“ übt, ist eine positive Kritik. Von Schritt zu

Schritt entwickelt er, wie die jedesmal gegebene Situation im Sinne einer energischen und erfolgreichen Politik zu behandeln gewesen wäre, wie von den in den verschiedenen Stadien der Verhandlung gegebenen Voraussetzungen aus die möglich günstigste Wendung hätte erreicht werden können — um an diesem Maßstab die Thorheit und Unverantwortlichkeit der einzelnen Züge des Herrn v. Manteuffel zu messen. Mit seinem Eintritt in die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten hätte derselbe — von diesem Satz geht unser Kritiker aus — die Union aufgeben und sofort den Bundestag beschicken müssen: er wirthschaftete statt dessen, einzig mit dem Gedanken des Nachgebens bewaffnet, mit der für ihn unbrauchbar gewordenen Hinterlassenschaft des Herrn von Radowitz weiter, um Fehler auf Fehler zu begehen und Mißerfolg auf Mißerfolg einzuernten. Scharf hebt der Verfasser neben der politischen Unfähigkeit als Erklärungsgrund für „jene lange Reihe von Fehlern, Mißgriffen und Nachgiebigkeiten, welche ohne Beispiel in der Geschichte sind“, die reactionäre Tendenz der beiden schuldigen Minister hervor. Hinter sich hat all diese Kritik das ganze Pathos der Vaterlandsliebe, das lebendigste Gefühl für die Ehre und den deutschen Beruf Preußens. Die Erzählung von der Hinopferung Schleswig-Holsteins bildet den Glanzpunkt der Schrift; auf allen Blättern aber redet der Schmerz um die Herabwürdigung des Staates Friedrichs des Großen zum Vasallen Oesterreichs, der Zorn über die unwürdige Rolle, zu der Preußen sich in Unterdrückung des Rechts deutscher Stämme hergegeben. Zugleich endlich bricht die sittliche Indignation durch, die sich gegen das Unmännliche, Unedle und Unaufrichtige der politischen Praxis des Herrn v. Manteuffel und gegen die Wahrheitsfälschungen seiner publicistischen Organe richtet.

Duncker mußte, als er diese Schrift schrieb, darauf gefaßt sein, daß man gerichtlich gegen dieselbe vorgehen werde; er wußte, wie dann auch die Entscheidung des Richters fallen mochte, daß er, wenn seine Autorschaft bekannt wurde, den unversöhnlichen Haß und die Rache der damaligen Gewalthaber zu tragen haben werde. Er that darum nicht weniger, was seine patriotisch-politische Pflicht ihn thun hieß.

Ende März hatte er die letzte Hand an die „Vier Monate" gelegt: am 3. April wurde die Schrift confiscirt, fünf Wochen später die Anklage erhoben, und keinen Augenblick zauderte er nun, sich als Verfasser zu bekennen. Länger als anderthalb Jahre zog sich die Untersuchung hin. Erst als man in einer ähnlichen Preßklage, in dem Prozeß gegen Heinrich v. Arnim, eine Verurtheilung erreicht hatte, — mehr als ein Jahr nach seiner ersten Vernehmung, nahm man im Juni 1852 die Verhandlung gegen Duncker wieder auf. Für ihn nur ein Anlaß, das einmal Begonnene noch gründlicher zu Ende zu führen! Es galt, die Vertheidigung dazu zu benutzen, seine Aufstellungen durch weitere Einzelheiten und unterstützende Facta zu erhärten. Er rüstete sich dazu, indem er von allen Seiten Erkundigungen einzog und Beweismittel herbeischaffte. Seine gerichtliche Vertheidigungsschrift wurde zu einer neuen Anklageschrift gegen Manteuffel. Hatte dieser die „Vier Monate" als ein Gewebe von Lügen und Unwahrheiten bezeichnet, so constatirte der Verfasser zunächst, daß sich unter den angeschuldigten Stellen die den Minister am schwersten belastenden nicht vorfänden, daß mithin die entscheidendsten Thatsachen ‚eingestandenermaßen richtig seien. Aufs Schärfste betonte er den historischen Charakter seiner Schrift. Er erklärte sich bereit, eine berichtigte Ausgabe derselben erscheinen zu lassen. So wenig habe er absichtlich und fahrlässig „Einrichtungen der Regierung oder Anordnungen der Obrigkeit zur Erregung von Haß und Verachtung" angegriffen, daß er sogar Thatsachen unterdrückt oder gemildert habe, welche, in vollem Umfange mitgetheilt, den Minister bei dem damaligen Stande der Unterhandlungen seinen diplomatischen Gegnern gegenüber allzusehr bloßgestellt, den Staat selbst geschädigt haben würden. Ausführlich läßt er sich fürs Erste auf die eine der incriminirten Stellen, betreffend die Olmützer Reise des Herrn von Manteuffel, ein und weist haarscharf, unter Beibringung neuer Data nach, wie er nothwendig zu seiner Darstellung dieser Reise habe kommen müssen. Genug, er zeigt, daß er seine Pfeile noch nicht verschossen habe, und giebt zu verstehen, daß es für den Ankläger nicht rathsam sein dürfte, weiter vorzugehen. Herr von Manteuffel war mit seiner Berufung auf die Gerichte nicht glücklicher als mit seiner diplomatischen Action: er wich auch hier

zurück. Die Sache endete — „in Anbetracht des langen Zeitverlaufs seit der polizeilichen Beschlagnahme“ — mit einer Einstellung des Strafverfahrens, wogegen die Verleger auf ihr Recht, die Wiederaufhebung der Beschlagnahme zu beantragen, Verzicht leisteten. Der Verfasser war bei diesem Ausgleich ganz aus dem Spiele geblieben, allein er konnte um so weniger etwas dagegen zu erinnern haben, da sein Buch, durch den bereits vor der Beschlagnahme stattgefundenen reichlichen Absatz, der Litteratur angehörte. Die „Vier Monate“ sind lange Zeit eine viel benutzte Quelle der Geschichtschreibung jenes traurigen Zeitabschnitts preußischer Geschichte geblieben, und noch in der jüngsten, aus der vollständigsten Kenntniß der Acten geschöpften und daher über das Thatsächliche ein ganz anderes und reineres Licht verbreitenden Darstellung v. Sybels wird dem kleinen Buche das Lob nicht vorenthalten, daß es mit ebensoviel politischem Verstande wie polemischem Talente geschrieben sei.

Die Wiederaufnahme der Anklage im Juni 1852 hatte Duncker wieder in die Studien vertieft gefunden, von denen er durch die Ereignisse seit dem März 1848 abgerufen worden war; sie hatte ihn gezwungen, sich nochmals in Dinge hineinzustudiren, „die zu vergessen seine Erholung war.“ Wie froh war er im Mai 1851 gewesen, Berlin und der Kammerthätigkeit den Rücken kehren zu dürfen! Wie die Dinge lagen, mußte er Droysen, der inzwischen in Jena eine Stätte erfolgreicher Wirksamkeit gefunden hatte, Recht geben, daß das Katheder jetzt wichtiger sei als die Tribüne, daß die Universitäten die große Aufgabe haben, „ein heruntergekommenes und faulendes Geschlecht zu regeneriren.“ Der Hallische Boden jedoch, wo die gesunde Kost der Geschichte schon bisher nur wenig Liebhaber gefunden, wo jetzt, nachdem der Radicalismus der Philosophie seine Rolle ausgespielt, der Positivismus und das Brodstudium an der Tagesordnung war, machte dem historischen Docenten seine Aufgabe nicht leicht. Nicht wenige der jungen Leute folgten dem Zuge der Zeit und fanden es gerathen, es mit denen zu halten, in deren Händen die Macht und die Gunst war. Auch unter den Studenten spukte der Geist des reactionären Junker- und Beamtenthums. Vielmehr, dieser Geist wurde geflissentlich von einem Theil der akademischen Lehrer und von der

vorgesetzten Behörde großgezogen. Die aristokratischen Corps waren die bevorzugten Lieblinge des Regierungsbevollmächtigten, und der unterstützungsbedürftigen Masse armer Theologen ließ sich durch Zuwendung von Gunst und Ungunst leicht beibringen, daß es sich nicht schicke, bei einem Manne zu hören, der dermalen unter der Anklage stand, Haß und Verachtung gegen die Regierung erregt zu haben. Bis zu Demonstrationen erhob sich diese studentische Wohlgesinntheit. Als Vincke in der Kammersitzung des nächsten Winters, die auch Duncker wieder von seiner Lehrthätigkeit abgerufen hatte, im Februar 1852 dies Begünstigungssystem mit besonderer Beziehung auf die Hallischen Verhältnisse zur Sprache gebracht hatte, glaubten die Corps dagegen Einsprache erheben zu müssen und hatten die Unziemlichkeit, diesen Protest, nachdem er bereits im Zuschauer der Kreuzzeitung abgedruckt worden war, an Duncker mit dem Verlangen zu übersenden, daß er ihn öffentlich zu dem seinigen machen möge. Es war in der Ordnung, daß Duncker dieses Ansinnen zurückwies, und eine kleine Bosheit, wenn er den Protestirenden den Rath gab, von dem Herrn Curator eine Erklärung zu erwirken, daß bei Verleihung von Benefizien auf die politische Gesinnung und Richtung der betreffenden Studirenden keine Rücksicht genommen werde. Auch in der Studentenschaft indeß regte sich bei dieser Gelegenheit die Opposition gegen den loyalen Uebereifer der Corps, die — so erklärte eine Studentenversammlung — sich mit Unrecht im Namen der Gesammtheit zu sprechen angemaßt hätten. Man sieht: ein häuslicher Streit, beruhend auf dem alten Gegensatz von Corps und Nichtcorps. Wenn Duncker die Sache ernster nahm und in der Gegendemonstration die erste Regung eines wiedererwachenden liberaleren Geistes in der studirenden Jugend an der Universität zu erblicken geneigt war, so hatte daran ohne Zweifel die ungesunde Luft in der Kammer und seine durch die täglichen Hergänge in derselben gereizte Stimmung ihren Antheil.

In der That, diese Luft zu athmen war nicht erfreulich. Drängte doch die reactionäre Mehrheit mit neuen Anträgen auf Verfassungsänderungen weiter und weiter rückwärts, erwehrte sich doch die Regierung selbst kaum der Begehrlichkeit und Hartnäckigkeit, mit der das Junkerthum für seine Standesinteressen, ins-

besondere bei der vom König von Neuem geforderten Umgestaltung der ersten Kammer, eintrat. Die Linke befand sich in der trostlosesten Lage. Tapfer ertrug sie die Unwürdigkeiten, denen sie sich ausgesetzt sah, unermüdlich ließ sie sich jeden Tag zwanzigmal überstimmen. „Ich habe", schreibt Duncker am 8. Februar 1852, „nur noch ein Interesse, das Interesse der Neugier, wie die Kammerkomödie enden wird." Dann wieder ergötzt ihn die Opposition der Junker gegen die Pairskammer. Eine Episode, charakteristisch für die hochgradige Leidenschaft der gegeneinandergestellten Parteien, war jenes Duell in der Tegler Haide zwischen Vincke und Bismarck, dessen Ausgang Duncker besorgt entgegengesehen hatte; denn das freilich hätte zu allem Unstern, der die liberale Partei seit 1848 verfolgt hatte, noch gefehlt, daß sie ihren beredten und schlagfertigen Führer verloren hätte! Ohnehin fing sie gegen das Ende der Session an, zusammenzuschmelzen. Ausgang April hatte Duncker zu klagen, daß jetzt mit zwanzig Stimmen verloren gehe, was vor den Osterferien mit nur Einer, daß es, in der Pairiefrage, nur mit Mühe gelungen sei, das Gros der Partei bei der Verfassung zu halten. Die Pairskammer allerdings kam wiederum nicht zu Stande, aber die Zahl der reactionären Gesetze, die mit beträchtlicher Majorität angenommen wurden, wuchs. „Wären diese Gesetze für ewig", schrieb Duncker, „es wäre zum Verzweifeln!"

Zu der Noth der Sitzungen aber kam die wieder von Neuem sich einstellende um den Fortbestand der Zeitung und um die von derselben einzuhaltende Richtung, wobei es nicht ohne Differenzen auch mit den Parteigenossen abging. Der Eintritt Ludwigs v. Rochau in die Redaction Ende Juli 1851 bedeutete einen Schritt weiter nach links. Schon nach wenigen Wochen war indeß auch dieser Redacteur polizeilich ausgewiesen worden, und nur noch bis zum 30. Juni 1852 konnte die fortan anonym, nur unter Verantwortlichkeit des Verlegers erscheinende Zeitung ihre Existenz fristen. Noch andere Bemühungen verursachte unserem Freunde der Sammelbetrieb zu Gunsten der durch das dänische Regiment abgesetzten und hülfsbedürftig gewordenen Schleswig-Holsteiner, — der unerfreulichen privaten Sorgen nicht zu gedenken, die ihm, im Vereine mit den älteren seiner Brüder, die Geschäftslage seines Vaters verursachte.

Nur eben die Arbeit an seiner alten Geschichte — da doch die Vorlesungen nicht recht gedeihen konnten — bildete ein Gegengewicht gegen alle diese aufregenden und verstimmenden Dinge. Wohl mochte er Droysen beneiden, der gerade in dieser Zeit des Rückgangs der preußischen Politik sein Leben Yorcks im Sinne des E pur si muove zu schreiben begonnen hatte; wohl hätte auch er, der in den „Vier Monaten" seine Meisterschaft in der Darstellung der unmittelbaren Gegenwart gezeigt hatte, am liebsten neue Geschichte geschrieben: unmöglich jedoch konnte er mühselige und langjährige Studien und alte Verpflichtungen, wie sie ihm durch zufällige Umstände aufgedrungen worden, über Bord werfen. Mit entschlossenem Fleiße daher, mit der Lust, die dem Fleiße folgt, war er zu seinem alten Manuscripte zurückgekehrt und hatte es rüstig gefördert. Er hatte es im November 1851 nach Berlin mitgenommen und wußte auch dort während der mußelosen Kammersession die Stunden dafür auszusparen. Er arbeitete damals an den Schlußcapiteln des Ersten Bandes, an Assyrern und Chaldäern, und kam damit zu seiner eigenen Verwunderung so gut vorwärts, daß der Band am 27. März ans Licht treten konnte — gerade ein Jahr, nachdem er die letzte Correctur zu den „Vier Monaten" gelesen hatte.

Und es gab noch ein zweites Mittel für ihn, den Staub der parlamentarischen Debatten und den Druck der politischen Sorgen von sich abzuschütteln. Wie stark die praktischen Interessen des Weltlaufs ihn fesselten, so gern entschlug er sich zeitweise denselben im Umgang mit der Natur. Abseits von seinem Wege lag der Pragmatismus der erklärenden Naturwissenschaft, ja, daß er für diese nur ein laienhaftes Verständniß habe, sprach er gelegentlich mit einer Bescheidenheit aus, die man wohl auch für abweisende Härte und für Stolz auf den höheren Werth der Geisteswissenschaften nehmen konnte. Wenn gar die naturwissenschaftlichen Dinge die Menschen von der sittlichen Antheilnahme an den staatlichen abzulenken schienen, wenn endlich die überhand nehmende Gleichgültigkeit gegen das öffentliche Leben einen neuen Zeitvertreib in abergläubischen und kindischen Spielereien suchte, so wandte er sich davon voll Verdruß und Verachtung ab. Er konnte böse werden, wenn in den fünfziger Jahren dem Unsinn

des Tischrückens selbst von leidlich verständigen Menschen das Wort geredet wurde, und ebenmäßig hatte der ernste Mann keinen Begriff davon, wie man Zeit und Leidenschaft, Geist und Nachdenken an Schach- oder Kartenspiel verschwenden möge. Mit der Lust an körperlichen Uebungen dagegen verband er ein offenes Auge und den empfänglichsten Sinn für die Darbietungen der freien Natur. Nicht mit dem Auge des Malers sah er die Landschaft, sehr oft mit dem Interesse für geographische, geschichtliche oder militärische Bezüge, ebenso oft endlich wie ein unbefangen Genießender, mit dem Behagen selbstvergessener Hingebung an die überwältigende Größe oder die bescheidene Lieblichkeit der Gotteswelt. Wie gut hatte ihm nach dem Erfurter Parlament die kurze Enthaltsamkeit von der Politik während des Luft- und Wasserbades in Elgersburg gethan! Auch im August des folgenden Jahres schreibt er von einer kleinen Thüringer Erholungsreise Briefe, ganz verschieden von seinen sonstigen Briefen, Briefe, wahrhaftig, ohne alle Politik, an seine Frau. Nach der schrecklichen Session des Winters 1851 auf 52 geht er — das liebliche Fest der Pfingsten war gekommen — wieder nach dem freundlichen Elgersburg. Diesmal allein, ohne die geliebte Frau. Um so fleißiger und ausführlicher muß er ihr schreiben. Er sagt ihr, wie sehr sie ihm fehle, wie jeder Schritt und Tritt ihn an sie erinnere, wie Alles nach ihr frage. In Dahlmanns ehemaligem Zimmer hat man ihn einquartiert. Er schildert ihr die wohlbekannte Aussicht, er berichtet von seinen Ausflügen. „Das Herumbummeln in den Wäldern", schreibt er, „ist göttlich. So üppig waren die Wälder hier noch niemals, so rochen die Fichten nicht, so gelbgrün war das Laub noch nicht, so üppig weder Wiesen noch Felder wie in diesem Mai, in welchem der Himmel ein Treibhaus über unsere Fluren gebaut zu haben scheint, dessen Fenster er täglich öffnet, um seine Blumen zu begießen". —

Weiter von der Heimath weg führte ihn der Herbst desselben Jahres. Das Jahr hatte für Frau Duncker manche Krankheitssorge und Familientrauer gebracht, manches schmerzliche Miterleben hatte sie körperlich und gemüthlich angegriffen: — um ihretwillen hauptsächlich wurde die Erholungsreise weiter ausgedehnt und ihr Ziel nach dem herrlichen Meran verlegt. Duncker schwelgte im staunenden

Erfassen der gewaltigen Bilder des Hochgebirges; überall auf der langen und langsamen Hin- und Rückfahrt sowie während des mehrwöchigen Aufenthalts in Meran fand seine Wißbegierde Neues aufzunehmen und zu verarbeiten, und ganz einzig verstand er es mit seinem reichen Wissen, historische Denkmäler, Zeichen und Spuren seiner Begleiterin erläuternd näher zu bringen. Wie ein großes Bilderbuch mittelalterlicher Kunst und Cultur war ihm die alte Reichsstadt Nürnberg; die Burgen des Etschthales erzählten ihm die Geschichte Tyrols; die österreichische Befestigung am Finstermünzpaß war ihm eine kriegsgeschichtliche Studie! In ganz Deutschland überdies wohnten ihm befreundete Menschen. Er versäumte nicht, auf dem Wege durch Bayern den wackeren Frankfurter Parteigenossen Barth in Kaufbeuern aufzusuchen, und in Meran fand er nicht ungern einen anderen Parlamentscollegen, der zwar in Frankfurt gut österreichisch gewesen, als Oesterreicher jedoch gut constitutionell war. Der Umgang mit der Familie v. Sommarugas vermittelte manche gesellige Berührung auch mit anderen Oesterreichern; die Entscheidung des Streites über die Herrschaft in Deutschland war ja vertagt, und auch der Norddeutsche konnte nicht umhin, der leichtlebigen Liebenswürdigkeit der deutschen Brüder gerecht zu werden. Ein Wiedersehen mit noch theureren, sinnesverwandteren Freunden hatte die ganze Reise krönen sollen. Man hatte auf dem Umwege über Heidelberg und Mannheim bei den befreundeten Badensern vorsprechen wollen. Durch die Nachricht, die Frau Duncker vom Tode ihrer in schwerer Krankheit schon lange hinsiechenden Schwester, Frau v. Brunn, erhielt, wurden die Reisenden zu unverzüglicher Heimkehr und zum Aufgeben jenes Planes gezwungen. Derselbe wurde in anderer Weise im nächsten Herbst wieder aufgenommen. Nicht besser glaubte sich Duncker für den unablässigen Fleiß, mit dem er inzwischen an seinem Zweiten Bande gearbeitet hatte, belohnen zu können als durch einen Besuch der Verwandten und Sinnesverwandten am Rhein. Von Elgersburg aus, wo er diesmal wieder sein Museum aufgeschlagen und noch die letzten Druckbogen corrigirt hatte, kündigte Mitte October 1853 Frau Duncker ihren und ihres Mannes Besuch bei Mathys, den Vertrautesten der Vertrauten, an. Mathys nächster Nachbar in Mannheim war v. Soiron; auch Bassermann schien sich aus schweren Leiden damals wieder herausretten zu wollen;

in kurzer Fahrt waren von Mannheim aus Gagern und Häußer in Heidelberg zu erreichen. Es war nur ein zweitägiges Wiedersehen, aber es bedeutete den alten Parlamentsgenossen ein Stück unvergeßlicher Vergangenheit und war ihnen Bürgschaft für eine Zukunft, die nicht ausbleiben könne. Das Gefühl, daß man zusammengehöre, menschlich zusammengehöre und in gemeinsamem patriotischen Streben verbunden bleiben müsse, gewann insbesondere für Dunckers und Mathys in dem Vorsatz Ausdruck, daß man sich so oft als irgend möglich im Leben wieder begegnen wolle: und dieser Vorsatz ist ausgeführt, die in jenen Octobertagen mit vollem Bewußtsein dessen, was man gegenseitig an einander habe, wiederaufgenommene Freundschaft mit immer wachsender Innigkeit und Lebendigkeit bis ans Ende gepflegt worden.

Auch Politik, wie sie damals für die Vertreter des nationalen Gedankens allein möglich war, wurde in diesen Tagen getrieben. Duncker hatte die Freunde über Pläne zu verständigen und sie für Unternehmungen zu werben, die seit dem Frühling dieses Jahres den Gegenstand lebhafter Erörterungen in einem kleinen Kreise mitteldeutscher Parteigenossen gebildet hatten. Mit seiner parlamentarischen Thätigkeit, in der er unter den obwaltenden Umständen seine Kraft nutzlos verbraucht haben würde, hatte Duncker entschlossen ein Ende gemacht. Er hatte für die Neuwahlen zum preußischen Landtag im Herbste 1852 jede Wahl abgelehnt und sich begnügt, den Hallensern statt seiner einen gleichgesinnten Ersatzmann zu schaffen. Bei aller Vertiefung jedoch in die alte Geschichte wäre es ihm völlig unmöglich gewesen, nicht zugleich mit Sinn und Herz in der Gegenwart fortzuleben und aufmerksam auf all' ihre Zeichen wie auf die Vorzeichen der kommenden Dinge zu achten. Solch ein Vorzeichen hatte er unter Anderem in dem Staatsstreich Louis Napoleons vom 2. December 1851 erblickt und daraus abgenommen, daß die Politik der realen Machtverhältnisse gegen die Politik der Verfassungen im Steigen sei. Er zweifelt nicht, daß früher oder später auch in den preußischen Dingen eine Krisis unausbleiblich sei. Früher oder später! Und so grübelte er wohl, ob es kein Mittel gebe, diese Krisis zu beschleunigen und die in der Ebbe begriffene öffentliche Stimmung wieder in die Höhe zu treiben.

Er ſtand mit ſolchen Gedanken nicht allein. Unerwartet raſchen Umſchwung der Machtverhältniſſe, ſchnellen Wechſel der politiſchen Temperatur in den oberen und unteren Regionen hatte die ganze Generation erlebt. Die moraliſche Gewalt, die der einmüthigen Geſinnung eines Volkes, von einem zähen Willen unterſtützt, auch gegen die Machtmittel verbündeter Kabinette beiwohnt, hatten vor Anderen die Männer erfahren, die, wie Duncker, das Recht der Schleswig-Holſteinſchen Sache vertheidigt und Schritt für Schritt den Siegern ſtreitig gemacht hatten. Dieſe vornehmlich, die im Erſpähen von Hülfsmitteln und im Berechnen günſtiger Zufälle geübt waren, konnten auch jetzt, zur Zeit des Höheſtandes der Reaction, unmöglich verzweifeln und waren nicht gemeint, die Hände in den Schooß zu legen. Ungeduldige und geduldige Gedanken jagten ihnen durch den Kopf. Da fragte ſich wohl Einer, ob für das theoretiſche Volk der Deutſchen, das jetzt ſo ruheſelig geworden, nicht ein ethiſcher Satz ſich aufſtellen ließe, durch den es ähnlich in Bewegung geſetzt werden könnte, wie die Franzoſen im Jahre 1789 durch die Theorie vom Staatsvertrage, oder ob nicht die Geſchichtſchreibung unmittelbar als Hebel und Agitationsmittel gegen die unwürdigen Zuſtände, unter denen man ſeufzte, benutzt werden könnte. Ein Geiſt der Verſchwörung regte ſich in den Köpfen und Herzen gerade der beſten Patrioten.

Einen Mittelpunkt aber fanden ſie in dem kleinen Ländchen, deſſen Fürſt jetzt wie bisher ſich offen zu den Ideen des Liberalismus bekannte, der, im Einverſtändniß mit ſeinem Bruder, dem Prinz-Gemahl von England, der deutſchen Sache jeden Vorſchub geleiſtet, an deſſen Namen ſich eine der ſchönſten Waffenthaten in Schleswig-Holſtein knüpfte. Nach ſeiner im April 1852 erfolgten Entlaſſung als Profeſſor in Kiel nahm Samwer, der eifrigſte und kundigſte Wortführer für das Recht der Herzogthümer, ein feiner und anſchlagreicher Kopf, neben dem Amte eines Bibliothekars eine Vertrauensſtellung bei Herzog Ernſt ein, während der thätigſte Leiter der Schleswig-Holſteinſchen Bewegung, der ehemalige Statthalter Francke, ein Mann voll Thatkraft und barſcher Entſchloſſenheit, als Regierungspräſident in Coburg durch denſelben Fürſten einen neuen Wirkungskreis gefunden hatte. Es war der eigenſte Gedanke des Herzogs, dem

dabei das in anderen Ländern gegebene Beispiel vorschweben mochte, diese und andere zuverlässige Männer zum Kern eines in bestimmten Formen geordneten Bundes zu machen, der die zerstreuten und entmuthigten Elemente der deutschen Partei sammeln und so bei gegebener Gelegenheit eine neue Action dieser Partei ermöglichen könne.

Einer der Ersten wurde auch Duncker zu den Besprechungen über die beabsichtigte neue Organisation und über die dabei zu erstrebenden Ziele herangezogen, und nicht am wenigsten sein Verdienst war es, daß die betreffenden Bestrebungen, über die ja inzwischen die Denkwürdigkeiten des Herzogs ausführliche Mittheilungen gebracht haben, auf das wirklich Ausführbare beschränkt und in wirklich praktische Bahnen geleitet wurden. Von Anfang an empfahl er Ruhe und Vorsicht, denn — so schrieb er —: „wir sind im innehaltenden Gefecht und versäumen nichts". Praktisch schien ihm allein das Zusammentreten von wenigen gescheuten und weitsichtigen Leuten, die, mit den nöthigen Geldmitteln versehen, durch die Presse auf weitere Kreise des Volks zu wirken und den Kampf gegen die extremen Parteien zu unterhalten hätten. Wesentlich in diesem bescheidenen Umfange, nach den von ihm geltend gemachten Gesichtspunkten organisirte man sich in Gotha. Nach drei Richtungen faßte man die Wirksamkeit der Presse ins Auge. Je nach Bedürfniß sollten zunächst politische Flugschriften ins Leben gerufen werden. Als ein zweites, vielleicht wirksamstes Mittel, die Nation für künftige Entscheidungsfälle vorzubereiten und zu stärken, dachte man sich belehrend-unterhaltende Volksschriften, in denen die wissenschaftlichen Erträge der neu erwachten geschichtlichen Litteratur, sofern sie sich auf die neuere, zumal auf die preußische Geschichte bezögen, gemeinnützig zu machen, das Treiben der gegenwärtig herrschenden Partei durch ihre früheren Thaten und Sünden zu enthüllen, Beispiele patriotischer Thatkraft und Hingebung in biographischer Darstellung vorzuführen wären. Am dringendsten und wünschenswerthesten endlich erschien, nachdem, wie früher die Deutsche, so nun auch die Constitutionelle Zeitung zu Grabe gegangen war, die Organisation der Tagespresse, die Einrichtung regelmäßiger Mittheilungen an die Zeitungen, insbesondere einer von einem Journalisten der Partei während der Berliner

Kammersitzungen abzufassenden lithographirten Correspondenz. In allen diesen Richtungen war Duncker, unterstützt namentlich von dem dem Gothaer Kreise eng verbundenen Gustav Freytag, eifrig bemüht, Hand anzulegen. Er war, im Austausch mit Droysen und Freytag, fruchtbar vor Allem in Vorschlägen für die zweite Kategorie von Schriften. Er warb schriftstellerische Kräfte und unterhandelte mit Verlegern für eine Bearbeitung von Pertz' stoffreichem aber unlesbarem Leben Steins, und Droysens köstlichem, nur für das große Publicum zu umfangreichem Leben Yorcks. Noch andere Charakterbilder, wie Scharnhorst und Wilhelm v. Humboldt sollten folgen. Er dachte an eine Geschichte der reactionären Partei in Preußen, an eine Darstellung der Wirksamkeit des Bundestages vor und nach 1848, der nationalökonomischen Lage Frankreichs vor und nach der Revolution, an eine Geschichte endlich der preußischen Diplomatie.

Einzelne dieser Projecte sind wirklich ausgeführt, andere in Angriff genommen worden. Nur zeigte sich freilich, daß dergleichen nicht wie Theilstücke eines großen Haus- oder Maschinenbaues in Arbeit gegeben werden kann. Auf dem Gebiete der Litteratur wird die freie Arbeit immer die bestellte überflügeln. Wem fällt nicht bei dem letztgenannten Thema das große Lebenswerk Droysens ein, das er damals bereits in stiller und weitaussehender Arbeit sich zurechtgelegt hatte, und wer gedenkt nicht mit Freuden der reichen und mächtigen Wirkung, die in dem nächsten Menschenalter für die Erziehung unseres Volkes zu Ehr- und Freiheitsliebe und vaterländischer Gesinnung von den Dichtungen und Schilderungen Freytags ausgegangen ist? Kein Wunder, daß die Gothaer Verschworenen sehr bald fanden, daß man nicht recht vorwärts komme. Mit Denkschriften- und Statutenabfassung, mit Hin- und Herschreiben und berathenden Sitzungen wurde viel kostbare Zeit verbraucht. Keinem war sie kostbarer als Duncker, und doch nöthigte ihn das Vertrauen der Freunde und sein eigenes Interesse für die Sache immer von Neuem zu raschen Reisen nach Gotha, oft zur unbequemsten Stunde. Ueber Gotha hatte er seinen Weg von Elgersburg zu den Badensern genommen; kaum nach Halle zurückgekehrt, wurde er zu einer abermaligen Conferenz entboten, der er unter den ungünstigsten Verhältnissen Folge leistete. Seine Familie

hatte eben damals ein schwerer Schlag betroffen, dessen Folgen, auch für das väterliche Geschäft, abzulenken oder doch zu mildern seine ganze Fassung erforderte. Er hat damals dicht vor dem Entschlusse gestanden, die Arbeit auf dem Katheder mit der im Comptoir zu vertauschen. Unter Opfern und Störungen der ungewöhnlichsten Art wußte er sich schließlich doch auf seiner richtigen Stelle zu behaupten und dazwischen noch Zeit und Muth für den politischen Agitationsbetrieb zu erübrigen. Jetzt sowohl wie in den nächstfolgenden Jahren hat er sich den oft anspruchsvollen Zumuthungen, die von dieser Seite an ihn gestellt wurden, niemals entzogen.

Vielmehr, sein Eifer für die Gothaer Bestrebungen wurde durch seinen eigenen Glauben an die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände und an die Unausbleiblichkeit eines Umschwungs beständig rege gehalten. Er rechnete vor Allem mit den Constellationen der allgemeinen europäischen Politik, und diese in der That gestalteten sich gerade um die Zeit der Gründung des Gothaer Preßcomités zu den spannendsten Aussichten. Es war im Laufe des Sommers 1853 klar geworden, daß Kaiser Nicolaus den Krieg gegen die Pforte ernstlich betreibe. Mit dem Einmarsch in die Moldau und Wallachei war die Angelegenheit in ein Stadium getreten, welches alle Vermittelungsvorschläge hinfällig machen mußte; Rußlands Weigerung, die Fürstenthümer zu räumen, konnte das Londoner Kabinet nicht ruhig hinnehmen, und auch Napoleon war, seiner Armee gegenüber, zum Losschlagen gezwungen. Duncker freute sich der tapferen Haltung der Osmanlis, durch welche das zaudernde England vorwärts gedrängt werde, und der endlich zur Allianz der Westmächte mit der Türkei führenden weiteren Entwickelung der Dinge. Die brennende Frage für ihn und seine Parteigenossen war die, wie sich Preußen zu dem Conflict der Mächte stellen werde. Von dem Augenblicke an, wo die beiden Westmächte ihre bisherige Defensivpolitik zu Gunsten der Türkei mit einer Eroberungspolitik gegen Rußland vertauscht hatten, schien es undenkbar, daß Preußen die Neutralitätsstellung werde behaupten können, die es bis dahin eingenommen hatte. Alle Hoffnungen im liberalen Lager sammelten sich in der Losung: Anschluß an die Westmächte! In diesem Sinne hatte der Herzog von Gotha einen bemerkens-

werthen Schritt gethan. In eigenem Auftrage hatte er sich nach Paris begeben, um Frankreich von dem falschen Wege, durch Drohung auf Preußen zu wirken, abzubringen und ihm die Vortheile des anderen, eines entgegenkommenden Einvernehmens zu zeigen. Es war ihm, wie wir jetzt aus seiner eigenen Erzählung wissen, bei aller Entschiedenheit, mit der er seinen deutschen Standpunkt betonte, gelungen, zu dem Kaiser in ein Verhältniß zu kommen, das ihn auch für etwa weiter eintretende Ereignisse in den Stand setzen mochte, nach beiden Seiten hin den vertrauenswürdigen Vermittler abzugeben. Die Nachrichten aus dem dem Herzog unmittelbar nahestehenden Lager lauteten günstig. Frankreich und England seien bereit, Preußen sehr annehmbare Bedingungen bezüglich einer Verbesserung seiner politischen Stellung in Deutschland zu bewilligen, und Preußen stehe also vor der Wahl, auf diese Aussicht hin mit jenen gegen Rußland vorzugehen oder sich für Rußland gegen die Westmächte zu erklären, bei welcher letzteren Entscheidung dann Krieg gegen Frankreich, Blokade der Ostseehäfen, eine Erneuerung des Rheinbundes, vielleicht die Begründung einer übermächtigen Stellung Oesterreichs auf den Trümmern der preußischen Monarchie in Aussicht stehe. Es gab bis Anfang 1854 in Berlin Momente, in denen die schwankende Stimmung des Kabinets sich für den Anschluß an die Westmächte entscheiden zu wollen schien. Was man im liberalen Lager kaum zu hoffen gewagt hatte — eine neue Chance für die Lösung der deutschen Frage, die Wiederaufnahme der Unionspolitik, die Beseitigung des Ministeriums Manteuffel, schien sich, dank der Dienste, die die große Politik leistete — nur fünf Jahre nach 1848, nur drei Jahre nach Olmütz — darzubieten!

Da galt es, das Eisen zu schmieden, so lange es warm war. Die Presse mußte nachhelfen, um die öffentliche Meinung und durch sie die maßgebenden Kreise in der Richtung der Pläne der liberalen Partei in Bewegung zu setzen. Von dem Gothaer Centrum aus wurde die Tagespresse beeinflußt und die Parole für eine Anzahl von Flugschriften ausgegeben. Und da wieder war der Verfasser der „Vier Monate" einer der Ersten auf dem Platze. Er schrieb im März 1854 seine Broschüre „Preußen und Rußland" (Leipzig, bei S. Hirzel).

Dieselbe richtet sich gegen die russische Partei in Preußen, die, im leichten Spiel mit den unklaren Neigungen und Abneigungen Friedrich Wilhelms IV., in der freien, den Streit mäßigenden und beherrschenden Neutralität Preußens das rettende Wort gefunden zu haben meinte. Es wird dem Historiker nicht schwer, die Doctrin von dem „conservativen“ Rußland zu widerlegen und nachzuweisen, daß das Hauptmittel dieses Staates bei seiner auswärtigen Politik allezeit in der Anzettelung revolutionärer Bewegungen in den Nachbarstaaten bestanden habe. Abermals nur die Thatsachen läßt er reden, um zu zeigen, daß während der letzten hundert Jahre das Verhältniß Rußlands zu Preußen weit öfter feindlich als freundlich gewesen, daß selbst im Befreiungskriege seine Dienste nichts weniger als uneigennützig gewesen, daß es auf und nach dem Wiener Congresse die Machtentwickelung Preußens gehemmt, in der jüngsten Zeit endlich in der Schleswig-Holsteinschen Frage uns entgegen gewesen und in der Unionsfrage die Bedingungen unserer Unterwerfung unter Oesterreich dictirt habe. Mit besonderer Beziehung auf die Verwickelung im Orient ist es sofort das der Schrift vorangestellte Wort Friedrichs des Großen, daß, „wenn die Russen Constantinopel haben, sie zwei Jahre darauf in Königsberg stehen“, welches im Texte commentirt wird. Mit allen erdenkbaren Argumenten bekämpft der Verfasser jene Neutralitätspolitik, mit der man schon seit 1799 und wieder 1805 die übelsten Erfahrungen gemacht und mit der man jetzt die einzige natürliche Allianz Preußens in Europa, die Allianz mit England, aufgebe. Er macht den gegnerischen Satz, daß Preußens Selbständigkeit die Neutralität verlange, durch die Forderung wett, daß gerade im Gegentheil Preußen, wenn es den Traditionen seines großen Königs hätte folgen wollen, von Anfang an die Spitze gegen Rußland hätte nehmen und, Allen voran, der Unternehmung gegen Constantinopel hätte entgegentreten müssen. Preußen hätte es — so entwickelt er sein positives Programm — in der Hand gehabt, den Ausbruch des Krieges ganz zu verhindern; noch jetzt aber wäre es im Stande, den Westmächten durch einen Beitritt zu deren Action die Bedingungen zu dictiren, — Bedingungen, zu denen natürlich auch die Verweigerung eines Durchmarsches französischer Truppen ge-

hören würde. Freilich — ein langes Sündenregister der russischen Partei hat diesen Schluß der Schrift vorbereitet — eine solche Wendung der Dinge hat nur dann einen Sinn und Aussicht auf Erfolg, wenn jene jetzt am Ruder befindliche Partei aus ihren Aemtern und ihrem Einfluß auf die Geschicke des Vaterlandes entfernt wird. „Es darf das preußische Volk sich von den Freunden des Czaren nicht verführen lassen, für Rußland zu fechten, es darf ihm aber ebensowenig zugemuthet werden, unter der Führung oder Mitwirkung dieser Partei gegen Rußland zu kämpfen".

Man wird den historischen Ausführungen, auch dem theoretisch-politischen Raisonnement dieser Schrift, vor Allem endlich den patriotischen Motiven, von denen sie eingegeben wurde, gerecht werden müssen, wie immer man über die Durchführbarkeit ihrer Rathschläge nach dem damaligen Stande der Dinge urtheilen möge. Die kühne, ja verwegene Politik, welche hier gefordert wurde, hätte wohl mehr als den Wechsel der den König umgebenden und beeinflussenden Junkerpartei zur Voraussetzung gehabt. Würden die Freunde Bunsens, die Pourtales und Genossen, mit denen die liberale Partei damals in erster Linie zu rechnen gehabt hätte, der Aufgabe gewachsen gewesen sein, durch ein Vorgehen in der angegebenen Richtung gut zu machen, was der Tag von Olmütz und alle die Jahre seit 1849 verdorben hatten? Die Motive, welche Preußens Neutralität bestimmt hatten, waren keineswegs rein staatsmännische, und der Gang seiner Politik voll Schwankungen und Halbheiten; nichtsdestoweniger herrscht heute kaum mehr eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es durch die vorsichtige Haltung, die es trotz des Drängens der Westmächte und Oesterreichs vor dem Bruche mit Rußland bewahrte, seinem Interesse und seiner Zukunft besser diente, als wenn es sich zu unwahrscheinlichen Speculationen auf die Dankbarkeit der Westmächte hätte fortreißen lassen und zu ihren Gunsten die Last eines schweren Krieges auf sich genommen hätte. Es war indeß damals unmöglich vorauszusehen, wie geschickt dereinst die energische Staatskunst Bismarcks die für Preußen bewahrte Gunst Rußlands und den Groll derselben Macht gegen das undankbare Oesterreich für die Umwandlung der deutschen Machtverhältnisse benützen würde. Der Gedanke, daß die Gelegenheit jetzt gekommen sei, sich dem über-

mächtigen ruſſiſchen Einfluſſe zu entziehen und zu verhüten, daß nicht an deſſen Stelle der Beherrſcher Frankreichs zur Präponderanz im europäiſchen Staatenſyſteme gelange, lag allzu nahe. Es iſt bekannt genug, daß auch der Bruder des Königs dieſer Anſicht ſich zuwandte, und daß das Schwanken der preußiſchen Regierung, mit dem ſie ſich zwiſchen zwei Stühle ſetzte, von ihm bitter beklagt und ſcharf gemißbilligt worden iſt. Die nächſte Folge der preußiſchen Neutralität war die verſpätete Zulaſſung Preußens zu dem Pariſer Friedenscongreß: — die liberale Partei fand darin nur die Beſtätigung ihrer Verurtheilung der miniſteriellen Politik, den Beweis, daß Preußen aus der großen Kriſis nur ein weiteres Sinken ſeines Anſehens, eine neue Einbuße an ſeiner Großmachtsſtellung davongetragen habe.

Völlig ohnmächtig hatten ſich die Kriegsrufe der Partei erwieſen, völlig eitel die Hoffnung, ein mit allen Mitteln polizeilicher Einſchüchterung wirthſchaftendes Syſtem durch ein paar Broſchüren zu Falle bringen zu können! Confiscation und Verfolgung lähmte die Wirkung dieſer Preßſtimmen. Der Buchhändler Böhlau in Weimar, der eine ſofort beſchlagnahmte Schrift „Zur Charakteriſtik neupreußiſcher Politik“ verlegt hatte, wurde gewarnt, ſich nicht jenſeits der preußiſchen Grenze betreffen zu laſſen, und die Verbreitung einer den Ruſſenfreunden am Berliner Hofe unbequemen Nachricht in der von dem Gothaer Verein gegründeten lithographiſchen Correſpondenz trug dem Verfaſſer der „Journaliſten“ einen Haftbefehl ein. „Preußen und Rußland“ wagten die preußiſchen Zeitungen nicht einmal zu beſprechen; denn über einer ganzen Anzahl mißliebiger Blätter hatte der preußiſche Miniſter des Innern, Herr v. Weſtphalen, das Damoklesſchwert der Unterdrückung aufgehängt; die von Duncker an den ihm befreundeten Redacteur der Kölniſchen Zeitung gerichtete Aufforderung, die liberalen Anſchauungen in der ſchwebenden Frage der auswärtigen Politik energiſch zu vertreten, wurde mit einem reſignirten Hinweis auf die gefährdete Exiſtenz der Zeitung und auf die Nothwendigkeit, aller directen Polemik zu entſagen, um wenigſtens die allgemeine Tendenz zu retten, beantwortet. Erfolgreicher waren die Bemühungen Dunckers, die Freunde in der Kammer zu nachdrücklichem Auftreten anzuſpornen; auch gelang

ihm — „um aus dem Schlimmen das Beste zu ziehen" —, die Stadt Halle und einige andere Städte der Provinz zu Glückwunschadressen an den seine silberne Hochzeit feiernden Prinzen von Preußen zu bewegen, in denen der Dank für die von dem Prinzen eingenommene Haltung laut wurde.

Allein das Haupthinderniß, wirkliche Erfolge zu erreichen, war und blieb doch die Ohnmacht der Presse. Man konnte sich der Einsicht nicht verschließen, daß alle auf einzelne Publicationen gerichtete Geschäftigkeit wenig Ertrag abwerfe, daß diese ganze, zum Theil kostspielige Broschürenlitteratur ein Lotteriespiel sei, bei welchem auf hundert Nieten nur einmal ein doch auch wieder rasch verpuffender Gewinn abfalle. Es war klar: das einzig Wirksame würde eine vorsichtig und zugleich mit einsichtiger Festigkeit geleitete Zeitung sein.

Nun hatte man während der orientalischen Krisis, in Folge der diplomatischen und persönlich hoch hinauf reichenden Beziehungen der Mitglieder der Bethmann-Hollwegschen Partei, mit diesen mehr und mehr Fühlung gewonnen. In der Gegnerschaft gegen das Manteuffelsche System, in den Grundanschauungen der auswärtigen Politik stand man mit diesen Männern wesentlich auf demselben Boden, wenn auch ihr Liberalismus etwas bescheiden, ihre religiösen und kirchlichen Anschauungen etwas ängstlich, ihre Haltung etwas vornehm und ihre Taktik durch allerlei Rücksichten und Bedenklichkeiten in Schranken gehalten war. So tauchte der Plan auf, auf Grund einer klaren Verständigung und Annäherung, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen und ihr Organ, das Preußische Wochenblatt, in eine Zeitung umzuwandeln, deren Erhaltung von den Häuptern beider Parteien durch Geldunterstützungen ermöglicht werden sollte. Duncker war es, der auf einer Conferenz im October 1854 in Frankfurt a. M. die Präliminarien einer solchen Parteiallianz mit den Führern dieser Halbconservativen verabredete, — wobei sogar der Gedanke eine Rolle spielte, daß er selbst, unter Umständen, bereit sein könne, die Leitung des geplanten Blattes zu übernehmen. Das Project wurde im Laufe des nächsten Jahres sehr ernstlich weitergesponnen. Neben der Umwandlung des Preußischen Wochenblatts in ein Tagesblatt wurde als andere Möglichkeit auch die Erwerbung eines und des anderen in Berlin schon bestehenden älteren Instituts

ins Auge gefaßt, und Duncker, der auch diese Verhandlungen führte, trat dem Gedanken, sich selbst als Redacteur in Aussicht zu stellen, immer näher. Schon Ende 1855 indeß mußte der ganze Plan als gescheitert angesehen werden. Die Verleger, auf die man geglaubt hatte rechnen zu dürfen, zogen sich zurück, und auch die Betheiligung für die Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel war innerhalb der eigenen, einem Zusammengehen mit den Bethmann-Hollwegianern zum Theil abgeneigten Partei ziemlich lau. Kein Wunder; war es doch vorauszusehen, daß alle Opfer vergeblich gebracht sein würden. Der weitere Fortschritt, den die reactionäre Partei inzwischen in Preußen gemacht hatte, mußte die polizeilichen Schwierigkeiten als unüberwindlich erscheinen lassen. Vielleicht daß es den Herren vom Preußischen Wochenblatt gelänge, von sich aus ein den englischen Interessen zugewandtes größeres Organ, den russenfreundlichen gegenüber, in Berlin, Gotha oder Frankfurt zu gründen, das sie durch ihren diplomatischen Einfluß schützen könnten: die liberal-nationale Partei — so war Dunckers Rath — werde am besten thun, sich auf die Gründung einer Revue zu beschränken, um in dieser die angesehensten Namen, das Gewicht der wissenschaftlichen Intelligenz, den Doctrinen der Kreuzzeitung entgegenzustellen. Von den verschiedensten Seiten war der Gedanke hieran aufgetaucht, und hiezu konnten die eigenen Mittel als ausreichend erscheinen. Noch zwei Jahre nichtsdestoweniger vergingen, ehe der Gedanke in der Gründung der „Preußischen Jahrbücher" seine Verwirklichung fand. —

Trotzdem nun aber, daß solchergestalt die politischen Interessen unseren Freund so vielfach in Anspruch nahmen, hatte derselbe doch seine meiste Zeit und seine beste Kraft an die Fortführung seiner großen wissenschaftlichen Arbeit gesetzt. Im Herbst 1853 erschien der Zweite Band seiner Geschichte des Alterthums. Schon hatte er sich mit entschlossener Arbeitskraft an den Dritten Band gemacht, den er bis Anfang 1855 fertig zu stellen hoffte. Erst im Juni 1856 jedoch erreichte er dies Ziel; denn der Erfolg der ersten Bände hatte ihn zum Sklaven seiner eigenen Arbeit gemacht; er hatte zwischendurch eine neue Auflage der ersten beiden Bände besorgen müssen — eine Aufgabe, die ihn seit der Mitte des Jahres 1854 bis in den Herbst 1855 fesselte.

Mit dem Erſcheinen jener erſten beiden Bände war Duncker in die Reihe der bedeutenden deutſchen Hiſtoriker eingetreten, deren Arbeiten man es anfühlt, daß die Geſchichtſchreibung aufgehört hatte, von beſchränkt moraliſchen oder in erſter Linie von äſthetiſchen Geſichtspunkten beherrſcht zu werden. Während die Sturmfluth der Revolution in unſerem Vaterlande gewaltſam zurückgedrängt worden war, hatten einzelne ihrer langſam abfließenden Wellen ſich befruchtend über die deutſche Geſchichtſchreibung ergoſſen, um in dieſe den Keim einer neuen Wirkung auf die Gemüther, der Verſtändigung über die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft, der Erziehung zu ſtaatsſinnigem Urtheilen und Handeln zu legen. Bei den Einen verdichtete ſich die feine Seelenkunde und das geniale Durchſchauen der vielverſchlungenen Fäden weltgeſchichtlicher Zuſammenhänge, wodurch Meiſter Ranke zu einem ſo bewunderungswürdigen Geſchichtskünſtler geworden war, zu geſinnungsvollerer Wahrhaftigkeit und zu der Kunſt markigerer Zeichnung, breiterer und kühnerer Farbengebung; bei den Anderen füllte ſich die in der Schule Hegels erworbene Weite und Beweglichkeit des Blicks für die ideellen Verknüpfungen und Entwickelungen des Weltinhalts mit thatenfreudigeren ethiſchen Anſchauungen und mit gewiſſenhafterem Reſpect vor den Thatſachen und deren realen und individuellen Urſachen. Noch Andere erneuerten die ältere Weiſe pragmatiſch-moraliſcher Geſchichtſchreibung und vertieften ſie an den ſelbſtgemachten Erfahrungen: alle aber ſtellten, abſichtlicher oder weniger abſichtlich, mittelbarer oder unmittelbarer, ihre Darſtellungen in den Dienſt des politiſchen und nationalen Intereſſes.

Die Aufgabe, welche Duncker zugefallen war, die Geſchichte des Alterthums und zwar zunächſt die der Culturvölker des alten Orients zur Ueberſicht zu bringen, lag von den praktiſchen Bedürfniſſen des Lebens der Gegenwart am weiteſten ab. Es ſchien eine bloße Aufgabe der Gelehrſamkeit zu ſein, durch eine weite Kluft getrennt von der Aufgabe des Politikers, mit antheilvollem Urtheil den wirkenden Kräften in dem Prozeß der Zeitgeſchichte nachzuſpüren und vorausſehend, fürchtend und hoffend, belehrend und warnend dieſem ſeine nothwendigen Ziele zu bezeichnen. Allein in dem Geiſte des Verfaſſers lagen beide Aufgaben keineswegs ſo

weit auseinander. Aus Einem Stücke vielmehr war seine gelehrte und seine politische Gesinnung. Dasselbe maßvolle und gesunde Urtheil, derselbe Sinn für den ursächlichen Zusammenhang der Erscheinungen, dieselbe Verbindung weitreichender Gesichtspunkte mit dem gründlichsten Realismus, dieselbe Gabe des Klarmachens und Formulirens, dieselbe Nachdrücklichkeit und Entschlossenheit herrscht in seinen politischen Denk- und Flugschriften wie in den umfangreichen Bänden, in denen er uralte Geschichten erzählt und die Zustände untergegangener Reiche schildert.

Duncker unternahm, was für die Geschichte des Orients nachgerade ein dringendes Bedürfniß geworden war. Die allgemeinen weltgeschichtlichen Darstellungen befanden sich der fortgeschrittenen Einzelforschung gegenüber auf einem, wissenschaftlichen Anforderungen nicht mehr genügenden veralteten Standpunkte. Die letzten Jahrzehnte hatten uns den Orient in bisher ungeahnter Weise erschlossen. In immer weiterem Umfang war uns die indische Litteratur zugänglich geworden. Die Entzifferung der ägyptischen Hieroglyphen und der Keilschriften von Ninive hatte uns unschätzbare Belehrung gewährt. Unsere Einsicht in die Abstammungsverhältnisse der Völker war durch die Fortschritte der vergleichenden Sprachwissenschaft wesentlich gefördert worden, und die geographische Durchforschung der Orientländer hatte uns den Schauplatz der ältesten Geschichte vertrauter gemacht. In immer größerer Ausdehnung war geschehen, was einst, als alle diese Untersuchungen nur erst in ihrem Anfange standen, der Verfasser der Ideen zur Geschichte der Menschheit gefordert hatte: die Denkmale der Vorwelt, die unter und die über der Erde, waren aufgedeckt und studirt worden, um Zeugniß zu geben von dem Leben und Glauben, den Thaten und Schicksalen ihrer Urheber. Aber die Kunde dieser Dinge war wenig über die Kreise der Specialforscher hinausgedrungen; der einseitige Eifer der Entdecker und die nothwendige Arbeitstheilung hemmten eine umfassende und zusammenfassende Verwerthung der gewonnenen Ergebnisse. Duncker zuerst, angeregt vor Allem durch die Frage, wieweit die griechische Cultur eine selbständige oder eine von der orientalischen abhängige sei, unternahm eine durchgreifende Revision zunächst der vorgriechischen Geschichte. In seinem Buche zuerst wurde die bis

dahin in gesonderten Bahnen verlaufende historische Forschung und die Forschung der Linguisten und Orientalisten zu vereinigen versucht. Und zwar nicht bloß in der Form von Einzeluntersuchungen, sondern in der Form zusammenhängender Darstellung. Nur auf einzelnen Gebieten, wie namentlich für die phönikische Geschichte und die Geschichte des Volkes Israel, für einen Theil der ägyptischen und für die indischen Alterthümer konnte er sich dabei auf die Vorarbeiten anderer Gelehrten stützen; auf anderen Gebieten, wie z. B. für die babylonisch-assyrische Geschichte und die iranischen Alterthümer hatte er sich mühsam die Materialien erst zusammenzusuchen. Er hatte vom Gelehrten und insbesondere von philologischer Schulung und Methode vollauf genug, um den Forschungen der Specialisten zu folgen und mit eminent gesundem Urtheil aus den von ihnen gelieferten Prämissen die für seine historischen Zwecke wahrscheinlichsten Schlüsse zu ziehen. Er hatte vom Philosophen genug, um sich durch die Unzulänglichkeit des von der Einzelforschung Ermittelten und durch die Unmöglichkeit, sie selbständig zu wiederholen, von einer aufs Ganze und Allgemeine gehenden Zusammenfassung nicht abschrecken zu lassen. Er sah, daß Universalgeschichte entweder unmöglich sei, oder nur durch ein Compromiß zwischen der speciellen Sprach- und Sachkenntniß der Eingeweihten und dem überschauenden, combinirenden Blick des Geschichtsverständigen zu Stande gebracht werden könne, und er wußte, daß dies Letztere geschehen müsse, schon deshalb geschehen müsse, damit die Einzelforschung neue Impulse erhielte und auf neue Ziele hingewiesen würde. Es bedurfte dazu des Fleißes und des entschlossenen Zugreifens. Es bedurfte aber weiter eines gewissen Maßes formaler Geschicklichkeit. Denn nicht zwar darauf konnte es abgesehen sein, den Schein eines künstlerisch abgerundeten Ganzen aus den Trümmern der Ueberlieferung und aus halbfertigen, schwankenden, noch im Flusse begriffenen Untersuchungen herzustellen, wohl aber sollte das Wissen um das Leben dieser alten Culturwelt wenigstens vorläufig allererst einmal in eine Summe gebracht werden, die sich fassen und behalten ließe. In der ursprünglichen Bestimmung des Buches lag es, daß es ein nicht bloß für Gelehrte, sondern auch für Lernende, für gebildete Laien lesbares Werk sein sollte. Die Beschaffenheit der zu ver-

arbeitenden Materialien bedingte ein Neben- und Ineinander von Darstellung und kritischer Erörterung. Die Natur aller Geschichte endlich verlangte eine Verbindung von Erzählung der Schicksale und Ereignisse mit der Charakteristik der dauernden Zustände der Völker und Reiche des Orients, und diese wieder konnte nur durch ein Eingehen auf die verschiedensten Seiten des Culturlebens, auf Sprache und Religion, auf Staat und Kunst, auf Sitte und Lebensweise der Orientalen gewonnen werden.

Nach wohlüberlegtem Plane, mit einem oft sehr glücklichen, von jedem Versuch des Blendens, Tuschens oder Vertuschens fernen Geschick hat der Verfasser allen diesen mannigfachen Forderungen gerecht zu werden verstanden, immer doch mehr dem Stoff und der Sache als der Form und der Wirkung nachgebend. Seine Darstellung ist einfach, nüchtern, schmucklos und klar, nirgends glänzend, aber überall durch den Ernst des verständigsten Urtheils, durch deutliche Hervorhebung der Punkte, auf die es ankommt, fesselnd, nur selten durch zu stoffverschwenderische oder lehrhaft sich ergehende Längen ermüdend. Charakteristisch für die nüchterne Sachlichkeit der Behandlung ist es, daß das ganze Werk, wie ohne Vorrede, so auch ohne alle philosophischen oder sonstigen Präliminarien beginnt, wie als ob der Verfasser geflissentlich alle Geschichtsphilosophie, von deren berechtigtem Geiste doch sein ganzes Unternehmen eingegeben ist, habe vermeiden wollen. An der Geschichtsphilosophie und durch dieselbe zum Universalhistoriker gebildet, läßt er doch das Allgemeine durchaus nur auf der Grundlage des Besonderen und Concreten sich erheben, wie er denn alle Charakteristik an geschickt ausgewählte Einzelheiten knüpft und die Dinge selbst, oft die Quellen unmittelbar reden läßt, um nicht durch subjectives Färben, sondern durch die eigene Farbe der Berichte und Documente der Darstellung Treue und lebendige Objectivität zu sichern.

Als Kritiker aber insbesondere bewährt unser Geschichtschreiber durchweg eben jenen Moderantismus, der auch seine politische Stellung bezeichnet. Sein klarer Geist widerstrebt der Versuchung zur Aufstellung gewagter Hypothesen, der phantasiereichere Geister bei der Behandlung so im Dämmer liegender Zeiten nur zu oft erlegen sind. Ebenso entfernt ist er andererseits von radicalen

Neigungen in der Kritik der Sagen und Berichte; wenn er ja in dieser Beziehung nach einer Seite hin zu weit gegangen ist, so ist es nach der Seite des Conservatismus. Daß indeß diese Vorsicht nichts zu thun hat mit abergläubiger Beschränktheit, dafür liefert insbesondere seine Darstellung der jüdischen Geschichte den besten Beweis. Sie steht auf demselben Boden des „historischen Rationalismus", der, wie man eingestehen mußte, in die Geschichte der übrigen Orientvölker allein Licht brachte, und den nun freilich die theologische Eingenommenheit mit ihrer Doppelwährung der Wahrheit nur dort allzu rationalistisch fand. Gerade dort vielmehr erhob er am glänzendsten jenen schlechten und oberflächlichen subjectiven Pragmatismus der Aufklärung zu objectivem, congenialem Pragmatismus, gerade dort schälte er mit der sichersten und glücklichsten Hand aus der absichtsvoll gefärbten Priestergeschichte den Kern des Thatsächlichen heraus und stellte dasselbe in das Licht politischer Beurtheilung. Gleichmäßig jedoch ist vorzugsweise dies politische Verständniß allen Partien seines Werkes zu gute gekommen; dadurch erst sind auch die Geschichten der Babylonier und Assyrer, der Meder und Perser zu wirklicher Geschichte geworden, wie denn die Untersuchungen über den Tod des Kyros, über den Untergang der beiden Magier, über die Regierung des Kambyses als Meisterstücke echt kritischer Geschichtsforschung von einem Kenner wie Gutschmidt anerkannt worden sind. Gegen solche Vorzüge, zu denen noch die glückliche Ableitung und Erläuterung der mythologischen Vorstellungen, der künstlerischen und sonstigen Charaktereigenthümlichkeiten aus den klimatischen Bedingungen gehört, konnten einzelne, besonders die Chronologie betreffende Mängel, ja unzweifelhafte Fehlgriffe und Ungenauigkeiten, wie sie bei so großartigen Arbeiten fast nothwendig mit unterlaufen, nicht in Betracht kommen. Alles in Allem standen auch die sachkundigsten Beurtheiler nicht an, dem Werke eine bewunderungswürdige Beherrschung des Stoffes nachzurühmen und ihm das Zeugniß zu geben, daß es, eine einzige und unvergleichliche Leistung, in allem Wesentlichen die Höhe der derzeitigen Forschung innehalte.

Noch immer war Duncker Extraordinarius, wenn auch seit dem Mai 1848 mit einem festen Gehalte von 400 Thalern. Nur natürlich, daß er an die Aufnahme, die sein Werk in den Gelehrten-

und weiterhin vor Allem in Schulkreisen fand, einige Hoffnungen für seine persönliche Stellung knüpfte. Allein, was half es ihm, daß Johannes Schulze, dem er das Bedrängte seiner Lage offen dargelegt hatte, gelegentlich auch sein ehemaliger Lehrer Wiese für ihn eintraten? Beide mußten gestehen, daß sie, gegenüber anderen, ihm entgegenarbeitenden Einflüssen, machtlos seien. Den Politiker konnten sie nicht rein waschen, und gegen den ihm als Parteimann verhaßten Gelehrten durfte Pernice, der Hallische Curator, mit unfehlbarer Wirkung den Trumpf ausspielen, daß seine Lehrerfolge zu unbedeutend seien, um eine Beförderung zu rechtfertigen. Erst das Jahr 1855, in welchem nun die zweite, zumeist durch bessere Vertheilung und Gruppirung des Stoffs sich auszeichnende Auflage der beiden ersten Bände versandt wurde, schien den berechtigten Ansprüchen des Verfassers günstiger zu werden. Bald zu Anfang des Jahres hatte Freund Beseler die Wegberufung des Greifswalder Philologen Urlichs zu Duncker Gunsten zu benutzen sich mit Erfolg bemüht; im Mai konnte er melden, daß die philosophische Facultät einstimmig, und mit ihr das dortige Curatorium beantragt habe, die Urlichssche Professur in eine philologische und historische zu theilen und die letztere dem Verfasser der Geschichte des Alterthums zu übertragen. Gleichzeitig hatte man auf Sybels Rath in Bern an Duncker gedacht, und nur einen Monat später wurde wegen Annahme einer Professur auch von Basel aus eine private Anfrage an ihn gerichtet.

Die Aussicht nach Bern hatte wenig Verlockendes für Duncker. Der gemäßigte Mann hätte dort einen harten Stand gegen die Radicalen gehabt. Hatte er doch sogleich einen verläumderischen Angriff Jacob Venedeys öffentlich zurückzuweisen, der sich gleichfalls Hoffnungen auf die Berner Stelle gemacht hatte. Die Berner erleichterten dann dem radicalen Historiker den Rückzug, indem sie nicht für Duncker, sondern für Venedeys Parteigenossen Hagen sich entschieden. Denn für Duncker zwar trat die philosophische Facultät mit allem Nachdruck ein, für Hagen dagegen warb die Vogtsche Partei, und im Regierungsrath, bei dem die Entscheidung war, gab, bei Stimmengleichheit der conservativen und der radicalen Mitglieder, das Votum des Präsidenten für den Candidaten der Letzteren den Ausschlag.

Noch schwebte die Berner Sache, als Ende Juni von Basel der officielle Ruf kam. Für Basel sprach viel mehr. Man hatte sich dort ausschließlich für Duncker entschieden; man warb eifrig um ihn; man erhöhte den bisherigen Gehalt der Stelle; man war bereit, von der mit derselben verbundenen Verpflichtung zu einer größeren Anzahl von Lehrstunden am Gymnasium Abstand zu nehmen. Lebhaft bewegte Duncker die Frage, ob dort für ihn und seine Frau ein geeigneter Lebensboden sein werde, ob er, auch bei dem freundlichsten Entgegenkommen der Collegen, zu den vornehmen, geldstolzen und in sich abgeschlossenen Baseler Patriciern ein Verhältniß werde gewinnen können. Und doch wiederum: war nicht eine Veränderung seiner Lebenslage unter allen Umständen wünschenswerth? sollte er sich um der nur allzu unsicheren Aussicht auf die Greifswalder Professur willen die Schweizer gänzlich verschlagen? Er schwankte lange und erbat sich endlich noch Ende August eine vierwöchige Bedenkzeit. Mit zu grellen Farben indeß hatte ihm Mathy — und der mußte es wissen — die harte und eigensüchtig rechnende Art der Schweizer geschildert, als daß nicht die Heimathsliebe den Sieg hätte davontragen sollen. „Obwohl", so antwortete er endlich am 30. September auf das Drängen der Baseler, „obwohl meine Aussichten hier schlechter stehen als jemals, habe ich es nicht über mich gewinnen können, die Verbindungen zu lösen, die mich auf dem undankbaren Boden Preußens festhalten".

Schlecht standen die Aussichten wirklich. Der Verfasser der „Vier Monate" hatte Personen ins Fleisch geschnitten: das war unverzeihlicher als wenn er das Institut der Monarchie untergraben hätte; er war ein „Gothaer", und während er daher von den Schweizer Radicalen verworfen worden war, so wurde er in dem officiellen Preußen übler angesehen und gründlicher gehaßt als die Rothen. Es war den Bemühungen Johannes Schulzes endlich gelungen, den Unterrichtsminister zu einem Schritte für ihn zu bestimmen. Wirklich hatte dieser bei dem Könige Dunckers Ernennung zum Ordinarius in Greifswald beantragt — der König jedoch hatte die Genehmigung des Antrags von einer Erklärung abhängig gemacht, die man von dem Anzustellenden über seine politische Haltung erwarte. Vor eine Zumuthung dieser Art

gestellt, erwog Duncker einen Augenblick, ob er nicht den Gelehrten dem Politiker opfern und sich mit einem Ruck von diesen peinlichen, ja unwürdigen Rücksichten losmachen, sich frei auf die eigenen Füße stellen solle. Eben damals schwebten die Verhandlungen wegen Gründung oder Erwerbung einer Zeitung zum Dienste der nationalen Sache. Schon wiederholt hatte er seine Person mit diesem Unternehmen in Verbindung gebracht: jetzt trat er ernstlich der Frage näher, ob er sich nicht als Journalist, als Leiter eines großen Organs eine neue Existenz gründen solle, allenfalls in der Weise, daß er damit eine Uebersiedelung an die Berliner Universität verbände. Indeß, es war schon durch die buchhändlerischen Schwierigkeiten dafür gesorgt, daß ein Unternehmen, dem die Regierung um so eher ein Ende gemacht haben würde, je besser und consequenter es im Sinne der constitutionellen Partei geleitet worden wäre, unterblieb. Dunckers beste Freunde hatten in richtiger Erkenntniß dieser Sachlage ihm ebenso entschieden von jenem Verzweiflungsschritt abgerathen wie sie ihm zu der Abgabe der ihm angesonnenen Erklärung, von der sie glaubten, daß sie nicht als ein Versprechen künftigen politischen Wohlverhaltens, sondern nur als eine mit voller Wahrhaftigkeit wohl zu vereinende Formalität gemeint sei, zuriethen.

In dieser Voraussetzung jedoch hatten sie sich gründlich geirrt. Duncker gab die Erklärung wie er sie allein zu geben im Stande war, offen und wahr, männlich und freimüthig vom ersten bis zum letzten Satze. Er hätte vor einer Versammlung, der er sich zur Wahl in die Kammer hätte vorstellen wollen, nicht anders über seine politische Richtung sprechen können als er es gegenüber dem Minister that. Er bekennt sich zu seinen preußisch-monarchischen Gesinnungen, zu seinen Hoffnungen, die er für Deutschland auf Preußen gesetzt. Er bezeichnet sich als einen Gegner französischen Staats- und Kammerwesens, als einen Anhänger der Gedanken des Freiherrn von Stein. Mit gehaltenem Selbstgefühl, ungern und widerstrebend, gedenkt er seiner Haltung und Thätigkeit während der Ereignisse von 1847 und 48, — wie er in Frankfurt auf der Seite derjenigen gestanden, die den Strom der Revolution aufzuhalten bemüht gewesen und in der Krisis vom November 1848 entschieden für die Sache der Ordnung und der Monarchie

eingetreten sei. Er bringt seinen Frankfurter Bericht über die Oberhauptsfrage in Erinnerung. Und nun, auf seine Thätigkeit als Mitglied der zweiten preußischen Kammer übergehend, erläutert er dieselbe dahin, daß sie ganz von dem Gesichtspunkte geleitet gewesen sei, „das Umschlagen der revolutionären Bewegung in eine reactionäre zu verhindern". „Diejenigen", so fährt er fort, „welche bei uns zu dem bezeichneten Extrem drängten und drängen, sind sich vielleicht selbst darüber nicht klar, ob es ihr eigenes, im gegebenen Falle mißverstandenes Interesse, oder das Interesse des Thrones und des Staates ist, welches sie treibt. Ich durfte die Warnungen der Geschichte nicht außer Acht lassen, welche ernste Gefahr den Kronen daraus erwachse, wenn ihr erhabener Standpunkt zum Deckmantel für die Verfolgung besonderer Standesinteressen benutzt, ihre über die Gesammtheit übergreifende und schützende Stellung zur vorzugsweisen Beschützung eines Standes herabgezogen wird. Die moralische Autorität der Regierung — gewiß der wichtigste Theil der Regierungsgewalt — schien mir gefährdet, wenn nicht das, was verheißen war, was durch die ganze Geschichte Preußens seit dem Jahre 1807 unzweideutig angezeigt war, in großem und freiem Sinne ausgeführt wurde". — — „Für Preußen ist, soviel ich sehen konnte und sehen kann, die Machtfrage von der Verfassungsfrage nicht verschieden. Seitdem einmal die kleineren Staaten in Deutschland ihre Verfassungen erhalten hatten, hatte Preußen zu dem Primat der Waffen und der Wissenschaft noch einen dritten Primat hinzuzufügen: den eines gesunden, wohlgeordneten öffentlichen Lebens. Die kleinen Staaten müßten sich um so williger ihrem natürlichen Schwerpunkte anschließen, sobald sie auch in Ansehung der sogenannten Freiheitsfragen nichts mehr voraus hätten. Warum sollte sich Preußen ein Mittel der Macht versagen, welchem Oesterreich bei der Natur seines Staates kein Gegengewicht zu geben vermag?"

So verlief die Erklärung in eine Denkschrift, ja in eine belehrende Mahnung an die Regierung und an den höchsten Inhaber der Regierungsgewalt. Man hatte etwas wie einen Widerruf erwartet und jedenfalls keinen Rath begehrt. Herr v. Raumer erwiderte, daß die Erklärung „nicht Vertrauen erweckend" sei — und die Sache war zu Ende.

Duncker war vollkommen auf diesen Ausgang gefaßt gewesen. Das Jahr hatte ihm eine Reihe von Aussichten nur gezeigt, um sie alle wieder verschwinden zu lassen. Zugleich mit der Verdüsterung der allgemeinen verdüsterte sich seine persönliche Lage. Es war ihm eine Genugthuung gewesen, daß wenigstens in seiner unmittelbaren Nähe die Saat liberaler Gedanken und standhafter Gesinnung, die Keiner wie er durch Belehrung und Beispiel ausgestreut hatte, der Ungunst der politischen Witterung noch immer Stand gehalten hatte. Jetzt — er kehrte eben von einem nur vierzehntägigen Erholungsaufenthalt in Wernigerode zurück — sollte er erleben, daß auch dort die rückläufige Strömung durchdrang. Wie eifrig er schon im Laufe des Sommers für die im September stattfindenden Neuwahlen im Interesse der constitutionellen Partei thätig gewesen war: die Wahl für Halle und den Saalkreis ging unter so ungünstigen Verhältnissen vor sich, die Organisation der Gegenpartei war so geschickt geleitet gewesen, daß zum ersten Male der Wahlkreis für die Constitutionellen verloren ging!

Lücken und Verluste anderer Art kamen dazu. Von außen traf eine Trauerbotschaft nach der anderen ein. Noch vor dem Abschluß einer mit Duncker verabredeten Flugschrift, die mit den Doctrinen der Kreuzzeitung Abrechnung halten sollte, war v. Soiron am 6. Mai 1855 von einem jähen Tode überrascht worden. Nicht volle drei Monate später hatte Mathy das traurige Ende Bassermanns zu melden. Ein allernächster Freund, ein unvergleichlich treuer Mann, Dunckers Berather in wissenschaftlichen Dingen und der wieder in praktischen Dingen bei ihm Rath und Stütze fand, der Hallische Philolog Meier starb am Schlusse des Jahres. Daß im nächsten Jahre Karl Schwarz, der ähnlich wie Duncker unter dem Druck der Mißliebigkeit litt, einem Rufe des Herzogs Ernst nach Gotha folgte, dazu hatte er selbst geholfen —: nur er blieb an die alte Stelle gefesselt, die ihm so immer einsamer, immer ärmer an Freunden wurde. Mit der Bürgerschaft hatte er — der Ausfall der Wahlen bewies es — nicht mehr die Fühlung wie früher. Die Universitätscollegen waren ihm in der Mehrzahl feindlich oder verhielten sich wenigstens abwehrend. Entfremdet waren ihm die Studenten; kaum einer oder der andere, der sich ihm enger angeschlossen, keiner, von dem er sich hätte rühmen können,

daß er ihm einen entscheidenden Stoß für seine wissenschaftliche Richtung gegeben habe.

Einzig seine gelehrte Arbeit und die litterarische Anerkennung, die dieselbe fand, gereichte ihm unter diesen Umständen zum Trost und zur Freude. Ehrenvoll ohne Zweifel erschien ihm die zuerst durch seinen ehemaligen Bonner Studiengenossen Geheimen Legationsrath Dönniges an ihn gerichtete Anfrage, ob er, „der ausgezeichnete Kenner der alten Geschichte und der in seltenem Grade das Talent klarer, plastischer Darstellung besitze", bereit sei, für König Maximilian von Bayern ein Exposé der alten Geschichte zu verfassen. Noch im December 1855 wurde durch Franz Löher die Anfrage wiederholt; allein, von Publicum und Verleger gedrängt, hatte er beide Male, nur bei Gewährung eines längeren Aufschubs dem Antrage entsprechen zu können erklärt, und so war die Sache ohne Folge geblieben.

Bis zum Juni 1856 beschäftigte ihn die Arbeit an seinem Dritten Bande. Es galt, nun auch die älteste Geschichte von Hellas mit festen Zügen zu zeichnen und der verworrenen Tradition auch hier, ganz anders als es noch je geschehen, auf den Grund zu blicken. Die schwierigsten und verwickeltsten Fragen waren auf Schritt und Tritt zu lösen gewesen, und gleich schwierige und verwickelte erwarteten ihn bei der Fortsetzung. Um in dieser Weise weiterarbeiten, um sich einmal ausschließlicher dem Werke widmen zu können, auf das allein er jetzt die Hoffnung für seine Zukunft setzte, das allein ihm Ehre und Erwerb sicherte, erbat er unter Hinweis auf seine angegriffene Gesundheit von dem Minister eine Gunst, die ihm nicht versagt werden konnte. Er erhielt einen halbjährigen Urlaub und verlegte für die Sommermonate des Jahres 1856 mit seiner ganzen Häuslichkeit seine Studirstube nach dem in der Nähe von Reinhardsbrunn gelegenen Tabarz.

Dem Werke wie dem Verfasser gedieh der Aufenthalt in dem bescheidenen Försterhause vortrefflich. Immer doch fand sich bei allem Fleiß zu einem Waldspaziergange oder einer Bergbesteigung Zeit. Erfreuliche Besuche aus Berlin und Halle, aus Gotha und Weimar unterbrachen gelegentlich die Einsamkeit, und die Nähe des herzoglichen Hofes in Reinhardsbrunn erleichterte die Erledigung der wenigen Geschäfte politischen Betriebes, die in diesen

trüben und ſtillen Zeiten übrig geblieben waren. Wiederholt fand der zuverläſſige Parteimann bei dem herzoglichen Paare die ehrenvollſte Aufnahme, während er mit dem ſtets vortrefflich unterrichteten Freunde Sammer politiſche Anſichten, Klagen und Projecte austauſchen durfte. Wie gern hätte der Herzog, wenn er einen Weg dazu gewußt hätte, von ſich aus die Zurückſetzung gut gemacht, die ſein wackerer Profeſſor in Preußen erfahren hatte! Es war im Werke, die Gothaer höheren Lehranſtalten, Gymnaſium und Realſchule zu centraliſiren und einen Oberdirector dafür anzuſtellen. Nur zweifelnd wurde der Gedanke erwogen, ob dies für Duncker eine annehmbare Stellung ſein könne. Um ihm auf alle Fälle ein Zeichen ſeiner freundſchaftlichen Geſinnung zu geben, verlieh ihm der Herzog, nachdem er zuvor faſt ſchüchtern bei dem Empfänger darum angefragt hatte, das Verdienſtkreuz des Erneſtiniſchen Hausordens.

Noch auf andere Weiſe machte das Glück einen vergeblichen Verſuch, den Zurückgeſetzten zu entſchädigen. Mathy betrieb von Berlin aus, wo er ſeit dem Frühjahr 1855 bei der Hanſemannſchen Discontobank angeſtellt war, die Gründung einer Gothaer Privatbank. Um, wie er ſchrieb, auf ſeinen Fahrten nach Gotha gute Geſellſchaft zu haben, bewirkte er den Eintritt des Halliſchen Freundes in den Verwaltungsrath der neuen Gothaer Bank. Der Freund hatte es ſehr gut damit gemeint, und dem Inſtitut hatte er einen Mann zugeführt, der das Alkibiadiſche Lob: durch Gold weniger verwundbar als Ajax durch das Eiſen, trotz Sokrates verdiente. Die nicht eben häufigen geſchäftlichen Verhandlungen wurden von dem Neuling mit Ernſt und Nachdruck betrieben, ohne ihn ſehr zu beläſtigen. Klingenden Gewinn hat ihm die Sache in keiner Weiſe gebracht; er war froh, ſich ihr wieder entziehen zu dürfen, als ihn im Jahre 1857 ein günſtiges Geſchick viele Meilen weiter von Gotha verſchlug.

Denn endlich doch drang der Ruf ſeiner gelehrten Arbeit und deren Verdienſt durch.

Neu gekräftigt war er während des Winters von 1856 auf 57 an die Vollendung ſeines Vierten Bandes gegangen; denn an den Tabarzer Aufenthalt hatte ſich noch eine Schweizer Reiſe in Begleitung ſeiner Frau angeſchloſſen, wobei er, zurückreiſend, auch

Heidelberg und Bonn berührt, Gagern aufgesucht und sich mit Bunsen begegnet hatte. Nun war wieder Sommer geworden. Eine Sommerwohnung nahe bei Halle, auf der Höhe des weiland Reichardtschen Parks, oberhalb des Bades Wittekind, mußte diesmal als Ersatz für den vorjährigen Waldaufenthalt dienen. Es war ein heißer Weg, den er von hier in der Mittagshitze zu seinem Auditorium zu wandern hatte: aber dafür hatte er die Freude, in der für dies Semester gewählten Vorlesung über die Befreiungskriege eine viel zahlreichere Zuhörerschaft vor sich zu sehen als er seit lange gewohnt war, und daneben rückte Band 4 rüstig vorwärts hinter den grünen Sommerläden seines stillen Studirzimmers. Auf der Terrasse des Gartens sammelte sich damals fast allabendlich um Max und Lotte ein kleiner Kreis anhänglicher Menschen. Die Erinnerung an diese gastlichen Stunden ist den Besuchern doppelt werth geblieben, da sie sich nicht wiederholen sollten. Im Juli wurde es bekannt, daß Duncker einen ehrenvollen Ruf nach Tübingen erhalten habe, und Keiner, der einigermaßen die Lage des Freundes durchschaute, die am wenigsten, die ihn am liebsten behalten hätten, konnten zweifelhaft sein, daß er denselben annehmen müsse.

9.

Im Schwabenlande.

Durch Fallatis Tod war an der Univerſität Tübingen die Profeſſur für politiſche Geſchichte, Völkerrecht und Theorie der Statiſtik erledigt. Man wünſchte bei der Wiederbeſetzung der Stelle das Hauptgewicht auf die Vertretung der politiſchen Geſchichte, beſonders der neuen Zeit zu legen, ſo zwar, daß der zu Berufende womöglich das ganze Gebiet der Geſchichtswiſſenſchaft umfaſſe und ſo nicht bloß für die ſtaatswiſſenſchaftliche Facultät, der die Profeſſur eigentlich angehörte, ſondern für die ganze Univerſität Wirkſamkeit habe. So faßte vor Allem der damalige Chef des Württembergiſchen Cultusminiſteriums, Rümelin, die Sache auf. Er war es, der ſeiner Ueberzeugung, daß der rechte Mann dafür in dem Verfaſſer der Geſchichte des Alterthums zu finden ſei, nachdrücklich Gehör verſchaffte und die Berufung des ehemaligen Frankfurter Parteigenoſſen auch gegen abweichende Anſichten des akademiſchen Senats durchzuſetzen verſtand.

Nach Tübingen gehen, hieß ja nun freilich aus Preußen gehen. Allein Württemberg war nicht die Schweiz. Gewiß war es Duncker ſeiner Heimathsliebe ſchuldig, daß er noch eine Anfrage an ſeinen Gönner Schulze richtete, ob irgend eine Ausſicht ſei, daß man ihn in Preußen halten werde: die Antwort ließ deutlich erkennen, daß von dem preußiſchen Cultusminiſter nichts zu erwarten ſei. Auf der anderen Seite ging man in Tübingen und Stuttgart bereitwillig auf Dunckers Bedingungen ein, verzichtete namentlich auf die eigentlich von ihm zu übernehmende Verpflichtung des Haltens

von Vorlesungen über Statistik. Auf Annahme lautete, wie gesagt, auch der Rath der Freunde, wobei es nicht unausgesprochen blieb, daß der Abschied kein Abschied auf immer sein werde, ja daß man hoffe, die Rückkehr nach Preußen werde unter Verhältnissen erfolgen, die den Gegnern zur Beschämung gereichten. Hatten doch die bei der Anwesenheit des Königs in Halle, gelegentlich der Herbstmanöver, hervorgetretenen Anzeichen eines schon weit vorgeschrittenen körperlichen und geistigen Leidens Alle darauf vorbereitet, daß für Preußen in nicht ferner Zeit eine entscheidende Veränderung bevorstehe.

Bestimmt, klar und offen hat Duncker selbst sich über die Beweggründe seines Entschlusses ausgesprochen. So zunächst bei dem Abschiedsfest, das dem Scheidenden seine Hallischen Anhänger veranstaltet, und zu dem auch die Leipziger Freunde, Gustav Freytag und Julian Schmidt, mit denen man stets gute Nachbarschaft gepflogen, sich eingefunden hatten. Er erwiderte die an ihn gerichtete Ansprache, indem er auch sein Scheiden aus der Stadt, der er durch die nächsten und engsten Familienbande, durch die erprobtesten Freunde, durch die Gemeinschaft der Gesinnung angehöre, als „einen gebotenen Act der Pflicht" faßte. Der Pflicht zunächst gegen seinen akademischen Beruf, in dessen Ausübung er hier mit unüberwindlichen Hindernissen zu kämpfen gehabt habe. Die Hochschule, an der er achtzehn Jahre hindurch thätig gewesen, habe „niemals ein Wort für ihn gehabt"; in einer untergeordneten Stellung zurückgehalten, habe er zwar mannigfache Anregungen geben, aber eine nachhaltige und stetige Wirkung, die Bildung einer Schule, nicht erreichen können. Aber auch seiner Bürgerpflicht widerstreite der von ihm gefaßte Entschluß nicht. „An der Entwickelung der preußischen Verfassung", so waren seine Worte, „sowie andererseits an der Ueberwindung des Separatismus des Stämme hängen die Geschicke der deutschen Nation. Die Arbeit daher an der Einigung Deutschlands ist fortan nicht an Einen Ort gebunden. Der wahre preußische Patriotismus kann sich auch außerhalb Preußens sehen lassen, und ich bin nicht gemeint, auf denselben zu verzichten".

Noch andere ihn bewegende Gedanken aber vertraute er einem Schreiben an, welches er zugleich mit der Uebersendung seines

eben fertig gewordenen Vierten Bandes an die hohe Frau richtete, deren einflußreicher Theilnahme er bei seinem Weggange aus Preußen nicht entrückt zu werden wünschte. Ihr gesteht er, daß er selbst den Beruf des akademischen Lehrers aufzugeben sich entschließen könnte, sobald sein näheres Vaterland ihm eine andere Stellung böte. Schon in Halle habe ihn bis zum Jahre 1855 der Einfluß, den er auf die dortige Bürgerschaft geübt, für den mangelnden Einfluß auf die Studirenden in gewissem Maße entschädigt; über die Heimath hinaus zu wünschen habe ihn erst der Sieg vermocht, den bei den Wahlen jenes Jahres die Polizei davongetragen habe. Und er deutet an, welche Stellung es gewesen sein würde, die ihn in Preußen hätte festhalten können. „Den Interessen und Studien des Historikers ist die auswärtige Politik verwandt genug. Die auswärtige Politik bildet geradezu den schwierigsten und gefährlichsten Punkt der preußischen Staatsleitung. Gerade diese ist unausgesetzt der Gegenstand meiner Aufmerksamkeit und meiner Forschungen gewesen. Ihre Versuche und Wechsel, ihr Gelingen und Mißlingen liegen mir seit den Zeiten des zweiten Friedrich ziemlich klar vor Augen, und ich würde hie und da vielleicht einen sachkundigen Rath zu ertheilen vermocht haben. Aber es verstand sich von selbst, daß unter der gegenwärtigen Leitung von einem Rathe meinerseits nicht die Rede sein konnte". — „Als Lehrer der Politik und Geschichte", so schließt er, „hoffe ich auch in Schwaben für Preußen arbeiten zu können, und ich gedenke dort Abschnitte der neueren preußischen Geschichte zum Gegenstand meiner Arbeiten machen zu können, welche, indem sie die Vergangenheit schildern, auch Licht über die Zukunft verbreiten. Jedenfalls bin ich bereit, auf jede Frage, welche mir vorgelegt werden könnte, auch von Tübingen aus durch gewissenhafte Denkschriften zu antworten".

Zwei Seelen, sieht man, lebten in ihm, die des Politikers und die des Mannes der Wissenschaft, und um den letzteren wieder stritten sich die alte und die neuere Geschichte. Daß er von der politischen Seite in Tübingen mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde, verhehlte er sich nicht; er war gefaßt darauf, daß man dem Preußen, dem geborenen Berliner, ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen werde. „Aber ich komme", schrieb er, „in

dem guten Vertrauen, daß es mir gelingen soll, dies Mißtrauen zu überwinden und einige Propaganda bei Ihnen für die Liebe zur Geschichte, für eine verständige politische Anschauung, unserer deutschen Dinge insbesondere, zu machen". Daß so seine Absicht sei, daß er sich als einen patriotischen Missionär betrachte, verhehlte er auch dem Häuflein von Zuhörern nicht, die er vor sich fand, als er am 9. November 1857 seine Vorlesung über die französische Revolution eröffnete. Die nothwendige Einigung des deutschen Südens und Nordens bildete das Hauptthema seiner Einleitungsrede. „Unserer nationalen Gliederung", in diese Sätze lief dieselbe aus, „fehlt der starke Leib, die politische Einheit, welche die Mannigfaltigkeit der Anlagen und des Lebens in einen Brennpunkt sammelt und diese Fülle zu einem wirklichen Besitz zusammenbiegt. Unsere Stämme stehen politisch nebeneinander, sie haben seit zwei Jahrhunderten ihre besondere Geschichte und dadurch ein verschiedenes Selbstgefühl erhalten. Der hierdurch bedingten Gefahr der Isolirung muß in jeder Weise vorgebeugt werden. Für den Mangel der realen muß zunächst Ersatz gesucht werden in der idealen Einheit. Je mehr uns das feste politische Band abgeht, um so dringender ist die Pflicht gegenseitigen Vertrauens, um so bestimmter die Aufgabe, Vorurtheile und Antipathien niederzukämpfen, und ein erwünschtes Mittel zu dieser Ausgleichung wird eine nahe und dauernde persönliche Berührung sein". In dieser Hoffnung will der Vortragende sein Werk beginnen.

Die Hoffnung war keine vergebliche. Sowohl in geselliger Beziehung wie in seiner Lehrthätigkeit lebte sich Duncker aufs Glücklichste in Tübingen ein. Nie vielleicht hat ein Norddeutscher an der Württembergischen Universität eine gleich geachtete Stellung eingenommen.

Sogleich die ersten Eindrücke waren die günstigsten. „Tübingen," so schrieb er bald nach seiner Ankunft an die noch in Halle weilende Gattin, „machte mir ein sehr freundliches Gesicht, und die Leute waren noch liebenswürdiger als die Sonne und die Berge". „Sie sind", heißt es ein paar Tage später, „rührend gut gegen mich und legen es darauf an, mich fest zu fassen. Es sind junge, frische, tüchtige Gesellen darunter, und auch die Alten sind unverwüstet

und stramm. Es ist eine Freude, Uhland und Baur zu sehen. — — Lang oder kurz: es wird hier eine schöne, freudvolle Zeit für uns sein." Als dann vollends seine geliebte Lotte, die sich schwerer noch als er von den Hallischen Verhältnissen, am schwersten von dem nun einsamen Vater gelöst hatte, ihm nachgekommen war, umfing die Beiden ein Heimathsgefühl, als wenn sie schon längst dorthin gehört hätten. Schon die prächtig gelegene Wohnung trug zum Behagen bei. Während er in seiner Hallischen Stadtwohnung, in dem alten Familienhause, einem Eckhause zwischen zwei aufeinanderstoßenden engen Gassen, beim Aufblick von seiner Arbeit durch die einförmige Wand eines klösterlichen Gebäudes trostlos gelangweilt wurde, so konnte er hier aus seinem Studirzimmer das Schloß auf waldiger Höhe liegen sehen; nach der anderen Seite zeigten sich dem Blicke die Vorhöhen der rauhen Alp. Nur der Garten seines Wirths trennte die Wohnung von dem Fluß. Der der Straße zugekehrten Rückseite der Wohnung gegenüber lag der mit Gärten bedeckte Oesterberg, an den sich, nur wenige Schritte entfernt, Uhlands Haus lehnte. Um nach dem Dorfe Lustenau zu gelangen, konnte man fast unmittelbar von dem Hause einen Wiesenpfad betreten, der durch ländliche Grundstücke und Gärten weiterführte. Alles hatte einen idyllischen Anstrich — das idyllische Aeußere stimmte zu der veränderten Lebenslage.

Und dazu: welch' ein reicher Umgangskreis! In Halle hatte Alles die Farbe der Partei. Der Parteizusammenhang hatte dort die Freundschaften fester und enger, aber auch die Feindschaften härter und verbitterter gemacht. Hier stand die Politik in zweiter Linie. Zu sehr in zweiter Linie, als daß dem ganz in politischen Gedanken Lebenden dies Element nicht hätte fehlen sollen. In Tübingen fand er, da ja Freund Rümelin in Stuttgart lebte, nur etwa in dem jungen Römer einen Gesinnungsgenossen, mit dem sich über die öffentlichen Dinge wirklich reden und nicht bloß kannegießern ließ. Begreiflich, daß er klagte: „ich kann hier keine Politik treiben außer in den Vorlesungen". Aber wenn auch: — es war doch hier eine ansehnliche Zahl von Männern und Frauen beisammen, die durch Charakter, Begabung, Bildung und Leistungen einen hohen Rang einnahmen. Eine eigentlich preußenfeindliche Stimmung war eben jetzt, in den Jahren 1857 und 58

nicht vorhanden, und einem Manne, wie Duncker, gegenüber konnte die süddeutsche Meinung, der Norden halte sich schlechthin für überlegen, der Preuße dünke sich klüger als der Schwabe, nicht aufkommen. Er hatte in der That den Parteimann hervorzukehren weder Anlaß noch Versuchung; bald stand er mit Particularisten, Großdeutschen, Demokraten — wenn es deren unter den Collegen gab — in gleich freundschaftlichem Verkehr. Am meisten heimisch fühlten sich beide Dunckers in dem Hause des Oberbibliothekars Klüpfel, der ihm ein treuer, guter, allezeit hülfsbereiter Kamerad war, während beide in dessen Gattin, der Tochter Gustav Schwabs, der hochgebildeten Gehülfin der Arbeiten ihres Mannes, eine Frau von reicher Gemüths-, von überlegener Verstandes- und Charakterbildung verehrten. Sehr erfreulich fügte es sich, daß Mitbewohner des Hauses am Oesterberge der ehrwürdige Karl Meyer, der Genosse Uhlands und Kerners, und dessen liebenswürdige Töchter waren. Als treuster Jünger schloß sich dem norddeutschen Professor der grundgelehrte Germanist Holland an, da es denn jenem eine Freude war, daß er die Tübinger vermochte, der Gelehrsamkeit des schüchternen, unpraktischen und deshalb zurückgestellten Mannes gerecht zu werden und ihm zu einer leidlichen Stellung zu verhelfen. Von Jüngeren hielten sich zu Duncker und seinem Hause namentlich die Repetenten Ellwanger, Weizsäcker und Sigwart und, damals noch studirend, Rümelins Schwager Gustav Schmoller. Noch mit manchen anderen tüchtigen und erfreulichen Menschen brachten ihn theils wissenschaftliche, theils collegialische, oder, durch Vermittelung seiner Frau, auch musikalische Beziehungen zusammen. Die einfache häusliche Geselligkeit, die in Tübingen herrschte, war völlig im Geschmack der Dunckerschen Eheleute. Mit den Männern beim Schoppen zu sitzen, war er schon weniger gelehrig; doch verschmähte auch er nicht, dann und wann sich unter den gemüthlich plaudernden oder auch gemüthlich schweigenden Stammgästen in der „Post" einzufinden.

Wichtiger jedoch als Alles, daß er nun wieder volle Freude an seinem akademischen Berufe finden konnte. Nur wenig zwar betheiligte er sich an den Sitzungen und Arbeiten des Senats und der staatswissenschaftlichen Facultät. Daß er dieser und nicht der philosophischen Facultät angehörte, war seiner amtlichen Stellung nicht günstig. Nicht nur, daß seine nächsten Collegen seinen

wissenschaftlichen Interessen nicht unmittelbar nahe standen: auch der Frequenz seiner Vorlesungen that dieser Umstand Abbruch; denn dieselben mußten doppelt so hoch als die anderen honorirt werden, und dies hielt namentlich die Theologen von dem Besuche zurück. Und nichtsdestoweniger wurden sie mit jedem Semester besuchter. Bald hatte der neue Historiker einen vollen Hörsaal, dessen Zuhörerschaft sich aus Angehörigen aller Facultäten zusammensetzte. Zu den Studenten kamen Professoren, Mitglieder des Gerichtshofes und Verwaltungsbeamte — ein ausgewähltes Publicum, dessen Fleiß und begeisterte Theilnahme den an der Gleichgültigkeit der Hallischen Studenten erkalteten Eifer des Docenten zu neuen Anstrengungen herausforderte. Schon drängten Duncker und Humblot auf eine neue Auflage der beiden letzterschienenen Bände der alten Geschichte: — sie mußten sich gedulden, da die Vorlesungen die Zeit des Autors stark in Anspruch nahmen. Ein schönes Zeugniß für die Zuhörer wie für den Lehrer, daß dessen Katheberwirksamkeit in Tübingen einen so entschiedenen Umschwung erlebte! Gerade die Tugenden nämlich wußte man hier zu schätzen, die den Dunckerschen Vortrag so ganz eigen auszeichneten: die Ehrlichkeit und Sachlichkeit, die nüchterne Klarheit und den aus innerer Betheiligung erwachsenden sittlichen Ernst. Er hatte mit fliegender Feder die Vorträge für sich ausgearbeitet, um dann auf dem Katheder frei zu sprechen wie einer, der in seinem Stoff vollkommen zu Hause ist. Er sprach lebhaft, frisch von der Leber weg, niemals gewöhnlich, aber auch niemals künstelnd. Durchaus ließ er die Sache selbst für die Form sorgen, und eben dadurch kam bei seinem Vortrag der ganze Mann zur Geltung und Wirkung. Seine Schilderungen wirkten mehr durch knappes Hervorheben des Wesentlichen als durch Buntheit der Ausführung oder Glanz der Farbe. Ueberwiegend Erzähler, war er doch immer lehrhaft reflectirender Erzähler. Wer weniger Sinn für die Logik der Thatsachen, die er überall durchscheinen ließ, oder für die politische Moral der Ereignisse, die er in einzelnen Sätzen wirkungsvoll zusammenzufassen wußte, wer vor Allem das Bedürfniß ästhetischer Auffassung gehabt hätte, der hätte zuweilen über Trockenheit und Dürftigkeit klagen dürfen. Es waren eben andere Mittel als die der Phantasie und der Empfindung, durch

die er feſſelte. Er ſprach als Politiker von Politik, von militäriſchen Dingen als Militär. Vortrefflich gelang es dem erfahrenen Parlamentsmann, das Weſen, das Gegen- und Aufeinanderwirken, das Getriebe der Parteien in der franzöſiſchen Revolution anſchaulich zu machen. Seine beſondere Stärke aber war die Darſtellung militäriſcher Actionen, ſo daß z. B. ſeine meiſterhafte Beſchreibung der Schlachten bei Leipzig und Waterloo noch lange von den Zuhörern gerühmt ward. Eindringlichkeit und Behaltbarkeit erlangten ſeine Mittheilungen durch die klare und ſachliche Gliederung des Stoffes, die er durch geſchickte Recapitulationen noch mehr einzuſchärfen bemüht war. Den höchſten Werth aber endlich empfing ſeine Darſtellung durch das überall mitſprechende warme und ehrliche Gefühl, das ſicher wägende, von Erfolg oder Mißerfolg der Handelnden, von dem größeren oder geringeren Glanz der Erſcheinungen unbeirrte ſittliche Urtheil. So brach oft Geringſchätzung und Ekel gegenüber verächtlichen Eigenſchaften, Bewunderung vor den Tugenden männlichen Muths in ungeſuchten Wendungen und Schlägen der Rede durch und verdichtete auf einzelnen Punkten das Licht, in das er ſo Perſonen wie Parteien zu ſtellen ſich angelegen ſein ließ. —

Neben ſeiner Lehrthätigkeit verlor jedoch Duncker ſelbſtverſtändlich den politiſchen Horizont nicht aus dem Auge. Er hörte nicht auf, der homo politicus zu ſein, den er nur einſtweilen gegen den Lehrer zurückgeſtellt hatte. Gleich in dem erſten Hefte der neugegründeten, ſeit Januar 1858 erſcheinenden Monatsſchrift der Partei, der „Preußiſchen Jahrbücher", begrüßte er in dem Aufſatze „Preußen und England" die bevorſtehende Verbindung des preußiſchen mit dem engliſchen Königshauſe als den hoffnungsreichen Anfang einer Wendung der preußiſchen Politik, als den dynaſtiſchen perſönlichen Ausdruck der übereinſtimmenden Intereſſen beider Länder. Der durch eine hiſtoriſche Skizze geführte Nachweis, daß beide Staaten vereinigt emporgekommen und niemals ohne Schaden für beide ernſthaft getrennt geweſen ſeien, war das höfliche und loyale Gegenſtück zu dem ungeſtüm angreifenden und drängenden „Preußen und Rußland". Die politiſchen Lehren der neueren franzöſiſchen Geſchichte entwickelte der Artikel über Rochaus Geſchichte Frankreichs von 1814 bis 1852 im Märzhefte der Jahr-

bücher von 1859, ein Artikel, charakteristisch außerdem für die Anforderungen, die er darin an den wirksamen Vortrag geschichtlicher Dinge stellte und für die Methode, die er selbst in seinen Vorlesungen befolgte. Viel bedeutsamer aber der Aufsatz vom Juli 1858 über des Obersten Bluhm Broschüre „Die Politik der Zukunft vom preußischen Standpunkte". Man erinnert sich des Aufsehens, das diese Broschüre machte. Der Verfasser entwickelte, daß Preußen, gegenüber der drohenden Uebermacht Rußlands und Frankreichs, in denen sich die slawische und die romanische Race concentrire, die Freundschaft Oesterreichs und Englands suchen müsse, um so auch die germanische Race zu concentriren. Um diesen Bund möglich zu machen, müsse es auf Ausrundung bedacht sein; es müsse einestheils seine Grenzen bis an die Weichsel vorschieben, anderentheils das nördliche Deutschland bis zum Main erwerben, während das südliche Oesterreich zu überlassen sei. Die russisch-französische Gefahr nun erkennt auch Duncker an, wenn schon er von der Bluhmschen Racentheorie nichts wissen will; auch er findet die Allianz Preußens mit England und Oesterreich angezeigt, — nur daß Preußen nicht ausschließlich auf diese beiden Mächte angewiesen sei. Gegen die empfohlene Ausrundungspolitik jedoch scheint ihm schon die Verwandtschaft derselben mit der so unglücklich ausgeschlagenen Politik des Herrn v. Haugwitz zu sprechen. Unmöglich, so führt er weiter aus, könnte es ein Gewinn für Preußen sein, seine polnische Bevölkerung so beträchtlich zu vermehren. Die vorgeschlagene Theilung Deutschlands zwischen Oesterreich und Preußen vollends würde nur den Feinden beider Staaten Bundesgenossen in Deutschland schaffen. Nimmermehr auch würde Oesterreich dafür zu gewinnen sein; Preußen aber würde der Versuch, sich auf Kosten seiner kleinen Nachbarn zu vergrößern, eine Saat von Haß und Mißtrauen eintragen. Gewiß hat Preußen nach Verstärkung seiner Stellung zu streben, aber in keinem Falle gegen, sondern nur im Anschluß an die nationale Bewegung in Deutschland. Wenn gegenwärtig Preußens Recht in Deutschland verkannt wird, so sind das die Früchte des Systems von Olmütz, in welchem auf die Unterwerfung, jetzt, seit der Mission des Herrn v. Bismarck nach Frankfurt, eine Politik kleinlicher Rache und muthwilligen Widerspruchs gefolgt ist.

So, wohlgemerkt, sah mit vielen Anderen auch Duncker damals das Auftreten des Nachfolgers des Herrn v. Rochow, des dermaligen preußischen Gesandten an dem wiederbelebten Bundestage an. Sehr erbaut war er von einer anderen Schrift, die jetzt, mit seinem Artikel ungefähr gleichzeitig, unter dem Titel eines „Sendschreibens an den Politiker der Zukunft" erschien, und die, unter Ablehnung der Bluhmschen Ansichten und Rathschläge, sich namentlich gegen das Vorurtheil der Russenfurcht wandte und als die beste Politik der Zukunft eine Politik der freien Hand empfahl, die je nach der Lage der Dinge ihre Bundesgenossen zu wählen habe. Daß die Anschauungen des Herrn v. Bismarck von denen des Sendschreibers nicht eben sehr verschieden seien, davon hatte, davon konnte er damals keine Ahnung haben. Hier also fehlte ein Posten in seiner Rechnung; aber abgesehen davon: im Kern der Sache war ohne Zweifel seine in den Preußischen Jahrbüchern vorgetragene Meinung die richtigste und gesündeste. Preußen, dahin faßte er dieselbe zusammen, bedarf weder der Weichsellinie noch der Mainlinie, sondern nur des Bruches mit dem System von Olmütz, einer ehrlichen nationalen und constitutionellen Politik: es ist stark, sobald es sich nur auf sich selbst besinnt. Es hat dies vor allen continentalen Großmächten voraus, daß es zugleich Verfassungsstaat und Militärstaat ist. Sei es das nur recht, sei es nur wahrhaft preußisch: ebendamit ist es wahrhaft deutsch, und wird die deutschen Bevölkerungen, wie sehr sie ihm gegenwärtig grollen und nach Oesterreich hinüberneigen, von Neuem hinter sich haben.

Gleichsam das Programm für die politische Haltung der Preußischen Jahrbücher, zugleich eine Art Denkschrift, bei der er an die Adresse des Prinzen von Preußen gedacht haben wird, hatte Duncker mit diesem Aufsatz geschrieben. Eine Ergänzung desselben nach der Seite der inneren Politik war der — demnächst im Verlage von Duncker und Humblot besonders gedruckte — Vortrag „Feudalität und Aristokratie", mit dem er seinen Eintritt in den Tübinger akademischen Senat bezeichnete und den er vor der ganzen Universität und einem großen Publicum — auch die Damen der Stadt fehlten nicht — am 18. März 1858 hielt. Der Vortrag skizzirt auf Grund der Quellen und an der Hand der Werke von Hallam und Gneist

die Geschichte der Entwickelung der englischen Verfassung, um sie der ganz anderen Entwickelung gegenüberzustellen, welche die staatliche Ordnung auf dem Continent, in Frankreich und Deutschland, genommen. Das endliche Ergebniß dort die Herrschaft einer echten, mit den Interessen des Staats sich identificirenden Aristokratie, hier der Sieg des Fürstenthums über die Stände, und zwar in Frankreich zu Gunsten der nationalen Einheit, in Deutschland auf Kosten derselben. Hier wie dort der Adel der erste Stand, aber nicht, wie dort, im Dienste, sondern zum Nachtheil der übrigen Stände. Daher nun bildet den Kern der politischen Kämpfe in den Staaten des Festlandes seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts der Krieg der Bürger und Bauern gegen den Adel. In Frankreich nimmt derselbe die Richtung gegen den Thron als den Verbündeten des Adels und führt schließlich in verhängnißvollem Rückschlag zu der gleichen Bevormundung Aller durch den allmächtigen Polizeistaat. In dieser Weise — das ist die praktische Spitze, die unser Historiker seinen Auseinandersetzungen giebt — darf die Bewegung in Deutschland nicht enden. Daß sie anders ende, liegt in erster Linie in der Hand des deutschen Adels. Derselbe muß aus einer feudalen Kaste zu einer echten Aristokratie nach Art der englischen werden, muß auf Sonderrechte verzichten, um das Recht Aller zu vertreten, — widrigenfalls wird ihm kein vorübergehender Erfolg das Schicksal ersparen, bei Seite geschoben zu werden!

So war sein Glaubensbekenntniß oder doch ein Stück seines Glaubensbekenntnisses in Betreff der inneren Politik. Die Kreuzzeitung griff die Abhandlung in umfangreichen Artikeln an; auch von seinen eigenen Parteigenossen aber war der eine und andere nicht mit ihm einverstanden: der verbitterte Liberalismus gab ihm Schuld, daß er die politische Befähigung des preußischen Adels überschätze. Es war einstweilen eine theoretische Differenz: — dem preußischen Junkerthum selbst war es überlassen, sich auszuweisen, — und die Entwickelung der Dinge, die ihm dazu die Gelegenheit geben sollte, war im Gange. —

Große Wandlungen nämlich hatten sich mittlerweile in Preußen zu vollziehen begonnen. Bereits im October 1857 war der König durch seine fortschreitende Krankheit genöthig gewesen, seinen Bruder

zu seinem Stellvertreter zu ernennen. Was wird weiter werden? Wie wird, wie müßte die Wendung vorbereitet werden, die mit dem Erlöschen Friedrich Wilhelms IV. sichtlich herannaht? Was muß von den Liberalen, den alten Gothaern, geschehen, um unter dem künftigen Herrscher eine Politik, wie sie noththut, herbeizuführen und selbst mit durchzuführen? — diese Fragen beschäftigten Duncker unaufhörlich, mit ihnen waren seine Briefe nach dem Norden angefüllt. Unmittelbar nach jenem Universitätsvortrag, Ende März 1858, trieb es ihn nach Berlin. Er hatte die Freude, sich hier zu lebhaftem Austausch mit seinen historischen Collegen, mit Waitz, Curtius, Adolf Schmidt, Droysen, Sybel zu begegnen, und war im Stande, sich allmählich durch Gespräche mit manchen Eingeweihten, auch mit der Prinzessin von Preußen, ein Bild der Situation zu verschaffen. Die Dinge standen nicht schlecht. Die zögernde Haltung des Prinzen, die ihm die Pietät gegen den kranken Bruder eingab, war natürlich, und in keiner Weise beunruhigend; es war Manteuffel nicht gelungen, sich bei ihm einzuschmeicheln; Rudolf v. Auerswald behauptete sich mit entscheidendem Einfluß. Mit solchen Eindrücken erschien Duncker auf der Rückreise nach dem Süden in Gotha, um hier, bei einer unter den Auspicien des Herzogs veranstalteten vertrauten Zusammenkunft die Freunde zu verständigen und mit ihnen Rath zu pflegen. Von Tübingen aus aber war er alsbald wieder bei der Hand, über die süddeutschen Stimmungen und Wünsche nach Berlin zu berichten und an einflußreicher Stelle Rathschläge für die nächste Zukunft zu entwickeln.

Der Sommer verging in unbehaglicher Erwartung. Die Dinge rückten nicht vor, sie standen still. Noch einmal konnte Duncker als Tübinger Professor Universitätsferien halten und in seinem geliebten Elgersburg eine ihm leider recht dringend nöthige Kur brauchen, noch einmal von dort aus sich Stelldicheins mit den Gothaer Freunden geben, zuletzt noch einige Tage in Mathys gastlichem Hause, das jetzt in Gotha stand, gemüthlichen Verkehr mit ihnen pflegen.

Erst der October 1858 brachte die Entscheidung. Der Prinz rechtfertigte das Vertrauen, das diejenigen, welche ihn am besten kannten, in seine ruhige Weisheit gesetzt hatten. Von drei Monat

zu drei Monat war bisher die Vollmacht, die ihn zum Stellvertreter des Königs gemacht hatte, erneuert worden. Jetzt bestand er selbst darauf, daß die Stellvertretung in die verfassungsmäßige Regentschaft verwandelt werde. Dem Rücktritt des Herrn v. Westphalen, des eigentlichen Trägers jener Repressivpolitik, die unser inneres Staatsleben so lange demoralisirt hatte, folgte der Sturz des Herrn v. Manteuffel, die Bildung jenes Ministeriums, an dessen Spitze der Prinz-Regent den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen berief, und dessen meiste Mitglieder durch ihre Vergangenheit die Bürgschaft gaben, daß eine neue Aera unseres Staatslebens angebrochen sei, ein Regiment, das sich durch die Ansprache des Regenten vom 8. November als ein Regiment der ehrlichen und besonnenen Reformen, der Gewissensfreiheit, der Achtung der Volksrechte und der festen und folgerichtigen, auf moralische Eroberungen zu stützenden Pflege der Macht und des deutschen Berufs Preußens ankündigte.

Mit ungetrübter Genugthuung begrüßte Duncker die Beseitigung des Mannes von Olmütz, — nur daß sich sogleich seine Blicke nach vorwärts richteten. Einen Augenblick war ja, bis in das demokratische Lager hinein, Mäßigung und Zurückhaltung die allgemeine Losung. Keiner nahm es ernster damit, keiner schärfte sie dringender ein als Duncker. „Der Prinz-Regent darf nicht durch vordringliche Forderungen und ungeduldiges Drängen erschreckt und brüskirt werden. Man darf den Männern der Kreuzzeitung nicht zum zweiten Male in den Sattel helfen. Die neue Regierung darf kein liberales Experiment, sie muß ein festes liberales System werden." Er begnügte sich jedoch nicht, dies überallhin auszusprechen: er legte in einer ausführlichen Denkschrift, deren Adresse nicht zu verkennen ist, wenn sie dieselbe auch nur auf einem Umwege zu erreichen bestimmt war, seine Gedanken über die große Wendung der Dinge und über die nächsten Erfordernisse der Lage nieder.

Es war das unmöglich ohne einen Rückblick auf die vorausgegangene Mißregierung, und so beginnt die Denkschrift mit einer Fortführung und Ergänzung der „Vier Monate", einem Sündenregister und einer Charakteristik des gestürzten ersten Ministers. Sie schildert das Verhalten desselben in der Unionspolitik, seine dem-

nächstige Nachgiebigkeit gegen die Eingriffe des Bundes in Kurhessen, Hannover, Luxemburg, Hamburg u. s. w., seine Anläufe und Rückzüge in der orientalischen, seine Niederlage in der Neuenburger Frage, und zeigt, wie die wenigen Erfolge, deren er sich etwa rühmen könne, gegen so viele Mißerfolge in die Wagschale geworfen, in die Luft schnellen. Sie erhebt die Anklage, daß alle diese auf Schmälerung des Ansehens Preußens in Europa, auf dessen Isolirung in Deutschland hinauslaufenden Schritte einzig dem Bestreben des noch vor Kurzem so mächtigen Mannes entsprungen seien, sich je nach Lage der Dinge den Stimmungen, den Einflüssen und Forderungen der Parteien, und zwar in erster Linie der feudalen Partei anzuschmiegen, um sich, was es auch koste, auf seinem Ministerposten zu behaupten. So treffend wie schonungslos ist die Ausführung, wie Herr v. Manteuffel mit unleugbarem Geschick allen Parteien zu beweisen versucht habe, daß er ihr Mann sei, wie er auf der einen Seite die Westphalen und Raumer habe schalten lassen und sich doch zugleich als Hort und Stütze der Verfassung, als denjenigen dargestellt habe, der das Land vor einem Ministerium Gerlach bewahre, wie er sich sogar den Demokraten als Alliirten gegen den gemeinsamen Feind, die Liberalen, annehmbar zu machen verstanden, ganz besonders aber auf seine Popularität bei den mittleren Bürgerklassen von Berlin Gewicht gelegt habe, sofern diese sich gewöhnten, in ihm nur den Wiederhersteller der Ordnung zu sehen. Vervollständigt wird das unerfreuliche Bild durch die Schilderung der Verlogenheit der Manteuffelschen Central-Preßstelle und der Zweizüngigkeit seiner eigenen öffentlichen Erklärungen, und nicht verschwiegen wird schließlich, daß durch Vorgänge wie der Techensche Depeschendiebstahl, durch die Gemeinschaft des Ministers mit so vielen unsauberen Geistern, auch seine persönliche Unbescholtenheit dem Publicum habe verdächtig werden müssen.

Wie, so frägt nach alle dem die Denkschrift, kann, trotz des Fortbestehens der Interessen und Tendenzen der Parteien, die unter dem gestürzten Regiment ihre verderblichen Einflüsse geübt, verhindert werden, daß Herr v. Manteuffel glückliche Nachfolger finde? — Die einzige Bürgschaft gegen diese Gefahr, so lautet die Antwort, besteht darin, daß der Souverän selbst mit

unverrückbarer Festigkeit die einmal eingeschlagene Richtung innehält und dadurch den Parteien jede Aussicht nimmt, ihr Spiel von Neuem beginnen zu können. Dazu aber ist erforderlich, daß er sich ausschließlich mit vertrauenswürdigen Rathgebern, mit Männern von bereits bewährter Gesinnung umgiebt: nur ein in sich einstimmiges Ministerium und eine analog zusammengesetzte Verwaltung können eine feste und starke Regierung gewährleisten.

Und Geist und Grundsätze, Aussichten und Ziele einer solchen Regierung werden sofort in bestimmtem Anschluß an die in Preußen gegebenen Verhältnisse erwogen. Nachdrücklich betont der Verfasser die starke Stellung des preußischen Königthums: mit gleichem Nachdruck jedoch die Unentbehrlichkeit des constitutionellen Systems. Es handelt sich, meint er, nur darum, dies System vor Ausschreitungen zu bewahren, und dazu ist es nöthig, die extremen Parteien genau im Auge zu behalten. Zuerst, und am sorgfältigsten, die feudale Partei mit ihrem amtlichen und gesellschaftlichen Einfluß, ihrem zur Schau getragenen Royalismus, der sie nicht gehindert hat, nach Macht auch gegen den Monarchen zu streben, — diese Partei, deren Führer gewandt in der Intrigue und zum Spiel mit dem Auslande geneigt sind, während die Gefolgschaft nur zu oft ihre Standesinteressen dem Staatsinteresse voranstellt. Es hat dagegen für den Augenblick viel weniger auf sich mit dem anderen Extrem, der demokratischen Partei. „Preußen" — so durfte Duncker im Jahre 1858 schreiben — „besitzt kein politisirendes Proletariat: nur durch die ärgsten Mißgriffe der Regierung könnte die Demokratie wieder zu einer Realität werden." Bürger und Bauern erstreben in erster Linie Schutz gegen die Uebergriffe der Verwaltung und der Polizei, sowie gegen die Rittergutsbesitzer; sie glauben diesen Schutz in der Verfassung zu finden, an der sie deshalb hängen, und ihre Forderungen sind mäßiger Natur. Der Schluß der Denkschrift erinnert an den Schluß von „Feudalität und Aristokratie". In der wirksamsten Weise, warm und beredt, faßt er alles Gesagte zusammen: „Preußen besitzt einen Bauernstand wie kein anderes Land in Europa, einen Bürgerstand voll Intelligenz, von seltener Rührigkeit und Arbeitskraft, eine Ritterschaft voll von den schätzbarsten Kräften für die Armee. Die bedenklichen Tendenzen in diesem Stande werden

verschwinden, sobald er nur eine feste Hand und einen festen Zug von oben her empfindet. Alle diese reichen Kräfte stehen bereit, einer Führung zu folgen, welche ihnen Gewähr bietet, einem in Deutschland und Europa geachteten Staate anzugehören. Das preußische Volk verlangt nichts mehr, als zu Anstrengungen aufgefordert, zu großen Aufgaben geführt zu werden."

Die allgemeine Lage des Welttheils enthielt so viel Zündstoff in sich, daß es an solchen Aufgaben nicht fehlen konnte. Während die neue Regierung in Preußen einen schweren Stand gegen die Hetzereien und Verdächtigungen der von der Macht verdrängten Partei hatte und nur langsam sich von den ihr widerstrebenden Elementen ihrer eigenen Beamtenwelt freizumachen verstand, zog sich am Himmel der europäischen Politik ein Gewitter zusammen, dessen erstes Zeichen die Neujahrsansprache des Kaisers der Franzosen an den österreichischen Gesandten war. Der von Cavour vertretene Gedanke der Befreiung und Einigung Italiens unter der Führung Sardiniens und das Bedürfniß Louis Napoleons, sich und seine Dynastie den Franzosen durch neuen Kriegsruhm und neue Erwerbungen annehmbar zu machen, hatte die beiden Staaten zusammengeführt und sie zu gemeinsamem Vorgehen gegen Oesterreich getrieben, dessen Herrschaft in Italien zu brechen der Ehrgeiz des großen piemontesischen Staatsmannes und die Sehnsucht aller Italiener war.

Welche Rolle hatte Preußen bei dieser Bedrohung Oesterreichs, bei dem immer wahrscheinlicher werdenden Ausbruch des Krieges zu spielen? Nach der Meinung der süddeutschen Politiker war dieselbe keine andere als die des unbedingten Eintretens für Oesterreich. Ungeduldig forderte man ein solches von dem ersten Augenblicke an, seit dem sich die feindseligen Absichten Napoleons enthüllt hatten. In Württemberg, auch in dem bisher so idyllischen Tübingen, geriethen die Gemüther in eine Bewegung, welche sich von Woche zu Woche steigerte bis zu fieberhafter Erregung, und welche rasch den günstigen Eindruck wieder verwischte, den die glückliche Wendung der inneren Politik in Preußen hervorgerufen hatte. Nicht sowohl, daß man sich positiv zu Oesterreich hingeneigt hätte: vielmehr man fürchtete für sich selbst. Nothrufe waren es, wenn man von den preußischen Kammern Demonstrationen, von

der preußischen Regierung Erklärungen verlangte: man fürchtete in erster Linie einen französischen Einfall vom Oberrhein, dem man schutzlos preisgegeben sein würde, und mit dieser Furcht verband sich die andere vor der Schmach eines in Aussicht stehenden Vasallendienstes für Frankreich.

Ganz anders natürlich beurtheilte Duncker das Gebot der Lage. Er war wesentlich mit der vorsichtig zurückhaltenden Vermittlerrolle, die Preußen mit England eingenommen hatte, einverstanden. Alle jene verlangten Erklärungen würden ja Oesterreich nur der unangenehmen Nothwendigkeit überheben, für Preußens Unterstützung Zugeständnisse zu machen. Es hieße das die verkehrte Politik des Jahres 1792 wiederholen; man nähme Oesterreich den Krieg ab und höbe ihn auf die eigenen Schultern; denn keine Frage: Napoleon würde sich lieber gegen den Rhein wenden, dessen Erwerbung in Frankreich populärer wäre als Italien. Oesterreichs Sache sei es, den Vermittler auf seine Seite zu ziehen. Wohl könne vielleicht durch preußische Erklärungen gegen Frankreich der Krieg überhaupt verhindert werden: aber wäre es wirklich richtig, ihn zu verhindern, den Angriff von Oesterreich abzuwenden, um, früher oder später, selbst das Hauptobject eines solchen zu werden? Nirgends anders als in Italien dürfe der Krieg zum Ausbruch kommen, damit Preußen Zeit und Raum habe, Deutschland zu besetzen und sich so seine Concessionen zu nehmen, falls Oesterreich sie nicht vorher geboten habe.

Auf der anderen Seite indeß verhehlte sich Duncker nicht, daß die zurückhaltende preußische Stellung des nationalen Schwunges entbehrte. Es schien ihm keineswegs gerathen, den Gegensatz jener preußischen Haltung gegen die süddeutsche Stimmung zu erweitern und dadurch die Süddeutschen mit Gewalt nach Oesterreich hinzudrängen; ihre nationale Gesinnung erkannte er als höchst werthvoll an, doppelt werthvoll ihren rheinbündnerischen Regierungen gegenüber. Höchst unklug fand er jene allzu preußischen Preßstimmen, die für Preußen laut und offen die Bundesfestungen und die deutsche Union forderten; ganz zweifellos zwar dürfe der Preis eines Eintretens in den Kampf kein anderer sein: nur um so weniger jedoch dürfe von diesem Preise gesprochen werden, wenn man die Regierungen Deutschlands nicht erschrecken, den Gegnern

den Vorwurf des preußiſchen Egoismus nicht in den Mund legen wolle.

Und ſo war er denn — er theilte dieſe Rolle mit anderen einſichtigen Preußenfreunden in Bayern und Württemberg — in aller Weiſe befliſſen, für Preußen in Süddeutſchland, für die ſüddeutſchen Anſchauungen in Preußen einzutreten, herüber und hinüber zu verſtändigen. Während er auf dem Katheder in ſeinen Vorleſungen über die Zeit von 1790 bis 1815 mit dem ganzen Nachdruck der Ueberzeugung den geſchichtlichen Beweis der deutſchen Miſſion Preußens zu führen bemüht war, wurde er nicht müde, im täglichen Geſpräch den vorwurfsvollen Befürchtungen und den ungeduldigen Wünſchen ſeiner Umgebung ſeinen guten Glauben an die preußiſche Regierung entgegenzuſtellen und die Freunde zu bedeuten, daß das, was für Oeſterreich der Kampf um eine Provinz, für Preußen ein Krieg um die Exiſtenz ſei. Und umgekehrt wiederum predigte er brieflich den gut preußiſch geſinnten Vertheidigern der Berliner Politik Achtung vor der nationalen Erregung des Südens. Es war gegen Ende März, als ihm Gelegenheit wurde, ſeine Anſicht von den Aufgaben und Ausſichten Preußens bei der dermaligen Verwickelung in einem Schreiben an den Prinzen Friedrich Wilhelm, den künftigen preußiſchen Thronerben, der ihm eben damals ein Zeichen huldvollen Gedenkens gegeben hatte, lichtvoll zu entwickeln. In dieſem Schreiben — dem erſten Denkmal einer perſönlich-politiſchen Beziehung zu dem Manne, dem er ſpäter ſo nahe treten ſollte — wird das Wünſchenswerthe einer Rückſichtnahme auf die ſüddeutſchen Stimmungen ſogar beſonders ſtark betont. Daß Preußen nicht ſofort für Oeſterreich in die Breſche getreten, daß es auch ſpäter, wenn der Angriff wirklich erfolgt ſein werde, nicht als Auxiliarmacht, ſondern durch einen ſelbſtändigen Krieg am Rhein ſeine eigenen zugleich mit den deutſchen Intereſſen zu wahren haben werde — darin vertritt auch jetzt der Verfaſſer des Schreibens den von Herrn v. Schleinitz, dem preußiſchen Miniſter des Auswärtigen, eingenommenen Standpunkt: zugleich jedoch kann er den Wunſch nicht unterdrücken, daß die preußiſche Regierung diejenigen Schritte, die zu thun in der Linie ihres bisherigen Verhaltens läge und die ihre einſichtigen Anhänger mit Ruhe zu erwarten wüßten, mit einer gewiſſen Dring-

lichkeit und Ostentation vollbrächte. „Dränge die preußische Regierung," so schließt er, „wie sie es ohne Zweifel unter der Hand bereits gethan hat, nur mit etwas mehr Geräusch als bisher, bei den einzelnen Regierungen auf Kriegsbereitschaft, ließe sie von ihren eigenen Kriegsvorbereitungen soviel transspiriren, daß man nicht mehr versucht sein könnte, dieselben auf das Maß einer bewaffneten Neutralität zurückzuführen, so würde die Stimmung der süddeutschen Bevölkerungen sich beruhigen, das Drängen nach Oesterreich würde aufhören. Auch die leitenden Personen würden größere Zuversicht zur Haltung Preußens gewinnen, und Preußen würde von selbst Mittelpunkt des bewaffneten Deutschlands werden."

Nicht lange mehr, und es sollte dem Schreiber vergönnt sein, solche Ansichten auch an maßgebender Stelle geltend zu machen.

Nur natürlich, daß seit dem Eintritt der Regentschaft seine Blicke sich wieder sehnsüchtiger nach der Heimath richteten. Wenn, wie in den ersten Tagen des Jahres 1859, seine Frau abwesend war, so empfand er die unpolitische Stille seiner Tübinger Existenz mit guter Laune zwar, aber doch mit der Laune eines Verbannten. Es wäre ihm recht gewesen, wenn auch nur in Jena, von wo man jetzt doch Droysen nach Berlin holen würde, ein Platz für ihn frei geworden wäre; Jena wäre Preußen doch näher als Tübingen! Bald war es nun freilich in Tübingen stürmisch genug geworden, und er hatte, wie wir sahen, vollauf zu thun, Oel auf die hochgehenden Wogen zu gießen: wenn es nun aber wirklich zum Kriege kam, — „wenn," so schrieb er an einen der Freunde, die schon längst daran arbeiteten, ihn an die richtige Stelle zu bringen, „wenn eine ernsthafte Prüfung unseren deutschen Landen beschieden sein sollte, so würde ich sehr unglücklich sein, mich nicht auf dem natürlichen Boden meiner Wirksamkeit zu befinden".

Die Freunde aber, die in solcher Weise für ihn um so eifriger arbeiteten, je mehr er selbst jedes directe Dazuthun verschmähte, waren seine alten Gothaer Mitverschworenen. Für Duncker's Zurückberufung hatte schon längst der auch bei dem Prinz-Regenten in wohlverdientem Ansehen stehende Baron v. Stockmar, der einflußreiche Rathgeber der englischen Herrschaften, zu geeigneter Stunde ein Wort hingeworfen: er achtete in Duncker den einsichtigen Politiker, den zuverlässigen Mann und warmen Patrioten, der zur rechten

Zeit an den rechten Platz gestellt werden müsse. Auch Herzog Ernst und seine Vertrauten waren jetzt, wo die rechte Zeit ja wohl gekommen sei, geschäftig, die Verwendung Dunckers in Berlin zu empfehlen. Sie hatten seine Rührigkeit und sein Geschick bei den Gothaer Preßbestrebungen erprobt; sie schätzten ihn als den Verfasser der „Vier Monate" und der Schrift über Preußen und Rußland; sie hatten lange gehofft, ihn an der Spitze eines großen liberalen Parteiorgans zu sehen. Sammer insbesondere glaubte daher der Sache sowohl wie dem Freunde keinen besseren Dienst leisten zu können, als wenn es gelänge, ihn für die Leitung der preußischen Regierungspresse heranzuziehen, die sich leider in den ungeschicktesten Händen befand, und ihrer Aufgabe, die Politik des neuen Ministeriums zu erläutern, zu vertheidigen, zu unterstützen, in keiner Weise gewachsen war. Es galt zunächst, Duncker selbst für den Gedanken zu gewinnen; allein diesen lachte derselbe gar nicht an. „Wie hoch ich die Männer ehre," so antwortete er dem wohlmeinenden Versucher, „welche gegenwärtig an der Spitze stehen, wie sehr ich ihre Anschauungen und ihre Grundsätze theile: — man kann, wie ich glaube, eine Politik nur dann wirksam vertreten, wenn man nicht ausschließlich auf ihre Apologie angewiesen ist." Und wiederum: „Für den Verzicht auf die Professur könnte ich nur in irgend einer Verwendung für die auswärtigen Dinge Entschädigung finden, für welche ich wenigstens eine ausreichende historische Grundlage mitbrächte und für welche ich, wenn ich mich richtig beurtheile, einigen Beruf habe." Er schreibt endlich, nur wenig später: „Es wäre hart für mich, den Stuhl Ryno Quehls (des Leiters der Manteuffelschen Regierungspresse) einzunehmen; ich würde mich, wenn ich die Garantie hätte, mich nur auf einem Durchgangsposten zu befinden, mit vielem Widerwillen dazu entschließen. Ich kann keine Politik vertheidigen, wenn ich nicht auf deren Leitung, tant soit peu, Einfluß habe, und zwar amtlicher Weise."

So stark war sein Gefühl gegen die Sache, so unzweifelhaft richtig die Gründe, mit denen er sie von sich abwehrt, — und dennoch, wenn doch hier schon die vorgestellte Möglichkeit eines „Durchgangspostens" in seine Ueberlegungen eintritt —: wird

seine Heimathsliebe und sein patriotisches Pflichtgefühl, sein Verlangen, mit dabei zu sein, nicht zuletzt im entscheidenden Augenblick stärker sein als alle jene Bedenken?

Schon Anfang Februar hatte der nunmehrige Cultusminister, Herr v. Bethmann-Hollweg, offenbar in der Absicht, eine Zurückberufung Dunckers zu ermöglichen, der philosophischen Facultät von Halle Vorschläge zu einer Professur für alte Geschichte abgefordert. Der Wink war verstanden worden. Wirklich hatte die Facultät dem Minister an erster Stelle Dunckers Namen genannt; ja, das Votum wäre sogar ein einstimmiges gewesen, hätte nicht Leo an seiner alten Gegnerschaft und an dem Standpunkte Raumer festgehalten. Wie dem jedoch sei: jedenfalls war Duncker für eine Hallische Professur jetzt nicht zu haben. Nicht des Gelehrten, sondern des Politikers, des Publicisten bedurfte man in der immer heißer werdenden Lage. Am 10. April erschien plötzlich eine dringende Aufforderung des Ministers Rudolf v. Auerswald an unseren Freund, sich sofort zu einer Unterredung in Berlin einzufinden. Der entscheidende Augenblick war gekommen: er folgte dem Rufe, der ihn einem harten und undankbaren Dienste entgegenführte.

10.

Im Dienſte der neuen Aera.

Gewiß, Duncker's Geſinnungsgenoſſen durften ſeine Berufung, gleichviel, welche Stellung ihm zugewieſen wurde, als eine gewonnene Schlacht, als eine neue Bürgſchaft für den Ernſt anſehen, mit dem die Regierung des Prinz-Regenten ihre in dem damaligen Augenblicke doppelt ſchwierige Aufgabe im Sinne ihres Programmes zu löſen gedenke.

Es handelte ſich in der That zunächſt nur darum, ihm die obere Leitung der Preſſe zu übertragen, um den in der ſcrupelloſeſten Weiſe thätigen öſterreichiſchen Federn in wirkſamer Weiſe entgegenzuarbeiten. Es ſolle bei ihm ſtehen, ſo ſagte man ihm, ob er amtlich eine ordentliche Profeſſur in Berlin oder eine Rathsſtelle im auswärtigen Miniſterium einnehmen wolle. Das Erſtere — eine Profeſſur ohne beſtimmte Verpflichtung, Vorleſungen zu halten — ſchien Duncker den Vorzug zu verdienen; er würde, meinte er, dem Miniſter des Auswärtigen gegenüber ſtärker ſein, wenn er nicht einer ſeiner Räthe wäre, und ſeine Freunde andererſeits würden ihm ihr Vertrauen in die Unabhängigkeit ſeiner Auffaſſung ſicherer bewahren, wenn er nicht in die Verwaltung träte. An Zuſicherungen, daß er in voller Kenntniß von den Abſichten der Regierung werde erhalten werden, fehlte es nicht, und es ſchien ſich von ſelbſt zu verſtehen, daß ihm geſtattet werden würde, auch ſeine Meinung über die Wirkung der beabſichtigten Maßregeln auf die öffentliche Meinung zur Geltung zu bringen. Dies Alles vorausgeſetzt —

wie hätte der patriotische Mann der ihm zugedachten Aufgabe sich versagen können? Die damalige politische Gesammtlage, die gegen Preußen heftig erregte Stimmung im Süden halfen ihm über jedes früher gehegte Bedenken hinweg. Es erschien ihm als eine einfache Pflicht gegen den Staat, dem alle seine Hoffnungen angehörten, die Aufgabe der Vertheidigung der nationalen Absichten der Regierung gegen Verkennung und Verläumdung zu übernehmen, und er durfte sich zutrauen, in ganz besonderer Weise dieser Aufgabe gewachsen zu sein; denn er kannte die süddeutsche Lage, die dortigen Anschauungen; er besaß zahlreiche Verbindungen und vielfaches persönliches Vertrauen.

Die Schwierigkeiten indeß begannen sogleich, sobald es sich darum handelte, ihm eine bestimmte amtliche Stellung zu geben. Gegen eine solche Ausnahmsprofessur wie die, von welcher die Rede gewesen, hatte der Cultusminister nicht unbegründete Bedenken, und andererseits zeigte es sich, daß der Duncker persönlich freundschaftlich gesinnte, aber sein Feuer und seine Thatenlust fürchtende Unterstaatssecretär Gruner seinen Eintritt als Rath im auswärtigen Amte nicht wünsche. Auch Herzog Ernst von Gotha und Sammer befanden sich damals in Berlin. Ihnen, die persönlich und politisch für die Sache interessirt waren, gelang es, einen Ausweg zu finden. Der neue Geheime Rath sollte ins „Staatsministerium" treten, „attachirt dem Ministerpräsidenten Fürsten Hohenzollern, beschäftigt im auswärtigen Amte und in der Presse." Das war unzweifelhaft eine sehr ehrenvolle, es konnte als eine sehr einflußreiche Stellung erscheinen. Daß er sich äußerlich nicht verbesserte, war Dunckers geringste Sorge. Daß er seine Freiheit dahingegeben, um mit unendlichem Bemühen, Alles in Allem, nur wenig zu erreichen, sollte er erst später erfahren.

Mit Feuereifer trat er sofort in seine politische Rolle ein. Er hatte in Berlin die Ueberzeugung gewonnen, daß man in den leitenden Kreisen im Ganzen die Lage wie er auffasse, und daß insbesondere der Prinz-Regent zur Mobilmachung entschlossen sei. Bereits auf der Rückreise von Berlin in München als politischer Agent thätig, entwickelte er noch von Tübingen aus, während der Tage des Abschieds und Aufbruchs in einer an seinen nunmehrigen Chef gerichteten Denkschrift seine Ansicht von den unerläßlichen

Schritten und den nächsten Zielpunkten der preußischen Politik. Denn sehr rasch hatten sich die Dinge ernster und kritischer gestaltet; Oesterreich hatte die vermittelnden Vorschläge Englands, Rußlands und Preußens zurückgewiesen; der Krieg stand seit dem österreichischen Ultimatum an Sardinien vom 23. April unmittelbar bevor. Dunckers Auseinandersetzungen gipfelten in der Forderung, daß Preußen nunmehr unverzüglich aus dem Stadium der Vermittelung in das der bewaffneten Neutralität übergehen, seine gesammte Armee mobilisiren und, den Oesterreichern zuvorkommend, den Oberrhein besetzen müsse, um Deutschland zu decken und die deutschen Staaten in derselben Linie mit Preußen zu erhalten. Mit diesen Staaten vereinigt würde dann Preußen in der Lage sein, den Oesterreichern seinen Vertrag zu bieten und für die Annahme desselben versprechen, zum Angriff gegen Frankreich überzugehen. Im möglichst nationalen Sinne würde Preußen seine Forderungen an Oesterreich zu stellen haben; sie würden auf die Aufhebung der Convention von Olmütz, auf Herbeiführung eines besseren Schutzes der deutschen Westgrenze, auf den Vorbehalt des Abschlusses von Militärconventionen mit einzelnen deutschen Staaten ohne Rücksicht auf die hemmende Bundeskriegsverfassung — vielleicht auf das ausschließliche Besatzungsrecht von Mainz und Rastatt hinauslaufen.

Voll Hoffnung, zur Verwirklichung dieses Programmes das Seinige beitragen zu können, eilte er nach Berlin. Seine Entlassung war ihm auf Rümelins Verwendung bereitwillig von der Württembergischen Regierung bewilligt worden. Die staatswissenschaftliche Facultät der Universität bezeichnete seinen Austritt durch das Ehrengeschenk ihres Doctortitels. Mit herzlichem Bedauern, aber doch mit Verständniß für den Beruf, der ihn forttrieb, sahen die Freunde ihn scheiden, und lange noch tönte Uhlands warme patriotische Abschiedsrede in ihm nach.

Am 28. in Berlin angekommen, und zwar allein, da seiner Gattin die Auflösung des Tübinger Hausstandes oblag, fand er sich bald im ärgsten Strudel der Geschäfte und mochte wohl einen Seufzer nach dem „verlorenen Paradiese" zurückschicken. In einer eilig gemietheten Chambre-garnie-Wohnung in der Kanonierstraße, wo er den Lärm der Straße aus erster Hand hatte, mußte er sein

Büreau aufschlagen. Die Wogen der großen Politik gingen hoch; mit den großen kreuzten sich die kleinen Geschäfte, mit den Sachen die Formalien. Reichlich erfüllte sich, was Mathy ihm vorausgesagt hatte, er werde in seiner neuen Stellung von zwei Richtungen her stark behelligt sein: von Personen, die Gefälligkeiten verlangen, und von solchen, die Rath ertheilen. Es war nicht leicht, für die heruntergekommene Regierungspresse neue zweckmäßige Hülfskräfte zu gewinnen, die vorhandenen mit Eifer und Einsicht zu erfüllen. Nur zu oft suchten die zur Entgegennahme von Informationen sich einfindenden Journalisten die Belehrung in eine Berathung zu verwandeln. Neugier, Unzuverlässigkeit, gegenseitige Eifersucht dieser Federpolitiker kamen hinzu, um die Leitung aufs Aeußerste zu erschweren; ja, die Aufgabe wäre eine verzweifelte gewesen, wenn sich nicht Freiwillige von Hingebung und Befähigung, wie vor Allem Aegidi und Karl Neumann, ihm zur Seite gestellt hätten.

Alles Gelingen jedoch hing in letzter Instanz an den damaligen Leitern der preußischen Politik. Es ist heute erlaubt zu sagen, daß die Männer der neuen Aera für eine große Action weder einen hinreichend festen noch die Stärke eines einigen Willens besaßen. Herr v. Schleinitz, der Minister des Auswärtigen, war unbestritten ein feiner Kopf, gescheut und geschmeidig, liebenswürdig und gefällig im persönlichen Verkehr, aber ihm fehlte zu durchgreifendem Handeln das Temperament, der moralische Trieb, — der Charakter. Gruner, der Unterstaatssecretär, war in gewissem Betracht sein schwächeres Gegenbild, leichter erregt und von Aufgeregtheit zu Anwandlungen von Kleinmuth und Verzagtheit übergehend. Ein unzweifelhaft liberaler und gut deutsch gesinnter Mann war Herr v. Usedom, der jetzt an Stelle des als Gesandter nach Petersburg geschickten Herrn v. Bismarck Preußen am Bundestage zu vertreten hatte; wenn jedoch Gedanken zu Thaten werden sollten, versagte auch ihm das Herz; sowohl er wie Graf Pourtales, dieser überdies französischen Sympathien zugänglich, hielt es für barbarisch, eine allenfalls zu vermeidende Kriegspolitik zu machen, und Beide verschmähten nicht, in der Presse gelegentlich der Regierung, der sie dienten, entgegenzuarbeiten. So stand es im Auswärtigen. Zum Kriege unlustig und bedenklich war der

Kriegsminister Bonin; auch Auerswald, bei aller guten Gesinnung und allem Eifer, zu gelten und seinen Einfluß fühlbar zu machen, kein zur Verfolgung einer großen und kühnen Politik angelegter Mann. Einzig der Fürst von Hohenzollern wäre nach Weite und Unbefangenheit des Blicks, nach Zug und Richtung des Willens dieser Mann gewesen, wenn er nur rücksichtsloser sich geltend zu machen, nachdrücklich und schneidig gegen Andere für seine eigene Ansicht aufzutreten verstanden hätte. In ihm jedenfalls hatte Duncker den Mann nach seinem Herzen gefunden, mit ihm verband ihn eine politische Freundschaft, eine achtungsvolle Zuneigung, der er noch 25 Jahre später, bei dem Jubelfeste des Fürsten, öffentlich Ausdruck gegeben hat. Mit unbedingtem Vertrauen aber erfüllte ihn die Haltung des Prinz-Regenten. Er fand bei diesem die gesundeste und männlichste Auffassung der politischen Aufgabe Preußens und sah ihn bei dieser, trotz der Flüsterungen und Zettelungen der ihm von Hause aus nahestehenden Kreuzzeitungspartei, beharren. Auch dem schwankenden Wollen und den Bedenklichkeiten seiner Minister wäre der Regent überlegen gewesen, wenn er schon jetzt das Selbstvertrauen besessen hätte, das dem Bescheidenen und Gewissenhaften nur allmählich durch den Erfolg kommen konnte.

Es war eine harte Aufgabe, welche Duncker zugefallen war, von seiner festen Ueberzeugung über die nothwendigen Schritte der preußischen Politik aus, im Vertrauen auf die Einsicht des Prinz-Regenten und des Fürsten Karl Anton ein in sich selbst nicht festes, von theils auseinandergehenden, theils schwankenden Ansichten bewegtes Ministerium zu beeinflussen und zugleich die öffentliche Meinung bei gutem Glauben und gutem Willen zu erhalten. Dort galt es, die Schwankenden fest zu machen, die Zaudernden vorwärts zu treiben, hier, die Absichten der Regierung ins beste Licht zu stellen, die Halbheit oder Langsamkeit ihrer Schritte zu entschuldigen.

Wohl hatte er sich dabei des Vertrauens und der Zustimmung zahlreicher Parteigenossen in Nord und Süd zu erfreuen. Eine Fluth von Briefen, von denen nicht leicht einer unbeantwortet blieb, unterrichtete ihn von der Auffassung, der Stimmung, den Wünschen hier und dort. Unter den Zustimmenden befand sich leider der einst so hoch von ihm verehrte Gagern nicht mehr. Die

Bedrängniß Oesterreichs hatte dem treuen Manne den politischen Blick dergestalt getrübt, daß er die Sache Oesterreichs mit der Sache Deutschlands identificirte; er glaubte aus den Reden der preußischen Kammern nur Hochmuth und Haß gegen Oesterreich herauszuhören; er verlangte unbedingt die Erhaltung von Oesterreichs Machtstellung in Italien und fand in der Denkschrift, mit der die Regierung vor die Kammern getreten war, die Sprache des Baseler Friedens und die Absicht Preußens, auf Kosten und zum Schaden Oesterreichs sich Deutschland zu unterwerfen. Nicht so die anderen Freunde. Den Nachrichten und Stimmungsbildern, die sie dem Parteigenossen zugehen ließen, mischten sie den Ausdruck bald der Hoffnung, bald der Sorge, mehr oder minder einsichtigen Rath und immer wieder die zwiefache Forderung bei, daß Preußen kräftig vorgehen und daß es die Ziele seiner Politik, um alle Zweifel zu zerstreuen, deutlich und Allen verständlich bezeichnen solle. Das Alles suchte Duncker aufs Beste zu verwerthen; in der Hauptsache jedoch sagten ihm alle diese Stimmen nur, was er sich selbst sagte; sie schürten nur das Feuer, das in seiner eigenen Brust brannte, bliesen nur in seine von eigenem Antrieb bereits bis zum Zerreißen angeschwellten Segel. Nur daß er zugleich die Schwierigkeiten, die in der Sache, mehr noch in den Personen lagen, aus nächster Nähe sah. Und doch hielt er sich und Andere bei gutem Muthe und verwies die Ungeduldigen auf den Ernst, der, wie er wußte, an der höchstentscheidenden Stelle herrsche. „Man kann aufhalten", schrieb er Ende Juni, nachdem er über die unkriegerische Stimmung der Berliner Bevölkerung, über die liberale Wuth gegen Österreich, hinter der sich nichts als Furcht vor dem Kriege verberge, endlich über den Mangel an Entschlossenheit in gewissen ministeriellen Kreisen geklagt hatte, „man kann aufhalten, Gelegenheiten versäumen lassen, aber die Dinge nicht wenden". Unermüdlich that er, was in seinen Kräften stand, suchte er den die Action der Regierung lähmenden Einflüssen entgegenzuarbeiten. In überraschend großer Zahl von Denkschriften, politischen, staatsrechtlichen und militärischen Ausführungen, ließ er seine bei jeder Verwandlung der Constellation den Bewegungen der Gegner sich anschließenden Rathschläge und Mahnungen hören, unverrückt das Ziel im Auge.

Der Entwickelung der Dinge durch alle Stadien der Verhandlungen zu folgen, ist hier nicht der Ort. Nach der ergebnißlos gebliebenen Mission des Erzherzogs Albrecht, nachdem Oesterreich zur Rolle des Angreifers und Friedensstörers übergegangen war, beharrte das nunmehr isolirte Preußen bei dem Entschlusse, in selbständiger Haltung, in Vertretung Deutschlands zu Gunsten auch Oesterreichs, den europäischen Rechtszustand zu wahren. Es hatte sich in Kriegsbereitschaft gesetzt und unter dem einstimmigen Beifall der Landesvertretung die bewaffnete Vermittelung proclamirt. Um sich zur Durchführung dieser Stellungnahme von Neuem mit Oesterreich zu verständigen, erfolgte die Sendung des Generals Willisen nach Wien. Sie enthüllte, daß die Absicht Oesterreichs schlechtweg auf die Aufrechterhaltung des Metternichschen Systems in Italien, auf einen Krieg gegen Frankreich bis aufs Messer, einen Kreuzzug der Restauration ging. Erst als Preußen die Annahme dieses reactionären Programms standhaft verweigerte, und die militärische Lage der Oesterreicher bedenklicher wurde, wich — Ende Mai — Graf Rechberg einen Schritt zurück; es schien, als ob man in Wien geneigt sei, gegen die Garantie des österreichischen Besitzstandes die Hülfe Preußens zu erkaufen und die von diesem verlangte, für ein einheitliches Handeln unbedingt erforderliche Leitung der militärischen Kräfte Deutschlands ihm zuzugestehen. Die Mobilmachung vom 14. Juni war die Antwort auf diese Rechbergschen Zugeständnisse. Alsbald jedoch erwachte über den nunmehrigen Bemühungen Preußens, sich mit seinen deutschen Bundesgenossen zu verständigen und den gleichzeitigen Schritten am Bunde, welche mit möglichster Schonung der Bundesverfassung die einheitliche Leitung der preußischen und der vom Bunde gestellten Armeecorps unter preußischen Oberbefehl ermöglichen sollten, die Eifersucht Oesterreichs und die Angst, durch den starken Nebenbuhler aus Deutschland verdrängt zu werden. Die gemachten Zugeständnisse wurden zurückgenommen. In Berlin erschien der alte Windischgräz, um zu erklären, daß man sich auf keine andere Vermittelung einlassen werde als auf Grundlage des status quo, und um von Preußen eine kriegerische Diversion am Rhein — preußische Truppen zur Führung eines rein österreichischen Krieges! — zu verlangen.

Ganz im Sinne dieser eifersüchtigen Verblendung endlich der überraschende Schlußact. Während Preußen, unbeirrt durch diese Prätensionen, an seiner eigenen Vermittelungsbasis festhält, während seine sechs Armeecorps sich nach dem Rheine in Marsch setzen, schließt Kaiser Franz Josef, nach zwei verlorenen Schlachten zwar, aber im Besitz einer noch unerschütterten militärischen Stellung, am 7. Juli den Waffenstillstand von Villafranca, dessen erste Bedingung das Opfer der Lombardei war, stellt am selben Tage Oesterreich am Bunde einen die preußischen Vorschläge durchkreuzenden Antrag, darauf berechnet, durch Anwendung der Bundestagsverfassung den preußischen Oberbefehl unschädlich, einzig dazu geeignet, Deutschland handelsunfähig zu machen.

Noch in dieser Lage der Dinge war Duncker nicht gemeint, die Aufgabe Preußens zu einer selbständigen Action im nationalen Interesse als erloschen zu betrachten, ja gerade der nächste Zweck der Truppenaufstellung und des militärischen Vorgehens, der Zweck einer nachdrücklichen Friedensvermittelung, schien ihm mit dem Waffenstillstand vom 7. Juli in den Vordergrund zu treten. Wie eifrig er indeß diese Ansicht vertrat: die Ereignisse versperrten solchen Gedanken und Entwürfen rasch den Weg. Schon nach wenigen Tagen war aus dem Waffenstillstand ein Friede geworden. Oesterreich hatte nicht nur sich selbst um die Hülfe Deutschlands gebracht, sondern es hatte, zum Trost für das, was es selbst verlor, auch Preußen verhindert, die deutsche Nation auf der Bahn zu politischer Größe, die sich ihm zu erschließen schien, voranzuführen. Franz Josef scheute sich nicht, in dem Manifest, durch welches er seinen Völkern den Abschluß des Friedens mittheilte, die wahren Motive des übereilten und demüthigenden Friedensschlusses durch die unwahre und beleidigende Klage zu verdecken, daß er sich in dem Kampfe für sein gutes Recht von seinem ältesten und natürlichen Bundesgenossen verlassen gesehen habe.

Auch Duncker hatte sich diesen erstaunlichen Ausgang nicht träumen lassen. Die Vereitelung der großen Absichten, deren Durchführung er sich mit so vieler Hingabe gewidmet hatte, erfüllte ihn mit Schmerz. Die schwierige Stellung zwar, die Preußen während der ganzen Krisis gehabt, war ihm so klar wie irgend wem, und er war bereit, dieselbe gegen unbillige Tadler entschuldigend hervor-

zuheben, aber auf der anderen Seite drängte sich ihm bei einem Rückblicke auf den Gang der Dinge während der letzten Monate der Eindruck nur stärker auf, daß es nicht füglich zu Erfolgen kommen kann, wenn eine Politik, deren Gedanke kühnes, opferbereites Wagniß ist, mit Unschlüssigkeit und halb reuigem Schritt geführt wird. Er hielt für zweifellos, daß die neueste österreichische Wendung den Versäumnissen und sonstigen Verschuldungen des auswärtigen Amts zuzuschreiben sei; denn es sei nicht genug geschehen, um Oesterreich zu überzeugen, daß Preußen zu Feindseligkeiten gegen Frankreich übergehen werde, übergenug, um es nicht zweifeln zu lassen, daß Preußen in Deutschland Geschäfte machen wolle, und ebenso habe man Napoleon Zeit gelassen, das für einen ihm genügenden Frieden Nöthige zu erreichen. Ja, es entschlüpfte ihm in dieser kritischen Stimmung das Wort, daß er, der doch angewiesen sei, die preußische Politik zu rechtfertigen, viel eher in der Laune sei, gegen die Leitung derselben „Sechs Monate auswärtiger Politik" zu schreiben.

Und einen Moment gab es nun, in dem sein Unmuth sich zur Entrüstung steigerte. Natürlich nur durch das Festhalten des bisherigen Grundgedankens der preußischen Politik konnte nach seiner Meinung der Schlag parirt werden, den die beiden Kaiser durch ihren Friedensvertrag gegen den unliebsamen Vermittler geführt hatten. Der nothwendig gewordene Rückzug mußte sich in eine neue starke Stellung, wie die veränderten Umstände sie gestatteten, verwandeln. Auf die Entstellung der Thatsachen, die verläumderischen Behauptungen des österreichischen Manifests — der Prinz-Regent selbst verlangte es — mußte mit offener und furchtloser Darlegung der wahren Absichten Preußens geantwortet werden. In diesem Sinne verfaßte Duncker im Einverständniß mit dem Fürsten Karl Anton und dem Minister Auerswald am 16. Juli einen für die Preußische Zeitung bestimmten Artikel, in welchem er die Ehrlichkeit der preußischen Absichten und den Ungrund der österreichischen Friedenswilligkeit ins Licht stellte und zugleich dem deutschen Volke sagte, daß es gegen weitere Napoleonische Unternehmungen auch künftighin auf Preußen zu zählen habe. Im auswärtigen Amte jedoch wurde dieser Artikel verworfen. Statt dessen erschien am 19. Juli in dem halbofficiellen

Blatte ein anderer aus der Feder des Grafen von der Goltz, den dieſer mit allem Nachdruck durchzuſetzen und für den er die Zuſtimmung ſelbſt des Miniſters des Auswärtigen zu gewinnen das Geſchick gehabt hatte. Es war ſtatt einer Widerlegung des Laxenburger Manifeſtes eine Bewahrheitung desſelben, eine Ableugnung der gegen Frankreich gerichteten Vorkehrungen, nahezu eine Abbitte an Napoleon. Der Artikel ſetzte das Verdienſt Preußens in das Nichteintreten und rühmte ihm nach, den Krieg localiſirt, d. h. die von Frankreich gewünſchte Haltung eingenommen zu haben. Man konnte angeſichts dieſes Artikels ſagen, auch Preußen habe nun einen Frieden mit Frankreich geſchloſſen, nachdem Oeſterreich den ſeinigen geſchloſſen, — wenn es nicht gar ein Verſuch war, Oeſterreich aus dem mit Napoleon eingegangenen Bündniß zu verdrängen und Preußen an deſſen Stelle mit Frankreich in gutes Vernehmen zu bringen. Duncker war empört. Wenn das wirklich das neue Programm des Miniſteriums war, ſo war es das Gegentheil desjenigen, welches er bisher verfochten und für das er ſich ſeinen Freunden gegenüber verbürgt hatte. Wenn er ſchon bisher darüber zu klagen gehabt hatte, daß ihm von Seiten des auswärtigen Miniſteriums das Material von Nachrichten, deſſen er für ſeine Aufgabe in der Preſſe bedurfte, nicht genügend zur Verfügung geſtellt werde, ſo war ihm durch dieſe jüngſte Erfahrung deutlich geworden, daß in politiſchen Dingen in Preußen Niemand, wie hoch er auch übrigens geſtellt ſei, etwas ausrichten könne, der nicht ein beſtimmtes Reſſort habe; vor Allem aber — was hatte er mit jenem neuen Programm zu ſchaffen? Ganz unmöglich für ihn, eine Politik zu vertheidigen, die er nach ſeiner innigſten Ueberzeugung für abſolut verderblich hielt. Seine Stellung war unhaltbar geworden. Offen erklärte er dies dem Fürſten von Hohenzollern und verband damit die Bitte um ſeine Entlaſſung.

Inzwiſchen zeigten ſchon die nächſten Tage, daß man zwar in den beſtimmenden Kreiſen nicht für rathſam hielt, durch ein ſcharfes Hervorkehren der antifranzöſiſchen Richtung Frankreich, welches jetzt freie Hand hatte, zu reizen, aber daß man ebenſowenig gemeint ſei, die während des italieniſchen Krieges in dieſer Richtung gethanen Schritte zu verleugnen. Jener famoſe Artikel, mit dem Herr v. Schleinitz übereilt worden war, enthielt nicht

dessen Ansichten, sondern einzig die seines thörichten Verfassers. Er war gleichmäßig von dem Prinz-Regenten wie von dem Fürsten von Hohenzollern und den übrigen Ministern mit Unwillen gelesen worden; er bedeutete mit nichten, wie es den Anschein gehabt hatte, einen Umschwung der preußischen Politik, und auch Schleinitz, über seine eigene Achtlosigkeit erschrocken, zeigte sich eifrig, das Geschehene gut zu machen. Dunckers Entschluß, sich zurückzuziehen, verwandelte sich daher rasch wieder in den, auszuharren und die Hand von Neuem an den Pflug zu legen. Ein glücklicher Gedanke, den unseligen Artikel der Sternzeitung, der doch nicht füglich durch die Zeitung selbst widerrufen werden konnte, unschädlich und vergessen zu machen, wurde sogleich in Ausführung gebracht. Dunckers getreuer Helfer Aegidi hatte in gleichlautenden Briefen an Brater und Bennigsen nach seinen während der ganzen Krisis sorgfältig aufgezeichneten Notizen den Gang der preußischen Politik mit ihrer Beziehung auf die österreichischen Schachzüge klar und knapp entwickelt, und die beiden Parteiführer hatten in den Kammern zu München und Hannover den Inhalt dieser Briefe zur Widerlegung der Verläumder Preußens mit schlagendem Erfolge verwerthet. Unter dem Titel „Preußen und der Friede von Villafranca" wurde diese Darstellung unter Beifügung der wichtigsten amtlichen Schriftstücke auf Dunckers Betreiben veröffentlicht. Die actenmäßige Beigabe verlieh der rasch in zwei Auflagen verbreiteten kleinen Schrift eine fast officielle Bedeutung, ohne daß der Regierung damit eine Verantwortung aufgebürdet wurde.

Da nun überdies die Regierung auch von sich aus ihre durchaus correcten Actenstücke in der Preußischen Zeitung veröffentlichte und dadurch zeigte, daß sie die Verantwortung nicht scheue, so bedurfte es nicht des Zuredens der Freunde, Duncker auf seinem Posten festzuhalten. Alsbald beeilte er sich, die allarmirenden Gerüchte von einer bevorstehenden Aenderung des politischen Systems in Preußen zu widerlegen, den Verstimmten und irre Gewordenen zu Gemüthe zu führen, daß weder die Ehre noch die Hoffnung verloren sei.

So war auch die Meinung der patriotischen Männer, die jetzt zu dem Mittel der populären Agitation griffen, um das ins Glühen gerathene Eisen nicht erkalten zu lassen. Die Versamm-

lungen in Eisenach und Hannover, die Vorbereitungen zu dem demnächst in Frankfurt unter Bennigsens Vortritt begründeten Nationalverein lieferten den Beweis, daß die Stimmung sich zu dem von Oesterreich angeklagten Preußen hinüberwende. „Diese Stimmung," so verständigte damals Duncker die zu Kritik und Opposition geneigten Parteigenossen in Preußen — „dürfen wir in keinem Falle durch unzeitige und nachträgliche Abrechnung mit den von dem Ministerium begangenen Fehlern kreuzen: im Kriege gegen Oesterreich und Frankreich sind wir gezwungen, mit jeder Regierung zu gehen." Und wiederum die Gesinnungsgenossen in Bayern und Hannover ermunterte er: eben jetzt sei die Zeit, mit Erklärungen für Preußen voranzugehen, um Preußen vorwärts zu treiben. Auf dies Vorwärts richteten sich sofort wieder seine Blicke ausschließlich. „Wenn es," schrieb er, „nur eine Verschlimmerung unserer Lage sein würde, den Schein der Action retten zu wollen, nachdem wir den Augenblick des Erfolges verpaßt haben, so kann doch Preußen nicht darauf verzichten, sich für den nicht allzufernen Augenblick vorzubereiten, wo ihm die jetzt versäumte Aufgabe unter schwierigeren Verhältnissen, aber vielleicht in einer klareren Fassung als dies Mal aufs Neue vorgelegt werden wird." Und worin diese Vorbereitung bestehen müsse, war ihm nicht zweifelhaft: ein schärfer accentuirter liberaler Gang im Innern, populäre Reformen, um die neue Demokratie für Preußen zu gewinnen, Unterstützung aller Anträge gegen die Mißstände am Bunde, Eintreten für das Recht in Kurhessen und Schleswig-Holstein; — als Vorbedingung endlich für das Alles eine neue Purification des Ministeriums!

Mit solchen für die nächste Zukunft ins Auge gefaßten Zielen trat er jetzt, nachdem ihm durch eine von dem Fürsten von Hohenzollern erwirkte Kabinetsordre vom 4. August nochmals ausdrücklich die obere Leitung der Centralstelle für Preßangelegenheiten übertragen, und zugesichert war, daß er von dem Ministerium mit allen wünschenswerthen Instructionen versehen werden würde, in das zweite Stadium seines schwierigen Dienstes.

Des Dienstes zunächst für die gouvernementale Presse. Von Haus aus war sein oberster Gesichtspunkt dabei gewesen, an die Stelle der früheren unehrlichen Beeinflussung, der gröblichen und

scrupellosen Bearbeitung der öffentlichen Meinung eine offene und loyale Vertheidigung der Anschauungen und Absichten der Regierung treten zu lassen. Durch eine Erfahrung von vier Monaten hatte er sich überzeugt, daß dies nur durch eine Neuorganisation des Instituts zu erreichen sein werde. Seine Idee war die, daß die Centralpreßstelle als eine Abtheilung des Staatsministeriums gefaßt werden müsse, deren Director der Leiter der Regierungspresse wäre, während neben dem bisherigen Director einige andere neu zu gewinnende Mitarbeiter als Räthe in diese Abtheilung träten; nur auf diese Weise würde es gelingen, andere Leute als solche zweiten und dritten Grades zu gewinnen. Er hatte die tüchtigsten und fähigsten Männer, Männer, deren Namen vom besten Klang und ihm gerade gut genug war, für diese Stellung vorzuschlagen, — und mußte doch schließlich froh sein, wenn ihm wenigstens so viel gelang, daß die zahlreichen, aber wenig bedeutenden und unzuverlässigen Arbeitskräfte durch eine geringere Zahl zuverlässiger Capacitäten ersetzt wurden. Seine Thätigkeit richtete sich ferner auf eine freiere Stellung und Umgestaltung der Preußischen Zeitung, um ihren Inhalt eingreifender zu machen: er hatte zu diesem Zwecke wieder einmal, wie so oft schon, mit Verlegern und Redacteuren zu verhandeln. Den antipreußischen Federn im Süden entgegenzuarbeiten, hatte er schon bisher sein Möglichstes gethan: jetzt wurde die Pause, die mit dem Frieden von Villafranca eintrat, benutzt, um die Gründung eines täglich erscheinenden Organs ins Auge zu fassen, das ein Gegengewicht gegen die Augsburger Allgemeine Zeitung abgebe: — am 1. October 1859 trat die von Brater redigirte Süddeutsche Zeitung ins Leben. Die Gründung der Genfer Grenzpost war dazu bestimmt, den französischen Einflüssen in der Schweiz entgegenzutreten und von ihrer freien Stellung aus auf die süddeutsche Presse zurückzuwirken. Lange Verhandlungen wurden mit Wilhelm Beseler und Biedermann um die Uebernahme der Redaction eines großen in Frankfurt zu gründenden Blattes geführt, das die Stelle der ehemaligen Deutschen Zeitung wieder einnehmen könne, — Verhandlungen, die freilich ihr Ziel nicht erreichten, da es unmöglich erschien, die Subvention durch die preußische Regierung geheim zu halten. So war er im Großen um die Vervollständigung und Verbesserung

der regelmäßigen publicistischen Streitkräfte bedacht. Flugschriften, die zu gelegener Zeit ausschwärmten, versahen den unregelmäßigen Dienst; zahlreiche Zeitungsartikel entstammten seiner eigenen Feder.

Neben der publicistischen aber die unmittelbar politische Arbeit.

Die nächste Gelegenheit für Preußen, sich als Beschützer des Rechts in Deutschland zu zeigen und früher begangenes Unrecht gut zu machen, bot die kurhessische Verfassungssache dar. Hier hatte die Reaction seit dem Tage von Olmütz am widerwärtigsten gewirthschaftet. Hassenpflug hatte erreicht, daß durch die Autorität des Bundes die Verfassung von 1831 aufgehoben und eine möglichst reactionär redigirte neue Verfassung — im April 1852 — verkündet worden war, über deren etwaige Verbesserungen weiter die hessischen Stände und die hessische Regierung zu hören seien. Jahre lang hatten darauf die Stände mit dem gewaltthätigen Minister gerungen, und über die entgegengesetzten Anträge Beider sollte nun endlich der Bundestag entscheiden. Abgesehen von dem Inhalt der so zum Abschluß zu bringenden Verfassung entbehrte diese Einmischung des Bundestags jeder rechtlichen Basis — die Umkehr zum Recht konnte nur darin bestehen, daß Preußen die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 forderte und dem Bundestag einzig die Befugniß der Ausmerzung etwaiger bundeswidriger Artikel aus derselben zusprach. In dieser Richtung bewegten sich jetzt — im August 1859 — die Anträge des preußischen Bundestagsgesandten Herrn v. Usedom. Auch Duncker warf sich in den nächsten Wochen nach dem italienischen Kriege eifrig in das Studium der verwickelten Angelegenheit und trat zu diesem Behufe mit den Hauptleitern der hessischen Opposition direct und indirect in Verbindung. Wiederum hatte er dabei an Aegidi den fleißigsten und sachkundigsten Helfer. Wenn der Usedomsche Antrag von der preußischen Regierung aufgenommen und gegen die Vermittelungsanträge der Mehrheit des Bundestags in der Abstimmung vom März 1860 festgehalten wurde, so durfte sich auch Duncker einiges Verdienst darum zuschreiben: er hatte Gelegenheit gefunden, dem Prinz-Regenten einen Auszug aus einer die Rechtsfrage ausführlich behandelnden Aegidischen Denkschrift vorzutragen. Kaum einen halben Erfolg freilich hatte Preußen davongetragen; allein ein erster Anstoß war doch gegeben: Preußen hatte Stellung

für das gekränkte Recht genommen, — die Zeit ſollte kommen, wo es auch durchgreifen lernen, und wo auch Duncker für den Sieg der guten Sache praktiſch eingreifen würde.

Den wichtigſten Angriffspunkt indeß, den Stein von Neuem ins Rollen zu bringen, das ſicherſte Mittel, die Verlegenheiten unſerer deutſchen zugleich mit denen unſerer inneren Lage zu überwinden, fuhr er fort, in dem entſchloſſenen Anfaſſen der Schleswig-Holſteinſchen Frage zu erblicken.

Sehr bald nämlich zeigte ſich der Wechſelzuſammenhang zwiſchen der äußeren und der inneren Politik. Derſelbe drängte ſich zuſammen in der Frage der Neuorganiſation unſeres Heeres.

Nicht erſt ſeit geſtern und heute war die Nothwendigkeit einer ſolchen Reorganiſation anerkannt; die jüngſten Ereigniſſe aber hatten ſie ſchlagend ins Licht geſetzt. Zweifel an der genügenden militäriſchen Rüſtung Preußens waren es mit geweſen, welche ein entſchiedeneres und raſcheres Vorgehen während des italieniſchen Krieges gehemmt hatten; eine Reihe längſt empfundener, vor Allem von der militäriſchen Einſicht des Prinz-Regenten ſcharf erkannter Uebelſtände unſerer Wehrverfaſſung waren bei der letzten Mobilmachung deutlich hervorgetreten. Der Reformplan des Prinzen, gegründet auf den Grundſatz der allgemeinen Wehrpflicht, verband mit dem Zwecke der Vermehrung der Armee und der Steigerung ihrer Kriegstüchtigkeit den anderen der Erleichterung des Landes, der zugleich zweckmäßigeren und gerechteren Vertheilung der Laſten der Dienſtpflicht. Am 10. Februar 1860 wurde dem Abgeordnetenhauſe von der Regierung der Geſetzentwurf, „betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienſte", vorgelegt — eine Maßregel, die auf viele Jahre hinaus das junge conſtitutionelle Leben des Staates auf die härteſte Probe ſtellen ſollte.

Auch Dunckers Intereſſe wurde von dieſer ſo viele andere Fragen in ſich ſchließenden aufs Lebhafteſte in Anſpruch genommen. Er gehörte zu denjenigen, die von Anfang an mit den Grundgedanken der Reform in allem Weſentlichen einverſtanden waren. Für die Vertretung derſelben in der Preſſe hatte er in dem ihm befreundeten Theodor v. Bernhardi den ſachkundigſten und federgeſchickteſten Helfer gefunden. Aber auch die Bedenken, die ſeine liberalen Freunde im Abgeordnetenhauſe gegen die dreijährige

Dienstzeit und gegen das die Reorganisation thatsächlich vorwegnehmende Vorgehen der Regierung geltend machten, traten ihm um so näher, da er selbst Mitglied des Hauses war. Er war im December 1859 für den Wahlkreis Neustettin-Schievelbein gegen Herrn von Gerlach mit erheblicher Mehrheit gewählt worden, und die von der geschlagenen Partei gegen seine Wählbarkeit wegen seines Eintrittes in den württembergischen Staatsdienst aufgeworfenen Einwendungen hatten leicht widerlegt werden können. So ließ er es sich in seiner Doppelstellung angelegen sein, nach beiden Seiten hin für die große Frage einzutreten. Er sah dieselbe natürlich durchaus im Zusammenhange mit den Aufgaben der Machtstellung Preußens; ihre Erledigung galt ihm als die unerläßliche Bedingung eines activeren Vorgehens in den auswärtigen Dingen, hinwiederum jedoch ein solches Vorgehen als das einzige Mittel, um die Bedenken der liberalen Partei gegen die geplante Reform zu überwinden.

Mit der im Mai fast einstimmig erfolgten provisorischen Bewilligung von 9 Millionen zur Aufrechterhaltung und Vervollständigung der bereits ins Werk gesetzten Erhöhung der Streitkräfte, worauf sich die Minister unter Zurücknahme ihrer ursprünglichen Vorlage zurückgezogen hatten, war doch nur wenig geholfen, wenn sie nicht, nach Ablauf des Provisoriums, die Reform auch definitiv durchzusetzen vermochten; dies aber, so wiederholte Duncker unaufhörlich, könne schlechterdings nur gelingen, wenn sie zeigten, daß sie von der erhöhten Macht auch wissen würden, zum Schutze Deutschlands gegen die von Frankreich drohende Gefahr Gebrauch zu machen. Vorbereitung auf den bevorstehenden Conflict mit Frankreich, vor Allem durch Eintreten in die Schleswig-Holsteinsche Sache: das war der Gedanke, den er nicht müde wurde, nach oben hin als den einzig rettenden, einzig zum Ziele führenden zu vertreten.

Noch vor der Bewilligung jenes nur aus Verlegenheit eingebrachten und neue Verlegenheiten im Schooße tragenden Provisoriums aber entwickelte er im März, angesichts der Abneigung, mit welcher das Abgeordnetenhaus die Wehrvorlage behandelte, angesichts der Opposition, welche das Herrenhaus der Grundsteuer entgegensetzte, auf die doch für die Durchführung der Reform ge-

rechnet war, seine Ansichten in einer durch die zweite Hand dem Regenten zu unterbreitende Denkschrift. Das Schriftstück enthält das schönste Zeugniß nicht bloß für den Scharfblick des Verfassers, sondern auch für den mit seinem staatssinnigen Verlangen nach einer kräftigen auswärtigen Politik wetteifernden Ernst seines Liberalismus.

Die Armeereform — in diesen Gedanken bewegt sich seine Ausführung — ist eine Lebensfrage für Preußen. Das Ministerium kann ein Gesetz, welches es selbst für eine Nothwendigkeit erklärt hat, weder zurückziehen noch verstümmeln lassen. Bei einer Verwerfung der Armeevorlage würde weder eine Auflösung des Landtags noch der Rücktritt des Ministeriums etwas helfen; denn bei einer Auflösung könnten neue Wahlen nur ein der Regierung ungünstigeres Resultat liefern; der Rücktritt des Ministeriums aber enthielte die Erklärung des Regenten, daß er sich in den von ihm gewählten liberalen Rathgebern geirrt habe, ein Herrenhaus-Ministerium würde ihm aufgedrungen, und dadurch die Unzufriedenheit im Lande aufs Aeußerste gesteigert werden. Selbst die Abdankung des Prinz-Regenten — es fehlte nicht an Andeutungen in dieser Richtung — würde die Lage nur verschlimmern: die Stellung seines Sohnes würde mit einem solchen Regierungsantritt völlig unhaltbar. Alle diese Auswege führen ins Chaos: den einzigen Ausweg bietet die auswärtige Politik. In dieser überhaupt liegt der Schwerpunkt in der Periode, die für Europa mit der Thronbesteigung Louis Napoleons begonnen hat. Die Thronrede desselben vom 1. März 1860, die Zurückforderung der „natürlichen Grenzen" würde für Preußen ein casus belli sein, stände es nicht ohne Alliirte da, wäre ein Angriffskrieg gegen Frankreich wegen der Einverleibung von Savoyen und Nizza nicht eine Donquichoterie. Aber es giebt eine andere Antwort auf die Provocationen des Kaisers. Wenn Preußen nicht im Stande ist, Frankreich zu schwächen, so ist es doch in der Lage, sich selbst stärken zu können und ein Aequivalent für die Vergrößerung Frankreichs zu gewinnen, indem es eine nationale Frage aufnimmt und durchführt. Keine andere als die Schleswig-Holsteinsche, bei der es überdies eine Niederlage wieder gut zu machen hat. Die Bundesgenossenschaft Rußlands und Englands haben wir durch alle Rücksichtnahmen nicht zu gewinnen vermocht; man hat eben auf die

Rücksicht anderer Staaten nur zu rechnen, wenn man einen bestimmten Willen hat. Unser Vorgehen gegen Dänemark würde Rußland und England unangenehm sein — hindern würde es keines von beiden. Sicher dagegen würden die deutschen Bevölkerungen dadurch für Preußen gewonnen werden, und noch durchgreifender würden die Folgen für die innere Lage sein; jeder Widerstand würde schwinden, und die Armeereform ohne Weiteres, ja mit begeisterter Zustimmung votirt werden.

Noch mit einem anderen Trumpf aber schließt die Denkschrift. Mit Herrn von Schleinitz ist eine solche kühne Politik nicht durchzuführen. Seine Worte haben nirgends mehr Gewicht und Vertrauen; er gesteht selbst, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein, der sich seine Einsicht nicht verschließt. Es gibt nur Einen Mann, dessen Name Bürgschaft für eine zugleich nationale und kräftige Politik wäre — den Fürsten von Hohenzollern. „Der Fürst trägt die Verantwortlichkeit für das gesammte Ministerium, ohne Mittel zu besitzen, seinen Ansichten Nachdruck geben zu können. Das Opfer, welches er durch seine gegenwärtige Stellung bringt, ist so groß, daß man ihm auch die Hingebung zutrauen darf, die Arbeiten eines Ressorts zu übernehmen."

Bereits unmittelbar nach dem durch den Vertrag von Villafranca herbeigeführten Scheitern hatte Duncker den Gedanken einer derartigen „Purification des Ministeriums" ins Auge gefaßt. Es handle sich, hatte er schon damals an Herzog Ernst von Coburg geschrieben, nur darum, das Selbstvertrauen zweier hohen Personen zu stärken. „Der Prinz-Regent brauchte nur zu glauben, daß ein glücklicher, von männlicher Ehrenhaftigkeit und redlicher Verständigkeit geleiteter politischer Sinn ihm beiwohnt, um demselben auch da zu vertrauen und Folge zu verschaffen, wo enge Gesichtspunkte der Minister ihm mit der Autorität der Fachkenntniß entgegentreten." Zum Ersatz aber für Schleinitz sei der Fürst von Hohenzollern der gegebene Mann — sobald Se. Hoheit sich nur selbst dafür halten möchte.

Ein erwünschter Helfer, solche Gedanken an den rechten Mann zu bringen, war eben Herzog Ernst am 11. März 1860 in Berlin erschienen. Seine Beziehungen zu dem Prinz-Regenten gestatteten ihm, frei und, wie sich hoffen ließ, mit Erfolg seine Ansicht und

seinen Rath an höchster Stelle zu Gehör zu bringen. Für den Herzog war aller Wahrscheinlichkeit nach jene Dunckersche Denkschrift entworfen, durchaus wenigstens finden sich die Gesichtspunkte derselben, ja Dunckersche Wendungen bis zu wörtlicher Uebereinstimmung in dem Schreiben wieder, das Se. königl. Hoheit am 25. März an den Prinzen richtete und das die Uebergabe des auswärtigen Ministeriums an den Fürsten von Hohenzollern als den besten Ausweg bezeichnet, auch über die inneren Schwierigkeiten Herr zu werden. Man findet das Schreiben zu Anfang des Dritten Bandes der Denkwürdigkeiten des Herzogs mitgetheilt, — aber eben dort auch erzählt, wie die Verstimmung des Prinz-Regenten gegen die liberale Opposition ein Eintreten auf das vorgeschlagene Programm, ein Vorgehen in der auswärtigen Politik vor Erledigung der Militärreform unmöglich machte.

Wohl gestand der Prinz, daß auch er Veränderungen im auswärtigen Amte für wünschenswerth halte, aber es war doch ohne Zweifel ein Beweis seiner treffenden Menschenbeurtheilung, wenn er die geeignete Persönlichkeit für jetzt nicht finden zu können erklärte. Offenbar, wie richtig im Ganzen und Großen die politischen Gedanken waren, die das Dunckersche Promemoria und das Schreiben des Herzogs entwickelten: bis dahin, diese Gedanken auf dem Boden der wirklichen Verhältnisse zum Stehen und Gehen zu bringen, ihnen Füße und Hände zu geben, war der Weg noch weit. Ersichtlich irrig war gewiß die Beurtheilung der Gaben des Fürsten von Hohenzollern. Derselbe kannte sich selbst besser. Er fühlte keineswegs den Beruf in sich, das Steuer der auswärtigen Politik zu ergreifen. Denn trotz der ihm von Duncker nachgerühmten selbstvergessenen Hingebung, der kaltblütigen Ruhe, die er Schwierigkeiten und Gefahren gegenüber bewahrte, des scharfen und klaren Verstandes endlich, mit dem er in den Kern aller Fragen eindrang, fehlte ihm doch das Beste: die leidenschaftliche Lust, die Dinge zu beherrschen und zu machen, die Menschen bald zu biegen, bald zu zwingen; er war Politiker nicht aus Neigung, sondern aus Pflicht, mehr eine beschauliche als thatenfrohe Natur, mehr dem Privatleben als dem öffentlichen zugewandt und ohne staatsmännischen Ehrgeiz. Das politische Selbstgefühl des Prinz-Regenten zu stärken, konnte nur der Zeit und der Schule einer langen Erfahrung ge-

lingen; dazu bedurfte es aber außerdem des Einflusses zuversichtlicherer und rücksichtsloserer Rathgeber. Der starke und herrische Geist, der bestimmt war, in die politische Action unseres Staates den Nerv des Entschlusses zu bringen, stand einstweilen noch außerhalb des Kreises der liberalen Aera. Herr von Bismarck hatte es nicht Hehl, daß er zur Nachfolge des Herrn von Schleinitz bereit sei: aber der Mehrzahl der Männer, die gegenwärtig noch im Rathe des Regenten saßen, galt der Junker mit seinen reactionären Anschauungen und seinen russischen Sympathien als der Erzfeind. Man wollte aus seinem eigenen Munde gehört haben, daß er es für kein schlechtes Geschäft halten würde, gegen die Erwerbung von Schleswig-Holstein die Rheinprovinz an den Kaiser Napoleon zu überlassen. Man traute ihm ebenso wenig in den Fragen des Verfassungsrechts, in der Frage z. B. der kurhessischen Verfassung, und der Fürst von Hohenzollern beruhigte die Besorgnisse Duncker's: soweit sei man denn doch noch nicht, um „den Bock zum Gärtner zu setzen".

Eben diese Besorgnisse waren es, welche Duncker zum Gegner der jetzt von Napoleon in Anregung gebrachten Zusammenkunft mit dem Prinz-Regenten machten. Mit gutem Grunde nahm er an, daß es die Absicht des Kaisers sei, Preußen an Frankreich und Rußland heranzuziehen, oder, wenn das nicht gelänge, dem Regenten wenigstens Mißtrauen in Deutschland zu erwecken. Er sah in der geplanten Begegnung ein Glied der großen, wenn auch fürs Erste gescheiterten Intrigue, Schleinitz durch Bismarck zu ersetzen und Preußen für jenen Napoleonischen Schacher zu gewinnen. Lebhaft sprach er sich dem Fürsten gegenüber gegen die Entrevue aus und setzte auseinander, daß dieselbe eben jetzt aufs Nachtheiligste wirken müsse, in einem Augenblick, wo sich in England und auch in Oesterreich eine Preußen entgegenkommende Stimmungswendung vollziehe. Er hatte dieselben Vorstellungen auch Herrn von Schleinitz gemacht. Der aber hatte es für ungefährlich erklärt, dem Wunsche des Kaisers zu willfahren. Die Anfangs auch von dem Prinz-Regenten abgelehnte Zusammenkunft fand statt, und der Erfolg rechtfertigte die Ansicht des Ministers. Nirgends zuvor hatte es sich so glänzend gezeigt, daß es dem Prinzen im rechten Moment keineswegs an Selbstvertrauen fehle.

Dank der Loyalität und dem festen Auftreten desselben trugen die Tage in Baden-Baden wesentlich dazu bei, die Stellung Preußens zu heben und zu klären. Duncker aber war es vergönnt, zu diesem Ergebniß mitzuwirken und sich desselben als unmittelbarer Zeuge und Zuschauer zu erfreuen.

Wie ganz anders verlief doch die Zusammenkunft als der Imperator es im Sinne gehabt haben mochte! Nachdem die Könige von Bayern und Württemberg den Wunsch zu erkennen gegeben hatten, mit dem Prinz-Regenten in Baden-Baden zusammenzutreffen, war die Möglichkeit gegeben, eigennützige Absichten Napoleons im deutschen Interesse zu benutzen. Der Prinz-Regent erklärte seine Bereitwilligkeit, mit den beiden süddeutschen Monarchen den Besuch des Kaisers in Baden zu empfangen. Nun wünschte auch der König von Hannover zugezogen zu werden, und in Folge dessen erging eine Einladung auch an den König von Sachsen; den Königen gesellten sich außer dem Großherzog von Baden auch die von Weimar und Hessen-Darmstadt, die Herzöge von Coburg und Nassau hinzu. Vom 16. bis 18. Juni waren die Fürsten versammelt. Ministerconferenzen damit zu verbinden, hatte der Prinz-Regent abgelehnt; im Gefolge des Fürsten von Hohenzollern war Duncker in Baden zugegen.

Es waren Tage der angestrengtesten Thätigkeit für ihn. Im Einverständniß mit dem Fürsten und dem gleichfalls anwesenden Roggenbach verfaßte er eine Anzahl von Staatsschriften über die beste Art, die Zusammenkunft zu verwerthen. Nach Lage der Dinge fiel das Hauptgewicht der Versammlung in die Besprechungen der deutschen Fürsten untereinander. Von den im November 1859 stattgehabten Ministerconferenzen in Würzburg datirte die Coalition der Mittelstaaten, der es noch vor Kurzem gelungen war, zunächst wenigstens in der betreffenden Bundescommission, die preußischen Anträge auf die allein ersprießliche Aenderung der Bundeskriegsverfassung — die Vereinigung der norddeutschen Truppen unter Preußens Oberbefehl — zu Falle zu bringen. So lag die Sorge nahe, daß die Zuziehung der deutschen Fürsten zu der Badener Zusammenkunft von den vier Königen benutzt werden könnte zu einem noch weitergehenden Erfolge gegen die Politik des Regenten. Wirklich conferirten die Würzburger eifrig in Baden und erholten sich Raths

von Wien. Hiergegen eben arbeitete Duncker und fand sich dabei von Roggenbach und dem Großherzog von Baden unterstützt. Es galt, zu verhüten, daß die Würzburger einen gemeinschaftlichen Versuch machten, das gegenwärtige preußische Ministerium zu erschüttern oder zu stürzen, allgemeine Repressivmaßregeln gegen den Nationalverein durchzusetzen oder gar die hessische Frage und die der Bundeskriegsverfassung im gegnerischen Sinne zur Erledigung zu bringen. Es mußte verhindert werden, daß das Alles von ihnen auch nur zur Sprache gebracht werde; Preußen durfte sich die Dinge nicht aus der Hand nehmen, sich nicht in Unterhandlungen ziehen lassen, deren bloße Eröffnung schon seinem Vortheil und seiner Würde entgegen gewesen wäre. Zu ihrer Beruhigung waren die Fürsten zu der Zusammenkunft zugezogen worden; sollte dieselbe dazu von ihnen benutzt werden, Preußen zu beunruhigen? Von Preußen vielmehr mußte die Initiative ergriffen und den Dingen ein festes Siegel aufgedrückt werden. Der Regent also, nachdem er die Friedensversicherungen Napoleons entgegengenommen, würde die Fürsten zusammenzuberufen und ihnen sofort nach der Abreise des französischen Gastes Mittheilung von den Ergebnissen der Zusammenkunft zu machen haben; er würde aber diese Gelegenheit zugleich benutzen müssen, um sich über die deutsche Politik in demselben Sinne auszusprechen, wie er es vor wenigen Wochen beim Schluß der Sitzungen des Landtags gethan. Es wäre eine Thronrede an die versammelten Souveräne beim Schluß der Sitzungen des Fürstentags zu halten, und diese müßte so gefaßt sein, daß sie zu Entgegnungen keinen Anlaß gäbe und nöthigen Falls in die Oeffentlichkeit gelangen könnte. In fünf Punkten formulirte Duncker den Inhalt dieser „Thronrede", und er hatte die Genugthuung, daß der Prinz im Wesentlichen sprach, wie er es sich gedacht hatte. „Der Prinz," so schrieb er voller Freude an einen Vertrauten, „hat die Fürsten versammelt und ihnen eine höchst stattliche Rede gehalten: er beharre auf seiner liberalen preußischen und seiner deutschen Politik; er werde sich durch ihren Widerspruch dagegen nicht hindern lassen, die Integrität Deutschlands gegen Außen unter allen Umständen zu schützen; er hoffe, daß sie sich ihm nähern würden." „Der Prinz," berichtet er weiter, „ist mit sich sehr zufrieden. Er hat auch in einfacher, offener Weise mit

Napoleon verkehrt und ganz unverhohlen seine Absicht ausgesprochen, ihm nöthigen Falls sehr energisch entgegenzutreten. Ebenso hat er sich den Fürsten gezeigt, und ich glaube, sie nehmen etwas mehr Respect mit."

Nach den Strapazen von Baden war es eine freundliche Erholung für Duncker, dem Fürsten von Hohenzollern nach Sigmaringen zu folgen, wo er gern dessen kostbare Sammlungen bewunderte, mit noch größerer Freude aber das einfache, schöne und reine Familienleben des Fürsten kennen lernte. Ueber Tübingen, München, Coburg kehrte er Ende Juni nach Berlin zurück, und noch einmal durfte er in Coburg, dem alten Stockmar Bericht erstattend, in der Erinnerung an den Verlauf der Badener Zusammenkunft sich guten Hoffnungen für die weitere Entwickelung der Dinge hingeben.

Nur zu bald indeß wurden diese Hoffnungen durch neue Sorgen gekreuzt. Nur einen Monat später, am 26. Juli, fand die durch den König von Bayern zu Stande gebrachte Begegnung des Prinz-Regenten mit Kaiser Franz Josef in Teplitz statt, während Anfang August die Mittelstaaten von Neuem in Würzburg über die Bundeskriegsverfassung verhandelten. Gern hätte Duncker die Teplitzer Zusammenkunft vermieden gesehen; befand sich doch Oesterreich, krank in seinen inneren Verhältnissen, geängstigt durch die italienischen Einheitsbestrebungen, in viel ungünstigerer Lage als Preußen; hatte es doch von diesem nur zu wünschen, nichts ihm zu bieten; am besten, nach Dunckers Meinung, wenn man in stolzer und kalter Haltung Oesterreich mit seinen etwaigen Wünschen und Erbietungen kommen lasse. Und wirklich vergab sich Preußen in Teplitz nichts. Man sagte den Oesterreichern, daß man nichts mehr wünschte, als mit ihnen gegen Frankreich zu stehen, wenn sie dies nur der preußischen Regierung, ihrer Bevölkerung gegenüber, möglich machten. Um Olmütz und das Laxenburger Manifest vergessen zu machen, um in der preußischen Bevölkerung die Furcht niederzuschlagen, daß das Zusammengehen mit Oesterreich soviel heiße als Karlsbader Beschlüsse, sei es nothwendig, den Protestantismus im Kaiserstaat besser zu stellen, Reformen im Innern vorzunehmen und das Protectorat der mittelstaatlichen Opposition aufzugeben. Die beste Gelegenheit, zu zeigen, ob ihnen wirklich

daran gelegen sei, an den preußischen und deutschen Kräften eine wirksame Unterstützung zu finden, werde die Abstimmung über die Bundeskriegsverfassung bieten. In der confessionellen und der Reformfrage gab Oesterreich entgegenkommende Versicherungen; es enthielt sich andererseits wenigstens der Betheiligung an den Conferenzen der Würzburger. Sich zu einer Garantie Venetiens zu verpflichten, lehnte Preußen ab. So ungefähr war das Ergebniß der Teplitzer Zusammenkunft; Duncker konnte daraufhin seine beständigen Bemühungen, England zu Gunsten Preußens umzustimmen, fortsetzen. England, schrieb er an einen einflußreichen englischen Staatsmann, indem er ihn über Teplitz verständigte, werde gut thun, seinen Einfluß in Wien und an den deutschen Höfen dazu zu verwenden, die preußischen Gesichtspunkte zu vertreten, die auch die seinigen sein müßten. Offenbar habe Napoleon durch Baden und Teplitz, durch das Project der englischen Küstenbefestigung u. s. w. den Eindruck einer sich bildenden Coalition empfangen. Dieselbe im Keime zu ersticken, suche er von Neuem England einzufangen; eben daß ihm das nicht gelinge, sei von der äußersten Wichtigkeit.

Die immer wieder vereitelte Hoffnung auf eine Allianz mit England war in der That in dieser Zeit der Mittelpunkt von Dunckers politischem Calcül. Mit der größten Besorgniß erfüllte es ihn daher, als jetzt auch Rußland mit Preußen Geschäfte machen wollte und auf eine Zusammenkunft in Warschau drang. Duncker war während des Septembers zum Gebrauche der Kur in Karlsbad gewesen und hatte dort Gelegenheit gehabt, die Zwiespältigkeit der öffentlichen Meinung in Oesterreich, wie sie in den Debatten des österreichischen Reichsraths zu Tage trat, die Zerklüftung der Parteien und die Verworrenheit der inneren Verhältnisse zu studiren. Es schien ihm, daß wir an einem Wendepunkte unserer auswärtigen Politik angelangt seien, der auch für die innere von entscheidender Rückwirkung sein werde, je nachdem sich Preußen in eine haltlose Annäherung an Oesterreich und Rußland hinübertreiben lasse oder ein bestimmtes Verständniß mit England zu finden wisse. Alle diese Zusammenkünfte — so entwickelte er seinem Chef — machten den Eindruck einer tastenden Politik, die Jedermanns Freund zu sein suche, während es doch geboten sei, sich ausschließ-

lich der Anlehnung zuzuwenden, die uns allein frommen könne, der Anlehnung an England. Jener Eindruck werde verſtärkt durch die Halbheit unſeres Auftretens in den deutſchen Dingen. Sei Letzteres vielleicht aus Rückſicht gegen Frankreich nicht zu vermeiden, ſo müſſe eben um ſo beſtimmter der Gang unſerer auswärtigen Politik präciſirt werden. Die größte Verdunkelung ſei offenbar von der Warſchauer Zuſammenkunft zu befürchten; dieſelbe werde in England wie in Deutſchland die Beſorgniß vor einer Erneuerung der heiligen Allianz hervorrufen und daher die Zuſtimmung des Landtags zur Militärvorlage erſchweren und unſer Verhältniß zu England ernſten Gefahren ausſetzen. Werde doch die Warſchauer Zuſammenkunft in die Tage fallen, nachdem eben der Kaiſer von Oeſterreich den Reichsrath in ſehr unbefriedigender Weiſe entlaſſen habe, in die Tage, in denen das Turiner Parlament die Annexion Mittel- und Süditaliens unter dem jauchzenden Beifall Deutſchlands und Englands beſchloſſen haben werde, während das Turiner Kabinet jeden Angriff auf Venetien für jetzt ablehne. Dunckers Meinung faßte ſich nach allen dieſen Auseinanderſetzungen dahin zuſammen, daß die Nachtheile der Zuſammenkunft, wenn ſie doch einmal unvermeidlich ſei, durch ein vorgängiges ſehr beſtimmtes Benehmen mit England vermindert werden müßten. Die beſte Gelegenheit dazu bot der Beſuch, den die Königin Victoria dem Prinz-Regenten in Koblenz abzuſtatten verſprochen hatte. Hier, meinte er, müſſe ein gemeinſchaftliches Programm für Preußen und England zu Stande gebracht, eine vollſtändige Verabredung darüber getroffen werden, welche Sprache Preußen über alle obſchwebenden Fragen, über die deutſche, die italieniſche, die orientaliſche, in Warſchau zu führen habe. Er wünſchte dringend, daß der Fürſt ſowohl in Koblenz wie in Warſchau zugegen ſei. Jenes Programm aber formulirte er dahin, daß Preußen die orientaliſchen Intereſſen Englands zu den ſeinigen zu machen, ſich in den italieniſchen Dingen auf den engliſchen Standpunkt zu ſtellen, England dagegen in der deutſchen und holſteiniſchen Frage auf die Seite Preußens zu treten habe.

Es fehlte viel, daß ſo Großes zu erreichen geweſen wäre. Zwar die politiſchen Verhandlungen des Warſchauer Congreſſes beſchränkten ſich auf eine kurze Beſprechung am 25. October, und

es wurden dabei preußischerseits keinerlei Verpflichtungen übernommen, keinerlei bindende Zusagen irgend welcher Art abgegeben. Allein auf der anderen Seite hatte die vorausgegangene Koblenzer Besprechung eben nur ausgereicht, von vornherein eine Verstimmung der beiden Ostmächte gegen Preußen hervorzubringen: zu einem Abkommen in irgend einer politischen Frage mit England war man dagegen weder in Koblenz noch sonst gelangt; es war klar, daß auf ein Zusammengehen mit dem Inselstaate nicht zu rechnen sei. Die Begegnung mit dem Zaren, die zuwartende Haltung Preußens der italienischen Nationalbewegung gegenüber war nicht dazu angethan, die Sympathien des liberalen Lagers zu gewinnen. In Deutschland, vor Allem aber in England, erhob sich in der That das Geschrei von Erneuerung der heiligen Allianz, und Palmerston konnte John Bull die französische Allianz von Neuem schmackhaft zu machen versuchen.

Nicht bloß auf die leitenden Persönlichkeiten in der preußischen Regierung hatte inzwischen Duncker — immer im Hinblick auf die Gewitterwolke, die jeden Augenblick von Frankreich aus sich entladen konnte — einzuwirken versucht. Während die Souveräne ihre Congresse abhielten, hatte auch der im September 1859 in Frankfurt begründete Nationalverein trotz der Verbote und Maßregelungen, denen er sich von Seiten eines Theiles der mittleren und kleinen deutschen Regierungen ausgesetzt sah, festen Bestand, und, unter dem Schutze des Herzogs Ernst, in Coburg einen Mittelpunkt seiner Organisation gewonnen, von wo aus er seine regelmäßigen Versammlungen ausschrieb. Vielleicht wäre Niemand so wie Duncker der Mann gewesen, diesen Verein richtig zu lenken, wenn er noch wie ehedem für sein patriotisches Wirken völlig freie Hand gehabt, wenn er nicht durch seine amtliche Stellung darauf angewiesen gewesen wäre, die Hebel in erster Linie anderswo anzusetzen. Er hatte jetzt die Aufgabe, zwischen der preußischen Regierung, wie sie war und wie er sie, immer arbeitend und hoffend, sich dachte, und der populären Bewegung zu vermitteln, die Regierung über die Ziele des Nationalvereins, den Nationalverein über die Lage und den oft sich versteckenden, oft abgelenkten Willen der Regierung zu verständigen. Es war im August 1860, nach den Tagen von Baden und Teplitz, vor der bevorstehenden General-

verſammlung dieſes Jahres, daß er ſich in einer längeren Zuſchrift an den leitenden Ausſchuß über die Haltung ausſprach, durch die der Verein ſich nach Lage der Dinge wahrhaft Verdienſte um das Vaterland erwerben könne.

Dieſe Lage der Dinge hatte ſich ſeit Jahresfriſt weſentlich verändert. Zur Zeit der Gründung des Nationalvereins, unmittelbar nach dem italieniſchen Kriege, war es natürlich, daß man im Gefühl der ſchutzloſen Lage Deutſchlands und der völlig unzureichenden Formen der Bundesverfaſſung auf die Wege von 1848 und 1849, d. h. auf die Idee der totalen Bundesreform, zurückging. Dennoch fand der Verein ſchon damals vollen Anklang nur da, wo die ihm zu Grunde liegenden leitenden Gedanken ſchon zwölf Jahre früher mächtig geweſen waren. Nur durch vorſichtige Verhüllung des letzten Ziels war es gelungen, dem Verein darüber hinaus Anhänger zu gewinnen: im Ganzen wieſen die Bevölkerungen des deutſchen Südens ſowie die Sachſens den Gedanken der Unterordnung unter Preußen und des Ausſchluſſes Oeſterreichs kaum mit geringerer Entſchiedenheit zurück als die Regierungen. Andererſeits waren auch die auf die preußiſche Regierung geſetzten Erwartungen, welchen man ſich bei der Bildung des Vereins hatte hingeben dürfen, nicht eingetroffen. Die preußiſche Regierung — ſo erläutert und rechtfertigt die Duncker'ſche Denkſchrift die Zurückhaltung derſelben — war ſich ſehr bald darüber klar, daß eine Bundesreform auf gewaltſamem Wege unternehmen nichts weiter heiße, als die heißeſten Wünſche des Kaiſers Napoleon in zuvorkommendſter Weiſe erfüllen. Sie konnte — wenn ſie doch nimmermehr Frankreichs Zuſtimmung zu ſolch einer gewaltſamen Umbildung Deutſchlands durch die Abtretung des linken Rheinufers erkaufen durfte — ſich nur im Allgemeinen freundlich zum Nationalverein ſtellen, nur durch moraliſche Einwirkung dazu beitragen, den Widerſtand der Regierungen gegen die dringendſten Reformen am Bunde zu überwinden. In dieſem Sinne beantwortete der Prinz-Regent jene Adreſſe der Stettiner im Auguſt 1859. Seitdem „iſt man preußiſcher Seits noch einen Schritt weiter gegangen." Man hat mit voller Beſtimmtheit für den gegenwärtigen Augenblick auf eine allgemeine Reform des Bundes verzichtet und dieſelbe auf zwei unmittelbar nothwendige Punkte be-

schränkt. Ja, selbst die kurhessische Frage hat man gegen die dringendere der Bundeskriegsverfassung zurückstellen zu müssen geglaubt. Zusammenfassung der deutschen Kräfte gegen Frankreich ist der letzte, der augenblicklich einzig maßgebende Gesichtspunkt der preußischen Politik. Von diesem Gesichtspunkte aus kann die preußische Regierung nicht wünschen, daß neue Conflicte in Deutschland hervorgerufen oder die noch bestehenden verschärft werden, daß von Neuem Reizbarkeit und Mißtrauen gegen sie geweckt, daß den Ministerien der Mittelstaaten, den Beust, Borries und Genossen, deren Beseitigung sie dringend wünschen muß, durch starkes Auftreten und eine heftige Agitation für Preußen neue Stützen aus dem verletzten Selbstgefühl der Bevölkerungen ihrer Staaten erwachsen.

Und aus dieser Lage der Dinge schöpft nun Duncker seinen Rath an die Leiter des Nationalvereins. Er ist weit entfernt davon, dem Verein zuzumuthen, dem Gange der preußischen Regierung zu folgen, aber er glaubt ihn auffordern zu dürfen, der nationalen Lage Deutschlands nach Innen und Außen gerecht zu werden; er will seine Bestrebungen von der Einen großen zu den einzelnen nationalen Aufgaben hinlenken, durch deren Lösung auch jene der Lösung entgegengeführt werde. Er präcisirt diese Aufgaben. Der Nationalverein trete der von Frankreich in der Schweiz, in Belgien und in Deutschland betriebenen Preßagitation entgegen. Er kläre die deutsche Demokratie über die Nichtigkeit der Hoffnungen auf, die sie auf den von Napoleon zur Schau getragenen Demokratismus zu setzen geneigt ist. Er betreibe die Angelegenheit der Bundeskriegsverfassung, der Küstenbefestigung, der Wiederherstellung einer deutschen Flotte. Er halte das Interesse an der hessischen und holsteinschen Frage lebendig. Er arbeite den großdeutschen, ultramontanen und feudalen Tendenzen in allen deutschen Staaten entgegen. Er helfe zur Beseitigung derjenigen Verwaltungen, die, dem constitutionellen Principe feindlich, der Bundesreform im Wege stehen. Er wirke im Sinne aller dieser Aufgaben auf die Presse und die deutschen Kammern und veranstalte Zusammenkünfte gleichgesinnter Mitglieder derselben. Alle diese Ziele können erreicht werden ohne Spaltung der liberalen Partei und ohne Zerwürfniß des Nationalvereins mit Preußen. Bei einem

solchen Vorgehen würde die Nation zur Einheit erzogen, Deutschland gegen das Ausland gestärkt werden; nur so endlich würde der Verein eine sehr große Zahl praktischer und nüchterner Männer gewinnen, die ihm bisher fremd geblieben sind, weil sie mögliche Ziele vermißten, und deren er doch nicht entbehren kann, um die Kraft zu erlangen, welche er zur dereinstigen Durchführung der großen Reform bedarf. Das Gegentheil von dem Allen würde erfolgen, wenn die bevorstehende Generalversammlung den Beschluß faßte, dahin zu wirken, daß die militärische und diplomatische Vertretung des deutschen Bundes in die Hand Eines Bundesstaates gelegt und eine Volksvertretung am Bunde eingeführt werde. Preußen würde einem solchen Beschlusse ganz fremd bleiben, die übrigen Regierungen aber dem Verein mit erhöhter Feindseligkeit entgegentreten. „Im günstigsten Falle würde der Nationalverein eine Menge werthvoller Kräfte durch eine Agitation absorbiren, welche kein praktisches Resultat ergeben kann. Nicht das ist die Aufgabe des Nationalvereins, sein Ziel immer von Neuem, nur immer stärker betont, zu bekennen, sondern die Wege zu gehen, welche sicher zu demselben hinführen."

Solche Rücksichtnahme jedoch auf die preußische Regierung zu erlangen, von liberalen Männern zu erlangen, war um so schwieriger, nicht bloß weil bei dem Stocken der auswärtigen Politik immer nur auf den guten Willen Preußens verwiesen werden konnte, sondern weil auch im Innern die Erwartungen sich nicht erfüllen zu wollen schienen, die man an den Eintritt der neuen Aera geknüpft hatte. Der Prozeß gegen den Polizeicommissar Stieber und die sich daran anschließenden Enthüllungen in den letzten Monaten des Jahres 1860 versetzten das Land in die größte Aufregung. Grelle Schlaglichter waren dadurch auf das im Princip seit der Regentschaft verlassene Repressiv- und Polizeisystem geworfen worden, es war die Unzuträglichkeit deutlich an den Tag gekommen, daß man den Versuch gemacht, mit den Organen eines alten Systems fortregieren zu wollen. Einige der höchsten Regierungsbeamten, der Justizminister und der Polizeipräsident von Berlin, Herr von Zedlitz, waren von den Anklagen auf Gesetzesverletzung mit berührt. Der Justizminister war zurückgetreten; aber es gelang dem berechtigten Andrängen auf Aenderung dieser

Zustände, auf eine Läuterung des Beamtenorganismus nicht, die großmüthige Schwäche und die peinliche Gewissenhaftigkeit, mit welcher Graf Schwerin, der Minister des Innern, Herrn von Zedlitz zu halten suchte, so bald zu überwinden. Während im Plenum des Abgeordnetenhauses bei den Adreßdebatten Vincke am 5. Februar 1861 seinem Freunde Schwerin durch die drastische Vorführung der ermittelten Thatsachen einen harten Stand bereitete, arbeitete Duncker im Stillen daran, die Staatsraison gegen den Standpunkt des Ministers, der sich in den Kopf gesetzt hatte, Beamte nicht entlassen zu können, die unter seiner Amtsführung sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht hätten, zur Geltung zu bringen. Bis ins Einzelne der widerwärtigen Vorkommnisse ging er ein und wandte in ausführlicher Darlegung seine ganze Beredtsamkeit auf, um zu zeigen, daß die Entfernung des Herrn von Zedlitz eine Forderung der öffentlichen Moral, daß sie im Interesse der Sicherheit der Hauptstadt und schon zu dem Zwecke geboten sei, der Demokratie ein sehr wirksames Agitationsmittel zu entziehen. Er versäumte nicht, darauf hinzuweisen, wie schwer das Ansehen Preußens in Deutschland und Europa unter der Fortdauer solcher Unregelmäßigkeiten und solcher Schonung leide, wenn doch die englische Presse sich bereits berechtigt halte, die Zustände Preußens mit denen Neapels zu vergleichen. Er stand dem Minister nahe genug, um seinem Vertrauen zu dessen endlichem Entschluß, nachdem alle Thatsachen unzweifelhaft erwiesen seien, noch einen besonderen persönlichen Ausdruck zu geben. Sie haben, schrieb er ihm am Tage des entscheidenden Ministerraths, bisher guten Glaubens gehandelt; Niemand wird Ihnen sagen können, daß Sie dem Geschrei gewichen seien. „Wenden Sie Sich heute ganz offen mit Ihrem ganzen Ernst gegen den Schwindel und gegen die Veruntreuung, und Sie haben Boden genug im Lande, um geachteter, größer und fester zu stehen als zuvor." Er hatte nicht umsonst der Ehrenfestigkeit des treuherzigen und hartköpfigen Mannes vertraut. Seinen Bemühungen mit durfte er es zuschreiben, daß Schwerin endlich überzeugt war. „Ich denke," schrieb er am 18. Mai 1861, „wir haben diesen Sumpf hinter uns;" mit Genugthuung konnte er melden, daß die Disciplinaruntersuchung gegen Herrn von Zedlitz beschlossen sei.

Gewiß, es war eine ſchwierige und wenig dankbare Rolle, welche unſerem Patrioten zugefallen war. Am ſchwierigſten vielleicht ſeine Stellung im Abgeordnetenhauſe, wo er das Wort Anderen überlaſſen mußte, während er zugleich durch ſtille Einwirkung und ununterbrochene Verſtändigung ſeine altliberalen Freunde im rechten Fahrwaſſer erhalten mußte, jetzt ſie zu rechtzeitigem Drängen, jetzt zu nothwendig gebotener Zurückhaltung bewegend. Sein Leitſtern dabei immer die auswärtige und die deutſche Politik, deren Beſprechung in den betreffenden Ausführungen der lithographirten Parteicorreſpondenz deutlich ſeine Feder und ſeinen Standpunkt erkennen läßt. Eine der erfreulichſten Seiten ſeiner amtlichen Thätigkeit war ihm jedenfalls die ihm obliegende zuſammenfaſſende Redaction der Thronreden in dieſen Jahren. Sich dabei in die Seele des Prinz-Regenten zu verſetzen, wurde ihm nicht ſchwer, da er der nüchtern verſtändigen, ſchlichten und doch warmen Art deſſelben von ſich aus die reinſte Neigung und Achtung entgegenbrachte. Während es ihm daher gelang, den dem hohen Herrn zuſagenden Ausdruck zu treffen, war er andererſeits bemüht, in den aufeinanderfolgenden Reden die Continuität der Abſichten des Regenten deutlich hervortreten zu laſſen, den Sprecher in deſſen eigenem Sinn in der Richtung einer kräftigen deutſchen und auswärtigen Politik zu binden und ihm durch warme Betonung der betreffenden Sätze Beifall zu wecken.

Der Entwurf der Thronrede, wie ihn Duncker für die Eröffnung der Seſſion des Jahres 1861 concipirt hatte, enthielt eine auf die Polizeiſache bezügliche ernſte Verſicherung, daß Amtsführungen, welche mit dem Geiſte des neuen Regierungsſyſtems nicht aufrichtig übereinſtimmten, hinfort auf Nachſicht nicht zu rechnen haben würden. Ein anderer Paſſus nahm Bezug auf die Teplitzer Zuſammenkunft und war darauf berechnet, etwaige Beſorgniſſe wegen zu weitgehender Nachgiebigkeit gegen die Intereſſen Oeſterreichs zu beſeitigen. Mit ſtarken, faſt drohenden Worten war der Unwillfährigkeit eines Theiles der deutſchen Bundesfürſten bezüglich der von Preußen beantragten Reform der Bundeskriegsverfaſſung gedacht und endlich dem die Mahnungen des deutſchen Bundes mißachtenden Dänemark ausdrücklich das Executionsverfahren in Ausſicht geſtellt. Dieſer Entwurf indeß, auch wenn der damals noch

nicht bekehrte Minister des Innern ihm zugestimmt hätte, mußte sich der neuen Lage der Dinge anbequemen, die der Jahresanfang mit sich brachte. Am 2. Januar 1861 unterlag Friedrich Wilhelm IV. seinen langen schweren Leiden. In der die Sitzung des Landtages am 14. Januar 1861 eröffnenden ersten Thronrede König Wilhelms I. waren die schärfsten Spitzen in Betreff der Bundeskriegsverfassung, der hessischen und der holsteinschen Frage abgestumpft, indem jeder Schein des Drohens vermieden und in den Ausdruck zuversichtlicher Hoffnung auf die Lösung dieser Fragen verwandelt war. Geblieben war die Versicherung treuen Feststehens auf den bei der Uebernahme der Regentschaft ausgesprochenen Grundsätzen, des Entschlusses, die nationalen Interessen Preußens und Deutschlands mit Ernst und Nachdruck zu fördern. In demselben Tone hielt sich die gleichfalls von Duncker entworfene, nur in wenigen und geringfügigen Einzelheiten von dem Könige abgeänderte Ansprache „An mein Volk".

Bald jedoch wurde es klar, daß dem ernsten Willen zur Verfolgung der angekündigten Ziele die Schwierigkeit der Lage und die Bedenken über die Wege und Mittel sich mit bleierner Schwere anhingen. Zwischen der wachsenden Ungeduld der liberalen Partei und der dadurch beunruhigten Stimmung des Königs hatte das ohnehin nicht an übermäßiger Thatkraft leidende Ministerium einen schweren Stand. Das Abgeordnetenhaus that nur seine Schuldigkeit, wenn es in den Adreßdebatten die zu Tage getretenen Schäden der Verwaltung rügte, und wenn es in den deutschen Dingen ein energischeres Vorgehen forderte; es ließ sich in dem Ausdruck seiner Sympathien für das neue Italien ohne Zweifel weiter fortreißen, als die Klugheit gefordert hätte, aber die Haltung des Herrn von Schleinitz hatte es dazu gereizt. Während Duncker in der Stille Alles that, um den Grafen Schwerin von seinem eigensinnigen Standpunkte abzubringen, während er die den Schein legitimistischer Neigungen nicht verleugnenden Fehlgriffe des Herrn von Schleinitz in den italienischen Dingen bedauerte, kannte er doch die ehrenwerthen Motive des Ministers des Innern zu gut, erkannte er doch andererseits zu deutlich die Gefahren eines voreiligen Eintretens für Italien, als daß er das stürmische Auftreten seines Freundes Vincke in der einen und anderen Angelegenheit hätte billigen können. Er

ſuchte eifrig, wo ſich der Hebel erfolgreicher anſetzen laſſe. Seine Anſicht war noch immer, daß die holſteinſche Frage diejenige ſei, durch welche die in ſo vieler Hinſicht kritiſche Lage zum Beſſeren gewandt werden könne. Jeden Augenblick, in der That, ließ ſich dieſe mit Preußens Stellung in Deutſchland und Europa ſo eng zuſammenhängende Frage zu einer Kriegsfrage zuſpitzen. Die Verſprechungen, durch welche die Dänen 1852 den Abzug der deutſchen Bundestruppen und weiterhin den Zutritt Preußens zu dem die Integrität des däniſchen Geſammtſtaates und die Thronfolge des Prinzen Chriſtian von Glücksburg anerkennenden Londoner Programm erlangt hatten, waren unerfüllt geblieben; ja, den eingegangenen Verträgen zum Trotz, waren die Herzogthümer ſchnöde gemißhandelt, die Verbindung Holſteins und Schleswigs im Sinne der von der eiderdäniſchen Partei erſtrebten Einverleibung Schleswigs in die däniſche Monarchie zerriſſen worden. Erſt nach der Beendigung des Krimkrieges hatten ſich, dem däniſchen Vertragsbruche gegenüber, die deutſchen Mächte zu Vorſtellungen an die Kopenhagener Regierung ermannt; im Sommer 1858 hatte der Bund mit bewaffneter Bundesexecution gedroht, aber durch neue Winkelzüge war es den auf den Schutz Rußlands und Englands vertrauenden Dänen gelungen, die Beſchwerde der holſteinſchen Stände zu verſpotten, die Ausführung der angedrohten Execution hintanzuhalten. Von Neuem war Dänemark im Sommer 1860, den langmüthigen deutſchen Forderungen zuwider, mit eigenmächtiger Aufſtellung des holſteinſchen und lauenburgſchen Budgets vorgegangen; von Neuem war in Frankfurt die Bundesexecution zur Sprache gekommen — und von Neuem war ſie verſchoben worden. Preußens Ehre war tiefer als die irgend einer anderen Macht bei dieſer Frage betheiligt, die Stimmung in den Herzogthümern, die öffentliche Meinung in Deutſchland wogte höher und höher auf — und doch war man in der Wilhelmsſtraße einzig zum Aufſchieben und Hinhalten entſchloſſen, zu einem Verfahren alſo, das die Dänen in die Lage verſetzte, ſich in aller Muße zu rüſten. Es war klar, daß man wiederum mittelſt der bloßen Androhung der Execution nichts weiter als ein partielles Nachgeben der Dänen erreichen wolle.

Vergebens waren — vermuthlich auf Veranlaſſung der Königin — der Großherzog von Baden, die Herzöge von Gotha und

Weimar nach Berlin gekommen, um in dieser Sache und in der deutschen Politik gegen die Würzburger das Berliner Kabinet vorwärts zu treiben. Sie hatten Duncker zu ihren Berathungen eingeladen, und ihm warm für seinen Antheil an der Thronrede gedankt —: einen Einfluß auf die zagende, stockende und bezüglich der italienischen Dinge von legitimistischen Gesichtspunkten beherrschte Haltung des auswärtigen Amtes hatten sie nicht gewinnen können. Die Adreßdebatten des Abgeordnetenhauses hatten es deutlich an den Tag gebracht, daß das Land diese Haltung mißbillige. Denn die Suprematie Frankreichs zu bekämpfen hatte man sich bereit erklärt, aber man hatte ebenso bestimmt ausgesprochen, daß es dazu anderer Bundesgenossen als Oesterreichs bedürfe, und daß für Oesterreich kämpfen nichts heißen würde, als sich in den voraussichtlichen Ruin dieses Staates mit hineinreißen lassen, oder, günstigsten Falles, dazu helfen, die alten Zustände in Italien wiederherzustellen und den renitenten deutschen Mittelstaaten die verlorene österreichische Stütze wiederzugeben. Es war klar: wenn es Frankreich gelang, durch eine Intervention in Italien Preußen zu einem Angriffskriege am Rhein zu drängen, so war Preußens Lage gegenwärtig, wo im Lande die Sympathie mit Italien, die Abneigung gegen eine Verbindung mit Oesterreich gewachsen, die Stimmung im Innern sich verschlechtert hatte, unendlich ungünstiger als im Juni 1859. Schwerlich war anzunehmen, daß der Landtag bereit sein würde, für einen solchen Krieg die Mittel zu bewilligen; vollends aber, wenn man dann mit Gewalt durchdringen, den Landtag auflösen, das Ministerium in conservativem Sinne ändern wollte — so wäre die Zeit der inneren Conflicte für Preußen gekommen, auf welche man in Paris wartete, und in Deutschland würde diese Wendung als ein Sieg der Mittelstaaten und der Bundestagspolitik über Preußen aufgefaßt und ausgebeutet werden, die liberale süddeutsche Partei würde auf den demokratischen Standpunkt treten; das Bewußtsein der eigenen Schutzlosigkeit konnte die in Süddeutschland bereits herrschende Aufregung vielleicht zu bedenklichen Ausbrüchen führen.

Für Duncker stellte sich demnach die Frage dahin, in welcher Weise verhütet werden könne, daß die auswärtigen Fragen die inneren Schwierigkeiten erhöhten, vielmehr, ob nicht im Gegentheil jene

benutzt werden könnten, um diese zu heben. War nicht die in und außerhalb Preußens herrschende Erregung zum großen Theile eine Folge davon, daß die preußische Politik in den auswärtigen Dingen nicht deutlich genug erkennbar war? Würde nicht eine bestimmte Richtung die Geister sammeln, eine nationale That den gesammten Spuk des Raisonnements und der Opposition wie ein frischer Morgenwind wegblasen? In diesem Sinne wies Duncker in einer Denkschrift vom 20. Februar auf die bereits eingeleitete, nur leider mit hinhaltender Unschlüssigkeit eingeleitete holsteinsche Frage hin.

Unter allen Umständen, so deducirt er, ist ja die Besetzung der Eiderlinie die unerläßliche Einleitung jedes Krieges zwischen Preußen und Frankreich; denn Preußen muß in der rechten Flanke gesichert sein, wenn es am Rhein fechten soll. Die Besetzung Holsteins würde Preußen das Mittel gewähren, Deutschland militärisch zu besetzen. Preußen würde sich damit des einzigen Verbündeten, den es haben kann, der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, fest versichern. Es vereinigte die deutschen Regierungen und die deutschen Bevölkerungen um eine gemeinsame Fahne; es hätte den Angriffskrieg für Oesterreich, den Frankreich Preußen zuschieben möchte, in den Vertheidigungskrieg für Deutschland gegen Frankreich verwandelt. Von Frankreich angegriffen, hätte es das Princip der Neutralität, das Napoleon proclamirt hat, auf seine Seite gestellt. Auch Oesterreich würde einen ihm geleisteten Dienst darin erkennen müssen, wenn Preußen durch diese Ablenkung die Intervention Frankreichs in Italien verhinderte — „man kann Venetien auch an der Eider vertheidigen". Ueber die Verhältnisse Italiens wird schließlich doch nur im großen Kriege gegen Frankreich entschieden werden können, und sich zur Durchführung desselben in die beste Lage zu setzen, ist das Eine, was Noth thut: „der Marsch an die Eider würde sich dem Marsche Friedrichs des Großen nach Sachsen zur Einleitung des siebenjährigen Krieges paralleliſiren."

So schrieb Duncker am 20. Februar. Noch dringender wiederholte er denselben Rath in einer an den Fürsten von Hohenzollern gerichteten Ausführung vom 15. April, nachdem der Versuch einer Verständigung mit Oesterreich in Betreff der Bundeskriegsverfassung

definitiv gescheitert war. Nur zwei Wege, entwickelt er hier, seien übrig, wenn man nicht wieder, wie im Juni 1859, den mit Oesterreich verbündeten Mittelstaaten gegenüber, in eine isolirte Lage gerathen und jede Initiative aus der Hand geben wolle: entweder der von der populären Meinung und dem Nationalverein geforderte Weg der parlamentarischen Einigung, oder der Weg der Einigung der nationalen Kräfte durch eine das deutsche Interesse vertretende Action nach außen. Es wird Duncker nicht schwer, unter Hinweis auf die in den Jahren 1848 und 1849 gemachten Erfahrungen und auf die Rolle, die bei einer Wiederholung der Unionspolitik das kaiserliche Frankreich spielen werde, den ersteren Weg als einen doctrinären abzulehnen. Der praktische Weg daher ist ihm allein der zweite. Die Antwort Preußens auf den Abbruch der Unterhandlungen durch Oesterreich — das sind die positiven Sätze der Denkschrift — ist der Eintritt in die holsteinsche Frage. Preußen kann von der Execution in Holstein nicht zurücktreten, wenn es seine Ehre nicht begraben will. Soll es sich durch Oesterreich und die Mittelstaaten in den dänischen Krieg, wie 1859 in den französischen, drängen lassen? Vielmehr, wenn es führend in die Frage eintritt, so fällt ihm durch den dann augenblicklich nöthigen Grenzschutz die militärische Dictatur über Deutschland zu. Und sofort zeigt die Denkschrift weiter, wie damit die Militärvorlagen im Abgeordnetenhause zu glücklichem Abschluß gebracht werden würden, und wie durch die vorbereitenden Berathungen der Vertreter der deutschen Staaten zu gemeinsamer Vertheidigung und Kriegführung zugleich ein praktischer Anfang für ein deutsches Parlament gemacht werden könnte. Während Oesterreich für sich in Italien kämpfte, führte Preußen im Norden für Deutschland Krieg. Nicht einmal wahrscheinlich, daß Frankreich, zufrieden, in Italien freie Hand zu bekommen, uns bei diesem Unternehmen mit den Waffen entgegenträte. Rußland ist im Innern, in Polen, im Orient ausreichend beschäftigt; England endlich wird zwar zuerst lärmend abmahnen, dann aber, hier wie anderwärts, die vollendete Thatsache hinnehmen.

Solchergestalt war Duncker rastlos bemüht, dem stockenden und zaudernden Gange der Regierung den Sporn guter Gedanken und Rathschläge anzusetzen und dem Ministerium zu zeigen, daß

es an Gelegenheiten nicht fehle, wenn es dieselben nur ergreifen wolle. Der beste Same indeß gedeiht nur, wenn er auf den rechten Boden fällt, und wenn ihm Luft, Licht und Wärme zur Entwickelung verhilft. Die Männer der neuen Aera waren nicht nur durch ihre eigene, den Schwierigkeiten der europäischen Gesammtlage nicht gewachsene Entschlußlosigkeit, sondern auch durch ihre Stellung zum Könige gehemmt. Das liberale Regierungssystem war nur ein System des guten Willens. Durch schwächliche Schonung der ihm widerstrebenden Elemente gelähmt, hatte es Erwartungen erregt, die, unerfüllt, sich gegen es selbst kehrten. Das Vertrauen zu dem Ministerium war erschüttert, das Herrenhaus fuhr fort, der Civilehe und der Grundsteuervorlage Opposition zu machen. Die große liberale Partei hatte begonnen sich zu zersetzen. Selbst die nächsten Freunde des Ministeriums sahen sich nothgedrungen in die Lage des Drängens versetzt, während die fortgeschritteneren Liberalen, die sich anfangs zurückgehalten hatten, ihrer Ungeduld und Unzufriedenheit nicht länger Zügel anzulegen Willens waren. Die durch den Stieberschen Proceß aufgedeckten Schäden der Verwaltung hatten die demokratische Partei wieder aufleben lassen. Seit es ihr gelungen war, Waldeck in das Abgeordnetenhaus zu bringen, sammelte sich außer der reactionären eine liberale Opposition gegen das Ministerium. Von allen Seiten daher befand sich dasselbe in der unbehaglichsten Klemme. Es hatte auch mit König Wilhelm einen schwereren Stand als mit dem Regenten. In der That, es schien, als ob dem Könige die Pietät für den unglücklichen Bruder nach dem Tode desselben zu noch lebhafterer Empfindung gekommen sei, und es war ersichtlich, daß die Kreuzzeitungspartei eifriger denn zuvor diese Stimmung benutzte, um auf den König in der Richtung ihrer Wünsche einzuwirken und ihn womöglich für sich zurückzuerobern. In demselben Maße, in dem die liberalen Reformen verzögert wurden, wuchs die Ungeduld der Partei, auf deren Unterstützung die Minister angewiesen waren, und in dem Maße, in dem diese Ungeduld zu Worte kam, wuchs die Besorgniß des Königs, sich zu weit vorgewagt zu haben. Es bemächtigte sich seiner die Sorge, sich auf einer schiefen Ebene zu bewegen, dem Siege der Demokratie in die Hände zu arbeiten, und dem gegenüber fühlte er das

Bedürfniß, seine monarchische Stellung, sein Königsrecht schärfer zu accentuiren. Die gegen die Unregelmäßigkeiten der Verwaltung und gegen den Minister des Innern im Abgeordnetenhause gerichteten Debatten berührten ihn sehr unangenehm, er zeigte sich gegen die Forderungen der Minister bezüglich längst verheißener Gesetzesvorlagen so spröde, beabsichtigte so unconstitutionelle Correcturen der ministeriellen Vorlage für die Adreßbeantwortung, daß es nur mit Mühe gelang, die nöthigen Milderungen zu erwirken. Nur nach harten Kämpfen mit dem königlichen Herrn wurden dann im März wenigstens einige Gesetzesvorlagen über Erweiterung des Anklagerechts gegen Beamte und Rechtsmittel gegen polizeiliche Beschränkung des Gewerbebetriebes genehmigt. Genug, die Stellung des Ministeriums fing an unhaltbar zu werden. Die Treue des Königs, mit der er an dem, was er einmal im Ganzen gewollt, festhielt, ließ es nicht zum Bruche kommen, aber seine Verstimmung, die sich nicht verbarg, war einem Bruche sehr ähnlich. Die Ministerkrisis war seit dem Januar 1861 chronisch geworden und lastete um so schwerer auf dem Gange der preußischen Politik, da der Schwäche der Minister jede von dem Könige ausgehende Hemmnung ein willkommener Vorwand wurde.

Mit Bedauern sahen Duncker's Freunde auch ihn in die Halbheit und Mattherzigkeit dieser Politik verwickelt. Wenn er selbst, im Sommer 1860, geneigt gewesen war, die in ihrer Bedeutung ihm doch so gegenwärtige Frage des kurhessischen Verfassungsrechts zurückzustellen, um nicht durch Verschärfung der inneren Streitpunkte, die ihm angesichts der bedrohlichen Absichten Frankreichs vor Allem nothwendig scheinende Einigung über die Bundeskriegsverfassung von vornherein zu gefährden: so hätte diese Rechnung doch nur Recht gehabt, wenn Preußens auswärtige Politik so zielbewußt und entschlossen gewesen wäre, wie er sie sich dachte und wünschte. Sein Freund Mathy unter Anderen war nicht dieser Ansicht; ihm schien Kassel noch immer der Punkt, von wo aus Preußen sich am ehesten in den deutschen Sattel schwingen könne; Preußens Ansehen müsse sinken, wenn es zu verstehen gebe, die hessischen Stände möchten sich mit dem Kurfürsten gütlich vertragen, und er verhehlte dem Freunde nicht, daß nach seiner Meinung die Sorge um eine im Frühjahr bevorstehende Rheincampagne

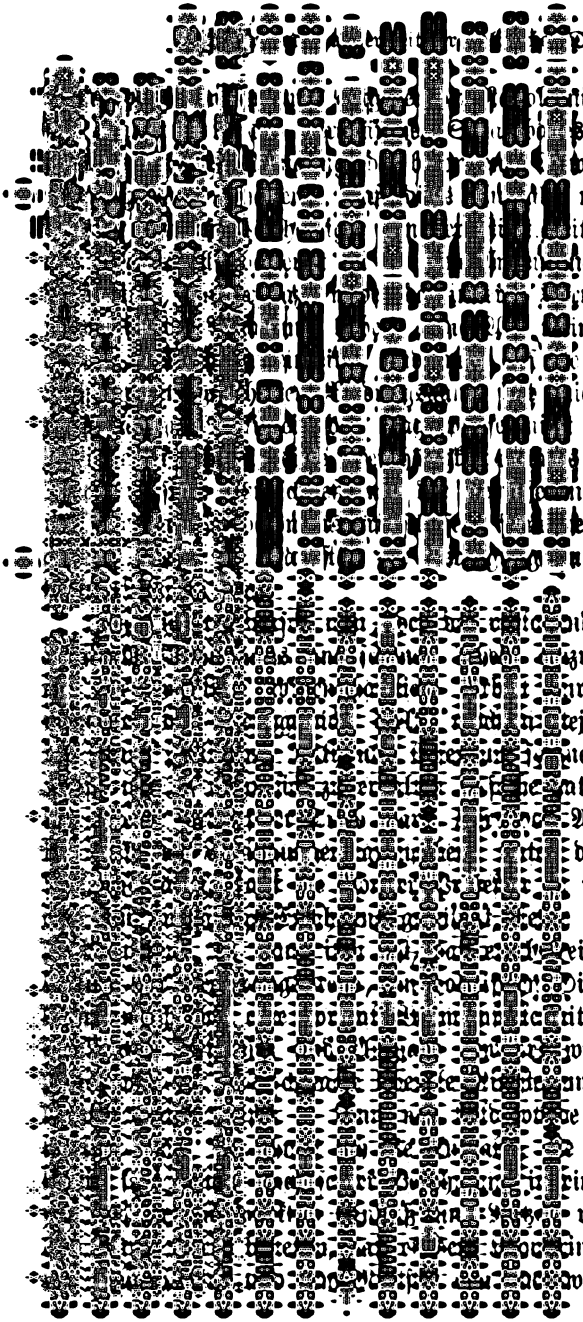
das Verhalten Preußens in der letzten Zeit etwas zu stark beherrscht habe. Diejenigen, welche Duncker am besten kannten, wußten wohl, daß er noch immer der freisinnige und feste Patriot sei, der er vor seinem Eintritt in den politischen Staatsdienst gewesen. Sie zweifelten nicht daran, daß er an dem Meisten, was Gutes geschah, Verderbliches unterblieb, einen hervorragenden Antheil habe. Von dem ganzen Ernst seiner Anstrengungen, von dem immer wieder neu und an anderen Stellen ansetzenden Eifer für die nationale Sache machten sie sich doch kaum ein ausreichendes Bild; sie wußten namentlich nicht, daß er auf den Kronprinzen einen entscheidenden Einfluß auszuüben Gelegenheit gefunden hatte. Nach dem, was sich öffentlich darstellte, mußten sie bedauern, daß soviel Einsicht und guter Wille sich erfolglos aufreibe, und befürchten, daß er in nothgedrungenem Anschluß an die gegebenen Verhältnisse zu unfruchtbarem Diplomatisiren gezwungen würde. Sie fanden, daß ein solcher Mann für eine solche Stellung zu gut sei, und daß, wenn nicht sein politischer Charakter, so doch sein politischer Name darunter leiden müsse. Nicht fehlen konnte es, daß bei den schlecht Unterrichteten und ferner Stehenden er mit denen identificirt wurde, an deren Schwäche er gefesselt war und die über alle seine dringendsten Vorstellungen immer wieder zur Tagesordnung des Aufschiebens und Nichtsthuns hinweggingen. Die ihn früher als einen freien Mann gekannt hatten, der seiner Wissenschaft und seinem selbstgesetzten patriotischen Berufe angehört hatte, konnten finden, daß er in dem ermüdenden Gedränge der Geschäfte sich selbst abhanden gekommen und an unbefangenem Lebensgefühl Einbuße erlitten habe. Mancher frühere Genosse, diejenigen zumal, die den größten Werth auf die freiheitliche Entwickelung im Innern legten, hätten ihn lieber auf den Bänken der Opposition gesehen, und beklagten, je höher sie von seinem persönlichen Werthe dachten, um so lebhafter, daß er an den Mißgriffen des doch unrettbaren Ministeriums betheiligt erscheine. Alle aber wünschten sehnlichst, ihn wenigstens aus der Beziehung zur officiösen Presse herausgehoben und in eine Stellung gebracht zu sehen, in welcher sein Werth und seine Leistungen besser zur Geltung kommen und die Sünden Anderer nicht ihm in die Schuhe geschoben würden.

Aus dieser Verpflichtung für die Presse herauszukommen, war in der That auch Duncker eigener Wunsch, wenngleich er übrigens in der beständigen Hoffnung, durch eine kühne auswärtige Politik die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden, dem Ministerium, trotz Allem, seine Dienste zu widmen bereit war. Einen ersten Versuch, sich von jener aufreibenden Thätigkeit zu befreien, um desto nützlicher auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten sein zu können, hatte er Ende Mai 1860 gemacht. Die Dinge hatten sich seitdem nur verschlimmert. Er war in jene Stellung eingetreten, als es galt, die Gemüther für eine bestimmte Richtung des Handelns zu gewinnen, die er mit voller Seele als recht und nothwendig erkannte. Jetzt war er kaum im Stande, aus den ihm zugehenden Anweisungen sich ein deutliches Bild des Weges zu entwerfen, welchen die Regierung den schwebenden wie den bevorstehenden inneren und äußeren Fragen gegenüber innezuhalten gedenke. Was er jetzt zu vertheidigen hatte, war eine Politik des Abwartens, die es mit Niemandem verderben will, während er den Ausweg, festen Halt im Innern und in Deutschland zu gewinnen, immer von Neuem und immer dringlicher zeigte. Nicht zu reden davon, daß die schwierige Aufgabe der gouvernementalen Presse dadurch noch erschwert wurde, daß in entscheidenden Momenten die Aeußerungen des litterarischen Bureaus von Preßstimmen gekreuzt wurden, die auf die Gesandtschaften von Frankfurt und Paris zurückgeführt werden mußten. Im Juni 1859 hatte diese Nebenpresse den Ernst des Auftretens gegen Frankreich bezweifeln lassen, im August 1860 hatte dieselbe durch Schärfung des Gegensatzes gegen Oesterreich und die Mittelstaaten das Bestreben, die deutschen Kräfte gegen Napoleon zusammenzufassen, gekreuzt. Es war Duncker niemals auf die Dauer gelungen, gegen diesen verderblichen Dualismus Abhülfe zu erlangen.

War es nun nicht möglich, aus dieser unseligen Preßstellung in eine andere zu kommen, die ihn direct an der auswärtigen Politik betheiligte — besser dann, daß er in den Dienst der Wissenschaft zurücktrat. Er verstand zum Glück mehr als Ein Handwerk. Weder die Preßleitung noch seine sonstigen Amtsarbeiten hatten ihn jemals ganz absorbirt. Unmittelbar nach den hochgehenden Wogen des Sommers 1859 hatte er die Arbeit an seiner Geschichte

des Alterthums wieder aufgenommen. Sie hatte ihn in seinen Urlaub nach Friedrichroda begleitet, um freilich durch politische Besuche und einen Abstecher zum Fürsten von Hohenzollern nach Baden-Baden und zu den Heidelberger Freunden unterbrochen zu werden. Seit der Rückkehr nach Berlin, wo ihn jetzt eine freundliche Wohnung am Rande des Thiergartens empfing, wurde dann, da die Politik wenigstens nicht mehr so stürmische Ansprüche an ihn erhob, die wissenschaftliche Arbeit wieder ein regelmäßiger Theil seines Tagespensums. Wenn er Abends 8 Uhr mit seinen Amtspflichten abgeschlossen hatte, ging es bis gegen Mitternacht, wie zur Erholung, an die alte Geschichte, so daß 1860 Band 3 und 4 in zweiter, Band 1 sogar in stark umgearbeiteter Auflage, erscheinen konnten.

Der am 5. December 1860 erfolgte Tod Dahlmanns richtete seine Blicke ernstlich auf dessen Bonner Professur. Freilich, wenn der Fürst und Auerswald ihre Absicht, ihn als vortragenden Rath ins auswärtige Ministerium zu nehmen, durchzuführen vermochten, so hatte er längst erklärt, daß dies ihn halten werde. Das Arrangement scheiterte jedoch an eben den im auswärtigen Amt gegen ihn bestehenden Abneigungen und Vorurtheilen, die man dort schon im Frühjahr 1859 gegen ihn gehabt hatte. Als ihm daher am 2. März 1861 der Cultusminister, gemäß der damals bei Uebernahme der Preßleitung ihm gegebenen Zusicherung, die Bonner Stelle antrug, so erklärte er sofort seine Bereitwilligkeit; der Schluß der Landtagssession sollte zugleich das Ende seiner politischen Thätigkeit sein. Die Gründe, die ihn zu der Bitte um Entlassung aus seinen dermaligen Functionen bestimmten, entwickelte er in einem am 14. März an Se. Majestät gerichteten Schreiben. Die Aufgabe der gouvernementalen Presse sei eine vollständig andere geworden als zur Zeit seiner Berufung. Es handele sich heute nicht mehr vorzugsweise um die Abweisung der süddeutschen Anfeindungen, auch nicht mehr darum, wie nach der Schlacht bei Magenta, dem Raisonnement der Muthlosigkeit oder des kurzsichtigen Eigennutzes in Preußen entgegenzuarbeiten und die Anderen vorzubereiten für eine loyale und heldenmüthige Action, sondern darum, die heftige und leidenschaftliche Kritik, welche der überwiegende Theil der preußischen Presse selbst gegen das Ministerium



dem Könige über die politische Lage und den Stand der öffentlichen Meinung von Zeit zu Zeit mündlich oder schriftlich Bericht erstatte. Er würde dabei die größeren Gesichtspunkte der äußeren und inneren Politik, welche von den sich drängenden Tageswellen so oft überfluthet werden, hervorheben. Gleichzeitig würde er außerdem seine persönlichen Verbindungen benutzen, um die Freunde Preußens und Deutschlands im Verständniß und in Uebereinstimmung mit den diesseitigen Absichten zu erhalten. Die Aufgabe, wie gesagt, paßte ganz für den Mann: die Frage war nur, ob es eine Stelle in dem Staatsorganismus gab, in die eine so frei und weit gefaßte Thätigkeit sich einfügen ließ.

Die Lösung wurde in einer den Ansprüchen Dunckers durchaus zusagenden Weise gefunden.

Schon seit den ersten Monaten des Jahres 1860 nämlich hatte sich ein persönliches Verhältniß desselben zu dem Prinzen Friedrich Wilhelm entwickelt. Allerlei Entwürfe von Denkschriften und Briefen an den jungen Prinzen deuten auf empfangenen Auftrag. Die jungen Herrschaften sahen Duncker oft und fanden Gefallen an ihm. Sie folgten darin der Meinung, wo nicht der Veranstaltung des alten Berathers der englischen Familie, des Baron Stockmar. Wie derselbe früher bereits eine nähere Stellung Dunckers zum Prinz-Regenten gewünscht hatte, so war es ihm jetzt willkommen, den ehrlichen Mann, den Liberalen, den gewisse Leute so gern als einen rothen Demokraten verschrieen, in Verbindung mit dem künftigen Kronprinzen-Paare zu sehen. Es war Ende November, als Stockmar unseren Freund, den er sich gleichsam zu seinem Nachfolger in der Leitung des Prinzen ersehen hatte, zu sich beschied. Immer schon hatte er ihn mit Rath versorgt und in bedeutenden Momenten sich wiederholt der Uebereinstimmung gefreut, in der ihre Auffassung der Dinge sich begegnete. Jetzt führte er ihn förmlich in seine eigene politische Vergangenheit ein und verständigte sich mit ihm über die Personen des jungen Paares. Dunckers Verhältniß zu dem Prinzen hatte damals bereits festere Gestalt gewonnen. Gern entsprach er dem Wunsche des Prinzen, ihm regelmäßige Mittheilungen über den Stand der öffentlichen Angelegenheiten zu machen und freute sich der vertrauenden Empfänglichkeit, des guten Willens und des

ernſten Strebens, womit der beſcheidene junge Fürſt die Dinge kennen zu lernen, zu durchſchauen und unbefangen zu beurtheilen ſich bemühte. Die Freude an der Perſon des Prinzen und der lebhaften, geſcheuten Prinzeſſin, die Luſt, zu lehren und zu leiten, die ihm ſo natürlich war, machten es ihm leichter, die läſtigen Geſchäfte, die ſo vielfach vergeblichen Bemühungen ſeiner anderweiten Stellung zu ertragen. Hier konnte er vielleicht im Stillen eine Saat ausſtreuen, die dereinſt aufgehen mochte, ja, die ſich ſchon jetzt in dem regeren Intereſſe und der entſchiedeneren Stellungnahme des Prinzen gelegentlich hervordrängte. Der Kronprinz nahm an den Miniſterberathungen Theil, und Fürſt Karl Anton ſagte bereits im März 1861 zu Duncker: „Der Kronprinz iſt die einzige Stütze des Miniſteriums; ſeit er Sie ſieht, iſt er ein ganz Anderer geworden."

Als es ſich nun jetzt um Gehen oder Bleiben Dunckers handelte, ſprach der Kronprinz von freien Stücken den Wunſch aus, ihn an ſeiner Seite zu behalten, erbot ſich auch, zu den äußeren Bedingungen einer amtlich fixirten Stellung desſelben als ſeines perſönlichen Raths von ſich aus beizutragen. Da erſt antwortete Duncker dem Miniſter von Auerswald am 15. April 1861, daß er, um dieſem höchſten Vertrauen zu entſprechen, bereit ſei, auch für die Zukunft dem Beruf des Gelehrten und öffentlichen Lehrers zu entſagen — vorausgeſetzt, daß ihm eine ſichere, feſt umſchriebene und in dem Organismus der Verwaltung geachtete Stellung gegeben werde. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen formulirte er dann dieſe Bedingung zu der Forderung, daß er dem Kronprinzen nicht als Rath dieſes oder jenes Miniſteriums Vortrag zu halten habe, ſondern daß er den Vortrag beim Kronprinzen als ſeine amtliche Aufgabe betrachten dürfe, und daß endlich dieſe Aufgabe ihm allein übertragen werde. Dieſen Bedingungen gemäß ſetzte nun der Kronprinz ſelbſt beim Könige die Ernennung durch und gewann es auch über ſeine Gutmüthigkeit, den Regierungsrath Brunnemann, der bisher eine ähnliche Stellung bei ihm gehabt hatte, in freundlichſter Form zu entlaſſen. Am 6. Juni erhielt Duncker ſein Ernennungsdecret. „Mit Rückſicht," ſo hieß es darin, „auf die große Zahl und Wichtigkeit derjenigen Gegenſtände, welche unter Theilnahme Sr. Königlichen Hoheit des

Kronprinzen zur Erörterung und Verhandlung im Königlichen Staatsminiſterium gelangen, hat dasſelbe die Abſicht, für einen Rath, der dieſe Sachen vor ihrer Berathung im Staatsminiſterium Sr. Königlichen Hoheit vorzutragen haben wird, eine beſondere Stelle zu gründen" — zu welcher Stelle eben „auf des Kronprinzen Wunſch" Duncker auserſehen worden ſei. „Mit der Preſſe," ſchrieb dieſer am 20. Juni mit ſichtlich erleichtertem Herzen an einen Freund, „mit dem Fürſten Hohenzollern und dem Miniſterium habe ich kein Jota mehr zu thun: ich lebe ausſchließlich nur in einer angemeſſenen und anſtändigen Stellung der Zukunft."

11.

Eintritt in den Dienſt des Kronprinzen.

Es fehlte doch viel, daß dieſe Worte die wahre Lage richtig bezeichnet hätten, in die ſich Duncker durch die neueſte Wendung ſeines Lebens verſetzt fand. Er fühlte ſich nach wie vor als einen „Affiliirten der Regierung“. Keineswegs konnte und wollte er ſich jede Einwirkung auf den gegenwärtigen Gang der Dinge um eines auf die Zukunft geſtellten Wechſels willen verſagen. Nur daß er der widerwärtigen und widerſpruchsvollen Aufgabe fortan überhoben ſei, auch ſolche Schritte zu vertheidigen, denen er ſeinen Beifall nicht geben konnte, erfüllte ihn mit ungemiſchter Freude. Von Ende April 1861, von dem Augenblicke an, wo die Löſung ſeines bisherigen Dienſtverhältniſſes zur Gewißheit geworden war, ſchrieb er bis zum Zuſammenbruch des liberalen Miniſteriums jene monatlichen Correſpondenzen für die Preußiſchen Jahrbücher, die, bald ausſchließlicher bei den preußiſchen Dingen verweilend, bald die ganze europäiſche Lage umfaſſend, ſeiner freien Ueberzeugung von dem, was verfehlt, was noth, was zu hoffen und zu fürchten, zu thun oder zu verhüten ſei, Ausdruck gaben. Er hatte nun nicht mehr aus bloß amtlicher Rückſichtnahme zu vertheidigen und zu beſchönigen, ſondern er durfte in wirkſamerer, weil freierer Weiſe ſeine politiſche Einſicht und ſeine journaliſtiſche Begabung in den Dienſt der guten Sache ſtellen, um bald beruhigend und verſtändigend, bald warnend und treibend ſowohl auf die Haltung der liberalen Partei wie auf die Entſchlüſſe der Regierung einzuwirken.

Die Publicistik indeß war nur einer der Wege, auf denen er nach wie vor den Gedanken, von dem er lebte, das Ziel, Preußen auf die Bahn der Macht, Freiheit und Größe zu führen, verfolgte. Noch immer war er in der Lage, und er gedachte sie zu benutzen, auch auf die Minister, theils unmittelbar, theils durch den Kronprinzen, Einfluß zu üben. Das bestand nicht nur neben, sondern es verband sich aufs Natürlichste mit seiner unmittelbaren Aufgabe, den Thronerben auf dem Laufenden zu erhalten, ihn für seinen künftigen Beruf vorzubereiten und zu erziehen.

Von fast unabsehlichem Umfang war der Kreis der Obliegenheiten, aus denen diese Aufgabe sich zusammensetzte. Es handelte sich in erster Linie um das ganze weite Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung, das, je nach den einlaufenden Mittheilungen aus den Ministerien und sonstigen Behörden, dem künftigen Herrscher durch übersichtliche Auszüge und klarlegende Berichte nahe zu bringen war. Zugleich mußte der Prinz über den allgemeinen Gang der öffentlichen Dinge, über den deutschen und europäischen politischen Horizont mit seinen beständig wechselnden Constellationen vom Standpunkte der preußischen Politik aus orientirt werden. Eine bunte Menge minder wichtiger und doch zeitspieliger Geschäfte schloß sich an. Zahlreiche Zuschriften wissenschaftlicher und gemeinnütziger, wirthschaftlicher und kunstbeflissener Vereine, welche die Protection des Kronprinzen in Anspruch nahmen, Zusendungen und Zueignungen litterarischer Erzeugnisse, ja persönliche Unterstützungsgesuche und andere Personalien forderten Begutachtung und Beantwortung. Die dem vortragenden Rathe zugewiesenen Functionen waren nicht so bestimmt begrenzt, daß nicht das persönliche Vertrauen von der einen und die gewissenhafte Willigkeit, der freie Eifer von der anderen Seite ihnen eine weitere Ausdehnung hätte geben können. Auf den Wunsch des gütigen Herrn übernahm gleich anfangs Duncker die obere Leitung der kronprinzlichen Bibliothek. So sicher fühlte er sich während der ersten Zeit seines Amtes im Besitze jenes Vertrauens, und so ernst nahm er es mit seiner Beratherrolle, daß er, als im October 1861 die Rückkehr des Kronprinzen aus England nach Berlin in Aussicht stand, an den jungen Fürsten eine eindringliche und herzliche Vorstellung bezüglich strenger Eintheilung der Zeit zu richten sich gestattete —:

„damit dem Tagewerk der Segen nicht entgehe, die stärkende Vorbereitung auf den morgenden Tag zu sein".

Begreiflich jedoch, daß im Mittelpunkte der neuen Wirksamkeit Dunckers die Sorge um die eigentliche Politik stand. Die Veränderung seiner amtlichen Stellung traf ungefähr zusammen mit der Schließung des Landtags. Einige erfreuliche Ergebnisse der Session waren immerhin zu verzeichnen. Die Grundsteuer war endlich von dem schon 1860 durch einen Pairsschub verstärkten Herrenhause votirt; die zur Reorganisation der Armee erforderlichen Mittel waren mit einem unerheblichen Abstrich, als Extraordinarium wenigstens, für das nächste Jahr vom Abgeordnetenhause bewilligt worden. Die Lage im Ganzen indeß war trotz dieser Notherfolge nicht gebessert. Weder hüben noch drüben hatte man Freude daran und Zuversicht. Bei dem Mangel an Entschiedenheit und Sicherheit in dem Auftreten der Regierung fehlte es ihrer deutschen und auswärtigen Politik an jedem in die Augen springenden Erfolge. Immer weiter griff die Mißstimmung im liberalen Lager um sich. Noch vor dem Schlusse des Landtags hatte der Abgeordnete Twesten seine famose Broschüre geschrieben, in der er, wie als ob Preußen am Rande des Abgrunds stehe, ein düsteres Bild von unseren inneren Zuständen entworfen und in unbilliger Unterschätzung unserer militärischen Rüstung, in nur zu begründeter Verurtheilung unserer diplomatischen Schwäche, eine gründliche moralisch-politische Umkehr als „das Einzige, was uns noch retten könne", bezeichnet hatte. Unmittelbar nach dem Schlusse des Landtags aber war die Partei des „entschiedenen Fortschritts" mit einem Wahlprogramm hervorgetreten, welches, mit Geschick an die im Lande herrschende Mißstimmung anknüpfend, darauf berechnet war, auch einen Theil der Constitutionellen in die Opposition gegen das Ministerium hineinzuziehen. Gleichzeitig endlich hatte der König das Bedürfniß empfunden, seine Auffassung von dem königlichen Amte durch einen feierlichen Act zu kennzeichnen. Wochen lang hatte die Frage, ob mit dem neuen constitutionellen Recht eine Huldigung der Stände, welche zunächst geplant worden war, verträglich sei, die Parteien beschäftigt, bis endlich der König für die unverfängliche Krönung sich entschieden hatte, die in Gegenwart des Landtags am 18. October in Königsberg stattfinden sollte.

Sowohl in seinen freien Erörterungen in der altliberalen Zeitschrift wie in seinen Berichten an den Kronprinzen stellte sich Duncker natürlich auf den Standpunkt des Festhaltens an den gegebenen Möglichkeiten. Er war der Ansicht, daß die Fortdauer eines auch nur mäßig freisinnigen und dabei nationalgesinnten Regiments heilbringend genug für das Land sei, um dieselbe nicht durch eine Opposition wie die des „entschiedenen Fortschritts" aufs Spiel zu setzen. Er glaubte für den Fall eines Sturzes des derzeitigen Ministeriums keine andere Folge vorauszusehen als die Ersetzung desselben durch ein büreaukratisches oder ein feudales, und er schätzte gewiß die wirkenden Kräfte richtig, wenn er der gesammten, selbst der mit der Demokratie verbündeten liberalen Partei fürs Erste nicht die Macht zutraute, den Büreaukratismus und Feudalismus zu überwältigen, sobald die Krone für deren Tendenzen eintrete. Einzig darauf war sein Sinnen gerichtet, diese Regierung des guten, wenn auch schwachen Willens so lange zu erhalten, bis die Umstände, die Nothwendigkeit der Dinge selbst sie zum Handeln zwängen. Von diesem Standpunkte mochte er um so weniger lassen, je mehr er in der Armeereform ein Pfand für den Ernst der nationalen Absichten der Regierung erblickte und je weniger er die fortschrittliche Kritik dieser Reform für begründet hielt. Die militärische Rüstung galt ihm als die unerläßliche Vorbedingung eines activen Vorgehens in den deutschen und den europäischen Dingen, und ob er gleich die Wechselwirkung zwischen gesunder Fortentwickelung im Innern und der nach außen zu erringenden Machtstellung Preußens voll erkannte, so lag ihm doch die letztere in erster Linie am Herzen, so glaubte er doch, daß von hier aus am sichersten auch zu freierer Gestaltung der inneren Verhältnisse zu gelangen sei. Er versäumte keine Gelegenheit, um auf die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform des Herrenhauses hinzuweisen und vor jener kleinlichen Aengstlichkeit zu warnen, mit der man beispielsweise die Zulassung der deutschen Farben beim Turnfest beanstandet hatte —: aber im Vordergrunde standen ihm schlechthin die großen Verhältnisse von Staat zu Staat und die Fragen der Macht. Aufs Lebhafteste daher unterstützte er, im Hinblick auf die früher oder später unerläßliche Action gegen Dänemark, die Bemühungen und Vorkehrungen Preußens zur Ver-

theidigung der norddeutschen Küste. Er erfreute sich der Zustimmung des Herrn v. Roon, als er in einer Denkschrift ausführte, daß Preußen nach Analogie des Zollvereins auf die Gründung eines Flottenvereins bedacht sein müsse, für den zunächst wenigstens Oldenburg und die Hansastädte zu gewinnen wären.

Und eben stellten sich auch für die große Politik neue Aussichten und neue Zeichen ein. Seit dem Frieden von Villafranca hatte das Berliner Kabinet den Gedanken verfolgt, trotz der gefährlichen Lage, in die es durch Oesterreich versetzt worden war, England und Oesterreich auszusöhnen und sich im Einverständniß mit diesen beiden Mächten den bedrohlichen Plänen Frankreichs entgegenzuwerfen. Der Gedanke war richtig, wenn auch viel fehlte, daß er mit jener thatkräftigen Entschlossenheit verfolgt worden wäre, die allein den Erfolg verbürgt. Wie dem sei: derselbe war gegenüber der Haltung der beiden Mächte, um deren Allianz man warb, nicht durchzusetzen gewesen. England hatte sich zum Zuschauer, ja zum Gehülfen der Napoleonischen Suprematiebestrebungen gemacht, es hatte sich, zum Theil in der brutalsten Weise, Preußen entgegen und in der holsteinschen Frage auf die Seite seines Gegners gestellt. Oesterreich hinwiederum hatte Preußen hartnäckig die Mittel zur Sicherung Deutschlands versagt und sich am Bundestage in der Frage der Kriegsverfassung, in der hessischen und in jeder anderen Frage als Hort und Helfer der Mittelstaaten gezeigt. Der Durchführung seines Programms trotz unzweifelhaft großen diplomatischen Geschicks nicht gewachsen, müde seines Amtes und müde der unfruchtbaren Verhandlungen wegen der Bundeskriegsverfassung, suchte Herr v. Schleinitz seinen Rücktritt. Man unterhandelte mit Bernstorff, dem bisherigen preußischen Gesandten in London, und es war vorauszusehen, daß derselbe der Sache nach fortan der Leiter des Ministeriums sein würde.

Am 13. Juli berichtete Duncker über diese bevorstehende Wendung dem Kronprinzen. Er konnte sich nicht verhehlen, daß dieser Personenwechsel ein Schritt nach der conservativen Seite sei, aber doch kein so unverwindlicher Schlag gegen das Ministerium, wie wenn Herr v. Bismarck der Nachfolger von Schleinitz geworden wäre. Er konnte bereits mittheilen, wie Graf Bernstorff

seine Aufgabe zu fassen erklärt hatte. In den deutschen Fragen sei es seine Absicht, in entschieden antiösterreichischem Sinne vorzugehn; Preußen müsse durch Verträge mit den Einzelstaaten über militärische, diplomatische, Zoll- und Handelsverhältnisse seine Position nehmen und entschlossen sein, dieselben auch gegen das Bundesrecht, gegen österreichische und würzburgische Einwendungen aufrecht zu erhalten. In der europäischen Politik aber komme es zunächst darauf an, England den Beweis zu führen, daß Preußen auch andere Bündnisse — namentlich das mit Frankreich offen ständen. Mit solch einem Programm konnte Duncker sich durchaus einverstanden erklären — wenn es nur wirklich thatkräftig durchgeführt wurde, wenn es dem Grafen nur gelang, seinen Eintritt sogleich durch einen deutlichen Schritt zu bezeichnen.

In der Richtung einer derartigen Schwenkung lag nun bereits die jetzt in Frage kommende, zuerst von Pourtales angeregte abermalige Begegnung des Königs mit dem Kaiser von Frankreich. Wiederholt wurde die Frage zwischen dem Kronprinzen und Duncker discutirt. Wohl war die natürliche Neigung des Letzteren dagegen. Er sah in dem Besuch König Wilhelms in Chalons, was anfangs ins Auge gefaßt war, ein Gegenstück des Besuchs der Königin Victoria in Cherbourg; er besorgte, daß dadurch den übrigen deutschen Fürsten ein schlimmes Beispiel werde gegeben werden. Bald jedoch entschied er sich, angesichts der actuellen Lage der Dinge, für das Project. Wohl wäre es mehr in seinem Sinne gewesen, wenn Preußen sich entschlossen hätte, den schwierigen Weg der isolirten Politik mit der rücksichtslosen Energie zu gehn, welche Freund und Feind imponirt. Lange genug hatte er in wesentlicher Uebereinstimmung mit der Schleinitzschen Politik auch seines Theils daran gearbeitet, England, Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten auf die preußische Seite zu ziehen, um eine Coalition gegen Frankreich zu schaffen. Er mußte jetzt jede Aussicht darauf für vorüber halten. So bleibe denn, meinte er, nur übrig, ihnen durch eine Wendung nach Frankreich hin bange zu machen. Selbstverständlich dürfe dieser Besuch bei dem französischen Imperator keine Verleugnung, kein Aufgeben der in Baden eingenommenen Haltung sein. Die Vorbedingung müsse natürlich die absolute Integrität des deutschen Gebiets sein, und kein anderes Ziel ins Auge gefaßt

werden als das, gegen Concessionen im Orient, von Frankreich freie Hand in Holstein und Schleswig zugestanden zu erhalten. Jedenfalls — darauf kommt der Berichterstatter immer zurück, und er begründet dies durch die eingehendste Vorführung des Verhaltens Frankreichs zu den italienischen Dingen, der inneren Zustände Oesterreichs und der europäischen Gesammtlage — jedenfalls sind wir den Kabineten von Oesterreich und England, die uns nur mißhandelt haben, keine Rücksichtnahme schuldig. Warum uns mit Frankreich noch mehr überwerfen? Warum das Entgegenkommen Frankreichs nicht benutzen, um jenen Mächten zu zeigen, daß man auch trotz ihnen und gegen sie zum Ziele gelangen kann?

Die Sünden und Unverschämtheiten, die sich England gegen Preußen hatte zu Schulden kommen lassen, werden in diesen Berichten um so stärker betont, die Bedeutung einer Annäherung an Frankreich um so lebhafter ausgeführt, weil der Kronprinz eben jetzt sich in England befand. Sie waren begleitet von Rathschlägen über das Benehmen des Kronprinzen, dem er ans Herz legte, daß er die englischen Minister stolz und kalt behandeln und den preußischen Standpunkt unverhohlen gegen sie hervorkehren möge. Die Wärme und Dringlichkeit, die Offenheit und Nachdrücklichkeit, womit der lehrhafte Berather sich auch über solche Punkte äußert, in denen er den Auffassungen des Prinzen, der sich bei der Zusammenkunft mit Napoleon ein Auftreten Preußens im Namen Deutschlands in der Weise der Badener Zusammenkunft dachte, glaubt entgegentreten zu müssen, legen das schönste Zeugniß für die gesunde Natur des Verhältnisses ab. Beruhend auf gegenseitigem Vertrauen und begründet auf der Uebereinstimmung der Gesinnungen und des allgemeinen politischen Standpunktes, stand es eben damals in der schönsten Blüthe. Ein Vorkommniß wie jenes Attentat in Baden, das ein Verblendeter gegen das Leben des Königs gewagt hatte, konnte nur dazu dienen, dem Verhältniß auch die Weihe gemüthlicher Theilnahme und die Bestätigung übereinstimmender Beurtheilung der extremen Parteien zu geben. Wie hoch der Kronprinz die Einsicht seines Rathgebers schätze, wie viel er seiner Persönlichkeit vertraue, bewies er sofort noch auf andere Weise.

Am 31. Juli meldete er, daß Karl XV. von Schweden zu einem kurzen Besuche der Königin nach England kommen werde und warf die Frage auf, ob für diesen Moment nicht Duncker's Anwesenheit bezüglich der Schleswig-Holsteinschen Frage nützlich sein dürfte. Duncker hätte es für wichtiger gehalten, auf seinem Berliner Beobachterposten zu bleiben: der nun folgenden bestimmten Einladung nach Osborne mußte er Folge leisten. Ungern riß er sich am 6. August aus seiner häuslichen Ruhe, sehr ungern auch aus seiner Arbeit an der alten Geschichte. Es waren doch erfreuliche und bedeutende Eindrücke, die er davontragen sollte. Nach einer ermüdenden Fahrt langte er am 8. in Osborne an, herzlich bewillkommt von der Princess royal. Noch an demselben Tage konnte er den Prinzen Albert zwei Stunden im Zusammenhang sprechen und fand, was Alle fanden, die dem Trefflichen nahe gekommen — „einen Mann von großem Verstande und ernstem Nachdenken". Der König von Schweden kam am 14. August. Er hatte in Paris Anerbietungen gemacht, und seine offenbare Absicht ging dahin, die alte Allianz Schwedens und Frankreichs zu erneuern in der Hoffnung auf die Wiedereroberung Finnlands, wenn nicht gar auf eine Wiedervereinigung Skandinaviens. Duncker maß diesen Gelüsten wenig ernste Bedeutung bei; konnte doch Napoleon nicht wohl zu gleicher Zeit der Alliirte Rußlands einerseits, Schwedens und Polens andererseits sein —: aber den Engländern gegenüber legte er auf den neuen Vortheil, der daraus der Napoleonischen Politik erwuchs, einigen Werth. Er sprach Russell und Palmerston, und wenn er sie auch unbelehrbar in ihrer antideutschen Auffassung der holsteinschen Dinge fand, so hatte er doch Gelegenheit, ihnen seine Ansicht zu entwickeln, daß Napoleon nicht in erster Linie die Rheingrenze, sondern Sardinien und Neapel wolle. Ihrer staatsmännischen Vornehmheit verstand er es, den Stolz des Preußen und die Zuversicht auf Preußens deutschen Beruf entgegenzusetzen. Er wird ihnen angedeutet haben, was er deutlicher und derber in seinen nächsten Artikeln für die Jahrbücher sagte: Eure italienische Politik ist nichts als der Versuch, die Besorgniß vor Frankreich hinter der Sympathie für Italien zu verstecken, und während Ihr dadurch die Allianz mit Oesterreich eingebüßt habt, so habt Ihr durch Euer rücksichtsloses Eintreten für Dänemark gegen die

nationalen Interessen Deutschlands die Allianz Preußens verscherzt; Preußen ist im Begriff, andere Verbindungen aufzusuchen; es ist weder gewillt noch gezwungen, unter jeder Bedingung und trotz jeder Beleidigung mit Oesterreich und mit Euch zu gehn!

Neben und nach all dieser politischen Orientirung und Verständigung bot ihm jedoch diese englische Reise noch manches Erfreulichere und Dauerndere. Ueber eine Fahrt mit der Königin auf ihrer schönen Dampfjacht berichtet der alte Seemann mit Entzücken: „Das Meer war frisch bewegt, die Kriegsschiffe, welche auf der Rhede ankerten, bedeckten sich mit Flaggen, bemannten ihre Raaen und feuerten die Königssalve.“ Und sollte er England verlassen, ohne London kennen gelernt zu haben? Das hätte schon die Kronprinzessin nicht zugelassen, er mußte wenigstens die Kapelle sehen, in der sie getraut worden; sie bestand in der liebenswürdigsten Weise darauf, daß er sich die Zeit zu einem Besuche der Weltstadt nahm und versah ihn mit den nöthigen Anweisungen dazu. Er lernte also, wenn auch nur im Fluge, „das mächtige und solide Ding kennen, das sich zunächst dadurch charakterisirt, daß es nirgends ein Ende nimmt“: der Historiker, er, der so rasch auffaßte, so gut behielt und jeden neuen Erwerb an einen alten Wissensbesitz oder an ein historisches Interesse anzureihen verstand, kam, mit einer Fülle neuer werthvoller Anschauungen bereichert, zurück. Noch unterwegs indeß, auf deutschem Boden, galt es sogleich wieder etwas wie eine politische und obenein eine recht heikle Mission zu erfüllen. Man war in Osborne wenig erbaut von dem jüngsten Gebahren Herzogs Ernst. Auch er war in das Lager des „entschiedenen Fortschritts“ übergegangen. Er liebäugelte mit den Demokraten von ganz Deutschland und hatte angefangen, den Protector aller Mißvergnügten zu spielen. Es schmeichelte seinem Ehrgeiz, sich gleichsam an der Spitze der populären nationalen Bewegung zu erblicken und durch seinen fürstlichen Liberalismus Hoffnungen zu erwecken, deren Erfüllung Preußen sich zum zweiten Male zu versagen schien. Darüber war er mit alten Freunden zerfallen, an deren Stelle er sich mit einer Anzahl höchst unzuverlässiger und politisch unfähiger Litteraten umgeben hatte, die ihn täglich durch ihre publicistischen Dienste compromittirten. Es war die Aufgabe Dunckers, ihm darüber in seines Bruders Albert und in eigenem

Namen Vorstellungen zu machen; aber der alte Vertraute, den der Herzog in seiner dermaligen Verfassung eben auch zu den „halben Gesellen" zählte, hatte Mühe, seinen Gesichtspunkten einige Beachtung zu verschaffen.

Unter den Fragen, die von Duncker während der nächsten Wochen am lebhaftesten in seinen Berichten an den Kronprinzen erörtert wurden, stand das Project der Vermählung des Prinzen von Wales mit der Prinzessin von Glücksburg, der Tochter des Protokollprinzen in erster Linie, ein Project, durch welches auch das englische Königshaus in die feindselige Stellung hineingezogen wurde, die das englische Volk und das englische Ministerium in der Frage der Herzogthümer gegen Deutschland eingenommen hatte. Selten hat Duncker mit gleich zorniger Ereiferung in seinen publicistischen Aeußerungen sich vernehmen lassen wie bei diesem Anlaß. Mit jener bänischen Heirath, erklärte er, sei der sittliche Boden der Allianz zwischen Deutschland und England vernichtet und Preußen die Pflicht auferlegt, seine Verbindungen anderswo zu suchen. Seine Sprache über diese Angelegenheit ist kaum weniger eiferartig in den Berichten an den Schwager des englischen Thronfolgers. Er unterläßt es nicht, auf die wenig ehrenvollen verwandtschaftlichen Beziehungen hinzuweisen, in die sich mit jener Heirath die englische Dynastie begebe, und versucht, statt der geplanten Verbindung, der anderen mit der Prinzessin Maria von Hohenzollern das Wort zu reden. Den Kronprinzen gegen die Sache zu stimmen, führt er alle Gründe ins Feld, die vom Gesichtspunkte der deutschen Politik sich dagegen vorbringen ließen, und giebt endlich seinen Vorstellungen Nachdruck durch ein persönliches Argument. „Aber möchten die politischen Conflicte, welche zwischen England und Preußen damit heraufbeschworen werden, sein, welche sie wollen — wenn nur nicht mit denselben unausbleiblich das so schöne und ungetrübte Glück des Hauses Eurer Königlichen Hoheit Prüfungen entgegenginge, welche nicht so ganz leicht zu überwinden sein dürften!"

Es standen auch übrigens, abgesehen von dem erfreulichen Fortschritt der Flottenbewegung, nicht eben besonders günstige Zeichen am Himmel der preußischen Politik. Daß Herr v. Bernstorff sich nur mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten

hatte beauftragen, nicht sich zum Minister hatte ernennen lassen, daß er mit der Uebernahme der Geschäfte zögerte, und daß einstweilen noch Herr v. Sydow dieselben stellvertretend versah, erschien nicht als eine gute Vorbedeutung. Das Ministerium zögerte mit der Fertigstellung der dem neuen Landtage vorzulegenden Gesetzentwürfe und unterließ es, für die bevorstehenden Wahlen eine Parole auszutheilen, durch die es die gemäßigten Liberalen hätte gewinnen und stärken müssen. Ohnehin unsicher, war es durch den Eintritt v. d. Heydts und Roons und durch den Austritt des Herrn v. Schleinitz in sich selbst weniger übereinstimmend, dem Könige gegenüber schwächer geworden. Die Aussichten für die Wahlen waren — wenn nicht Graf Bernstorffs Eintritt eine Aenderung herbeiführte — wenig günstig; statt mit einer nach Möglichkeit mäßigen Forderung für das Militärbudget aufzutreten, wie Dunckers Rath war, verlautete, daß man im Kriegsministerium im Gegentheil an eine erhöhte Forderung denke und also ohne Zweifel auch auf eine vielleicht unvermeidliche Auflösung sich vorbereite.

So etwa war das Bild, welches Dunckers Berichte im September und Anfang October von der inneren Lage zeichneten; und zwar verstand er es so zu zeichnen, daß seine Schilderungen durch ihre Gruppirung sowohl wie durch das beständig eingestreute Raisonnement durchaus den Charakter eines politischen Lehrcursus erhielten. „Wenn," so sagt er unter Anderem, „die wichtigsten Fragen offen sind, so provocirt man dadurch die Parteien, ihren Einfluß auf die Lösung derselben so stark wie möglich geltend zu machen. Und doch handelt es sich um die allerwichtigsten Fragen gerade für die nächste Session. Gerade in diese dürfte man nicht Seitens der Regierung ohne einen sehr genau festgestellten Feldzugsplan gehen. Man müßte sich für alle Fälle so stellen, daß eine Auflösung der Kammer im Nothfall möglich ist; diese Möglichkeit aber gewinnt man nur dadurch, daß man sich durch seine Maßnahmen und Vorlagen an die Kammer einen guten Rückhalt im Volke sichert." Das waren sehr einfache und einleuchtende Wahrheiten. An die bestimmt vorliegende Situation angeschlossen, reichten sie doch über dieselbe hinaus und bekamen, für einen werdenden Regenten bestimmt, die Bedeutung überall anwendbarer Regierungsmaximen.

Dunckers Stellung brachte es mit sich, daß er sich auch der Theilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten in Königsberg nicht entziehen konnte. Nützen konnte seine, besonders von Auerswald dringend gewünschte Anwesenheit wenig, und diese Königsreden, die so ganz des Königs eigene waren, erschienen ihm nicht eben erfreulich. Das Beste an dieser Reise war für ihn die Gastfreundschaft, die er hier im Hause seines alten Frankfurter Parteigenossen, des Provinzialschulraths Schrader, genoß. Da gab es denn doch ein gemüthliches Gegengewicht gegen die ungewöhnlichen Anstrengungen, die übrigens von ihm gefordert wurden. Mehrere Nachtreisen hatte er daran gesetzt, um ohne zu großen Verlust an Zeit auf dem Wege nach Königsberg auch noch einen Tag für Greifswald zu gewinnen. Denn ein ihn nahe angehendes Familienschicksal forderte dort seine Dazwischenkunft. Schon seit dem Frühjahr hatte sich schwere Sorge über dem Mühlenfels'schen Hause gelagert. Anzeichen einer lebenbedrohenden Krankheit hatten sich bei Charlottens Schwester eingestellt zu einer Zeit, als sie einem neuen Kindbett entgegensah. Die Gefahr hatte sich verzogen, aber bald darauf war Mühlenfels selbst erkrankt. In großer Schnelligkeit entwickelte sich ein qualvolles Leiden, das dem Leben des kräftigen Mannes schon am 15. Juni ein Ende machte. Neben allen politischen Sorgen und mitten in einer für sein eigenes Leben entscheidenden Periode hatte so Duncker den Tröster, Berather und Vermittler auch in den persönlichsten Angelegenheiten der ihm nächst Verwandten zu spielen. Er hatte die stürmische Hülfsbereitschaft des Vaters Gutike, welcher die verwaiste Familie sofort bei sich aufzunehmen wünschte, in unverletzender Weise zurückzuhalten. Er mußte sich mit dem Vormund der Mühlenfels'schen Kinder in Verbindung setzen und trat eifrig an geeigneter Stelle für die Wittwe ein, besonders auch um beim Justizminister die alten ungelösten Zusagen zu verwerthen, welche Mühlenfels' Jugendfreund Usedom bei Friedrich Wilhelm IV. für den um seines Freisinns und seiner tapferen Deutschheit willen so lange Verfolgten und Zurückgesetzten erwirkt hatte. Wiederholte Trennungen von der geliebten Frau waren durch die Greifswalder Ereignisse unvermeidlich geworden, und nun galt es, eine Verständigung zwischen dem Vater und der Tochter, die unterdessen

einem Nachgeborenen das Leben gegeben hatte, herbeizuführen. Dunckers Anwesenheit und sein überzeugendes Zureden wirkten beruhigend auf das geängstigte Gemüth der Aermsten. Sie faßte den Entschluß, der ihr zwar ein schweres Doppelverhältniß auferlegte, aber doch gegenüber der leidenschaftlichen, fast tyrannischen Zärtlichkeit des Vaters nicht abzulehnen war. Im November erfolgte ihre Uebersiedelung nach Halle.

Machtloser erwiesen sich die Rathschläge des verständigen Vermittlers in den politischen Dingen. Nach allen Seiten hin, in der Presse, in Druckschriften, die für das Ministerium bestimmt waren, in den Situationsbildern, die er für den Kronprinzen entwarf, kam er, trotz der wachsenden Schwierigkeiten der inneren Lage, immer auf den Satz zurück: man muß halten, was man hat. Er bekämpft von diesem Gesichtspunkt aus die Absicht des Erlasses einer königlichen Wahlproclamation; er drängt die Minister zu unzweideutigem Vorgehen in der deutschen Politik auf Grund der durch die Zusammenkunft in Compiègne neu gewonnenen Basis, zur Verkündigung und Durchführung der Reform der Kreisordnung und der ländlichen Polizeiverwaltung auch gegen den Widerstand des Herrenhauses, als zu Maßregeln, durch die allein, zusammen mit einigen Nachgiebigkeiten, die Frage der Heeresreform zu einem definitiven Abschluß gebracht werden könne; er predigt endlich seiner eigenen Partei, daß sie durch Bewilligung der Armeereform, durch kräftige Unterstützung des gegenwärtigen Ministeriums demselben die Möglichkeit gewähren müsse, mit der feudalen Partei völlig zu brechen und nach außen wie im Innern den entschlossenen Gang innezuhalten, den die Fortschrittspartei auf dem Wege der anstürmenden Opposition nicht fördern, sondern vereiteln werde. „Man muß halten, was man hat. Thäte das Ministerium selbst in Zukunft nicht mehr, als es bisher gethan hat: seine Dauer allein genügt, den Liberalismus Wurzel fassen zu lassen, und gerade die Organisationsgesetze, welche es beabsichtigt, geben dem Liberalismus Gewähr, eines Tages auf eigenen Füßen gegen Jedermann seinen Platz behaupten zu können."

Die Gefahr eines Conflictes indeß rückte näher. Schon der Ausfall der Urwahlen zeigte deutlich, daß das Ministerium in dem neuen Abgeordnetenhause schwerlich auf eine Majorität werde

rechnen dürfen. Die Unentſchiedenheit und die Unterlaſſungsfehler der Regierung trugen ihre Frucht. Dieſelbe hatte es nicht verſtanden, ſich bei ihren eigenen Beamten in Reſpect zu ſetzen; noch bei den Wahlen ſelbſt hatte ſie ſich das oppoſitionelle Treiben einer Anzahl von Landräthen gefallen laſſen. Bei der ſchwankenden Haltung der Regierung, zumal in der auswärtigen Politik, die über erfolgloſe Anläufe, Anträge und fromme Wünſche nicht hinausgekommen war, hatte die völlig freigegebene Preſſe immer mehr Gewicht erlangt, und hatte namentlich der demokratiſche Theil derſelben mit ſeiner rückſichtsloſen Kritik fortſchreitende Eroberungen gemacht. Das ſchwächliche Verhalten der Miniſter erinnerte einigermaßen an das Verhalten derſelben Miniſter im Jahre 1848 — nur daß an die Stelle der Volksverſammlungen und Tumulte jetzt die Ungeberdigkeit der fortſchrittlichen Preſſe getreten war. Dazu die Fehler der conſtitutionellen Partei. Statt das Miniſterium durch einen feſten politiſchen Plan zu unterſtützen, hatte dieſelbe unter Vinckes Leitung ſich wiederholt darin gefallen, ihre Stärke durch Angriffe fühlbar zu machen. In der Frage der Heeresreform hatte ſie ſich nicht zu dem Gedanken erhoben, daß hier ein Mittel geboten ſei, den Gegenſatz zwiſchen der Verfaſſung und den in der Armee lebenden Standesgefühlen zu verſöhnen und den König mit dauerndem Vertrauen zu dem angenommenen liberalen Syſtem zu erfüllen. Sie hatte eine große Frage klein behandelt und den finanziellen Geſichtspunkt über den politiſchen geſtellt. Von knappen bürgerlichen Geſichtspunkten aus, gereizt durch das junkerliche Gebahren mancher Offiziere, aus Beſorgniß, ſich unpopulär zu machen und den Boden im Lande zu verlieren, zerrte man an der vorgeſchlagenen Maßregel ohne ſie zu verwerfen, und die Folge dieſer Halbheit war, daß eben auch von hier aus der Demokratie die Thore geöffnet waren. Auch den König endlich traf ohne Zweifel ein Theil der Schuld. Dadurch, daß er wiederholt einen harten und herben Ton angeſchlagen, hatte er dem Abgeordnetenhauſe das Bewilligen erſchwert und noch zuletzt durch ſeine Rede im Junkerhof zu Königsberg die unbehagliche Stimmung vermehrt. Es ſtand in ſicherer Ausſicht, die Fortſchrittspartei werde im Landtage auf die zweijährige Dienſtzeit, auf den Wegfall der dadurch zu erſparenden Zuſatzſteuern, weiterhin auf die Reform

des Herrenhauses, in der deutschen Frage auf das Parlament bringen. Damit war der Conflict gegeben, und doch war es das dringendste Interesse der Regierung, das Interesse des Staates, innere Zerwürfnisse zu vermeiden, um in der deutschen Politik wirksam auftreten und einerseits die Gebundenheit Frankreichs und Oesterreichs benutzen, andererseits vor einem Angriff von außen sicher sein zu können.

Welches sind die dazu geeigneten Mittel? so fragte Duncker in seinem Ende November dem Kronprinzen eingereichten Bericht.

Er verwirft zuerst den Gedanken, daß bei ungünstigem Ausfall der Wahlen das Ministerium zurückzutreten habe, um einem Beamtenministerium oder einem feudalen Platz zu machen. Denn eine solche Maßregel würde Unruhe verrathen, während in bewegten Zeiten die größte Haltung und Ruhe vonnöthen sei. Die Parole „Reaction" würde ausgegeben werden, die Constitutionellen würden es für ihre Pflicht halten, sich vereint mit den Demokraten der beginnenden Reaction entgegenzuwerfen, und jede Aussicht auf Annahme der Militärreform würde verspielt sein. Also kein Rücktritt, sondern Vorbereitung für den Fall einer erforderlichen Kammerauflösung, die nur in der Weise erfolgen darf, daß das Abgeordnetenhaus als Urheber des Conflictes und dem Ministerium gegenüber als im Unrecht erscheint. Daraus ergiebt sich das ministerielle Programm von selbst. Sofort beim Zusammentreten des Landtags muß die Kreisordnung und die ländliche Polizeiordnung, müssen alle die Organisationen, die das Land bedarf und erwartet, als Gesetzentwürfe eingebracht werden, und zwar mit der Andeutung, daß sie auch gegen den Widerstand des Herrenhauses durchgeführt werden würden. Jedes Beispiel von Beamtenrenitenz muß exemplarisch bestraft, jede Ueberhebung des Offiziers gegen den Bürger unnachsichtig geahndet werden. Diese innere muß von der auswärtigen Politik unterstützt werden. Wenn die holsteinsche Frage einen europäischen Zusammenstoß in Aussicht stellt, so giebt es in größerer Nähe andere, die einen solchen nicht zur Folge haben. Gegen die Weigerung Mecklenburgs, seine Durchgangsabgaben zu ermäßigen, gegen die Hinderungen, die Hannover dem Bau der Minden-Jahdebahn entgegensetzt, hat Preußen seinen Willen um seiner nationalen Zwecke wegen rücksichtslos, auch durch militärische

Demonstrationen, durchzusetzen; das hessische Volk in seinem zähen Eintreten für die Verfassung von 1831 hat es nur gewähren zu lassen, um zum Einschreiten für Herstellung der rechtlichen Ordnung Gelegenheit zu finden. „Unterhandeln und reden kann Mecklenburg so gut wie Preußen" — der Haupteinwand gegen das erhöhte Militärbudget wird verstummen, sobald man Thaten sieht, die den preußischen Ehrgeiz befriedigen, indem sie dem materiellen Wohl, der Rechtsordnung und Sicherheit Deutschlands dienen. Unterstützt durch ein solches Anfassen praktischer Fragen mag dann Preußen seine Absichten auch anderweitig bekunden, wozu das neueste mittelstaatliche Bundesreformproject des Herrn von Beust die willkommenste Gelegenheit bietet. Unter diesen Voraussetzungen würde eine durch eine feindselige Majorität herausgeforderte Auflösung ungefährlich sein und zu besseren Wahlen führen.

Oder gäbe es doch einen anderen Ausweg? Noch einmal wendet sich die Denkschrift zur Bekämpfung des Gedankens eines Systemwechsels und kommt dabei zu einer Perspective, die doch kaum mehr innerhalb des constitutionellen Rechts lag und außerdem über das bei den gegebenen Persönlichkeiten Mögliche hinwegsah. Die constitutionelle Partei nämlich, so discutirt Duncker weiter, hat sich bisher unfähig erwiesen, eine Stütze für die Regierung zu bilden. Wie also? könnte es unter diesen Umständen nicht unräthlich erscheinen, mit der Kreuzzeitungspartei noch weiter zu brechen als bereits geschehen? wäre es nicht gerathener, die neuen Gesetze fallen zu lassen, dem Herrenhause weiter kein Leids zu thun? „Dieser Rath," so lautet die zurückweisende Antwort, „könnte in anderen Staaten richtig sein, in Preußen ist er es nicht. Wenn der Verfassungsstaat zu Stande kommen soll — und diese Frage ist durch das Programm Sr. Majestät vom 8. November 1858 entschieden — so hat das Königthum sich nicht zu scheuen, ein Mal eine Zeit lang ohne Partei zu regieren, selbst wenn die Dictatur zu diesem Zwecke erforderlich sein sollte. Die unbedingt monarchische Gesinnung des Volks, die Treue der durch die Armeereform noch fester an die Krone geknüpften Armee, die Forterhebung der Steuern gewähren die für eine Dictatur im liberalen Sinne — denn von diesem hängt die Macht des Staates ab — erforderlichen Mittel." Es ist der alte Ge-

danke der Versöhnung der Parteien und Stände und ihrer Erziehung zum Verfassungsleben durch das Königthum, der diesem verwegenen Rath zu Grunde lag. Er schien eine letzte Möglichkeit der Erhaltung des liberalen Ministeriums darzubieten. Zum Behufe jener Erziehung und kraft der höchsten Aufgabe des Staates, so schließt die Denkschrift, „kann Se. Majestät, wenn das gegenwärtige Ministerium an der Spitze bleibt und damit die Bürgschaft für die liberale Richtung gewährt, einer wiederholten Kammerauflösung mit Ruhe entgegensehen. Ein Wechsel des Ministeriums würde die Dictatur unberechtigt erscheinen lassen, und conservative Minister würden Preußen, nach einem vergeblichen Ansatz mehr, unter die Herrschaft des Bundestages zurückführen."

Die Wahlen vom 6. December übertrafen nun alle Hoffnungen der demokratischen Partei. Es war die stärkste Erschütterung, welche das Ministerium der neuen Aera noch erfahren hatte. Dunckers Aufgabe wurde immer undankbarer. Er ließ es sich in der Presse angelegen sein, der constitutionellen Partei zu wiederholen, daß sie, statt durch Verbindung mit der Fortschrittspartei das liberale System in Preußen zu stürzen, durch Annahme der Militärreform sich entschlossen als gouvernementale Partei zu benehmen habe, und so, trotz Allem, dem Ministerium die weitere Führung der Geschäfte möglich machen, ihm eben damit zugleich sehr bestimmte Verpflichtungen auferlegen müsse.

Er wandte sich ebenso nach der anderen Seite. War es nicht möglich, auf den höchsten Willen einzuwirken und den König wieder fester mit dem von ihm selbst gewählten System und den selbstgewählten Räthen zu verbinden? Auf den Wunsch des Kronprinzen schrieb Duncker wenige Tage nach den Wahlen eine durchaus auf den König berechnete Auseinandersetzung. Es könne scheinen, als ob die Früchte des Systemwechsels vom Herbst 1858 keine wohlthätigen gewesen; allein wie viel übler würde die Lage Preußens sein, wenn das Ministerium Manteuffel am Ruder geblieben wäre! Und nun folgt eine Apologie der liberalen Minister. An ihrem loyalen Willen, die Krone zu decken und deren Autorität aufrecht zu erhalten, könne kein Zweifel bestehen. Willig, und zwar unter den erschwerendsten Umständen, mit Selbstverleugnung hätten sie

die Militärfrage, in der doch die gesammte Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation liege, auf ihre Schultern genommen. Sie hätten sich die Einschiebung des Herrn von Roon an Stelle des liberalen Herrn von Bonin und die von dem neuen Kriegsminister vorgenommene Verwandelung des Provisoriums in ein Definitivum gefallen lassen — das Alles, ohne vermocht zu haben, bei Sr. Majestät für die nothwendigen liberalen Gesetze und Verwaltungsmaßregeln in ausreichendem Maße die Genehmigung durchzusetzen. So werden die Nachgiebigkeiten der Minister, angesichts der Adresse, für welche das Schriftstück bestimmt ist, wenn nicht zu Verdiensten, so doch zu mildernden Umständen für die Beurtheilung ihres Mißerfolges gestempelt, ja, indem sie entschuldigt werden, wird in unverfänglicher Weise zu verstehen gegeben, in welcher Weise der hohe Herr für jenen Mißerfolg selber mit verantwortlich sei. Die Minister — darauf im Grunde läuft der ganze Rückblick auf die bisherige Geschichte der neuen Aera hinaus — sind bis zum Aeußersten, fast bis zur Verleugnung ihrer Principien, dem Könige willfährig entgegengekommen, ohne von Sr. Majestät hinlänglich unterstützt zu werden. Und daran nun knüpft sich der Rath, mit welchem die Auseinandersetzung schließt. „Ohne unbedingtes Vertrauen Sr. Majestät, ohne die Einheit zwischen dem Könige und dem Ministerium dürfte es unmöglich sein, den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu begegnen.“ Ebenso unmöglich ohne Einheit im Ministerium selbst. Diese herzustellen steht aber allein bei Sr. Majestät. Möge Se. Majestät daher ein Conseil abhalten und darin die allerhöchste Erklärung abgeben, auch jetzt noch stehe Er auf dem Programm vom 8. November 1858, Er erwarte, daß die Minister fest und unbeirrt dem neuen Abgeordnetenhause gegenüberträten und sich zunächst ausschließlich auf ihre parlamentarischen Arbeiten concentrirten, Er ordne die strengste Controlle über die Haltung des Beamtenthums und der Armee, sowie unnachsichtiges richterliches Einschreiten gegen Gesetzesüberschreitungen Seitens der Presse an, die Einheit im Ministerium aber, in welchem Er keine Aenderungen eintreten lassen werde, die Sicherung der Uebereinstimmung im Gange der Regierung werde durch regelmäßige wöchentliche Gesammtberathungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten, des Ministers des Auswärtigen und der Chefs

des Civil- und Militärkabinets mit Berichterstattung an Se. Majestät zu erreichen sein. Veröffentlichung endlich des politischen Theiles dieser königlichen Ansprache.

Dunckers eigne Hoffnung indeß, mit solchen Mahnungen nach unten und Rathschlägen nach oben durchzudringen, konnte nur eine schwache sein. Schon im März hatte er, bewogen durch die Sorgen und Klagen der Königin über die nach der Kreuzzeitungspartei hinüberneigende, hinübergleitende Politik des Königs, einen erfolglosen Versuch gemacht, den Fürsten von Hohenzollern zu Hülfe zu rufen, den Abwesenden zur Rückkehr nach Berlin und zu nachdrücklichem Eintreten für das liberale Programm, das er noch immer mit seinem Namen deckte, zu bestimmen. Er wiederholte jetzt, im December, jetzt, nachdem sich die Lage so viel besorglicher gestaltet hatte, den Versuch noch dringender. Die Antwort des Fürsten aus Hyères, wo er seiner Gesundheit wegen weilte, ist zu lehrreich für die richtige Schätzung der persönlichen Factoren, durch deren Versagen oder Eintreten der Gang der preußischen Dinge bestimmt wurde, als daß nicht einige Hauptstellen daraus hier mitgetheilt werden dürften. Der Fürst lehnt ab. Er lehnt aus Gesundheitsrücksichten ab, die ihm aber doch selbst egoistisch erscheinen würden, wenn es seine einzigen Gründe wären. „Als Soldat folgt man dem leisesten Winke und hascht nach jedem Anlaß persönlicher Aufopferung: ganz anders ist es auf der politischen Schaubühne. Um auf dieser wirksam auftreten zu können, muß zunächst das Gefühl der Sicherheit, der Gewißheit und der Erkenntniß der eigenen Kraft und Tüchtigkeit vorherrschen. Dieses Gefühl mangelt mir gänzlich, und die Ueberzeugung, die ich von meiner Unzulänglichkeit habe, ist das Bleigewicht, welches ununterbrochen bis heute auf meiner Stellung gelastet hat. Ich werde also weder wirken noch nützen können, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil mein Bischen Verstand meinem Herzen ganz unterthan ist. Herz und Gemüth treiben mich zum Könige, weil vielleicht Niemand mehr als ich die unerschöpfliche Fundgrube des edlen und wahren königlichen Herzens zu würdigen vermag. In ihm wohnen nur Wahrheit und Güte, und diese Eigenschaften lähmen vollständig die geringe Thatkraft, über welche ich gebieten kann. Um gründlich zu helfen, gehört aber dem Könige gegen-

über ein eiſerner Charakter, der, rückſichtslos die edlen Seiten desſelben ignorirend oder ihnen Schach bietend, auf das Ziel hinarbeitet, welches als das dem Staatswohl entſprechende anerkannt wird. Wenn nun in letzter Inſtanz auch die Uebereinſtimmung des Landesherrn mit dieſen Zielen erreicht werden kann, ſo ſind es doch eben die dahin führenden Wege, die ſelten gemeinſchaftlich betreten werden wollen, und da ergeben ſich denn ſtets jene Conflicte, für deren Löſung ich mich zu ſchwach fühle."

Noch hatte Duncker dieſen Brief nicht in Händen, als er, alle ſeine Wünſche über das Verbleiben ſeiner Freunde im Miniſterium zurückdrängend, auch den entgegengeſetzten Ausfall der Kriſis ins Auge faßte. Den Kronprinzen rief der plötzliche Tod ſeines Schwiegervaters, des Prinzen Albert, von Neuem nach England. Unmittelbar vor dieſer Reiſe, am 18. December, noch ohne Kenntniß von dem Ergebniß der miniſteriellen Berathungen, die an eben dieſem Tage ſtattgefunden hatten, gab er in einem Bericht an den Kronprinzen zum erſten Male Zukunftsbetrachtungen Raum, welche die Kehrſeite der Medaille zeigten. Jenen Gedanken einer im Sinne des „geſunden Fortſchritts" von der Krone gegen und ohne die Parteien geübten Dictatur hält er noch immer feſt, aber — ſo fügt er jetzt hinzu — „man muß ſich beſcheiden, wenn die Männer zu ſolcher Politik fehlen". Wenn doch die im Schooße der Regierung herrſchenden Gegenſätze jede Wirkſamkeit ihrer liberalen Mitglieder lähmen, ſo erſcheine auch der Austritt derſelben nicht als ein unbedingtes Uebel. Und ſo faßt er die Möglichkeit dieſer Wendung ins Auge. Er will die poſitiven Gefahren eines conſervativen Miniſteriums, wenn dasſelbe auch mit großem Unwillen würde aufgenommen werden, nicht zu hoch ſchätzen, wenn dasſelbe nur ausreichende Gewähr biete, daß Verfaſſung und Wahlgeſetz außer Frage ſtehen. „Wie aber ein Miniſterium dieſer Farbe die Militärfrage löſen, d. h. die betreffenden Geldbewilligungen ermöglichen will ohne eine viel entſchiedenere auswärtige Politik, als das gegenwärtige ſie geführt hat, vermag ich nicht einzuſehen. Sollte der Geſichtspunkt vorwalten, daß man erſt im Innern fertig ſein müſſe, ehe man ſich nach außen wenden könne, ſo würde das heißen, die Dinge am verkehrten Ende anfaſſen, und eine Politik dieſer Art würde durch die Gewalt der

Dinge das conservative Ministerium sehr bald in ein reactionäres verwandeln." Zum ersten Male spricht er aus, daß dann eine weitere und nicht die schlimmste Aussicht auf diesem Wege die Nothwendigkeit sein würde — Herrn von Bismarck die Zügel zu übergeben. Mit einem schönen Zeugniß und einem tröstlichen Zuruf schließt er diese unerfreulichen Zukunftsbetrachtungen: „Eure Königliche Hoheit können die schwere Reise über das Meer mit dem Bewußtsein antreten, das Mögliche gethan zu haben, die Krisis zu beschwören. Je bestimmter man versucht hat, eine schlimme Wendung zu verhüten, je klarer man sich die kommenden Eventualitäten vergegenwärtigt, um so besser wird man ihnen auch zu begegnen im Stande sein, selbst wenn sie ihre schlimmste Seite herauskehren sollten."

Wie wenig er indeß vor dem Schlimmen, das kommen könne, ja wahrscheinlich kommen werde, die Augen schloß — er war doch weit entfernt, sich hoffnungs- oder thatlos in dasselbe zu ergeben. Die Thronrede, mit der der Landtag von 1862 eröffnet wurde, zeigte, daß die liberalen Elemente noch einmal das Feld behauptet hatten. Vor Allem aber schien durch das Auftreten des Grafen Bernstorff, der inzwischen das auswärtige Ministerium wirklich übernommen hatte, die Aussicht sich zu eröffnen, daß in dem von Duncker so oft kundgegebenen Sinne die auswärtige Politik zum Mittel der Verständigung zwischen der Regierung und den in entgegengesetzter Richtung nach rechts und nach links drängenden Parteien werden könne. Graf Bernstorff hatte sofort den dänischen Schritten zur Incorporation Schleswigs gegenüber einen schärferen Ton angeschlagen; er war dem thörichten Beustschen Vorschlage, einer den Großmachtgelüsten der Mittelstaaten entsprechenden Bundesreform, mit einer Erklärung entgegengetreten, die den Gedanken des engeren Bundesstaates wiederaufnahm und für Preußen das Recht, auf dem Wege freier Vereinbarungen diesem Ziele zuzustreben, auf das Bestimmteste in Anspruch nahm; er hatte endlich auf Oesterreichs und seiner Verbündeten Widerspruch und auf deren Einladung zu Conferenzen über eine Bundesreform nach ihrem Sinne mit einer entschiedenen Ablehnung geantwortet.

An diese Anzeichen eines in der Regierung sich regenden ernsteren Willens knüpfte Duncker an. Es kam, um die Lage der

deutschen Angelegenheiten zu verwickeln, hinzu, daß der Kurfürst von Hessen fortfuhr, der von den Ständen immer von Neuem geforderten Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu trotzen. Angesichts dieser Sachlage entwickelt Duncker, während er zugleich dem Abgeordnetenhause die Nothwendigkeit, den inneren Conflict zu vermeiden, predigt, während er sich eifrig bemüht, eine in Bildung begriffene constitutionelle Partei im Herrenhause zu fördern — er entwickelt, welche Schritte in der auswärtigen Politik die zweckmäßigsten wären. Er wiederholt den alten Refrain. Nicht mit Erklärungen und Abweisungen, wie Bernstorff sie tapfer genug gegeben, dürfe man sich begnügen: durch Thaten müsse die Regierung ihre Freunde sammeln und ihren Feinden Furcht einflößen. Nach seiner damaligen Auffassung, die nicht von allen seinen Freunden getheilt wurde, war es gerathener, zuerst bei der Schleswig-Holsteinschen Frage einzusetzen und „über Holstein nach Hessen" zu gelangen, wozu denn, da man jetzt aller Pflichten gegen Oesterreich entbunden sei, eine Frankreich entgegenkommende Stellung in der französisch-italienischen Frage, immer, natürlich, ohne Gefährdung deutschen Gebiets, die richtigste Vorbereitung sein würde. Wie aber immer und wo immer, an der Eider oder am Main: jedenfalls nur in thatkräftigem Eintreten für das dort wie hier verletzte Recht kann er die Rettung aus den gegenwärtigen unleidlichen und verfahrenen Zuständen erblicken. An den Grafen Schwerin schreibt er in diesem Sinne am 18. Februar: immer habe er, wenn auch je nach der Lage in verschiedener Wendung, die Machtfrage vorangestellt und auch bisher schon den Angriffspunkt in der Schleswig-Holsteinschen Sache für den leichteren gehalten. Unerläßlich sei nur, daß überhaupt gehandelt werde. „Eine Regierung, die seit Jahren die Uebergriffe Dänemarks für dem Bundesrecht und völkerrechtlichen Stipulationen zuwider, die Verfassung von 1831 in Kurhessen für rechtsbeständig, die Reform des Bundesheeres und der Bundesverfassung für wünschenswerth erklärt und diesen Zielen um keinen Schritt näher gekommen ist, muß die Achtung im Auslande und mit dieser die Stärke im Inlande verlieren. Unser Mangel an Erfolgen hat die Phrase, das Geschwätz und die Erregung emporkommen lassen. Der Widerstand gegen die Armeereform, als dessen gesteigerter Aus-

druck die neuesten Wahlen anzusehen sind, war nichts als ein Rückschlag gegen unsere Inaction in Deutschland und nach außen." Und er darf weiter mit Recht darauf hinweisen, daß er bei dem Mangel jener Thatkraft und jener Erfolge völlig vergeblich mit dem geschriebenen und gedruckten Wort um die Schaffung einer Regierungspartei bemüht gewesen sei, darf zugleich warnend seine Stimme gegen etwaige Octroyirungen erheben, die man allenfalls einer geschlagenen, nicht aber einer aufsteigenden Bewegung gegenüber wagen dürfe.

Noch nachdrücklicher endlich, in noch schärferer Formulirung faßt er in einem Bericht an den Kronprinzen vom Tage zuvor den durch den Widerstand des Herrenhauses gegen die Kreisordnung, des Abgeordnetenhauses gegen die Militärvorlage immer näher gerückten Fall einer Auflösung und die dann weiter nothwendigen Schritte ins Auge. Wohl hält er noch immer an der Forderung der Beibehaltung eines gemäßigt liberalen Systems fest: stärker indeß betont er die Nothwendigkeit unbedingter Einheitlichkeit der Verwaltung, und am stärksten endlich, als das, was allein noch retten könne, die Nothwendigkeit, den Schleswig-Holsteinern und in zweiter Linie den Hessen mit ganzem Ernst, mit Gewalt der Waffen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Weder ein liberaler Ministerpräsident — so scharf formulirt er seine Meinung —.noch ein neuer Pairsschub zur Durchsetzung der Organisationsgesetze genügt. Der Punkt, auf dem die Dinge angekommen sind, verlangt größere Maßnahmen. Mit der Kammerauflösung zugleich muß eine Situation geschaffen werden, welche der Regierung eine militärische Dictatur in die Hand giebt — „die Armee muß die Spitze nehmen, wenn die Demokratie dieselbe nicht gewinnen soll".

Es war der Weg von Blut und Eisen, eben der Weg, den nachher ein mächtigerer Mann mit bewunderungswürdiger Energie gegangen ist. Daß er diesen Weg Männern empfahl, die dazu weder den Muth des Entschlusses, noch den Einfluß nach oben, noch überhaupt die staatsmännische Geschicklichkeit besaßen, daß er diesen Weg ohne einen Bruch mit dem liberalen System, vielmehr von diesem aus und zu Gunsten desselben für gangbar hielt: das allein war die Differenz zwischen seinen Anschauungen und der

nachmals siegreich durchgeführten Politik des Herrn v. Bismarck. Die Ueberzeugung, daß Preußen seinen nationalen Beruf unter allen Umständen erfüllen müsse, und daß an dieser Erfüllung unfehlbar auch die gesunde Entwickelung des neuen Verfassungslebens hänge — diese Ueberzeugung machte es ihm möglich, ihm, dem Liberalen, den Eintritt des Herrn v. Bismarck mit anderen Augen anzusehen als diejenigen, die in diesem nur den Reactionär und den Junker erblickten. Durch den bedenklichen Trumpf der „liberalen Dictatur" und weiter der „militärischen Dictatur" war für ihn die Brücke geschlagen, von der aus auch eine conservative Dictatur, sobald sie nur der Lösung der nationalen Aufgaben sich widmete, um so mehr ihre Schrecken verlor, da sie unter allen Umständen nur einen Uebergangszustand bedeuten konnte.

Die Tage des liberalen Ministeriums waren gezählt. Weder von dem Könige noch von den Constitutionellen kräftig unterstützt, in der Klemme zwischen der Opposition der Feudalen und der Fortschrittspartei, ohnmächtig, weil uneinig in sich, mußte es zusammenbrechen. Nachdem am 6. März das Abgeordnetenhaus auf den Antrag des Abgeordneten Hagen in der Frage der Specialisirung des Etats dem Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben, reichten die Minister ihre Entlassung ein.

Klar und bestimmt zeichnete Duncker dem Kronprinzen das Entweder-oder dieses kritischen Moments. Nur in dem Falle, meint er, können die Minister auf ihre Entlassung verzichten, wenn die liberale Richtung schärfer und fester betont und insbesondere durch einen Pairsschub das Land überzeugt wird, daß man nicht die Reformgesetze am Herrenhause scheitern lassen wolle, wenn gleichzeitig durch ernstes Vorgehen gegen Dänemark die patriotische Gesinnung gezwungen wird, sich auf die Seite der Regierung zu stellen. Höchst unwahrscheinlich jedoch, für das Alles die Genehmigung Sr. Majestät zu erlangen. Und für diesen Fall — vorausgesetzt, daß man die Dinge nicht sich selbst überlassen will — „ist es gerathener, daß Se. Majestät die Entlassung des Ministeriums annimmt und Herrn v. Bismarck mit der Bildung eines neuen betraut. In diesem Falle würde wenigstens Einheit im Ministerium erzielt; — Herr v. Bismarck würde Gelegenheit haben, seine Thatkraft in den auswärtigen Dingen zu zeigen; —

dieser Mann allein gäbe Gewähr, daß man nicht mit Oesterreich und den Würzburgern sich zu verständigen gedenke, was für die innere und äußere Lage Preußens von entscheidender Wichtigkeit ist".

Es erfolgte die Auflösung des Abgeordnetenhauses, das heißt — so beurtheilte Duncker diesen Schritt — man engagirte die Krone in dem Kampfe, ohne vorher die Mittel für den Sieg bereit zu halten. An Stelle des abwesenden Fürsten von Hohenzollern wurde der Präsident des Herrenhauses, der Fürst Hohenlohe-Ingelfingen zum interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt. Noch einmal überreichten beide Parteien des Ministeriums — nur Bethmann-Hollweg war sofort mit dem Fürsten von Hohenzollern zurückgetreten — dem Könige ihr Programm. Wie jedoch vorauszusehen, hielt der König das von der liberalen Seite vorgetragene, welches doch neben der Bürgschaft freier Wahlen nur Ermächtigung zur Durchbringung der Organisationsgesetze im Herrenhause, Ersparungen im Militärbudget und Herabsetzung der Zuschlagsteuern forderte, in dem Maße für unmöglich, daß er meinte, dasselbe werde zu republikanischen Einrichtungen in Preußen führen, und ihm, dem Könige, zuletzt nichts übrig bleiben als abzudanken. War damit das Ausscheiden der Auerswald, Patow und Schwerin entschieden, denen sich Graf Pückler und Herr v. Bernuth anschlossen: Ein Gutes hatte diese an sich tief beklagenswerthe Wendung doch auch in Dunckers Augen. Denn das Gefährlichste sei, so setzt er in seinen während dieser Krise theils dem Kronprinzen, theils der Kronprinzessin erstatteten Berichten auseinander, die Fortdauer des dermaligen zwiespältigen Zustandes, der Versuch, halb conservativ, halb liberal zu regieren. Wäre es nach ihm gegangen, so wären die Minister der neuen Aera durch Geschäftsleute von möglichst wenig ausgesprochener Parteifarbe zu ersetzen gewesen, durch Männer, die mit Geschick „liberal auf conservativer Grundlage" zu regieren verständen — nur daß es, wie die bisherigen, ehrliche Männer sein müßten. Alles aber werde von ihrer Thatkraft abhängen. Auch ein conservatives Ministerium sei möglich, welches in der auswärtigen Politik — er denkt immer zunächst an die Schleswig-Holsteinsche Frage — eine den Patriotismus zwingende Situation zu schaffen

wisse. „Der Starke ist immer oder wird schließlich immer populär." Und wieder schließt er: „Sollte Graf Bernstorff eine Politik so kräftiger Art nicht zu führen vermögen, so würde Herr v. Bismarck zur Verstärkung des Ministeriums verwendet werden können."

Schmerzerfüllt stand er nichtsdestoweniger am Grabe der neuen Aera. Die gefallenen Minister waren seine persönlichen und politischen Freunde. Trotz all' ihrer Schwächen und aller dadurch verschuldeten Mißerfolge war ihre Verwaltung — er hob das mit Nachdruck allen Tadlern und Verleumdern gegenüber hervor — die sittlich reinste, welche das Land seit langer Zeit besessen hatte, ein voller Gegensatz des Manteuffelschen Regiments. Doch nicht bloß an ihren Fehlern war sie zu Grunde gegangen, sondern an der organisirten Gegenpolitik, der in einem altbegründeten Beamten- und Militärstaat jeder Versuch eines liberalen Regimes begegnen mußte und die den maßgebenden höchsten Willen immer von Neuem von den Consequenzen der seit dem 6. November 1858 eingeschlagenen Richtung abzudrängen bemüht war. Fortwährend kämpften in dem König die Traditionen des Legitimitätsprincips und der Zusammengehörigkeit mit der äußersten Rechten gegen die redliche Absicht der Wahrung des constitutionellen Standpunktes, an den er sich durch sein Wort gebunden hielt. Sein guter Verstand hatte die Nothwendigkeit des Einlenkens in neue Bahnen erkannt, aber auf der anderen Seite zog ihn die hohe Meinung von der Stellung des Staatsoberhauptes, sein Abscheu vor Allem, was auch nur entfernt einer revolutionären Maßregel ähnlich sah, endlich sein streng soldatischer Sinn zu den alten Ordnungen und zu den alten Parteien, die so lange die Stütze des Königthums gewesen waren. Diese zwiespältige Haltung hatte in dem Gegensatze der conservativen gegen die liberalen Elemente im Ministerium ihren Ausdruck gefunden, und dieser Gegensatz wieder hatte die Reformgesetze zum Theil verdorben, zum Theil ihre Durchführung unmöglich gemacht. Genug: der hoffnungsreiche Versuch eines ausgesprochen liberalen Systems war gescheitert.

Kein geringer Trost war es dabei für unseren Freund, daß der, den er zu berathen gehabt hatte, sich durchaus auf die Seite des bedrängten Liberalismus stellte, daß er die so sorgfältig und vollständig ihm zugeführte Einsicht dankbar aufnahm, gesinnungs-

voll vertrat und bei jeder Gelegenheit mit Ernſt und Wärme verwerthete. Mehr als einmal zeigte der Kronprinz ſeine Abneigung gegen das Gebahren und die reactionären Zettelungen der Junker, ja, er wagte ſich bei den Berathungen der Miniſter gelegentlich ſo lebhaft vor, daß er den Unwillen des Königs erregte, der ihm Schuld gab, daß er die Oppoſition der liberalen Miniſter unterſtütze. Nicht genug konnte Duncker der Kronprinzeſſin gegenüber die Klarheit und Feſtigkeit, die Sicherheit und taktvolle Umſicht loben, welche ihr Gemahl in der ſchweren Kriſis täglich bewieſen habe.

12.

Kritiſche Tage.

Einer dringenden Einladung des Fürſten von Hohenzollern folgend, beſuchte Duncker denſelben im April in Düſſeldorf. Die beiden in Geſinnung und Anſichten ſich ſo nahe verbundenen Patrioten — wie viele Erinnerungen, Hoffnungen und Sorgen hatten ſie nicht auszutauſchen! Im Vordergrunde ſtand doch die Sorge. Denn daß, wie Duncker dem Fürſten gegenüber ſich bereits ſchriftlich ausgeſprochen hatte, an allem Ende eine einheitliche Regierung für das Anſehen der Krone beſſer ſei als eine ſolche, in welcher entgegengeſetzte Elemente ſich wechſelſeitig hemmen und aufreiben, daß es immer von Vortheil ſei, wenn unklare und unhaltbare Situationen aus der Welt geſchafft werden, — dieſe Erwägung wollte doch angeſichts der am 18. März erfolgten Bildung des neuen Kabinets nur ſchwer vorhalten. Das war kein farbloſes Beamtenminiſterium: es beſtand durchaus aus conſervativen, der Kreuzzeitung naheſtehenden Männern; ſelbſt die Wahl des Datums war ein Compliment gegen die Kreuzzeitung. Die Seele des neuen Kabinets waren die Herren v. d. Heydt und Roon; neben ihnen waren die neuernannten Miniſter Graf Lippe und v. Mühler, Graf Itzenplitz und v. Jagow: lauter Namen, die den Gegenſatz gegen die ausgetretenen ſcharf markirten. Die Stellung des Herrn v. d. Heydt an der Spitze des Finanzminiſteriums ließ befürchten, daß die bewährten Traditionen preußiſcher Finanzpolitik verlaſſen werden würden; es ſtand zu beſorgen, daß ein Theil der unſauberen Geiſter des 1858 geſtürzten Regimes wiederkehren würden. Nur etwa, wenn es ſich

um nichts weiter handelte als darum, dem radicalen Drängen Halt zuzurufen, wenn diesem Ministerium nur eine vorübergehende polizeiliche Mission zugedacht war — nur dann mochte ein liberaler Mann, in Hoffnung auf eine schwerlich ausbleibende europäische Krisis, in diese scharfe Veränderung sich finden.

Dem Rathgeber des Kronprinzen aber blieb die wichtige Pflicht übrig, diesem seine Meinung über die Haltung, die er fortan einzunehmen haben werde, auszusprechen.

„Die Ernennung des neuen Ministeriums," so schrieb er sogleich am 19. März, „setzt des Kronprinzen Königliche Hoheit in eine schwierige Lage, nachdem Höchstderselbe der politischen Richtung wie den Personen der abgetretenen Minister ein Vertrauen und eine Unterstützung gewährt hat, welche nicht verborgen geblieben sind. Es liegt weder im Interesse des monarchischen Princips noch im Interesse der Königlichen Familie, der Welt das Schauspiel auch nur des Scheins eines Zerwürfnisses zu geben. Andererseits wäre es — den unglücklichen Fall eines schweren Conflicts zwischen Krone und Volk vorausgesetzt — auch im Interesse des Königs und des monarchischen Princips, diesen Zwiespalt zu vermeiden. Diesem die Schärfe und Spitze zu nehmen, kann es von Nutzen sein, wenn dem Lande in der Haltung des Kronprinzen die Aussicht auf eine andere Politik erhalten und gezeigt wird als die, welche das gegenwärtige Ministerium befolgen kann und wird. Wenn Se. Majestät ein volles Recht darauf haben, daß Se. Königliche Hoheit keine oppositionelle Stellung einnehme und den Gang der Regierung nicht erschwere, so hat andererseits Se. Königliche Hoheit nicht bloß das volle Recht einer selbständigen politischen Ueberzeugung, sondern auch die Pflicht, an Höchstderen Theil darauf zu sehen, daß Krone und Land kein Schaden erwachse." Und er erwägt nun, wie diese in gewisser Weise widersprechenden Pflichten zu vereinigen seien. Nachdem er, um den Uebergang in die neue Lage zu erleichtern, eine vorübergehende kurze Abwesenheit empfohlen, faßt er seinen Rath für das weitere Verhalten folgendermaßen zusammen. „Ganz abgesehen von dem Gebote der Pietät und den ausgesprochenen Wünschen des Königs besteht ein bestimmtes und dauerndes Interesse für Se. Königliche Hoheit, mit dem Gange der Regierung vertraut zu bleiben,

eingehende Kenntniß nicht bloß von den zu verhandelnden Gegenständen, sondern auch von den Personen der Minister, von ihrer Art der Geschäftsbehandlung, endlich von den Motiven zu gewinnen, welche dieselben Sr. Majestät dem Könige zur Begründung ihrer Maßregeln geltend machen werden. Se. Königliche Hoheit würde demnach den Sitzungen des Staatsministeriums unter der Reserve beiwohnen können, daß dies nur bei der Verhandlung wichtiger Fragen der Fall wäre. Se. Königliche Hoheit würden niemals das Wort ergreifen, abgesehen von den Fällen, wo nach der Ansicht Sr. Königlichen Hoheit dem Staate schlechthin verderblichen Beschlüssen entgegenzutreten wäre. In solchen könnten Se. Königliche Hoheit eine schriftliche Erklärung verlesen und deren Anfügung an das Protokoll verlangen. Sr. Majestät gegenüber würde Se. Königliche Hoheit hervorheben können, daß das Verfahren der im Amte gebliebenen Minister bei der Beseitigung ihrer liberalen Collegen Höchstihnen Zurückhaltung auferlege, die dadurch noch bestimmter geboten sei, daß ein aufrichtiges Aussprechen der Höchsten Auffassung nothwendig auf eine oppositionelle Haltung hinauskommen würde, die Se. Königliche Hoheit entschieden vermeiden wolle." — — „Seine Königliche Hoheit kennen die Schranken zu gut, welche im ständischen, welche im absoluten Staate den Willen des Herrschers gebunden halten, um die constitutionelle Regierungsform für ein nothgedrungenes Zugeständniß an den Geist der Zeit zu halten: Se. Königliche Hoheit sehen in derselben vielmehr den nothwendigen Ausdruck der veränderten moralischen und materiellen Grundlagen und Kräfte des preußischen Staatslebens und die Voraussetzung, durch welche diese Kräfte für das Gemeinwohl in vollem Umfange verwerthet werden können. In der Verfassung erblicken Se. Königliche Hoheit den Vertrag, welchen das Bürgerthum mit den bisher Berechteten abgeschlossen hat, und Seine Königliche Hoheit erkennen in derselben für die Krone das Mittel, das Recht der Stände im Gleichgewicht zu halten. Von diesem Standpunkte aus wird Se. Königliche Hoheit den Gang der Regierung beobachten und Se. Majestät auf die Punkte und die Augenblicke aufmerksam machen können, in welchen dieselbe etwa ihre Aufgabe, die überall vorwärts drängende öffentliche Meinung zu beruhigen,

dahin überschreiten sollte, daß sie sich zu weit auf die Seite der Feudalen neigte, daß sie bewährte Traditionen der preußischen Finanzverwaltung preisgäbe, die Verfassung beeinträchtigte oder die Krone compromittirte."

In so wohlerwogenen, mit auffälliger Förmlichkeit abgemessenen Worten trug Duncker gleichsam sein neues Programm vor; in so loyaler Weise faßte er die Aufgabe des künftigen Thronfolgers, suchte er, ohne dessen Zukunft zu gefährden, ihn in den Dienst des Staates, wie er augenblicklich war, und des Staates, wie er sein sollte und hoffentlich sein werde, auch ferner einzustellen. Durch eine Zurückhaltung, die sich nichts vergäbe und doch auch nichts versäume, die, auch wenn sie vorläufig nichts erreiche, jedenfalls eine von dem Bewußtsein erfüllter Pflicht ihm erleichterte Schule sei, sollte er zugleich den Pflichten des Sohnes und denen des künftigen Herrschers genügen, wobei der maßgebende Gesichtspunkt war, daß ein Bruch des Sohnes mit dem Vater niemals und unter keinen Umständen eintreten dürfe.

Die Stellung Dunckers zum Kronprinzen beruhte auf der Bedingung, daß dieser sich auf der in solcher Weise gezeichneten Linie des Verhaltens bewegte. Für jetzt herrschte zwischen Beiden in dieser Beziehung das vollste Einverständniß. Noch verkündete nichts, daß der Rath des treuen Mannes von dem Berathenen mißachtet werden könnte. Es fehlte begreiflich nicht an Anzeichen, daß der Rathgeber den gegenwärtigen Gewalthabern eine mißliebige und verdächtige Persönlichkeit sei. Ja, um die Mitte des Sommers wurde ein ernster Versuch gemacht, ihn von dem Kronprinzen zu trennen. Eifrig benutzten die Minister einen Bericht des Bonner Universitätscurators, welcher die Nothwendigkeit vorstellte, daß in Bonn alte Geschichte gelesen werde, um Duncker neuerdings für diese Professur in Vorschlag zu bringen, und es gelang ihnen leicht, die Zustimmung des Königs dafür zu gewinnen. Auf das Bestimmteste erklärte jedoch der Kronprinz sogleich, er wünsche nicht seinen vortragenden Rath zu verlieren. Die Minister hatten nichts erreicht, als daß dem Könige ein eindringliches Zeugniß über die wissenschaftlichen Leistungen des Vorgeschlagenen vor Augen gebracht war, und daß der Kronprinz einen Beweis seiner Anhänglichkeit an den Mann gegeben hatte, den sie nicht für ihren Freund hielten.

Wenn nun Duncker bei diesem seinem Verhältniß zu dem neuen Ministerium mehr als bisher draußen vor stand, so hinderte das natürlich nicht, daß er der weiteren Entwickelung der Dinge nur um so aufmerksamer und antheilvoller sich zuwandte, je mehr sie sich verwirrte, und daß er den Kronprinzen von Moment zu Moment über die wechselnden guten und schlimmen Möglichkeiten, über seine eigenen Hoffnungen und Befürchtungen belehrend und berathend und dann wieder tröstend oder treibend zu unterrichten fortfuhr.

Merkwürdig genug trat bald nach dem Antritt der neuen Regierung jene Hauptfrage der innerdeutschen Politik, die zunächst eine constitutionelle, eine Rechtsfrage war, in den Vordergrund. Jene kurhessische Frage, deren Verschleppung nicht am wenigsten dazu beigetragen hatte, den Credit des liberalen Ministeriums zu untergraben, drängte sich unabweislich den conservativen Nachfolgern desselben zur Lösung entgegen. Noch aus den letzten Tagen der neuen Aera stammte ein diplomatischer Erfolg des Grafen Bernstorff. Welches auch dabei die Hintergedanken des österreichischen Kabinets gewesen sein mochten — genug, es war endlich gelungen, Oesterreich zu einem auf die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gerichteten gemeinsamen Antrag am Bunde zu bestimmen. Die Hoffnung indeß, die man in Hessen daran knüpfte, schien mit dem Sturze des liberalen Ministeriums in Preußen rasch wieder vereitelt. Da kam der zähe Trotz und die Unklugheit des Kurfürsten der guten Sache zu Hülfe. Ermuthigt durch die Wendung, welche die Dinge am 18. März in Preußen genommen hatten, erließ der Kurfürst am 26. April jene brutale Verordnung, welche alle diejenigen des Wahlrechtes für verlustig erklärte, welche nicht vor der Wahl die Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1860 protokollarisch anerkennen würden, worauf ein weiterer Erlaß vom 3. Mai die unmittelbare Durchführung der Zwangswahlen befahl. Angesichts dieses kecken Versuchs, durch Herstellung einer vollendeten Thatsache die preußische Politik zu durchkreuzen und zu verhöhnen, ging Graf Bernstorff energisch vor, er ließ in Wien erklären, daß man auch ohne den Bundestag und schließlich auch ohne Oesterreich einschreiten werde; General v. Willisen überbrachte dem Kurfürsten die Willensmeinung des

Königs; es folgte auf die rückſichtsloſe Aufnahme des königlichen Abgeſandten die Abberufung des preußiſchen Geſchäftsträgers in Kaſſel und die Anordnung der Marſchbereitſchaft von zwei Armeecorps für den 23. Mai.

So war die Wendung eingetreten, welche Duncker ſchon unter den Verlegenheiten des liberalen Miniſteriums wiederholt empfohlen, die er unter den trüberen Ausſichten, die ſich für die innere Politik unter dem neuen Miniſterium eröffneten, von Neuem als die einzige, welche einen glücklichen Wandel auch der inneren Lage herbeiführen könne, bezeichnet hatte. Aller Eifer und alle Leidenſchaft, die er je für die Ehre Preußens und für deſſen deutſchen Beruf empfunden, wirft ſich auf dieſe, unter den dringendſten Verhältniſſen ſich darbietende Gelegenheit, eine alte Scharte auszuwetzen, ein ſchleichendes Uebel zu heilen und damit zugleich den im eigenen Lande drohenden Conflict zu beſchwören. Die Aehnlichkeit der gegenwärtigen Situation mit der von 1850 ſteht fortwährend vor ſeiner Seele. Der Gedanke, daß, nachdem Preußen im Jahre 1859 von ſich aus die kurheſſiſche Frage zuerſt wieder aufgenommen, eine zweite Niederlage jetzt, wo nicht Oeſterreich und die Mittelſtaaten, ſondern zunächſt der Kurfürſt allein gegen Preußen angehe, ſchmählicher ſein würde als die von Bronzell und Olmütz, iſt ihm unerträglich. Was Alles, welche Hinhaltungen, Abweiſungen und Vereitelungen hatte ſich nicht Preußen ſeit 1858, um nur Deutſchland Frankreich gegenüber zuſammenzuhalten, von ſeinen deutſchen Bundesgenoſſen gefallen laſſen! So handgreiflich aber wie durch die neueſten Maßnahmen und Unverſchämtheiten des Kurfürſten war die Macht und Ehre Preußens noch niemals in Frage geſtellt. Vor dieſer Mißachtung — ſo ſchreibt er bereits am 4. Mai, nach den kurfürſtlichen Wahledicten, dem Kronprinzen — „müſſen alle Erwägungen des Liberalismus oder Conſervativismus, alle Bemühungen, Deutſchland zuſammenzuhalten, zurücktreten“. Ausführlich hat er damals ſogleich auch die Art des Verfahrens und die einzelnen Schritte entwickelt, welche Preußen oblägen. Nicht auf den Bund dürfe es warten, nicht mit Oeſterreich, ſondern als ſelbſtändige Macht, unverweilt und mit militäriſchem Nachdruck habe es einzuſchreiten. In demſelben Sinne, aus keinem anderen Recht, wie er beſcheiden ſagt, als aus

„dem jedes treuen Sohnes des Vaterlandes" wendet er sich an den Kriegsminister, um diesem die Nothwendigkeit einer raschen Occupation vorzustellen, die allein Preußen die Dinge in die Hand geben könne, und fügt hinzu, wie diejenige Regierung, die in Hessen ihren Willen durchsetze, schließlich auch in Preußen Respect haben werde.

Wieder einmal hatte er vergeblich gemahnt und gedrängt. Die Regierung war bis zu einem die Aenderung des hessischen Ministeriums fordernden Ultimatum vorgegangen und hatte dann doch, da Graf Bernstorff vor der Möglichkeit eines Krieges mit Oesterreich und den Mittelstaaten zurückschreckte, auf die Durchführung desselben verzichtet; man hatte gerüstet und dann doch die Genugthuung, die man selbständig erzwingen mußte, einem zu erwartenden, dann wirklich rasch erfolgenden Bundesbeschlusse überlassen. Voll Unwillen und Bitterkeit über das aus der Hand gegebene Spiel schrieb der für die Ehre und Macht Preußens Eifernde einem seiner früheren Freunde, der, noch jetzt im auswärtigen Ministerium thätig, für die Ende Mai gefaßten Beschlüsse mit verantwortlich war: „Sie haben," schrieb er an Herrn v. Gruner, „dem Bunde Gelegenheit gegeben, den bösen Ruf seiner Schwerfälligkeit zu widerlegen und seine Autorität auf Preußens Kosten gestärkt. Sie haben die Machtfrage, die Ehrenfrage für Preußen vollkommen fallen lassen, aber Sie haben großmüthig den Hessen zu ihrem Rechte verholfen. — — Sie haben die Politik von Olmütz gemacht —, die darin besteht, die Machtfragen, d. h. die Sachen aus der Hand zu geben, um diplomatische Erfolge zu erreichen, seien es todtgeborene freie Conferenzen, seien es todtgeborene Bundesbeschlüsse."

Dem Inhalte nach ähnlich lautete ein Aufsatz, den er über dieselbe Sache zugleich dem Kronprinzen und dem Kriegsminister vorlegte, wobei er dort wie hier, nach seiner immer aufs Positive gerichteten, immer zum Hoffen geneigten Natur, nicht unterließ, zu zeigen, wie man trotz Allem, auch jetzt noch, auf freilich verschmälerter Basis, eine neue Handhabe zu selbständigem Eingreifen gewinnen könne. Vergebens. Thatsächlich war, nachdem der Kurfürst auf den Bundesbeschluß hin sich zur Wiedereinführung der Verfassung von 1831 herbeigelassen und nach dem Rücktritt seiner bisherigen

Minister dem Herrn v. Dehn-Rothfelser die Leitung der Geschäfte übertragen hatte, die Partie für Oesterreich gewonnen, für Preußen verloren — um erst später durch die Energie eines anderen Mannes wieder ein anderes Gesicht zu bekommen. Verloren war einstweilen auch der günstige Eindruck, den das entschlossene Vorgehen Preußens in der öffentlichen Meinung gemacht hatte und den man zur Abschwächung der inneren Reibungen hätte benutzen können.

Hart in der That trafen die Anschauungen des conservativen Ministeriums und die Stimmung der Bevölkerung aufeinander. Mit dem Aufgebot aller ihr zu Gebote stehenden Agitationsmittel, mit der gröbsten und directesten Wahlbeeinflussung hatte die Regierung nichts Anderes erreicht, als die Bevölkerung heftiger gegen sich aufzureizen. Mit diesen reactionären Zudringlichkeiten hatten die von Herrn v. d. Heydt verkündeten oder verheißenen, nicht sowohl auf die constitutionelle als auf die Fortschrittspartei berechneten Concessionen zusammengewirkt, um dieser letzteren zum entschiedensten Siege zu verhelfen. In dem aus den Wahlen des 6. Mai hervorgegangenen Abgeordnetenhause war die altliberale Partei auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzen; die Minister selbst hatten kein einziges Mandat davongetragen.

Bei dieser Zusammensetzung des Hauses war auf ein gedeihliches Ergebniß seiner Verhandlungen nicht zu rechnen. Es war fruchtlos, daß das Ministerium zunächst dem Abgeordnetenhause gegenüber einen wesentlich anderen Ton anschlug, als dem Lande gegenüber vor den Wahlen, daß man durch einstweilige Zurückziehung der im Januar eingebrachten Vorlagen, durch höfliches Entgegenkommen im Einzelnen, die Differenzen theils zu vertagen, theils zu vertuschen suchte; fruchtlos auch, daß man durch die endliche Anerkennung des Königreichs Italien, durch die von den Abgeordneten fast einstimmig willkommen geheißene Unterzeichnung des Handelsvertrages mit Frankreich und durch die prompte Abweisung der österreichischen Zollvereinsprojecte sich für eine würdigere Stellung Preußens bemüht zeigte und günstige Aussichten für die im Jahre 1865 bevorstehende Neugründung des Zollvereins eröffnete; vergeblich das Alles; — die Frage der Militärreform war und blieb der Stein des Anstoßes, an dem vorbeizukommen unmöglich war. Nur zu bald zeigte es sich, daß jene Gemäßigten,

welche, wie Stavenhagen, Twesten, Sybel, auf dem Standpunkte der Fortschrittspartei vom Juni 1861 stehen blieben und die Annahme des Militärbudgets nur an die Bedingung der zweijährigen Dienstzeit knüpften, überflügelt seien. In der Budgetcommission hatten diejenigen Mitglieder die Mehrheit, welche die Streichung aller Mehrausgaben der Reform und die Zurückführung der Armee auf den Standpunkt von 1859 forderten, und sie hielten sich der Annahme dieses Beschlusses auch im Plenum sicher, — man steuerte bewußt oder man trieb unbewußt auf den Conflict zu.

Daß in diesem Stadium, nach dem schiefen Ausgang der kurhessischen Sache, das Mittel der Ergreifung einer auswärtigen Politik, welche die Nothwendigkeit einer starken Armee jedem halbwegs patriotischen Manne handgreiflich machen werde, nicht zu improvisiren sei, war auch für Duncker klar. Für den Kronprinzen und mit demselben erwog er, welche anderen Mittel es gebe, die Pläne der Gegner der Regierung zu vereiteln und dem Lande die Militärreform zu erhalten. Keine Möglichkeit, einen sachlichen Ausweg zu finden, wird von ihm übersehen, auch die künstlichen und mißlichen werden mit klarem Ansatz der hüben und drüben wirkenden Kräfte und Motive, mit umsichtiger Vergegenwärtigung der im einen und anderen Falle zu erwartenden Wirkungen vorgelegt, — immer von dem Gesichtspunkte aus, daß, auch wenn der Regierung nichts übrig bliebe, als dem Abgeordnetenhause gegenüber sich auf das Herrenhaus zu stützen, unter allen Umständen die Verfassung unversehrt bleiben müsse. Nach Allem weiß er doch endlich keinen besseren Rath zu geben, als den, daß die Regierung durch einen entgegenkommenden Schritt, durch einen großen Act der Versöhnung den Streit zu Ende führe und damit die moralische Leitung des Landes wiedergewinne. In mehr als einer kurz vor dem 11. September, dem Beginne der großen Militärdebatte, geschriebenen Denkschrift plädirt er dafür, daß die Regierung die zweijährige Dienstzeit der Infanterie zugebe und durch eine Reihe technischer Concessionen, die er sorgfältig im Einzelnen entwickelt, die für die Ausbildung und Festigkeit der Armee daraus erwachsenden Nachtheile ausgleiche.

Zugleich jedoch, neben der allgemeinen Bedeutung der Frage, die er mit patriotischer Sorge um so tiefer empfand, je mehr

ihm fortwährend die ganze europäische Lage, die Gefahr insbesondere der jüngsten antipreußischen Intriguen Oesterreichs vorschwebte, zugleich hatte er die Aufgabe, den Gegensatz zwischen dem Könige und dem Kronprinzen in solchen Schranken zu halten, daß dem Vater wie dem Sohne sein Recht geschähe. Weder zu der Stimmung der Armee noch zu der des Landes durfte sich der Thronfolger in einen ausgesprochenen Gegensatz stellen. Der Wille des Königs, der unbeugsam an der völligen Durchführung der Reform festhielt, mußte dem Kronprinzen ehrwürdig sein, und im Interesse der Dynastie hinwiederum mußte er den Conflict zwischen der Krone und der Volksvertretung verabscheuen. Schon in der über die wichtige Frage zu Rath und Gutachten berufenen Commission der Generale hatte der Prinz eine vermittelnde Stellung eingenommen. Eine solche innezuhalten ist nach Dunckers Ansicht auch ferner das Gewiesene. Der leitende Gesichtspunkt muß sein, daß die Interessen des Landes und die der Armee auf die Dauer nicht getrennte, sich einander aufhebende sein können. Ihr festes Maß aber wird jene vermittelnde Haltung darin finden, daß, was auch geschehen möge, das Beharren auf den einmal gestellten Forderungen niemals soweit getrieben werden dürfe, daß die Verfassung in Frage gestellt oder verletzt würde.

Und dennoch nahmen die Dinge diesen verhängnißvollen Gang. Einen Augenblick zwar schien es, als ob noch in der eilften Stunde die Regierung den Weg der Verständigung betreten wolle. Am 17. September erklärte der Kriegsminister, daß die Regierung unter Umständen für das Jahr 1863 sich die zweijährige Dienstzeit gefallen lassen werde. Schon am folgenden Tage indeß wurde diese Erklärung wieder wegerklärt, und die Folge war, daß mit ungeheurer Majorität die für die Aufrechterhaltung der Reform erforderlichen Millionen gestrichen wurden. Zum zweiten Male war ein Ministerwechsel nothwendig geworden. Herrn v. d. Heydt traf jetzt dasselbe Schicksal, das er vor wenigen Monaten seinen liberalen Collegen bereitet hatte. Die Kreuzzeitungspartei hatte gesiegt; zugleich mit dem Finanzminister, der demnächst durch Herrn von Bodelschwingh ersetzt wurde, trat der Fürst von Hohenlohe, auch der bisherige Handelsminister zurück; die interimistische, bald auch nominelle Leitung des Ministeriums aber wurde Herrn

von Bismarck, der zuletzt Gesandter in Paris gewesen war, anvertraut.

Noch ehe sich dieser Wechsel vollzog, noch während der schwebenden Krisis, als in den letzten Tagen vor der parlamentarischen Entscheidung das Ministerium sich in zwei Parteien gespalten hatte, die mit einander rangen, hatte Duncker Alles, was in seinen Kräften stand, gethan, um durch den Kronprinzen auf einen Ausgleich hinzuarbeiten. Der König, so führt er noch am 20. September aus, kann nicht wollen, daß eine Kammermehrheit zum zweiten Male das Ministerium stürze und ihn dadurch in die Bahn des Rückschritts dränge; er kann nicht wollen, daß man ihn in Verfassungsumgehungen verwickele, und daß das Land ihn mit der Kreuzzeitungspartei identificire; er kann nicht um der dreijährigen Dienstzeit und einer vielleicht besseren Rüstung willen den Staat und die Stellung der Dynastie gefährden und es darauf ankommen lassen wollen, daß das Gewicht Preußens in Deutschland und Europa wer weiß auf wie lange aufgehoben werde. Auf Grund aller dieser Erwägungen soll der Kronprinz nach Dunckers Meinung Seine Majestät zur Einwilligung in die — von dem Kriegsminister ja nur eben erst für bedingter Weise annehmbar erklärte — zweijährige Dienstzeit und damit zur Beibehaltung des Ministeriums zu bewegen suchen, — soll in diesen Bemühungen soweit gehen, als es irgend die von dem Könige damals ernstlich aufgeworfene Frage der Abdankung zulasse. Vielleicht auch könnte er Seiner Majestät die Berufung eines besonderen Staatsrathes von Männern empfehlen, deren Einsicht und Patriotismus der König vertraute und deren Rath er in dieser schwierigen Lage zu hören hätte.

So waren die Vorschläge und Einwirkungsversuche Dunckers: eine vollständige Liste von Notabeln hatte er diesem letzten Vorschlage hinzugefügt. Zugleich indeß wendet er sich dem Fall, dem leider wahrscheinlicheren Fall des hartnäckigen Verweigerns jeder Concession, dem Gedanken der Einsetzung eines neuen mehr oder minder retrograden Ministeriums zu. Hatte er doch den Eintritt Bismarcks immer schon kommen sehen: auch jetzt natürlich, ja jetzt erst recht weiß er keinen anderen Namen für das auswärtige Amt, „da," so sagt er, „die obschwebende Krisis im Innern, die

Krisis des Zollvereins, die Frage der deutschen Reform, die Lage Europas jedenfalls einen Mann von großen persönlichen Mitteln verlangt". Die Zuversicht freilich, mit der er vorlängst einer solchen Wahl entgegengesehen und das Wort geredet hatte, konnte er im gegenwärtigen Augenblicke nicht aufbringen. Die Dinge hatten sich unnatürlich, gefährlich verschoben, das Frühere war zum Späteren, das Nachher zum Vorher geworden. „Eine zum Schlagen bereite auswärtige Politik hätte früher die Organisation durchgebracht: jetzt wird man sagen, es soll ein Krieg vom Zaune gebrochen werden, um die dreijährige Dienstzeit zu machen."

Der Kronprinz befand sich in Reinhardsbrunn, als Duncker ihm die erfolgte Ernennung Bismarcks in einem auf alles Einzelne des betreffenden Vorganges eingehenden, die ganze Situation klarlegenden Berichte zu melden hatte. Früher als Duncker gewünscht hätte hatte der hohe Herr diesmal den Versuch einer Einwirkung auf die Entschließungen seines königlichen Vaters aufgegeben. Die Drohung des Letzteren, eher abzudanken als nachzugeben, entwaffnete ihn, und überdies gab es andere Rathgeber, welche die Ansicht vertraten, daß er, wie die Dinge und Personen wären, zu unhaltbaren Compromissen versucht werden, durch seine Gegenwart und Einmischung compromittirt werden könne. So dachte der Secretär der Kronprinzessin, der jüngere Stockmar; so dachte Samwer. Die Meinung dieser Männer war, daß, nachdem die Sachen sich so scharf zugespitzt, Alles darauf ankomme, daß in dem Kronprinzen für Preußen eine unabgenutzte Kraft und ein vom Parteistreit unberührter Name erhalten werde. Je ferner derselbe in der nächsten Zeit von dem Herde der Ereignisse sich halte, desto besser werde es sein. Der Kronprinz selbst hatte offenbar solchen Vorstellungen Gehör geschenkt. Während er seinem getreuen Berichterstatter in den lebhaftesten Ausdrücken dankt, spricht er zugleich die Ansicht aus, daß nach der eingetretenen schlimmen Wendung die nächsten Wochen oder Monate nichts von besonderer Bedeutung bringen würden. Freigebig und herzlich bietet er ihm einen längeren Urlaub an; auch er selbst ist im Begriffe, sich zu beurlauben; am 5. October will er eine große Reise antreten, die ihn unter Anderem nach Florenz und Venedig

führen wird, und zwar reist er als Gast des Prinzen von Wales auf einem englischen Schiffe.

Duncker war nicht der Meinung, daß die nächsten Monate nichts von Bedeutung bringen könnten. Die längere und weitere Entfernung des Kronprinzen, die Reise auf einem englischen Schiffe freute ihn nicht, und gegen die beiden Gothaer Freunde verhehlte er nicht seine abweichende Auffassung. Er hielt dafür, daß dem Thronfolger die wichtige Aufgabe bleibe, einen Verfassungsbruch zu verhüten. „Ich kann mich," schreibt er sehr bezeichnend, „nicht auf den theoretischen Standpunkt stellen, daß die Dinge ihren Lauf haben müssen, daß der Durchgang durch ein Kreuzzeitungsministerium und durch den Verfassungsbruch gemacht werden müßte; mir scheint hierdurch die Domäne des Kronprinzen sehr stark beschädigt zu werden." Gewiß sei es wünschenswerth, den Kronprinzen möglichst wenig in den Streit der Parteien zu verwickeln, allein eine ernste Frage an den König oder an Herrn von Bismarck, wie das neue Ministerium sich zur Verfassung zu stellen denke, würde jenen nicht compromittirt haben; sich den Verfassungsbruch zu verbitten, habe derselbe sowohl das Recht wie die Pflicht. Er wünschte, wenn doch der Entschluß der italienischen Reise unveränderlich feststehe, daß sie nicht angetreten werden möchte, ohne daß sich hierüber der Kronprinz zuvor irgendwie gegen den König ausgesprochen habe. Der Prinz begab sich noch vor dem Antritt der großen Reise nach Baden, wohin auch der König gegangen war. Es darf wohl angenommen werden, daß er, Abschied nehmend, ein mündliches Vermächtniß der Art, wie Duncker wünschte, zurückgelassen haben wird.

Dieser aber konnte die Befreiung von regelmäßigem Dienst, die ihm die Entfernung seines Herrn verschaffte, sich im persönlichen Interesse wohl gefallen lassen. Die Sorgen und Spannungen aller dieser Monate seit Anfang des Jahres und die damit verbundenen Arbeiten waren groß gewesen. Nicht als ob er es nicht verstanden hätte, sich neben dem öffentlichen auch ein Privatleben zu schaffen. Dem eigenen Bedürfniß eines ungezwungenen und gemüthlichen Verkehrs, das sich neben seinen Beziehungen zu den hohen Herrschaften doppelt stark geltend machte, kam die bescheidene Wirthlichkeit, die Kunst geistigerer Geselligkeit

entgegen, die seine Gattin anmuthig zu üben wußte. In diesem edleren Sinne machten Duncker's ein Haus. Ein kleiner, aber innerlich zusammengehörender Freundeskreis hatte sich zusammengefunden, in welchem das politische Interesse an den Tagesbegebenheiten doch nicht so ausschließlich herrschte, daß man darüber die Dinge, die im Außen- und Innenleben sich sonst begaben und die, die sich ewig begeben, vergessen hätte. Es waren Stunden andächtigen Genusses, in denen man auf Anlaß des bevorstehenden Dantejubiläums Dantes wunderbares Gedicht durch Droysens meisterhaften Vortrag sich vergegenwärtigte. Neben dem Verkehr mit den Familien Droysen, Beseler, Geffken führte der Landtag die Saucken-Julienfelde, Sänger, Simson, Dyhrn, Bürgers heran. Dann spülte freilich die Politik jedes andere Gesprächsthema hinweg, aber es waren doch wesentlich gleiche Anschauungen, die man austauschte, und man stritt nur, weil man, wenngleich verschieden gestimmt, im Ziel und in der Gesinnung einig war. Auch Mathys Sorge, der Freund könne durch die Pflichten seines anstrengenden Dienstes aller wissenschaftlichen Muße beraubt werden, ja gar in geheimräthliche Befangenheit und Einseitigkeit gerathen, war ungegründet. Vor Letzterem schützte ihn sein politischer und patriotischer Idealismus, die freien und weiten Gesichtspunkte, über die er eher die zurückhaltende Klugheit des Beamten hintanzustellen, als sie Formen und Rücksichten zu opfern in Gefahr war. Wissenschaftliche Muße war freilich nur durch die wirthschaftlichste Eintheilung der Zeit zu erobern; wenn er sie erobert hatte — wie er denn in dieser Absicht, den Kronprinzen im Juni nach England zu begleiten, abgelehnt hatte —, so fehlte es ihm an Sammlung nicht; er brachte seine vergnügtesten Stunden im alten Assur und Aegypten zu und war so im Stande, in diesem und dem nächsten Jahre eine dritte Auflage seines Ersten Bandes des Alterthums fertig zu schaffen.

Die politischen wie die gelehrten Arbeiten waren zu alledem von Sorgen ganz anderer Art gekreuzt. Wie im vorigen Jahre Greifswald, so war in diesem Halle der Schauplatz herber Familiennöthe. In der Pflege eines an ein schmerzliches Krankenlager Monate lang gefesselten Vaters rieb sich, noch schwer von ihren eigenen Erlebnissen gebeugt, leidend und mitleidend Frau von

Mühlenfels auf. Zu ihrer Unterstützung und Ablösung mußte Duncker, erst vorübergehend, dann dauernder deren Schwester nach Halle entlassen und sich so der lieben Gehülfin und Gefährtin, auf der sein ganzes häusliches Behagen beruhte, berauben. Einsam hatte er die schlimmsten politischen Wirren und Umschläge zu durchleben, zwischendurch Besuche in Halle zu machen und die Schwägerin, deren Gesundheitszustand das Aeußerste befürchten ließ, entschlossen eingreifend, nach Ems zu entführen. Das Ungemach hatte im März mit dem Tode des nachgeborenen kleinen Mühlenfels begonnen; es steigerte sich durch die schwere Erkrankung des alten Gutike im Mai, und erst in den letzten Tagen des Juli war dessen Genesung soweit vorgeschritten, daß Charlotte zu ihrem Manne zurückkehren konnte. Sie hatte die Erholung sich redlich mitverdient, die endlich beide, nachdem auch die Politik es gestattete, auf einer Reise suchten, deren Ziel diesmal die französische Schweiz war.

Duncker befand sich bereits unterwegs, als in Berlin die denkwürdigen Verhandlungen in beiden Häusern des Landtages stattfanden, die durch die Erklärung des Ministeriums über die Unausführbarkeit der das Budget von 1862 betreffenden Beschlüsse und durch die Zurückziehung des Etats von 1863 hervorgerufen wurden. Einmüthig hatten sich alle liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses gegen die von Herrn von Bismarck vertretene Auffassung erhoben, daß, wenn das Haus ein unannehmbares Budget votire, welches das Herrenhaus und die Krone verwerfe, der König — da hier die Verfassung eine Lücke habe — die nicht bewilligten Ausgaben um der nothwendigen Fortexistenz des Staates wegen dennoch zu verfügen berechtigt sei. Das Herrenhaus hatte sofort diese Gelegenheit eifrig ergriffen, durch scrupellose Unterstützung der Regierung seine Unentbehrlichkeit fühlen zu lassen und seine Macht zu erweitern. Es war noch über die von der Regierung eingehaltene Linie hinausgegangen und hatte, indem es nicht bloß den Etat für 1862 in der Fassung des Abgeordnetenhauses verwarf, sondern ihn in der Fassung der Regierungsvorlage annahm, einen offenbar verfassungswidrigen Beschluß gefaßt. Es war am 13. October dem Volkshause gelungen, diesem Beschlusse des ersten Hauses einen einstimmigen Protest entgegenzusetzen, noch

ehe der Schluß des Landtages hatte ausgesprochen werden können. Der Schluß; denn es war die Absicht des neuen Ministerpräsidenten, das Gefecht abzubrechen, damit es sich nicht noch mehr erhitze. Der Kampf vielmehr war aus der Landesvertretung in das Land hinausgetragen. Denn nun brach jener Sturm von Loyalitätsdeputationen los, dem gegenüber die ungeheure Mehrheit des Volkes sich mit nicht minder lauten Kundgebungen für seine Vertreter und für das verletzte Verfassungsrecht erklärte.

Höchst unerfreulicher, tief betrübender Zustand! Auch Duncker empfand ihn als einen solchen, nur daß er ihn nicht für einen verzweifelten ansehen mochte. Keinen Augenblick verließ ihn der Glaube an die Bestimmung Preußens; er theilte die Ansicht seines alten Freundes Stockmar, den er auf der Rückreise aus der Schweiz in Coburg sprach, daß Preußens Untergang nicht in den Sternen geschrieben stehen könne. Immer gewohnt und geneigt, seinen Blick über die innere Lage hinaus auf die Rechts- und Machtfragen zu richten, die Preußen nach außen hin zu lösen habe, hatte er, trotz Allem, zu Bismarck, der seit dem 9. October als Nachfolger Bernstorffs auch das auswärtige Amt übernommen hatte, ein Vertrauen, das ihm auch den in der inneren Politik einzuschlagenden Gang hoffnungsreicher erscheinen ließ als den meisten seiner Parteigenossen. Eine erste Aussprache, die er mit dem gefürchteten Manne gehabt hatte, scheint ihm die günstigsten Eindrücke gegeben zu haben. Wie sollte er sich die Gelegenheit entgehen lassen, den großen Interessen Preußens jeden möglichen positiven Dienst zu leisten! Gleich von Karlsruhe, wo er auf der Reise nach der Schweiz Rast machte, richtet er am 5. October einen Bericht an Bismarck über eine Unterredung mit Herrn von Roggenbach, betreffend die dänischen Dinge und die räthlichste Methode, dieselben anzufassen. Im November ist es die Braunschweigische Erbfolgefrage, für deren juristische Klarlegung er, von Droysen berathen, dem Minister Vorschläge macht. Ein noch bedeutsameres Votum endlich durfte er demselben im December vorlegen.

Die österreichische Regierung nämlich hatte gleichzeitig mit ihrer Bekämpfung der handelspolitischen Hegemonie Preußens einen neuen Schritt gethan, um jedenfalls auf dem Gebiete der politischen Reform des Bundes Preußen einen Vorsprung abzu-

gewinnen. Am 14. August 1862 hatte sie in Gemeinschaft mit ihren Getreuen den Antrag auf Berufung einer aus den einzelnen deutschen Kammern zu bildenden Zusammenkunft von Delegirten an den Bund gebracht, die zunächst über Civilproceß- und Obligationsrecht zu berathen haben sollte. Am 18. December hatte der Berichterstatter dem Ausschuß die Annahme dieses Antrages empfohlen, und am 22. Januar 1863 sollte über denselben abgestimmt werden, wobei die Gegner Preußens — irrthümlich, wie die Folge zeigte — auf eine Majorität mit 9 bis 10 Stimmen rechneten. Hierauf nun bezog sich das Dunckersche Votum. Es führt aus, daß die Lage der Zollvereinsangelegenheiten die natürliche Basis zu einem sehr wirksamen Gegenzuge biete. Sofortige Kündigung des Zollvereins an diejenigen Staaten, die bisher dem Handelsvertrage mit Frankreich ihre Zustimmung versagt hatten, und gleichzeitige Aufforderung an die zustimmenden Staaten, behufs Berathung über die Organisation eines neuen Zollvereins, Bevollmächtigte nach Berlin zu entsenden. Also Sonderbund gegen Sonderbund, ein Appell an die wirthschaftlichen und industriellen Interessen der Bevölkerungen mit dem Hintergrunde einer den Werth jener Delegirtenversammlung überbietenden parlamentarischen Einrichtung der neuen Zollunion, über deren etwaige Gestaltung dem Votum ein ausführlicher Entwurf beigefügt war.

Duncker erwähnt dieser Arbeit gegen den Kronprinzen, als er ihm am 11. December im Auftrage Bismarcks eine Bitte vorzutragen hat. Eben jetzt, wo es sich am Bundestage um das österreichisch-würzburgische Delegirtenproject handelte, hatte Bismarck jene Gespräche mit dem österreichischen Gesandten Karolyi in Berlin, in denen er demselben jeden Zweifel über die künftige Haltung Preußens benahm. Bismarck habe — so verständigte Duncker den Kronprinzen — dem österreichischen Kabinet nicht verhehlt, daß, wenn dasselbe sich, für den Fall eines französischen Angriffs, auf ein Bündniß Preußens mit Oesterreich Rechnung mache, diese Rechnung falsch sei. Bündnisse ließen sich nur auf gleiche Bedingungen schließen. Oesterreich müsse die in Preußens Machtsphäre gelegenen Staaten an Preußen weisen, statt den Widerstand, beispielsweise Hannovers, gegen Preußen zu ermuthigen. Preußen sei zu Gleichem bereit. Anderenfalls sei Oesterreich für

dieſes ebenſo gut Ausland wie Frankreich; man werde ſich durch keine Sentimentalität abhalten laſſen, die Intereſſen Preußens gegen Oeſterreich nöthigenfalls und nach Lage der Umſtände auch mittelſt eines offenen Krieges zu verfolgen. Die Bitte aber, welche Duncker dem Kronprinzen zu übermitteln hatte, ging dahin, daß derſelbe bei ſeinem Beſuche in Wien, wenn Wien doch beſucht werden ſolle, jedenfalls ſein für die ganze Reiſe angenommenes Incognito wahren und nicht in der Hofburg wohnen möge, da man vorausſichtlich in Wien Alles daran ſetzen werde, die Anweſenheit des Kronprinzen politiſch auszubeuten.

Wie gern übernahm Duncker einen derartigen Auftrag! Der neue Miniſter des Auswärtigen hatte überdies an einer anderen Stelle bereits gezeigt, daß er zuzugreifen und geſchickt zuzugreifen verſtehe. Als der Kurfürſt von Heſſen von Neuem mit ſeinen Ständen zu hadern anfing, indem er deren Rechtsbeſtändigkeit beſtritt, als er darauf den dagegen proteſtirenden Landtag vertagte, ſein Miniſterium wieder entließ, da hatte Herr von Bismarck am 24. November dem Kurfürſten in ſehr kategoriſcher Weiſe Zwangsmaßregeln angekündigt und hatte ihn durch die Drohung einer Verſtändigung mit ſeinen Agnaten dergeſtalt in die Enge getrieben, daß der Kurfürſt ſich unverweilt fügte, Stände und Miniſterium wieder berief und ſich verfaſſungsmäßig zu regieren bequemte. Hier alſo hatte Preußen endlich nun einen Erfolg ſtatt der früheren Schlappen oder halben Erfolge davongetragen. Duncker aber glaubte zu wiſſen — ſo ſchreibt er in dem Berichte, den er am 15. December dem Kronprinzen kurz vor deſſen Heimkehr entgegenſandte —, daß das raſche Nachgeben des Kurfürſten auf die ihm durch einen einfachen Feldjäger überbrachte Note nicht bloß gegen Bismarcks Erwarten, ſondern auch gegen deſſen Wunſch geweſen ſei.

Sowohl der eben erwähnte Bericht, der bereits wieder in Berlin, wie ein früherer vom 25. November, der in Halle geſchrieben wurde, — beide laſſen deutlich erkennen, daß der Berichterſtatter trotz des im Innern eingetretenen ſchweren Conflicts nichts weniger als ſchwarz ſah. Zu beſtimmt hatte er die von der altliberalen Partei begangenen Fehler erkannt, zu ſcharf ſtand er von Anfang an im Gegenſatz zu der Fortſchrittspartei, als daß er das leidenſchaftliche Pathos, mit welchem nach der letzten Kataſtrophe

beide Parteien von nichts als Verfassungsverletzung sprachen und nichts als weitere Katastrophen prophezeiten, hätte theilen sollen. Er glaubte zu finden, daß die Mehrheit des Landes, die weder feudal noch fortschrittlich sei, sich nach einer verständigen Ausgleichung sehne, und daß revolutionäre Bewegungen in keiner Weise in Sicht seien. „Verfolgt das Ministerium seinerseits einen festen Plan in der inneren wie in der auswärtigen Politik, kommt man der nächsten Kammer mit den erforderlichen Zugeständnissen entgegen, so können sich die Dinge zum Guten wenden." Er glaubt an die Möglichkeit und Absicht solcher Zugeständnisse und erblickt in dem soeben erfolgten Eintritt des Grafen Eulenburg in das Ministerium des Innern eine Art Bürgschaft dafür. „Im Verein mit Herrn von Bismarck und Herrn von Roon wird Graf Eulenburg zuverlässig auf Maßregeln hinwirken, welche den Conflict zu lösen geeignet sind, und damit das Complement zu denjenigen Maßregeln geben, durch welche das Ministerium sich bisher bemüht hat, die Disciplin im Beamtenstande wieder herzustellen und den Ausschreitungen der Presse entgegenzutreten; wenn es hiermit seine Aufgabe, ein Ministerium des Widerstandes zu sein, erfüllt, so wird es darüber nicht vergessen, daß dies nur der kleinere und leichtere Theil seiner Aufgabe ist." Noch einmal, nachdem er mit Vorliebe bei den günstigen Zeichen der auswärtigen Politik verweilt hat, kommt er gegen den Schluß seines Situationsberichtes vom 15. December auf die große innere Frage zu sprechen. Wohl vergegenwärtigt er sich neben dem möglichen guten auch den möglichen schlimmen Ausgang, daß die feudale Partei siegen und es zum völligen Bruch treiben könnte, um durch Octroyirungen eine ständische Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses wieder herbeizuführen; aber die günstigen Anzeichen, glaubte er, seien überwiegend, und die Stimmung des Königs nicht der Art, daß die Hofpartei Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Die weiteren Ereignisse indeß schienen diese immer so leicht dem besseren Ausgang sich zuwendende Auffassung Lügen strafen zu sollen. Der Mitte Januar 1863 wieder zusammengetretene Landtag zeigte sogleich bei seiner Eröffnung, daß an eine Lösung des schweren Streites durch gegenseitige Zugeständnisse nicht zu denken sei. Die von dem Abgeordnetenhause nach erregten De-

batten angenommene Adresse bezeichnete die budgetlose Regierung als eine bereits eingetretene Verfassungsverletzung und richtete sich thatsächlich auch gegen die Krone, indem sie diese von ihren verderblichen Rathgebern zu unterscheiden sich den Anschein gab. Die königliche Antwort war sowohl nach ihrem Inhalte wie nach der Form, in der sie am 3. Februar gegeben wurde, eine einfache Zurückweisung des von dem Hause eingenommenen Standpunktes: der König deckte seine Minister und wies die Verantwortung für den eingetretenen Nothzustand denjenigen zu, die die Mittel für die nothwendige Reorganisation der Armee verweigert hatten. Duncker hatte bis auf den letzten Augenblick eine andere, entgegenkommendere Antwort für möglich und angezeigt gehalten. Nun fing doch auch er an, trüber zu sehen; er klagte, daß die fünfzigjährige Jubelfeier der Befreiungskriege, indem sie zu Vergleichungen zwischen dem, was damals geschehen, und dem, was jetzt erreicht sei, herausfordere, die der Regierung feindselige Stimmung im Lande nur steigern werde. Und nun drohte auch die Karte, auf die er immer am meisten gerechnet hatte, zu versagen — auch die Hoffnung auf eine nahe Lösung des Zerwürfnisses durch eine nationale auswärtige Politik drohte ihm zu entschwinden.

In Polen nämlich war die Insurrection ausgebrochen. Am 8. Februar hatte Bismarck jenen Vertrag mit Rußland abgeschlossen, welcher, unter der Zusage gegenseitiger Hülfsleistung, russischen Truppen unter Umständen die Verfolgung polnischer Insurgenten auf preußischem Boden gestattete. Es war ein durch die Gefahren, mit denen jede Verselbständigung Polens Preußen bedrohte, wohlberechtigter Schritt, ein Schritt, der in glücklicher Voraussicht des Kommenden, im Hinblick auf die Preußen für seine deutsche Politik gestellten Aufgaben die Freundschaft Rußlands zu sichern bestimmt war. Er stellte sich fürs Erste auch Duncker's Augen in einem anderen Lichte dar und machte ihn an den Absichten Bismarcks irre. Verächtlich freilich dünkte ihn die kannegießernde Weisheit, die bei dieser Gelegenheit im Abgeordnetenhause sich breit machte, und die kindische Polenschwärmerei, die sich an dem Haß gegen Bismarck entzündete, weckte seinen ganzen preußischen Patriotismus. Der ehrenrührige Ton, in welchem Lord John sich bei diesem Anlaß über die Bismarck'sche Politik äußerte, machte ihn knirschen;

er bat den, Anfang März in England weilenden Kronprinzen, den Engländern gegenüber in keinem Falle den Vertrag vom 8. Februar preiszugeben, und ihnen zu sagen, daß sie es Preußen selbst überlassen könnten, seine Ehre zu wahren. Das Festhalten an dem einmal geschlossenen Vertrage, Verständigung mit Oesterreich über die von Rußland den Polen zu gewährenden Concessionen, verbunden mit der Bemühung, England von seiner übertrieben polenfreundlichen Haltung abzubringen, um so zu Dreien der aufwieglerischen Politik Louis Napoleons entgegenzutreten — das war der Standpunkt, den er in dieser Frage vertrat und den er namentlich in einer für den Kronprinzen entworfenen, vom 6. Mai datirten, Antwort an einen englischen Staatsmann ausführlich entwickelte. Aber der Februar-Vertrag selbst, dessen Wortlaut auch er nicht kannte, schien in ganz anderem Sinne geschlossen. Bismarck hatte damit sich scharf zu Gunsten Rußlands gegen die Polen erklärt. Duncker fürchtete, daß sich Preußen durch solche „Etourderien für Rußland" gegen Frankreich, Oesterreich und England isoliren könne. Jener Vertrag, meinte er, sei uns nicht durch die Nothlage Rußlands abgedrungen, sondern ihm von uns entgegengetragen; er steigere die französisch-englischen Sympathien für die Polen, und in unserem eigenen Lande werde er unvermeidlich als ein Erfolg der reactionären, allezeit mit dem russischen Despotismus liebäugelnden Junkerpartei aufgefaßt. Geradezu als „subaltern" bezeichnet er die Maßregel; selbst die directe Intervention, die den Vortheil gehabt hätte, die Sache rasch zu beenden, würde er, trotz der dann sicher sich gegen uns kehrenden Feindschaft Frankreichs, dem „kleinen Polizeidienst für Rußland" vorgezogen haben.

Soviel ist gewiß, die Unpopularität des Ministeriums Bismarck, der Widerstand gegen die Verstärkung unserer Wehrkraft konnte durch nichts so verschärft werden als durch jene Convention, die mit einem Male alle sonstigen in nationaler Richtung von dem neuen Minister des Auswärtigen ausgespielten Trümpfe in ganz anderem Lichte, als junkerhafte Prahlereien oder Verwegenheiten, ohne den Zusammenhang eines großen Gedankens, erscheinen ließ. Man glaubte fortan — so sehr beherrschte der Parteistandpunkt das Urtheil — einer ebenso gewissenlosen wie unfähigen Verwaltung gegenüberzustehen. Alle von der Regierung eingebrachten

Gesetzentwürfe, das Budgetgesetz und die Militärnovelle, waren von vornherein aussichtslos und dienten nur dazu, zu zeigen, daß es zwischen dem Hause und der Regierung kein Band, keine Möglichkeit eines sachlichen Zusammenwirkens mehr gebe. Die Erbitterung, welche von der einen Seite, die Geringschätzung, welche von der anderen in die Verhandlungen getragen wurde, ließen ein Ende mit Schrecken erwarten. Und welches würde dieses Ende sein? Steuerte man, da doch an Nachgiebigkeit von keiner Seite zu denken war, der Revolution zu? würde es zur Abdankung kommen? oder glaubte die Regierung sich mit Octroyirungen helfen zu können? Alle diese Vorstellungen lagen in der Luft; die Demokraten sowohl wie die Conservativen sahen diese Schreckbilder. Auch dem Kronprinzen wurden sie vor Augen gehalten. Er wurde mit Briefen und Denkschriften bestürmt; man warb um ihn aus dem Lager des Fortschritts, man beschwor ihn aus dem entgegengesetzten Lager, daß er den Thron durch Umkehr zu den Feudalen rette. Solche Zudringlichkeiten indeß waren ihm fürs Erste nicht gefährlich: noch hatte sein officieller Rathgeber so viel Einfluß auf ihn, daß er diese Anschreiben, auch die der ihm näher stehenden Oppositionspartei, mit kühlen Empfangsschreiben, in geeigneten Fällen mit deutlichem Abwinken beantworten ließ.

Wie nun der Streit der beiden feindlichen Gewalten im Landtage zum Zanke, der Zank zum Bruche wurde, braucht hier nur kurz in Erinnerung gerufen zu werden. Während der am 7. Mai begonnenen aussichtslosen Debatte über das neue Wehrgesetz wurde eine Geschäftsordnungsfrage zu einer Principienfrage aufgebauscht. Es war die Frage über die Grenzen des Rechts des Präsidenten gegenüber der Redefreiheit der Minister, die von den Letzteren benutzt wurde, alle Beziehungen zu dem Hause abzubrechen. Darauf eine über den vorliegenden Streitpunkt weit hinausgehende Adresse an den König, welche unter gehäuften Anklagen gegen die Minister in die Erklärung auslief, daß nur ein Wechsel der Personen und des Systems die Einigkeit zwischen Fürst und Volk wiederherstellen könne. Scharf wies die königliche Antwort die erhobenen Beschuldigungen zurück, um dagegen die Haltung des Hauses einer eingehenden Kritik zu unterwerfen und der Forderung eines Systemwechsels gegenüber das Recht des

Königs zur freien Wahl seiner Rathgeber nachdrücklich zu betonen. Eine zweite königliche Botschaft verkündete die Schließung des Landtages; das Haus ging auseinander, nachdem der Präsident Grabow mit dem Ausdrucke des Vertrauens, daß das Land allen Octroyirungen gegenüber fest zur Verfassung und zu seinen Vertretern stehen werde, das letzte Wort behalten hatte.

Eine doppelte Aufgabe war während dieser kritischen Maitage dem liberalen Patrioten, dem Rathgeber des Thronfolgers gestellt. Einzig durch sein Verhältniß zu diesem war ihm noch ein Mittel gegeben, das über den Staat hereinbrechende Unheil abzuwehren oder zu mindern. Er glaubte, indem er hierauf ausging, zugleich den persönlichen Interessen, der gegenwärtigen und künftigen Stellung des Kronprinzen am besten zu dienen. In fast täglichen Berichten, den Hergängen im Abgeordnetenhause folgend, entwickelt er zunächst, wie Alles gegen eine etwa geplante, aus entgegengesetzten Gründen von der äußersten Linken wie von der äußersten Rechten gewünschte Auflösung des Hauses spreche. Hieran zuerst knüpft er die Bitte, daß der Kronprinz den König warne, den immer dringender wiederholten, immer eingehender motivirten Rath, daß er aus seiner Reserve heraustreten möge, welche lediglich Verzicht auf Einfluß sei. Die Wärme, mit der dieser Rath gegeben und vertheidigt wird, läßt deutlich erkennen, daß er entgegenstehende Anschauungen und Stimmungen zu bekämpfen, daß er Einflüsterungen entgegenzuarbeiten hat, die den Kronprinzen zu einer rein negativen Haltung zu bestimmen suchten, damit der Irrthum im Lande nicht aufkomme, daß eine künftige Regierung der gegenwärtigen irgendwie gleichen werde. Er darf sich darauf berufen, daß er Zurückhaltung stets für die Momente des anhaltenden Gefechtes, Eingreifen für die des entscheidenden empfohlen habe. Er erinnert daran, daß er von eben diesem Gesichtspunkte aus im September des vorigen Jahres gebeten habe, die Wiederabreise von Berlin zu verschieben und durch Befürwortung der Verständigung auf Grund der zweijährigen Dienstzeit das Eintreten Bismarcks mit dem Programm der budgetlosen Regierung womöglich zu verhindern. Er führt aus, daß Zurückhaltung in Momenten der Entscheidung nur Sinn habe, wenn man beabsichtige, die Dinge zum Schlimmsten gelangen zu lassen. „Eine Reserve aus Pessi-

mismus haben Ew. Königliche Hoheit niemals beabsichtigen können und niemals beabsichtigt." Mit diesen Worten beginnt eine köstliche Auslassung gegen „die Selbstüberhebung der modernen Reflexion", die dem Menschen jene Rechnung auf das Schlimmere gestatten wolle, weil die Geschichte oft den Umweg durch das Ueble zum Guten nehme. Der ethische Hintergrund der politischen Anschauungen dieses Mannes wird sichtbar; er hält mit seinen besten Ueberzeugungen nicht zurück, auch auf die Gefahr hin, daß der trockene Ton mißfalle, daß seine Lehrhaftigkeit unbequem werden könne. Schon ist er wieder ganz bei rein praktischen Erwägungen. Auch der Zweck, der persönliche Zweck, den die Zurückhaltung haben könnte, vor der öffentlichen Meinung an bedenklichen Schritten nicht mitbetheiligt zu erscheinen, sei illusorisch. Auch Schweigen könne als Zustimmung gedeutet werden. Protest einlegen, nachdem das Aeußerste bereits geschehen, könne wohl Popularität eintragen, verfehle aber den Zweck, den Staat vor Schädigung, den König vor verhängnißvollen Schritten zu bewahren. Fortgesetzte Reserve sei aber auch gegen die eigenen Interessen des Kronprinzen. Er könnte den Staat in zerrütteter Lage überkommen und würde dann die Consequenzen des Geschehenen auf sich nehmen müssen. Nicht einmal durchführbar endlich sei der Grundsatz der Nichtbetheiligung. Alle Beziehung zu den Ministern zu vermeiden könne unmöglich werden, in dem Falle z. B. wenn in Folge einer Erkrankung des Königs Stellvertretung nothwendig würde; der Regent würde dann mit den vorgefundenen Ministern regieren müssen, und er werde das können, ohne für deren Gesinnungsgenossen zu gelten, so gut wie Prinz Wilhelm es mit Manteuffel gekonnt habe. So spricht nach Dunckers Meinung Alles gegen die unbedingte Nichteinmischung. Das Eintreten dagegen — bestehe es nun in der Ankündigung einer Verwahrung oder in positiven Rathschlägen — ist einfach gegebene Pflicht. Es lehnt, auch wenn es erfolglos bleibt, die Verantwortung ab; es bereitet den Protest, wenn er nothwendig werden sollte, in loyaler Weise vor; es hat den Segen, der keiner mühevollen Pflichterfüllung fehlt: Erfahrung zu geben, die eigene Kraft zu stärken, das Bewußtsein zurückzulassen, daß nichts versäumt worden sei, was die Gefahr hätte wenden können.

Wenige Tage später, und die Lage war durch die Art der Schließung des Landtages noch ernster geworden. Duncker fand, daß die groben Fehler der Adresse in der königlichen Botschaft geschickt benutzt seien, aber er bezeichnete letztere zugleich als „einen Schritt weiter im System der Minister, jedem Angriffe auf sie selbst die Person des Königs entgegenzuhalten"; er sah darin, daß die Verhandlungen abgebrochen, das Budget der Berathung entzogen war, eine Fortsetzung und Steigerung des unverfassungsmäßigen Zustandes. „Die nächsten Tage," so fährt er in dem betreffenden Schreiben an den Kronprinzen fort, „können gleichzeitig mit Manifestationen für die Abgeordneten weitere Ereignisse bringen. Darum möchte ich den Moment gekommen erachten, in welchem Ew. Königliche Hoheit einzig wirksame Verwahrung einlegen könnten durch Ankündigung, daß dieselbe in gegebenem Falle eintreten werde." Das, meint er, sei der gewiesene Weg, falschen Deutungen zu begegnen. Durch die Presse, so fügt er mit Bezug auf zwei von der Kölnischen Zeitung gebrachte Andeutungen über die oppositionelle Richtung des Kronprinzen hinzu, dürften dieselben nicht zu heben sein. „Dieser versteckte Krieg ist gegen die Würde Ew. Königlichen Hoheit."

Der in diesen Mahnungen sich aussprechende optimistische Standpunkt wurde jedoch von dem, an den sie sich richteten, nicht getheilt. Gewiß, der Dunckersche Appell an das Gefühl pflichtmäßiger Verantwortlichkeit fand auch in des Kronprinzen Seele ein lebhaftes Echo; auch er sah mit tiefem Ernste die sich immer heilloser gestaltende Lage des Staates: aber sie zu ändern fühlte er sich weder berufen noch aufgelegt, und es fehlte ihm nicht an Gründen, seine Passivität als das praktischere und politischere Verhalten zu vertheidigen. An demselben 27. Mai, noch ehe er den von diesem Tage datirten letzten Bericht Dunckers erhalten hatte, beantwortete er dessen vorangegangene Aufforderungen zu activem Eingreifen in einem ausführlichen Briefe, der, nach herzlicher Anerkennung der treuen Meinung seines Rathgebers und der offenen Rückhaltlosigkeit von dessen Sprache, seine abweichende Auffassung darlegt:

„Eine Warnung," so heißt es in dem Briefe, „würde unter anderen Umständen vielleicht nützen können oder Unheil abwenden.

Gegenwärtig halte ich solches Verfahren für erfolglos, weil nach feststehenden Principien und gewissermaßen logisch consequent verfahren wird. Se. Majestät glaubt mit dem gegenwärtigen Verfahren dem Andrängen der Demokratie einen Damm entgegenstellen zu können, ohne die Verfassung zu verletzen. Das Ministerium thut so, als ob es diese Absicht für ausführbar mit den bisherigen Maßregeln ansähe. So steht es bis heute — den 27. Mai. Was für die allernächste Zukunft in Absicht steht, ist mir unbekannt. Auf bloße Vermuthung hin, oder Gerüchten Glauben schenkend, den König vor Verfassungsverletzungen zu warnen, würde einen gerechten zornigen Vorwurf erwecken, wie man Se. Majestät für des Eidbruchs fähig halten könne."

„Werden dann Maßregeln, wie man solche vermuthet, ergriffen, so werden die Minister schon ein Kleid finden, das rechtlich wenigstens „bestreitbar" ist, so daß ein directer Verfassungsbruch nicht in die Augen springt. Wollte ich dann protestiren, so wird meine Sprache eine kunstvolle sein müssen. Ferner wird mein Verfahren nicht vor die Oeffentlichkeit treten, also quasi geheim bleiben, mithin die Welt ebenso unsicher über meine Gesinnungen bleiben als sie es jetzt ist. Dagegen werden diejenigen, welche mich kennen oder kennen lernen wollen, ebenso wie es jetzt der Fall ist, wissen, woran sie mit mir sind. Der Prinz von Preußen hatte niemals protestirt gegen Manteuffels Regime, außer in der ersten Zeit der orientalischen Verwickelungen, wo Gerlachsche und andere Intriguen explodirten, und wer ihn kennen wollte, kannte ihn — seiner Zurückhaltung wegen. Ebenso werde ich gegenwärtig nicht mit Bismarck identificirt, wofür doch manche Andeutungen vorliegen."

Dem „dominirenden mächtigen Einfluß hoher Verwandten" hemmend entgegenzutreten, erklärt weiter der Kronprinz, sei er außer Stande, und noch einmal wiederholt er seine Ohnmacht gegen die Logik der Thatsachen, da, „objectiv gesprochen," diesem Ministerium unter diesen Umständen und bei diesem Entwickelungsgange seit dem März 1862 eigentlich kein anderer Ausweg übrig bleibe. „Sie werden antworten," so schließt er, „dies sei die Sprache des Pessimisten. Darauf sage ich: habe ich die Katastrophe vom März 1862 nicht hindern können, bis zu welcher inclu-

sive ich thätig und rückhaltslos liberal war, so werde ich auch heuer, wo ich zurückhaltend und neutral passiv lebe, ebenfalls nichts erreichen und nichts verhindern, was in der Macht der selbsterbauten und selbst heraufbeschworenen Umstände beruht." — —

Wie sehr jedoch diese Auffassung aus einer durch reifliche Ueberlegung gestützten Stimmung erwachsen war: es kann dem Kronprinzen nur zur Ehre gereichen, daß sie den Hergängen des 27. Mai gegenüber nicht Stand hielt. Er hatte seitdem Dunckers Brief von diesem Datum erhalten, er hatte denselben auch mündlich gehört, bevor er am 31. Mai sich auf eine militärische Inspectionsreise nach Ostpreußen begab. So war es gekommen, daß er sich dennoch zu einem Schritt, wie Duncker ihn angezeigt hielt, entschlossen hatte. Am Tage der Abreise selbst hatte er schriftlich dem Könige die Bitte ans Herz gelegt, daß irgend welche Octroyirungen vermieden werden möchten.

Am Tage darauf veröffentlichte der Staatsanzeiger jene berüchtigte Verordnung, welche die Freiheit der Presse zerstörte, indem sie allen regierungsfeindlichen Blättern das Schicksal der Verwarnung und Unterdrückung durch die Verwaltungsbehörden in Aussicht stellte. Der Kronprinz war zu den betreffenden Berathungen des Staatsministeriums nicht zugezogen worden; man hatte es nicht für nöthig gehalten, ihn über das Bevorstehende zu verständigen.

Wenn während seiner Abwesenheit Octroyirungen erfolgen sollten, mit dieser Weisung hatte er sich von seinem vortragenden Rathe verabschiedet, so möge dieser zu ihm kommen. War es ein Fehler, wenn Duncker dieser allgemeinen Weisung, nachdem der Fall eingetreten war, nicht ohne Weiteres Folge leistete? Wohlbedacht jedenfalls, aus Achtung vor der Freiheit des Kronprinzen, und damit dessen Entschluß, welcher es auch sei, ganz als dessen eigener erscheine, unterließ er es. Sorgfältig, in durchaus objectiver Haltung, trug er, was er über die Sache dachte und was dabei zu bedenken sei, in einem Schreiben vom 2. Juni dem hohen Herrn vor, und gab dasselbe der am Abend desselben Tages ihrem Gemahl nach Graudenz nachreisenden Kronprinzessin mit. Er charakterisirt in diesem Schreiben zunächst die erlassene Verordnung als ihrem Inhalte nach noch über das Napoleonische Preßgesetz hinausgehend. Er legt dar, daß sich das Ministerium mit

derselben zwar innerhalb des Buchstabens der Verfassung befinde, aber den Sinn und die Absicht des Artikels 63, auf den es sich berufe, gegen sich habe, da dieser Artikel derartige Acte provisorischer Dictatur nur bei plötzlich eingetretener Gefährdung des Staates, nur dann gestatte, wenn ungewöhnliche Nothstände oder Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit eintreten, die nicht vorhanden waren, so lange der Landtag versammelt war. Und welche Stellung nun der Kronprinz dieser ungeheuerlichen Maßregel gegenüber, deren nachträgliche Legalisirung durch irgend ein künftiges Abgeordnetenhaus undenkbar sei, einzunehmen haben werde — darüber glaubt der Verfasser des Schreibens sich jedes Rathes enthalten zu sollen. Die weitgreifenden Folgen irgendwelcher Gegenerklärung vergegenwärtigt er ihm ebenso ehrlich wie rückhaltlos. Schon die mildeste Form, in welcher der Kronprinz seinen Dissensus aussprechen könne, nämlich durch ein Schreiben an den König, verbunden mit dem Verlangen, daß sein abweichendes Votum in die Protokolle des Staatsministeriums aufgenommen werde, werde ohne Zweifel mit Unwillen als ein Act der Opposition aufgefaßt werden und könne zu folgenschwerem Unfrieden im königlichen Hause führen. „Es steht demnach mir nicht zu, für oder gegen einen Entschluß zu plaidiren, den Ew. Königliche Hoheit nur aus eigenster Ueberzeugung und aus eigenstem Gewissen schöpfen können." Zugleich indeß legt er für den Fall, daß der Kronprinz sich zu einer Kundgebung gegen Se. Majestät und gegen den Ministerpräsidenten entschlösse, die nöthigen Entwürfe bei. Der Inhalt derselben bezog sich auf die unterlassene Zuziehung des Kronprinzen zu den entscheidenden Berathungen des Staatsministeriums und auf das rechtlich Anfechtbare, politisch Bedenkliche der Verordnung: die Form war selbstverständlich so loyal wie der Inhalt gestattete und gebot. Sollte der Kronprinz, um seiner Verwahrung Nachdruck zu geben und eine klare Stellung dem Ministerium gegenüber zu erreichen, dem Schreiben an Se. Majestät die Bitte um Entbindung von der Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums hinzufügen wollen — so widerräth Duncker einen solchen Zusatz, weil darin ein Präjudiz gegen die Uebernahme einer etwa eintretenden Stellvertretung liegen würde, von der er voraussetze, daß sie der Prinz, da sie ihm recht-

und pflichtmäßig zukomme, unter keiner Bedingung ablehnen würde.

Der Kronprinz entschied sich, wie Duncker ohne Zweifel erwartet und gewünscht hatte. Bereits im Besitze einer Antwort seines königlichen Vaters auf den warnenden Brief vom 31. Mai, einer Antwort, welche die Verfassungsmäßigkeit der Preßverordnung durch den Artikel 63 und durch das Recht des Königs, den Zeitpunkt der Gefahr zu bestimmen, begründete, schrieb er im Sinne des Dunckerschen Vorschlages am 4. Juni, indem er von sich aus und aus seinem eigenen Herzen hinzufügte, er wisse, was er thue, und der Schmerz sei ihm bekannt, den er Sr. Majestät bereite.

Unter dem Eindrucke der Gerüchte von beabsichtigten weiteren Erlassen gegen Beamte und Vereine und von Bismarcks Rath, die Stellvertretung, wenn sie, wie es damals schien, durch des Königs Gesundheit nöthig werden sollte, dem Prinzen Karl zu übertragen, wandte sich inzwischen Duncker an demselben 4. Juni mit neuen schriftlichen Vorstellungen an den Kronprinzen, welchen mündlich zu berathen er sich leider versagt hatte. Die Besorgniß, offenbar, war in ihm erwacht, daß derselbe zu unvorsichtig, zu weit, daß er vielleicht gar öffentlich vorgehen könne. Er bat ihn, bat aufs Nachdrücklichste, unter allen Umständen jeden Schritt zu vermeiden, der die Zukunft gefährden könnte. Er warnte ihn insbesondere vor öffentlicher Aussprache seiner abweichenden Meinung; denn das würde heißen, der Regierung Schwierigkeiten bereiten, damit würde er sich an die Spitze der Opposition stellen, das würde den Bruch mit dem Könige herbeiführen.

Auch damit glaubte Duncker sich noch nicht genug gethan zu haben. Schon am folgenden Tage richtete er ein neues Schreiben an den, den zu berathen ihm Herzens- und Gewissenssache war und dessen peinliche Lage er in ernster Treue und mit dem zartesten Mitgefühl wie seine eigene empfand. Dies Schreiben vom 5. Juni nimmt von der augenblicklich vorliegenden brennenden Frage den Anlaß, Pflicht und Aufgabe des Kronprinzen in allgemeinen Zügen zu zeichnen und positiv den Weg aufzuzeigen, der neben den zu vermeidenden Seiten- und Fehlwegen der allein geziemende und heilsame sei. Es mag als das Hauptcapitel eines Kronprinzen-

Katechismus gelten, und verläuft im Wesentlichen in folgenden Sätzen.

Niemand muß lebhafter wünschen, üble Maßnahmen vermieden zu sehen, und Niemand ist durch Pietät und Unterthanenpflicht so sehr gehindert, seinen Gegensatz laut werden zu lassen als der Thronfolger. Die Bevölkerungen hinwiederum haben stets den Wunsch, die Ansichten des künftigen Herrschers zu kennen, um aus dessen gegenwärtigem Verhalten auf sein künftiges schließen zu können. So drängen diametral entgegengesetzte Anforderungen auf ihn ein. Er hat sich, statt in schwankender Haltung jetzt die einen, jetzt die anderen zu erfüllen, auf einen festen, unanfechtbaren Standpunkt zu stellen. Derselbe ist gegeben in den Pflichten und Rechten, die er als Mitglied des Staatsministeriums besitzt. Hier hat er einen bestimmten, der Gegenwart angehörenden Beruf zu üben. Der Kronprinz „ist kein Dilettant der Politik"; diese seine Berufsstellung gewährt ihm, wie jedem Beamten eines Collegiums, die Mittel, bestimmte Maßregeln in loyaler Opposition zu bekämpfen: sie verbietet, vielmehr sie erspart ihm das Mittel der Ohnmacht, durch Demonstrationen eine Einwirkung auf den Gang der Dinge zu versuchen. Eine demonstrative Haltung entspricht nicht nur seiner Würde nicht, sie ist auch unbedingt schädlich. Die active gleich sehr wie die passive. Die active, d. h. das öffentliche Aussprechen der abweichenden Meinung vor Unberufenen, darf, abgesehen davon, daß es illoyal ist, schon deshalb nicht versucht werden, weil der Kronprinz dadurch in einen Gegensatz zu dem Ministerium kommen würde, der im Falle der Stellvertretung, im Falle einer revolutionären Bewegung, im Falle eines Krieges nicht durchführbar wäre. Ebenso schädlich würden die Wirkungen einer bloß passiven demonstrativen Haltung sein. Denn Schweigen und Zurückhaltung kann ebenso sehr als Zustimmung wie als Widerspruch gedeutet werden. Die bisherige Erfahrung des Ausweichens durch Reisen hat gezeigt, daß dabei allerlei persönliche Berührungen sich nicht vermeiden lassen, die gerade den Schein einer Uebereinstimmung mit derjenigen politischen Richtung erwecken, von welcher sich abzuwenden die Absicht des Reisens war. So empfiehlt sich von allen Seiten das feste Ergreifen jener amtlichen Stellung. In ihr kann der Kronprinz durch bestimmtes Handeln

je nach dem gegebenen Falle seine Meinung allen denjenigen klar erkennbar machen, die sie zu kennen überhaupt berufen sind, ohne sich, wie durch eine demonstrative Politik geschähe, für die Zukunft zu binden und zu hemmen; hier hat er Gelegenheit, „alle die Eigenschaften zu entfalten, welche die Art der künftigen Regierung errathen lassen: Klarheit, Thätigkeit, Eingehen auf die öffentlichen Dinge, Unabhängigkeit, Festigkeit". Noch ein Zweites aber — schon früher hatte es Duncker gelegentlich ausgeführt — empfiehlt sich. Noch deutlicher kann der künftige Erbe des Thrones seine Richtung markiren, wenn er einen festen Kreis hervorragender Beamten des Militär- und Civilstandes um sich bildete, welche genauer kennen zu lernen ihm für die Zukunft, von denen berathen zu werden ihm jetzt schon wichtig und nützlich sein müßte. In solcher Haltung, so vorbereitet „können Se. Königliche Hoheit die Ereignisse ruhig erwarten, ohne Gefahr, einen falschen Schritt zu thun, in unhaltbare Positionen zu gerathen, oder gethane Schritte zurückthun zu müssen".

So schrieb der getreue, verständige Mentor. Aber während er so schrieb, war eben das geschehen, wovon er so lebhaft und mit so guten Gründen abmahnte.

Daß warme Freunde der liberalen Sache, erbitterte Gegner des Conflictministeriums, daß selbst ehrliche Patrioten und aufrichtige Anhänger der Dynastie den Kronprinzen auf ihre Seite zu ziehen, sein Wort für das gute Recht der Verfassung in die Wagschale zu werfen sich bemühten, ist begreiflich. Ohne Zweifel glaubten sie dadurch nicht bloß der eigenen Partei, sondern auch dem Lande und dem Kronprinzen selbst einen Dienst zu leisten. Die Empörung über die jüngste Gewaltmaßregel, die Erbitterung gegen das rücksichtslose Vorgehen der Minister, welche der Landesvertretung mit Hohn begegnet waren und das Volk seinem Fürsten zu entfremden drohten, raubte in jenen Tagen auch maßvollen Politikern die Besonnenheit. Es war ihnen nicht schwer, dem Kronprinzen vorzustellen, daß er den Schein nicht auf sich kommen lassen dürfe, als ob er den Schritten der Regierung zustimme, daß er seiner eigenen Ehre, seiner Zukunft und seinen Nachkommen es schuldig sei, sich öffentlich und deutlich von so verderblichen Maßregeln und von denen, die sie angerathen, loszusagen. Es war verzeihlich endlich, daß solche

Vorstellungen nicht ohne Eindruck auf den Prinzen blieben. Mit seiner Ueberzeugung bei gegebenem Anlaß nicht zurückzuhalten, entsprach dem offenen Charakter und der Wahrhaftigkeit seines redlichen Herzens. Der Anlaß fand sich. Herr von Winter, der Nachfolger des Herrn von Zedlitz in der Stellung des Polizeipräsidenten von Berlin, seit Kurzem Oberbürgermeister von Danzig, drang bei der Anwesenheit des Kronprinzen in Danzig in ihn, für die verletzte Verfassung einzutreten: jetzt oder nie sei eine Gelegenheit gegeben, sich der Welt zu zeigen. Nach langem Ueberlegen, nach heftigen Gemüthsbewegungen beim Abwägen des Für und Wider, entschloß sich der Kronprinz, von seiner Gemahlin lebhaft unterstützt. Am 5. Juni, auf dem Danziger Rathhaus, sprach er die verhängnißvollen Worte, die noch lange nachhallen sollten.

Erst viele Tage später erfuhr Duncker durch einen auf der Reise absatzweise geschriebenen Brief von dem Kronprinzen selbst den vollen Zusammenhang der Sache. Die erste Kunde von den gesprochenen Worten erhielt er durch die Zeitungen. Er verhehlte dem hohen Herrn nicht, daß er den Schritt mißbillige; vor Allem aber suchte er zu verhindern, daß derselbe, verleitet durch den Beifall der Opposition, noch weitere ähnliche Aeußerungen von sich gebe. Die mildernden Umstände verkannte er übrigens keineswegs. Es galt, den Einwirkungen ein Gegengewicht zu geben, die von fortschrittlicher Seite auf den Kronprinzen einstürmten, und hierzu benutzte er den Umstand, daß derselbe auf seiner Reise dem wackeren Saucken-Julienfelde auf dessen Besitzung einen Besuch abstattete. In einem Briefe an Saucken konnte er lebhafter und umstandsloser als in den direct für den hohen Herrn bestimmten Mittheilungen den fortschrittlichen Ansichten und Aufreizungen entgegentreten, denen zunächst auch Saucken sich zuneigte. Je mehr er in der Verurtheilung der ministeriellen Politik mit diesem einverstanden war, um so mehr Gewicht hatte sein Wort, daß es verkehrt sei, „den wechselnden Stimmungen und Eindrücken des Tages Complimente zu machen". Wie anders stand doch er, der die volle Verantwortlichkeit für die politischen Acte des Kronprinzen fühlte, zu dieser Angelegenheit, als diejenigen, die sich des Kronprinzen in erster Linie als eines Werkzeuges für ihre Parteiinteressen bedienten! Ihm ziemte es, die Uebertreibungen der leidenschaftlichen

Liberalen zurückzuweisen, welche bereits anfingen, der Dynastie das Schicksal der Stuarts und der Bourbonen in Aussicht zu stellen. „Ich finde es unverantwortlich," heißt es in dem Briefe an Saucken, „den Kronprinzen durch solche Vergleiche zu beunruhigen und ihn zu Thaten für die Rettung der Dynastie aufzufordern, die, bis jetzt wenigstens, keineswegs gefährdet ist. Es ist dies kaum minder unverantwortlich als die Insinuationen der Gegenseite, welche die Stellung des Prinzen seit Danzig mit der des Herzogs von Orleans gegen Karl X. vergleichen." Und zum Schluß, nachdem gezeigt worden, daß auch ohne jene Worte des Prinzen der Schein gar nirgends bestanden habe, als ob derselbe mit dem System der Minister sympathisire: „Suchen Sie also zu vermeiden, daß weitere Schritte nach Maßgabe des Danziger Schrittes von dem Kronprinzen verlangt werden." Dergleichen würden den Bruch mit dem Könige vollständig machen, den Thronfolger der Armee entfremden und „den Bemühungen der anderen Linie zu gute kommen", sie würden andererseits die Radicalen zu neuem Anstürmen ermuthigen und so vielleicht den durch das ganze Land gehenden Conflict verschärfen, den Thron stärker als bisher gefährden.

Es bestand jedoch um diese Zeit keinerlei Gefahr mehr, daß der Kronprinz auf dem betretenen Wege weiter gehen werde. Leidenschaftliches Wollen lag so wenig in seiner Natur wie hartnäckiges Beharren. Man hatte ihn überraschen können, aber man war nicht im Stande, ihn weiter zu treiben. Sein edles Herz war ebenso ehrlich, wie es weich war, ebenso empfänglich für Recht und Ehre, wie nachgiebig gegen die Regungen sanfterer Gefühle. Alles in Allem: er war ein besserer Sohn als Politiker. Nach seinem eigenen Bericht an Duncker hatte er am 7. Juni von dem Könige einen sehr ernsten Brief erhalten, Antwort auf sein Schreiben vom 4. Juni und zugleich Kritik der in Danzig gesprochenen, durch den Telegraphen nach Berlin gelangten Worte, — einen Brief, der mit einer strengen Rüge auch Drohungen und Forderungen hinsichtlich des ferneren Verhaltens des Prinzen verband. Dies väterliche Schreiben hatte der Sohn in würdiger Weise erwidert. Demüthig um Verzeihung bittend, daß er Sr. Majestät solchen Kummer bereite, hatte er dem Befehle Sr. Majestät die Ent-

bindung von seinen sämmtlichen militärischen und staatsrechtlichen Stellungen anheimgestellt; zugleich jedoch war er bei jenen so scharf getadelten Worten stehen geblieben; er habe angesichts von Maßregeln, die ihm so gefährlich erschienen seien, für sich und seiner Kinder Zukunft nicht besser zu handeln gewußt. Auch der Entrüstung darüber, daß der Ministerpräsident ihn in gänzlicher Unkenntniß über den beabsichtigten Erlaß jener Preßverordnung gelassen, hatte er nochmals Ausdruck gegeben. Die hierauf ihm am 11. überbrachte königliche Antwort hatte die Klage gegen Bismarck, sowie das Demissionsgesuch mit Schweigen übergangen. „In väterlicher Liebe, aber mit königlichem Ernst" hatte Se. Majestät das Geschehene verzeihen zu wollen erklärt; nach einem strengen Verweise, daß der Kronprinz öffentlich Opposition getrieben und eine Fahne aufgesteckt habe, nach der das Volk zwischen Vater und Sohn zu wählen haben könnte, war er auf das von dem Kronprinzen gegebene Versprechen, fernere Aeußerungen zu unterlassen, eingegangen und hatte ihn ausdrücklich zum Schweigen verpflichtet.

Die väterliche Milde dieses Briefes, die sichtliche Absicht, unter dem Geschehenen einen Strich machen zu wollen, hatten den Kronprinzen völlig entwaffnet. Gerührt über die Versöhnung, die ihm gewährt worden war, während er der Strafe gewärtig gewesen, bekannte er jetzt auch Duncker, daß er den königlichen Tadel verdient habe, und daß er ganz gewiß keine Ansprache wieder, sei es wo es wolle, beantworten werde. Unwillen und Groll hegte er nur gegen „die groben Minister", die er nicht sehen wolle; sein fürstlicher Stolz bäumte sich auf gegen diesen unehrerbietigen und willkürlichen Premier, der ihm doch endlich auch auf seinen Protest vom 3. in einem eigenhändigen Exposé geantwortet und darin gesagt hatte, Se. Majestät habe ihm verboten, jenen Protest zur Kenntniß des Staatsministeriums zu bringen. Ungetrübt, ja neu befestigt, schien durch das Vorgefallene auch sein Verhältniß zu dem wohlmeinenden Rathgeber, dessen Winke er zu seinem Schaden unbeachtet gelassen hatte. Er dankt ihm. Er bittet ihn, auch ferner mit der Offenheit und Unumwundenheit zu ihm zu reden, die er so hoch achte. Er möchte um Alles nicht, daß Duncker sein Benehmen als einen Mangel an Vertrauen oder

als Geringachtung seiner Ansichten auffasse. Er nimmt die Verantwortung dafür ganz allein auf sich und autorisirt ihn, erforderlichen Falles sich als unschuldig daran zu bekennen.

Daß Duncker von dieser Erlaubniß keinen Gebrauch machte, verstand sich; im Uebrigen erklärte er, der Wahrheit gemäß, daß die Empfindung persönlicher Zurücksetzung aus dem vorliegenden Anlaß ihm durchaus fern geblieben sei, er bitte nur, Königliche Hoheit möge in ähnlichen Fällen den von anderer Seite ertheilten Rath oder den eigenen abweichenden Entschluß ihn derart kennen lassen, daß er Gegengründe, falls er deren hätte, geltend machen könne. Es blieb der Punkt wegen des weiteren allgemeinen Verhaltens des Kronprinzen. Dachte derselbe auch nicht an eine unmittelbare Rückkehr nach Berlin, hatte er andererseits auch nicht vor, ins Ausland zu gehen, so mußten doch die Dunckerschen Vorschläge wegen des Verbleibens und Auftretens im Ministerrath erwogen werden. Das sollte mündlich besprochen werden. Der Kronprinz drückte den Wunsch aus, daß ihn Duncker zu diesem Behufe nach einiger Zeit in Putbus aufsuche, wo er jetzt als Gast des Fürsten sich aufhielt.

Dazu indeß sollte es leider erst unter Umständen und nach Vorgängen kommen, welche die eben erfolgte Verständigung von Neuem störten und weiter und dauernder als bisher den Kronprinzen und seinen Rathgeber auseinanderrückten. Wenn es einen Augenblick scheinen konnte, daß das Danziger Ereigniß nur ein Zwischenfall sei, so zeigte sich nur zu bald, daß die Ursachen, die denselben herbeigeführt, fortwirkten, und daß der einmal begangene Mißgriff gleich dem ins Wasser geworfenen Steine zu weiteren Erschütterungen den Anstoß gab. Hatte das keineswegs, und am wenigsten unmittelbar nach der Aussöhnung mit dem König, in der Absicht des Kronprinzen gelegen, so lag es um so mehr in der Absicht derjenigen, die ihn in die demüthigende Nothwendigkeit, diese Aussöhnung zu suchen, versetzt hatten.

Eben jene Correspondenz nämlich, die auf Anlaß der Verordnung vom 1. Juni und der kronprinzlichen Antwort auf die Wintersche Ansprache zwischen Vater und Sohn stattgefunden hatte, wurde demnächst durch eine unerklärte, aber wohlberechnete Indiscretion der Oeffentlichkeit übergeben. Daß es die „Times"

war, welche die erste Mittheilung über die intimsten Vorgänge im Schooße der königlichen Familie mit einer grob englisch gefärbten Darstellung der preußischen Zustände brachte, ließ es nicht zweifelhaft erscheinen, daß englisch-coburgische Machinationen dabei im Spiele waren. Wie Königin Victoria über das Auftreten ihres Schwiegersohnes in Danzig urtheilte, wußte Duncker zuverlässig durch Saucken. Sie hatte es höchlich bedauert, daß der Kronprinz sich nicht viel entschiedener gegen die Regierungsmaßregeln ausgesprochen habe und hatte Vorschläge gemacht, die ihn offenkundig in die schärfste Opposition gegen den König gebracht haben würden. Auch die Stimmung und die Anschauungen des um den Herzog Ernst geschaarten Freundeskreises waren Duncker nicht unbekannt. Wie verzweifelt Sammer die Dinge ansah, wie ganz er die Gegenwart verloren gab, und welche Gegenspielerrolle er daher den zukünftigen Thronfolger spielen lassen wollte, hatten seine Briefe an Duncker verrathen. Daß der jüngere Stockmar den Danziger Schritt zwar zuerst für einen Fehler erklärt, dann aber wiederholt seine entschiedenste Billigung ausgesprochen, hatte ihm der Kronprinz selbst geschrieben. Ein dritter Freund endlich war längst der Meinung, Duncker habe der Luft der Berliner Hofkreise nicht zu widerstehen gewußt, und es sei zu bedauern, daß der Thronfolger sich in seinen Händen befinde. Alle diese zu dem kronprinzlichen Hause in Beziehung stehenden Politiker hatten sich einen Plan und ein Zukunftsbild zurecht gemacht, welche der Auffassung Dunckers schnurstracks widersprachen. Ihr Plan ging dahin, den Prinzen außer Beziehung zu dem Könige und dem Ministerium Bismarck und dagegen in Verbindung mit den fortgeschrittenen liberalen Elementen zu bringen. Ihr Zukunftstraum bestand darin, daß die dereinstige Regierung des Prinzen sich auf diese Liberalen stützen und so eine neue wahrhaft constitutionelle Aera darstellen werde.

Sogleich, indem er den Times-Artikel dem Kronprinzen einsandte, begann Duncker den Kampf gegen dieses System. Er erlaubte sich, sehr kurz und sehr deutlich zu sprechen. Er drückte sein tiefes Bedauern darüber aus, daß Preußen und die preußische Königsfamilie in solcher Weise dem englischen Publicum vorgeführt werde. Er hob hervor, daß durch solche „Streiche guter

oder vielmehr böser Freunde" das Verhältniß zwischen Vater und Sohn einer neuen Erschütterung ausgesetzt werde. Er hielt nicht zurück mit der Behauptung, daß die genauen Notizen des Artikels leider ausreichend bewiesen, daß der Ursprung desselben in des Kronprinzen nächster Umgebung liegen müsse, und stellte demgemäß der Erwägung anheim, ob sich nicht für die Mittheilungen an Vertraute in Zukunft größere Vorsicht empfehlen dürfte.

War es wahr, wie man sich in Berlin leise und laut sagte, daß der Kronprinz selbst das Bekanntwerden jenes Schriftwechsels nicht ungern sah? Dann war er im Begriffe, einen ganz anderen Weg zu gehen als den, welchen sein vortragender Rath ihm gezeigt hatte. Um des Kronprinzen gleich sehr, wie um seiner eigenen verantwortlichen Stellung willen, mußte Duncker Alles aufbieten, um Klarheit zu schaffen. Er that es in einer Weise, welche deutlich zeigte, daß er weniger an sich als an den dachte, den zu berathen er berufen war.

Schon am folgenden Tage — denn die Pflicht und die Sorge drängt ihn — legt er so bestimmt und so beredt wie er vermag, dem Kronprinzen ans Herz, „daß nur ein durchdachtes, consequent festgehaltenes System, dem jeder improvisirte Entschluß fern bleibt," der hohen Stellung desselben angemessen sei und unheilvolle Folgen auszuschließen vermöge. Zwischen zwei Systemen habe der Prinz sich zu entscheiden, zwischen dem, „das ich das englische System nennen möchte", und das von den Anhängern der Fortschrittspartei unterstützt werde, und dem entgegengesetzten, das er selber seit dem März und wieder seit dem September des vorigen Jahres empfohlen habe. Und er charakterisirt das eine und das andere. Jenes will, daß der Kronprinz sich abseits stelle, durch möglichst lange Reisen sich fern halte, selbst der verfassungsmäßig gebotenen Stellvertretung sich entziehe, daß er durch Kennzeichnung seines Gegensatzes zu der dermaligen unpopulären Regierung, mit Hülfe der in- und ausländischen Presse sich als die Hoffnung der Opposition darstelle und so die angeblich gefährdete Dynastie rette, — ein vom Standpunkte des englischen Liberalismus sehr wohl begreifliches, nebenher auch darauf rechnendes System, daß der Kronprinz durch eine andere Haltung in der polnischen Frage mit England gegen Rußland gehen werde. Das

entgegengesetzte, von Duncker empfohlene System — wir kennen es von früher her — will, daß der Prinz nicht über die Formen der Opposition hinausgehe, deren der Vater selbst seiner Zeit sich bedient hat, will, daß er seine Ueberzeugung nicht anders als innerhalb des gegebenen Rechtsbodens, im Staatsministerium energisch vertrete, Popularität auf keinem anderen Wege suche als auf dem der treuen und mühsamen Pflichterfüllung. Duncker setzt auseinander, daß in dies System auch der Vorgang in Danzig, obgleich nicht aus demselben hervorgegangen, sich insofern einreihen lasse, als derselbe ein einzelner Act der Abwehr gegen die Ausschließung des Prinzen von den Berathungen des Staatsministeriums über die Preßverordnung gewesen sei. Er zeigt im Zusammenhange damit die Möglichkeit eines Einlenkens, und giebt dem Vertrauen Ausdruck, wie Se. Majestät sicher nicht verweigern werde, die unehrerbietigen Minister auf ihre Pflicht gegen den Thronfolger zurückzuverweisen. Durchaus unerläßlich aber sei Entscheidung zwischen den beiden Systemen, da eine Mischung beider, ein Schwanken zwischen dem einen und anderen die unglücklichsten Folgen haben müsse. Und er resümirt die Gründe für das seinige. Er zeigt das Unzutreffende der Uebertragung englischer Verhältnisse auf die unsrigen. Er leitet aus der Verschiedenheit der Stellung, welche die englischen und die in Preußen gegen einander kämpfenden Parteien zum Staate einnehmen, die Unentbehrlichkeit eines „vorsichtigen persönlichen Regiments" in Preußen ab. Er folgert daraus, daß von einem preußischen Kronprinzen etwas Anderes und mehr als von dem Prinzen von Wales verlangt werden müsse, nicht bloß das Bekenntniß zu einer politischen Richtung, sondern eine sehr bestimmte Vorbereitung zu seinem königlichen Amte, eingehende Sach- und Personenkenntniß und wirkliche Geschäftsübung. Nicht wünschenswerth sei, eben dieser besonderen preußischen Verhältnisse wegen, daß der Erbe der Krone „mit einer bestimmt engagirten Position in die Regierung trete und dadurch Hoffnungen erwecke, welche die dann vorhandene Lage der Dinge zu realisiren vielleicht nicht gestattet". Der Kronprinz, weiter, darf nicht durch ein höchstes Beispiel zur Lockerung der Bande der Disciplin in der Armee und im Beamtenthum beitragen, nicht die Opposition dergestalt ermuntern, daß die königliche

Autorität dadurch Schaden litte. Von Neuem weist endlich die Denkschrift auf die Undurchführbarkeit einer ausgesprochenen Oppositionsrolle für den Fall eines Krieges oder gar für den Fall hin, daß der Parteikampf zu einer revolutionären Bewegung führte, diese Bewegung etwa die Richtung für den Thronerben gegen den König nähme. Er appellirt an das politische und moralische Gewissen des Kronprinzen, und er schließt: „So weit ich mir zutrauen kann, Ew. Königlichen Hoheit kindliches und pietätsvolles Herz zu kennen, ist die Rolle des Thronerben an der Spitze der Opposition nicht für Ew. Königliche Hoheit geeignet; ich habe stets geglaubt und werde immer glauben, Ew. Königlichen Hoheit nur eine Politik anrathen zu dürfen, auf deren mühsamer und schmaler Bahn die Pflichten des Sohnes mit denen des Thronerben nicht in Widerspruch treten. In Zeiten wie die unsere gehört eine nicht gewöhnliche Kraft und Weisheit dazu, den gewiesenen Weg zu gehen: zu dem ungewiesenen würden Eigenschaften gehören, die Ew. Königlichen Hoheit zu wünschen ich nicht vermöchte." —

Das „englische System"! Offenbar waren es englische Anschauungen und englische Einflüsse, mit denen der Kronprinz und die mit dem Kronprinzen spielten. Das Capitel von der verschiedenen Stellung, welche in England und welche in Preußen die Parteien zur Verfassung, der König zu den Parteien habe, dies Capitel vor Allem mußte ausführlicher behandelt werden. In anderer Absicht und für eine andere Adresse hatte Duncker dieses Thema fünf Jahre zuvor in einem Zeitpunkte ausgeführt, in dem die kürzliche Verbindung der preußischen mit der englischen Königsfamilie die Hoffnung einer Annäherung der Politik beider Staaten angeregt hatte. Er nahm es jetzt wieder auf, nicht um, wie damals, die Feudalen zu ermahnen, sich zu einer wahren Aristokratie im Sinne der englischen umzubilden, sondern um zu zeigen, daß das constitutionelle Programm eines preußischen Königs nicht darin bestehen könne, den Staat einer der unfertigen Parteien, d. h. einem der habernden Stände zu überantworten. Nicht neue Gedanken entwickelt die Denkschrift, die er jetzt darüber aufsetzte; er hatte dieselben schon während der parlamentarischen Kämpfe und Krisen der letzten Jahre in anderen Denkschriften wie in der

Presse wiederholt vorgetragen —: sie nahmen jetzt nur eine etwas andere Richtung und bekamen eine andere Spitze. Das System parlamentarischer Regierung, in England berechtigt, ist es nicht ebenso in Preußen. Hier sind die Parteien die noch im Ringen mit einander begriffenen Stände. Diese Parteien nach der wechselnden Mehrheit des Unterhauses regieren lassen, hieße daher heute in Preußen nichts Anderes als dem Kampf der Stände den Lauf lassen, den Staat aufgeben, den mühsam gegründeten Bau der Hohenzollern zerstören. Die Aufgabe der preußischen Dynastie ist die des ausgleichenden Vermittlers. Sie hat die Parteien zum Dienste des Staates zu erziehen, zwischen den Ansprüchen beider einen mittleren Weg zu gehen, beiden die Grenzen ihres Rechts zu weisen. Zur Durchführung dieser schwierigen Aufgabe hat sie etwa nur auf die Unterstützung eines Theiles der altliberalen und eines geringen Bruchtheils der nicht feudalen conservativen Partei zu rechnen. Sie bedarf dazu einer im Sinne des Verfassungsstaates reorganisirten Beamtenschaft. Umbildung der constitutionellen Institutionen selbst, beispielsweise des Herrenhauses, eine mehr praktische, auf Charakterbildung gerichtete Gestaltung des Erziehungswesens sind weitere Bedingungen für die Lösung jener Aufgabe, die jedenfalls nur einer sehr umsichtigen, geschäftskundigen, bedachtsamen und ernsten Führung gelingen kann.

Nicht bloß für den Kronprinzen, auch für dessen Gemahlin war diese Denkschrift geschrieben. Durch sie, welche jetzt dem Gemahl nach Putbus folgte, ließ er dem Kronprinzen die ihm von diesem in Abschrift zugeschickte Correspondenz mit dem Könige als durch die sicherste Gelegenheit wieder zugehen. Nur natürlich, daß er den Anlaß benutzte, auch ihr, die das „englische System“ so nahe anging, und von der er vermuthen durfte, daß sie dasselbe befürworte, seine Meinung über das Geschehene zu sagen. Geschickt kleidete er seine Warnung vor der Rolle, die man den Kronprinzen spielen lassen wollte, in die Aeußerung, daß sie wohl wisse, wie er selbst die günstige Wirkung der Danziger Improvisation nicht in dem flüchtigen Beifall der Menge, sondern darin gesehen habe, daß das entschiedene und selbständige Auftreten des Kronprinzen ihm beim Könige und beim Ministerium größere Beachtung seiner Ueberzeugungen eingetragen habe. Tief beklage er, daß diese

Wirkung durch die Veröffentlichung in der Times geschwächt werde. Er giebt ihr anheim, die eben verfaßte Denkschrift anzusehen, in welcher er einige Hauptpunkte des Unterschiedes zwischen den englischen und preußischen Verhältnissen hervorzuheben versucht habe, und deutet an, in wie hohem Grade es in ihrem eigenen Interesse liege, sich zur Vorbereitung auf ihre große Mission eingehend mit dem Terrain bekannt zu machen, auf das diese Mission sie gestellt habe.

Unterstützt nun aber wurde das „englische System" von der Fortschrittspartei. Den Anstrengungen, welche diese Partei machte, den Kronprinzen für sich zu gewinnen, entgegenzuarbeiten und die geheimen Minen derselben aufzudecken, war daher das Zweite, was Duncker sich angelegen sein ließ. Schon der Hinweis darauf, daß der Kronprinz von der Nothwendigkeit der Armeereorganisation überzeugt sei, genügte, ihn auf die Kluft aufmerksam zu machen, die ihn von dem „Fortschritt" trennte. Es wird Duncker nicht schwer, zu zeigen, daß der Prinz, wenn er zur Regierung käme, nicht in der Lage sein würde, fortschrittlich zu regieren, und daß es daher nicht rathsam sei, in dieser Richtung Hoffnungen zu erwecken. Um so weniger, da das jetzige regressive Regiment die Forderungen der Fortschrittspartei steigern, mithin voraussichtlich, wenn der Nachfolger nicht in allen Punkten fortschrittlich regiere, das Ministerium sehr bald die Partei verlieren werde, wie es ähnlich 1848 und 1862 geschehen sei. Und wie, wenn gar die feudale Partei, auf die rivalisirenden Prinzen des Hauses gestützt, gegen ein solches Fortschrittsregiment sich auflehnte, wenn es, wie 1789—91 und 1830 und 1848 in Frankreich, zu einer Verbindung der feudalen mit den radicalen Elementen käme? Nicht das, fürwahr, sei die Aufgabe — darauf laufen abermals die Auseinandersetzungen hinaus —, durch eine der jetzigen entgegengesetzte Parteiregierung die Dynastie zu retten, die noch keineswegs bedroht sei, sondern aus allen Parteien die für den Staatsdienst wahrhaft befähigten herauszuziehen und dadurch das ganze bisherige Parteiwesen umzubilden.

Und noch directer, dem Einzelnen und Persönlichen nachgehend, faßte Duncker endlich das Unwesen an, das um den Kronprinzen spukte und sich ihm andrängte. Er packt in seinen Be-

richten vom 11. und 13. Juli eine ganze Sammlung von Schrift- und Drucksachen zusammen, in denen versucht wurde, aus der Stellung des Kronprinzen und aus seiner Correspondenz mit dem Könige Capital für die Sache des Fortschritts zu schlagen. Am bezeichnendsten darunter ein Artikel der von Gustav Freytag geleiteten „Grenzboten" mit der Ueberschrift „Die Theilnahme des Kronprinzen am Verfassungskampf". Der zum Fortschritt übergegangene Liberalismus kleidete hier seine weitgehenden Hoffnungen und Ansprüche in eine so bescheiden scheinende, ja hofmäßige Sprache, daß dieselben doppelt verführerisch wirken mußten. Man wolle, hieß es nach vorangegangener Erzählung und Inhaltsangabe des auf den Danziger Vorgang bezüglichen Schriftwechsels, den Kronprinzen nicht zum Parteiführer verlangen, man sei zufrieden, ihn zum stillen Bundesgenossen zu haben, wodurch das Band des Landes mit der Dynastie erhalten bleibe. Aber der Kronprinz müsse es verschmähen, unter dem gegenwärtigen Systeme im Rathe der Minister zu sitzen, nicht länger dürfe er dem Zwange des militärischen Disciplinarverfahrens unterliegen, um nicht im Falle einer Revolution in einen Conflict der Pflichten zu gerathen. Im Uebrigen habe das Volk den Kampf allein auszufechten, durch mannhafte Wahrung seines Rechts einen Gegenzauber gegen den feindlichen Zauber der alten Königskrankheit zu schaffen: am Tage des Sieges werde es sich dann erinnern, daß in schwerer Stunde der Kronprinz einst treu zu ihm gestanden habe. Die Zusammenstimmung dieser Gedankenreihe mit anderen Publicationen und mit Aeußerungen fortschrittlicher Führer, namentlich des Abgeordneten Schulze-Delitzsch im demokratischen Preßverein, lag deutlich vor. Duncker lieferte die Belege für den Zusammenhang und zog aus sicheren Anzeichen Schlüsse über die Urheber und Mitschuldigen jenes Veröffentlichungsbetriebes, unter denen er zu seinem tiefen Bedauern ehemalige Freunde erblickte. Er sah seine Rathschläge durchkreuzt und gab nicht undeutlich zu verstehen, daß er sich ohnmächtig fühle, wenn das Vertrauen des Kronprinzen sich zwischen ihm und entgegengesetzten Rathgebern theile.

Der Kronprinz verstand. Auf alle ihm von Duncker zugegangenen Schreiben gab er endlich am 14. Juli von Putbus aus die folgende Erwiderung:

„Es will mir fast scheinen, als ob Sie, mein bester Duncker, der Meinung sind, daß ich mich im Geheimen mit der Fortschrittspartei verbunden habe, und als ob die in die Presse gelangten Mittheilungen über meine Correspondenz mit Sr. Majestät Ergebnisse jenes Verhältnisses etwa seien."

„Ferner scheint mir aus Ihren Briefen hervorzugehen, daß Sie ein Gefühl haben, als ob ich kein Gewicht mehr auf Ihren persönlichen wie auf Ihren amtlichen Rath legte."

„Ueber Beides bitte ich Sie, Sich vollständig zu beruhigen. Was mein Brief von neulich sagte, ist heute genau dasselbe, und durch mein Telegramm sind Sie bereits ersucht worden, mich am Sonnabend hier zu treffen. — —"

„Von Publicationen ist nie die Rede gewesen, und sollte es mich amüsiren zu erfahren, wie die Fortschrittler eine Correspondenz drucken lassen wollen, die sie nicht besitzen, da Originale und Abschriften in meinen Händen sind. Sollten geheime Künste angewendet worden sein, dann freilich ist meine Macht zu Ende, und wäre ich wenig überrascht, wenn man durch eine in gewissen Kreisen nicht ungewohnte Spionage meiner Person sich Bismarck'scher Seits in Besitz von Abschriften zu setzen gewußt hätte!! wir werden es wohl einmal erfahren."

„Wenn die Fortschrittspartei mich zu den Ihrigen rechnen will und Alles daran setzt, so ist hiergegen ebenso wenig zu thun als ich's verhindern kann, daß Bismarck mich zu den Seinigen zu stempeln eifrig bemüht war."

„Meine Ansichten erhellen aus den Danziger Worten; mehr thun oder reden will ich nicht, da ich kein Oppositionsführer sein will."

„Sind Waldeck und Consorten die Fortschrittler, so habe ich keine Gemeinschaft mit diesen. Versteht man aber die Freisinnigen unter jenem Namen, mit denen leider die Altliberalen jetzt nicht zusammengehen, so denke ich nicht daran, jene Fortschrittler als Feinde zu betrachten."

„Mich auf unser baldiges Wiedersehen freuend, in alter Zuneigung und altem Vertrauen 2c."

Duncker's Empfindung war, daß das sehr wenig eingehend auf sehr sachliche und sehr dringende Vorstellungen antworten hieß.

Der sorgenvolle Ernst und das schwere Gewicht seiner Auseinandersetzungen schien ihm seltsam abzustechen gegen den leichtnehmenden Ton der kronprinzlichen Erwiderung. Waren dem hohen Herrn der Ermahnungen zu viel geworden und ermüdete ihn die Gründlichkeit und Trockenheit seines politischen Berathers? Hätte er nicht dann diese Ermahnungen schon früher durch eine bündige Erklärung des Standpunkts, den er innezuhalten gedenke, abschneiden sollen? Die Danziger Worte, auf die er sich, und zwar jetzt, wie es scheint, mit einem stärker wiedergekehrten Selbstgefühl, zu berufen fortfährt, waren für sich kein ausreichendes Programm; sie waren es doch nur je nach der Folge, die ihnen gegeben, je nach der Stelle, die ihnen in dem Gesammtverhalten des Sprechers eingeräumt wurde. Welchen Werth hatte die Versicherung fortdauernden Vertrauens zu dem alten Rathgeber, wenn der ertheilte Rath mit völligem Schweigen übergangen wurde, und wie stimmte diese Versicherung zu dem Bedauern, daß die Altliberalen nicht gemeinschaftliche Sache mit den „Freisinnigen" machten? Wie zweideutig wurde doch durch diese letztere Aeußerung die Ableugnung einer Verbündung mit dem Fortschritt! Und wie ausweichend die halb spöttischen, halb scherzhaften Bemerkungen, in denen der Argwohn einer Betheiligung guter Freunde an der fraglichen Veröffentlichung abgelehnt werden soll! So ganz aus der Luft gegriffen war dieser Argwohn denn doch nicht. Eine positive Antwort auf die Frage nach dem Ursprung der Veröffentlichung war jedenfalls nicht gegeben; denn die Andeutung, daß Bismarck die Hand dabei im Spiele gehabt haben könnte, war unmöglich ernst zu nehmen; es war nur ein ablenkender Gegenzug, ein Paroli auf die entgegengesetzte Hypothese, worin sich nebenher der Haß gegen den Mann, dem Alles zuzutrauen sei, Luft machte.

Die Treue, mit welcher Duncker über dem Wohl und Wehe des an seinen Rath gewiesenen hohen Herrn gewacht hatte, hätte wohl eine weniger muntere Antwort verdient. Er hatte es in jeder Weise für seine Pflicht gehalten, den Kronprinzen zu decken. Am 9. Juni des Danziger Vorganges wegen zu dem Ministerpräsidenten citirt, hatte er auf die Frage nach den „Absichten des Kronprinzen" jede Mittheilung verweigert. Am 23. Juni hatte, auf Anlaß des Times-Artikels, eine zweite Unterredung mit

Bismarck stattgefunden. Jetzt erfuhr er, daß der König jene seine Weigerung, Aufklärungen zu geben, nicht in der Ordnung gefunden habe. Bismarck sagte ihm, daß in Folge dessen seine Stellung beim Kronprinzen bedroht sei; er selbst zwar habe ihn gehalten, er werde ihn auch, wenn die Sache wieder zur Sprache kommen sollte, zu halten versuchen, da er ihn von früher her zwar als einen Parteigegner, aber ebenso als Preußen kenne, doch werde dann etwa ein anderer Rath von der Farbe des Ministeriums ihm zur Seite gestellt werden. Duncker erwiderte: sobald seine Stellung Gegenstand eines ernstlichen Zwiespalts zwischen dem Kronprinzen und dem Könige werden sollte, werde er sich verpflichtet halten, zu gehen. Das Stillschweigen, welches ihm über diese Unterredung auferlegt wurde — nur der Kronprinz sollte darum wissen dürfen — hat er treulich gehalten. Ein drittes Mal wurde er darauf am 17. Juli zu Bismarck beschieden und diesmal auf seinen Amtseid über seine etwaige Wissenschaft oder Theilnahme bezüglich der Veröffentlichungen des bewußten Schriftwechsels vernommen. Seine Erklärung konnte nur dahin lauten, daß durch ihn weder direct noch indirect Jemand in die Möglichkeit versetzt worden sei, von dem Inhalt der Briefe Gebrauch zu machen, und daß er ohne jede Kenntniß darüber sei, wie die Veröffentlichungen zu Stande gekommen. Auch so, natürlich, blieb wenigstens der Verdacht, den Danziger Schritt verschuldet zu haben, auf ihm haften, ja die feudale Partei trieb ihre Verdächtigungen noch weiter. Er wurde in ihrer Presse geradezu beschuldigt, „in Orleanismus zu machen", es wurde angedeutet, daß nur gebieterische Rücksichten nicht gestatteten, seine Thätigkeit und seine Verbindungen näher zu beleuchten. Konnte er für das Alles Beruhigung und Genugthuung in dem freundschaftlichen Schreiben des Kronprinzen finden?

Doch eben dieses Schreiben hatte ihn ja zu einer mündlichen Besprechung nach Putbus entboten.

Er reiste am 18. Juli dorthin ab. Seine Entlassung erbitten hätte geheißen, den Danziger Schritt offen mißbilligen, den Kronprinzen bloßstellen, ihn freiwillig den Einwirkungen der Gegenseite preisgeben. Er konnte nur noch einmal rücksichtslos seine Meinung sagen und es darauf ankommen lassen, ob der Kronprinz darauf hin sich von ihm trennen werde. Es wäre das

ſehr nach ſeinem perſönlichen Wunſche geweſen. Im anderen Falle kannte er ſeine Pflicht, trotz alles Geſchehenen den Prinzen in die Bahnen zurückzuleiten, die er als die allein demſelben angemeſſenen und durch das Staatswohl gebotenen bezeichnet hatte.

Es beleuchtete die Situation ſcharf, daß er in Putbus mit Samwer zuſammentraf. Die beiden alten Freunde, der amtliche und der nichtamtliche Vertraute der kronprinzlichen Herrſchaften, ſahen ſich auf dieſem Boden als die Vertreter entgegengeſetzter Syſteme in die Augen, und Duncker gab in ſcharfen Worten zu verſtehen, daß er nicht blind gegen die Netze und Schlingen ſei, die man gegen ihn zu knüpfen geſchäftig ſei. Die Auseinanderſetzungen, die er dem kronprinzlichen Paare zu machen hatte und der gegenſeitige Meinungsaustauſch nahmen zwei Tage in Anſpruch. Er konnte den Eindruck bemerken, den ſein Bericht über die Vernehmung vom 17. Juli machte, und er fand, daß der Entſchluß, auf dem von ihm bekämpften Wege weiterzugehen, nicht ſo feſt ſtand, wie er nach dem Briefe des Kronprinzen angenommen hatte. Genug, es kam nicht zum Bruche. Eine Miſchung von Vorſicht und Anhänglichkeit ließen den Kronprinzen an ſeinem Rathgeber feſthalten. Am 20. kehrte dieſer nach Berlin zurück, nur wenig von ſeinen Beſorgniſſen erleichtert, aber entſchloſſen, auch ferner die Rathſchläge der Mäßigung und der Pflichterfüllung den verlockenderen Theorien der Zukunftspolitiker und den Vorſpiegelungen des Ehrgeizes entgegenzuſetzen.

13.

Noch immer im Dienſte des Kronprinzen.

Eine Gelegenheit, den Kronprinzen zugleich dem Könige und den Geſchäften wieder näher zu bringen, bot ſich gleich in den nächſten Tagen. Von der vorbereitenden Commiſſion des internationalen ſtatiſtiſchen Congreſſes, der demnächſt in Berlin zuſammentreten ſollte, war dem hohen Herrn die Bitte vorgetragen worden, an die Spitze des Congreſſes zu treten. Der König war dagegen. Da ließ Duncker den Kronprinzen ſeinen Wunſch, die ihm angetragene Ehre dennoch annehmen zu dürfen, in einer Eingabe ausſprechen, die in ihrer beſcheidenen Faſſung gleich ſehr wie in ihrer Begründung ganz darauf berechnet war, dem Bittenden die in öffentlichen Dingen ihm allein geziemende Stellung wiederzugeben und die verſtimmenden jüngſten Hergänge vergeſſen zu machen. Denn neben der Hervorhebung der wiſſenſchaftlichen und moraliſchen Bedeutung des Congreſſes nimmt der Entwurf eine deutlich antifortſchrittliche Wendung. Man hatte Seitens der Fortſchrittspartei die Aufſchiebung des Congreſſes als eine politiſche Demonſtration in Antrag gebracht. Der Magiſtrat von Berlin hatte in gleicher Abſicht den Beſchluß gefaßt, ſich jeder Betheiligung an demſelben zu enthalten. Dieſer Demonſtrationspolitik gegenüber meint die Eingabe, daß es um ſo mehr „unſere“ Aufgabe zu ſein ſcheine, die Fremden zu begrüßen, und daß es gerade in der gegenwärtigen Situation im Intereſſe Preußens liege, zu zeigen, „daß wir uns in gutem Selbſtgefühl und im Bewußtſein unſerer Kraft befinden, daß wir weder Dépit noch Beſorgniß haben“. Daß Männer wie Virchow und Schulze-

Delitzsch in der Commission Aufnahme gefunden, habe mit ihrer politischen Richtung nichts zu thun; gerade auf dem neutralen Boden der Statistik lasse sich am ehesten das Parteiwesen ignoriren, ja, es müsse zur Abstumpfung der politischen Erregung beitragen, wenn Männer von entgegengesetzten politischen Anschauungen für Zwecke nichtpolitischer Art zusammenzuarbeiten genöthigt seien.

Das dauernde Hinderniß indeß, den Kronprinzen zu positiver Theilnahme an der eigentlichen Politik zurückzubringen, bestand in seiner Abneigung gegen die Minister, die ihn bei Seite geschoben hatten. Da er durch nichts zu bewegen war, im Ministerrathe zu erscheinen, so blieb nichts übrig als ihn auf andere Weise, durch die ausgiebigste Berichterstattung über die im Staatsministerium zur Verhandlung kommenden Vorlagen, von dem Gange der Regierung in Kenntniß zu erhalten, ihn sachlich, insbesondere auch für solche Fragen zu interessiren, die außerhalb des Parteigegensatzes lagen. Nachdrücklich wiederholte Duncker den Rath, im Falle abweichender Meinung seine Einwände oder Vorschläge Sr. Majestät schriftlich vorzutragen. So lerne der König ihn kennen. Nicht unbedingt sei derselbe Eins mit dem Ministerium, und je angelegentlicher Seitens der Minister die persönliche Stellung zu Sr. Majestät gepflegt werde, je weniger Männer von unbefangenem Urtheil an höchster Stelle Gehör fänden, um so dringender sei es für den Kronprinzen geboten, diesen unbefangenen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Der beste Wille indeß und der ernsteste Fleiß hätten vorhanden sein müssen, wenn solche Vorhaltungen große Erfolge hätten erzielen sollen. Die Praxis der Enthaltung hatte nicht bloß den Schein größerer Gesinnungstüchtigkeit, sondern auch den Vorzug größerer Bequemlichkeit für sich. Nach wie vor wurden längere Abwesenheiten beliebt. Nachdem der Kronprinz Anfang August sich von Putbus nach Potsdam zurückgefunden hatte, von wo er unter Anderem — es handelte sich um den von Oesterreich in Scene gesetzten Fürstentag — nach Gastein berufen worden war, ging er im September nach England und Schottland; nur vorübergehend kehrte er Anfang November zur Eröffnung des Landtages zurück, um dann wieder bis Mitte December in England zu weilen.

Dorthin alſo hatte Duncker über den unerfreulichen Stand der inneren Politik zu berichten. Er ſchildert die verletzende Wirkung des ſcharfen, der Wahlbeeinfluſſung wegen von der Regierung auf die Beamten geübten Druckes, und er beklagt, daß ſich in Folge deſſen die Gegenſätze immer mehr ſpannen. Er verweilt in dem Bericht über das endliche Reſultat der Neuwahlen namentlich bei der ſchweren Niederlage der altliberalen Partei, um gleichzeitig die Meinung zurückzuweiſen, daß ſich dieſelbe, um wieder emporzukommen, mit dem Fortſchritt zu verbünden habe. In einer ausgeführten Vergleichung der beiden Parteien zeigt er dem Kronprinzen den regierungsfähigen Liberalismus im Gegenſatze zu dem, der um ihn warb. Obenan unter den Mitteln dieſer Werbung ſtand der Hinweis auf die angeblich der Dynaſtie unmittelbar drohende Gefahr. Duncker bekämpft dieſes Schreckbild. Wohl ſchildert auch er die Gefahren der Zukunft, gleich groß, wenn das reactionäre Syſtem ſich durch grobe Fehler der Oppoſition noch mehr befeſtigen ſollte, wenn andererſeits die Oppoſition ſiegen ſollte. Aber es giebt Hülfe, und auf dieſe Hülfe wendet er all' ſein Sinnen, möchte er auch die Gedanken des Kronprinzen hinwenden. Er bleibt dabei, daß die Verſtändigung auch jetzt noch auf Grundlage der zweijährigen Dienſtzeit, unter Anerkennung des Budgetsrechts des Abgeordnetenhauſes, zu haben wäre, und daß ſie geſucht werden müſſe. Der Conflict — ſo iſt ſeine mit Lebhaftigkeit entwickelte Meinung — kann und darf nicht dauern. Die Mittelpartei muß von Neuem geſammelt, der Rechtsboden, deſſen Verlaſſen dem Radicalismus ſo viel Nahrung zugeführt hat, muß wieder gewonnen werden. Und zwar nur von oben herab iſt dieſe Wendung möglich — ſie erfordert eine ſehr feſte, ruhige und umſichtige Hand, „einen entſchloſſenen Muth, der Stimmung ſoweit nachzugeben, als recht und nöthig, um ſie auf anderen Punkten deſto ſicherer anzuhalten und zu führen".

Bei der unerſchütterten Feſtigkeit, mit welcher der König bei der dreijährigen Dienſtzeit beharrte, waren freilich ſolche Hoffnungen und Rathſchläge eitel. Sie den Miniſtern gegenüber geltend zu machen, hatte Duncker keinerlei Gelegenheit: es war ſeiner Stellung durchaus entſprechend, daß er es jetzt grundſätzlich vermied, ſie zu ſprechen. Auch gegenüber dem Kronprinzen jedoch

war die Wirkung aller dieser wohlberechneten Auseinandersetzungen mehr als zweifelhaft. Es ist ein äußerst liebenswürdiger Brief, mit welchem der Kronprinz Dunckers Glückwunsch zu seinem Geburtstage beantwortete. Der Geschmack an den Freuden eines einfachen und innigen Familienlebens, der Sinn für die herrliche Natur der Hochlandswelt spricht sich mit fast kindlicher Unbefangenheit aus. Mit dem Bekenntniß alter Anhänglichkeit versichert der Briefsteller, daß er jedes Schreiben seines Berathers mit „dankbarem Interesse" empfange; — allein seine Auffassung der vaterländischen Dinge bleibt jene kühle, die mit der Gegenwart nichts zu schaffen haben will. Er hat offenbar noch von anderer Seite anders gefärbte Nachrichten erhalten, und diese beweisen ihm, „daß es bei uns Schritt für Schritt mit fürchterlicher Consequenz einem Verhängniß entgegengeht, welches nicht definirbar ist, das aufzuhalten ich aber nicht vermag".

Nicht ganz so resignirt stellt er sich zu den deutschen und den auswärtigen Fragen. Mit Genugthuung erzählt er, daß Königin Victoria in der holsteinischen Sache durchaus den deutschen Standpunkt einnehme, und begierig erwartet er weitere Berichte über die damals bei den Nürnberger Ministerconferenzen angelangten österreichischen Sonderbundsbestrebungen.

Daß Duncker diesem Interesse durch unausgesetzte, umsichtigste Berichterstattung mit Hülfe aller ihm zugänglichen Materialien entgegenkam, versteht sich; nur daß er, ohne allen Verkehr mit den Ministern, uneingeweiht in die letzten Motive der Regierung, sich vielfach mit Combinationen behelfen, sich auf Vermuthungen und auf die Entwickelung allgemeiner Gesichtspunkte beschränken mußte. So legt er beispielsweise in einer ganzen Reihe von Berichten seine Befürchtungen und Hoffnungen über die Aufrechterhaltung des Handelsvertrages mit Frankreich und über die österreichischen Versuche einer Sprengung des Zollvereins dar und kann endlich über die am 5. November in Berlin eröffneten Zollconferenzen um so sachkundiger Auskunft geben, da der alte Freund Mathy, jetzt wieder Mitglied des badischen Ministeriums, auf diesen Conferenzen eine hervorragende Rolle spielte. Am auffälligsten vielleicht macht sich das Draußenstehen Dunckers fühlbar bei jenem kecken Anlauf, welchen das Ministerium Schmerling im Sommer 1863

nahm, Preußen endlich einmal endgültig durch einen großen Reformplan für die deutsche Bundesverfassung zu überbieten, um es entweder auszuschließen oder unschädlich zu machen. Mit Einem Schlage sollte die Lösung der deutschen Frage Preußen aus der Hand gerissen und gleichzeitig im Namen der Einheit Gesammtdeutschlands die Reorganisation des Zollvereins unmöglich gemacht werden. Auf einem für den 16. August nach Frankfurt eingeladenen Congreß aller deutschen Fürsten sollte über diesen Reformplan, dessen Hauptzüge ein Bundesdirectorium und ein Delegirtenparlament waren, eine erste Verständigung erreicht werden. Der Moment war gut gewählt. Oesterreich durfte, der russenfreundlichen Haltung wegen, welche Preußen in der polnischen Sache eingenommen hatte, auf die Unterstützung Frankreichs rechnen. Oesterreich hatte in der letzten Zeit mit der Befestigung seiner inneren Zustände Fortschritte gemacht; es befand sich in den Flitterwochen seines centralisirenden Constitutionalismus, während Preußen im constitutionellen Conflict stand. Man hoffte durch die liberalen Anerbietungen des Reformprojects die deutschen Bevölkerungen zu gewinnen, deren Vertrauen zu Preußen seit dem Niedergang der neuen Aera stetig weiter zurückgegangen war. Mit welchem Eifer würde Duncker, wenn er noch in seiner ehemaligen Stellung gewesen wäre, die preußischen Staatsmänner zur Abwehr gespornt haben! Als jetzt der Kronprinz nach Gastein berufen worden war, wo Kaiser Franz Josef den König für seinen Plan und für die Betheiligung an dem Congreß zu gewinnen versucht hatte, konnte Duncker ihm am 8. August nur Betrachtungen und Ueberlegungen, nicht bestimmte Rathschlüsse nachschicken. Er wußte, daß Preußens Entschluß bezüglich des Fürstentages rasch gefaßt werden würde, und daß er daher wahrscheinlich nur „eine theoretische und verspätete Dissertation" schriebe. Nur drei Wege der Abwehr glaubt er zu erblicken, alle drei voll Gefahren; es sei das, so sagt er mit retrospectiver Kritik, die Folge der Versäumnisse von 1859. Preußen könne von dem Vertrage vom 8. Februar zum Bündniß mit Rußland übergehen und, darauf gestützt, in kühnem Wagen zur Lösung der Schleswig-Holsteinschen Frage schreiten, da dann das Frankfurter Geplane vor dem Ernst einer solchen nationalen That in Nichts zerfallen werde. Oder Preußen

könne sich an dem Fürstentage betheiligen; der Kronprinz würde dann den König zu vertreten haben; Oesterreichs liberale Anerbietungen müßten überboten, dem von Oesterreich vorgeschlagenen Directorium die Forderung einer zwischen Nord- und Süddeutschland getheilten Executive entgegengestellt werden. Oder endlich — auf die Gefahr der Isolirung und der gewaltsamen Verhinderung einer für Preußens Machtstellung unerträglichen Umbildung des Bundes — Ablehnung der Einladung! Duncker bezeichnet diesen dritten Weg als den einfachsten; denn Preußen habe nicht zu folgen, wenn Oesterreich gebiete; es möge erklären, daß seine Vorschläge längst gemacht seien, und daß es auf eine Reform nicht eintreten könne, die mit einem Act der Nichtachtung gegen Preußen eingeleitet wäre.

Die Sache Preußens stand trotz Allem besser, als sie sich dem besorgten Patrioten hatte darstellen wollen, und seine Geschicke befanden sich in der festesten Hand. Jener einfachste, von Duncker bevorzugte und in der That auch vom Kronprinzen in Gastein befürwortete Weg war eingeschlagen worden, und die von Oesterreich so geräuschvoll begonnene Unternehmung verlief rasch im Sande. Duncker hatte dem Kronprinzen nach England demnächst zu berichten, wie die während des Fürstentages stark österreichische Atmosphäre von Frankfurt alsbald durch den nachfolgenden Abgeordnetentag, Dank besonders dem Auftreten Häußers, gereinigt worden; er konnte weiter von den erfolglosen Anstrengungen Oesterreichs, die Frankfurter Regierungen festzuhalten und sie zu identischen Noten gegen Preußen zu bestimmen, endlich von dem Scheitern der nur noch von zehn deutschen Regierungen beschickten Nürnberger Conferenz berichten.

In voller Uebereinstimmung, wie in dieser Angelegenheit, befand sich Duncker mit dem Kronprinzen zunächst auch in der großen nationalen Frage, welche bald danach ganz Deutschland in Bewegung setzen und die Episode des österreichischen Fürstentages rasch in Vergessenheit bringen sollte. Endlich war die Zeit gekommen, wo über das Schicksal Schleswig-Holsteins die Würfel fielen, um in weiterer Folge auch den alten Streit Oesterreichs und Preußens um die Herrschaft in Deutschland zu Gunsten des jüngeren Rivalen zu entscheiden. Von dem gleichen Standpunkte

indeß, den anfangs dabei der preußische Thronfolger und sein politischer Rathgeber einnahmen, sollten die Wege beider bald genug auseinanderweichen, so daß ihr Verhältniß, je länger, desto unfruchtbarer und unerfreulicher, endlich die Lösung desselben unvermeidlich wurde. —

Wenn Duncker als einen der Wege, auf welchem Preußen den jüngsten von Oesterreich geplanten Vergewaltigungsversuch zu nichte machen könne, ein kühnes und selbständiges Vorgehen in der Schleswig-Holsteinschen Frage bezeichnet hatte, so gab der Stand dieser Frage hinreichende Handhaben dazu. Denn völlig erfolglos hatte sich während der Jahre 1861 und 62 der alte Streit fortgesponnen. Nicht bloß dem deutschen Bunde mit seinem wieder eingeschlafenen Executionsverfahren, auch dem vereinigten Andrängen der beiden deutschen Großmächte, ja selbst der Unterstützung der deutschen Forderungen durch Lord John Russell hatte Dänemark mit verwegener Hartnäckigkeit Trotz geboten. Unbeirrt ging der dänische Minister Hall, getragen von der öffentlichen Meinung des dänischen Volkes, auf die Durchführung des eiderdänischen Programms: Ausscheidung Holsteins aus der Gesammtverfassung, feste Vereinigung Schleswigs mit Dänemark, los. Eben als die polnische Frage die europäischen Mächte in Athem setzte und kriegerische Verwickelungen ganz anderer Art wahrscheinlich machte, war am 20. März 1863 das königliche Patent erschienen, welches, unter unverhohlener Nichtachtung der von Dänemark 1852 gegebenen Zusagen, eine neue, ausschließlich dem dänischen Interesse dienende Verfassung für Holstein octroyirte und, in unausbleiblicher Consequenz davon, die Einverleibung Schleswigs in die Monarchie in Aussicht stellte.

Während nun die nationale Erregung in Deutschland die umstandslose Verwirklichung der alten, jetzt nicht mehr durch die Abmachungen von 1852 verdunkelten Rechte der Herzogthümer für die einzig richtige Antwort auf die Märzverordnung erklärte, waren Oesterreich und Preußen auf die Bundesexecution zurückgekommen. Im Juli hatte auf ihren Antrag der Bundestag von der dänischen Regierung Rechenschaft über das Märzpatent gefordert und sich auf die Execution vorbereitet. So standen die Dinge zur Zeit des Frankfurter Fürstentages. Der Gedanke, daß Preußen diese vorsichtige,

langsame, an die Zustimmung des eifersüchtigen, ja gehässigen Oesterreich gebundene Politik durchbrechen und sich, gestützt auf den ungeduldig drängenden Volksgeist, von dem Londoner Protokoll lossagen, den Krieg gegen Dänemark auf die eigenen Schultern nehmen müsse, — dieser Gedanke bot sich damals einem preußischen Patrioten so natürlich an. Nur — so einfach war derselbe doch nicht zu verwirklichen, und die Verblendung Dänemarks ließ das vorsichtigste Vorgehen als das weiseste erscheinen. Nicht Preußen, sondern Dänemark übernahm auch ferner die Rolle des wagenden Spielers. Es verweigerte zunächst die Zurücknahme des Märzpatentes; es ging, angesichts der deutschen Executionsandrohung, noch weiter und spielte trotzig durch die vom Reichsrath am 13. November angenommene neue Verfassung für Dänemark-Schleswig seinen letzten Trumpf aus. Die neue Verfassung bedeutete die völlige Einverleibung Schleswigs, den unverhüllten Bruch mit den 1852 bezüglich der Herzogthümer vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen. Zwei Tage jedoch, nachdem das neue Grundgesetz votirt worden war, starb König Friedrich VII., der letzte männliche Sprosse der dänischen Königsfamilie: die Zeichnung der Verfassung wurde am 18. November seinem Nachfolger Christian von Glücksburg durch den Druck der aufgeregten Bevölkerung der Hauptstadt abgerungen.

Als Christian IX. war dieser der unbestrittene Erbe des dänischen Thrones. Nach dem Londoner Protokoll sollte er auch in den Herzogthümern succediren. Aber war dieses Protokoll nicht längst durch die dänischen Vertragswidrigkeiten, ganz handgreiflich soeben durch das neue Grundgesetz, hinfällig geworden? In der That, in Schleswig-Holstein sowohl wie in Deutschland war man einig, daß es sich jetzt nur noch um völlige Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark handeln könne, und daß die Nachfolge in jenen nicht dem „Protokollprinzen", sondern dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, dem Sohne Herzog Christians von Augustenburg gebühre. Denn der Letztere zwar hatte sich seiner gut begründeten Successionsansprüche gegen eine angenommene Entschädigung begeben, aber der Erbprinz hatte durch nachträgliche Erklärung seine eigenen verwahrt. Er trat jetzt in einer von Schloß Dolzig aus vom 16. November datirten Proclamation mit der Erklärung hervor,

daß er „kraft der von seinem Vater zu seinen Gunsten ausgestellten Verzichtsurkunde" die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein antrete, den deutschen Bund um Schutz seines Regierungsrechtes und der nationalen Rechte der Herzogthümer anzugehen im Begriff stehe. „Mein Recht ist Eure Rettung" — diese Worte der Proclamation fanden weithin Widerhall. Die Losreißung von dem dänischen Joch und die Anerkennung Herzog Friedrichs VIII. schien sich zu decken. Die Ansprüche des Augustenburgers waren die relativ am besten begründeten: gegenüber den willkürlichen Festsetzungen des Londoner Protokolls und den Vertragsbrüchen, den Knechtungsversuchen der Dänen, schienen sie vollends unanfechtbar und wurden zum festen Vorurtheil der öffentlichen Meinung in Deutschland.

„Was Sie" — schrieb damals, am 19. November, der Fürst von Hohenzollern an Duncker — „was Sie so lange fruchtlos als Preußens politische Aufgabe bezeichnet haben, nämlich die Inhandnahme der Schleswig-Holsteinschen Frage, steht jetzt als Realität im Vordergrunde und erheischt kühnes, kräftiges, durchschlagendes Handeln. — — Der Tod des dänischen Königs ist ein gefundener und unerhörter Glücksfall für Preußen, — wenn es ihn muthig ergreifen will."

So war selbstverständlich auch die Stimmung und Auffassung Dunckers, so war die Meinung Aller, die je für diese nationale Frage ein Herz gehabt hatten und die sich den Glauben an Preußen und dessen Führerberuf in Deutschland trotz Allem bewahrt hatten. Eine Unterredung mit Herrn v. Schleinitz überzeugte Duncker, daß auch dieser jetzt, wenn die Zügel noch in seiner Hand gelegen hätten, die Versäumniß von 1859 gutzumachen, von dem Londoner Protokoll zurückzutreten und mit raschem Entschluß für den Augustenburger vorzugehen, den Rath gegeben haben würde. Herr v. Schleinitz mochte diesen Standpunkt bei Seiner Majestät vertreten: Duncker war dazu nicht in der Lage; aber er that, was irgend seine Stellung, seine amtlichen und nichtamtlichen Beziehungen ihm gestatteten.

Zu seinem Bedauern befand sich der Kronprinz in England. Ihn mit allen Thatsachen und Rechtsgründen zu versehen, welche die Hinfälligkeit der dänischen Ansprüche und das Recht des

Auguſtenburgers ins Licht ſetzen konnten, war ſeine erſte Sorge, wie gering auch die Ausſicht war, dadurch indirect auf die Auffaſſung der engliſchen Regierung Einfluß zu üben. Er führt aus, und iſt ſicher, dem Kronprinzen damit nur zu ſagen, was dieſer ſich ſelbſt ſagte, daß der gegenwärtige Moment nicht vorübergelaſſen werden dürfe, wenn die Sache der Herzogthümer nicht für immer verloren, wenn die Mündung der Elbe nicht künftighin von den Geſchützen Dänemarks beherrſcht werden ſolle. Gern hätte er dem Kronprinzen auch ſeine eigene hoffnungsreiche Stimmung eingeflößt. Er berichtet mit Genugthuung, wie die Unterredungen, die der Erbprinz Friedrich ſoeben mit dem Könige und mit Bismarck gehabt, die Erwartungen des Prinzen übertroffen, wie der König gegen verſchiedene Perſönlichkeiten ſein Bedauern ausgeſprochen habe, daß Preußen durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls zwar nicht Dänemark, aber doch den Mitunterzeichnern gegenüber gebunden ſei. Die Beſorgniß, es könne auch diesmal das Eintreten in die Herzogthümerfrage zu einem Ende wie Olmütz führen, weiſt er mit feſtem Glauben an die Nothwendigkeit eines anderen Ausgangs und mit der Bemerkung zurück, daß König Wilhelm ganz anders zu der Sache ſtehe als Friedrich Wilhelm IV.; denn wie man auch über des Königs innere Politik urtheilen möge: das Zeugniß eines ſtarken Willens könne Niemand ihm verſagen.

Das Vorgehen Bismarcks ſchien nun freilich ſo kühn und ſo unzweideutig keineswegs, wie es die aufgeregte öffentliche Meinung wünſchte. Die deutſchen Patrioten, welche ein unmittelbares Eintreten für den Auguſtenburger forderten, die preußiſchen Patrioten, welche den Zeitpunkt gekommen meinten, wo Preußen dem öſterreichiſchen Kabinet durch unvermuthete Schläge zuvorkommen und Revanche für den Frankfurter Fürſtentag nehmen, wo es durch raſches Handeln Europa in Erſtaunen ſetzen müſſe, ſollten ſich gedulden lernen. Arm in Arm mit Oeſterreich vielmehr, auf Grund des Londoner Protokolls, ſetzte Bismarck am Bunde den Beſchluß ſchleuniger Vollſtreckung der Execution durch, mit dem erklärten Zweck, Dänemark zur Zurücknahme der Novemberverfaſſung und zu endlicher Erfüllung ſeiner Vertragspflichten zu zwingen. Occupation, nicht Execution wäre auch nach Dunckers Meinung die

richtigere Maßregel geweſen; ſchließe doch die Execution, ſo raiſonnirte auch er, als eine an eine beſtimmte Regierung gerichtete Forderung, im Grunde ſchon die Anerkennung dieſer Regierung in ſich. Das gab ſchlechte Bürgſchaft, daß Bismarck mit allem Ernſt darauf losgehen werde, die Herzogthümer den Dänen zu entreißen, was — ſo meinte Duncker weiter — wohl nur dann für ihn Werth haben würde, wenn es ſich um Erwerbung des Landes für Preußen handelte. Aber trotzdem möchte er ſo gern der Politik Bismarcks die günſtigſte Deutung geben. Er freut ſich der Beſchleunigung der Execution. Er verkennt nicht den relativen Vortheil, den es für Preußen habe, durch das Voranlaſſen des Bundes ſich gegen die Einſprache der europäiſchen Mächte zu decken, die Vorſtellungen preußiſchen Ehrgeizes hinfällig zu machen, die deutſchen Staaten zuſammenzuhalten, namentlich aber Oeſterreich feſtzumachen und an einem Preußen feindlichen Auftreten zu hindern. Gleichzeitig aber freut er ſich der wachſenden Bewegung im deutſchen Volke und traut derſelben zu, daß ſie ſich mächtig genug erweiſen werde, Preußen vorwärts zu drängen, wenn dasſelbe nicht vorziehe, aus freien Stücken zuzugreifen.

Und überallhin rührt er ſich. Seinen alten Freund, den Fürſten Hohenzollern, bittet er, er möge dem Könige etwas über den Ernſt und die Gunſt der Situation ſchreiben, ihm für den Kriegsfall ſeinen Dienſt in der Armee anbieten, den Kronprinzen aber zu beſchleunigter Rückkehr aus England auffordern. Er correſpondirt mit dem Auguſtenburger. Keinen Augenblick zaudert er, ſich mit Sammer, der neben Francke jetzt auguſtenburgiſcher Miniſter war, zu verſöhnen und ihm zu verſichern, daß er gern vergeſſe, was dahinter liege, da die neue Situation Beiden ein Feld gemeinſamer Wirkſamkeit eröffnet habe. Er ſetzt ſich mit dem gleichgeſinnten Freund Wolf Baudiſſin, und durch dieſen mit anderen Mitgliedern der holſteinſchen Ritterſchaft in Verbindung, um kräftiges Andrängen auf Preußen hervorzurufen. Nicht minder, natürlich, faßte er den Zuſammenhang ins Auge, in dem dieſe nationale Sache zu der inneren Politik ſtand. Seine Meinung, wie er ſie am 20. November einem der Führer des linken Centrums entwickelte, war die, daß dem Abgeordnetenhauſe durch die Schleswig-Holſteinſche Sache der beſte Anlaß geboten ſei, die

Opposition gegen die Militärfrage fallen zu lassen und so zur Beseitigung des inneren Conflicts beizutragen, daß es dagegen ein Widerspruch sein würde, in Einem Athem Preußen zum Eintreten zu drängen und zugleich die Entfernung des dermaligen Ministeriums zu fordern. Voll Vertrauen, mit einem Wort, zu der nationalen Gesinnung und dem Willensernst König Wilhelms, voll Respect und Zurückhaltung vor der Energie und Geschicklichkeit Bismarcks, weiß er sich in allewege wirklichen Erfolg nur von einem positiven Einwirken auf die zu versprechen, welche doch ersichtlich allein die Macht in Händen hatten. Erfüllt von Eifer für die nationale Sache, ist er zugleich bedacht, sie dazu zu benutzen, die Kluft zwischen Regierung und Volksvertretung, zwischen jener und dem auf der Seite der Volksvertretung stehenden Kronprinzen zu schließen. In diesem Sinne hielten sich alle seine Berichte an den Kronprinzen, in diesem Sinne bat er denselben auch direct, aus England zurückzukommen und den König zu bewahren, der nationalen Sache etwas zu vergeben — was die Nation schwerer verzeihe als Widerstand im Innern.

Seine Vorstellungen fanden wenig Gehör. Fürst Hohenzollern hatte den Gedanken, im gegenwärtigen Augenblick sich dem Könige zur Verfügung zu stellen, wohl ins Auge gefaßt, aber ihn nach weiterer Erwägung verworfen, da er unmöglich einem System dienen könne, das er für eine „Landescalamität" erachtete. Die Führer der fortschrittlichen Majorität im Abgeordnetenhause — wie hätten sie, die erklärt hatten, „Gewehr bei Fuß" diesem Ministerium selbst bei dem berechtigtsten Kriege gegenüberstehen zu müssen, widerrufen, wie hätten sie sich entschließen können, dieses Ministerium moralisch zu stärken, indem sie es für eine populäre Sache in den Kampf schickten! Der Kronprinz endlich hatte aus den Berichten Dunckers im Wesentlichen nur das herausgelesen, jedenfalls nur das sich angeeignet, was zu seiner eigenen Ansicht stimmte: daß Preußen sofort zur Occupation zu Gunsten des Herzogs Friedrich hätte schreiten sollen. Die Hoffnung, daß auch ein anderer Weg zum Ziele führen könne, theilte er nicht. „Von Bismarck," so schreibt er am 8. December aus Windsorcastle, „erwarte ich keinen Ausgang in meinem Sinne; er haßt die Augustenburger und sieht Revolution in dem nationalen Aufschwung

Deutſchlands. Er will Dänemark ſtärken und das Protokoll halten. Hiermit iſt Alles geſagt. Mithin verdankt ihm Preußen ein abermaliges „Zuſpät“, um endlich ſeine Stelle an Deutſchlands Spitze zu behaupten.“ Daß es ſo kommen würde, habe er ſofort vermuthet, als er die Nachricht von dem Tode König Friedrichs erfahren; damit rechtfertigt er ſein Fernbleiben von Berlin während der Tage der Entſcheidung; er habe nicht durch ſeine Anweſenheit auch nur den Schein der Möglichkeit auf ſich laden wollen, als hätte er mit jener unglücklichen Politik zu thun gehabt. Mit der Empfehlung einer der Bismarckſchen ſchnurſtracks entgegengeſetzten Politik bei dem Könige durchzudringen, habe er nicht auch nur träumen können. „Bei uns in England habe ich inzwiſchen für meinen lieben Freund, den Herzog Friedrich, täglich Lanzen gebrochen, wacker von meiner Frau unterſtützt, die ein ſelten deutſch warmfühlendes Herz in rührender, erhebender Weiſe an den Tag legt.“ —

Immer noch, wie man ſieht, und immer wieder der fortſchrittliche Standpunkt! Von dieſem Standpunkt aus hatte der Kronprinz des Königs Erlaubniß erlangt, freiwillig auch ferner von den Sitzungen des Staatsminiſteriums fern bleiben zu dürfen, den Conſeils nur auf jedesmaligen beſonderen Befehl beiwohnen zu brauchen. Nur inſoweit hatte er den Wünſchen Dunckers entſprochen, daß er, gleich Anfangs, wenigſtens einen ſchriftlichen Verſuch gemacht hatte, den König für ein unmittelbares Eintreten zu Gunſten des auguſtenburgiſchen Erbrechts zu beſtimmen. Im Vertrauen auf das warme Pflichtgefühl des Königs und deſſen Vorliebe für die Waffen hatte er friſch und bündig ausgeführt, wie man ohne eigene Verletzung der Verträge den Gegner ins Unrecht ſetzen könne, und wie, nicht durch Execution, ſondern durch Occupation der Krieg herbeizuführen ſei.

Was konnte Duncker anders thun, als den ſchwachen Faden weiterſpinnen, der danach den Kronprinzen mit dem actuellen Gange der preußiſchen Politik verband, um ihn womöglich zu vollerer Betheiligung an derſelben allmählich zurückzuleiten? Er mußte das um der großen nationalen Sache wegen, er mußte es um des eigenen Intereſſes des Kronprinzen wegen thun. Indem er ihm ſagt, wie glücklich es ihn mache, daß der Prinz ſich in

solcher Weise gegen den König ausgesprochen, berichtigt er zugleich die Meinung des Prinzen, als ob es sich nur um Gegenvorstellungen handele, die von vornherein aussichtslos seien. Nicht um die Vertretung eines Gegensatzes gegen die Intentionen Sr. Majestät habe es sich gehandelt und handele es sich ferner, sondern nur darum, wie er bestimmt glaube annehmen zu dürfen, die Intentionen Sr. Majestät gegen eine ungenügende und andere Ziele verfolgende Ausführung zu unterstützen. An dem von dem Kronprinzen gemeldeten Arrangement hinsichtlich der Theilnahme an den Staatsministerial- und Kronrathssitzungen hebt er nicht sowohl den Verzicht auf stärkeren Einfluß als das Positive hervor, daß „Ew. Königlichen Hoheit Verhältniß zu Sr. Majestät wieder einen sicheren Boden gewonnen", und daß „Ew. Königliche Hoheit dadurch in der Lage sind, Sr. Majestät persönlich die eigene Auffassung mitzutheilen, so oft es erforderlich scheinen kann". Auf die trübe Ansicht des Kronprinzen endlich, daß schon jetzt Alles verspielt sei, geht er keineswegs ein; er bekämpft sie nicht ausdrücklich; nur ganz sachlich hebt er hervor, daß immerhin der Bundesbeschluß ein harter Schlag gegen die Dänen sei, ja, daß die Execution vor der Occupation insofern für den Herzog Friedrich einen Vortheil voraushabe, als sie demselben einen größeren Spielraum gewähre, seine Operationen zu beginnen. Auch an einem Compliment für die Stellungnahme der Kronprinzessin fehlt es in dieser Dunckerschen Antwort vom 12. December nicht: sie zeigt vielleicht in höherem Grade als andere seiner Schriftstücke, daß der gerade und offene Mann neben der Gabe lehrhafter Klarheit, im gegebenen Falle auch die Gabe feiner Anbequemung und kluger Menschenbehandlung, eine im guten Sinne diplomatische Ader besaß.

Voll unruhiger Spannung freilich verfolgte er die weitere Entwickelung der Dinge in den nächsten Wochen. Mit dem Executionsbeschluß zwar, da er unter dem Vorbehalt erfolgt war, daß der König-Herzog seine Verpflichtungen gegen Deutschland erfülle, hatte er sich halbwegs ausgesöhnt und wiederholt dem Kronprinzen gegenüber hervorgehoben, was die Execution für den Herzog Friedrich Günstiges enthalte: aber über Bismarcks eigentliche Absichten war er nicht besser unterrichtet, als so ziemlich alle Welt.

Würde, auch vorausgesetzt, daß es demselben Ernst sei mit dem Wunsche, von dem Londoner Protokoll loszukommen und so die Rechte Deutschlands auf die Herzogthümer zu wahren, — würde die Hartnäckigkeit der Dänen, würde die diplomatische Kunst des preußischen Staatsmannes groß genug sein, dies Ziel zu erreichen? Seine Sorge wuchs in dem Maße, als sich der Gegensatz der mittelstaatlichen, mit der populären Agitation für den Prinzen von Augustenburg Hand in Hand gehenden Politik gegen die Politik der beiden deutschen Großmächte verschärfte. Er hielt nicht für ausgeschlossen, daß Preußens Einverständniß mit Oesterreich, hervorgegangen aus der Absicht, sich nicht vom Bunde mediatisiren zu lassen, ein Ende erreichen, daß Oesterreich in sein Protectionsverhältniß zu den Mittel- und Kleinstaaten zurückkehren, daß Preußen dazu könne gedrängt werden, zuletzt auch gegen Oesterreich nur an Rußland und England Anschluß zu nehmen und folglich am Protokoll festhalten zu müssen. Wenn Preußen, so äußert er sich am 4. Januar 1864, in der bisherigen unklaren und zweideutigen Position verharre, so laufe es nicht nur Gefahr, den Conflict in Deutschland anstatt gegen Dänemark zu haben, sondern es stärke auch die revolutionären Elemente, anstatt alle ehrlichen Leute, die aufrichtig national seien, von ihnen abzuziehen.

Das waren, da Oesterreich durch die Furcht vor Napoleon zu festem Anschluß an Preußen gedrängt war, und Bismarck es mit fester Hand mit sich zog, unbegründete Sorgen. Auch beunruhigten sie Duncker nur vorübergehend und machten allmählich einem immer bestimmteren Zutrauen zu dem Plane und der Methode des großen Staatsmannes Platz, der freilich keine Lust hatte, das Schiff von den momentan hochgehenden Wogen der nationalen Begeisterung in den europäischen Krieg tragen zu lassen, die Mächte über seine Ziele im Dunkeln ließ, um, die Execution mit Oesterreich in der einen, die diplomatischen Fäden in der anderen Hand, schließlich die Herzogthümer ohne europäischen Conflict in die Gewalt Preußens zu bringen. Ein entscheidender Schritt vorwärts auf diesem Wege war die Erklärung, mit der sich am 14. Januar 1864 die inzwischen zu festem Einvernehmen gelangten beiden deutschen Großmächte von der Majorität des Bundes losrissen. Zu Gunsten Friedrichs VIII., dem die von Sachsen und Hannover

geleitete Bundesexecution in Holstein thatsächlich jeden Vorschub geleistet hatte, und der seit Kurzem seine Residenz nach Kiel verlegt hatte, wollte die Majorität der deutschen Regierungen, für die das Londoner Protokoll nicht vorhanden war, jetzt auch Schleswig besetzen: Inpfandnahme Schleswigs, um, auf Grund des Protokolls, Dänemark zur Erfüllung seiner Pflichten zu zwingen, beantragten dagegen Preußen und Oesterreich. Unbekümmert um die Verwerfung dieses Antrags und um den Protest der Mittelstaaten erklärten sie, nunmehr auf eigene Hand mit der beantragten Maßregel vorgehen zu müssen. Sie hatten die Vorbereitungen dazu aufs Vollständigste getroffen. Am 16. Januar erließen sie an Dänemark ein Ultimatum, welches die Aufhebung der Novemberverfassung binnen 48 Stunden forderte. Unmittelbar nach der ablehnenden Antwort des dänischen Kabinets setzten sich die Truppen der Verbündeten gegen Schleswig in Marsch: am 1. Februar war die Eider überschritten.

In Folge dessen hatte denn nun der Kronprinz als Soldat eine active Rolle zu spielen. Auch Duncker aber war es vergönnt, auf dem Kriegsschauplatze zu erscheinen. Schon am 2. Februar rief ihn ein Befehl seines im Hauptquartier weilenden Herrn nach Schleswig. Er hätte freilich geglaubt, demselben in Berlin besser dienen zu können; aber er hatte doch seine Anwesenheit im Felde nicht zu bereuen. Wie ganz anders, wie viel hoffnungsreicher für Deutschland standen doch jetzt die Sachen, als bei seiner Anwesenheit in den Herzogthümern vor vierzehn Jahren! Es belebte seine Zuversicht auf einen günstigen Ausgang, daß er Zeuge war, wie der Krieg mit Ernst und mit wie trefflichem Material er geführt wurde. Unterwegs zunächst suchte er sich politisch nützlich zu machen. Er ließ es sich angelegen sein, in Kiel die Berather des Augustenburgers vor falschen Schritten zu bewahren. Dort nämlich meinte man, am besten für die Sache des Herzogs zu wirken, wenn man möglichst „correct" verführe und als eine schon bestehende Regierung diplomatische Noten erließe. Nicht erfolglos bekämpfte Duncker diese vermeintlich correcte Politik. Auch ihm lag ja die Sache des Augustenburgers am Herzen, allein jetzt wie später wußte er demselben keinen besseren Rath zu geben als den, sich direct an König Wilhelm zu wenden.

Am Nachmittag des 3. Februar kam er in Eckernförde an und hatte Mühe, sich in der Dunkelheit zum Hauptquartier durchzufinden, um sich noch an demselben Abend dem Kronprinzen vorzustellen. Die Trupps gefangener Dänen und die Verwundetentransporte, die er sah, kamen von dem blutigen und erfolgreichen Recognoscirungsgefecht, das die Oesterreicher bei Overselk gehabt hatten. Am Tage vorher hatte Prinz Friedrich Karl den Brückenkopf von Missunde zu erstürmen, die Dannewerkstellung zu durchbrechen und den Uebergang über die Schlei zu erzwingen gesucht; aber das Gefecht hatte abgebrochen werden müssen: der Versuch war mißlungen. Von Eckernförde aus, wohin er von dem Kronprinzen entlassen worden, berichtet Duncker darüber am 4. Februar an seine Frau, die ihn nicht ohne Bangigkeit hatte ziehen lassen und nicht mit Unrecht befürchtete, daß er mit den Reitstiefeln etwas zu viel vom Soldaten anziehen möchte. „Heute Morgen," schrieb er unter Anderem, „besuchte ich einige Cantonnements. Die Leute sind munter, bescheiden und höchst guten Muths, trotzdem daß es heute in den Schmutz schneit. Ich ließ mir von dem vorgestrigen Gefecht bei Missunde erzählen. Sie zeigten mir mit Stolz die Granatstücke in ihren Geschützen und die zerschossenen Deichseln und Räder. Es wurde wie von dem größten Vergnügen von diesem Nachmittag gesprochen. Um die Stärke und Tragweite der Armirung des Brückenkopfs von Missunde zu erkunden, hatte Prinz Friedrich Karl denselben zwei Stunden hindurch aus fünfzig Feldgeschützen beschießen lassen. Da das Feuer desselben schwächer wurde, und Missunde zugleich in Brand gerieth, gingen zwei Bataillone vor, um einen Handstreich zu versuchen. Sie kamen nur bis zum Grabenrand und hatten ziemlich starken Verlust. Aber die Leute betrachten sich doch als Sieger, da sie erst „auf Befehl", wie sie mir sagten, zurückgegangen wären und die Dänen die weiße Flagge aufgezogen hätten und um Erlaubniß gebeten, ihre Verwundeten zurückbringen zu dürfen. Es ist ein unschätzbares Material, das der preußische Staat in diesen Leuten besitzt."

Auch ferner sollte sich das bewähren. Nach dem Wunsche des Kronprinzen mußte Duncker noch einige Tage in seiner Nähe bleiben. Es waren ereignißreiche Tage, in denen sich rascher als man gehofft hatte die Sache zu Gunsten der Verbündeten entschied.

Ein Brief aus Schleswig vom 7. Februar vergegenwärtigt zugleich die kriegerischen Ereignisse und den äußeren und inneren Antheil, den Duncker daran nahm. Er schreibt: „Die große Dannewerk-Position existirt nicht mehr. Die Dänen haben dieselbe vorgestern Nacht zwischen 8 bis 10 Uhr in aller Stille verlassen, nachdem sie sich überzeugt, daß ihren Schanzen, bei Arnis gegenüber, überlegenes Geschütz in Stellung gebracht war und sie den Uebergang dort nicht verhindern könnten. Die Armee war ihnen lieber als die große Position: so sind sie mit Hinterlassung aller schweren Stücke davongegangen, um Alsen zu erreichen. Man hat bei Arnis ihren Rückzug erst zwischen 3 bis 4 Uhr Morgens, im Centrum erst zwischen 6 bis 7 Uhr bemerkt. Wie viel man ihnen gestern nun noch bis Flensburg hat abnehmen können, weiß ich nicht. Unsere Truppen marschiren allerdings weit besser als die Dänen, aber der Vorsprung war immerhin sehr groß. Ich war gestern Morgen auf einem freilich schlechten Klepper nach Arnis geritten in Erwartung einer schweren Action. Es blieb Alles still. Erst eine Stunde vor Arnis erfuhr ich, was geschehen. Die Truppen drängten sich zum Uebergange; obwohl sie die Nacht hindurch scharf marschirt waren, sah ich keinen Marodeur in sechs Bataillonen, an denen ich in entgegengesetzter Richtung zurückritt." — — „Ich mußte mich nach Schleswig aufmachen, wo ich denn gestern Abend eintraf. Die Stadt war beflaggt, illuminirt und voller Freude, ohne daß ein einziger Exceß gegen die Dänenfreunde und die verhaßten Beamten vorkam." — „Ich gehe heute nach Flensburg, das Prinz Friedrich Karl gestern Abend sicher schon erreicht haben wird. Das Centrum hat sich bemüht, die Dänen nach Kräften aufzuhalten. Leider begünstigte heute ein heftiges Schneetreiben ihren weiteren Rückzug in die Schanzen von Düppel."

Ueber sein körperliches Befinden konnte der Briefschreiber die Sorgende völlig beruhigen. Daß die Dänen aus Düppel und Alsen würden vertrieben werden, ist ihm keine Frage. Es war ihm eine Herzensstärkung, wenigstens im Felde die kräftige Action vor sich gehen zu sehen, die ihm stets im Sinne gelegen, und gemüthlich hatte er seine Freude an der Gutmüthigkeit und dem Humor unserer Soldaten. Mit Unruhe freilich sah er auf Berlin, aber keineswegs mit dem Mißtrauen derjenigen, welche nicht müde

wurden zu prophezeien, daß an allem Ende Bismarck nur im Interesse Dänemarks den Krieg begonnen, daß dessen frivole Parteipolitik alle kriegerischen Erfolge zu Schanden machen werde. Er ließ sich auch durch die Kieler nicht irre machen. Wenn Bismarck wirklich in diesen Tagen gegen den englischen Vertreter in Berlin, Buchanan, die beruhigende Aeußerung gethan hatte, der Uebergang über die Eider werde die Integrität Dänemarks nicht gefährden, so konnte damit eine friedliche Occupation verstanden sein. Die Kanonenschüsse, die seitdem gefallen waren, hatten natürlich Alles verändert; der Widerstand der Dänen hatte den Kriegsfall herbeigeführt, und dieser — so konnte nun nach Duncker's Meinung erklärt werden — habe die Verträge von 1852 zerrissen. Er legte mit Recht den größten Werth auf die Bemerkung der preußisch-österreichischen Depesche vom 31. Januar, daß, wenn die dänische Hartnäckigkeit Preußen und Oesterreich unverhältnißmäßige Opfer auferlegen sollte, die Verbündeten sich vorbehielten, mit den Protokollmächten auf anderer Basis als auf der der Abmachungen von 1851 und 52 Verständigung zu suchen. Die erklärte Abneigung der Königin von England, für Dänemark Krieg zu führen, der Druck, der für Oesterreich in der steten Sorge um Venetien lag, die durchaus friedfertige Haltung Frankreichs waren andere Gründe, ihn in seiner Hoffnung auf die Befreiung der Herzogthümer — und auf die Durchsetzung der Rechte des Prinzen von Augustenburg zu bestärken.

Mit dem Rückzug der Dänen in die Düppeler und Alsen-Stellung war ein unvermeidlicher Stillstand in der Kriegführung eingetreten — am 9. Februar durfte Duncker nach Berlin zurückkehren, um nun wieder von hier aus, fast täglich, dem Kronprinzen über die dortige politische Situation, soweit er sie zu durchschauen im Stande war, zu berichten. Langsam schoben sich die Heere der Verbündeten nordwärts; am 18. waren die Preußen in Kolding und hatten damit die jütische Grenze überschritten; Oesterreich zögerte, dem Einrücken in Jütland zuzustimmen, und die Ausführung des Gedankens, Dänemark vollständig niederzuwerfen, bevor das Ausland sich einmischen könne, war dadurch in hohem Grade erschwert. Nicht unbedenklich sah Duncker dieser Einmischung entgegen, die zu einer ernsten Gefahr werden mußte, sobald England

und Frankreich sich einigten. Auch für diesen Fall indeß wußte er am Schlimmen das Gute zu sehen: wenigstens die Zänkereien in Deutschland würden damit ein Ende haben; die Mittelstaaten, die sich so eben in Würzburg versammelt hatten, um nach den Erfolgen der verbündeten Waffen einen Ausweg aus ihrer Sonderstellung zu suchen, würden dann gezwungen sein, mit den beiden deutschen Großmächten gemeinschaftliche Sache zu machen. Noch immer stand die öffentliche Meinung der Bismarckschen Politik mit dem tiefsten Mißtrauen gegenüber. Die fortschrittliche Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses, welche noch am 22. Januar der Regierung mit großer Majorität die Mittel zu einem Kriege verweigert hatte, der kein anderes Resultat haben könne, als die Herzogthümer abermals an Dänemark auszuliefern, hatte sich selbstverständlich seit dem Ausbruch des Krieges zu keiner anderen Meinung bekehrt. Aber auch sehr gemäßigte Liberale, welche weit entfernt waren, diese Opposition für klug und patriotisch zu halten, blickten mit schwerer Sorge auf den Ausgang. Nicht so Duncker. Es ist charakteristisch für seinen hoffenden Muth, wie er einem dieser besorgten Freunde die Besorgniß auszureden und ihm die Lichtseite des Gemäldes zu zeigen sucht. „Welches auch das Ende sein möge," schreibt er den 21. Februar, — „darüber kann Niemand im Unklaren sein, daß der ursprüngliche Weg des Bundes: Anerkennung des Herzogs in Holstein, die europäische Lösung zu nothwendiger Folge haben mußte: „„Holstein für den Herzog, Schleswig für Dänemark"". Freuen wir uns einstweilen, daß die Dänen Schläge bekommen haben und die Herzogthümer frei sind und aufathmen nach schwerem Druck, daß sie die dänischen Beamten und Prediger gründlich loswerden sammt den Sprachrescripten. Kommen England und Frankreich zusammen, so würde man sich hier wahrscheinlich auf dem Standpunkt der Personalunion halten müssen, da Oesterreich in diesem Falle unbedingt an diesem System halten würde. Nimmt man dies aber nur scharf genug und läßt sich *vor* dem Abschluß weder aus Jütland noch aus Fünen, noch aus Alsen herausbringen durch Noten, so wäre die Sache auch damit noch nicht verloren. Dänemark nimmt lieber den Herzog Friedrich, bei welchem es Nordschleswig für sich retten kann, als die strenge Personalunion. Einstweilen

halte ich es für das beste Mittel, einen schlechten Ausgang herbeizuführen, wenn man denselben stets prophezeit auf dem Markt und dazu den Bürgerkrieg in Deutschland predigt. Unsere inneren Dinge hängen vollständig von dem Gange der auswärtigen Fragen ab."

In demselben Sinne war Duncker bemüht, sowohl dem Kronprinzen wie den Rathgebern des Prinzen von Augustenburg eine bessere Meinung von Bismarcks diplomatischem Feldzugsplan beizubringen, dessen Kern er mit Recht in dem Gedanken erblickte: „vermittelst der Verträge von 1851 und 52 von eben diesen Verträgen herunterzukommen". Je länger je mehr hatte er sich in diesen „technischen" Gedanken hineingefunden und sich mit demselben befreundet. Wenn er es aber der preußischen Diplomatie überlassen mußte, ihn glücklich zum Ziele zu führen, so konnte er wenigstens an Einem Punkte den Hebel ansetzen, für eben dieses Ziel zu arbeiten. „Wenn es," so schrieb er Ende Februar, angesichts der bevorstehenden von England zur Regelung der Frage angeregten europäischen Conferenz, an Sammer, „die Aufgabe der europäischen Verhandlung sein muß, Europa von der Unmöglichkeit einer anderen Lösung als durch die Trennung der Herzogthümer von Dänemark zu überzeugen, so ist es andererseits Eure Aufgabe, Preußen zu überzeugen, daß eine Durchführung der Personalunion für Preußen keinerlei realen Vortheil, dagegen die Einsetzung Herzog Friedrichs große reale Vortheile, und zwar größere als irgend eine andere Succession gewähren werde." Die Sache des Augustenburgers, wohlgemerkt, war ihm identisch mit der Sache der Herzogthümer, mit der Sache Preußens und Deutschlands. Unbekannt mit dem geheimen Sinnen Bismarcks, war er auf Vermuthungen und Schlüsse angewiesen, und es war begreiflich, daß dabei auch Fehlschlüsse unterliefen. Den Gedanken, die Herzogthümer für Preußen zu erwerben, hielt er, irriger Weise, für ausgeschlossen; hätte es sich darum gehandelt, handeln können, so würde, argumentirte er, Bismarck nicht so zögernd in die Frage eingetreten sein, würde er von Hause aus fester zugegriffen haben. Er sah einstweilen in dem Annexionsgedanken nichts als eine „Velleität gewisser militärischer Kreise". Daraus aber folgerte er, daß der Erbprinz sich auf den von Preußen und Oesterreich eingeschlagenen Weg

hinüberwenden müſſe, um durch dieſe Wendung zugleich ſein und der Herzogthümer Intereſſe zu fördern und zugleich Preußen die correcte Durchführung ſeines Spiels gegen Dänemark und die europäiſchen Mächte zu erleichtern. Dieſe Stellungnahme aber ſchien ihm um ſo mehr geboten, da die mittelſtaatliche Oppoſition gegen das Vorgehen der beiden großen Mächte trotz aller lauten Worte ſich immer haltloſer gezeigt hatte, und die Ausſicht einer wirkſamen Unterſtützung des Prinzen von dieſer Seite her geſchwunden war.

Die Mittelſtaaten, ſo führt er am 24. Februar dem Kronprinzen gegenüber aus, haben ſich von der Ohnmacht ihres Vorgehens ohne und gegen die Vormächte überzeugt. Dieſe Stütze alſo iſt zerbrochen: es bleibt dem Herzog mithin nur übrig, ſich an dem einzigen Punkte, an dem die Entſcheidung liegt, in Berlin, ſo gut als irgend möglich zu ſtellen. Er zeigt, daß der König dem Herzog freundlich geſinnt ſei, und daß Preußen, da es doch offenbar nicht unbedingt auf Oeſterreich zählen könne, leicht zu einer Annäherung an die mittelſtaatliche Auffaſſung geneigt ſein könne. Er formulirt die Anerbietungen, die der Herzog Preußen zu machen habe, um durch den Gedanken ſeiner Einſetzung den der Perſonalunion zu überbieten: Militär- und Flottenconvention, das Beſatzungsrecht von Rendsburg, die Militärhoheit über den Kieler Hafen, die Anlegung und die Verfügung über einen Kanal von der Elbe in die Oſtſee, Eintritt in den Zollverein, oder doch Zollconvention, Uebertragung der diplomatiſchen Vertretung Schleswig-Holſteins am Bunde und im Auslande. Er motivirt weiter die Nothwendigkeit eines ſolchen Vorgehens des Herzogs mit dem Bevorſtehen der europäiſchen Conferenz, bei der es darauf ankomme, Preußen über den Standpunkt der Perſonalunion hinauszubringen, ſowie mit der Erwägung, daß Preußen, wenn ſich die Dinge zu einem europäiſchen Kriege zuſpitzen ſollten, ſich nicht bloß mit einem idealen, ſondern nur mit einem realen Kriegspreiſe begnügen dürfe, und vorſichtig endlich deutet er an, daß für den Herzog ein weiterer Grund, ſich raſch in der angegebenen Weiſe zu entſcheiden, darin liege, daß unter Umſtänden — bei einer etwaigen Verſtändigung Preußens mit Rußland über die Frage — von anderer, oldenburgiſcher, Seite ähnliche Gebote gemacht werden könnten.

Dieselben Argumente führt er am 6. März dem Herzog selbst vor. Er zeigt, wie ein derartiger Schritt immer unaufschiebbarer werde. Die Bedenken, er könne nach anderen Seiten dadurch anstoßen oder könne eine ungünstige Antwort gewärtigen, sucht er hinwegzuraisonniren. Je weniger formell, je persönlich vertrauender die Annäherung geschehe, je mehr dabei das Interesse des Landes betont werde, um so größer sei die Aussicht auf einen günstigen Eindruck. Möglichst direct endlich — nicht durch den Kronprinzen, so lautet der Schlußwink des klugen Rathgebers. „Wenn ich," heißt es, „mir zu empfehlen erlaube, möglichst direct zu gehen, so habe ich dabei zugleich im Sinne, daß die Vermittelung einer hochstehenden Person nicht in Anspruch genommen werde. Diese hochstehende Person ist in demselben Maße stärker, als sie unbefangen, rein aus dem Interesse Preußens heraus spricht, und ihr Eingreifen verliert an Gewicht, wenn sie auf Anregung und Vermittelung zu handeln scheint. Je weniger zahlreich die Kräfte sind, welche hier in Bewegung gesetzt werden können, um so wichtiger erscheint es, diese hohe Person für die Momente der letzten Entscheidung intact zu erhalten, wo dann ein vollkommen offenes Eintreten am wirksamsten sein würde."

Es scheint, daß der Kronprinz damals die Dunckerschen Ansichten und Rathschläge über die von seinem Freunde Augustenburg einzuschlagenden Schritte theilte. Wenigstens erhellt aus der im dritten Bande des Sybelschen Werkes erwähnten kronprinzlichen Denkschrift vom 26. Februar, daß er die von Duncker bezeichneten von dem Erbprinzen Preußen zu bewilligenden Forderungen sich aneignete. Alle Dunckerschen Mittheilungen, für welche dieser namentlich auch die Depeschen des englischen Blaubuchs auszunutzen verstand — (er referirte über dasselbe auch im Aprilheft der Preußischen Jahrbücher) — nahm der Kronprinz mit Dank und in der wärmsten Anerkennung der geschickten und anziehenden Methode des Mittheilenden entgegen, und in voller Uebereinstimmung befanden sich Beide bezüglich der Nothwendigkeit rascher und energischer Fortsetzung der militärischen Operationen bis zu einem Punkte, wo die diplomatischen Verhandlungen den Erfolg nicht mehr gefährden könnten. Die sachkundigen militärischen Bemerkungen Dunckers wurden von dem Kronprinzen voll

gewürdigt, die Rathschläge desselben betreffend die von den preußischen Commissären in dem besetzten Lande zu ergreifenden Maßregeln wiederholt von ihm befürwortet. Der Kronprinz ging in dieser Zeit ganz auf in der Antheilnahme am Kriege: die große Politik wurde ihm eben nur durch Dunckers Berichte nahe gebracht; seine eigenen darauf bezüglichen Aeußerungen halten sich in ziemlich schwankender Unbestimmtheit und drücken nur allgemeine Befürchtungen darüber aus, ob die preußischen Waffenerfolge auch die gewünschte Frucht für die Herzogthümer bringen würden. Eine eingreifende Betheiligung am Kriege war ihm leider versagt, und mit der liebenswürdigsten Bescheidenheit spricht er sich über die ihm von dem Könige am fünfzigjährigen Gedächtnißtage von dessen Ernennung zum Ritter des eisernen Kreuzes verliehene Kriegsdecoration aus; die väterliche Meinung rührt ihn tief, während es ihn zugleich beschämt, „nach so wenig Erlebnissen und keiner Thätigkeit bereits decorirt zu sein, während noch kein Offizier Auszeichnungen erhielt, wo so Viele es verdienen." Als dann von den Preußen die Düppeler Schanzen am 18. April erstürmt waren — wie schlug da sein Soldatenherz, das zugleich ein so menschliches Herz war! „Nie," schrieb er, „werde ich die Erlebnisse, die unbeschreiblich grellen Gegensätze der Gefühlsmomente vergessen, die am 18. April bei Düppel sich meiner bemächtigten. Ich habe Gott gedankt, daß 1864 Preußen nach fünfzig Jahren dasselbe Volk in Waffen geblieben ist wie zur großen Freiheitszeit, und daß die aus einem ganz einzig in der Welt dastehenden Material gebildete Armee ihre Schuldigkeit gethan, dem in sie gesetzten Vertrauen vollständig entsprochen hat." Aber mit seiner soldatischen steht doch seine politische Gesinnung einigermaßen in Widerstreit. Die „schwülstigen Lobspenden" der loyalen Presse widern ihn an; zu deutlich glaubt er die Absicht derselben zu durchschauen, und die Versicherungen der officiösen Zeitung, daß König Wilhelm das Schwert nicht niederlegen werde, als bis Schleswig-Holstein für Deutschland wiedergewonnen sei, beruhigten ihn über das Schicksal der Herzogthümer so wenig wie die schweigsame Haltung des preußischen Premiers bei seinem halbtägigen Aufenthalt in Flensburg. Mit seinen soldatischen kämpften endlich einigermaßen auch seine häuslichen Gesinnungen. Gern hätte

er nach dem 18. einen Waffenstillstand eintreten sehen, der ihm erlaubt hätte, die Armee zu verlassen. Dennoch gab er Duncker Recht, welcher, so lange die Dänen in ihrem Widerstande beharrten, die Nothwendigkeit betonte, daß auch der Kronprinz ausharren müsse. Daß er, sobald der Waffenstillstand eingetreten sei und die diplomatische Action in den Vordergrund treten würde, nach Berlin zurückkehre, war nicht gegen Dunckers Wunsch und Rath. Bis dahin jedoch hatte der Prinz ein Opfer zu bringen. „Da Sie," schrieb derselbe, „meine glückliche Häuslichkeit kennen, werden Sie begreifen, daß mir das Längerverbleiben nicht leicht wird."

War aber so für jetzt zwischen Duncker und dem Kronprinzen Alles in guter Ordnung, so beharrte dagegen die Kieler Politik auf ihrer alten Fährte. Schon längst war es Dunckers Sorge, ob die Kieler durch ihr Verhalten nicht die von ihm selbst gewünschte Succession ihres Herzogs verspielen und vereiteln möchten. Warnend und rathend richtete er am 14. April ein längeres Schreiben an Francke. Euer Weg, so setzte er auch hier wieder auseinander, der Weg, den der Bund eingeschlagen hatte, führt im besten Falle nur dazu, Holstein für den Herzog, Schleswig für Dänemark zu gewinnen, und falsch wäre es, zu sagen, Holstein sei besser als nichts; man muß sagen: Schleswig-Holstein oder nichts! Oesterreich wiederum kann nach dem Wesen seines Staats und seinem Verhältniß zu Preußen gegenüber, selbst wenn es besorgte, Preußen könnte die Herzogthümer annectiren, nicht über die Personalunion hinaus. Anders Preußen. Preußen will offenbar die Herzogthümer nicht wieder an Dänemark zurückgeben. Aber es verlangt auch für sich einen Preis des Kampfes, und Herr v. Bismarck scheint es offen zu halten, ob die Herzogthümer dem Herzog Friedrich, dem Herzog von Oldenburg oder Preußen zufallen sollen. Er deducirt darauf, daß die indirecte Beherrschung der Herzogthümer für Preußen vortheilhafter sein dürfte, und glaubt andererseits zeigen zu können, daß die Annectirung eine europäische Unmöglichkeit wäre. Und die Aufgabe, welche diese Situation dem Herzog stellt? Man wird — lautet die Antwort — nicht zu nahe an Frankreich herangehen dürfen. Er constatirt den ungünstigen Eindruck, den das erste demüthige Schreiben des Augustenburgers an

den Kaiser und die spätere Reise des Herzogs von Gotha nach Paris gemacht habe. Das Praktische sei, die Bemühungen der Commissare für die Umwandlung der Justiz und Administration in Schleswig zu unterstützen und zu beschleunigen, da sich dann die Schleswig-Holsteiner in gewisser Weise auch an der Besiegung der Dänen betheiligen könnten. Alle Kundgebungen für die Conferenzen müßten gemeinsame Schleswig-Holsteinsche sein. Mit großer Sorgfalt müßte ferner die für später in Aussicht stehende Schleswigsche Volksabstimmung vorbereitet werden, und besser noch wäre es, wenn der Volksabstimmung das Votum einer ad hoc erwählten Ständeversammlung, gleichviel nach welchem Wahlgesetz, voranginge. Endlich der Hauptpunkt. Die Entscheidung liege in Berlin. In Berlin müsse daher der Herzog, auch auf die Gefahr einer Zurückweisung hin, annähernde Schritte thun — seine Position dabei werde unerschütterlich sein, wenn er nicht sein Recht, sondern seine Pflichten gegen die Herzogthümer voranstelle. „Eine rein ideale Politik zu verlangen, wäre utopisch."

Die Frage rückte der Entscheidung näher. Am 25. April war in London die europäische Conferenz eröffnet worden, und die deutschen Volksvertretungen, die Vereine, die Bevölkerung der Herzogthümer hatten sich beeilt, Europa von Neuem zu versichern, daß es keine andere Lösung gebe als völlige Befreiung Schleswig-Holsteins, Einsetzung Herzog Friedrichs. Dieser selbst hatte desgleichen fortgefahren, die Sache wie abgemacht zu betrachten, und hatte am 16. April eine Note an die Congreßmächte gerichtet, worin er den Krieg für einen Erbfolgekrieg erklärte, dessen Beilegung eben nur durch Realisirung seiner Erbansprüche auf die gänzlich von Dänemark losgetrennten Herzogthümer möglich sei. Mittlerweile indeß war auch der diesen Erbansprüchen entgegengesetzte, längst im Geheimen umgehende Gedanke einer Annexion des Landes durch Preußen aus dem Dunkel hervorgetreten. Derselbe war doch mehr als eine bloße „Velleität militärischer Kreise". Er war von einer verschwindenden Minorität in Schleswig-Holstein selbst, bestimmter in einer seit dem 11. Mai von dem Grafen Arnim-Boitzenburg in Umlauf gesetzten, in kurzer Zeit von zahlreichen Unterschriften bedeckten Adresse an den König ausgesprochen worden. Die Londoner Verhandlungen aber hatten

zunächst zu einer mit dem 12. Mai beginnenden Waffenruhe zwischen den kriegführenden Mächten, sodann, in der Sitzung vom 17. Mai, zu dem wichtigen Ergebniß geführt, daß, nach den Erklärungen der deutschen Mächte einerseits und Dänemarks andererseits, nicht nur das Londoner Protokoll, sondern auch die Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark unter Christian IX. als beseitigt gelten durfte.

Wie Duncker die Frage wegen der Annexion ansah, ist deutlich zu ersehen aus dem Aufsatz, den er am 19. Mai darüber für den soeben vom Kriegsschauplatze zurückgekehrten Kronprinzen niederschrieb. Die Frage war aufgeworfen: sie mußte ernst ins Auge gefaßt und erörtert werden. Die Vortheile des Besitzes der Herzogthümer für Preußen — die politische und rechtliche Möglichkeit der Einverleibung vorausgesetzt — bedurften keiner weitläuftigen Erörterung. Auch das war nicht vieler Worte bedürftig, daß es für Deutschland ein größerer Vortheil sei, wenn Preußen, als wenn ein kleinerer Staat die Wache der Nordmark in der Hand hätte. Und drittens: die Herzogthümer selbst würden in wirthschaftlicher wie in moralisch-politischer Beziehung nur gewinnen, wenn sie aus dem Leben eines Kleinstaats in das eines Großstaats hinüberträten. Aber nun die Gegenseite. Würden die europäischen Schwierigkeiten, würde das mißliche Verhältniß, in das die Einverleibung uns Oesterreich gegenüber brächte, zu überwinden sein? Würden die deutschen Klein- und Mittelstaaten in der Beraubung des Herzogs Friedrich nicht eine beständige Bedrohung ihrer selbst erblicken und um so mehr in engem Anschluß an Oesterreich Schutz suchen? Kann Preußen eine ganze mißgestimmte Bevölkerung zu seinen Unterthanen machen wollen? Endlich das Recht des Erbprinzen, über das nicht hinweggegangen werden kann außer durch freiwilligen Verzicht. Statt der Einverleibung also — ein mittlerer Weg! Für die Befreiung der Herzogthümer, für den fortdauernden Schutz, den sie Dänemark gegenüber nicht entbehren können, haben jene einen genügenden Preis zu zahlen; er besteht in den auch sonst schon aufgezählten Bedingungen militärischer, diplomatischer, maritimer und commerzieller Gemeinschaft mit Preußen. Auch gegen derartige Verträge zwar würde Oesterreich Einspruch erheben, auch Hannover und andere deutsche Staaten würde das

Beispiel einer solchen Unirung schrecken: allein der öffentlichen Meinung Deutschlands würde eine solche Form der Gemeinschaft gerechtfertigt erscheinen. In Preußen hinwiederum sind die Meinungen zwischen Einverleibung und Nichteinverleibung sichtbar getheilt; die erstere Meinung jedoch, da sie das Größere will, dürfte schließlich als die preußischere und patriotischere es über die andere davontragen.

Duncker hatte diesen Aufsatz noch nicht abgehen lassen, als ihn, an demselben 19. Mai, der Ministerpräsident auf das auswärtige Amt bescheiden ließ. Es war die erste Unterredung wieder, die er mit ihm hatte seit jener Vernehmung über die veröffentlichte kronprinzliche Correspondenz. Unsere Politik, begann Herr v. Bismarck, sei in ein sehr wichtiges Stadium getreten. Da es sich dabei um die Interessen des Königlichen Hauses und des Staates handle, dem Se. Königliche Hoheit am nächsten stehe, so wünsche er, daß Se. Königliche Hoheit fortdauernd in voller Kenntniß der Lage sei; auch das Geheimste daher werde er bei der Mittheilung der Depeschen nicht zurückhalten — er vertraue, bei der Schwere der Folgen, auf des Kronprinzen unbedingteste Verschwiegenheit.

So that der Minister, durch dessen Rücksichtslosigkeit sich der Kronprinz so tief verletzt gefühlt hatte, diesem zuerst einen Schritt entgegen. Im Interesse des Staates verfuhr er so. Denn wie auch die Sache der Herzogthümer ausging: der Thronerbe war zu nahe dabei betheiligt, als daß ihm nicht jede Einsicht in den Stand der Dinge und der Verhandlungen hätte gewährt werden müssen. Wenn die Herzogthümer dem Augustenburger übergeben werden mußten, so würde diese Wendung den Kronprinzen für die bisher von ihm perhorrescirte Politik gewinnen. Wenn der Augustenburger starke Concessionen an Preußen machen mußte, so konnte der Kronprinz dafür ein guter Mittelsmann werden. Wenn es zur Einverleibung kam, so war es wünschenswerth, ihn über alle dabei in Frage kommenden Rücksichten und Beweggründe, alle Momente und Kräfte, die ins Spiel kamen, in genauer Kenntniß zu erhalten, um seine Abneigung gegen diese Lösung zu überwinden und ihn schließlich auch damit zu versöhnen.

Unabänderlich war wohl für jetzt Bismarcks Entschluß noch nicht gefaßt. Daß die Annexion das Ziel war, das er erhoffte und erwünschte, das geht aus dem weiteren Verlaufe der Unterredung mit Duncker unzweideutig genug hervor. Der Minister entwickelte diesem den ganzen Gang seiner bisherigen Politik und ließ die weiteren Ziele derselben durchscheinen.

„Es ist mir gelungen," sagte der Minister, „was den Meisten unmöglich schien, Oesterreich zur Lossagung vom Londoner Vertrage zu bewegen. Die Selbständigkeit der Herzogthümer sammt den materiellen Garantien, welche für dieselben unsererseits gefordert wurden, sind sogleich in der Conferenz von den Dänen zurückgewiesen worden. Die dynastische Frage tritt damit in den Vordergrund. Ich habe nichts gegen die Augustenburger. Es ist von keiner durchschlagenden Bedeutung für Preußen, 200 bis 300 Quadratmeilen mehr zu besitzen sammt einer halben Million Unterthanen, wenn die Vortheile, die die Herrschaft dieses Territoriums darbietet, auch auf andere Weise für Preußen gewonnen werden können. Es handelt sich wesentlich um die Marine. — — Wir brauchen ferner den Kanal, den wir bereits in London verlangt haben. Eine Militärconvention ist erwünscht, aber diese steht nicht in erster Linie."

Ungefähr so war ja auch Dunckers Meinung. Allein einen anderen Punkt gab es, an dem die Anschauungsweise der Beiden in der untersten Wurzel verschieden war. Dunckers Politik stand auf dem Boden des Liberalismus: in der Gegnerschaft gegen den Liberalismus war der Minister groß geworden, war er zu seiner staatsmännischen Stellung emporgekommen. Seine äußere Politik war aus Einem Stück mit seiner inneren, oder jene, wenn sie darüber hinausgewachsen war, mußte sich wenigstens dieser anpassen. Er fuhr fort:

„Neben solcher Stellung in den Herzogthümern brauchen wir Garantien für ein conservatives Regiment. Oesterreich dürfte sich ohne solche unter keinen Umständen entschließen, den Herzog anzuerkennen. Und auch wir hätten ohne diese keinerlei Gewähr, daß die gemachten Versprechungen ausgeführt werden würden oder ausführbar sein würden. Der Herzog hat die Verfassung von 1848 proclamirt. Sie enthält neben einer breiten demokratischen

Grundlage die volle Ministerverantwortlichkeit. Wenn die Stände, nach dieser Verfassung gewählt, die Versprechungen des Herzogs nicht ratihabiren, so sind wir um unseren Vertrag. Wollte der Herzog dann auch einer renitenten Majorität gegenüber das Ministerium ändern, so würde er, Dank dem Gesetze der Verantwortlichkeit, Niemanden finden, der es übernähme, den Vertrag durchzusetzen." Und nun kam der Minister auf die gegenwärtigen Räthe des Herzogs zu sprechen, welche Coburg-Gothasche Beamte seien, und auf die Correspondenz, die von Gotha aus mit den Leitern der preußischen Fortschrittspartei gepflogen worden sei. „Es ist," fuhr er fort, „gegen die Ehre der preußischen Regierung, Schleswig-Holstein den Dänen abzunehmen, um die Regierung der Herzogthümer Männern in die Hand zu geben, welche die Opposition in Preußen gegen die Regierung angetrieben und angefeuert haben. Bleibt der Herzog von diesen Räthen umgeben, so haben wir zu erwarten, daß wir uns selbst ein zweites Gotha an der Elbe etablirt haben, daß die Herzogthümer in analoger Weise regiert werden würden, daß bei uns abgesetzte Beamte dort angestellt, die oppositionelle Presse unterstützt, der Fortschritt in Zukunft von Gotha und von Kiel aus berathen und geleitet werden würde." — —

Diesen Auslassungen gegenüber durfte Duncker füglich die Vertheidigung des Augustenburgers übernehmen. Wenn sich derselbe anfangs auf die Demokratie gestützt habe, so sei dies nothgedrungen geschehen, weil ihm jede andere Stütze gefehlt habe. Derselbe sei ein Mann von gemäßigt liberaler, ja von conservativliberaler Gesinnung. Auch die Bevölkerung der Herzogthümer besitze nur geringe demokratische Neigungen. Der Herzog, so sei anzunehmen, werde dem Verlangen nach derartigen Garantien in billiger Weise entsprechen, — nur jedenfalls dafür die Anerkennung seines Rechts fordern.

Allein des Herzogs Rechnung stand bei Bismarck nicht günstig. Von vornherein habe derselbe eine falsche Stellung eingenommen. Keineswegs habe er dem Herzog, als ihn derselbe am vorigen 17. November besucht habe, jede Aussicht auf Unterstützung abgeschnitten, sondern nur die Schwierigkeiten hervorgehoben, welche einer solchen im Wege ständen. Trotzdem habe sich der Herzog

zuerst der Demokratie, dann den Mittelstaaten in die Arme geworfen, und erst, als weder das Eine noch das Andere von Erfolg gewesen, Versuche der Annäherung an Preußen gemacht. Hätte er nicht von vornherein dem Könige mit Vertrauen seine Sache in die Hand legen, oder danach wenigstens — was ihm nicht verweigert worden wäre — die Erlaubniß erbitten sollen, den Feldzug mitzumachen? Erst später habe er Zugeständnisse angeboten und durch einen Unterhändler Verhandlungen angeknüpft, nur, um sie alsbald wieder fallen zu lassen. „Preußen," so nahm der Minister die Erläuterung seiner eigenen Politik wieder auf, „konnte unmöglich mit der ersten demokratischen Welle gehen. Hätten wir dies gethan: die Dinge wären ebenso gegangen wie 1848. Wir würden sehr bald isolirt gewesen sein und alle Mächte gegen uns gehabt haben, bis auf die Bundesgenossenschaft der Mittel- und Kleinstaaten, deren Hülfe sich für die erste Zeit nicht auf höher als etwa 40 000 Mann anschlagen läßt. Wir wären dann wieder, wie 1850, genöthigt gewesen, einen großen Ansatz mit einer Niederlage zu beenden."

Und nun kam der Minister auf die jetzt im Vordergrunde stehende Frage zurück. An dem Herzog sei es, die Initiative zu ergreifen. Da der Kronprinz demselben befreundet sei, liege der Gedanke nahe, daß dieser ihm eine Andeutung über jene conservativen Garantien als unerläßliche Bedingung der Anerkennung mache. Duncker solle es übernehmen, den Kronprinzen zu einer Mittheilung dieses Inhalts an den Herzog zu veranlassen. Daß Gefahr im Verzuge sei, verrieth der Schluß der Unterredung: Herr v. Bismarck brachte die Annexion zur Sprache. Er glaubte annehmen zu dürfen, daß die Ansicht des Kronprinzen entschieden gegen dieselbe sei und fragte nach Dunckers Auffassung darüber. Dieser glaubte nicht besser darauf antworten zu können als durch die Verlesung jener völlig objectiv gehaltenen Exposition für den Kronprinzen, die er zu sich gesteckt hatte. Stark genug stach der theoretische Charakter derselben von dem Ideengange des die Loose in der Hand haltenden Praktikers ab. Von jener conservativen Garantie enthielt der Dunckersche Aufsatz nichts, während er andererseits viel stärkere Zumuthungen an den Herzog stellte. Dem gegenüber ging Herr v. Bismarck deutlicher mit der Sprache

heraus. Eine Stellung, wie Duncker sie dem Herzog Friedrich zudenke, bemerkte er, unterscheide sich nicht wesentlich von der eines Civilstatthalters und dürfte dem Herzoge wohl bald sehr unbequem werden, während das mit einem so weit gehenden Vertrage von Preußen aufgestellte Beispiel der Unirung überall nur abschreckend wirken würde. „Um offen zu Ihnen zu sprechen," fuhr er fort, „wir können die Annexion machen, wenn wir sie machen wollen. Oesterreich sieht die Herzogthümer lieber in unseren Händen als in denen des Herzogs Friedrich. Bayern und Württemberg blicken mit solcher Besorgniß auf die Errichtung eines demokratischen Lagers an der Elbe, daß sie demselben eine Vergrößerung unseres Territoriums vorziehen würden. Herr v. Beust ist ebenfalls damit einverstanden. Frankreich giebt die Annectirung in der Hoffnung zu, uns dadurch mit England und Oesterreich zu brouilliren; weitere Gegenleistungen verlangt es nicht. In Bezug auf England könnte die Hoffnung in Erfüllung gehen, falls die Engländer sich nicht, wie ich glaube, bald in das fait accompli schickten; in Bezug auf Oesterreich nicht. Ich handle in der dänischen Frage nicht ohne das Einverständniß Oesterreichs; auf diesem beruht unsere Sicherheit gegen Frankreich. Rußland trachtet schon wieder danach, sich mit Frankreich über die orientalischen Verhältnisse zu arrangiren. In der Annexionsfrage hat es vielleicht Bedenken, würde aber nicht gegen uns handeln."

Hierauf hatte Duncker nur zu bemerken, daß, wenn es auf diese Weise auch möglich erscheinen könnte, die europäischen Schwierigkeiten zu besiegen, doch über den Rechtspunkt nicht hinwegzukommen sei. Vielmehr, entgegnete Herr v. Bismarck, nach dem strengen Recht würde das Land in acht bis neun Stücke zerlegt werden müssen; eine stricte Ausführung des Rechts mithin sei unmöglich, und Herzog Friedrich könnte für seine Ansprüche etwa durch Lauenburg und südliche Theile von Holstein entschädigt werden. Nun unterließ Duncker nicht, auf die Stimmung und Ueberzeugung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein aufmerksam zu machen, und als der Minister diese doch nur in Holstein starke öffentliche Meinung auf gothaische Agitation zurückführen wollte, so trat er mit Bestimmtheit für die Freiwilligkeit der Kundgebungen der Bevölkerung ein; man sehe in dem Rechte des Herzogs das

einzige Mittel, von Dänemark loszukommen; er, Duncker, habe ſelber in dieſem Sinne empfunden und dieſe Auffaſſung bethätigt. Wohl denn, meinte der Miniſter, auch darüber ſei hinauszukommen; Preußen habe ja ſelbſt ein Votum der Stände beantragt. Und noch einmal faßte er ſeine Meinung zuſammen: „Wir können annectiren; wir wollen es nicht, ſobald der Herzog uns Garantien für ein conſervatives Gouvernement giebt.“

So ſtark hatte in dieſer Unterredung, deren ganzen Inhalt Duncker dem Kronprinzen mittheilte, Herr v. Bismarck den Trumpf der Annexion ausgeſpielt, daß manchem Anderen die Hoffnung, die Herzogthümer dem Auguſtenburger, wenngleich unter preußiſcher Oberhoheit, zuzuwenden, ſchon jetzt geſchwunden wäre; mußte doch insbeſondere die Forderung conſervativer Garantien als ein nicht wegzuräumendes Hinderniß erſcheinen. Zu feſt indeß war Duncker von dem Succeſſionsrecht Herzog Friedrichs überzeugt, zu viel galt ihm die öffentliche Meinung der Herzogthümer, in die er ſich von alten Tagen her eingelebt hatte, mit der zu ſympathiſiren ein Stück ſeines Liberalismus war, als daß er ſo raſch den Glauben an das hätte aufgeben ſollen, was ihm noch immer als der „beſte Mittelweg“ erſchien. Das Recht des Auguſtenburgers auf der einen, das Machtintereſſe des preußiſchen Staates auf der anderen Seite. Vollkommen ſachlich und ſelbſtlos verhandelte er mit beiden Lagern, welche beide ſeine Zuſtimmung und vermittelnde Hülfe in Anſpruch nahmen. Offen und loyal wußte er ſowohl dem Kronprinzen, der ſich immer entſchiedener und unbedingter auf den Auguſtenburgiſchen Standpunkt ſtellte, wie dem Miniſter gerecht zu werden, deſſen Politik er, je näher er ſie kennen lernte, um ſo weniger mißbilligen konnte, und deren Ueberlegenheit ihm in demſelben Maße Anerkennung abnöthigte, als ihm die Fehler der Auguſtenburgiſchen Politik ſeine Vermittlerrolle erſchwerten.

Auf die Unterredung, die er am 19. Mai mit Herrn v. Bismarck gehabt, folgten bald mehrere andere, die ihn immer tiefer in die geſchickten Schachzüge, denen die bisherigen Erfolge verdankt wurden, einweihten. Er erfuhr aus dem Munde des großen Diplomaten, worauf dieſer gerechnet, wie es ihm gelungen, Oeſterreich mitzuziehen und vorwärts zu treiben: die brennende Frage für die Gegenwart blieb, ob Annexion, ob Einſetzung des Auguſten-

burgers. Es verbesserte die Sache des Letzteren in Bismarcks Augen nicht, daß die Oesterreicher sich plötzlich sehr warm für denselben bemühten, — damit er ihnen, nicht Preußen seine Erhebung verdanke. Duncker hatte einen harten Stand, die preußische Gesinnung und den ehrenwerthen Charakter Herzog Friedrichs hervorzuheben und seine Freunde Samwer und Francke gegen die Vorwürfe zu vertheidigen, die der Minister gegen die Unzuverlässigkeit und das preußenfeindliche Ränkespiel des Augustenburgischen Lagers erhob; wirksamer mochte er ausführen, daß der Herzog durch Verweigerung des Preußen zu gewährenden Kampfpreises sich bei Sr. Majestät, beim preußischen Volke, ja bei seinem eigenen Volke, welches die Uebernahme des Militärs und der Marine durch Preußen für eine Wohlthat ansehe, ruiniren würde; aber ein weggeworfenes Wort war es wohl, wenn er hinzufügte, der Herzog werde die bezeichneten äußeren Oberhoheitsbeschränkungen um so eher bewilligen können, je weniger man hinsichtlich der inneren Politik von ihm fordere. Die Probe mußte gemacht werden. Duncker erhielt von Bismarck den Auftrag, durch den Kronprinzen zu bewirken, daß der Herzog komme, und zwar von sich aus komme, und in Berlin seine Anerbietungen mache.

Die Unterredung zwischen dem Herzog und dem preußischen Premier fand am 1. Juni statt; nicht Duncker, nicht der Kronprinz, sondern die Augustenburgische Presse trug die Schuld, daß es hieß, der Herzog sei auf officielle Einladung gekommen. Es ist bekannt, wie diese Unterredung ergebnißlos verlief. Der inzwischen am 28. Mai von Preußen und Oesterreich auf der Londoner Conferenz für die Herzogthümer vorgeschlagene Candidat hatte sehr wichtige Punkte der Bismarckschen Forderungen nicht annehmen zu können erklärt, er hatte seine Einsetzung als selbstverständlich behandelt und sich als Souverän gebärdet; der Minister dagegen hatte ihn das Irrige dieser Auffassung fühlen lassen und ihm nicht verhehlt, daß Preußen die Rolle des Mohren, der seine Schuldigkeit gethan, unter keinen Umständen, auch nicht auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin, acceptiren würde.

Es war nicht leicht, für den seine Lage so arg verkennenden Mann sich einzusetzen. Duncker entwickelte nichtsdestoweniger in dieser Richtung die eifrigste Thätigkeit. An die Adresse des Kron-

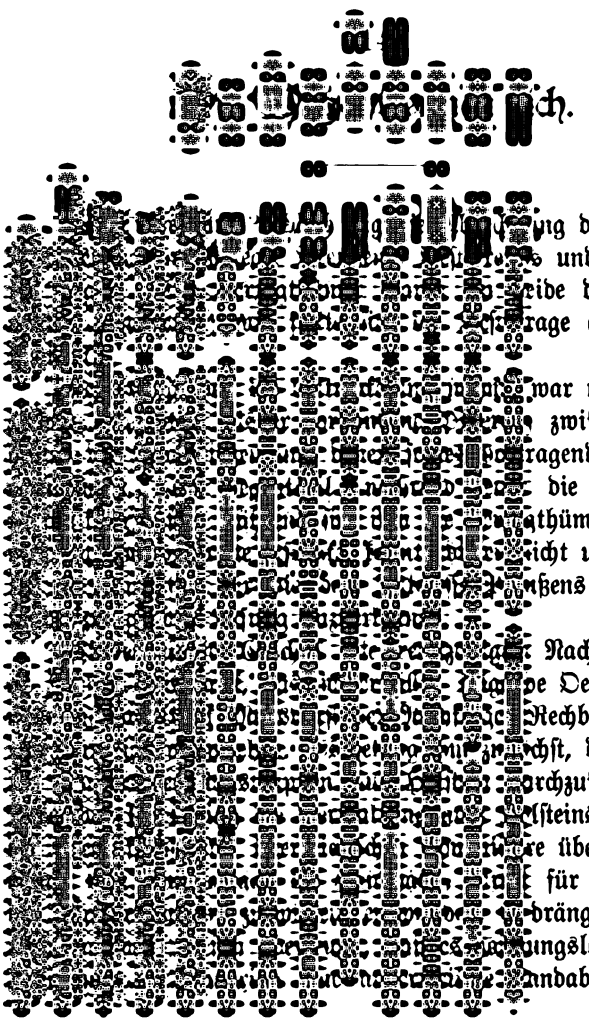
prinzen richtet er am 10. Juni eine die Frage so einsichtig wie dringlich darlegende Denkschrift, die ebenso gut an die Adresse des Herzogs gerichtet sein könnte. Er zeigt, daß der Herzog falsch gerechnet, wenn er auf den Antagonismus von Oesterreich und Preußen und auf die Mittelstaaten gerechnet habe. Die möglichst nördliche Grenzlinie, Schutz und Sicherung seiner Marken könne er einzig durch Preußens guten Willen erreichen. Dafür eben habe er dann jene Gegenleistungen zu zahlen, zu deren Gewährung er sich nicht habe bereit finden lassen. Und zwar müsse Preußen die vertragsmäßige Sicherung jener Zugeständnisse im Voraus verlangen, da persönliches Vertrauen hier nicht am Platze sei, da nach dem Regierungsantritt die verschiedensten Einwirkungen sich geltend machen würden, auch die in der Unterredung mit Bismarck gefallene Aeußerung des Herzogs, er würde durch den Bund rascher und leichter zum Ziel gekommen sein, als durch Preußen, es zweifelhaft erscheinen lasse, wie weit er sich Preußen zu Dank verpflichtet fühle. Die Denkschrift zeigt weiter, daß, nach der bisherigen Zurückhaltung des Herzogs, Preußen nicht weiter für ihn gebunden sei als durch den Vorschlag vom 28. Mai in London, der bisher weder von den Neutralen noch von Dänemark acceptirt sei. Ein Grund, mit der bindenden Zusage sich zu beeilen, sei unter diesen Umständen auch dies, daß sich ein anderer Candidat, der Oldenburger, im Hintergrunde halte. Endlich: der abgeschlossene Vertrag mit Preußen sichere den Herzog gegen jede Pression von anderer Seite, ebensowohl gegen weitergehende Zumuthungen, wie gegen solche, die die Ausführung des Vertrages könnten hindern wollen. Noch einen, den persönlichen Verhältnissen angepaßten Rath endlich mischt Duncker ein. Wenn der Herzog dem Minister mißtraue, wenn er sich gegen etwaige Hintergedanken desselben sichern wolle: was hindere ihn, Sr. Majestät dem Könige direct die nöthigen Zusagen in bindender Weise zu geben?

Stärker und dringender stellte er aber in Kiel die Gefahr der Lage vor. In einem ausführlichen Schreiben an Sammer vom 15. Juni setzt er zunächst auseinander, wie durchaus berechtigt die preußischen Forderungen seien. Der Herzog folglich mußte sich einlassen; er mußte erklären, er sei bereit, jede billige durch

das Interesse Preußens dictirte Forderung zu erfüllen; seine Gegenbedingungen seien nur die, welche die Pflicht gegen sein Land ihm auferlege: ganz Schleswig, oder doch die möglichst nördlichen Grenzen, die Anerkennung in einer bestimmten Frist, die Geheimhaltung des Vertrages. Dadurch hätte der Herzog Sicherheit gegen Bismarck erlangt und diesem — gerade wenn er ihm mißtraute — jeden Vorwand oder Grund geraubt, ihm in Preußen oder beim Könige zu schaden. Leitete ihn aber die Rücksicht, es mit Oesterreich und den Mittelstaaten nicht zu verderben: — werden und können diese ihn ohne und gegen Preußen einsetzen? Gewiß, dieselben sind bereit, ihn soweit gegen Preußen zu stützen, als sie die Annexion verhüten wollen, weiter jedoch als bis zu diesem Antagonismus reicht ihre Macht nicht; positiv werden sie weder dem Lande noch dem Herzog zu seinem Rechte verhelfen. Duncker glaubt aus der ablehnenden Haltung des Herzogs bei der Unterredung, sowie aus den Kieler Preßstimmen entnehmen zu müssen, daß man in Kiel eben nicht abschließen wolle. Er erblickt darin den verhängnißvollsten Fehler. Mit Nachdruck macht er auf die Oldenburger Gegencandidatur aufmerksam, die in dem Augenblicke bedenklich werden würde, wo, bei Wiederausbruch des Krieges, Frankreich und England möglicherweise einig würden und dem gegenüber die Unterstützung durch Rußland gesucht werden müßte. „So sehe ich die Situation," endet er. „Ich kann nur sagen, schließt lieber heute als morgen ab, und so günstig für Preußen, daß Ihr nicht überboten werden könnt. Macht Ihr Euch damit abhängig von Preußen, so habt Ihr auch Preußen von Euch abhängig gemacht; kommt Ihr damit in die Hand Preußens und Bismarcks, so habt Ihr auch die Hand des Königs für Euch gebunden." —

Auf der Conferenz drehten sich unterdessen die Verhandlungen um die Theilungslinie in Schleswig. Da eine Einigung darüber sich als unmöglich zeigte, da Preußen mit dem Vorschlag einer Volksabstimmung fast allein blieb, England auch mit dem Vorschlag einer schiedsrichterlichen Entscheidung scheiterte, so ging die Conferenz am 26. Juni, bis wohin die Waffenruhe verlängert worden war, ergebnißlos auseinander. Von Neuem sprachen die Waffen. Der glänzende Uebergang über den Alsensund, der die dänische Armee unter schweren Verlusten zwang, sich nach Fünen

zu flüchten, das Vorrücken in Jütland, wodurch auch hier die Dänen vertrieben wurden, die Erfolge der Verbündeten auch zur See brachen endlich die Zuversicht und Hartnäckigkeit des Feindes. Die in Kopenhagen plötzlich eingetretene Entmuthigung machte es Christian IX. möglich, das eiderdänische Ministerium Monrad abzuschütteln: das neue, aus ehemaligen Gesammtstaatsmännern gebildete Ministerium Moltke-Bluhme erbat zum Zwecke der Friedensverhandlungen eine neue Waffenruhe. Am 1. August kamen in Wien die Präliminarien, ein Vierteljahr später der Friede zu Stande, der die drei Herzogthümer frei gab und im Voraus die Verfügungen anerkannte, welche Preußen und Oesterreich über dieselben treffen würden. Noch bei dem Eintritt des Ministers Moltke hatte Duncker die Besorgniß gehabt, Dänemark werde nunmehr das Anerbieten machen, als Gesammtstaat, in Personalunion mit den Herzogthümern, in den deutschen Bund einzutreten und hatte hiegegen sich in lebhaftem patriotischen Unwillen ereifert; er hatte dann während der Wiener Verhandlungen in ängstlicher Spannung geschwebt; mit hoher Genugthuung durfte er das endliche Ergebniß begrüßen.



ein Stück Schlesien, von seinem Alliirten zu erlangen, jetzt auch seinerseits auf diese Entscheidung hin und durfte dafür auf die Unterstützung nicht nur Bayerns und Sachsens, sondern auch auf die in der Bevölkerung ganz Deutschlands vorherrschende öffentliche Meinung rechnen. Dem gegenüber beharrte der preußische Staatsmann auf dem Standpunkte, wie er ihn am 1. Juni 1864 dem Erbprinzen entwickelt hatte; er hatte die Zwischenzeit nur dazu benutzt, wiederholt geltend zu machen, daß sich über die Rechtsfrage auch anders denken lasse, daß die Erbansprüche, namentlich auch Oldenburgs, auch die brandenburgischen, zu prüfen seien. Die Kronsyndici waren zu einem Rechtsgutachten über die Frage aufgefordert worden, und am 22. Februar 1865 wurden endlich dem Wiener Kabinet die Bedingungen mitgetheilt, unter denen Preußen bereit sei, den Augustenburger zuzulassen. Die Forderungen gingen ein gut Theil weiter als die, auf welche hin der Erbprinz im Juni abzuschließen sich gesträubt hatte — sie hätten in der That Schleswig-Holstein zu einer preußischen Provinz, den Herzog zu einem bloßen „Civilstatthalter" gemacht. So erregten denn diese Forderungen auf allen Seiten Unwillen; sie wurden von Oesterreich als unverträglich mit dem Bundesrecht auf das Entschiedenste abgelehnt; und so mußte es einstweilen bei dem den Augustenburgischen Umtrieben den weitesten Spielraum gewährenden preußisch-österreichischen Condominium sein Bewenden haben. Die Hoffnungen der Augustenburgischen Partei aber stiegen, als gleichzeitig Oesterreich mit Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt gegen Preußen Chorus machte und mit dem Antrage am Bundestage vorging, der Bund möge die Erwartung aussprechen, daß die beiden deutschen Vormächte, die dermaligen Besitzer der Herzogthümer, nunmehr den Erbprinzen als Herzog einsetzen würden. Zum zweiten Male ließ sich durch diesen Stand der Dinge der Erbprinz verführen, am 31. März 1865 eine vorgängige Annahme der Februarforderungen abzulehnen. Quem deus vult perdere, dementat. Die Rathschläge, welche Duncker seinen Kieler Freunden in treuer und ehrlicher Meinung so oft und lange ans Herz gelegt hatte, waren überhört worden, und die Advocatenklugheit, die den Erbprinzen berieth und beherrschte, verbunden mit blindem Haß gegen den Leiter der preußischen Politik, mit particularistischem Unabhängig-

keits- und Souveränetätsgelüste sollte — zum Heile Deutschlands — ihrem verdienten Schicksale entgegengehen.

Je weniger man aber in Kiel gutem Rath Gehör zu geben geneigt war, um so verstimmter und verbitterter wurde man gegen den Rathgeber. Wer in der Herzogthümerfrage das preußische und allgemein deutsche Interesse obenan stellte, der wurde als ein Helfershelfer der Bismarckschen Junkerpolitik, als ein Verräther an der Sache des Rechtes und der Freiheit oder doch als ein Doctrinär verschrieen, der, verleitet durch die Vorstellung eines idealen Preußen, wie es nur in der Einbildung existire, der freiheitlichen und einheitlichen Entwickelung Deutschlands entgegenarbeite und dem Cäsarismus auch in Deutschland die Thür öffne. So ungefähr lauteten die Anklagen, welche im April 1865 der Brief „eines preußischen Abgeordneten" gegen fünf deutsche Professoren, die Historiker Treitschke, Mommsen, Sybel, Droysen und Duncker richtete. Waren doch die ersten beiden offen für die Annexion in die Schranken getreten, konnte doch von ihnen allen gesagt werden, daß sie früher „schleswig-holsteinisch" gewesen, und daß sie jetzt sämmtlich, wenn auch in verschiedenen Nüancen, „Bismarckisch" seien. Gegen keinen der Genannten jedoch spritzte der, übrigens mit hervorragendem Geschick geschriebene Artikel mehr Gift, als gegen Duncker. Der Schreiber des Artikels ist schlecht genug unterrichtet, wenn er als wahren Verfasser der „Vier Monate" sowohl wie der „Vier Wochen" Sammer bezeichnet, und darauf hin Duncker vorwirft, daß er sich einst vor Gericht wahrheitswidrig zu beiden Schriften bekannt habe. So übereifrig, das ist die Meinung, sei damals der nunmehrige „Bismarcksche Geheimrath" für einen politischen Standpunkt gewesen, dem er gegenwärtig abtrünnig geworden! Er heißt „Einbläser und Ausbläser der Politik Bismarck", die er mit Denkschriften und Vorträgen bei dem „glücklicherweise für den Inhalt wenig zugänglichen" Kronprinzen, durch Inspirationen der officiösen und nichtofficiösen Presse unterstütze, in der ehrgeizigen Absicht, so sage man, um sich „zum Bismarckschen Unterstaatssecretär hinaufzuannectiren".

Was mochte Duncker empfinden, als ihm der alte Freund Francke, derselbe, der ihm einst das Zeugniß gegeben, daß sich Niemand gleich ihm um die Herzogthümer verdient gemacht, diesen

Artikel in Abdruck der Schleswig-Holsteinschen Zeitung vom 30. April ohne alle Begleitschrift zuschickte? War es nur eine Bestätigung der alten Regel, daß der tiefste Haß aus zerrissener Parteigemeinschaft aufsproßt? War es auf Beschämung und Verwundung abgesehen, oder sollte dem Angeklagten nur Gelegenheit zur Verantwortung und Berichtigung gegeben werden?

Es war in der Ordnung, daß Duncker seiner Antwort die Haltung gab, als ob er das Letztere annehmen dürfe. Sowohl die Klugheit wie sein gutes Gewissen rieth ihm überdies, daß er, was er den Kielern zu sagen hatte, auch dem Kronprinzen vorlegte. Die Antwort gewann nur, indem er, bei aller sachlichen Schärfe, Form und Ausdruck auf des Kronprinzen Wunsch nach Möglichkeit mäßigte. Das vom 4. Mai 1865 datirte Schriftstück läßt nicht bloß die Ansicht, sondern Herz, Gesinnung und Willen des Verfassers so schön erkennen, daß es ganz oder doch fast ganz hier stehen mag.

„Die Dinge," heißt es, „sehen anders aus von Berlin und von Kiel her betrachtet. Hier steht Preußen und Hohenzollern, in Kiel Schleswig-Holstein und Augustenburg in erster Linie. Ich mache mir kein „„ideales Preußen"" zurecht, wie der Artikel behauptet, den Sie mir zusenden; mein Herz hängt an diesem realen Preußen, dessen gesammte Geschichte seit 1640 die Rettung der deutschen Nation und der deutschen Existenz bedeutet mit allen seinen Stärken und Schwächen, mit seinen Leiden, Nöthen und Kämpfen. Für dieses in harter Arbeit und ernster Pflichttreue gegründete Staatswesen verlange ich Erfolg und Macht, gleichviel in welcher inneren Entwickelungsphase wir uns gerade befinden — nach den gegenwärtigen Verfassungskämpfen werden wir noch andere durchzumachen haben — ich wünsche mit den Athenern, mein Vaterland schöner und größer zu hinterlassen, als ich es überkommen habe."

„Außer meinen Pflichten als Preuße habe ich amtliche Pflichten zu erfüllen und, abgesehen von allem Anderen, zwingen mich diese, Preußens Interesse in erste Linie zu stellen. Selbst wenn mein amtlicher Rath, dessen Inhalt der Briefsteller zu kennen behauptet, in der Richtung auf Preußens Interesse und Macht zu weit gegangen wäre oder ginge, würde ich mich streng innerhalb meiner

vaterländischen und amtlichen Pflichten bewegt haben und bewegen."

„Die Ansichten eines anonymen preußischen Abgeordneten, der einem Wiener Blatte für das „„Bundesrecht"" gegen die „„Verpreußung"" Deutschlands schreibt, haben ein starkes Präjudiz gegen sich. — — Er sucht sich durch die Wendung zu helfen, daß es auf die Freiheit ankomme, nicht auf die Macht Deutschlands. Ihnen gegenüber brauche ich auf das Unreife und Unpraktische dieser Ansicht nicht hinzuweisen. Sie waren ja schon in der Paulskirche mit mir einverstanden, daß vor Allem die Macht Deutschlands zu gründen sei; Sie wissen so gut wie ich, daß die deutschen Stände im siebzehnten Jahrhundert das absolute Budgetrecht besaßen und noch andere Libertäten; dennoch war unsere Existenz damals bedrohter als jemals. Sie ist heute noch nicht gesichert. Sie kann nur durch die Macht Preußens gesichert werden."

„Gewiß würde eine liberale Politik im Innern auswärtigen Erfolgen höchst förderlich sein — obwohl mir leider sehr gegenwärtig ist, daß wir 1859—62 unter dem liberalen Ministerium thatsächlich recht schwach innerhalb wie außerhalb Deutschlands waren. Aber weil Preußen diese innere liberale Politik heute nicht hat, ihm zu diesem Mangel noch Mißerfolge nach außen zu wünschen oder zu solchen an meinem Theile beizutragen, dazu werde ich mich nie verstehen. Mag Herr v. Bismarck Minister sein oder Herr v. Usedom, Herr v. Schleinitz oder Herr v. Kleist-Retzow — meines Orts werde ich nie wünschen, daß Preußen militärisch oder diplomatisch geschlagen wird, daß es gezwungen würde, von den Forderungen des 22. Februar zurückzutreten."

„Erhielte Herr v. Bismarck wirklich, was der Briefsteller so sehr besorgt, Stärke durch diesen oder anderen auswärtigen Erfolg, so würden vielleicht unsere Verfassungskämpfe länger dauern; aber bekanntlich sind die Staaten am kräftigsten und freiheitlich am besten fundirt worden, in denen die Verfassungskämpfe am gründlichsten ausgefochten worden sind. Für Verfassungskämpfe ist immer Zeit: über auswärtige Erfolge entscheidet der gegebene Moment."

„Es ist meine tiefste Ueberzeugung, daß jeder Staat schließlich verloren ist, in welchem der innere Streit auf die auswärtige

Politik übertragen wird. Niemals und unter keinen Umständen kann es erlaubt sein, auf die Seite des Auslandes, auf die Seite anderer Mächte und Interessen gegen die des eigenen Staates zu treten, direct oder indirect auswärtige Interessen zu unterstützen, um dem Gegner im Innern zu schaden. Zu solchem Polonismus werde ich nie die Hand bieten."

„Sie wissen, daß ich Macht und Erfolg für Preußen nicht nur um Preußens willen wünsche. Jede Stärkung Preußens ist eine wesentliche Erleichterung für die Lösung der deutschen Frage. Je stärker Preußen geworden ist, um so geringer wird nothwendig der Widerstand Oesterreichs sein, um so leichter der Anschluß der kleineren deutschen Staaten erfolgen. Preußens Wachsthum im gegebenen Moment hindern, damit es später den gesammten Bundesstaat mache, ist eine falsche Doctrin. Kein Staat kann und darf für ideale Wünsche, für entfernte und unsichere Möglichkeiten, deren Verwirklichung außer jeder Berechnung liegt, reale Fortschritte aufgeben."

„Daß ich auch in der engsten Verbindung der Herzogthümer mit Preußen keine „„Kreuzigung"" derselben, wie der Briefsteller sich ausdrückt, erblicke, wissen Sie bereits seit März und April 1864. Ich wenigstens habe den Stolz, daß mein Staat mir auch für Andere gut erscheint. Das Geschick der kleinen Staaten habe ich, trotz mancher Vorzüge und Bequemlichkeiten, stets beklagt und für das Unglück Deutschlands gehalten."

„In dieser Form war die Frage jedoch weder damals praktisch, noch ist sie es heute. Nur soviel war damals schon und ist heute klar, daß wer die Annexion nicht wollte, dafür zu sorgen hatte, daß der Herzog sich gut mit Preußen stellte. Das habe ich unermüdlich schriftlich und mündlich seit Anfang Februar bis in den Juni vorigen Jahres empfohlen. Ich habe endlich davon abstehen müssen, als Sammwer mir schrieb, daß das Gegengewicht der Mittelstaaten und Oesterreichs unentbehrlich sei."

„Sie haben unterlassen, im Juni 1864 abzuschließen. Sie haben die Forderungen vom 22. Februar nicht acceptirt, noch das Land aufgefordert, dieselben anzunehmen. Warum nicht? Ich kann nur annehmen, daß der Grund darin liegt, daß diese Forde-

rungen die volle bundesmäßige Souveränetät beeinträchtigen. Da ich die bestehenden Souveränetäten stets bedauert, wäre es inconsequent, wollte ich meines Orts zur Befestigung neuer beitragen. Ich werde nicht dazu helfen, daß Preußen auf die „„bundesmäßige Ration"" in Schleswig-Holstein gesetzt wird."

„Sollten Oesterreich und die Mittelstaaten Ihnen wirklich zur Souveränetät verhelfen, so werden Sie um so schlechter in und zu Preußen stehen. Um so unmöglicher wird ein ersprießliches Verhältniß für die Zukunft. Und wenn es wahr ist, daß von Kiel aus das ohnehin particularistisch gesinnte Land noch weiter gegen die preußischen Forderungen erregt wird, so werden Sie darnach vergeblich versuchen, die Geister des lastenscheuen Particularismus wieder zu zähmen." — —

Man hätte denken sollen, daß sowohl die Offenheit dieser Verhandlung, wie die staatsmännischen Gesichtspunkte, am meisten endlich die eminent preußische Gesinnung, die aus jeder Zeile des Schreibens hervorleuchtet, nicht ohne Eindruck auf den Erben der preußischen Krone hätten bleiben sollen. Allein, wie gewiß sich derselbe moralisch auf die Seite des Verleumdeten stellte: darin sollte der Verleumder doch Recht behalten, daß der Kronprinz den politischen Ausführungen seines Rathes, sofern sie auf die nothwendige und zwar vorgängige Unterwerfung des Augustenburgers unter die Bismarckschen Forderungen gingen, unzugänglich blieb. Unter dem Einfluß seiner Gemahlin, der Cousine der Herzogin Friedrich, dem Herzog selbst persönlich befreundet, fuhr er fort, die schwebende Frage vom Standpunkte der Fortschrittspartei zu beurtheilen und sich gegen Bismarck den Tendenzen des Kieler Hofes zuzuneigen. Wieder waren einige Wochen ins Land gegangen. Immer unfreundlicher waren sich die beiden Mitbesitzer in Schleswig-Holstein gegenübergetreten, und immer ablehnender lauteten die Wiener Antworten auf die preußischen Beschwerden und Forderungen. Man stand dicht vor der Entzweiung, und der Erwägung dieser Eventualität hatte die Kronrathssitzung vom 29. Mai gegolten, der auch der Kronprinz beigewohnt hatte, um — im Gegensatz gegen die Mehrheit der Minister — sein Votum gegen die Annexion, gegen den Krieg mit Oesterreich und für die Einsetzung des Augustenburgers abzugeben.

So dicht, wie es damals schien, vor der Entscheidung war es einfach die Pflicht seiner amtlichen Stellung, welche Duncker zwang, den Versuch zu erneuern, die Auffassung des Kronprinzen umzustimmen. Je folgenschwerer die Haltung desselben für dessen Beziehungen zum Lande und zur Armee werden konnte, um so weniger durfte er versäumen, die Frage noch einmal nach seiner besten Einsicht vor ihm zu discutiren. Deutlich treten in dem Berichte, den er am 1. Juni an ihn richtete, die Differenzpunkte zwischen Beiden ans Licht. Es war die Ansicht des Kronprinzen, daß in heutiger Zeit kein anderer Weg mehr zur Herbeiführung des deutschen Bundesstaates beschritten werden dürfe als der der freiwilligen Union. In dem Unionsverhältniß, in welches die Elbherzogthümer zu Preußen zu treten hätten, müsse ein Vorbild für den gesammten künftigen Bundesstaat aufgestellt werden. Gegen diese Ansicht richten sich die Dunckerschen Ausführungen. Sie erklären es für einen Irrthum, die Anziehungskraft Preußens auf die übrigen deutschen Staaten ausschließlich von dem in Preußen geltenden Maaße des Liberalismus abhängig zu glauben. Der Grund, so wird weiter entwickelt, daß Preußen bisher eine verhältnißmäßig so geringe Anziehungskraft auf die deutschen Bevölkerungen übte, liegt darin, daß es seit 1815 keinen Erfolg seiner auswärtigen Politik aufweisen konnte. Endlich, mit dem vorigen Jahre, sind wir zu einer kräftigeren Politik zurückgekehrt; an dieser muß festgehalten werden, wenn die Hoffnung, die übrigen deutschen Staaten an Preußen anzuschließen, sich jemals verwirklichen soll. So liegt es in der Consequenz der preußischen Geschichte. Preußen ist gewachsen und geworden durch eine gute und entschlossene Benutzung der Gelegenheiten zu territorialen Erwerbungen. Der Vortheil dieser Erwerbungen war immer, und würde auch heute zugleich ein Fortschritt Deutschlands sein. Je größer Preußen, je stärker seine Macht, um so natürlicher ist der Anschluß der übrigen Staaten. Anderweitig sind die Hindernisse, welche dem Bundesstaate entgegenstehen, unabsehbar groß; „ohne Krieg gegen Oesterreich ist derselbe gewiß nicht zu erreichen." Aber selbst wenn er aufgerichtet wäre, so würden die Tendenzen des Auseinanderstrebens nur durch die größtmögliche Stärke der Executivmacht, durch ein sehr entschiedenes Uebergewicht Preußens

an Flächenraum und Bevölkerungszahl gebändigt werden können. Das Beispiel der „Unirung" andrerseits würde für die deutschen Fürsten schwerlich verlockend, noch weniger aber verlockend für die Bevölkerungen sein, denn in Wahrheit ist die Verbindung eines kleinen mit einem großen Staate keine Union, sondern eine Subjection: sie würde die Bevölkerung zu „Preußen zweiter Klasse" herabsetzen. Bei der directen Verbindung dagegen der Herzogthümer mit Preußen würde die Bevölkerung alle Rechte, Vortheile und Aussichten theilen, welche ein großes Staatswesen gewährt, während Preußen hinwiederum nur dann seine volle Kraft für die Herzogthümer einsetzen kann, wenn ihm auch der volle Vortheil ohne Reibungen und Weitläufigkeiten zu Theil wird.

Ein Hinderniß, das einzige dieser Lösung entgegenstehende, erblickt freilich Duncker in dem Rechtspunkte. Er erklärt, daß er darüber durch das kühnere Raisonnement der nationalgesinnten und liberalen Vertheidiger der unbedingten Annexion nicht hinwegkommen könne. Einen Ausweg aber erblickt er darin, daß der Herzog gegen Entschädigung verzichte, und mit Wärme führt er die Gründe aus — darunter auch die Freundschaft desselben für den Kronprinzen —, die ihn zu solchem Entschlusse bewegen sollten. Wenn aber nicht — so wird Preußen eben bei den Forderungen vom 22. Februar stehen bleiben müssen. Das allein ist heute die praktische Frage; ob mehr oder weniger hätte gefordert werden sollen, steht heute nicht mehr zu erörtern. „Kein Preuße," so sagt er dem künftigen Könige von Preußen, „kann wünschen, daß sein Staat genöthigt werde, von den gestellten Forderungen zurückzutreten oder dieselben wesentlich zu modificiren. Die Reducirung der geforderten Verschmelzung des Kriegswesens auf eine der Gothaer ähnliche Militärconvention wäre nichts Anderes als der Sieg Oesterreichs und der Mittelstaaten. Dann hätte der Bundesstaat und das Bundesrecht wiederum, wie im Jahre 1850, über die Union und das Unionsrecht Preußens gesiegt. Die Nachwirkungen einer solchen Niederlage Preußens würden nicht ausbleiben und den künftigen Bundesstaat in noch weitere Ferne rücken. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob man unterliegt oder durchbringt." Beruhigend gleichsam fügt er dann hinzu, daß von einem Hinausgehen über die Forderungen vom 22. Februar, wenn Oesterreich unseren

Drohungen weiche, nicht die Rede sein könne. Anders freilich im anderen Falle. Kommt es, so schließt er, zum Kriege mit Oesterreich, und ist derselbe glücklich, — „so wird die Frage der Herzogthümer nicht mehr vereinzelt, sondern nur im Zusammenhange mit der gesammten deutschen Frage gelöst werden".

Es war ein harter Zwiespalt für Duncker, daß er je länger je mehr die auswärtige Politik der preußischen Regierung auf den Wegen erblickte, die er längst gewünscht, und daß er sich doch vergebens bemühte, den Kronprinzen für diese Wege zu gewinnen. Hätte er noch zweifeln können, daß es der preußischen Regierung ganzer und voller Ernst damit sei, auf jede Gefahr hin die Februarforderungen gegen Oesterreich durchzudrücken, so hätte ihm die Unterredung, zu der ihn am 26. Juni der Kriegsminister zu sich beschieden hatte, diesen Zweifel nehmen müssen. Herr v. Roon äußerte sich viel unbedingter annexionistisch, als Duncker, nach seiner Ansicht von dem Rechtspunkt, im Stande war. Was aber die Hauptsache war: darüber, daß er dem Widerspruch Oesterreichs nicht weichen und unter keinen Umständen etwas wie Olmütz ausführen werde, sprach der conservative Mann, der ja im Princip ein Zusammengehen mit dem Kaiserstaate vorgezogen hätte, sich in den stärksten, ja trotzigsten Ausdrücken aus und fügte, den König betreffend, die Versicherung hinzu, daß derselbe „eher jede Gefahr auf sich nehmen werde, als eine Avanie von Oesterreich hinzunehmen." In derselben Unterredung jedoch äußerte der Kriegsminister die Besorgniß, der Kronprinz könne auf seiner eben damals bevorstehenden Reise nach Föhr sich zu Kundgebungen im antiannexionistischen Sinne verleiten lassen. Ohne weder seine eigne Ansicht — Erwerbung unter Voraussetzung eines Augustenburgischen Verzichtes — noch die des Kronprinzen, die kein Geheimniß war, zu verschweigen, glaubte der Befragte doch für die Loyalität des Kronprinzen die Bürgschaft übernehmen zu können; derselbe könne und werde niemals einen Schritt thun, der die auswärtige Politik seines Landes und damit sein eigenstes Interesse gefährden könnte; nur vor einem schweren Dilemma wünschte er Se. Königliche Hoheit bewahrt; in dem einzigen Falle, meinte er, wenn verletzende Schritte gegen die Person des Herzogs Seitens der Berliner Regierung ausgingen, könnte das Gefühl

der Entrüstung über den Mangel an Achtung, welche dem Freunde bezeigt würde, den Kronprinzen möglicherweise weiter fortreißen als er selbst beabsichtige.

Wie vorsichtig diese Erklärungen abgegeben wurden: um der Sache wie um der Person wegen mußte Duncker sein Mögliches thun, daß er nicht Lügen gestraft werde. Die Gefahr, in der That, daß die Augustenburgische Partei die Person des Kronprinzen für ihre Zwecke ausnutze, war keine eingebildete. Mit heiterster Fassung, so hieß es beispielsweise in einer ihrer Zeitungen, habe ein dem preußischen Throne sehr nahestehender Mann die Bismarcksche Veröffentlichung seiner vorjährigen Unterredung mit dem Herzog als incorrect, die angebliche Aeußerung des Herzogs, daß er die Preußen nicht gerufen habe, so ungefähr als „reine Erfindung" bezeichnet. Dergleichen Auslassungen durften dem preußischen Thronfolger nicht mit Grund nachgesagt werden.

Aufs Eindringlichste daher versuchte Duncker noch vor dessen Abreise in mündlicher Ausführung von Neuem die Eingenommenheit desselben gegen das Bismarcksche Verfahren zu bekämpfen. Der Kronprinz selbst gab ihm Gelegenheit, auf jene Bismarcksche Veröffentlichung zurückzukommen und die Behauptung, der Minister habe sich dabei Entstellungen zu Schulden kommen lassen, zu entkräften. Er durfte ihn weiter auf den Rückgang der Sympathien für Augustenburg aufmerksam machen, der sich selbst in dem oppositionellen preußischen Abgeordnetenhause vollzogen habe, ihm auseinandersetzen, wie wenig Oesterreich, das nur eben mit seiner inneren Politik gescheitert sei, in Italien entwaffnet habe und schlecht mit Frankreich stehe, in der Lage sei, einseitig mit dem Augustenburger abzuschließen, durfte endlich aus Herrn v. d. Pfordtens Haltung in der bayrischen Kammer deduciren, daß auch das Vertrauen der deutschen Bundesstaaten, an Oesterreich eine Stütze gegen Preußen zu haben, erschüttert sei. Mit Genugthuung konnte er, nach Allem, das Versprechen des Kronprinzen entgegennehmen, sich jeder Demonstration auf seiner Reise zu enthalten, wie er denn auch dem Herzog keine Zusammenkunft in Hamburg gewährt habe.

Auch schriftlich aber seinen Vorstellungen Nachdruck zu geben sah Duncker sich durch die von Tage zu Tage drohender werdende

Lage gedrängt. Die Kronjuristen hatten ihr Gutachten gegen den Erbprinzen abgegeben, der König hatte ihn in Folge dessen definitiv fallen lassen. Alle Aufforderungen, die von preußischer Seite nach Wien gerichtet worden waren, der Nebenregierung des Herzogs ein Ende zu machen, waren erfolglos geblieben: unter dem Zulassen des österreichischen Commissars hatten neuerdings die aufregendsten Demonstrationen zu seinen Gunsten stattgefunden; der Entschluß Preußens, sich im äußersten Falle auch gegen den alten Bundesgenossen Recht zu schaffen, stand fest. Es war um die Mitte des Juli. Von Karlsbad aus, wo der König mit Bismarck weilte, flogen die beunruhigendsten Gerüchte von dem unmittelbar bevorstehenden Bruche mit Oesterreich nach Berlin. Der Kronprinz aber weilte auf Schleswigschem Boden. Wie würde ein Zusammentreffen desselben mit dem Prätendenten in diesem Moment von Kiel und von Wien ausgebeutet werden! Nichts, gewiß, würde man unterlassen, des Kronprinzen Unterstützung und Schutz offen oder verdeckt für die Sache Augustenburgs in Anspruch zu nehmen; jedes Wort, das er fallen ließe, würde verwerthet, direct oder indirect veröffentlicht werden! Die stärkste Sorge gab da Duncker die stärkste Sprache ein.

„Die delicate und schwere Lage, in welcher Ew. Königliche Hoheit sich befinden," so schreibt er am 14. Juli, „legt mir die Pflicht auf, nichts zurückzuhalten. Die weit überwiegende Mehrheit in Preußen will nicht bloß die Durchführung der Forderungen vom 22. Februar, sondern die Annexion. Die Armee will sie wie Ein Mann; sie will nicht für Herzog Friedrich, sie will für Preußen gefochten haben. In den letzten Wochen bin ich wiederholt der Meinung begegnet, daß der Widerstand, welchen die Schleswig-Holsteinsche Bevölkerung den preußischen Forderungen entgegenstellte, daher rühre, daß von Kiel aus verbreitet werde, Ew. Königliche Hoheit würden Sich nicht nur der Einverleibung, sondern jeder ernsten Einschränkung der Souveränetät des Herzogs widersetzen und dieselbe verhindern. Nicht sowohl auf Oesterreich als auf Ew. Königliche Hoheit stütze man sich in Kiel, um das Land gegen Preußen zu erregen. — Ew. Königliche Hoheit sind sehr stark, wenn Höchstdieselben Sich retrograden Verfassungsänderungen widersetzen, wenn Höchstdieselben einer auswärtigen

Politik entgegenträten, welche die Ehre und die Interessen Preußens preisgäbe. Anders liegt die Sache, wenn Ew. Königliche Hoheit entschieden weniger für Preußen verlangen als Se. Majestät und das Ministerium. Einem neu zu gründenden Staate gegenüber, den Preußens Waffen ins Leben gerufen haben, hat die Leitung Preußens — man mag über die Politik des Herrn v. Bismarck denken wie man will — nicht nur das Recht, sondern, den Unterthanen Preußens gegenüber, auch die Pflicht, die Interessen Preußens sicher zu stellen." „Ew. Königliche Hoheit," so heißt es nach nochmaliger Hervorhebung der eminenten Bedeutung der fraglichen Erwerbung — „Ew. Königliche Hoheit sind Preußen mit stärkeren Pflichten verbunden als dem Herzog Friedrich. Es ist das Loos der Fürsten, den Interessen ihres Staates dienen zu müssen, nicht den Neigungen ihres Herzens folgen zu dürfen. Es ist das Loos der Fürsten, nicht da großmüthig sein zu dürfen, wo die Interessen des Staates dadurch gefährdet würden. Es handelt sich darum, Ew. Königlichen Hoheit Regierung vor Präjudicien und Eindrücken zu bewahren, die um so fester haften würden, als die Schleswig-Holsteinsche Frage nicht eine Frage des Tages und der vorübergehenden Stimmung ist, sondern die Lebensinteressen Preußens auf das Nächste berührt, ja nicht nur berührt! — sie bestimmt die Zukunft Preußens und Deutschlands." So bittet und räth der besorgte Rathgeber zu der „vollständigsten Reserve". Der Prinz habe dazu das beste Recht; denn „Ew. Königliche Hoheit wissen Sich frei von jeder Gemeinschaft mit den gewundenen Wegen Bismarcks, und ebenso frei von aller Gemeinschaft mit den verhängnißvollen Entschlüssen der Kieler Politik."

Auch in den folgenden Berichten, vom 18., vom 22. Juli werden dieselben Gesichtspunkte, dieselben Bitten und Mahnungen wiederholt. Immer wieder versucht es Duncker, sich auf den Standpunkt des treuen und warmen Herzens zu versetzen, dem die Freude an einem großen Fortschritt des eignen Staates dadurch zerstört wurde, daß diese Vortheile auf Kosten des Freundes erworben werden sollten, — aber zugleich sucht er nur um so stärker die Pflichten gegen den eignen Staat als höchste Richtschnur für das fürstliche Gewissen zu betonen. Immer wieder ist er bemüht, durch die Schilderung von Oesterreichs momentaner Ohnmacht und

Isolirtheit begreiflich zu machen, wie übel der Herzog berathen sei, wenn er in Wien Hülfe gegen Preußen suche. Noch immer hört er nicht auf, als die wünschenswertheste Lösung ein Verzichten des Herzogs gegen Entschädigung in der Ferne zu zeigen; im Hintergrunde endlich findet sich die Andeutung, daß in der Königlichen Familie selbst die Stellung des Kronprinzen zur Herzogthümerfrage von gewisser Seite benutzt werden könnte, ihm zu schaden.

Es war nicht genau zutreffend, wenn auf alle diese Berichte hin der Kronprinz in einer aus Wyk vom 24. Juli datirten Antwort Dunckers Ansicht dahin formulirte, daß derselbe „die Annexion als einzigen Ausweg betrachte"; allerdings indeß traf er, wie die Dinge jetzt lagen, mit diesem Beiseiteschieben der Lösung durch Verzicht und Entschädigung den schwächsten Punkt der Dunckerschen Ausführungen. Zu stark außerdem hatte der eifrige Berather die Freundschaft des Kronprinzen für den Augustenburger als Beweggrund hervorgehoben, durch welchen jener zu seiner Haltung bestimmt werde. Gewiß sprach dies mit, aber eben so gewiß waren es sachlichere, größere und allgemeinere Motive, welche für sein eignes Bewußtsein den Ausschlag gaben. Seine Gesichtspunkte waren ideologische Parteigesichtspunkte, mehr dem Codex des Privatrechts und der Privatmoral, vor Allem dem Katechismus des fortschrittlichen Liberalismus entnommen: aber sie gehörten einer geschlossenen politischen Auffassung und Gesinnung an, in der er sich unter dem Einfluß seiner nächsten Umgebung mehr und mehr befestigt hatte. In dieser Geschlossenheit stand sein Standpunkt dem von dem Vertheidiger der Bismarckschen Politik vertretenen direct gegenüber. Was dieser auch vorbringen mochte: es stieß, soweit es den Kern der Sache betraf, auf vorgefaßte Gegenmeinungen, die keine Beredtsamkeit beseitigen konnte. Eine trotzigere Natur würde es nicht ertragen haben, von einem Rathgeber so beständig auf sich einreden, ja sich in solcher Weise hofmeistern zu lassen: die Liebenswürdigkeit des Kronprinzen fand in der Differenz der Ansichten keinen Grund zur Ungnade oder zum Bruche. Er schätzte die treue Meinung und die Offenheit Dunckers, er verstand, was diesen bestimmte, aber — auch er hatte seine Partie ergriffen. Der Bismarckschen Politik offen Opposition zu machen, mußte er sich versagen, aber dem Könige

und Bismarck hatte er nach Regensburg hin, wo am 21. über die Kriegsfrage Ministerrath gehalten worden war, seine Meinung ausgesprochen. Die Antwort an Duncker läßt den Zusammenhang seiner Auffassung völlig klar erkennen.

„Wollte man," so war sein Raisonnement, „rasch nach unseren vorjährigen Siegen die Angelegenheiten der Herzogthümer ordnen, so konnte man bald mit dem Herzog Friedrich einig werden, vertraulich die Lebensfrage für Preußen mit ihm abmachen und dann seine Candidatur betreiben. Man wollte aber ihn verderben. So trieben denn die Dinge, bis Oesterreich sich, nach altem Brauch, einer antipreußischen Unternehmung annahm und uns hier in dem gemeinschaftlich verwalteten Lande überall ein Bein zu stellen suchte. Dies der Segen einer Alliance mit unserem geborenen Widersacher."

„Wie unter den gegebenen Verhältnissen, d. h. wie sie heute liegen, und abgesehen von meinen Ihnen bekannten Gründen für Einsetzung Herzog Friedrichs, jemals eine Annexion der Elbherzogthümer durch Preußen zugestanden werden könnte, kann ich mir nur im Falle eines von uns siegreich geführten Krieges mit dem Kaiserstaat denken. Denn Compensationen durch Bezahlung der Kriegskosten Seitens Preußens sind wohl eine Unmöglichkeit bei den Dispositionen des Kaisers. Seine Räthe würden schon eher hierauf eingehen. Immerhin würde in jenem Falle aber Preußen die Herzogthümer *kaufen* und kein Jota *Recht* auf ihren Besitz erlangen."

„Sie meinen, ich solle auf Herzog Friedrich wirken, daß er die Bedingungen vom 22. Februar annehme."

„Glauben Sie aber, daß er so abhängig von meinen Rathschlägen ist und nicht vielmehr, durchdrungen von seinen Rechtsansprüchen, wie auch von der großen Zahl seiner Anhänger gestützt, eher sich durch Militär-Arrestation aus dem Lande tragen läßt, als nachzugeben? Und nun soll ich ihn veranlassen, jene Bedingungen anzunehmen, nachdem Bismarck mir am 18. Juni c. sagte, selbige seien also redigirt, daß sie unannehmbar für Herzog Friedrich würden!"

„Man will ja einen Conflict, um durch einen Krieg den inneren unhaltbaren Zwist beizulegen! dies ist doch ziemlich klar?

zwischen den Beiden trotz ihres Auseinandergehens in der Beurtheilung der großen brennenden Macht- und Kriegsfrage. Mehr als Eine Frage wurde im Sinne der liberalen Richtung zwischen ihnen erörtert und gefördert. Schon im Herbst 1864 hatte sich Duncker den lebhaftesten Dank des Kronprinzen durch ein die Rechtsansprüche des Staates klarlegendes Promemoria über das Verfahren bei den für Trier und Köln bevorstehenden Bischofswahlen verdient. Auf das Eifrigste hatte sich jener dafür interessirt, daß dem Staate nichts vergeben, nicht durch das von Rom, früheren Abmachungen entgegen, eingeschwärzte System von Vorschlagslisten Männer in jene Stellen gebracht würden, von denen ultramontane Uebergriffe zu fürchten wären. Er wandte sich zur Bekämpfung des Listensystems an den König, sogar an Bismarck, stellte die von Seiten des Jesuitismus drohenden Gefahren beweglich vor und klagte über die Schwächlichkeit des Herrn v. Mühler, die geringe Geneigtheit Bismarcks, die Sache principiell zu behandeln. In seinem Auftrage hatte Duncker mit dem Cultusminister zu verhandeln; Informationen über die in Vorschlag gebrachten Persönlichkeiten wurden zwischen beiden ausgetauscht, und die Candidatur des Herrn v. Ketteler wenigstens, eines alten Bekannten aus dem Frankfurter Parlament, wußte Duncker durch eine gründliche Charakteristik des Mannes zu beseitigen. Gewiß beklagte es Duncker, daß die ungewöhnlich ernsten Bemühungen des Kronprinzen in dieser Angelegenheit nicht zu aufmunternden Erfolgen führten; um so mehr freute er sich eines neuen Eingreifens des hohen Herrn in die kirchlichen Dinge, als derselbe im November 1865 in einer eigenhändigen, dem Könige eingesandten Denkschrift sich für die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium aussprach. Eine andere Angelegenheit, in welcher der Herr und der Diener in den Jahren 1864 und 65 ihre Bemühungen vereinigten, stand im Zusammenhang mit dem Polenaufstand des Jahres 1864. Ausdrücklich erklärte der Kronprinz seine Zustimmung zu dem von Duncker befürworteten und im Einzelnen begründeten Plane, das deutsche Element in dem preußischen Polen durch den Ankauf polnischer Güter und durch die Ansiedelung deutscher Besitzer zu stärken. Es geschah im Sinne und Auftrage des Kronprinzen, wenn Duncker

darüber mit dem Hausministerium, weiterhin auch mit dem Oberpräsidenten von Posen sich in Correspondenz setzte. Daß in wissenschaftlichen Dingen Dunckers Wort unbedingtes Gehör fand, und daß namentlich die Herausgabe der Urkunden aus der Regierung des Großen Kurfürsten ein dauernd gemeinsames Interesse darstellte, bedarf kaum der Erwähnung; aber auch in der Frage des zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause schwebenden Conflictes konnte der Kronprinz die gemäßigte und auf Versöhnung hinarbeitende Haltung des Altliberalen nicht verkennen oder mißbilligen. Es gab Momente völliger Uebereinstimmung. Duncker hatte ihm am 17. Juni 1865 von einer Unterredung mit Bismarck Kunde gegeben, in der er auf die Zeichen der ermattenden Aufregung der fortschrittlichen Stimmung im Lande verwiesen und daraufhin gegen eine herausfordernde Haltung der Regierung, für eine Politik des Abwartens und der Geduld gesprochen hatte. Das war in der That damals auch des Kronprinzen Meinung. Er hatte sich überzeugt, daß es einstweilen auch des Königs, auch Bismarcks Meinung sei, und nur in weiterer Ferne fürchtete er den Sieg entgegengesetzter Entschlüsse, zu denen ein Theil der Minister und die Militärpartei hindrängen werde.

Indeß das Vertrauensverhältniß, welches der Kronprinz trotz der gegensätzlichen Auffassung der Herzogthümerfrage seinem Rathe bewahrte, paßte ganz und gar nicht in die Bestrebungen der Augustenburgischen Partei. Den Kieler Agitatoren genügte es nicht mehr, alle Welt wissen zu lassen, daß der Nächste am preußischen Throne für den Herzog und gegen die Annexion sei, sondern der hohe Herr sollte in besonders demonstrativer Weise diese seine Ueberzeugung bethätigen, — er mußte, wenn es nach ihnen ging, seinen bisherigen Rath entlassen. In dieser Absicht hatte Herr Freese — kein Anderer war der „preußische Abgeordnete", der im April jenen Brief an die „Neue freie Presse" gerichtet hatte — schon früher Duncker als „Ein- und Ausbläser Bismarcks" bezeichnet. Nach der Regel aller Preßwirksamkeit, daß man sich am sichersten durch Wiederholung Gehör und Glauben verschafft, und nach der Regel alles Verleumdens, daß zuletzt immer etwas davon haften bleibt, wurden diese Bemühungen fortgesetzt. Das Kieler Preßbureau fuhr fort, Duncker in systematischer Weise zu ver-

dächtigen, als ob er, im Gegensatz zu den Ansichten seines Herrn, seiner amtlichen Stellung bei diesem zum Trotz, das Hauptmundstück der Bismarckschen Politik, der eigentliche Leiter der annexionistischen Presse sei. Ja, die von Kiel aus gespeisten Blätter gingen so weit, zu erzählen, der Kronprinz selbst habe Duncker als „Spion Bismarcks" bezeichnet. Duncker hatte diesen Verleumdungsbetrieb über sich ergehen lassen, ohne davon Kenntniß zu nehmen. Erst durch den Fürsten Hohenzollern, der Anfang December nach Berlin kam und sich als den alten Freund bewährte, war er darauf aufmerksam gemacht worden. Er war ebenso sehr sich selbst wie dem Kronprinzen schuldig, diesem Treiben ein Ende zu machen. Unter dem 16. December daher richtete er ein längeres Schreiben an diesen, worin er nach Vorlegung des betreffenden Materials und Aufdeckung der gegnerischen Absichten um Abhülfe bittet. Er erinnert an die Publicationen des Jahres 1863, durch die man schon einmal dem Prinzen Lagen aufzunöthigen versucht habe, die derselbe weder beabsichtigt noch gewollt habe. Er spricht die unterthänige Bitte aus: „Ew. Königl. Hoheit wolle geruhen, den Staatsanzeiger zu der Erklärung anweisen zu lassen, daß die Aeußerungen, welche die Schleswig-Holsteinische Zeitung Ew. Königl. Hoheit unterstellt habe, der thatsächlichen Grundlage entbehrten".

In Köln hatte der Kronprinz das Dunckersche Schreiben erhalten. Er war eben stark von militärischen Arbeiten in Anspruch genommen. Vielleicht war das der Grund, daß er in seiner kurz und kühl ablehnenden Antwort kein Wort des Bedauerns über jene schnöden Preßmanöver und kein Wort des Verständnisses für das tief verletzte Gefühl des Bittenden hatte. Er lehnte ab wegen des ganz Ungewöhnlichen eines solchen erst so spät hinterherkommenden Dementis; die einfache Thatsache, meinte er, daß Duncker nach wie vor ruhig in seiner Stellung verbleibe, sei „für jeden Verständigen die genügende Antwort".

Für Duncker, in der That, war die Lage eine ganz ähnliche wie im Juni 1863. Jetzt wieder, wie damals, mußte er den Kronprinzen decken. Er sah sich zu schweigendem Erdulden infamer Verleumdungen, zu dem Schein verurtheilt, an einem Posten zu hängen, dessen Boden in der Oeffentlichkeit für erschüttert galt, ja,

den er selbst als unhaltbar erkannte. Denn seine Entlassung fordern, das hätte geheißen, den den Standpunkt der Regierung verurtheilenden Tendenzen des Kronprinzen eine scharfe Beleuchtung geben, der Augustenburgischen Partei den Willen thun, den Particularismus der Herzogthümer und den Widerstand Oesterreichs gegen die preußischen Forderungen verstärken.

Entweder die weitere Entwickelung der Dinge kam Duncker zu Hülfe, den von ihm vertretenen Ansichten und Rathschlägen doch noch Eingang beim Kronprinzen zu verschaffen: oder sie führte eine Lage herbei, die ihm gestattete, sich von diesem zu trennen, ohne der Stellung desselben und ohne den preußischen Interessen zu schaden.

Er hatte während der zweiten Hälfte des Jahres 1865 seinem fürstlichen Herrn überwiegend schriftlich über die Lage, über die sich hin- und herschiebenden Beziehungen zwischen Italien, Frankreich, Oesterreich und Preußen zu berichten gehabt. Denn zu Ausgang des Sommers befand er sich selbst im Urlaub; in Begleitung seiner Frau hatte er mehrere Wochen auf Rügen zugebracht und war dann wieder einmal bei Baudissins in Wachwitz vorgesprochen. Spätere Berichte hatten den Kronprinzen in England aufzusuchen gehabt.

Es war nach dem Regensburger Tage trotz dem von Preußen an Oesterreich gestellten Ultimatum dennoch nicht zum Kriege gekommen. Die schwere Krisis, in der sich der Kaiserstaat mit seinen Verfassungs- und Finanzverhältnissen befand, hatte Oesterreich, die unsicheren Nachrichten über die Haltung Italiens und Frankreichs hatten Preußen dem Versuche eines nochmaligen Ausgleichs, einer „Verklebung der Risse" günstig gestimmt. So war es am 14. August zu dem Gasteiner Vertrage gekommen. Unbeschadet der Fortdauer des gemeinsamen Besitzrechts beider Mächte an die Gesammtheit beider Herzogthümer, hatte man sich dahin geeinigt, daß Preußen, dem überdies bedeutende Vorrechte auch in Holstein eingeräumt worden waren, in Schleswig, Oesterreich in Holstein die Verwaltung führen sollte, während Lauenburg gegen eine Geldentschädigung völlig an Preußen abgetreten worden war. Offenbar eine seltsame Nothauskunft; aber offenbar auch ein Schritt weiter auf dem Wege zur Annexion, ein schwerer Schlag gegen

die Augustenburgische Agitation, die Oesterreich, nachdem es im Princip das factische Besitzrecht der beiden Eroberer anerkannt hatte, zu unterstützen nicht mehr in der Lage war.

Dieser Stand der Dinge ersparte es Duncker, auf die Vertheidigung der Bismarckschen Politik in ihren früheren Zügen und Wendungen zurückzukommen. Es war ohne Zweifel richtig, wenn er mehr und mehr dem Kronprinzen gegenüber den Standpunkt einnahm, daß sich zwar gewiß auch gegen die Annexion, namentlich auf einem früheren Stadium, erhebliche Gründe geltend machen ließen, daß aber, nachdem einmal im Einverständniß mit Oesterreich der Besitz der Souveränität auf die Eroberung gegründet, die Anmaßung der Souveränität durch den Herzog als Störung der öffentlichen Ruhe bezeichnet und verboten worden, kein Rückzug mehr möglich sei, daß der Rückzug gleichbedeutend der Niederlage sei. Er führte aus, daß es das Verderblichste sein würde, die einmal eingeschlagene Politik durch Gegenwirkungen zu kreuzen und ins Schwanken zu bringen, und er illustrirte diesen Satz durch den Hinweis auf die Schädigung, die dem preußischen Staate aus den Gegenwirkungen der Kreuzzeitungspartei gegen die einmal eingeschlagene Unionspolitik in den Jahren 1849 und 50 erwachsen sei, auf die klägliche Neutralitätspolitik während des Krimkrieges, die Folge zweier sich paralysirender politischer Strömungen, endlich auf die durch ähnliche Gründe herbeigeführte gefährliche Lage, in die Preußen 1859 durch den Frieden von Villafranca gerathen sei. Was im gegenwärtigen Falle die Niederlage bedeuten würde, hob er mit lebhafter patriotischer Erregung hervor. Die starke Herabdrückung, welche die Mittelstaaten 1864 und 65 erfahren hätten, würde wieder aufgehoben, sie würden in Oesterreichs Arme zurückgeführt, diesem seine alte Stelle am Bundestage wiedergegeben werden. Die in vielen Anzeichen neuerdings sich kundgebende Achtung des Auslandes vor Preußen würde sich in Hohnlachen verwandeln. Die Hoffnung, daß das durch äußere Erfolge gehobene preußische Selbstgefühl der inneren Parteiverbitterung Herr werden könne, würde vernichtet, die Nation endlich würde, nach dem Scheitern Preußens mit einem bedeutenden Schritte zur Einigung deutscher Gebiete, in den demoralisirenden Zustand zurückgeworfen werden, welcher nur von der allgemeinen

Sündfluth einer totalen Revolution das Hervorgehen eines geeinigten Deutschlands erwarte. —

Das ganze Jahr 1865 war unserem Freunde kein leichtes gewesen. Fortwährend war er durch die trüben Zustände im Hause seines Schwiegervaters in Mitleidenschaft gezogen worden. Eine selbst herbeigeführte tragische Katastrophe hatte dieser, der unwillig leidende Kranke, Ende 1864 zwar überlebt; aber der besänftigende und befreiende Zuspruch des von den Töchtern herbeigerufenen Schwiegersohnes war doch nicht im Stande gewesen, die gebrochene Lebenslust auf die Dauer aufzurichten, und die eine der Töchter, Frau v. Mühlenfels, selber körperlich und gemüthlich leidend, auch durch die Sorge für ihre Kinder und das Hauswesen in Anspruch genommen, konnte dem Vater nicht sein, was dem Kranken nur der Gesunde zu sein vermag. So war denn abermals Lotte ihrer Schwester Luise zu Hülfe geeilt; immer wieder hatte Max auf Wochen und Monate seine Gattin für den Dienst kindlicher und schwesterlicher Pflichterfüllung hergeben müssen und nur dann und wann sie in Halle aufsuchen dürfen, um durch Rath und Trost, ja durch sein bloßes Erscheinen die Bedrückten zu erleichtern. In Berlin hatte er ähnliche, wenn auch minder schwere Pflichten gegen den eigenen Vater zu erfüllen, endlich, gegen Ende des Jahres, zum letzten Male auch für das buchhändlerische Geschäft desselben einen Entschluß zu fassen gehabt. Der Verlag der Firma Duncker und Humblot, mit ihm auch Max Dunckers Geschichte des Alterthums, war an Karl Geibel in Leipzig verkauft worden.

Neben all' diesem gemüthlichen und thatkräftigen Antheil an den Familienloosen ging nun aber ununterbrochen sein Hoffen und Sorgen um die Entwickelung der öffentlichen Dinge her, und dies wieder hing so peinlich widerspruchsvoll mit seiner unmittelbaren Berufsaufgabe, seiner persönlichen Stellung zusammen! Er nahm, als nunmehr die mündlichen Vorträge in Potsdam wieder begannen, in das neue Jahr 1866 die Ueberzeugung mit sich, daß diese Stellung unheilbar erschüttert, sein mit so schönen Hoffnungen angetretener, so treu und hingebend erfüllter Wirkungskreis verloren sei.

Noch immer zwar glaubte er — trotz jener abgeschlagenen Bitte — einem gewissen Fond persönlichen Vertrauens bei den

hohen Herrschaften zu begegnen; nur um so mehr aber fühlte er, daß er sachlich machtlos sei. Die bevorstehende Verbindung einer Schwester der Kronprinzessin mit einem zweiten Augustenburger, dem Prinzen Christian, zog die persönlichen Bande zwischen dem Kronprinzen und dem Herzog Friedrich immer fester. Während der Anwesenheit des Prinzen Christian, und auch sonst wiederholt, wurde der Vortrag abgesagt. Der Kronprinz hatte es gegen Dritte, wie gegen den Ende Januar 1866 in Berlin erschienenen Fürsten von Hohenzollern, kein Hehl, daß er den Ansichtswechsel seines Raths, daß derselbe „Annexionist" geworden, mißbillige. Er konnte ihm den gleichen Vorwurf hinsichtlich der inneren Politik nicht machen; — jedenfalls würde die leiseste derartige Andeutung genügt haben, Duncker zu sofortigem Rücktritt von seinem Posten zu bestimmen.

Und dennoch bestand thatsächlich auch hier, und nicht erst seit gestern und vorgestern, eine unleugbare Kluft zwischen Beiden. Schwarzsichtige Gedanken erfüllten die Seele des Kronprinzen. Er sah eine das monarchische Princip bedrohende Revolution durch das dermalige Regierungssystem vorbereitet, und Duncker hatte alle Mühe, ihm durch detaillirte Darlegung der Zustände in der Verwaltung, in den Finanzen, in der Armee und dem wirthschaftlichen Leben des Volkes zu zeigen, daß der Staat zwar an Einem Punkte krank, in allen übrigen Theilen aber gesund sei. Die Rede, mit welcher Präsident Grabow in dem am 15. Januar 1866 eröffneten Landtage sein Amt antrat, und welche, ohne ein Wort der Anerkennung für die auswärtigen Erfolge des Ministeriums, das schwärzeste Bild von den preußischen Zuständen entwarf, erfreute sich des Beifalls des Kronprinzen. Mit Recht theilte er den Unwillen, den jener berüchtigte, gegen die Redefreiheit der Abgeordneten gerichtete, unter bedenklichen Umständen zu Stande gekommene Obertribunals-Beschluß vom 29. Januar erregte, und Duncker selbst lieferte ihm das Material zur Verurtheilung des Beschlusses, der unzweifelhaft dem Geiste der Verfassung zuwiderlief; ja, er fand es angezeigt, daß der Kronprinz darüber an den König schreiben und um Untersuchung der Hergänge bitten möchte: in der Auffassung nichtsdestoweniger, daß der Beschluß durch directe Beeinflussung von Seiten des Justizministers in der Ab-

sicht, die Verfassung zu untergraben, herbeigeführt sei, konnte er ihm nach sorgfältiger Prüfung nicht folgen.

Aller Widerwille des Kronprinzen gegen das Ministerium gipfelte jedoch in seiner Abneigung und seinem Argwohn gegen den großen Staatsmann an der Spitze desselben. Gleichmäßig haßte er dessen innere Politik als eine reactionäre und verurtheilte er dessen auswärtige als eine gewaltthätige und unverantwortliche. Es war ihm nicht unbekannt, daß Bismarck selbst gern die ihres feudalen Standpunktes wegen verrufensten seiner Collegen durch gemäßigtere Elemente ersetzt haben würde, wenn es ihm gelungen wäre, die Anhänglichkeit und Dankbarkeit des Königs gegen Männer, die ihm Dienste geleistet, zu überwinden: allein die Mittheilung, die ihm Duncker machte, daß, wie er aus Vinckes eigenem Munde wisse, Bismarck den Versuch gemacht habe, diesen zum Eintreten in das Ministerium zu bestimmen, brachte keinen Eindruck hervor. Wie oft Duncker die Gelegenheit ergriff, auszuführen, daß Graf Bismarck viel zu einsichtig sei, um eine Politik Gerlach zu versuchen, daß derselbe nicht eine Politik der Tendenzen, sondern der Interessen, der preußischen, der deutschen und darum auch der Hohenzollernschen Interessen verfolge: — alle diese Vorstellungen, da sie von einem „Bewunderer Bismarcks" kamen, fielen zu Boden.

Wer hätte nicht den Ton, in dem die Minister den Abgeordneten gegenübertraten, die Drohungen und bitteren Worte tief beklagen sollen, die, wenn sie auch nur Gleiches mit Gleichem vergalten, doch jede Aussicht auf eine Lösung des inneren Conflicts in immer weitere Ferne rückten? Die am 23. Februar erfolgte plötzliche Schließung des Abgeordnetenhauses war bei der völligen Ergebnißlosigkeit der Verhandlungen, angesichts der bis zum Bruche gespannten Verhältnisse zwischen Preußen und Oesterreich zur Nothwendigkeit geworden. Wer jedoch verschuldete diese Spannung und diesen Bruch? Der Kronprinz jedenfalls sah in dem Vorgehen Bismarcks nur Tollkühnheit und Frivolität. Seine Absicht sei, eine große Verwirrung, eine europäische Umwälzung herbeizuführen, weil er sich anders nicht halten könne. Er wolle den Krieg, um sich den inneren Schwierigkeiten zu entziehen; das sei unmoralisch, heiße mit dem Schicksale Preußens spielen. Auch

vor revolutionären Hülfsmitteln werde er, im Falle einer Einmischung Frankreichs, nicht zurückscheuen. Den Krieg wolle auch der König, aber nicht die Revolution; der allmächtige Minister jedoch lenke den König, wie es ihm gefalle. Einen gerechten, einen Vertheidigungskrieg, scheue auch er, der Kronprinz, nicht; jetzt aber handle es sich einzig darum, sich um jeden Preis der Herzogthümer zu bemächtigen; den Herzog zu verderben, das sei von Anfang an Bismarcks Gedanke gewesen; die Februarforderungen seien nur gestellt worden, um verworfen zu werden. Es hätte, nach der Meinung des Kronprinzen, einen Weg gegeben, den Krieg zu vermeiden, einen Weg, den Duncker freilich weder für loyal noch für praktisch gangbar erklären konnte; man hätte sich im Geheimen mit dem Herzoge verständigen und dann, nach dem Abzuge der Oesterreicher, den geheimen Vertrag ausführen sollen. Der Krieg mit Oesterreich würde ein Bruderkrieg sein. Er wisse wohl, daß Preußen seine Stellung durch Friedrich den Großen mittelst Krieges gegen Oesterreich gewonnen habe, allein es sei heute nicht mehr an der Zeit, es ebenso zu machen. Auch schienen ihm die Chancen des Krieges nicht günstig zu liegen. Seine Besorgnisse bezogen sich theils auf die zu fürchtende Einmischung Frankreichs, die auch die Italiener abhalten würde, mit Preußen zu gehen, theils schwebte ihm das Schreckbild etwaiger Landabtretungen an Oesterreich vor. Auf alles das war dann zu erwidern, daß der Moment im Gegentheil unvergleichlich günstig sei —: Oesterreich in Spannung mit Ungarn und in Geldnoth, welcher auch Louis Napoleon, gesetzt er wollte den Oesterreichern zu Hülfe kommen, nicht abzuhelfen im Stande wäre. Der Krieg gerade schließe Landabtretungen aus, wogegen die Vermeidung des Krieges nur durch das Opfer der Bedeutung und Macht Preußens zu erkaufen sei. Verlorene Worte. Der Kronprinz sprach fortwährend von dem verderblichen Kriege; er gab in diesem Sinne jetzt, wie im Sommer des vorigen Jahres, in dem die Kriegsfrage berathenden Conseil vom 28. Februar sein Votum gegen den Krieg ab.

Und doch gab es keine andere mögliche Lösung mehr. Nur zu bald hatten die Zustände des seit dem August 1865 unter der alleinigen Verwaltung Oesterreichs stehenden Holstein sich wieder

ebenso gestaltet wie vor dem Gasteiner Vertrage. Die Augustenburgische Agitation, die preußenfeindlichen Demonstrationen gaben immer neuen Anlaß zu Reibungen zwischen den beiden Mächten. Bismarcks auf ein Entweder-Oder zugespitzte Beschwerdeschrift vom 26. Januar 1866 war von seinem Wiener Collegen Mensdorff am 7. Februar hochmüthig abweisend beantwortet worden. Wohl vergingen auch nach der Ministerberathung vom 28. Februar noch Wochen abwartender Vorbereitung; aber die Allianzverhandlungen zwischen Preußen und Italien und die beginnenden Rüstungen Oesterreichs drängten die Streitenden vorwärts. Und mit der Schleswig-Holsteinschen Frage verschlang sich nun die der Neugestaltung Deutschlands. Hatte Bismarck dieselbe immer schon, für den Fall einer Einmischung Frankreichs, als Mittel in Sicht genommen, eine nationale Erhebung herbeizuführen und die Nation auf seine Seite zu bringen, so gab ihm Oesterreich jetzt in erwünschtester Weise den Anlaß, das Mittel zugleich zum Zweck zu machen. Der österreichischen Note vom 16. März, welche den deutschen Regierungen die Absicht ankündigte, die Entscheidung über Schleswig-Holstein dem Bundestage zu überweisen und die Mobilmachung des Bundesheeres gegen Preußen zu beantragen, trat Bismarck am 24. März mit der Frage entgegen, welche Hülfe Preußen von den deutschen Regierungen bei einem von Oesterreich ausgehenden Angriffe erwarten dürfe, und mit der gleichzeitigen Ankündigung einer nicht länger aufschiebbaren Reform des Bundes. Gedeckt durch den endlich am 8. April zum Abschluß gelangten Bündnißvertrag mit Italien, ließ er sofort, schon am Tage darauf, den preußischen Gesandten in Frankfurt den Antrag auf Berufung eines nach dem allgemeinen Stimmrecht zu wählenden deutschen Parlaments, aller Welt zur Ueberraschung, einbringen. Zur Ueberraschung Aller oder doch der Meisten, stellte sich Herr v. Bismarck, der der Volksvertretung in Berlin den Fuß auf den Nacken gesetzt hatte, in Frankfurt auf den Standpunkt der Demokratie, und schrieb die Losung des Nationalvereins auf seine Fahne!

In dieser Lage der Dinge, während der nun folgenden österreichisch-preußischen Abrüstungsverhandlungen, geschah es, daß Graf Bismarck den Wunsch aussprach, sich mit Duncker über die deutsche Frage zu unterhalten, da derselbe die hiefür interessirten

Männer kenne und mit zu den Erfindern des Bundesstaats gehöre. Klar genug waren in dieser Unterredung, über welche Duncker dem Kronprinzen gleich am folgenden Tage, am 23. April, berichtete, die Gedanken des großen Staatsmanns hervorgetreten. Die ganze Schwere des Moments stand klar vor seinem Geiste. „Wie Jacob bei Laban" hatte er bei dem Könige gedient, ihn zum Eingehen auf den Bundesreformplan zu gewinnen. Der Parlamentsvorschlag war dazu bestimmt, die Mittelstaaten von der Verbindung mit Oesterreich abzuhalten; im Zusammenhang mit dem allgemeinen directen Wahlrecht — dem einzigen Systeme, „das Frankreich gegenüber möglich sei" — enthielt er zugleich die Deckung gegen Napoleon, der auf diesem Systeme seinen eigenen Thron aufgebaut und Italien regenerirt hatte. Alles jedoch kam jetzt darauf an, ob der Plan soviel Anklang bei den deutschen Bevölkerungen finde, daß von diesen ein Druck auf die Regierungen ausgeübt werde. Wenn nicht — die Frage wurde ernstlich aufgeworfen, ob dann nicht die Durchführung des Planes einem liberalen Ministerium zu übergeben sei. Namen wurden nur genannt, um verworfen zu werden. Und so blieb fürs Erste nur übrig, die Wirkung des gethanen Schrittes abzuwarten.

So in die Gedanken Bismarcks eingeweiht, hatte Duncker die Aufgabe, den Kronprinzen von der Ernstlichkeit des Parlamentsplanes, freilich auch davon zu überzeugen, daß auch mit diesem Plane und trotz desselben die Schwierigkeiten einer Lösung der deutschen Frage ohne Krieg nicht zu überwinden sein würden. Allein obgleich das Bündniß mit Italien, das Parlament, der deutsche Bundesstaat der allgemeinen Richtung des Kronprinzen gemäß waren: alle diese Dinge waren in seinen Augen Münzen ohne Curs, da sie mit dem Bildniß Bismarcks geprägt waren. Zur Durchführung so verwegener Pläne, hieß es, bringe der Minister den König niemals. Der Parlamentsgedanke ohne bestimmt formulirte Vorlagen wurde als ein unreifer, das ganze Vorgehen als ein „frevelhaftes Spiel mit den heiligsten Dingen" bezeichnet; nur, weil er nicht weiter zu kommen wisse, werfe Bismarck etwas hin, dessen Ziel und Ausgang er selbst nicht kenne. Von seinem eigenen in Bereitschaft gehaltenen Zukunftsprogramm aus verurtheilte er das actuelle Programm des Ministers. Er blieb

dabei: nur durch ein „den Forderungen der Zeit gemäßes, entschieden liberales" Regiment im Innern könne die Herrschaft Preußens in Deutschland hergestellt werden. Ausdrücklich sprach er dies als die Aufgabe aus, die er ausführen werde, falls ihm Bismarck nicht vorher allen Boden dazu verdürbe. Es war eine undankbare Mühe, wenn Duncker dagegen hervorhob, daß die Mittelstaaten vor einem gewaltthätigen Manne wie Bismarck mehr Respect hätten, als vor einem das Recht peinlich achtenden liberalen Ministerium, daß man durch ein solches zwar die liberale Partei gewinne, aber die conservative, die Beamtenschaft und die Generale — wie im Jahre 1850 — gegen sich habe. Und Bismarck sollte nicht wissen, was er wolle — er, der schon bei der Stellung der Februarforderungen die gegenwärtige Wendung vorausgesagt, das Wort von dem „Loslassen des deutschen Stiers" gesprochen hatte? Unwiderleglich endlich schien die wiederholte Ausführung, daß die auswärtige Lage eben jetzt zum Vorgehen ermuntere; schwerlich würden wir Oesterreich in ähnlicher innerer Zerrüttung wieder vor uns haben; nicht stets würden wir Italien als Bundesgenossen an unserer Seite sehen; wir wüßten bestimmt, daß England uns nicht angreifen werde, daß Rußland uns mehr geneigt als abgeneigt sei, und daß der Ehrgeiz Frankreichs durch ein uns möglichst wenig ungünstiges Gouvernement im Zaume gehalten werde.

Nichts verfingen alle diese Vorhaltungen. An dem gekränkten Selbstgefühl des Kronprinzen, seiner Abneigung gegen den Minister, seiner Parteinahme für den Freund und Vetter, seinem Glauben an die moralische Macht des liberalen Gedankens prallten sie ab. Er hoffte, den deutschen Bundesstaat auf freisinniger Grundlage durch die Bevölkerungen, aber — so widerspruchsvoll war sein politisches System — auch mit Gewalt gegen die unverständigen Fürsten, wenn es nöthig wäre, aufzurichten. Sein Liberalismus war keineswegs frei von einem starken Souveränitätsbedürfniß, einem hochentwickelten Herrenbewußtsein. In der That: was es ihm unmöglich machte, der Gunst und der Nothwendigkeit des Augenblicks gerecht zu werden, war mehr als alles Andere die unklare Vorstellung von seinem eigenen dereinstigen Regiment, in welchem ein Liberalismus von unbestimmtem, aber sehr großem

Umfange mit der unwiderstehlichsten Energie nach außen verbunden sein würde.

Sehr ähnliche Vorstellungen beherrschten nun aber die weitaus überwiegende Mehrheit des preußischen Volks. Noch war die Einsicht nicht durchgedrungen, daß nur durch ein conservatives Ministerium der König zur Ausführung des alten Programms der Liberalen, der Auseinandersetzung mit Oesterreich und der Herstellung des Bundesstaats, gebracht werden könne, geschweige denn die Einsicht, daß eben Bismarck der rechte Mann dafür sei. Mit der Abneigung des Bürgerthums gegen die Opfer eines schweren Krieges verband sich das Mißtrauen gegen den gehaßten Conflictsminister. Gewiß, es wäre von der äußersten Wichtigkeit gewesen, dem Angebot eines deutschen Parlaments die Garantie eines Einlenkens im Innern durch die Aufnahme gemäßigter Elemente in das Ministerium hinzuzufügen. Duncker wünschte es aufs Lebhafteste und ließ es, vor und nach jener Unterredung vom 22. April, an Bemühungen in dieser Richtung nicht fehlen. Allein auch wenn die Personen, an die er dachte, zu haben gewesen wären: die Schwierigkeit reichte so hoch hinauf, daß an ihrer Beseitigung jedes Bemühen scheitern mußte. So wuchs mit der zunehmenden Spannung zwischen Preußen und Oesterreich die Aufregung über den „frivolen" Krieg und der Sturm der Friedenspetitionen. Selbst besonnene liberale Männer und die gleichfalls zu den „Erfindern des Bundesstaats" gehörten, bestärkten den Kronprinzen in seiner Opposition. Eine Freude für Duncker, um den es allmählich immer einsamer wurde, in dieser Zeit die Bekanntschaft Heinrichs v. Treitschke gemacht zu haben. Im Uebrigen waren es nur Wenige noch, die auch nach oben hin mit ihm in gleicher Richtung arbeiteten.

In erster Linie unter diesen sein verehrter Fürst von Hohenzollern. Er hatte diesem am 20. April zu der Wahl seines zweiten Sohnes Karl Ludwig zum Fürsten von Rumänien Glück zu wünschen, und that es mittelst einer Denkschrift, in der er die Annahme der Wahl durchaus vom preußischen Gesichtspunkte aus im Zusammenhange mit der damaligen Gesammtlage befürwortete; darum vor Allem dürfe das Anerbieten nicht von der Hand ge-

wiesen, müsse die von Napoleon erstrebte Constituirung der rumänischen Nationalität so weit wie möglich unterstützt werden, um den Kaiser dafür „so weit wie möglich zum Zugeständniß der Constituirung der deutschen Nationalität zu engagiren." Für Preußen und Deutschland wurde dies Opfer von dem Fürsten Karl Anton gebracht; — für Preußen und Deutschland sollte wenige Wochen später sein dritter Sohn Anton auf dem Schlachtfelde von Königgräz sein Blut verspritzen! Mit voller Klarheit hatte sich der Fürst auf die Seite der Politik seines kühnen Nachfolgers gestellt. Völlig im Sinne Dunckers suchte er, so oft er in Berlin war, auf den Kronprinzen einzuwirken. Hatte er ihn zunächst darauf hingewiesen, daß er in die Lage kommen könne, eine Erbschaft annehmen zu müssen, die er nicht ablehnen könne, so empfahl er ihm, als die Krisis der Entscheidung näher rückte — kein besserer Rath konnte gegeben werden — „einzig den militärischen Standpunkt zu nehmen." Mit großer Unumwundenheit, lebhaft und zuversichtlich, vertrat ferner dem Kronprinzen gegenüber der Oberbürgermeister Seydel die Berechtigung der Bismarckschen Politik. Wiederholt versuchte es Theodor v. Bernhardi, und zwar ein letztes Mal vor seiner Abreise nach Turin als Militärattaché bei der dortigen Gesandtschaft, die kronprinzlichen Vorstellungen von der Allmacht liberaler Regierung durch realpolitische Erwägungen zu berichtigen. Hoch erwünscht endlich, daß auch Roggenbach, der so lange und so eifrig für die Augustenburgische Sache gewirkt hatte, bei seiner durch Bismarck veranlaßten Anwesenheit in Berlin vom 25. April bis 2. Mai, den Standpunkt vertrat, daß Preußen von seiner nunmehr eingenommenen Position der Bundesreform nicht mehr zurück könne. Ob mit oder ohne Erfolg: es war das Richtigste, was dem Kronprinzen gesagt werden konnte, und es war aus diesem Munde besonders beherzigenswerth, daß, wenn er doch das Ministerium zu ändern oder andere Maßregeln herbeizuführen außer Stande sei, er sich „einzureihen" habe, da man „immer auf der Seite seines Vaterlandes stehen müsse."

Vereinzelt zeigten sich mittlerweile zu Dunckers Freude auch in den Kreisen der Bevölkerung die ersten Gegenregungen gegen die fortschrittlichen Kundgebungen. Da und dort wenigstens

widerstand die bessere politische Einsicht und das erwachende patriotische Ehrgefühl dem allgemeinen Taumel. Noch lebte in seinem alten Halle etwas von der Gesinnung, die er dort vor langen Jahren gepflanzt hatte, und auch jetzt noch fanden seine Winke dort willige und verständnißvolle Beachtung. Von den Hallischen Altliberalen wurde am 26. April eine Erklärung erlassen, welche, unter voller Zustimmung zu der deutschen Politik der Regierung, sich für die Durchführung derselben auch auf die Gefahr des Krieges aussprach, da nicht ein solcher Krieg, vielmehr die Umkehr auf dem betretenen Wege ein nationales Unglück sein würde. Noch mehr nach seinem Sinne war die spätere Adresse der Breslauer Gemeindebehörden. Es freute ihn, daß hier sein alter Genosse Roepell führend vorangegangen, nicht weniger auch, daß es wieder, wie 1813, das zunächst bedrohte Breslau sei, welches die Ehre Preußens rette, und er zweifelte nicht, daß in Kurzem die vernünftige Meinung sich überall gegen die Angst um Geld und Gut und gegen die Verblendung der Parteien Bahn brechen werde. Fortwährend schwebte ihm dabei die Parallele zwischen der gegenwärtigen Lage und der von 1850 vor: das Jahr 1866 mußte die Vergeltung für die damalige Demüthigung bringen. Daß dies über dem inneren Streit verkannt, selbst von unzweifelhaft nationalgesinnten Männern verkannt werde, erfüllte ihn mit bitterem Unmuth. „Der Fortschritt", so schrieb er am 13. April an einen Hallischen Freund, „überbietet heute, was die Kreuzzeitung 1850 gethan hat. Leider sind Schwerin, Gruner, Patow, Bethmann ebenfalls im Fahrwasser des Friedens und klagen über frivolen Krieg." Und am 18. Mai an den Breslauer Freund: „Leider ist es ja dahin gekommen, daß die Liberalen von 1866 den Feudalen von 1850 nichts mehr vorzuwerfen haben. Diese machten Olmütz, weil ihnen Radowitz mißfiel: heute soll Olmütz gemacht werden, weil Bismarck mißfällt." Er wußte, wie meisterhaft dieser operirte, und sah andererseits, wie sehr „das Friedensgeheul" den Muth der Oesterreicher steigerte — was Wunder, daß er sich mit ganzem Leibe auf die Gegenseite warf? Jetzt, im Momente der Entscheidung, verlangte sein decidirtes Wesen einfache, ganze Entscheidung. Die Zeit, zu markten und Bedingungen zu stellen, sei vorüber. Es gebe nur Einen möglichen

Standpunkt: erst das Vaterland, dann die Partei, erst die Existenz, dann die Verfassung, die die Existenz zur Voraussetzung habe. „Bennigsen und Oetker, und wie viele Andere", so schrieb er an Baumgarten, der damals die Broschüre „Partei oder Vaterland?" geschrieben hatte, „wünschen nichts sehnlicher, als Bismarck Erfolge, — und doch können sie nicht unterlassen, ihm den Knüppel zwischen die Beine zu werfen!" — —

Am 14. Mai hatte Duncker wieder Vortrag beim Kronprinzen, und zwar während der Fahrt von Potsdam nach Berlin. Noch einmal traten die Gesichtspunkte beider Männer einander gegenüber; noch einmal versuchte es Duncker, dem Kronprinzen Vertrauen zu der bevorstehenden, weder durch Notenwechsel zwischen Berlin und Wien, noch durch die Napoleonischen Congreßvorschläge aufzuhaltenden Action einzuflößen, wobei er wenigstens das Zugeständniß erlangte, daß die militärischen Aussichten Preußens nicht schlecht seien. Erst am 24., bei der Taufe der Prinzessin Victoria, sah er die Herrschaften wieder — es hatte kein Vortrag inzwischen stattgefunden.

Unter Friedensversicherungen und Congreßverhandlungen hatten nun von allen Seiten die Rüstungen ihren Fortgang gehabt. Oesterreichs am 1. Juni in Frankfurt abgegebene Erklärung, mit der es, den Gasteiner Vertrag zerreißend, den Bund zur Entscheidung der Schleswig-Holsteinschen Frage aufrief, vernichtete endlich jede Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs. Der Krieg stand unmittelbar bevor. Eine wichtige Rolle in demselben war dem Kronprinzen zugedacht: an die Spitze der zweiten Armee gestellt, erhielt er die Aufgabe, Schlesien zu decken.

Wohl dachte Duncker einen Augenblick daran, unter diesen Umständen seine Stellung als politischer Rathgeber mit einer militärischen Adjutantur zu vertauschen; mit Freuden hätte er sich zu den Vorposten schicken lassen. Andeutungen in dieser Richtung, ob der fürstliche Feldherr seine Thätigkeit während der Campagne nicht nützlicher verwenden wolle, als dies durch die üblichen Berichte geschehen könne, wurden nicht verstanden oder nicht beachtet.

Am 8. Juni brach der Kronprinz auf. Der Moment war gekommen, wo sein bisheriger Rath um seine Entlassung aus

einer zum Schein gewordenen Stellung bitten konnte, ohne irgend eine persönliche oder politische Pflicht zu verletzen. Am 12. wurde das Entlassungsgesuch abgesandt.

Der Bittsteller bedauert zunächst, daß es ihm in einem so schweren und entscheidungsvollen Augenblicke nicht vergönnt gewesen sei, dem ins Feld Rückenden seine treuen Wünsche auszusprechen. Ohne der Differenzen der beiderseitigen politischen Ansichten im Einzelnen Erwähnung zu thun, faßt er nur noch einmal den von ihm vertretenen Standpunkt in einem allgemein gehaltenen kurzen Glaubensbekenntniß zusammen. Er darf ein selbstbewußtes Wort von seiner durch keinerlei persönliche Rücksichten beeinflußten Hingabe an den Staat sagen, dem „er gehöre, seit er denke." Was er diesem Staate nöthig hält, ist bald ausgesprochen: eine nachdrückliche äußere Politik im Sinne des großen Kurfürsten und des großen Königs, im Innern eine freie und gerechte, die Mitarbeit des Volks am Staate sichernde, die Kraft nach außen nicht hemmende, sondern fördernde Ordnung im Geiste des Freiherrn v. Stein. In dieser Richtung sei er bestrebt gewesen, Sr. Königlichen Hoheit zu rathen und zu dienen, würde er gerade in diesen ernsten Tagen gewünscht haben, es thun zu dürfen. Mit wehmüthiger Dankbarkeit gedenkt er der ihm früher gewährten Gnade. Der Zeichen des Loslassens hatte es seit Anfang des Jahres mehrere gegeben. Im Januar hatte ihm der Kronprinz plötzlich die Bibliothek abgenommen und sie dem Adjutanten v. Jasmund übergeben. Am 20. März hatte er bei der Erörterung von Dunckers noch immer nicht fixirter Stellung als preußischer Beamter die Universität in Vorschlag gebracht, als entsinne er sich nicht, daß er früher selbst, als das Ministerium ihm einen anderen vortragenden Rath zu geben gewünscht, gegen Dunckers Verwendung für eine Professur protestirt hatte. An nichts dergleichen rührt der Schreibende; er motivirt das Entlassungsgesuch einzig damit, daß der Kronprinz in den letzten Monaten seine Thätigkeit nur in geringem Maße in Anspruch genommen habe. So trägt er dem hohen Herrn das Ansuchen vor, den König um eine anderweite Verwendung im Staatsdienste, womöglich um eine Beschäftigung in den Archiven des Staates bitten zu dürfen, „welche mich", so schließt er, „in den Stand setzen würde, die Kräfte und

Tage, die mir noch übrig sind, für die Geschichte Preußens zu verwerthen."

Aus dem Hauptquartier Schloß Fürstenstein bei Freiburg in Schlesien erfolgte umgehend unterm 13. Juni die Gewährung des Abschieds durch das folgende Schreiben:

„Sie werden Sich denken können, daß Ihr Brief vom 12. Juni mit seinem Antrage mich ernst bewegt hat. Nach fünfjähriger treuer, hingebender Thätigkeit für die Vorbereitung meiner Person zu dem ernstesten, bedeutungsvollsten menschlichen Berufe bitten Sie mich jetzt um die Erlaubniß, von Sr. Majestät dem Könige eine anderweite Verwendung im Staatsdienste erbitten zu dürfen."

„Da es mein Princip ist, bei allen Personen, welche in dienstlicher Beziehung zu mir stehen, niemals Jemandem derselben in den Weg zu treten, wenn solchen sich eine Gelegenheit darbietet, anderswie Beschäftigung zu finden, die ihnen zusagt oder Vortheil gewährt, so muß ich auch in dem vorliegenden Falle Ihre Bitte gewähren. Ja, was irgendwie in meinen Kräften steht, um Ihnen zur Erreichung des ausgesprochenen Wunsches: beim Archive thätig zu sein, behülflich zu werden, soll mit Freuden von mir versucht werden, wenn nicht ein Lehrstuhl an der Berliner oder einer anderen Hochschule Ihrem Geist, Verstand und Ihrer früheren ersprießlichen Thätigkeit noch mehr entsprechen sollte."

„Lassen Sie es mich aber offen heute aussprechen, daß mir die Trennung von Ihnen recht schwer wird. Blicke ich auf die Jahre zurück, in denen Sie mir zur Seite standen, so füllen diese eine wichtige Epoche meines Lebens aus, ja ich kann sagen, die wichtigste meines bisher erlebten Mannesalters. Ihre Vorträge, die Unterredungen mit Ihnen, die zahlreichen schriftlichen Arbeiten, deren Sie Sich für mich unterzogen — Alles dies sind ja wichtige Beiträge zur Fortentwickelung meines Verständnisses für unsere Zeit und unsere Institutionen gewesen. Sonach kann die Erinnerung an jene Jahre nur mit der aufrichtigsten Dankbarkeit für Alles, was Sie für mich gethan, verbunden bleiben, zumal ich weiß, daß Sie hierbei so mancherlei unterlassen mußten, was Ihrer Neigung entsprach."

„Als die letzten Zeiten die Contraste steigerten, welche seit 1858 in unserem Staatsleben leider hervorgetreten waren, sind wir

häufig recht verschiedener Meinung gewesen. Etliche Male empfanden Sie persönlich die Widerwärtigkeiten, welche nur allzu oft im öffentlichen Leben, wie auch in der Tagespresse denen bereitet werden, welche Hochgestellten nahe stehen. Immer haben Sie aber Ihre Meinung offen und unumwunden geäußert und nie Veranlassung aus solchen Erlebnissen geschöpft, Ihr Verhältniß zu meiner Person aufzulösen. Jetzt ruft mich meine Pflicht, als Erbe meines Vaterlandes den Säbel zu ziehn für eine Frage, deren Entstehung einem System zugeschrieben werden muß, dem Sie Sich mehr genähert haben, während ich mich ganz von demselben losgesagt. Vollkommen verstehe ich, daß Sie meine Zurückhaltung während der allerletzten Zeit empfunden haben und angesichts eines Krieges, der mich vielleicht auf lange Zeit vom häuslichen Kreise fern halten wird, den Drang nach anderer Beschäftigung in Sich rege werden fühlen."

„Möge nun Ihre künftige Thätigkeit sein, welche sie wolle, immer wird meine wohlwollende Theilnahme Sie begleiten, immer sollen Sie in mir denselben wiederfinden, der gern Ihre Ansichten vernimmt und sich Ihres reichen Schatzes von Erfahrungen und mannigfaltigen Kenntnissen auch ferner bedienen wird."

„So sage ich Ihnen denn Lebewohl beim Scheiden aus Ihrer Thätigkeit bei meiner Person, Sie meiner aufrichtigen Dankbarkeit nochmals versichernd, als Ihr stets wohlgeneigter ꝛc."

15.

Späterer Antheil an der Politik.

An den großen für Preußens Zukunft entſcheidenden Ereigniſſen thätig theilzunehmen, war nichts deſto weniger Duncker nicht gänzlich verſagt. Nachdem er zwei Jahre lang der Berather und Vertheidiger des liberalen Miniſteriums geweſen, dann während fünf weiterer Jahre ſeine politiſche Einſicht dem preußiſchen Thronfolger dienſtbar gemacht hatte, ſollte er während des bedeutſamſten Wendepunktes der deutſchen Geſchichte auf die kurze Zeit weniger Tage auch das Regiment probiren.

Unbedenklich hatte er nach der Abreiſe des Kronprinzen den Auftrag des auswärtigen Amts übernommen, die Verbindung mit den nationalgeſinnten Elementen in Baden und Hannover zu unterhalten. Eine bedeutendere Aufgabe wurde ihm am 16. Juni zugewieſen. Mit Recht hielt ihn Herr v. Bismarck für die geeignetſte Perſönlichkeit, die Intereſſen Preußens in dem zu Oeſterreich haltenden Kurheſſen zu vertreten und in dem occupirten Lande den Uebergang zu einer neuen Ordnung der Dinge vorzubereiten. Er ſollte als Civil-Commiſſarius nach Kaſſel gehen und ſich für dieſe Sendung den Urlaub des Kronprinzen erbitten. Erſt jetzt erfuhr der Miniſter, daß es eines ſolchen Urlaubs nicht mehr bedürfe. Der Auftrag ging dahin, daß Duncker ſich dem commandirenden General zur Verfügung ſtellen und zugleich die maßgebenden Geſichtspunkte des auswärtigen Miniſteriums bei demſelben vertreten ſolle, daß er die Beziehungen zwiſchen der Occupation und dem Lande zu vermitteln, die Behörden und den landſtändiſchen Aus-

ſchuß in Thätigkeit zu erhalten und in eine den preußiſchen Intereſſen förderliche Richtung zu bringen habe. Ohne eine Minute zu zögern, obgleich ſich in keiner Weiſe überſehen ließ, welche Stätte ſein Rath bei den commandirenden Generalen finden werde, übernahm Duncker das Commiſſorium.

Erſt am 18. Morgens, da von Eiſenach an alle Verbindungen abgebrochen waren, gelangte er nach Kaſſel. Er trat ſogleich mit den Männern der Verfaſſungspartei, vor Allem mit Friedrich Oetker in Beziehung und erwog mit dieſem, welche Fürſorge für die Fortführung der laufenden Geſchäfte während der Occupation getroffen werden könne. Oetkers nächſter Rath — wie dieſer in ſeinen Lebenserinnerungen erzählt — ging dahin, eine einzelne Perſon an die Spitze der Interimsregierung zu ſtellen; bald indeß zeigte es ſich, daß dafür von den heſſiſchen Patrioten Niemand zu haben ſei, wie denn Oetker ſelbſt ſich zum Regenten unter preußiſcher Oberhoheit machen zu laſſen keinerlei Luſt bezeigte. Die Sache mußte alſo anders angefaßt, jedenfalls aber die Ankunft der preußiſchen Truppen abgewartet werden, deren Befehlshaber, General v. Beyer, am 16. mit einer entgegenkommenden Proclamation die heſſiſche Grenze überſchritten hatte. Erſt am Morgen des 19. fand Duncker die Truppen und den General in Guntershauſen auf, um nun mit ihnen am Abend desſelben Tages in die Hauptſtadt einzurücken.

Ueber die Grundſätze, die den Behörden, dem Staatseigenthum und der militäriſchen Organiſation des Landes gegenüber zu befolgen wären, herrſchte zwiſchen dem Civilcommiſſar und dem commandirenden General von vornherein die erfreulichſte Uebereinſtimmung. Der weſentliche Geſichtspunkt für die zu löſende Aufgabe war klar gegeben. Preußen hatte ſich auf die Partei zu ſtützen, gegen welche 1850 die Bundesexecution beſchloſſen und durch Preußens Rückzug vollzogen worden war, für welche Preußen 1862 den Kurfürſten zur Wiederherſtellung der Verfaſſung von 1831 gezwungen hatte. Es galt, die Sympathien dieſer Partei und damit der großen Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen, zugleich alle Einrichtungen ſo zu treffen, daß dem zukünftigen Verhältniß des Kurfürſtenthums in keiner Weiſe vorgegriffen, vielmehr verſchiedene Möglichkeiten offen gehalten würden. Durch

ſeine genaue Kenntniß der heſſiſchen Verhältniſſe und des wechſelvollen Verlaufs, den die heſſiſche Frage ſeit dem Jahre 1850 genommen, nicht minder durch ſeine perſönlichen Beziehungen zu den hervorragendſten Mitgliedern der Verfaſſungspartei war Duncker in vorzüglichem Grade befähigt, in dieſer Richtung zu wirken. Zum erſten Male fand ſein das praktiſch Nothwendige raſch und ſicher erfaſſendes Urtheil, ſeine maßvolle Entſchloſſenheit, ſein Geſchick, je nach den Umſtänden zu vermitteln oder durchzugreifen, eine Gelegenheit, ſich ungehemmt zu entfalten und an einer großen Aufgabe mit unmittelbaren Erfolgen glänzend zu bewähren.

Es verſtand ſich, daß zunächſt die Miniſter des Kurfürſten, welche die feindſelige Haltung gegen Preußen angerathen hatten, ihrer Aemter enthoben werden mußten. Sie fügten ſich, unter Proteſt, der thatſächlichen Gewalt. Nur der Kriegsminiſter mußte als Militär zugleich zum Gefangenen gemacht werden. Er wurde am 21. nach Minden abgeführt. Unabweisbar aber trat nun die Frage der Einſetzung einer anderen vorläufigen Landesregierung in den Vordergrund. Es war ein günſtiger Umſtand, daß der Kurfürſt die Ständeverſammlung ſchon am 18. vertagt hatte. Man hatte es in Folge deſſen nur mit dem aus fünf Mitgliedern beſtehenden ſtändiſchen Ausſchuß, in dem ausſchließlich die Richtung der Mehrheit der Stände vertreten war, zu thun. Dieſen Ausſchuß verſammelte nun auf Dunckers Rath am 20. General v. Beyer und forderte ihn mit einer von jenem entworfenen warmen Anſprache zur Bezeichnung der für die Uebernahme der Geſchäfte geeignetſten Männer aus der Verfaſſungspartei auf. Der Ausſchuß lehnte dies nun zwar als außerhalb ſeiner Befugniß liegend ab: die Aufforderung hatte nichts deſto weniger den günſtigſten Eindruck gemacht, ſie war als ein weiterer Beweis des Entgegenkommens gegen die Wünſche des Landes gefaßt worden. Es galt, in dieſer Richtung weiter zu operiren. Am 21. Mittags wurde an den Straßenecken eine neue größere Proclamation angeſchlagen, in welcher Duncker dem General v. Beyer Worte in den Mund legte, die auch die Bedenklichſten beruhigen mußten. Um die Zukunft freizulaſſen, ſagte dieſelbe nur, daß mit der Beſetzung des Landes die Autorität des Kurfürſten ſuspendirt ſei. Sie verſprach, worauf in Heſſen der größte Werth gelegt wurde, das Staatseigenthum

zu achten, und ſtellte dagegen die Heranziehung der kurfürſtlichen Revenuen zur Erleichterung der Kriegslaſten in Ausſicht. Zur „vollen Herſtellung des verfaſſungsmäßigen Rechtszuſtandes“ ſollte der alte Schaden der proviſoriſchen Geſetze und verfaſſungswidrigen Verordnungen beſeitigt, den Beſchwerden des Landes ſollte nach Möglichkeit abgeholfen, den volkswirthſchaftlichen Bedürfniſſen jede Förderung zugewandt werden.

In der Zwiſchenzeit aber war auch die Bildung der vorläufigen Landesregierung gelungen. Nachdem der Ausſchuß dazu direct mitzuwirken verweigert hatte, war Duncker auf den von Oetker empfohlenen Gedanken eingegangen, die bisherigen erſten Beamten der Miniſterien des Innern, der Finanzen und der Juſtiz mit der Fortführung der laufenden Verwaltung zu betrauen. Mehrſtündige mündliche Verhandlungen mit den drei Herren führten zu keinem Ziele. Erſt der Androhung militäriſchen Zwanges wichen ſie, unter ausdrücklicher Verwahrung ihres Eides und ihrer Pflicht gegen den Kurfürſten, um ſich fortan willig und eifrig den preußiſchen Intentionen anzubequemen.

Kaum hatte es in dieſen Tagen der angeſpannteſten Thätigkeit für Duncker eine Pauſe, kaum eine kärgliche, durch die Ankunft Bismarckſcher Depeſchen nicht unterbrochene Nachtruhe gegeben. In der Freude an ſeiner Aufgabe fühlte er ſich trotzdem gehoben, körperlich und geiſtig geſund. Die Briefe, die er ſeiner kargen Zeit und ſeiner müde geſchriebenen Hand abgewann, ſind köſtliche Zeugniſſe dieſes Wohlgefühls. Der Liebenswürdigkeit ſeines Generals, wenn er ihm auch mehr Eifer für militäriſche Erfolge wünſchte, ertheilt er das vollſte Lob; an Offizieren und Soldaten, an ihrer Friſche und Rüſtigkeit hat er ſeine helle Luſt, aber er iſt vor Allem auch mit dem Erfolg ſeiner Thätigkeit zufrieden. In der beſten Laune ſchreibt er am 22. Juni, wie er nun mit der Einrichtung einer vorläufigen Regierung, dem erſten Acte ſeiner Miſſion, zu Stande gekommen ſei. „Proclamationen und Anſprachen in Unzahl gemacht und verbreitet, fünf Miniſter abgeſetzt und mehrere Verhaftungen vorgenommen, — kurz, paſchaartig gewirthſchaftet. Aber es geht Alles vortrefflich!“

Die wichtigſte Frage, welche demnächſt zur Entſcheidung ſtand, bezog ſich auf die Perſon des Kurfürſten, der ſich hartnäckig auf

Wilhelmshöhe feſtgeſetzt hatte. Eine fortgeſetzte Gefangenhaltung desſelben in ſeinem Lande würde dem loyalen heſſiſchen Volke ohne Zweifel als ein Martyrium erſchienen ſein und ſeiner Perſon wieder Sympathien zugeführt haben. Waren doch einige Härten nicht zu vermeiden geweſen; kurzer Hand z. B. hatte Duncker den brüsken Proteſt des öſterreichiſchen Geſandten und des bayriſchen Miniſterreſidenten gegen den ihnen verwehrten Zutritt auf Wilhelmshöhe zurückgewieſen, und die beiden Herren beeilten ſich, daraus Capital zu ſchlagen. Die Gefahr einer nochmaligen Verhandlung mit dem Kurfürſten ſchlug Duncker höher an, als ſie in Berlin angeſchlagen zu werden ſchien; er würde die ſofortige Abführung des Kurfürſten für nicht zu gewagt gehalten haben. Inzwiſchen entſchied ſich die Angelegenheit durch die Sendung des Generals v. Röder, preußiſchen Geſandten in Kaſſel, der dem Kurfürſten noch einmal die Wahl zwiſchen einem Bündniß und der Abführung nach Stettin zu ſtellen beauftragt war, ſo ſchnell wie günſtig. Der Kurfürſt lehnte die ihm geſtellten Bedingungen ab; er ſprach nur den Wunſch aus, daß ihm ein ehrenvoller Abzug aus ſeinem Lande geſtattet werde. Raſch waren die Vorſtellungen, welche Duncker gegen die Gewährung dieſes Wunſches zu machen ſich verpflichtet hielt, überholt: am 23. Abends war in Folge neuer Weiſungen von Berlin die Entſcheidung erfolgt; — der Kurfürſt befand ſich auf dem Wege nach Stettin.

Wie verſpätet indeß jene Vorſtellungen kamen, ſo ſachgemäß waren ſie und ſo treffend charakteriſiren ſie die Lage. „Würde," ſo heißt es unter Anderem in dem Dunckerſchen Bericht vom 23., „dem Kurfürſten der ehrenvolle Abzug gewährt, welchen er wünſcht, ſo wären freilich die eben erwachenden Sympathien mit ſeinen Leiden ſofort verſchwunden, ſo wären die Beamten für den Augenblick beruhigt: aber das Land wie die Beamten würden in der beſtändigen Furcht leben, ihren Souverän bald an der Spitze ſeines Corps, der Truppen des Bundes, zurückkehren und eine unerbittliche Reaction über ſich heraufziehen zu ſehen." Auch militäriſche Gründe macht der Bericht für eine unverzügliche Entſcheidung geltend. „Die Luft hier iſt erfüllt von Gerüchten, die das Anrücken der Süddeutſchen melden. General v. Beyer empfing geſtern Abend 6 Uhr im Moment ſeiner Abfahrt die Nachricht, daß 1000

Bayern mit Geſchütz in Gießen eingerückt ſeien. Er beauftragte mich, unſere beiden Eiſenbahnbeamten anzuweiſen, die Lücke bei Treyſa ſo zu erweitern, daß dieſelbe in nicht kürzerer Zeit als 24 Stunden herzuſtellen ſei. Die genannten Beamten haben dieſen Befehl mit anerkennenswerthem Eifer bereits ausgeführt. Geſtern Abend nach 10 Uhr wollte die Commandantur auf die Nachricht, daß ſich Hannoverſche Cavallerie bei Münden zeige, Alarm ſchlagen laſſen; auf meinen dringenden Rath, die Stadt nicht zu beunruhigen, hat man ſich mit weniger lärmenden Vorſichtsmaßregeln begnügt." Das Gerücht, daß mit dem Kurfürſten unterhandelt werde, erfüllte die Männer, die ſich zur vorläufigen Uebernahme der Verwaltung hatten gewinnen oder zwingen laſſen, mit der äußerſten Beſorgniß. Duncker erzählt, wie der von den preußiſchen Commiſſaren beſtellte Vorſtand des Finanzminiſteriums, ein loyaler und dem Kurfürſten ergebener Mann, mit den Worten zu ihm geeilt ſei: „ich bin ein verlorener Mann, wenn Sie meinen Souverän freilaſſen, und ich, ein treuer heſſiſcher Beamter, muß Ihnen, dem Fremden das ſagen! In gleich verzweifelter Lage befinden ſich auch meine Amtsgenoſſen!" Mit Recht alſo erklärte der Bericht vom 23. die Maßregel gegen den Kurfürſten für dringend und unaufſchieblich geboten; er ſchloß — dieſen Schritt vorausgeſetzt — voll Zuverſicht hinſichtlich der weiteren Geſtaltung. „Die geſammte Bevölkerung, bis auf einen geringen Bruchtheil hochgeſtellter Kreiſe, zeigt uns das bereitwilligſte und herzlichſte Entgegenkommen; ſie iſt außerordentlich dankbar für die Anerkennung der Verfaſſung von 1831. Auch mir perſönlich tritt überall das größte Vertrauen entgegen. Dieſe Stimmung wird, namentlich bei den Beamten, mit der Entfernung des Kurfürſten noch größere Kraft und feſtere Wurzeln gewinnen. Es würde insbeſondere günſtig wirken, wenn Ew. Excellenz mir geſtatteten, dem Stellvertreter des Generals v. Beyer zu rathen, im Namen Sr. Majeſtät des Königs auch einige erlaſſene Verordnungen, das eine und andere der proviſoriſchen Geſetze außer Kraft zu ſetzen und einige Strafverſetzungen von Beamten rückgängig zu machen. Gehen wir auf dieſem Wege entſchloſſen vorwärts, ſo haben wir uns in kurzer Friſt die Dankbarkeit des geſammten Landes erworben, und verſtehen wir es zugleich, das berechtigte Selbſtgefühl der Heſſen zu

ſchonen, ſo könnte Preußen auch während des Krieges eine werthvolle Unterſtützung in der Zuneigung der Heſſen gewinnen."

Es ging, wie der Berichterſtatter vorausgeſehen. Ohne ernſtere Erregung, wenn auch nicht ohne Theilnahme, vernahm man in Kaſſel die Kunde von der Abführung des Kurfürſten; auch wohl nicht ohne einige Empfindlichkeit; denn ſo loyal, ſo monarchiſch war dieſer Stamm, daß er, auch wenn man ihm den ſchlimmſten, den gehaßteſten Souverän entführte, ein Stück ſeines Ich zu verlieren meinte; hier und da wurde überdies die Beſorgniß geäußert, der König von Preußen werde nun wohl in Heſſen bald für ſeine Armee ausheben laſſen, und — meinten Einige — wenn man einmal zu den Soldaten müßte, dann doch lieber zu den eigenen als zu den Preußen. Solcher Beunruhigung und ſolchem Gerede entgegenzutreten, mußten Maueranſchläge und Veröffentlichungen in der Preſſe dienen, deren Unterſtützung ſich zu verſichern Duncker gleich anfangs ſich hatte angelegen ſein laſſen. Die Hauptſache war doch, daß durch die Entfernung des Kurfürſten die politiſche und militäriſche Situation ſich geklärt hatte, und daß den wegen ihrer Zukunft beſorgten Beamten eine große Laſt vom Herzen genommen war.

Zur Befeſtigung der Verhältniſſe jedoch war jetzt ein weiterer Schritt nöthig. So gewiß zunächſt eine Art militäriſcher Dictatur nothwendig geweſen war, ſo wünſchenswerth war es, dieſelbe baldmöglichſt aufhören zu laſſen. Wenn bei der Abcommandirung des Generals v. Beyer zu der gegen die Hannoveraner operirenden Armee ſofort in deſſen Stellvertretung General v. Röder die oberſte Leitung in Kaſſel übernommen hatte, ſo konnte doch ein ſolcher Wechſel der commandirenden Generale der Befeſtigung der Verhältniſſe nicht förderlich ſein. Schon am 24. Juni beantragte daher Duncker die Errichtung eines dauernderen Proviſoriums, einer feſteren Organiſation für die Verwaltung des Landes. Seine Vorſchläge gingen auf die Einſetzung eines Statthalters, eines Civilbeamten, deſſen Aufgabe es ſein würde, im Sinne der bisherigen einleitenden Schritte die Inſtitutionen des Landes zu achten, den alten Beſchwerden desſelben Abhülfe zu gewähren und ſo deſſen moraliſche Eroberung zu vollenden. Selbſtredend, meinte er, könne nur ein Preuße dazu berufen werden, und zwar ein Be-

amter von angesehenem Range, gutem Rufe und liberaler Richtung. Den Titel eines Statthalters oder Administrators zog er dem eines Gouverneurs oder Oberpräsidenten vor, damit selbst der Schein vermieden werde, als ob Kurhessen bereits in eine preußische Provinz verwandelt sei. Seine Erwartungen, in der That, gingen damals nicht weiter, als daß die Personalunion nicht unerreichbar sein dürfte, um so eher erreichbar, je weniger man die Absicht einer Einverleibung errathen oder argwöhnen lasse. Vor Allem aber wurde er nicht müde, einzuschärfen, daß man in der Durchführung der Verfassung von 1831 das Mittel in der Hand habe, sich in dem tüchtigen, gesetzestreuen und im Grunde höchst conservativen hessischen Beamtenstande eine sichere Stütze zu schaffen, und daß überhaupt die mildeste und entgegenkommendste Behandlung den preußischen Interessen am besten dienen werde. Eine Reihe weiterer Vorschläge oder Rathschläge bezog sich auf die Zusammensetzung, die der neue Statthalter dem von ihm zu bildenden Ministerium zu geben, auf die Gesetze volkswirthschaftlichen Inhalts, durch deren Erlaß er sich am passendsten und vortheilhaftesten einzuführen haben würde, und Anderes.

Mit dem Vorschlage, Duncker selbst die weitere Administration des Kurfürstenthums zu übertragen, war Bismarck bei seinen weniger vorurtheilsfreien Collegen im Ministerium auf Widerstand gestoßen. Bereits am 26. Juni Abends traf der Regierungspräsident der Rheinprovinz v. Möller in Kassel ein, um die Leitung der Verwaltung des Landes zu übernehmen, während der General v. Werder zum militärischen Gouverneur ernannt wurde. Die Maßregel entsprach durchaus dem von Duncker Beantragten, und auch über die Wahl der beiden Persönlichkeiten sprach er seine Genugthuung aus. Ein ministerieller Erlaß gab ihm auf, dem neuen Militärgouverneur von allem Geschehenen ausführlich Mittheilung zu machen und sich demselben zur Verfügung zu stellen; allein mit Recht glaubte er, daß seine Aufgabe mit der Einsetzung des Herrn v. Möller als Civilgouverneur beendet sei. Selbst der Rath, den sich Herr v. Möller für den Beginn seiner Amtsthätigkeit von ihm erbat, konnte nur noch einen privaten Charakter haben. Mit der administrativen war diesem fortan auch die politische Aufgabe anvertraut; es gab offenbar für Duncker kein Feld der Thätigkeit

mehr, und er mußte wünschen, der schweren Verantwortung, die sein Commissorium ihm auferlegte, so bald wie möglich entledigt zu werden. Wohl hätte ihn das Gefühl beschleichen können, daß er die Rolle des Mohren gespielt, der gehen könne, nachdem er seine Schuldigkeit gethan; kein solches Gefühl der Verletzung indeß, sondern nur ein berechtigtes Selbstvertrauen spricht sich in den Worten aus, die er wenige Wochen später, angesichts der für und gegen Preußen in Kurhessen, Hannover und Sachsen herrschenden Stimmung, an einen Freund schrieb: „Hätte man den Muth gehabt, mir nicht bloß die Einleitung, sondern auch die Fortführung in Kurhessen zu überlassen, ich hätte das Land für unbedingten Anschluß gewonnen, und diese Stimmung in Hessen hätte dann wesentlich auf Hannover gewirkt, wo wir einen guten Stützpunkt in Ostfriesland haben."

Wie dem sei: das Bewußtsein, seine Schuldigkeit gethan, mit Erfolg gethan zu haben, durfte er auch seinem Vollmachtgeber gegenüber aussprechen. „Es ist mir gelungen," schrieb er, „den für die Einleitung und Vorbereitung unserer Position in Hessen, wie ich glaube, angemessenen Rath zur Geltung zu bringen, und dürfte hierbei kaum ein wesentlicher Punkt übersehen oder außer Acht gelassen worden sein." Er verband damit die Bitte seiner Abberufung. Ein Bericht über die den bisherigen diplomatischen Agenten Kurhessens fortan anzuweisende Stellung und über die Fürsorge für die handelspolitischen und internationalen Rechtsverhältnisse der Bewohner des Kurfürstenthums, ein anderer über die Aufhebung der bedenklichsten provisorischen Verordnungen der früheren Regierung, sowie über den Erlaß der von dieser reponirten Gesetze füllten seine Zeit in den letzten Tagen in Kassel aus.

Mit Sorge hatte ihn inzwischen die Unschlüssigkeit der militärischen Operationen beim Herannahen der durch den Harz auf Bayern zustrebenden Hannoveraner erfüllt. Die mangelhafte Organisation der Führung auf preußischer Seite trug die Schuld, daß es nicht gelang, die an Zahl soviel schwächere hannöversche Armee abzuschneiden. Es war schmerzlich und nicht rühmlich, für das Ansehen Preußens in Norddeutschland nicht günstig, daß durch die blutige Schlacht bei Langensalza die Waffenstreckung erreicht werden mußte. Doppelt wichtig unter diesen Umständen, in Han-

nover politisch Boden zu gewinnen. Die vortrefflichen Dienste, welche Duncker in Kassel geleistet, ließen erwarten, daß er mit gleichem Erfolge in Hannover werde wirken können. Es war Bismarcks Gedanke. Den Einwand, daß der liberale Mann dorthin weniger passen dürfte, weil dort starke aristokratische Elemente wären, wollte er nicht gelten lassen. „Auf die können wir uns nicht stützen," sagte er; „es sind unsere guten Freunde — aber es ist nichts bei ihnen zu holen." Duncker wurde gefragt, ob er glaube, bei der nun veränderten Lage in Kassel, in Hannover als erster Civilcommissar unter dem Militärgouverneur mehr nützen zu können, und erhielt unmittelbar danach die telegraphische Weisung, seinen Rückweg über Hannover zu nehmen, dort mit den Ständemitgliedern zu verhandeln und Bericht zu erstatten.

Ueber Göttingen langte Duncker am 2. Juli in Hannover an. Von den ständischen Mitgliedern fand er Niemanden dort, mit dem zu sprechen die Mühe gelohnt hätte: Herr v. Bennigsen war soeben nach Kassel gefahren, um sich mit den hessischen Abgeordneten über ein gemeinschaftliches Verfahren zu verständigen. So konnte Duncker nur ein allgemeines Bild der Zustände und Stimmungen gewinnen, die sich ihm in der Hauptstadt darboten. Der erste Blick zeigte ihm, daß die Aufgabe hier eine ungleich schwierigere sei als in Hessen. Tägliche lange Ausfahrten der Königin unterhielten die Erregung, und die zurückgekehrten Offiziere zeigten sich zu Dreien und Vieren in einigermaßen trotziger Haltung auf den Straßen. Man hatte gesiegt und hatte sich nach dem Siege unterwerfen müssen — kein Wunder, daß das das soldatische Selbstgefühl steigerte. Daneben die Klagen in den unteren Klassen über die Wegführung des Kriegsmaterials, der schönen Uniformen und Waffen; man werde den König schwerlich wieder bekommen, gewiß aber keine eigene Armee; mit dem Wohlstande der Stadt werde es vorüber sein. Man schalt auf die Bayern, man rechnete noch immer auf Siege der Oesterreicher; die Klügsten gar sagten, die Schlachten in Böhmen seien mit Oesterreich abgekartet — Oesterreich und Preußen seien einig, die Kleinstaaten zu verderben. Dunckers Eindruck war, daß hier in erster Linie ein besonderer Militärgouverneur und eine Verstärkung der Garnison nöthig sei. Im Uebrigen fand er, daß für ihn hier nichts zu thun sei, da die

Verwaltung von Herrn v. Hardenberg mit Umsicht und Entschlossenheit ohne verletzende büreaukratische und junkerliche Manieren in die Hand genommen sei und daher füglich in dieser Hand verbleiben könne. Bereits am 4. Juli kehrte er nach Berlin zurück: die Episode seiner unmittelbaren Verwendung im politischen Dienste war beendet.

Sowohl nach dem Urtheil seines Auftraggebers, der in der That auf alle seine Vorschläge eingegangen und Alles, was er in Kassel gethan und eingerichtet, genehmigt hatte, wie nach dem Urtheil der Freunde hatte er seine Sache vortrefflich gemacht. Die Führer der nationalen Partei in Hessen verhehlten ihr Bedauern nicht, daß man ihnen den Mann nicht gelassen, der in jenen kritischen Tagen so einsichtig und rücksichtsvoll die Gewalt mit dem Recht, die preußischen mit den heimischen Interessen auszugleichen verstanden habe, sie fuhren fort, sich ihm anzuvertrauen, ihm ihre Desiderien vorzutragen, durch ihn ihre Rathschläge an den Mann zu bringen, damit er, der allgemeinen Dankbarkeit und Verehrung gewiß, den Hessen auch ferner — so schreibt noch am 31. August der Präsident Nebelthau — „ein gütiger Schutzgeist" sei. Wie mit Kassel aber, so blieb er mit Hannover in Verbindung. Auch über die Zustände und Stimmungen in Frankfurt und Karlsruhe war er gut unterrichtet. Von dort versah ihn Wehrenpfennig, von hier Baumgarten mit Mittheilungen, an die sich Erörterungen über die durch die preußischen Kriegserfolge immer näher gerückten Fragen der künftigen Gestaltung Deutschlands knüpften. Natürlich, daß sich jetzt auch die alten Tübinger und Stuttgarter Freunde des Patrioten erinnerten, der vor sieben Jahren unter ihnen für den preußischen Staatsgedanken Propaganda gemacht hatte. Nach dem Schiffbruch, den soeben die Politik der württembergischen Regierung erlitten, sahen sie sehnsüchtig nach dem neuen Deutschland hinüber, von dem sie sich ausgeschlossen fanden, und erleichterten ihr Herz in Klagen und Fragen, in Hoffnungen und Befürchtungen gegen den Mann, den einer von ihnen „den geistigen Vertreter Schwabens in Berlin" nennt.

So übersah Duncker nicht bloß aus den Zeitungen, die er als Eingeweihter zu lesen verstand, sondern auch aus einer Fülle vertrauter Mittheilungen, die bei ihm zusammenflossen, ein gutes Stück des

deutſchen Horizonts. War auch ſeine officielle Rolle ausgeſpielt, ſo durfte er doch als Patriot zu rathen und zu helfen ſich berechtigt halten. All' ſein Sinnen, Thun und Empfinden ging in jenen Tagen, während des böhmiſchen Feldzugs und der gleichzeitigen und folgenden Verhandlungen, in der Sorge auf, daß der große Moment richtig benutzt, daß nichts verſäumt oder verloren werde, was jetzt und nur jetzt gewonnen werden konnte. In Nikolsburg befand ſich ſeit Beginn der Unterhandlungen Herr v. Keudell an der Seite Bismarcks. An dieſen, der ihn ſo genau kannte, wie ein Ehrenmann, ein politiſch Gleichgeſinnter den anderen kennen kann, richtete er zwiſchen dem 5. und 31. Juli fortlaufende, den Ereigniſſen mit klarem Urtheil folgende oder ihnen mit Wünſchen und Rathſchlägen vorauseilende Mittheilungen. Er ſorgt dafür, daß man im Hauptquartier über die Hergänge, Parteien und Perſonen der occupirten außerpreußiſchen Landestheile gut unterrichtet bleibe. Obgleich nur ein ferner Zuſchauer des Krieges — wie könnte er ſich der theilnehmenden Zwiſchenrufe enthalten! Vor Allem iſt es die Haltung des Mannes in Paris, der er mit athemloſer Spannung folgt. Wie lebhaft drückt er ſeine Zuverſicht aus, daß wir im Nothfall auch ihm gewachſen ſein würden, ſeine Hoffnung, daß man feſt ſtehen werde gegen den von ihm verſuchten diplomatiſchen Druck! Immer wieder betont er, angeſichts der von Frankreich drohenden Einmiſchung, daß man den nationalen Geſichtspunkt ſcharf in den Vordergrund rücken, die Einberufung des Parlaments beſchleunigen müſſe. Die am 12. Juli in Hannover abgehaltene Verſammlung norddeutſcher, außerpreußiſcher Liberalen, der von Preußen damals begünſtigte Plan eines Vorparlaments werden in dieſem Sinne lebhaft erörtert. Und nun die Frage der Annexion und die Frage der Friedensbedingungen. Beſonders für das mit der ganzen Härte einer kleinlichen Rache behandelte Frankfurt tritt der Briefſteller ein, und noch Eines endlich ſchärft er als das nach allen Erfolgen Wichtigſte und Unerläßlichſte ein — die Verſöhnung mit dem Landtage, die Beſeitigung des Conflicts, um jeden Preis! Er hatte die Genugthuung, daß ſeine Mittheilungen, Rathſchläge und Fürſprachen volle Beachtung fanden, und daß der Gang der Dinge im Ganzen ſeinen Andeutungen entſprach, das Ergebniß der Verhandlungen ſeine Erwartungen befriedigte.

Besonders die Stimmung in Hannover zu beeinflussen und hier für die von Preußen jetzt thatsächlich ins Werk gesetzte Constituirung Deutschlands Boden zu gewinnen, ließ er sich daneben angelegen sein. Daß sich Grumbrecht, mit dem ihn das Frankfurter Parlament und im Jahre 1850 die Agitation für Schleswig-Holstein nahe zusammengebracht hatte, an ihn wandte, gab ihm die erwünschteste Gelegenheit, die Nothwendigkeiten des Augenblicks zu betonen und sie vom Gesichtspunkte des gemeinsamen, nationalen Zieles zu beleuchten. Der Preuße und der Hannoveraner waren verschiedene Wege gegangen. In der Nähe der politischen und diplomatischen Kräfte, die früher oder später die entscheidenden werden mußten, hatten sich die Dinge jenem vielfach anders dargestellt, als sie dem Mitglied der Hannoverschen Kammer, dem Mitbegründer des Nationalvereins erschienen waren. Jetzt näherten sich die Linien, die doch von dem gleichen Punkte den Ausgang genommen und zu dem gleichen Punkte hinstrebten. Der thatsächliche Verlauf der Dinge hatte die Politik des Einen wie des Anderen gekreuzt: dem Historiker stand es wohl an, die Lage und die Aufgabe, wie sie jetzt war, mit historisch-politischem Urtheil zu bezeichnen.

„Der Versuch, die Nation unter Ausschluß Oesterreichs zu einigen," so schrieb er dem alten Anhänger des Gagernschen Programms, „geht nicht von den Männern und der Partei aus, von denen wir ihn erwartet haben, erwarten durften. Immerhin ist es ein Erfolg, auf den auch die nationale Partei stolz sein kann, daß die Feudalen, die Conservativen unsere Wege, die Bahnen, die die nationale Partei vorgezeichnet hat, betreten haben. Wie die Dinge in Preußen einmal liegen, wäre die liberale Partei von sich aus schwerlich jemals im Stande gewesen, die Armee, den Grundbesitz, die Beamtenschaft zum Entscheidungskampfe gegen Oesterreich zu bringen. Ohne diesen ist aber die deutsche Frage nicht zu lösen; wäre sie es: wir hätten sie bereits 1849 und 1850 gelöst. Der Stellung der feudalen Partei gemäß hat sie die Frage der Entscheidung gegen Oesterreich durch die Waffen vorangestellt. Sie weiß, daß dieselbe ohne das Parlament nicht zu Ende zu führen ist. Die deutsche Nation darf einen Moment, der vielleicht niemals wiederkehrt, nicht vorübergehen lassen, weil er nicht von denen herbeigeführt ist, von denen wir dies erwartet haben. Die

nationale Partei darf nicht zögern, die dargebotene Gemeinschaft zu ergreifen, bis die Einheit gesichert ist. Was danach zwischen beiden Parteien auszutragen sein wird, sind innere Fragen, für welche uns weder Ziel noch Kräfte fehlen werden."

Und nun geht er über auf die Situation des Augenblicks — den verzweifelten Versuch Oesterreichs, sich trotz seiner Niederlage durch die Abtretung Venetiens an Louis Napoleon, mit Hülfe Frankreichs in seiner bisherigen Stellung im deutschen Bunde zu behaupten. Da scheint ihm die erste Aufgabe der Nation, daß sie erkläre, Deutschland werde die Einmischung Frankreichs nicht dulden, Frankreich dürfe keinen Zoll deutschen Bodens erhalten. „Benutzen Sie," schreibt er, „Ihre Zusammenkunft in erster Linie, eine Erklärung dieser Art abzugeben." — — „Sprächen die Deputirten Hannovers, gerade sie, welche Ursache haben, eine Kränkung berechtigten Selbstgefühls zu empfinden, da Preußen ihr Land überziehen und ihre Armee entwaffnen mußte, ein entschlossenes Wort dieser Art: es könnte von entscheidender Wirkung in Nord und Süd sein. Sie würden damit zugleich das preußische Gouvernement für die schwere Aufgabe stärken, es auf den Krieg gegen Oesterreich und Frankreich ankommen zu lassen, während Italien keineswegs durchaus zuverlässig erscheint." Jetzt zum ersten Male, meint er, werde der Nationalverein zeigen können, daß er seine Aufgabe praktisch zu fassen verstehe, und daß sein Programm: Vereinigung der deutschen Staaten unter Preußen, ernsthaft gemeint sei. Er tritt ein für den Gedanken eines Vorparlaments, das in acht bis zehn Tagen, und zwar nicht in Braunschweig, wie einige der hessischen Freunde wollten, sondern in Berlin zusammentreten müsse, — „da, wo die Kraft liegt und wo sie gestärkt werden muß." Als selbstverständlich nimmt er an, daß der hannoversche Abgeordnetentag sich für die Vollziehung der Wahlen zum deutschen Parlament erklären werde; man möge jedoch an den preußischen Vorschlägen nicht mäkeln, die ja vor Ausbruch des Krieges in dem Sinne, die Fürsten zu schonen und zu gewinnen, gemacht worden seien; bei der jetzt veränderten Lage, wenn es sich um den Kampf gegen Frankreich und Oesterreich handle, werde die Reichsverfassung vom 28. März 1849 nothwendig zum Panier erhoben werden müssen. Noch über Eins

endlich hielt der Preuße gegen den Hannoveraner mit seiner Meinung nicht zurück. „Meines Erachtens," so schloß er, „dürfen die Souveräne von Hannover und Hessen und Sachsen entweder gar nicht, oder doch erst dann zurückkehren, wenn sie auf ihre volle Souveränität verzichtet haben, wenn es durchgesetzt ist, daß es, zunächst wenigstens in Norddeutschland, nur Eine deutsche Armee und nur Eine auswärtige Politik giebt. Die Bestimmungen der Reichsverfassung sind im Punkte der Armee viel zu gemäßigt; wir wollten ja damals den Fürsten die Annahme erleichtern, und mit meinem Willen wenigstens sollten brave deutsche Soldaten niemals wieder in die Lage versetzt werden, in welcher sich Hannoveraner und Sachsen in Rendsburg und Holstein, in welcher sich Ihre Truppen im Juni dieses Jahres befunden haben."

Die Erklärung der norddeutschen Notabeln aus Hessen, Hannover und Braunschweig, verbunden mit einer Ansprache an die Süddeutschen, fiel aus, wie er gehofft hatte. Das Vorparlament freilich zerschlug sich. Es bedurfte dessen nicht. Die meisterhafte Diplomatie, die mit weisester Mäßigung gepaarte Energie Bismarcks sorgte dafür, daß nach den großartigen Erfolgen unserer Waffen die Entwickelung zur nationalen Einheit sich in der natürlichsten Weise und in den wenigst gefahrvollen Bahnen weiter bewegen konnte. Es war doch gut, daß wir nicht sogleich, wie Duncker zu wünschen geneigt gewesen wäre, auch mit Frankreich abzurechnen gezwungen waren, gut auch, wenn schon für den Augenblick schmerzlich, daß der unter der Hegemonie des vergrößerten Preußen nach Ausschließung Oesterreichs zu gründende neue deutsche Staat einstweilen nicht über den Main hinausreichen sollte. Wie weit sich das sanguinische Hoffen unseres Freundes, sein vorwärtsdrängender patriotischer Eifer vorgewagt hatte, so lange die Entscheidung und die letzten Entschlüsse noch schwebend waren: so rasch beschied sich nach gefallener Entscheidung seine praktische Einsicht, so dankbar begrüßte er das, was doch mehr als der Anfang, was in Wahrheit die Gründung des deutschen Reiches selbst war. Seine Zufriedenheit, in der That, war vollständig. Auch jetzt, wie immer, sucht dabei sein politisches Urtheil den Rahmen geschichtlicher Anschauung. „Es handelt sich," so beruhigt er die sorgenvollen Fragen eines süddeutschen Freundes, „heute,

wie vor 900 Jahren zur Zeit des Vogelstellers und des ersten Otto, um eine Neugründung Deutschlands vom Norden, von Niederdeutschland aus. Diese Beschränkung auf den Norden ist uns nicht nur äußerlich auferlegt, sie ist auch in der Natur der Dinge begründet." Mit Bismarck ist er der Meinung, daß es gut sei, die Süddeutschen vorläufig nicht im Parlamente zu haben; denn noch seien dieselben mit wenigen Ausnahmen im Herzen großdeutsch, nur Eine ihrer Parteien, die klerikale, stark und organisirt; sie aufnehmen, würde in der That nichts Anderes heißen, als das trojanische Pferd in die Mauern Ilions ziehen. Auch mit der Nichteinverleibung Sachsens ist er einverstanden; Sachsen stehe als Grenzland in zweiter Linie, in erster die Mittenländer. Das große Ziel, auf das die Geschichte seit der Zeit des Großen Kurfürsten weise, sei erreicht — die Verbindung zwischen Preußens Ost- und Westprovinzen. „Der Griff von Mainz bis zur Königsau, Frankfurt sammt der Paulskirche inbegriffen, ist kühn und groß, aber durchaus richtig."

Eine große Freude mehr zu der Genugthuung über das in Nikolsburg Erreichte, war ihm die Wendung, welche die Dinge noch vor Ende Juli in Baden nahmen. Kaum vier Wochen, nachdem Mathy seine Entlassung genommen, wurde er von dem Großherzog, dem die Siege Preußens die Freiheit des Entschlusses zurückgegeben hatten, zur Bildung eines neuen Ministeriums zurückberufen. Wechselseitig durften die Freunde sich ihre Glückwünsche zusenden, daß ihnen vergönnt gewesen, so Großes zu erleben. Sobald Duncker von seinen wiederaufgenommenen Autorpflichten sich einige Muße gönnen durfte — er hatte unter den aufregendsten Unterbrechungen an der dritten Auflage seines Zweiten Bandes gearbeitet —, lenkte er seine Schritte nach Karlsruhe, um mit den süddeutschen Preußen, die freilich, ungeduldiger als er, schon jetzt gern den Main überbrückt hätten, das Errungene zu feiern. Es waren festliche Tage, welche Dunckers Mitte October im Hause ihrer geliebten Mathys verlebten. Charlotte berichtet darüber aus lebhafter Erinnerung.

Am gastlichen Tische, den Frau Mathy zu decken nicht müde wurde, vereinigten sich die Familien Jolly und Baumgarten und andere von den Treuen, die im Juni und Juli gebangt und ge-

sorgt und dann im unerwartet raschen Wechsel über die österreichische Partei triumphirt hatten — unter ihnen auch Roggenbach, der wiederholt von Baden-Baden herüberkam. War man noch jung oder wurde man wieder jung? Da sangen sie nach der Weise „Prinz Eugenius" das neueste preußische Soldatenlied, das König Wilhelms Ordres an Moltke und seine Rüstung gegen die Kroaten feierte, und ein patriotisches Lied rief das andere hervor. Auf dem Hintergrunde aller seit 1848 durchlebten patriotischen Schmerzen leuchtete die Freude über 1866, und Bismarck kam nicht schlecht dabei weg. Aber Mathy zeigte dem lieben Besuche auch sein badisches Land und die neuen Wege, Bahnen und „Bähnche", durch die seine fleißige Verwaltung Betriebsamkeit und Wohlstand in die abgelegensten Thäler des Schwarzwaldes getragen hatte; mit Stolz wies er auf das feine Tuch der Jacke, welche der Kutscher trug, der sie von Achern in den Wald fuhr; die beiden Männer bestiegen die Höhen — die Herbstsonne bestrahlte die Wiesen und blitzte durch die schwarzen Tannen — eine lust- und sangreiche Wanderung, bei der der liederreiche Mathy seine schönsten Verse und Weisen zum Besten gab. In anderen Stunden fehlte es dann doch auch an ernsten Sorgen um die nächste Zukunft nicht. Voran stand die Frage, wie zunächst für Baden, weiterhin für den ganzen Süden der Eintritt in das neue preußische Deutschland zu erreichen und am besten vorzubereiten sei. Noch am Schlusse seines Karlsruher Aufenthalts hatte Duncker darüber eine Unterredung mit dem Bruder des Großherzogs, dem Prinzen Wilhelm von Baden, welcher das Bedürfniß enger Anlehnung an Preußen, besonders auch bezüglich des Wehrsystems und der Schulung der badischen Truppen unverhohlen aussprach. Der Rückweg von Karlsruhe führte über Frankfurt. Hier gab Wehrenpfennig den Freunden Quartier. Durch ihn und durch Gespräche mit Patow und Madai, mit Juchow und Schlemmer gewann Duncker ein Bild von den doch noch recht unsicheren Zuständen auch dieses Annexionsgebietes.

Während nun die Beziehungen Dunckers zu Kassel und Hannover, zu Karlsruhe und Frankfurt ihn mehrfach in die Lage setzten, in discreter Weise Anfragen an die Regierung zu stellen oder die ihm vertrauensvoll vorgetragenen Wünsche und Beschwer-

den an geeigneter Stelle der Beachtung zu empfehlen, so wurde doch officiell seine Hülfe für die politische Neugestaltung nach dem Kriege nur in geringstem Maße in Anspruch genommen. Er hatte im August von Graf Bismarck den Auftrag erhalten, auf Grund des preußischen Reformvorschlags vom 10. Juni, des Bündnißvorschlags vom 4. August, der Reichsverfassung von 1849 und der Erfurter Modificationen, einen Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund auszuarbeiten. Er war diesem Auftrage in einem ziemlich genau an die Frankfurter Verfassung angeschlossenen Entwurfe nachgekommen, der dem Bundesrathe eine möglichst weite Thätigkeit zumaß und durch die Bestimmung der Geschäftsführung durch verantwortliche Minister dem Bundesstaate eine starke Tendenz zum Einheitsstaate gab. Ein anderer Auftrag wurde ihm im September — eine staatsrechtliche Arbeit über die Verhältnisse der annectirten Gebiete.

Den ehrenvollsten Auftrag aber hatten ihm seine ehemaligen Hallischen Mitbürger zugedacht. Der Mann, der Halle und den Saalkreis 1848 in Frankfurt, 1850 in Erfurt vertreten, der unermüdlich, wenn auch in Stellungen, deren Pflichten und deren Schwierigkeiten dem Auge selbst vieler der Befreundetsten nur dunkel erkennbar waren, für die Herbeiführung eines in Freiheit und Macht geeinten, von Preußen geführten deutschen Staates gearbeitet hatte, — er, wie kein Andrer war der gegebene Vertreter dieses Wahlkreises, der angesichts der Kriegsfrage der Fortschrittspolitik sich erwehrt und dem nationalen Gedanken die Ehre gegeben hatte. Mit der Wahl Dunckers kehrte man zu der alten Ueberlieferung des Wahlkreises zurück, knüpfte man die Gegenwart an die Vergangenheit. Duncker hatte nach parlamentarischer Thätigkeit kein Verlangen. Er bewarb sich um kein Mandat; er würde die Candidatur jedes anderen Wahlkreises abgelehnt haben: die ihm von seinen treuen Hallensern angetragene nahm er mit Genugthuung an. Das Programm der dortigen altliberalen Partei, in der Erklärung gipfelnd, daß es sich in diesem Parlamente nicht um die alten Parteigegensätze, sondern darum handle, den neuen preußisch-deutschen Bundesstaat fest zu gründen, die richtigen Institutionen zu finden, welche die noch widerstrebenden Elemente Norddeutschlands dem preußischen Kern organisch angliederten,

den künftigen Eintritt Süddeutschlands vorbereiteten, war ihm aus der Seele geschrieben. Wenn der Wahlaufruf die staatsmännische Einsicht und Begabung, die langjährige politische Erfahrung, die unerschütterliche Charakterfestigkeit, den echten Patriotismus des Candidaten rühmte, so durfte dieser in seinem Schreiben an die Wähler in aller Bescheidenheit einen Rückblick auf seine ganze politische Laufbahn thun. „Frühzeitig," schrieb er, „hat mich die nationale Frage, wenn Sie lieber wollen, die nationale Sorge in Anspruch genommen." Von dem beginnend, was er in dieser Richtung bereits seit dem Anfang der vierziger Jahre gesorgt, gedacht und gesprochen, dann auf seine Bemühungen um Schaffung und Erhaltung einer deutschen Verfassung in Frankfurt, Gotha, Erfurt und in den Berliner Kammersessionen übergehend, kömmt er endlich auf seine Erfahrungen in der amtlichen Stellung: „Seitdem ich den Geschäften der Regierung näher trat, empfand ich nur noch lebhafter die Hemmungen, die uns der Bundestag auf jedem Schritte bereitete, die Unzuträglichkeit der getheilten Existenz Preußens, die Hülflosigkeit der übrigen deutschen Staaten. Sowohl unter dem früheren als unter dem gegenwärtigen Ministerium habe ich meine Anschauungen hierüber, soweit ich berufen war, pflichtmäßig auszusprechen nicht unterlassen." Auch von seinem Verhältniß zum Kronprinzen galt dies Wort, obgleich er taktvoll davon zu sprechen vermied. Stets habe er, so bezeichnet er schließlich seinen Standpunkt, der Richtung der „entschieden Nationalen" angehört; auch ins Parlament gewählt, werde er sich diesem Standpunkte gemäß verhalten. Ueberall, wo es sich darum handeln werde, die Befugnisse der Centralgewalt umfassender oder enger zu normiren, werde er für die straffere Zusammenfassung stimmen. Er werde darauf halten, daß die Befugnisse des Parlaments nicht knapper bemessen würden, als die des preußischen Landtags: aber, wie sehr auch der liberale Gedanke ihm am Herzen liege — voran stehe ihm der nationale Gedanke; Alles komme jetzt darauf an, daß die Bundesverfassung so fest als möglich und so rasch als möglich zum Abschluß gelange. „Der Moment der Einigung darf nicht zum zweiten Male verfehlt werden, die Bundesverfassung muß zu Stande kommen. Als es sich in den Jahren 1849 und 50 um die Feststellung der preußischen Ver-

faſſung handelte, haben wir uns in manchem wichtigen Punkte beſchieden, um die Hauptſache und den Hauptzweck zu erreichen. So wurde damals die preußiſche Verfaſſung gewonnen — ſo kann, ſo wird, ſo muß heute auch die deutſche Verfaſſung gewonnen werden."

Die Hoffnung nun freilich, daß bei dem gänzlich veränderten Boden politiſcher Thatſachen, wie ihn die preußiſchen Siege und die inzwiſchen erfolgte Ausſöhnung der preußiſchen Regierung mit der Landesvertretung geſchaffen hatte, alle bisherigen Parteigegenſätze zurückgeſtellt werden, daß ein Mann mit dieſem Bekenntniß ohne einen Gegencandidaten gewählt werden würde, erwies ſich als trügeriſch. So weit war die politiſche und patriotiſche Einſicht in Deutſchland weder damals, noch wird ſie in abſehbarer Zeit ſo weit ſein. Nur aus „Reſignation", und nachdem ſie es ſich ſchwarz auf weiß hatten verſichern laſſen, daß Duncker's Wahl der Regierung genehm ſein werde, entſchloſſen ſich ſeine alten Gegner, die Conſervativen, für ihn zu ſtimmen. Die betreffende Erklärung koſtete ihn viele Stimmen, denn ſie gab den „entſchieden Liberalen", die urſprünglich von der Aufſtellung eines eigenen Candidaten hatten abſehen wollen, das Signal zu einer Gegenagitation, die ſie unter der Deviſe, daß ſie ſtärkere Bürgſchaft für die Durchführung der „Grundgedanken des Liberalismus verlangen müßten, als Duncker ſie gegeben", mit dem ganzen Eifer einer Wahl aus der Conflictszeit ins Werk ſetzten. So kam es, daß Duncker am 12. Februar 1867 nur mit einem Mehr von etwas über 3000 Stimmen unter faſt 12000 abgegebenen über den fortſchrittlichen Gegner ſiegte.

Mit gleichmüthiger Zurückhaltung hatte er dieſen unerquicklichen Hergängen zugeſehen. Sein ganzes Intereſſe concentrirte ſich darauf, wie die eigenen Parteigenoſſen im conſtituirenden Reichstage ihre Stellung nehmen würden. Seine Achtung vor den politiſchen Parteien war in der langen Zeit, in der er ihnen mehr nur von oben her zugeſehen, ja, durch ſeine amtliche Stellung genöthigt geweſen war, ſich ihnen fern zu halten, nicht gewachſen. Je mehr er Gelegenheit gehabt hatte, zu beobachten, wie die wichtigſten und für unſer Vaterland heilſamſten Entſcheidungen ſich ohne, ja gegen die Parteien vollzogen hatten, um ſo weniger war er geneigt, ſie in ihrem gegenwärtigen Beſtande

als unantastbar zu respectiren. Wohl hatte er sich stets, selbst dem Minister gegenüber, dessen siegreicher Energie er die Erfüllung seiner heißesten patriotischen Wünsche verdankte, als Mann der liberalen Richtung bekannt, aber er unterschied zwischen dieser Richtung und zwischen dem jeweiligen Bekenntniß und Verhalten der Liberalen. Angesichts der großen Aufgaben, welche jetzt gestellt waren, hatte die liberale sowohl wie die conservative Partei ihren bisherigen Doctrinarismus, ihre Stichwörter und ihren Eigensinn fallen zu lassen. Es hatte ihn verdrossen, daß die Fractionen des preußischen Abgeordnetenhauses längere Zeit zur Berathung ihrer Adresse brauchten, als der Krieg in Anspruch genommen hatte. Auch seine eigne, die altliberale Partei schien ihm Staat und Vaterland nicht unbedingt genug obenan zu stellen, vielmehr den Werth von Verfassungsfragen zu überschätzen. Man werde sich, meinte er, wenn sie auch jetzt zu dem Einen, was noth thue, nicht mitthun wolle, ohne sie behelfen. Dafür, daß ihre Grundsätze trotzdem nicht untergehen würden, sei gesorgt; sei doch die Regierung, schon um die Einverleibungen rasch und ohne zu große Widerwärtigkeiten durchsetzen zu können, gezwungen, sich in einer mindestens halbliberalen Richtung zu halten.

Mit solchen Anschauungen trat er von Neuem in das parlamentarische Leben, das sich seiner Natur nach um den Streit und Ausgleich der Parteien dreht, und in die Mitte von Parteien, die, wie patriotisch und staatssinnig sie auch seien, zuletzt doch durch das Mehr oder Minder ihrer Freiheitsforderungen sich unterscheiden und charakterisiren. An den gerade diesem Parlamente gestellten Aufgaben, an der Herstellung eines neuen deutschen Bundesstaates mußten sich indeß jene Freiheitsforderungen wesentlich anders gestalten, als bisher; sie mußten sich irgendwie mit dem nationalen Einheitsgedanken abfinden, sich ihm unterordnen oder anpassen. Eine große Lection hatte die Fortschrittspartei soeben erhalten, und wie auch ein Theil derselben, unbelehrt durch das Geschehene, den preußischen Verfassungskampf oder vielmehr dessen Nachklänge auf den Reichstag übertrug, ein anderer die preußische Verfassung nicht um 6 Millionen Deutscher wegen preisgeben zu wollen erklärte, so waren doch die Einsichtigsten und Patriotischesten im Hinblicke auf das nationale Ziel zu Mäßigung

und Beſcheidung geſtimmt. Aus den neuen Provinzen trat eine Anzahl gründlich national geſinnter und dabei aufrichtig conſtitutioneller, von der populären Meinung der Bevölkerung getragener Männer, die Führer der bisherigen Einheitspartei und des Nationalvereins, in den conſtituirenden Reichstag. Unter dem kurz vor Beginn des Krieges zuerſt aufgetauchten Namen der Nationalliberalen ſchloſſen ſich dieſe Elemente, verſtärkt durch einen Theil der ehemaligen Altliberalen, zu einer neuen Partei zuſammen, die den Anſatzpunkt zu einer großen, regierungsfähigen Mittelpartei zu bilden wohl geeignet ſcheinen konnte. Es wäre ein großer Segen für die weitere Entwicklung unſeres politiſchen Lebens geweſen, wenn es gelungen wäre, der noch immer nicht überwundenen Verbitterung aus der Zeit des Verfaſſungsconflictes ſammt dem noch immer ſich vordrängenden Doctrinarismus innerhalb der neuen Partei ſelbſt ein poſitives Gegengewicht zu geben.

Duncker glaubte dieſes Gegengewicht wirkſamer durch eine ſelbſtändige Haltung außerhalb der großen Partei zur Geltung bringen zu müſſen. Er vermißte einſtweilen bei den Nationalliberalen den Muth und die Kraft, ſich offen und entſchieden von der Demokratie loszuſagen. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß Preußen und Deutſchland in ſeiner damaligen Lage weder die Demokratie, noch den doctrinären Liberalismus quand même, noch endlich die Reaction brauchen könne, glaubte er an die Möglichkeit einer Neubildung der altliberalen Partei, als „der einzigen regierungsfähigen Oppoſition, welche in Deutſchland bisher aufgetreten", als der Trägerin eines „ſpecifiſch preußiſch-nationalen Liberalismus". Nachdem er in großer Zurückhaltung die anderen Parteigruppirungen hatte vor ſich gehen laſſen, ſchloß er ſich mit etwa zwanzig alten und neuen politiſchen Genoſſen — unter ihnen G. Vincke, Graf Dyhrn, Sänger, auch der damalige Landesgerichtsdirector, nachheriger Cultusminiſter Falk — zu einer eignen Centrumsfraction zuſammen. Dieſe Fraction — ſo charakteriſirt er ſie ſelbſt in den „Preußiſchen Jahrbüchern", für die er in den Monaten Februar bis Mai von Neuem die politiſche Correſpondenz zu ſchreiben übernommen hatte — „die altliberale Fraction des Centrums geht von dem Geſichtspunkt aus, daß der liberale Gedanke zur Zeit an dem nationalen ſeine Schranke finde. Sie

hält sich überzeugt, daß kein zweiter Moment erwartet werden dürfe, daß keine anderen Männer vorhanden seien oder mit Sicherheit für die Einigung des Vaterlandes in Aussicht genommen werden können; sie hält sich darum nicht für berechtigt, die Verantwortung des Scheiterns auf sich zu nehmen. Sie ist weniger bekümmert, ihren liberalen Ruf zu erhalten, als der deutschen Nation endlich einen Staat zu gründen. Sie ist durchdrungen von dem Unterschiede der Situation von 1848 und der von 1867. Damals handelte es sich darum, die Einheit durch das Aufgebot der öffentlichen Meinung und des öffentlichen Willens den Regierungen abzuringen, eine Centralgewalt durch die Uebertragung constitutioneller Befugnisse von den Einzelstaaten auf Preußen zu etabliren. Heute handelt es sich um den Anschluß der deutschen Staaten an Preußen, welches kraft seiner staatlichen Ueberlegenheit die deutschen Regierungen vertragsmäßig gebunden hat. Das Bindemittel ist folglich heute das entgegengesetzte. Von diesem Standpunkte aus kann die altliberale Partei das Hauptgewicht nicht auf die Schaffung einer absolut constitutionellen Centralgewalt legen; sie stellt vielmehr das Ziel dahin, daß ein nationales Werk mit dieser Verfassung geschaffen wird, welches im liberalen Sinne und in liberaler Richtung entwicklungsfähig ist, dessen Normen diese Entwicklungsfähigkeit nach keiner Seite hin ausschließen. Sie unterscheidet sich durch diesen Gesichtspunkt von den beiden Parteien der Rechten, welche dem Verfassungsentwurfe in allen Punkten zuzustimmen bereit sind."

Es war eine unscheinbare und entsagungsreiche Rolle, welche die kleine Schaar auf sich genommen hatte, indem sie, auf den Beifall der öffentlichen Meinung verzichtend, getrennt von so Vielen, deren nationale Gesinnungen sie theilten, sich gegen alle von links her den Abschluß des Verfassungswerkes in Frage stellenden Aenderungsvorschläge stemmten. Wenn sie zu diesem Behuf gezwungen waren, hie und da engeren Anschluß nach rechts hin zu nehmen als ihnen lieb war, so blieb ihnen dafür nur der Trost, daß sie ja auch in der Annexions- und der Kriegsfrage so lange mit den Conservativen allein gestanden, bis Annexion und Krieg populär geworden. Selbstverständlich war es vor Allem die Frage des Heeresbudgets, in der sie für die Bestimmungen

des Bundesentwurfs eintraten, welche die Einnahmen der Kriegsverwaltung und die Friedenspräsenzstärke dauernd sicherten und sie dem jedesmaligen Belieben des Reichstags entzogen. Es war ebenso natürlich, daß über diesen Punkt, der alle Erinnerungen der Conflictszeit wachrief und die Rechte des künftigen Reichstags betraf, die bedrohlichsten Differenzen und die heftigsten Debatten ausbrachen. Hier hatte die Tapferkeit und die Resignation der kleinen Fraction eine besonders harte Probe zu bestehen. Nutzlos warf sie sich in eine Schanze, deren Vertheidigung die verbündeten Regierungen im letzten Augenblicke selbst aufgaben. Ohne Wissen des Centrums und über dessen Köpfe hinweg war zwischen den Nationalliberalen und dem linken Flügel der Rechten, den Freiconservativen, ein Compromiß zu Stande gekommen, das die Regierung zwang, sich mit der Feststellung der Friedensstärke der Armee für nur vier Jahre zu begnügen. Das Centrum, durch die Erklärungen der Regierung selbst irre geleitet, stimmte gegen ein Amendement, dem diese selbst zuletzt, und gewiß mit Recht, ihre Zustimmung nicht glaubte versagen zu dürfen.

Einen Antrieb mehr, den deutschen Staat und damit zugleich die deutsche Armee so rasch und so festgeschlossen wie möglich herzustellen, erhielt das Parlament durch die Luxemburger Frage. Während über die Verfassung des norddeutschen Bundes gerathschlagt wurde, erhob Napoleon die ihm durch das holländische Kabinet entgegengetragene Forderung, daß Preußen seine ihm kraft der Verträge von 1815 zustehende Besatzung aus Luxemburg zurückziehen solle. Mit dem vollen Nachdruck patriotischen Unwillens hat Duncker damals den ganzen Apparat historischer, politischer und moralischer Argumente für die Abweisung der durchaus willkürlich erhobenen Forderung erschöpft. Er betonte in seinen vortrefflichen Ausführungen in zwei Monatscorrespondenzen der Preußischen Jahrbücher in erster Linie die moralische Seite der Frage, ihre Bedeutung für die Ehre und das Selbstgefühl des neuen von Preußen geschaffenen deutschen Staates. Er sah in dem Weichen aus Luxemburg nur eine Ermunterung der Franzosen zu kühneren Griffen. Die von ihnen ersehnte „Rache für Sadowa" werde durch diese Anzahlung nicht befriedigt, sondern nur vertagt sein, und der in diesem Jahre ver-

miedene Krieg werde im nächsten Jahre nur in größerer Ausdehnung, unter für uns ungünstigeren Bedingungen gegen einen dann militärisch besser als gegenwärtig gerüsteten Feind zum Ausbruch kommen. Er beklagte demgemäß die friedliche Wendung, welche die Angelegenheit auf der Londoner Conferenz nahm, — nicht jedoch ohne anzuerkennen, daß es für die künftige, sicher nicht ausbleibende Abrechnung mit Frankreich von Wichtigkeit sein könne, in dem vorliegenden Falle Rücksicht auf Rußland genommen und vor Europa Mäßigung und friedfertige Gesinnungen gezeigt zu haben.

Er fand eine andere Beruhigung darin, daß Deutschland, wenn es auch die militärische Gegenrüstung unterlassen habe, mit Erfolg bemüht gewesen sei, seine politische Rüstung zu verbessern. „Wir haben," schrieb er in seiner Correspondenz vom 7. Mai, „die Genugthuung, constatiren zu können, daß Deutschland einen Reichstag, aus allgemeiner und directer Wahl hervorgegangen, gefunden hat, welcher es verstand, die Berathung der deutschen Verfassung in sieben Wochen zu beendigen, welcher es verstand, auf Einiges zu resigniren, um nicht Alles aufs Spiel zu setzen." Er zweifelt nicht an der allgemeinen Annahme des so zu Stande gebrachten Werkes durch die preußischen und die übrigen Landesvertretungen, und er erwartet zuversichtlich, daß Graf Bismarck in der Lage sein werde, nicht lange nach dem Jahrestage des Austritts Preußens aus der alten die neue deutsche Bundesverfassung und damit die Wiedergeburt der Großmacht Deutschland zu proclamiren. Dem Historiker drängt sich bei diesem ersehnten Abschluß die Erinnerung an das überwundene Elend, die Vorstellung aller der Momente auf, welche, oft einander widersprechend und widerstrebend, endlich doch zu dem nun erreichten Ziele führen mußten. „Welch' ein Unterschied zwischen den dreiundsiebzig Artikeln dieser Verfassung und den zwanzig Artikeln der deutschen Bundesacte vom 8. Juni 1815! Das deutsche Volk hat nicht vergebens gestrebt und gearbeitet. Der phantastische Idealismus seiner Studenten und Demagogen, die Taschenausgabe des Constitutionalismus in den süddeutschen Staaten, der beharrliche Doctrinarismus der süddeutschen Opposition, die ernste mühselige Arbeit der preußischen Büreaukratie in Preußen wie in der

Schöpfung des Zollvereins, die ungestüme Bewegung des Jahres 1848, die Kämpfe um die Gründung und den Ausbau, die Aufrechterhaltung der preußischen Verfassung, die herbe Zähigkeit des norddeutschen Junkerthums, die unabläſſige Sorge um die Erhaltung der Streitfähigkeit der preußischen Armee durch faſt funfzig lange Friedensjahre, die Hartnäckigkeit, mit welcher die Reorganisation aufrecht erhalten wurde — alle dieſe ſo weit auseinanderliegenden Beſtrebungen, alle dieſe Forderungen und Kämpfe, alle dieſe Arbeiten und Anſtrengungen mit ihrer Verſchlingung, mit ihren gegenſeitigen Hemmungen und Einwirkungen waren erforderlich, das große Ergebniß hervorzubringen, mit welchem Deutſchland heute ſeine politiſchen Lehrjahre zu ſchließen im Begriff ſteht."

Und zurückgreifend auf die ſeit dem letzten Jahrzehnt von ihm und von der Partei der Preußiſchen Jahrbücher eingenommene Haltung, verſagt er ſich nicht die Genugthuung, auszuſprechen, daß die Ereigniſſe dieſer Haltung Recht gegeben, verweilt er mit Befriedigung bei den Anzeichen, daß die große Mehrheit der liberalen Partei bis an die Grenze des Fortſchrittes heran ihre anfänglichen Bedenken gegen den Entwurf der Bundesverfaſſung fallen gelaſſen und zu der Ueberzeugung gekommen ſei, daß die Freiheit durch die Annahme dieſer Verfaſſung nicht in Gefahr ſei. Gleichzeitig aber kehrt er ſich gegen die Demokratie, um noch einmal mit aller Schärfe die für den Bundesſtaat mehr noch als für den Einheitsſtaat einleuchtende Nothwendigkeit zu betonen, daß mit dem Verlangen nach Freiheits- und Rechtsſchutz die Uebernahme entſprechender Pflichten Hand in Hand gehe. Mit dem von Preußen geſchaffenen und geführten deutſchen Bundesſtaat deckt ſich das moraliſch politiſche Ideal dieſes Mannes; — die Schlußworte ſeiner rückblickenden Betrachtung laſſen keinen Zweifel über den Sinn, in welchem er einen „preußiſch nationalen Liberalismus" gefordert, über die Gründe der Stellung, die er, treu ſeiner Vergangenheit, in dem conſtituirenden Reichstage eingenommen hatte:

„Der neue Bundesſtaat hat ſeine zuſammenhaltende Kraft, die für die Pflichterfüllung ſorgende Macht in Preußen. — — Preußen bringt Deutſchland ſeine ſtaatsbildende Kraft, ſeine ſittliche Spannung, ſeine wirthſchaftliche Tüchtigkeit, ſeine Armee

und seine Disciplin, alle Lasten, welche mit einem großen Staate untrennbar verbunden sind. Es empfängt den reichen Zuwachs, das freier strömende Leben, die raschere Beweglichkeit, die stärkeren liberalen Aspirationen der übrigen Stämme. Die Freiheit kann nur bestehen, wenn sie von einer festen Disciplin getragen wird, und es darf im freien Staate weder Macht noch Recht ohne Pflichten geben. Nur die Erfüllung der Pflichten gegen den Staat gibt Rechte in demselben und Anrechte auf dessen Leitung: das Maß der Rechte wächst mit dem Maße der Pflichten und deren Erfüllung. Daß die Bundesverfassung dies große und allein gedeihliche Princip realisirt, ist die beste Bürgschaft ihres Bestehens, es gibt dem deutschen Volke die sichere Aussicht auf eine große und glückliche Zukunft des Vaterlandes." —

In den neuen Reichstag einzutreten war Duncker nicht vergönnt. Auch diejenigen seiner liberalen Freunde in Halle, welche den Motiven seiner Haltung Gerechtigkeit widerfahren ließen waren nicht im Stande, die Bedenken zu beseitigen, die gegen seine Wiederwahl geltend gemacht wurden. Die Stimmung der großen Mehrheit der Wählerschaft stand entschieden auf der Seite der Nationalliberalen, und nur wenn man sich auf diesen Standpunkt stellte, durfte man hoffen, die weiter nach links strebenden Elemente zu bändigen und zu einer gemäßigt liberalen Wahl mit sich fortzureißen. Jene Altliberalen im constituirenden Parlamente, wie staatssinnig sie rechneten, hatten doch die Macht der öffentlichen Meinung, der das allgemeine Stimmrecht ein nur allzu breites Bett gegraben hatte, zu niedrig angeschlagen und vergessen, daß es eine Lebensfrage für jede Partei ist, in dem Parlamente stark vertreten zu sein, damit ihre Bundesgenossenschaft der Regierung werthvoll sei. Ihre Abstimmung in Sachen des Militärbudgets mußte dem großen Publicum unverständlich bleiben; sie hatten dadurch den Schein auf sich geladen, in einer wichtigen Frage conservativer zu sein als die Freiconservativen und die Regierung. Duncker hatte zudem unterlassen, sich seinen Wählern zu zeigen und so die persönlichen Beziehungen zu dem Wahlkreise aufzufrischen, die zwar dem Gedächtniß der älteren Generation nicht entschwunden, aber für das politische Denken und Empfinden der unter ganz anderen Kämpfen emporgekommenen jüngeren be-

deutungslos waren. Wohl wäre er jetzt den Conservativen genehm gewesen; aber jenen ehemaligen Beziehungen war es einzig gemäß, daß er auf eine desfallsige Anfrage erwiderte, er könne sich nicht gegen seine alten Freunde wählen lassen. Auf parlamentarische Thätigkeit überhaupt zu verzichten, wurde ihm nicht schwer: schmerzlich war ihm trotzdem, sich auf einmal politisch isolirt zu finden, am schmerzlichsten, daß sein alter Wahlkreis von ihm zu Stavenhagen übergegangen war. „Meine Reichstagspolitik," schrieb er an Freund Baumgarten in Karlruhe, „hat mich mit den Treusten der Treuen, den Hallensern, auseinandergebracht, d. h. mit den Letzten, auf welche ich mit Sicherheit zählen zu können glaubte." —

Er hat seitdem keiner parlamentarischen Versammlung wieder angehört und an dem öffentlichen Leben keinen anderen Antheil genommen als den, welchen die Pflicht dem einfachen Bürger zuweist. Mit wie patriotischer Erregung, mit wie thätiger Sorge er dem von Anfang an von ihm erwarteten und frühzeitig vorausgesagten deutsch-französischen Kriege folgte — davon wird noch später zu erzählen sein. Als aber nach dem zweiten Attentate des Jahres 1878 und der darauf erfolgten Auflösung des Reichstags Neuwahlen nöthig geworden waren, da war er es, welcher den Gedanken anregte, daß auch in Berlin, wo sich seit Jahren die nationalliberale Partei von den Wahlkämpfen zurückgezogen hatte, ein Versuch gemacht werden müsse, den Unwillen über das Attentat zu sammeln und zu einem praktischen Ausdruck zu bringen. Mit jugendlichem Eifer stellte sich der alte Agitator an die Spitze der Bewegung für die Durchsetzung der Wahl von Falk in dem einzigen der Berliner Wahlkreise, in welchem das unabänderliche Uebergewicht der Fortschrittspartei nicht von vornherein den Erfolg ausschloß. Von einer zu diesem Zwecke am 19. Juli im Uraniatheater abgehaltenen Volksversammlung wurde noch lange gesprochen. Mit dem größten Geschick hatte Duncker hier als Vorsitzender die erregten Verhandlungen geleitet. Einem fortschrittlichen Redner aber von besonders dreister Stirn und kühler Haltung, der vor dem Heraufbeschwören neuer Märztage durch eine neue Reaction warnte, wo dann wieder das Blut des Volkes die Straßen röthen werde, hatte er schlagfertig das zürnende Wort entgegen-

geworfen: „Und wir wollen nicht, daß das Blut Sr. Majestät unseres Kaisers die Straßen röthe!“

Im achten Jahre schon gab es damals ein deutsches Reich und einen deutschen Kaiser. Nur ein von ferne theilnehmender Zuschauer war Duncker bei der Entwicklung des norddeutschen zu dem gesammtdeutschen Staate gewesen, aber allezeit hat er sich glücklich gepriesen und hat Gott gedankt, daß die Zügel der deutschen Politik in sicherer Hand ruhten und daß der rechte Mann gekommen war, um das zur That und vollen Wirklichkeit werden zu lassen, was die erbkaiserliche Partei des Frankfurter Parlaments ersehnt und erstrebt hatte. Aus seiner Feder stammte die Adresse, mit welcher die noch lebenden Mitglieder dieser Partei — nur ganz wenige hatten sich ausgeschlossen — am 1. April 1885 dem Fürsten Bismarck zu seinem siebzigsten Geburtstage ihre Glückwünsche und den Ausdruck ihrer Verehrung als dem Vollender des Baues darbrachten, zu dem sie den ersten unvollkommenen Riß in den Jahren 1848 und 1849 entworfen hatten.

16.

Neuer Beruf.

Sowohl der Gang der Ereigniſſe ſeit dem 12. Juni 1866 wie Alles, was Duncker durch Solche erfuhr, die, den höchſten Kreiſen näher ſtehend als er, ſeine Sorge um den Kronprinzen theilten, konnte ihm nur beſtätigen, daß er Recht gehabt hatte in ſeinem Vertrauen zu Bismarck und deſſen Politik, Recht auch in ſeinem Entſchluſſe, die Stellung zu dem Kronprinzen aufzugeben. Zwar der Erfolg, zu welchem als Soldat in ſo bedeutſamer Weiſe mit beigetragen zu haben er ſich rühmen durfte, hatte auch die politiſche Anſicht des hohen Herrn in gewiſſem Betracht umgeſtimmt. Er hielt gegen die Miniſter, deren Wege ſo gar nicht die ſeinigen waren und denen er die feindſeligſten Abſichten zutraute, mit dem Geſtändniß nicht zurück, daß er ſich während des Feldzuges von der Geſchicklichkeit überzeugt habe, mit welcher die diplomatiſchen Geſchäfte geführt worden ſeien. Er war jetzt für die Annexionen gewonnen und rief Bismarck zu Hülfe, um die Kronprinzeſſin, welche die Fürſten lieber geſchont, deren Staaten mit Preußen durch Union verbunden geſehen hätte, wirkſamer zu widerlegen als ihm ſelber gelungen war. In gleichem Sinne ſprach er ſich, unter ſtarken Ausdrücken gegen die Welfen, gegen den Naſſauer und den Heſſen, im Miniſterrathe aus. Er hatte das Vorgehen gegen den Herzog von Auguſtenburg als ungerechtfertigte Vergewaltigung bekämpft: jetzt, nachdem dieſe Politik in größerem Maßſtabe durchgeführt wurde, verſagte er ſich nicht der Anerkennung ihrer Berechtigung und Nothwendigkeit. Noch immer indeß war er ängſt-

lich besorgt, nicht mit diesen Ministern identificirt zu werden. Er sprach seine Versöhnung mit der äußeren Politik derselben nicht aus, ohne gleichzeitig zu erklären, daß er ihre innere auf das Entschiedenste mißbillige. Er fuhr fort, sich der Fortschrittspartei als den Mann der Zukunft hinzustellen und demgemäß gelegentlich auch über sein Verhältniß zu seinem früheren Rath sich offen zu äußern. Dunckers Standpunkt sei nicht der seinige gewesen. Ebendeshalb, und weil derselbe seine Ansichten mit Lebhaftigkeit ausgesprochen, sei jenes Verhältniß mit der Zeit unmöglich geworden, da man ihm sonst Gesinnungen zugeschrieben haben würde, die er mißbillige. Andere Aeußerungen ließen sich auch wohl dahin deuten, daß er von dem Argwohn nicht loskam, Duncker gehe darauf aus, sich eine Stellung bei Bismarck zu machen, wie denn die kurze Verwendung, die jener in Kassel und Hannover fand, in eben dieser Richtung von ihm aufgefaßt und, wie es scheint, unliebsam bemerkt wurde.

Es gab zu solchem Argwohn in der That keinen Grund. Der Minister, dessen Ansichten Duncker vertrat, indem er seine Stellung opferte und doch sie so lange ertrug, bis sein Rücktritt der guten Sache nicht mehr schaden konnte, schien ihn nach kurzer Zeit vergessen zu haben. Vertrauend auf die von dem Kronprinzen ihm zugesagte Unterstützung, hatte Duncker im August 1866 dem Könige die Bitte „um Uebertragung einer höheren amtlichen Stellung bei den Archiven des Staates" vorgetragen. Trotz wiederholter, discret angebrachter Erinnerungen wurde er keines Bescheides gewürdigt; auf die Bemerkung des gewissenhaften Mannes, daß es ihm peinlich sei, das Brod des Staates ohne Gegenleistung zu essen, hatte ihm Bismarck beruhigend geantwortet, daß er sich ohne Scrupel seiner Muße bedienen dürfe. Unbenutzt ließ er seine Zeit allerdings nicht. In emsiger Arbeit vollendete er bis Ende Februar 1867 die dritte Auflage seines Zweiten Bandes und vergaß über der Vertiefung in das überreichlich seit der zweiten Auflage zugewachsene neue litterarische Material die Sorge um seine Zukunft. Wäre seine Kraft nicht irgendwo in der Verwaltung der annectirten Provinzen zu verwenden gewesen, wo man es keineswegs an büreaukratischen Mißgriffen fehlen ließ? wäre nicht, beispielsweise, die Stelle eines

Curators an der Kieler Universität für ihn wie geschaffen? So sorgten und wünschten seine Freunde, die es unwilliger als er selbst empfanden, daß man ihn unbeachtet, vielleicht verkannt zur Seite stehen ließ. Jede Vermuthung über die Gründe der Zurückhaltung, welche man an entscheidender Stelle ihm gegenüber beobachtete, schien ihnen, schien nicht am wenigsten seiner Gattin gleich unerfreulich. Ihn selbst vermochte die theilnehmende Unruhe der Freunde nicht um seinen geduldigen Gleichmuth zu bringen; er legte sich jene Zurückhaltung mit der in den officiellen Kreisen herrschenden Geschäftsbedrängniß, auch wohl mit dem Gedanken zurecht, daß man es nicht gerathen finde, ihm so bald nach dem Aufhören des bisherigen Verhältnisses eine neue Stellung zu geben, damit daraus nicht irrige Schlüsse auf ein vorausgegangenes Einverständniß gezogen werden möchten.

Der Anstoß, in die stagnirende Lage Bewegung zu bringen, sollte von außen kommen. Duncker befand sich im Reichstage, als im März 1867 durch den Tod Häußers die Professur der Geschichte in Heidelberg ledig wurde. Alsbald hatte der treue Mathy den Gedanken, Häußers Stelle durch Duncker zu besetzen, und vom 21. März datirte das Schreiben, in welchem das badische Cultusministerium vorläufig die Anfrage an ihn richtete, ob er, wenn er von Heidelberg aus vorgeschlagen würde, die Professur annehmen würde.

Duncker sah in dem Rufe, den man ihm zudachte, keineswegs nur eine Handhabe, sich seiner Berliner Aussichten zu versichern oder überhaupt über das, was man mit ihm vorhabe, eine Entscheidung herbeizuführen. Der Gedanke, zur akademischen Thätigkeit zurückzukehren, zu der er jetzt eine reichere politische Erfahrung als die meisten seiner historischen Collegen auf deutschen Lehrstühlen mitbringen würde, war vielmehr höchst verlockend für ihn. Zu denken, daß er der Politik damit den Rücken kehre, hatte, auch abgesehen davon, daß es immerhin in Heidelberg nicht an Anlaß und Gelegenheit zu patriotischer Bethätigung fehlen werde, nichts Schmerzliches für ihn. Waren doch die wesentlichsten Aufgaben, wenn er nur auf die Sache sah, gelöst, und mußte er doch, wenn er die Erfolge und Fehlschläge seines persönlichen Mühens überschlug, dem Karlsruher Freunde Recht geben, der, in

der Absicht, ihn für Heidelberg zu gewinnen, das gute Wort schrieb, daß doch an allem Ende der wahre Gelehrte in der politischen Praxis fast immer schwächer sei als in wissenschaftlicher Erörterung politischer Fragen. Dazu kam, daß die Treue der süddeutschen Freunde, die sich so eifrig um ihn bemühten, während man in Berlin seinen Werth zu verkennen schien, der Fremde fast einen Schimmer von Heimath gab. Auf der anderen Seite erblickte er noch immer in der Direction der Archive, von der Lancizolle zu Anfang des Jahres zurückgetreten war, eine Stellung, die seinen höheren Jahren — er stand in seinem sechsundfünfzigsten — angemessen sein würde. Er würde die Urkunden der preußischen Geschichte, eines noch sehr vernachlässigten Gebietes, unter den Händen haben und sie durch eigene wie fremde Publicationen verwerthen können. Zwar schreckte ihn die Besorgniß vor Ueberlastung mit Verwaltungsgeschäften, allein die Lockung überwog, seine noch übrige Kraft als Geschichtschreiber den preußischen Dingen zuzuwenden, zu denen es ihn oft schon von der Geschichte der alten Welt hingezogen hatte. Wenn er wissenschaftlich damit in die Gegenden zurückkehrte, auf denen er sich mit seiner politischen Thätigkeit bewegt hatte, so fuhr er damit zugleich fort, dem Staate zu dienen, dem sein ganzes Herz angehörte, er blieb da, wo er hingehörte, in seiner alten preußischen Heimath, in der Hauptstadt des neuen deutschen Staates, deren reiches Leben ihm mehr als er sich gestand zum Bedürfniß geworden war, wie sehr auch der Reiz des deutschen Südens, die Romantik des schönen Heidelberg in lebhaften Farben vor seiner Seele stand.

Wenn so die Gewichte fast gleich vertheilt waren, so kam für die Entscheidung Alles darauf an, wie man ihm in Preußen begegnen würde. Sogleich nach der ersten Mittheilung von der Karlsruher Anfrage sprach ihm Bismarck den entschiedenen Wunsch aus, ihn zu halten. Eine Stelle im Ministerium anzunehmen, daran dachte Duncker nicht, er erklärte, daß er dabei bleibe, die Direction der Archive vorzuziehen. „Wenn Sie das Archiv wollen, so haben Sie es," sagte der Minister; er selbst möge den Zeitpunkt und die näheren Modalitäten sich zurechtlegen. Woran lag es, daß trotzdem die Angelegenheit von Neuem ins Stocken gerieth? Zwei ganze Monate vergingen; es blieb bei hinhaltenden

Versicherungen der besten Absichten, Versicherungen, die ganz danach aussahen, als ob irgend ein böser Wille, der lieber einen Mann der Kreuzzeitung an der Spitze der Archive gesehen hätte, nebenher sein Spiel treibe. Es bestand jedoch eine wirkliche Schwierigkeit darin, daß die Stelle bisher als Nebenamt besoldet worden war, und daß Duncker kein anderes Amt hatte als das in der That doch erledigte eines vortragenden Raths des Kronprinzen. Man fand vor der Hand keinen anderen Ausweg als den, ihn nominell und finanziell im Besitz dieses Amtes zu lassen, während man ihm die Direction der Staatsarchive als seine Function zuwies. Lag indeß darin nicht eine Benachtheiligung des Kronprinzen? Konnte es nicht scheinen, als werde dies Arrangement von dem Ministerium als Vorwand oder Mittel benutzt, um dem Kronprinzen einen Rath nach seinem Herzen vorzuenthalten? Niemals würde Duncker dazu die Hand geboten haben. Er erklärte Bismarck in einer mündlichen Unterredung, die er erbat, nachdem inzwischen auf Grund der Vorschläge der Heidelberger Facultät Ende Mai der Universitätsruf wirklich an ihn ergangen war, er wolle keine Situation, durch welche er gegen den Kronprinzen gebraucht werde oder gebraucht zu werden scheine. Bismarck gab ihm das Versprechen, die Sache mit dem Kronprinzen selbst ins Klare bringen zu wollen; zunächst habe er seinerseits die Genehmigung des hohen Herrn zu erbitten. So erinnerte denn Duncker in einem Schreiben vom 4. Juni den damals in Paris weilenden Kronprinzen an die ihm schon vor Jahresfrist gegebene Zusage, seinen Wunsch wegen einer Beschäftigung beim Archiv befürworten zu wollen. Er benutzte die Gelegenheit, bestimmt zu erwähnen, daß er in der langen Zwischenzeit, abgesehen von der kurzen Mission nach Kassel, keinerlei anderweitige amtliche Verwendung gefunden habe, und stellte nun die ihm jetzt gebotene Aussicht auf das Archivdirectorat dem Rufe nach Heidelberg gegenüber. Er gestand, daß dieser Ruf ihn reize, setzte aber hinzu, daß er Preußen nur schweren Herzens wiederum verlassen würde, zumal da bei seinen Jahren diese Auswanderung eine definitive sein würde.

Der Kronprinz schwieg. Da jedoch die Heidelberger endlich beschieden werden mußten, so wandte sich Duncker am 19. Juni zum zweiten Male an ihn und erhielt nun umgehend aus Potsdam

die Antwort, die ihm zeigte, daß durch die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Kronprinzen und Bismarck alle Unklarheit beseitigt, alle Anstöße beglichen seien. In der freundlichsten und entgegenkommendsten Weise hatte der Kronprinz jenes ihn so nahe angehende Arrangement, betreffend die Besoldung Dunckers, möglich gemacht. „Durch Unterstützung Ihres Wunsches," schloß er seinen Brief, „habe ich, wie Sie sehen, mich für Ihren angedeuteten Gedanken ausgesprochen: daß Sie Sich nicht von dem Schauplatz Ihrer Thätigkeit während der letzten acht Jahre entfernen möchten. In der Hoffnung, hierin Ihren geheimsten Neigungen entgegen gekommen zu sein, soll es mich aufrichtig freuen, wenn Sie, an der Spitze der interessanten und wichtigen Sammlung der geschichtlichen Documente unserer staatlichen Entwickelung stehend, ein befriedigendes Feld für Ihre bisher schon so reichhaltig ergiebige Thätigkeit finden können."

War dieser Brief, der für den, der ihn schrieb, zugleich einen Verzicht bedeutete, der versöhnendste Abschluß eines durch so manchen Zwiespalt des Urtheils und manche versteckte gegenseitige Verstimmung, ja Beargwöhnung getrübten Verhältnisses, so ersparte er zugleich dem Empfänger das schmerzliche Gefühl, genöthigt gewesen zu sein, den preußischen Staat zum zweiten Male zu verlassen, weil er ihm eine angemessene Wirksamkeit in seinem Dienste versagt hätte. Am 26. Juni ließ Bismarck ihm eröffnen, daß „in Veranlassung eines Schreibens Sr. Königl. Hoheit vom 21. d." das Staatsministerium beschlossen habe, ihm die fragliche Stellung am Archiv unter definitiver Beibehaltung seiner bisherigen Bezüge zu verleihen. Der Kronprinz hatte in der That, wie ihm Duncker dankend eingestand, „seine geheimsten Neigungen getroffen". Wenn in seinen Aeußerungen gegen die ihn so lebhaft einladenden, so herzlich herbeiwünschenden Karlsruher Freunde, je länger die Entscheidung sich hinzog, um so mehr die Stimme des „alten Adam", wie er sich ausdrückte, der Zug zu lehrender Wirksamkeit laut geworden war: so gestand er doch nun, daß ihm erfreulicher sei, von seinem Vaterlande, dem in erster Linie seine Kraft gehöre, festgehalten worden zu sein. Jene geheimsten Neigungen waren nicht die des Kathedermanns, sondern die des Politikers, sie entstammten dem Gefühle des Verwachsenseins mit

dieſem Staate, der Erkenntniß, daß doch alle Thätigkeit im Süden der Union nur eine adjutoriſche, aber niemals, wie im Norden, eine die entſcheidenden Kräfte und Kreiſe einwirkend mitbeſtimmende ſein könne, — der ſtillen Hoffnung endlich, daß er in ſeiner neuen Stellung die weiteren politiſchen Ereigniſſe am beſten abzuwarten und durch perſönlichen Verkehr zu wirken im Stande ſein werde.

Keiner hatte mehr gewünſcht, Duncker nach Heidelberg zu bringen, als Mathy. Nicht bloß, weil er ihn ſo gern in ſeiner Nähe gehabt hätte, auch nicht bloß, weil er ihn vor den anderen für die Stelle Vorgeſchlagenen für den rechten Mann hielt, deſſen ſicheres, urtheils- und geſinnungsvolles Wiſſen die Studenten Geſchichte lehren werde, wie Geſchichte gelehrt werden müſſe, deſſen milde Perſönlichkeit und objective Haltung Ton und Stimmung innerhalb der Facultät verbeſſern werde: auch deshalb vielmehr, weil er in ihm einen Helfer für die Verwirklichung des ihn einzig erfüllenden Gedankens, für die Vermittelung zwiſchen Norden und Süden erblickte, endlich, und nicht am wenigſten, weil es ihm Herzenswunſch war, den Freund aus einer Situation zu löſen, die ihm für ſeinen Max nicht gut genug ſchien. Er wußte ſich trotzdem bei dem ſchließlichen Ausgang, den er mit Unbehagen vorausſah, zu beſcheiden und nun doppelt als Freund zu zeigen. In letzter Stunde noch, nachdem er erfahren, wie die Sachen ſtanden, nahm er die Gelegenheit wahr, bei einem der betheiligten preußiſchen Miniſter den Abſchluß in Dunckers Sinne zu betreiben, und als einer der Erſten erſchien er, dem Freunde zu der gefallenen Entſcheidung Glück zu wünſchen.

Ende Juni nämlich war er nach Berlin gekommen, um als Vertreter Badens der Zollconferenz beizuwohnen, welche den neuen Zollvertrag auf der von ihm ſelbſt angerathenen und von Bismarck gebilligten Grundlage mit den Südſtaaten vereinbaren ſollte. Es war das letzte Mal, daß die beiden Freunde mit einander verkehren ſollten; ſie genoſſen das Zuſammenſein in vollen Zügen, und Mathy wußte, nach Karlsruhe zurückgekehrt, das Aſyl nicht genug zu rühmen, das er in dem großen Berlin, ein von ernſter und aufreibender Arbeit müder Mann, in der Wohnung ſeines lieben Duncker, Karlsbad Nr. 12, gefunden hatte. Noch in ſeinem letzten

Briefe vom 24. December 1867 drückte er die Hoffnung aus, im nächsten Frühjahr mit dem Zollparlament wiederkehren zu können; noch einmal sprach er in eben diesem Briefe mit dem ihm eigenen skeptischen Humor von der Aufgabe, die man in Berlin den Badensern gestellt habe: die Schwaben und Bayern zu bekehren, während es doch ein sicheres Mittel gebe, dieselben zu gewinnen — die von Bismarck geweigerte Aufnahme Badens in den Nordbund! Die Ereignisse zu erleben, die endlich dazu führten, war ihm nicht beschieden. Sein wenige Wochen danach erfolgter Tod raubte dem badischen Lande seinen besten und verdientesten Bürger, Duncker denjenigen seiner Freunde, den er unter allen Umständen als den zuverlässigsten erprobt hatte, mit dem er in allen politischen Fragen am meisten gleichgesinnt und gleichgestimmt gewesen war. Leid und Freud hatten beide Dunckers mit beiden Mathys lange Jahre hindurch redlich getheilt. Ein solches Verhältniß zwischen Menschen von größter Tiefe und Dauer der Empfindung schneidet der Tod nicht ab. Der überlebenden Gattin sind Max und Lotte in gleicher Innigkeit verbunden geblieben; Max aber hat noch nach den großen deutschen Siegen gegen Frankreich dem Dahingegangenen in den „Badischen Biographien" (Zweiter Theil, Heidelberg 1875) ein würdiges Denkmal gestiftet — eine mit scharfem Griffel umrissene biographische Skizze, die, indem sie namentlich das Bild des Politikers Mathy in großen Zügen heraushebt, auch neben der belebten und liebevoll ausgeführten Schilderung Gustav Freytags ihren Werth behauptet.

Am 8. Juli erfolgte Dunckers Ernennung zum Director der Staatsarchive. Von seinen Wählern verschmäht, warf er sich alsbald mit entschlossener Einseitigkeit, wie als ob es sich nur darum handele, sich allererst den Credit eines regulären preußischen Bureaukraten zu erwerben und den Politiker vergessen zu machen, in die verantwortlichen Pflichten seines neuen Amtes. Ein über das andere Mal versicherte er diejenigen, die ihm Staatsgeheimnisse abfragen wollten, daß er schlechterdings nichts von den Dingen wisse, beschwichtigte er diejenigen, die sich um den Gang der öffentlichen Angelegenheiten Sorge machten: „Die Politik geht auch ohne uns!" Noch ehe er sein Amt förmlich angetreten hatte, drückten ihm seine Hauptmitarbeiter am Archiv in rührender Weise

ihre Freude über ſeine Ernennung aus. Sie hatten es wohl Urſache; denn der Zuſtand, der bisher in dieſer Verwaltung geherrſcht hatte, war nichts weniger als erfreulich, und von der Geſinnung und Einſicht des neuen Directors durften ſie ſich des Beſten verſehen.

Dunckers Vorgänger, ein gelehrter Juriſt, hatte von hiſtoriſcher Forſchung ſehr eingeſchränkte Begriffe. Seiner Meinung nach war dem Hiſtoriker die aus Büchern zu ſchöpfende Gelehrſamkeit nützlicher als das Studium der archivaliſchen Quellen. Politiſch wie kirchlich gehörte er mit voller Ueberzeugung den Hochconſervativen an, und ſo konnte es nicht fehlen, daß er die liberale und nationale Richtung, welche die deutſche Geſchichtſchreibung in den Werken von Häußer, Droyſen und Sybel eingeſchlagen hatte, mit Bedenken, ja mit Abneigung betrachtete, ſofern ſie der altherkömmlichen Auffaſſung der preußiſchen Geſchichte mehr und mehr den Boden zu entziehen drohte. Ihm galten die Archive an erſter Stelle als Anſtalten, die dazu beſtimmt ſeien, den Anforderungen des Staates Beweismaterial zu liefern. Die Beamten hatten ganz beſonders darüber zu wachen, daß nicht etwa eine Benutzung des Archivs fiscaliſchen Intereſſen zu nahe träte. Neuen Erwerbungen, da ſie die Verpflichtungen der Staatskaſſe vermehrten, war er deshalb abgeneigt; er ſuchte ſich ihrer zu erwehren, ſo lange die Verpflichtung der Aufbewahrung auch wichtiger Documente ſich auf andere Behörden abwälzen ließ. Die engherzigſten Geſichtspunkte machten ſich für die wiſſenſchaftliche Verwerthung der Archivſchätze geltend; dieſelbe war in jeder Beziehung erſchwert, und die Benutzer ſahen ſich den kleinlichſten Ueberwachungsmaßregeln unterworfen. Schon der conſervative Sinn des Mannes, zuletzt auch die Bequemlichkeit des Alters wies zudem jeden Gedanken einer Neuerung, ſei es in der äußeren Ausſtattung der Archive, ſei es in der inneren Organiſation derſelben, ab. So war es, nach dem Urtheil eines ſachkundigen Zeugen, gekommen, daß die preußiſchen Staatsarchive bis zum Jahre 1866 geradezu als das Stiefkind der Verwaltung betrachtet werden mußten —: höchſt unzulängliche Dienſträume, wie im Hauptſtaatsarchiv in Berlin ſo in den meiſten Provinzialarchiven, fühlbare Lücken in dem wiſſenſchaftlichen Apparat der Archiv-

bibliotheken und sonstigen Hülfsmittel, — endlich die äußerste Beschränkung in der Zahl der Beamten, deren Kräfte kaum ausreichten, den geschäftlichen Verkehr mit den Behörden zu erledigen, geschweige denn von den verborgenen Schätzen Einiges zu wissenschaftlichem Gebrauche ans Licht zu fördern.

Duncker war nicht gemeint, die Dinge in der Lage zu lassen, in der er sie überkam. Seine Amtsführung charakterisirt sich durchaus als die einer epochemachenden Reform. Gezwungen, sich auch über die Archive der neu erworbenen Landestheile auszudehnen, reiht sie sich zugleich in den Umgestaltungsproceß ein, der sich auf allen Gebieten des Staatslebens in dem durch den Krieg erweiterten Preußen zu vollziehen hatte. Im Sinne einer neuen Zeit hat er sich der ihm gestellten Aufgabe gewidmet und so auf einem Felde, auf dem die Interessen seiner, der Geschichtswissenschaft, sich unmittelbar mit den Interessen des Staates berühren, an seinem Theil für die Angliederung der neuen Provinzen, für die einheitliche Befestigung des größer gewordenen und sich freier regenden Preußen mitgewirkt.

Seine organisatorische Thätigkeit galt in erster Linie der inneren Ordnung des Archivwesens. Waren bisher die einzelnen Provinzialarchive sowohl bei ihrem Verkehr mit den Behörden als bei wissenschaftlichen Benutzungen mehr nach localen Gepflogenheiten als nach übereinstimmenden Grundsätzen verfahren, so mußte dieses Verfahren fortan einheitlich normirt werden. Bereits am 31. August zeichnete Graf Bismarck eine von Duncker ausgearbeitete Instruction, welche die Obliegenheiten der Archivbeamten, die Bewahrung, die Vervollständigung, die amtliche und private Benutzung der Archivbestände, mit übersichtlicher, auch für die schwierigsten Fälle des praktischen Geschäftslebens einen sicheren Anhalt bietender Vollständigkeit regelte. Die neue Instruction machte den Archivbeamten die Vermehrung ihrer Archive durch Bergung und Rettung von Archivalien, die sie erlangen könnten, die Sorge also für die litterarischen Zeugnisse der Vergangenheit geradezu zur Pflicht. Nicht mehr fiscalische Anstalten, sondern Landesanstalten sollten die Archive werden. Daß sie auch dem Zwecke der gelehrten Forschung zu dienen hätten, wurde voll anerkannt und damit so glücklich wie vorsichtig der Weg beschritten, den mit noch rückhalt-

loſerem Vertrauen zur Oeffentlichkeit verbreitert zu haben, das Verdienſt von Duncker's Nachfolger, Heinrich v. Sybel, geworden iſt. Denn in wie ſtarkem Gegenſatz Duncker's Liberalität zu der bisherigen Aengſtlichkeit ſtand: dieſelbe war durch ein ungewöhnlich hohes Maß politiſcher Gewiſſenhaftigkeit begrenzt. Er würde nicht einverſtanden geweſen ſein, daß die Archive des Staates in erſter Linie wie eine der Ausbeute für die Wiſſenſchaft beſtimmte Bibliothek betrachtet werden dürften: arcana imperii pflegte er ſie zu nennen; als Schatzkammern des Staates ſollten ſie ebenſowohl deſſen Geheimniſſe bewahren, wo das Staatsintereſſe, insbeſondere das gegenwärtige, Geheimhaltung verlangte, als das Verborgene zu Tage fördern, wo Veröffentlichung dem Staate und deſſen Politik dienen konnte. Oft genug, und ſtets zu ſeiner größten Genugthuung, ſind unter ſeiner Leitung, in einer Zeit, in welcher die geſteigerte geſetzgeberiſche Thätigkeit des preußiſchen Staates an alle Behörden erhöhte Anforderungen ſtellte, auch die Archive zu prompteſter Hülfsleiſtung herangezogen worden. Längſt hatte er ſich zum Meiſter amtlicher Berichterſtattung gemacht. Zahlreiche Gutachten ſind von ihm im Dienſte der Behörden, in politiſchen und adminiſtrativen Dingen verfaßt worden, und auf Tage und Wochen legte er dann, wenn es ſich um ſchwierige Fragen handelte, ſeine eigenen gelehrten Studien bei Seite, um ſich dem „Dienſte" zu widmen, der ihm, wie er oft und gern ſagte, als die höchſte Ehrenſache erſchien. Er hat in dieſem Geiſte auch auf ſeine Mitarbeiter und Untergebenen eingewirkt, die er, unbeſchadet ihrer gelehrten Thätigkeit, vor Allem auch zu tüchtigen Beamten zu ſchulen ſich grundſätzlich angelegen ſein ließ.

Unabläſſig war er bemüht, den Archiven für die geſteigerte Thätigkeit, die ſich ihnen jetzt erſchloß, auch in entſprechender Weiſe neue Arbeitskräfte zuzuführen. Die wohlwollende Fürſorge, die er für die Verbeſſerung der äußeren Lage der Angeſtellten an den Tag legte, die Billigkeit und Milde, die er, trotz ſeines lebhaften Gefühls für ſtraffe preußiſche Disciplin, ihnen entgegenbrachte, fand dankbare Anerkennung und ſchuf ihm willige Helfer für ſein Beſtreben, nicht bloß der wiſſenſchaftlichen Forſchung in den Archiven freie Bewegung, ſondern auch die äußeren Bedingungen dazu und den Archiven ſelbſt Raum, Licht und Luft zu ſchaffen.

Am empfindlichsten machte sich der Mangel der Localitäten geltend. Im Hauptstaatsarchiv in Berlin, welches damals noch im Parterregeschoß des königlichen Schlosses untergebracht war, gab es für sämmtliche Beamte, die Expedition und die Benutzer nur ein einziges Zimmer, in dem die arbeitenden Gelehrten auf sparsam bemessenen Plätzen von den Beamten und von einander abgepfercht waren, während ganze Reihen von Actenstücken in den dunklen und niedrigen, durch Zwischenetagen getheilten Gewölben am Boden aufgeschichtet lagen, ungeordnet und von Niemandem gekannt. Die Errichtung eines neuen Dienstgebäudes, die Umwandlung des alten „Lagerhauses" in ein Staatsarchiv und die Uebersiedelung dorthin war nur durch umständliche Verhandlungen, Besichtigungen, Berechnungen und Beaufsichtigungen zu erreichen. Mit dieser Umsiedelung aber wurde zugleich die Verbindung des aus dem Verwaltungskreise des ehemaligen Generaldirectoriums hervorgegangenen Ministerialarchivs mit dem Staatsarchive ins Werk gesetzt, und wiederum war es Duncker nur nach mannigfachen, mit den verschiedenen Ressortverhältnissen zusammenhängenden Schwierigkeiten gelungen, beide Institute unter seiner Leitung zu einem organischen Ganzen zu vereinigen. Besonders unzulänglich erwiesen sich desgleichen die Räumlichkeiten des ehemals hessischen Staatsarchivs in Kassel — „so schauderhaft", wie er von seiner Archivreise im Herbst 1868 schreibt, „daß unsere Locale in Berlin dagegen als Sterne erster Klasse erscheinen". Es war ein glücklicher Gedanke Dunckers, sogleich das altehrwürdige Schloß zu Marburg, „wo die alten Landgrafen von Hessen, wo Philipp der Großmüthige gesessen, das Marburger Religionsgespräch gehalten worden und Luther gepredigt hat", — dies Schloß, das ärgerlicher Weise damals als Zuchthaus benutzt wurde, für seine Zwecke ins Auge zu fassen. Die Umgestaltung und Erweiterung der stattlichen Räume, wodurch nun auch die Vereinigung der bisher getrennt gewesenen Archive des Fürstenthums Hanau und des Stiftes Fulda mit dem Hauptarchiv ermöglicht wurde, gehört zu den vornehmsten Verdiensten der Dunckerschen Amtsführung; denn nicht nur, daß er den Plan des Umbaues bis in die kleinsten Einzelheiten durcharbeitete und feststellte: auch die innere Einrichtung dieses so überaus reichhaltigen Archives

hat er durch häufige Anwesenheit an Ort und Stelle persönlich überwacht und geleitet.

Andere Neubauten wurden in Düsseldorf, Stettin und Breslau, mehr oder minder erhebliche Veränderungen schon vorhandener Unterkunftsräume in den meisten Provinzialarchiven vorgenommen. Fast immer verknüpften sie sich mit Zwecken der inneren Organisation. Es wurden die Nassauischen Archive zu Idstein zusammengefaßt, das Archiv in Aurich neu begründet, die Archive von Stade und Hildesheim mit dem Staatsarchiv von Hannover vereinigt. In Schleswig-Holstein bestand noch kein den Provinzial-Archiven analoges Institut. Die wichtigsten Archivalien der Herzogthümer lagen in Kopenhagen. Trotzdem, und noch ehe sich Dänemark nach langen Verhandlungen zur Auslieferung entschloß, sorgte Duncker für die Zusammenbringung alles sonst im Lande zerstreuten, für die Begründung eines Provinzialarchivs geeigneten Materials und richtete für die Aufnahme desselben das alte Dom-Schulgebäude in Schleswig her. Er hatte die Genugthuung, daß die neue Schöpfung, für die ihm nicht gelungen war, außerordentliche Mittel bewilligt zu erhalten, dem Lande sehr bald wichtige Dienste leistete.

Wenn er sich in diesem Falle mit den regelmäßigen Fonds der Archiv-Verwaltung hatte behelfen müssen, so fand er doch sonst allezeit für seine sachgemäßen Vorschläge zu reichlicherer Ausstattung des Archivwesens sowohl bei seinem Vorgesetzten, dem Fürsten Bismarck, wie bei der Landesvertretung ein so williges Entgegenkommen, daß sich die Ausgaben seines Ressorts während seiner siebenjährigen Verwaltung fast verdreifachten. Er war übrigens bedacht, mit den Staatsmitteln so sparsam wie irgend möglich umzugehen; Preußen, so pflegte er zu sagen, habe sich heraufgehungert und müsse sich weiterhungern. Sparsam aus Grundsatz, besaß er auch das Talent der Sparsamkeit. Dank seinem natürlichen und erworbenen Geschick für praktische Dinge, war es ihm gelungen, mit verhältnißmäßig sehr geringen Mitteln jene zahlreichen Neu- und Umbauten auszuführen. Er verstand es, zugleich General und Unteroffizier zu sein, ja, er entschloß sich nur schwer dazu, seiner Verantwortlichkeit nach unten hin Grenzen zu ziehen und durch neue Anstellungen sich Lasten abnehmen zu lassen; während es ihm aber für das Große nie an großen Ge-

sichtspunkten fehlte, so war es ihm gegeben, auch das Kleinste leicht und ohne Kleinlichkeit abzumachen.

Bei so viel Sinn für praktische Bethätigung war ihm sein Amt, je mehr es ihm zu schaffen und zu regieren gab, um so lieber. In der That: er regierte gern. Die Briefe, die er von seinen Archivreisen nach Hause schrieb, geben ein anschauliches Bild von der Sicherheit seines Auftretens, von der Raschheit seines Erfassens, der Energie seiner Entschließungen und Anordnungen, von seiner Kunst, die Zeit auszunützen, seiner geistigen und körperlichen Spannkraft, die ihn nach nächtlichen Fahrten am voll besetzten Tage nicht im Stiche ließ, wenn es sich bald um die Besichtigung von Archiven, bald um Rücksprache mit Archivvorständen oder Regierungspräsidenten handelte. Gewöhnlich erledigen sich ihm alle diese Geschäfte schneller und glatter als er erwartet hat. Besonders glücklich ist er, wenn es ihm gelingt, Willigkeit und Vertrauen auch solchen Untergebenen abzugewinnen, bei denen ihm anfangs einige Verwöhnung, auch wohl Empfindlichkeit entgegentrat. Alles in Allem erfüllen ihn seine Leistungen und Erfolge mit Befriedigung, und halb im Scherz, halb im Ernst stellt er sich selber das Zeugniß aus: der preußische Staat könne zufrieden sein, daß er ihm seine Archive verwalte.

Am meisten jedoch hatte er seine neue Stellung in der Aussicht erstrebt, die für den Historiker die verlockendste ist, dadurch ungehemmten Zugang zu noch unentdeckten oder doch unausgeschöpften Quellen zu erlangen, welche sich insbesondere für die preußische Geschichte fruchtbar erweisen müßten. Die Hoffnung des Findens und Ausnützens werthvoller Materialien ergriff ihn mit der Leidenschaft des Goldgräbers, und am liebsten hätte er sich mit seiner ganzen Kraft auf die Ausbeute gestürzt, die ihm wirklich alsbald aus allen Schachten entgegenglänzte. Denn weder der Blick, das edle Metall zwischen dem tauben Gestein zu erkennen, noch der Hammer, es herauszuschlagen, fehlte ihm. „Gestern," so schreibt er in der vierten Woche seit seinem Eintreten in das neue Amt an seine Vertrauteste, „als Ranke eben fertig war, der sie benutzt hatte, blätterte ich in den Acten. Es war ein Bericht von Möllendorf darunter aus der Campagne von 1794 an den König mit dem schließlichen Rath, Frieden zu machen.

Der König hatte ihn Hardenberg geschickt und dieser seine Bleistiftbemerkungen an den Rand geschrieben. Sie waren völlig unverlöscht und versetzten mich mitten in den Kampf der damaligen Strömungen. Es giebt keine stärkere Verlebendigung der Vergangenheit als durch diese alten Acten."

Nur zu naschen, lag indeß am wenigsten in seiner Art. Wie ganz anders noch, wenn er sich vom Blättern zum Studiren wandte! Auch in der historischen Verwerthung des köstlichen, seiner Obhut anvertrauten Materials erblickte er mit Recht einen wichtigen Theil seines Berufs, und auch dabei fiel seine Pflicht für die Wissenschaft mit seiner Pflicht für den Staat in Eins zusammen: er war sich bewußt, für beide zu arbeiten, indem er die Aufhellung mangelhaft bekannter, durch irrthümliche Auffassungen oder absichtliche Entstellung getrübter Partien der preußischen Geschichte sich angelegen sein ließ. Nur natürlich, daß ihn eben dieser Theil seines Berufes, bei aller Lust und allem Geschick für den anderen, mehr und mehr fesselte und anzog. Nachdem die großen organisatorischen Arbeiten, die ihn beschäftigt hatten, im Wesentlichen durchgeführt waren, machte sich ihm die Last der laufenden, oft rein technischen Geschäfte fühlbarer. Der Gelehrte war doch stärker in ihm als der Verwaltungsbeamte. Gegen Vertrautere entschlüpfte ihm wohl gelegentlich ein Seufzer über die große Bedrängniß, in der er stecke, und daß er mehr zu thun habe, als er recht bewältigen könne. „Wenn nur," schreibt er schon im September 1871, „die Acten nicht so entsetzlich langweilig wären: die der Archive sind desto interessanter, aber für jede Stunde, die diesen zufällt, muß ich fast regelmäßig Reugeld zahlen." Mit jedem Jahre wuchs seine Sehnsucht nach gelehrter Muße, die ihm nicht bloß durch seine Forschungen auf dem Gebiete der preußischen Geschichte, sondern auch durch das Drängen seines Verlegers um abermalige Umarbeitung seiner alten Geschichte — die Assyriologen hatten dem Verfasser so viel neue Arbeit aufgeschüttet! — zur Nothwendigkeit wurde. Er durfte sich fragen, ob er sich nicht am Ende unter seinem Werthe verbrauche.

Etwas Anderes kam hinzu. Er hatte sich sehr wohl dabei befunden, direct unter dem Reichskanzler als Präsidenten des Staatsministeriums zu stehen. Fürst Bismarck hatte ihm freie

Hand gelassen, und es hatte nicht fehlen können, daß zuweilen bei den Vorträgen, die er ihm über Archivsachen halten mußte, auch für die auswärtige Politik etwas abfiel. Dies Verhältniß änderte sich, als im Jahre 1874 die Staatsarchive dem Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Camphausen, unterstellt wurden. Duncker empfand bei der Art des neuen Chefs die Veränderung gewissermaßen als eine Degradation; eine neue auf die Geschäftsordnung bezügliche Verordnung wurde mehr vielleicht zum Vorwand als zum eigentlichen Grund, daß er bereits am 28. September seinen Abschied und seine Versetzung in den Ruhestand erbat.

Nicht ohne Einwendungen zu machen entschloß sich der Vicepräsident, diesen Abschied zu beantragen. Duncker durfte seinen Rücktritt vor sich selbst damit rechtfertigen, daß er den Punkt für erreicht hielt, wo „der Uebergang der Leitung in eine andere Hand ohne Nachtheil für die Archive würde erfolgen können." Eine schmerzhafte Schwäche im rechten Arm, die ihm das Schreiben oft peinlich erschwerte, war ein Grund mehr, um ihn bei seinem Gesuche beharren zu lassen. Er erhielt seine Entlassung zum 1. Januar 1875 und demnächst eine ehrenvolle Ordensauszeichnung; Fürst Bismarck aber drückte sein aufrichtiges Bedauern über sein Ausscheiden aus dem so erfolgreich geführten Amte mit dem Hinzufügen aus, er gebe sich der Hoffnung hin, „daß Ew. Hochwohlgeboren die Quellen des Geheimen Staatsarchivs durch geeignete Publicationen auch fernerhin für die Berichtigung vorgefaßter Meinungen und für die Erweiterung der Kenntniß vaterländischer Geschichte nutzbar machen wollen."

17.

Die preußiſche Geſchichte und die Kriegsakademie.

Duncker's Bemühungen um die Vergangenheit des preußiſchen Staates, eng zuſammenhängend mit ſeinen politiſchen Bemühungen um deſſen gegenwärtige Lage und Entwickelung, hatten viele Jahre vor ſeiner Anſtellung als Archivdirector begonnen. Mit dem lebhafteſten Antheil hatte er ſchon von Weitem Droyſens großes Werk über die Geſchichte der preußiſchen Politik verfolgt; ſeine Theilnahme daran ſtieg, ſeit er ſich mit dem 1859 an die Berliner Univerſität berufenen Verfaſſer perſönlich wieder begegnete, und zwar in einem Zeitpunkte, wo die Darſtellung desſelben bis zu der Epoche der Neugründung der brandenburgiſch-preußiſchen Staatsmacht durch den Großen Kurfürſten vorgerückt war. Der Arbeit Droyſens, jene Epoche ſo vollſtändig und gründlich wie möglich aus den Quellen darzuſtellen, entſprang der Gedanke, die wichtigſten der bezüglichen Actenſtücke durch den Druck allgemein zugänglich zu machen. Zu dieſer Unternehmung nun, welcher alsbald der Kronprinz ein verſtändnißvolles Intereſſe, Schutz und Förderung zuwandte, verband ſich Droyſen mit Duncker und dem Archivrath v. Mörner. Vom 20. Juli 1861 datiren die Vorſchläge, welche die Drei dem Kronprinzen einreichten, und Duncker's amtliche Stellung bei dieſem vermittelte aufs Günſtigſte und Erfolgreichſte die Beziehung zu dem hohen Protector, der in dieſen wiſſenſchaftlichen Dingen ſeinem Berather unbedingt vertraute und deſſen gelehrte Leiſtungen noch in ſpäteren Jahren mit eingehender Würdigung anerkannte.

Im Herbst 1864 war der Erste Band der — seitdem zu einer langen Reihe stattlicher Bände angewachsenen — „Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg," die politischen Verhandlungen bis zum Jahre 1648 enthaltend, fertig geworden. Es galt, das Fürwort des Kronprinzen für die auch ferner dem Unternehmen zu gewährende staatliche Unterstützung zu erlangen. Das im Namen der drei Leiter an Se. Königliche Hoheit gerichtete, von Duncker verfaßte Schreiben vom 12. August 1864 ist dem Ersten Bande vorgedruckt. Es giebt Rechenschaft über die Entstehung, entwickelt den Plan für das Ganze der Publication und hebt, der Art des Verfassers entsprechend, aufs Glücklichste hervor, wie es gerade dem „in hartem geschichtlichen Ringen erwachsenen" Preußen ganz vorzüglich anstehe, dem Auslande und den eigenen Staatsangehörigen gegenüber den Gang seiner Entwickelung von dem Zeitpunkte an, wo die einzelnen Gebiete zum Staate zusammengefaßt wurden, urkundlich darzulegen. „Es giebt," so lauten die bezeichnendsten Sätze, „kein wirksameres und kein edleres Mittel für ein Volk, das Bild seiner selbst wie das lebendige Gefühl dessen zu gewinnen, was seine Einheit und Stärke ausmacht, als die Beschäftigung mit seiner Geschichte. Je mehr ein Staat es versteht, aus der lebendigen Continuität seiner Geschichte die Richtung und die Kraft für seine fortschreitende Entwickelung zu finden und durch sein Volk finden zu lassen, desto gesunder wird sein Fortschreiten, desto gesicherter seine Zukunft sein. Je rascher und je stärker sein Leben in der Gegenwart pulsiren mag, je abweichender die Formen sein mögen, in welchen er sich heute bewegt und bewegen muß, desto wichtiger wird es für ihn sein, das Band, welches seine Gegenwart an seine Vergangenheit knüpft, festzuhalten, um in dem Proceß seiner Transformation die Einheit seines geschichtlichen Lebens nicht zu verlieren."

Noch immer meint man in diesen Worten etwas von dem Geiste jener Philosophie zu spüren, an der Duncker in seiner Jugend sich genährt hatte: aber dieselbe ist nun völlig in historischen Realismus übersetzt, und ihre Lehre von der mit der Vernunft zusammenfallenden Nothwendigkeit des Geschichtsganges, mit der er sich vor Zeiten hart abgemüht hatte, hat sich in den ethisch-politischen Gedanken verwandelt, daß jedem Staate das Gesetz

seines Lebens durch seine Eigenart vorgeschrieben, und daß seine gedeihliche Fortentwickelung durch den Grad bedingt sei, in dem Regierer und Regierte seiner Vergangenheit Verständniß und Achtung entgegenbringen.

An dieselbe Quelle seiner Bildung fühlt man sich durch den universalhistorischen Zug erinnert, der in der Besprechung von Droysens Drittem Bande im Maiheft der Preußischen Jahrbücher 1866 herrscht. In derartigen Besprechungen im großen Stil war Duncker Meister. Er las umfangreiche Werke mit so rasch eindringendem, behaltendem und ordnendem Verständniß, wie er sich des Inhalts dicker Actenstöße über irgend eine Frage der Gesetzgebung, der Verwaltung oder der Diplomatie bemächtigte. Im einen wie im andern Falle traten dann in seinen Referaten die Gesichtspunkte, die ihn leiteten, die Ziele, auf die er hinsteuerte, kräftig und deutlich hervor. Seine an bedeutende Geschichtswerke sich anschließenden Aufsätze haben nicht das Verdienst anschaulicher Versinnlichung und bunter Farbengebung; es sind nicht Essays in der Weise Macaulays — immer haben sie in etwas den Charakter von Denkschriften; aber, aus Einem Guße entstanden, führen sie ihr Thema mit urtheilsvoller Klarheit und sachlicher Nachdrücklichkeit durch. So ist es mit dem früher erwähnten Aufsatz über Rochaus französische Geschichte, so mit dem im Jahrgang 1863 der Preußischen Jahrbücher erschienenen, durch Bernhardis Geschichte Rußlands veranlaßten Aufsatz über den Wiener Congreß und den zweiten Pariser Frieden. Nicht anders mit dem über das Droysensche Buch. Derselbe drängt die ausführliche Darstellung des Verfassers von den Thaten und Leistungen des Großen Kurfürsten zu einem übersichtlichen und haltungsvollen Bilde zusammen; vor Allem aber, dies Bild ist wie ein politisches Schlachtenbild; die vor unseren Blicken sich entfaltenden Kräfte und Motive erscheinen wie von der Hand eines geschickten Taktikers geordnet und gegen einander in Bewegung gesetzt. So gut endlich gelingt dem Berichterstatter die Hervorhebung des Wesentlichen offenbar deshalb, weil ihm der ganze Reichthum des Einzelnen gegenwärtig ist. Man sieht: es würde ihm ein Leichtes sein, wenn es darauf abgesehen wäre, uns tiefer in die Verdienste des Forschers, dem er folgt, einzuführen und auch die Punkte zu bezeichnen, wo dessen

Forschung noch des sichern Grundes entbehrt; er spricht als Eingeweihter, als Einer, der auf diesem Boden völlig zu Hause ist.

Von noch älterem Datum war seine Vertrautheit mit der preußischen Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts, mit der Kriegs- und Staatskunst des großen Königs. Sein im Jahrgang 1868 der Sybelschen Historischen Zeitschrift erschienener Essay über den Ersten Band von Arnold Schäfers Geschichte des siebenjährigen Krieges versteht es wieder vortrefflich, diese erste urkundlich gesicherte Darstellung — die es zunächst nur mit den Gründen, der Entstehung und den Anfängen des Krieges zu thun hat — ins Engere zusammenzuziehen und doch im verkleinerten Bilde das Wichtigere dem Auge vergrößert vorzuführen, einige Zusammenhänge schärfer hervorzuheben, einige Wirkungen bestimmter zu markiren, um das Ergebniß desto zwingender zu machen, daß Friedrich sich in diesen Krieg nicht muthwillig gestürzt, nicht aus Ehrgeiz und Ländergier Europa gegen sich gewaffnet habe, sondern daß es ein Krieg der Nothwehr gegen eine von langer Hand gegen Preußen angezettelte und rastlos mit allen Mitteln geschürte Verschwörung der Kabinete gewesen sei.

Eben dieser, der Fridericianischen und andererseits der Napoleonischen Zeit, wandte er sich dann vorzugsweise seit dem Antritt seines Amtes als Archivdirector zu. Die Früchte seiner archivalischen Studien legte er in einer ganzen Reihe größerer und kleinerer Abhandlungen nieder, die zunächst in den Preußischen Jahrbüchern, in Sybels Zeitschrift und in der Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde erschienen und von denen die früheren von ihm selbst 1876 in berichtigter und ergänzter Gestalt zu der Sammlung „Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III." (Leipzig, bei Duncker und Humblot) vereinigt wurden, während einige der späteren in den erst nach seinem Tode, 1887 (ebendaselbst) herausgegebenen „Abhandlungen aus der neueren Geschichte" einen Platz gefunden haben.

In der im Jahre 1871, zur Zeit, als unsere Truppen das besiegte Frankreich besetzt hielten, veröffentlichten Abhandlung „Preußen während der französischen Occupation" giebt der Verfasser auf Grund der ihm zu Gebote stehenden authentischen Actenstücke die aufklärendsten Beiträge zu der Geschichte der preußischen

Politik während der Jahre 1807 bis 1813. Nicht nur die Darstellungen französischer Schriftsteller, von denen wir uns so lange unsere eigene Geschichte hatten erzählen lassen, sondern auch die neueren deutschen biographischen Arbeiten, sofern dieselben überwiegend nur den Antheil einzelner Persönlichkeiten an der Staats- und Kriegsleitung in jenen Jahren ins Licht gestellt, will er ergänzen. Er bezeichnet es als einen Mangel aller dieser Arbeiten, daß dieselben die allgemeine politische Lage, sowie die besonderen Bedingungen, die dem damaligen Preußen auferlegt waren, die Gesichtspunkte der Staatsleitung und die Nöthigungen, unter welchen dieselbe handelte, nicht scharf genug hervortreten ließen. Er zeigt in zusammenhängender Darstellung, wie Preußen zum Abschluß des Bündnisses mit Napoleon durch die Haltung Rußlands und Oesterreichs gezwungen worden, und wie die schließliche Verbündung der drei Mächte gegen Napoleon nicht ein nach langer Unschlüssigkeit vollzogener Wechsel des Systems, sondern nur die endliche Verwirklichung dessen gewesen sei, was König Friedrich Wilhelm III. schon vor 1806 gewünscht und erstrebt habe. Gleichsam zugehörig zu dieser Abhandlung und von noch deutlicherer Beziehung auf jüngst Geschehenes ist die andere: „Eine Milliarde Kriegsentschädigung, welche Preußen Frankreich gezahlt hat". Es ist doch mehr als eine Miscelle und nichts weniger als ein Scherz; denn acten- und ziffernmäßig weist der Verfasser nach, daß Preußen in der That während der französischen Occupation eine reichliche Milliarde Kriegskostenentschädigung an Frankreich gezahlt hat, eine Summe, die verhältnißmäßig — das Jahreseinkommen des damaligen Preußen gegen das des heutigen Frankreich geschätzt — vier Mal größer war als die im Frankfurter Frieden der französischen Republik auferlegte.

Im Jahre darauf, als Säculargedenkblatt für die Wiedervereinigung Westpreußens mit dem Königreich Preußen, erschien die zweitgrößte jener Abhandlungen: „Die Besitzergreifung von Westpreußen". Es handelt sich um die Entstehungsgeschichte der ersten Theilung Polens, und eben diese so lange in Fabeln gehüllte, erst allmählich vorurtheilsfreier und quellenmäßiger behandelte Frage bringt die Dunckersche Abhandlung, auf bisher ungedruckte, dem Berliner Archiv entnommene Quellen gestützt, in der Haupt-

sache zum Abschluß. Zur Erhaltung des Friedens, ohne Gedanken an Territorialgewinn, hat Friedrich der Große das russische Bündniß vom April 1764 abgeschlossen. Er hat dann allerdings nichts gethan, den Verfall Polens aufzuhalten, er hat im Gegentheil — so forderte es das Interesse seines Staats, das Interesse der Selbsterhaltung — den dahin gerichteten Absichten Rußlands gewehrt; der Gedanke der Theilung dagegen ist ernstlich erst von dem Bruder des Königs, dem Prinzen Heinrich erfaßt und betrieben worden, und das Zugreifen Oesterreichs war es dann, was schließlich, nach längeren Verhandlungen, den Vertrag der drei Mächte vom 5. August 1772 als bestes Mittel der Erhaltung des Friedens zu Stande brachte. Nicht aus Habsucht und Unersättlichkeit hat Friedrich dem neuen Landgewinn nachgetrachtet. Er hat ihn erworben — so faßt der Verfasser selbst das Resultat seiner Untersuchung zusammen — „auf dem Wege einer standhaften Friedenspolitik, als Aequivalent der Subsidien, die er an Rußland gezahlt hatte, als Entschädigung für seine Rüstung gegen Oesterreich, als Preis der Uebernahme der Gefahr eines Krieges gegen Oesterreich und dessen Bundesgenossen." Es ist ein Resultat, das alsbald, durch das vornehmlich auf Wiener Acten gestützte Werk des Oesterreichers Beer über die erste Theilung Polens, ergänzende Bestätigung gefunden hat.

Kaum minder bedeutend, eine Probe zugleich seiner militärischen Einsicht und seines Geschicks in der Darstellung und Beurtheilung kriegsgeschichtlicher Hergänge, ist die im Jahre 1870 geschriebene kritische Studie über die Schlacht von Kollin. Mit ebenso spannender wie glücklicher Beweisführung wendet sich dieselbe, abermals auf Grund ursprünglicher und unverkürzter Urkunden, gegen die verfälschenden, dem Kriegsruhme des großen Königs Abbruch thuenden Berichte der Gaudi, Retzow, Berenhorst — jener zur Umgebung des Prinzen Heinrich gehörenden Offiziere, welche die „Fronde der Armee" bildeten. Für einen einzelnen entscheidungsschweren Moment des Krieges wies Duncker hier nach, was dann später das Buch seines Freundes Bernhardi über Friedrich den Großen als Feldherrn in weiterem Umfange klargelegt hat.

Mit einem ähnlichen, zur Hälfte dem Inhalte, zur Hälfte der Methode geltenden Interesse wird man den Aufsatz vom Juni

1870: „Eine Flugschrift des Kronprinzen Friedrich" lesen. In fortschreitender Untersuchung beweist derselbe, daß die seit 1788 bekannte Schrift Friedrichs II.: Considérations sur l'état présent du corps politique de l'Europe nicht, wie die Herausgeber der Oeuvres posthumes de Frédéric II. angenommen, eine theoretische Studie des Kronprinzen, sondern eine zum Druck in praktischer Absicht bestimmte Flugschrift gewesen ist. Es handelte sich für Preußen um die Erwerbung der Herzogthümer von Jülich und Berg, und die Flugschrift ist an die Adresse der Seemächte gerichtet; sie will diese zur Wachsamkeit gegen Frankreich mahnen. Was die preußischen Minister den Regierungen Hollands und Englands durch die Gesandten sagten, das will der Kronprinz dem Parlament und den Generalstaaten, der öffentlichen Meinung in beiden Ländern sagen. Der Druck der „Betrachtungen" wurde aufgeschoben, er unterblieb schließlich, weil auf einmal in der Politik des französischen Premiers, des Cardinal Fleury, eine den preußischen Wünschen günstige Wendung eintrat, durch die die Veröffentlichung zweckwidrig und unmöglich wurde.

Wichtige Momente der neuen preußischen Geschichte durch die Heranziehung noch unbenutzter archivalischer Zeugnisse neu zu beleuchten, die vorhandenen Darstellungen zu berichtigen und zu ergänzen — das ist der Zweck auch der weiterhin, zwischen 1876 und 1885, erschienenen Aufsätze: über die Mission des Obersten von der Knesebeck nach Petersburg, über Friedrich Wilhelm II. und Graf Hertzberg, über die Staatsleitung Hardenbergs, über Napoleons Plan einer Landung in England, über die Bildung der Coalition des Jahres 1756, über das Verhältniß Preußens und Englands im siebenjährigen Kriege. Zu mehreren dieser jüngeren Aufsätze hatten die von Ranke herausgegebenen und mit einer zusammenfassenden Darstellung der Epoche von 1794 bis 1814 begleiteten „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg" ihm die Anregung gegeben. Schon die ausführliche Besprechung, die er dieser neuesten Arbeit des „ersten Historikers Deutschlands" im Jahrgang 1878 der „Mittheilungen aus der historischen Litteratur" widmete, läßt erkennen, in wie vielen Punkten er die Auffassung Rankes für irrig, seine Darstellung für zu wenig scharf oder präcis, seine thatsächlichen Behauptungen für berichtigungsbedürftig

hielt. Er setzte Darstellung gegen Darstellung. Der zusammenhängenden positiven Ausführung einzelner Theile jenes Geschichtsbildes, wie es seiner eigenen Sachkenntniß, seinem eigenen Urtheil erschien, galten die Aufsätze der Preußischen Jahrbücher über die Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers v. Hardenberg, über Graf Haugwitz und Freiherr v. Hardenberg, und über Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1809. Die Stellung des jüngeren Historikers zu dem älteren Meister, die Verschiedenheit, ja der Gegensatz zwischen der Geistes- und Charakterform Beider springt deutlich in die Augen. Duncker gehörte nicht, wie mehrfach behauptet worden, zu Rankes eigentlichen Schülern. Gelernt hatte er von ihm wie Jeder, der in unserem Jahrhundert Geschichte geschrieben; als ein „großes Licht der Geschichtschreibung" erkannte er ihn an wie wir Alle. Der künstlerischen Genialität Rankes, seinem feinsinnigen, halb ahnenden, halb spürenden Durchschauen von Menschen und Verhältnissen ist er trotzdem nur mit Widerstreben gerecht geworden. Die zwanglose Anordnungs-, die leichte und leise Andeutungskunst des großen Historikers voll zu würdigen, hinderte ihn in früherer Zeit sein Bedürfniß nach scharfer begrifflicher Ordnung und Ausführung, später, und in immer zunehmendem Grade, sein Sinn für strenge Sachlichkeit und genaue Erforschung der ursächlichen Zusammenhänge; noch mehr aber regte sich seine geradherzige Offenheit, seine männliche Ehrlichkeit, wenn er hinter den fein verstrichenen Farben der Rankeschen Erzählungsbilder die gedeckte Haltung des klugen Diplomaten zu entdecken glaubte. Er konnte nicht umhin, der virtuosen Gruppirung historischer Gemälde, der meisterhaften Charakteristik der handelnden Personen, der tief eingehenden Schilderung sich bekämpfender allgemeiner Tendenzen seine Bewunderung zu zollen, aber seinerseits hielt er sich verpflichtet, den Dingen und den Menschen näher zu Leibe zu gehen und lieber der idealen Schönheit und Gefälligkeit als der realistischen Wahrheit, der Kraft und Deutlichkeit der Darstellung etwas zu vergeben. „Mit der Historie," schrieb er einmal, „ist es nun unvermeidlich so, daß, wenn man nicht wie Ranke geistvoll über sein Thema sprechen, nur unbeachtete Seiten aufweisen, glänzend charakterisiren will, man sehr nahe heran gehen muß, um dahinter zu kommen, und dabei verliert dann das, doch immer mit mäßigem Antheil auf-

nehmende Publicum den Zusammenhang und die großen Linien." Er schildert damit seine eigene schriftstellerische Art und spricht aus seinen eigenen Erfahrungen. Durch Festigkeit und Gediegenheit der Arbeit ersetzte er, was ihm an freiwilliger Kunst abging. Mehrere seiner Aufsätze, obgleich für einen größeren Leserkreis bestimmt, sind doch zu stoffreich, als daß es dem Laien leicht wäre, ihnen unermüdet von Anfang bis zu Ende zu folgen. Es sind doch mehr akademische als populäre Aufsätze, wie denn einige wirklich zuerst vor einem akademischen Publicum gelesen wurden. Nur der Gelehrte, der Historiker, am meisten der politisch interessirte Historiker wird sie ganz zu würdigen im Stande sein.

Politisch in der That ist ihr Inhalt durch und durch, und dabei geht durch sie alle ein gemeinschaftlicher Zug hindurch. Alle haben sie in etwas den Charakter von „Rettungen". Mit dem Bestreben, die preußische Geschichte von traditionellen Irrthümern zu befreien, verbürgte Wahrheit an die Stelle der geltenden fable convenue zu setzen, verbindet sich das Interesse, besonders solche Auffassungen zu berichtigen, durch welche Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III. in ihren Ehren geschmälert worden. Namentlich in der Beurtheilung des Letzteren hat er sich mit einer, wenn auch durchaus ehrlichen Absichtlichkeit auf die Seite des durch die öffentliche Meinung Benachtheiligten gestellt. Seine Liebe zum preußischen Staate war untrennbar von seiner Pietät für das Hohenzollernsche Herrschergeschlecht: darum hat er die in den schwierigsten Lagen sich immer gleich bleibende, nüchtern-verständige und vorsichtige Art des Königs ins beste Licht zu stellen, seine Gewissenhaftigkeit, sein starkes Verantwortlichkeitsgefühl nachdrücklich hervorzuheben sich angelegen sein lassen und sich so den Vorwurf zugezogen, daß er gelegentlich mehr die Sprache des Anwalts als die des Richters geführt habe. Immer doch hat er die Thatsachen und die Documente reden lassen, immer dem Leser durch Vorführung der unverfälschten Zeugnisse das Urtheil frei gelassen — ein Vertheidiger, aber kein Beschöniger, ein Mann der Partei, aber der seine Waffen blank und die Ehre der Wissenschaft hoch hält. Es hat ihm dafür an Anerkennung von berufenster Seite nicht gefehlt, wenn doch die Akademie der Wissenschaften, als sie ihn bei festlicher Gelegenheit durch den Mund Heinrichs

von Sybel begrüßte, seine Abhandlungen über preußische Geschichte „ohne Einschränkung als klassische Muster historischer Monographien" bezeichnete.

Zu ihrem Mitgliede hatte die Akademie der Wissenschaften zu Berlin ihn im Mai 1873 gewählt, und es war ihm damit ein Antrieb mehr zur Fortsetzung seiner Studien in preußischer Geschichte gegeben. Denn mit Droysen und Sybel gemeinschaftlich bildete er nun hier die leitende Commission für die von der Akademie ins Leben gerufene Herausgabe der politischen Correspondenz Friedrichs des Großen, während er mit Droysen allein, ebenfalls mit Unterstützung der Akademie, die Staatsschriften aus der Regierungszeit Friedrichs des Großen ediren ließ. Wiederholt erstattete er über den Fortgang dieser Unternehmungen vor der Akademie Bericht, und auch diese Berichterstattungen gestalteten sich ihm wieder zu sachlich historischen Ausführungen, zu lichtvollen Uebersichten über die bezüglichen Epochen der preußischen und europäischen Geschichte.

Wie weit indeß der Arbeits- und Wirkungskreis war, den er so in Berlin seit seinem Rücktritt von der Politik gefunden hatte: weder seine Verwaltungsthätigkeit noch seine wissenschaftlichen Arbeiten konnten den Wunsch zum Schweigen bringen, der ihm bei dem Heidelberger Rufe das Herz so stark erregt hatte, — den Wunsch, sich wieder, wie einst, auch als Lehrer zu bethätigen und durch persönliche Einwirkung Schule zu machen, Kenntniß, historischen Sinn und Gesinnung von sich auf Andere zu übertragen. Dem eben damals von der Last der Verwaltung und der damit verbundenen Verantwortlichkeit hart Gedrückten war es daher eine schwere Versuchung, als im Frühjahre 1872 bei Gelegenheit des Abgangs von Weizsäcker die Tübinger Universität den Versuch wiederholte, ihn zu dem Ihrigen zu machen. Wie glücklich waren doch in seinen Augen diese Universitätsprofessoren, die „nur für ihre Bücher und ihre Vorlesungen verantwortlich sind!" Hatte er doch, als es sich im Jahre zuvor um die Wiederbesetzung von Leos Professur in Halle handelte, mit dem Gedanken gespielt, daß nun, „wenn er nicht zu alt wäre und seine akademischen Erfahrungen in Saalathen nicht etwas abschreckend wären", dort Raum für ihn sei. Im höchsten Grade verführerisch waren ja umgekehrt die akademischen

Erfahrungen, die er in der Neckarstadt gemacht hatte. Er hatte nicht aufgehört, an die kurze, dort verlebte Zeit mit einer Art von Heimweh zurückzudenken. Sein Herz hing an der Stätte, die ihm nach langer und drückender Einengung freies Wirken gewährt hatte, wo er, umgeben von einer anmuthigen Natur, so viele gute Stunden mit guten Gefährten verlebt hatte. In der Erinnerung zudem, wie es menschliche Art ist, erschienen ihm diese Stunden noch heller und sorgenfreier, als sie es wirklich gewesen waren. Wieder einmal ließ sich bei dieser Gelegenheit eine merkwürdige Eigenthümlichkeit seines Wesens beobachten. Bei aller Entschlossenheit im Handeln für Andere war er zaudernden Entschlusses, wenn es sich um sein persönlichstes Schicksal handelte. Wenn dem Gewissenhaften dann das Abwägen alles Für und Wider als eine Pflicht erschien, so war dem Freiheitsliebenden der Gedanke, die eigenen Loose in der Hand zu halten, so angenehm, daß er die Berathung nicht beschleunigte. Er schwankte diesmal lange oder gönnte sich doch eine lange Bedenkzeit und stellte die Geduld der Tübinger auf eine harte Probe, um endlich doch die Entscheidung zu treffen, die Alle, welche ihn und sein innerstes Bedürfen kannten, im Voraus erwartet und angerathen hatten.

Um so glücklicher nun aber traf es sich, daß ihm bald nach der Absage an die Tübinger in Berlin selbst ein Lehramt übertragen wurde, das ihn völlig seiner Kraft, seinem inneren Beruf und seiner Neigung gemäß beschäftigte. „Um mich für Tübingen zu entschädigen," schrieb er im November 1872, „habe ich seit dem 1. October Vorträge über neuere Geschichte an der Kriegsakademie übernommen." Die Aufgabe bestand darin, dem dritten Cötus der Kriegsakademie, d. h. der Abtheilung, in welche die Offiziere im dritten Jahre ihres kriegsakademischen Studiums eintreten, die politische Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zum Jahr 1815 vorzutragen. Statt eines Publicums von sehr verschiedener Reife und verschiedenen wissenschaftlichen Zielen, wie es auf dem Universitätskatheder namentlich der Historiker vor sich hat, durfte er also hier zu jungen Männern reden, deren Bildung vorgerückt, deren Beruf entschieden war, und die diese Geschichtsunterweisung ernstlich für diesen ihren Beruf zu

verwerthen dachten. Zwar auch unter dieser Zuhörerschaft gab es, da der historische Cursus nicht zu den obligatorischen Fächern gehörte, eine Anzahl von weniger ernst betheiligten Exoterikern: im Ganzen aber bildeten doch diese zur Kriegsakademie commandirten Offiziere eine auserlesene Schaar. Duncker liebte die Armee, wie er den Staat und die Monarchie liebte. Im Unmuth über die wenig staatssinnige Haltung, welche die Häupter des preußischen Landtages bis zum Jahre 1868 eingenommen hatten, hatte er sich wiederholt der Armee getröstet, die allein die Existenz der deutschen Nation sichere, die den Hader der parlamentarischen Parteien beschämt und unschädlich gemacht habe. Er war der Meinung, daß daher für die gesicherte Entwickelung unseres Vaterlandes kaum etwas Anderes von gleicher Wichtigkeit sei, wie eine ernste, wissenschaftliche Erziehung unseres Offiziercorps, und daß für diese, insbesondere für die Verbreitung tieferer, geschichtlicher Einsicht in den Führerkreisen unseres Heeres, die besten gelehrten Kräfte gerade gut genug seien. So war es ihm Freude und Ehre, an diesem Erziehungswerke sich mitbetheiligen und dadurch in neuer Weise für die Zukunft unseres Staates sich einsetzen zu dürfen.

In ganz besonderer Weise eignete sich zu dem Zwecke solch erziehender Einwirkung die Geschichtsepoche, die zu behandeln ihm oblag: die französische Revolution bis zu den Befreiungskriegen. Durchaus und bei jeder Wiederholung des so begrenzten Cursus stellte er das große Ereigniß, von dem die Umgestaltung des europäischen Staatensystems, des Staats- und Gesellschaftslebens des Welttheils ihren Ausgang nahm, in den Vordergrund seiner Vorträge, um die Nachwirkungen und Gegenwirkungen, die Coalitionskriege und die Napoleonischen Kriege in kürzerer Darstellung daran anzuschließen und in freiem Wechsel bald die eine, bald die andere Episode der europäischen Geschichte zu bevorzugen. Die eigentliche Kriegsgeschichte vorzutragen, da sie ein besonderes Fach des Unterrichts an der Akademie ausmachte, war hier nicht seines Amtes. Und auch sonst bedingte gerade diese Zuhörerschaft eine etwas andere Behandlungs- und Vortragsweise, als er sie in Tübingen geübt hatte. Die volle Beherrschung des Stoffes zeigte auch hier in jedem Augenblick den Gelehrten, aber hier noch weniger

als auf dem Universitätskatheder wollte er in erster Linie als Gelehrter sprechen. Unverhohlen sagte er seinen Zuhörern, daß es nicht seine Aufgabe sei, sie zu Historikern zu bilden, daß ihnen die Geschichte nicht bloß Gegenstand des Wissens sein solle, sondern daß ihr besonderer Beruf ein Verstehen und Können verlange, für das die Kenntniß der geschichtlichen Hergänge und der in ihnen wirkenden Kräfte ihnen wesentliche Fingerzeige gebe.

In diesem Sinne, in erzieherischer Absicht, ein Lehrer voll reicher politischer Erfahrung, ein Mann der gefesteten Ueberzeugung und Gesinnung, erzählte und erläuterte er das große Drama der größten Staatsumwälzung, welche die Welt gesehen hat. Schon die Exposition des Dramas, die Schilderung der vorbereitenden und veranlassenden politischen, socialen und litterarischen Zustände belehrte die Zuhörer mit überzeugender Eindringlichkeit über die Gründe, die Staaten und Gesellschaften der Auflösung entgegenführen. Und nun der wechselvolle Verlauf der Revolution selbst. Das Recht der älteren Auffassung, wonach sie ein sich durchsetzender Ideenproceß oder ein Naturereigniß, unabwendbar, erhaben in seiner Größe und bewunderungswürdig in seinen Wirkungen gewesen, verkannte er nicht, aber die Einseitigkeit dieser Auffassung war von Niemandem gründlicher aufgegeben als von Duncker. Nicht von diesem idealistischen Standpunkte daher, vielmehr als einen Faustkampf berechtigter und unberechtigter Interessen, der durch Personen von Fleisch und Blut ausgefochten wird, stellte er sie dar. Wohl zeigte er Schritt für Schritt die innere Folgerichtigkeit ihres Ganges, aber nicht als eine fatalistische, sondern als eine moralische. Ueberall hob er die Verantwortlichkeit der Handelnden hervor, zeigte die durch Schuld versäumten Möglichkeiten, den Ereignissen eine andere, als die eingetroffene Wendung zu geben, und übte so durch Darstellung und Kritik das sittliche und politische Urtheil. Zugleich traten dabei Figuren und Charaktere, welche handelnd oder leidend in den Gang der Ereignisse verflochten gewesen, in eine scharfe Beleuchtung, die, wenn sie sich in einzelnen Schlaglichtern zusammenfaßte, doch nur als der Reflex der Erzählung ihres Verhaltens erschien. Am wenigsten vortheilhaft gestaltete sich dabei das Bild Napoleons, des gewaltigsten Sohnes und schließlichen Besiegers

der Revolution. Wenn, wie billig, die großartige Begabung des verwegenen Mannes, seine außerordentlichen Talente als Organisator und Feldherr zur Anerkennung gelangten, so trat doch der gemeine und harte Egoismus seiner Natur, die oft niedrige Kleinheit seiner Mittel neben der Größe seiner Entwürfe, seine Herzlosigkeit und Gewaltthätigkeit, seine Lust am Lügen- und Ränkespiel in den Vordergrund. Die tiefe Abneigung gegen die moralische Mißgestalt dieses Charakters war der ehrlich deutschen Art Dunckers natürlich, und der Patriot hatte ein Recht, den Unterjocher seines Vaterlandes zu hassen: offenbar jedoch lag die Widerlegung der „bonapartistischen Legende" dem Vortragenden um so mehr am Herzen, als sein Auditorium der Armee angehörte und wohl geneigt sein konnte, über Napoleons militärischen Eigenschaften den Jacobinismus seines politischen Charakters zu verkennen.

Indem er nun so vom Standpunkte einer gereiften Erfahrung die einzelnen Auftritte des großen geschichtlichen Dramas durchmusterte, die handelnden Personen sich selbst aussprechen und darstellen ließ, mit Lob und Tadel über sie nicht zurückhaltend, so konnte es nicht fehlen, daß die Besten seiner Zuhörer gefesselt wurden, alle aber den Eindruck bekamen, daß ein ganzer Mann rede. Es gab Momente, in denen auch die zu dauernder Spannung nicht Aufgelegten nicht vermocht hätten, unaufmerksam und zerstreut zu bleiben. Das waren die Momente, in denen der Eifer sittlicher Erhebung oder sittlichen Unwillens ihn ergriff, da er denn wohl, wie bestätigend und abschließend, die Hand schwer auf das Pult legte und eine kurze Pause eintreten ließ. Die markige Persönlichkeit, die treue und überzeugende Stimme, die kunstlose Unmittelbarkeit des Vortrags, das zuweilen in Kraftworten von köstlicher Natürlichkeit durchschlagende ethische oder nationale Pathos des Redners packte unwiderstehlich und prägte sich unvergeßlich ein. Vortrefflich geben die nach Dunckers Tode aus dessen Aufzeichnungen und aus Niederschriften der Zuhörer sorgfältig zusammengestellten, 1888 als Manuscript gedruckten Vorträge, wenn sie auch nur einen Theil des Ganzen umfassen, und jene unmittelbarsten Accente leidenschaftlichen Gefühls unterdrücken mußten, die ganze Art des Sprechenden, sie geben seine Rede als

lebendige Rede wieder, und sind daher von vielen älteren und jüngeren Offizieren, denen sie das Bild des verehrten Lehrers vor die Seele zurückriefen, als eine unschätzbare Erinnerungsgabe dankbar entgegengenommen worden*).

Mit welcher immer gleichen Freude sich Duncker dieser seiner Lehraufgabe widmete, hat er wiederholt ausgesprochen. Immer frei, sprach er doch nie, ohne sich vor jeder Stunde den Stoff zurechtgelegt zu haben, und noch weniger sparte er Zeit und Mühe bei der ihm obliegenden beurtheilenden Durchsicht der alljährlichen Probearbeiten seiner Akademiker. Er giebt diesen das beste Zeugniß. „Abgesehen von Tübingen," so schreibt er nach siebenjähriger Lehrthätigkeit, „habe ich niemals aufmerksamere Zuhörer gehabt als jetzt; sie beweisen mir in der Regel zu vollen zwei Dritteln durch ihre Arbeiten, wie gut sie mich verstanden haben." Auch an Gelegenheit, ihnen persönlich näher zu treten, fehlte es nicht. Wenn die Stunde zu Ende war, so sammelte sich wohl eine Gruppe Wißbegieriger um den Lehrer, um ihn über einzelne Punkte weiter zur Rede zu bringen und sich an seiner leutseligen, freundlich-ernsten Mittheilsamkeit zu erfreuen. Waren aber seine Lehrvorträge durchweg von patriotischen Anklängen durchzogen, so gaben ihm Ereignisse, wie das frevelhafte Attentat vom 2. Juni 1878, ganz regelmäßig aber die Festmahlzeiten zum Geburtstage des Kaisers die erwünschte Veranlassung, seine ernste Königs- und Vaterlandsliebe, seine Verehrung für das Werk der Hohenzollern, seine fromme Dankbarkeit für die Geschichte unseres Staates mit besonderem Nachdruck auszusprechen. In solchen Momenten trat ihm das volle Herz auf die Lippen; die Zuhörer gewannen einen Einblick in sein Gemüth und schlossen sich mit doppeltem Vertrauen dem Manne an, der sie nicht bloß zu belehren, sondern zugleich zu begeistern und begeisterte Entschlüsse der Pflicht- und Vaterlandstreue in ihnen zu wecken verstand.

---

*) So auch die das vortreffliche Reliefportrait des Verewigten von Helene Wohlgeboren wiedergebende Heliogravüre, welche dem Buche beigegeben wurde. Es ist dieselbe, welche auch dieser Biographie vorangestellt ist. Das in Bronze ausgeführte Relief schmückt die von Freunden und Verehrern dem Verstorbenen auf dem Zwölf-Apostel-Kirchhof in Berlin errichtete Denksäule.

Bis kurz vor seinem Ende, in vierzehnmaliger Wiederholung hat Duncker jene kriegsakademischen Vorträge gehalten. Das Komthurkreuz des Hohenzollernschen Hausordens, das ihm dafür vom Kaiser verliehen wurde, war wohlverdient. Sein Andenken lebt segensvoll in mehr als Einer Generation des preußischen Heeres fort.

18.

Alter und Tod.

Im Sommer 1868 war das Leben von Charlottens Vater, deſſen ſich immer erneuernde Leiden in den letzten Jahren ſo vielfach ihre Schatten auch in das Dunckerſche Haus geworfen hatten, zu Ende gegangen. Bald danach verlor auch Max ſeine Eltern. Er war ſiebenundfünfzig Jahre alt, als ſeine Mutter ſtarb, achtundfünfzig, als ſein Vater, faſt neunundachtzigjährig, ihr im Tode folgte. Nun war er der „alte" Duncker — und war doch noch ſo wenig gealtert! In ſeinen beſten Mannesjahren zwar hatte der Kampf, den er gegen rebelliſche oder verſagende Nerven zu beſtehen hatte, wohl zuweilen der Friſche ſeines Selbſtgefühls Abbruch gethan, und frühes Ergrauen und Erbleichen ſeines dichten und kräftigen Haares hatte ihn älter erſcheinen laſſen, als er war. Allein von ſeinem ſechszigſten Jahre an ſchien er ſich faſt zu verjüngen, ſeine Bewegungen wurden elaſtiſcher, ſeine Haltung kräftiger als ehedem, der Farbe ſeines edlen und bedeutenden Antlitzes fehlte nichts von der geſunden Friſche, dem Blick ſeiner unter buſchigen Augenbrauen hervorblitzenden Augen nichts von der Lebhaftigkeit, die der Vollkraft der Jahre eigen zu ſein pflegt.

Nichts hätte geeigneter ſein können, der Erhaltung ſeiner Freude am Leben und damit ſeiner Rüſtigkeit zu Hülfe zu kommen, als daß ihm vergönnt war, den glänzenden Abſchluß der Geſchicke ſeines geliebten Preußen, die Erfüllung ſeines höchſten Lebenswunſches, die Neugründung des deutſchen Reiches und die Zurückwerfung Frankreichs in die ihm zukommenden Grenzen durch den Krieg von 1870 zu erleben.

Seit 1866 hatte er den Krieg mit Frankreich stets als nahe bevorstehend betrachtet und hatte demselben mit gutem Muthe entgegengesehen. Sein patriotisches Herz schlug höher über die Zurückweisung, welche der Uebermuth und die Verblendung der Franzosen durch die sichere Entschlossenheit König Wilhelms, den alsbald zur Abwehr geeinten Willen der deutschen Bevölkerungen, die ersten raschen und entscheidenden Erfolge unserer Waffen erfuhr. „Wir können," schrieb er den 8. August 1870, „nicht dankbar genug sein. In correctester Weise vollbringen wir unsere nationale Einigung: nach der Auseinandersetzung mit Oesterreich vollenden wir die Einigung gegen Frankreich. Das Bewußtsein, daß die norddeutschen Kräfte ohne Oesterreich ausreichen, auch den Süden gegen Frankreich zu schützen, verbindet uns diesen unauflöslich. Gemeinsame Waffenthaten bilden einen Kitt, den weder unser Parlament von 1848, noch ein späteres deutsches Parlament ersetzen konnte und kann." Daß wir nicht ohne Metz und Elsaß aus dem Kampfe kommen dürften, stand ihm schon damals fest, denn Lust zu Revanchekriegen, meinte er, würden unsere leidenschaftlichen Nachbarn unter allen, auch den mäßigsten Friedensbedingungen empfinden, aber dann am wenigsten, wenn sie am gründlichsten abgestraft worden, wenn sie von der Unmöglichkeit, sich rächen zu können, am besten — nämlich durch Abtretung von Land und Leuten und starke Widerlagen — überführt worden wären.

Es braucht nicht gesagt zu werden, mit welcher Spannung er die kriegerische Verwickelung sich anspinnen sah, mit wie geübtem Blicke er, obgleich den officiellen Quellen fernstehend, die Lage sich construirte, das heranziehende Ungewitter erwartete. Mit klopfenderem Herzen hat Niemand den ersten Nachrichten vom Kriegsschauplatze entgegengeharrt, jubelnder Niemand die ersten Siegesbotschaften gelesen. Nicht minder groß wie sein Herzensantheil an den Ereignissen war die Aufmerksamkeit, mit der sein politisches und militärisches Urtheil die Operationen des deutschen Heeres, die Gegenzüge des Feindes, das Vorrücken und Stocken des Krieges, die verzögerte und doch unausbleibliche Entscheidung des Kampfes, das diplomatische Zwischenspiel, endlich die Verhandlungen in Versailles und in Frankfurt begleitete. In leb-

haftem Briefwechsel hat er namentlich mit Baumgarten, dem jüngeren Karlsruher Freunde, der ihm seit Mathys Tode noch vertrauter geworden war, die großen Fragen, die damals zur Entscheidung standen, hin und her erwogen. Was aus dem wiedereroberten Elsaß-Lothringen werden solle, welche Zugeständnisse Bayern für den Eintritt in den Bundesstaat zu machen seien, ob es nöthig und klug sei, mit der Herstellung des deutschen Reiches auch den alten Kaisertitel wieder herzustellen — diese Fragen beschäftigten ihn so lebhaft, als ob die Lösung in seiner Hand gelegen hätte. Wie schon bei früheren Anlässen, hatte auch in jenen Tagen der süddeutsche Patriot als beredter Publicist die Stimmung der Nation zu erhöhen, die Meinungen zu klären und zu berichtigen mit Glück versucht. Der preußische Patriot ließ es an Zustimmung und Ermunterung nicht fehlen: aber doch waren seine Gedanken von dem zwischen Nord und Süd nun endlich zu schließenden Vertrage um ein gut Theil preußischer, sein Verlangen, das neue Deutschland fertig zu sehen, so unbedingt, daß er die Kunst des Machens, des Regierens und Verwaltens höher veranschlagte, als das Gewicht liberaler Glaubensartikel. „Es nutzt nicht viel," so läßt er sich mit Bezug auf die Ausführungen des Freundes in einer von dessen Broschüren aus, „Vorurtheile zu schonen, man kömmt vielleicht weiter, wenn man ihnen ins Gesicht schlägt. Das Wichtigste scheint mir, dem Norden zu sagen: Ihr müßt den Süden nehmen mit seinen angenehmen und unangenehmen Seiten, mit seinen Schwarzen und Rothen, Particularisten und Realisten; dem Süden: Ihr müßt die Preußen nehmen, wie sie sind, mit Junkern und Landräthen, sogar mit Eulenburg und Mühler; — — wollt Ihr Bismarck und Moltke und unsere Offiziere, so müßt Ihr auch jene mit in Kauf nehmen. Im Uebrigen ist die nationalliberale Pointe: Eulenburg-Mühler an sich wenig stichhaltig. Bei der Kreisordnung haben wenigstens die Mitglieder dieser Partei wenig gewonnen in meiner politischen Schätzung, und wenn sie Mühlers conservativem und, wie ich zugebe, schädlichem Conservatismus nichts weiter entgegensetzen, als die religionslose Schule, so steht eben auch hier nur Doctrinär gegen Doctrinär. Weshalb diese glücklich zurückgedrängten Dinge wieder zur Sprache bringen?"

Machte ihn so sein praktischer Tik dem parlamentarischen Liberalismus zusehends abholder, so hatte auch der populäre Nimbus des Kaisertitels für seine historisch nüchterne, seine specifisch preußische Art, die Dinge anzusehen, nichts Bestechendes. Mit dem Kronprinzen, dessen Sinn sich jetzt in Hoffnungen auf höheren Glanz seines Hauses wiegte, würde er sich in dieser Frage abermals im Gegensatz gefunden haben. Ihn freute, daß der König in seiner Bescheidenheit sich sträubte. Seine Bedenken, damals von vielen Anderen getheilt, mögen durch den Ausgang und die Folge als widerlegt gelten: für seine Denk- und Urtheilsweise bleiben sie im höchsten Grade charakteristisch. „Mir persönlich," schrieb er, „ist der Titel unerwünscht. Ich ziehe entschieden das nüchterne Präsidium und das Feldherrnamt vor und verstehe mich äußersten Falls zum deutschen Königthum. Im Jahre 1848 mußten wir unbedingt an die Reichstradition anknüpfen, da Preußen versagt hatte. Jetzt stehen die Dinge anders: es muß vielmehr an die preußische Tradition angeknüpft werden. Mir mißfällt, einen Kaiser zu stürzen und dann selbst den Kaisertitel anzunehmen. Es ist ein romanisches Erzeugniß, der Pabst gehört als Ergänzung dazu, und außerdem ist der Titel durch Anwendung in Brasilien, Mexiko, Haiti discreditirt. Ich fürchte den Prunk und das Ceremoniell, das sich daran hängen wird, ich fürchte das Großdeutschthum, das darin liegt, und möchte sehr gern das Kaiserwesen und das Kaiserlich Königlich den Oesterreichern lassen. Der Titel ruft alle Irrwege unserer Nation ins Gedächtniß und nimmt den preußischen Bauern „„unseren König"". Für den Fahneneid der außerpreußischen Truppen hätte er vielleicht einen Vortheil. Nach meinem Gefühl gebe ich der Einfachheit der Sache den Vorzug vor dem großen Namen. Plus être que paraître!"

Noch andere als diese allgemeinen Dinge indeß beschäftigten ihn in jenen Tagen, in denen „Alldeutschland" nach und nach „in Frankreich hineinmarschirte". Auch das Dunckersche Haus hatte nahe und liebe Verwandte unter den Braven, die Leib und Leben für des Vaterlandes Ehre im Felde einsetzen durften — unter ihnen Heinrich Rindfleisch, dessen nachmals erschienene Feldbriefe wohl gezeigt haben, welch ein Mann es war, um den mit ihrer geliebten Nichte, seiner Frau, Dunckers damals bangten. Zwei

v. Ibells, ihre Brüder, der ältere der beiden v. Mühlenfels, noch ein anderer Neffe — das waren die nächsten Blutsverwandten, die sie mit hinausziehen sahen. Alle diese sind zurückgekommen, wenn auch nicht alle unversehrt. Auch um Gefallene, die ihnen werth waren, haben sie Trauer gehabt; Allen voran haben sie das Beispiel gegeben, wie auch die Daheimgebliebenen am Kriege sich thätig mit betheiligen, helfend und dienend ihre patriotische Pflicht erfüllen sollen. Unermüdlich und über ihre Kräfte ist Frau Charlotte Duncker im Lazarethdienste thätig gewesen, während er mit der ihm eigenen ernsten Rührigkeit sich um die Ergänzung des Verpflegungswesens der Armee durch private Hülfe bemühte. Wiederholt bot sich ihm die Möglichkeit, unmittelbar helfend einzugreifen, auf die Thätigkeit der Hülfsvereine bestimmend einzuwirken und den Truppen reichliche Gaben zu vermitteln; fortwährend war sein Haus, gleich zahlreichen anderen, eine Werkstätte für Bereitung und Verpackung von Kriegszufuhr.

„Wir können nicht dankbar genug sein“: — diese Stimmung, die ihn in sicherer Ahnung des Gelingens beim Beginn des Krieges beherrschte, erfüllte ihn wieder und erfüllte ihn dauernd nach dem Ende desselben. Weniger dankbare und weniger selbstlose Gemüther lassen sich wohl die reine Freude an der Erreichung erstrebter Ziele verkümmern, wenn sie zurückstehen müssen, um zuzusehen, daß Andere vollbringen, was sie selbst nicht vermochten. Nicht so der Verfasser jener Huldigungsadresse an den Fürsten Bismarck vom Jahre 1884. Seine Bewunderung des großen Vollbringers war die ehrlichste und rückhaltloseste; sie hatte sich unter der aufmerksamen Beobachtung der so kunst- wie kraftvoll von ihm bemeisterten Schwierigkeiten nur stets gesteigert, und nicht der leiseste Hauch einer eifersüchtigen Empfindung oder einer am Kleinen und Einzelnen mäkelnden Unzufriedenheit hat seine Freude an dem großen Gelingen zu trüben vermocht. Auf dem Bewußtsein, daß Deutschland zu seinem Rechte gekommen, daß die Ehre und Selbstbehauptung des Staats in den besten Händen sei, ruhte die an stiller, wissenschaftlicher Arbeit befriedigte Stimmung, welche sein Alter erfüllte.

Nur Ein Ereigniß hat seine Freude an der neuen Herrlichkeit des Vaterlandes noch schwer erschüttert: der zweite der im Früh-

ling des Jahres 1878 in rascher Folge gegen unseren Kaiser gerichteten Mordversuche, welcher als Symptom schwerer sittlicher Verirrung breiter Volksschichten erscheinen mußte. Es hatte ihn glücklich gemacht, zu sehen, wie dieser Kaiser an der ihm zugewiesenen geschichtlichen Aufgabe herangewachsen war. Wunderbar fürwahr, wie der schlichte Prinz, einer unausweichlichen Wandlung der inneren und äußeren Staatsverhältnisse gegenüber, ohne sich selbst untreu zu werden, den richtigen Weg gefunden, wie er im Gedränge zwischen leidenschaftlich sich bekämpfenden Parteien schwer danach gerungen hatte, den Willen Gottes, die Entscheidung seines eigenen Gewissens richtig zu vernehmen, wie er das als geboten Erkannte entschlossen ergriffen, festgehalten und hinausgeführt hatte, wie er mit seinem unbeirrbaren, gesunden Verstande zum Weisen, mit seinem furchtlosen Herzen zum Helden geworden und unter allen Erfolgen mild und demüthig geblieben war. Daß dieser Fürst, dessen persönliche Herzensgüte den politischen Haß entwaffnen zu müssen schien, Zielscheibe wüster und verbrecherischer, gegen die Ordnung des Staats und der Gesellschaft gerichteter Umsturzgelüste werden sollte, — das machte dem alten Patrioten das Herz krank, und selbst nachdem er den König von seiner Verwundung hatte genesen sehen, blieb ihm doch der Schmerz und die Sorge ob der keineswegs entmuthigten Richtungen, aus denen jene Wahnhandlung entsprungen war und welche die Gesundheit unseres Volkskörpers zu zerstören drohten. Es ist früher kurz berichtet, wie ihn die Erregung jener Tage und ein leidenschaftliches Pflichtgefühl noch einmal auf einen Moment vor die Oeffentlichkeit brachte. Mit Wort und Schrift in seinem Lehrberuf, bei jeder gebotenen Gelegenheit an seinem bescheidenen Theil, nicht am wenigsten durch das Beispiel seines eigenen, arbeitsreichen, im Genießen anspruchslosen Lebens den heillosen Geistern zu steuern, die zugleich mit dem neuen Aufschwung unseres Staatslebens entfesselt worden sind, hat er fortan bewußter Weise sich angelegen sein lassen. Von Jugend auf ruhte für ihn das Politische auf dem Ethischen. Jetzt, im Alter, nahm sein politisches Glaubensbekenntniß, übrigens abgeschlossen, um so mehr eine noch stärkere Betonung der sittlichen Verpflichtungen in sich auf, als die bisher für ihn im Vordergrunde stehende Tendenz nach nationaler Einigung

die wünschenwertheste Befriedigung gefunden hatte. Mit Recht suchte er die letzte Ursache jener anarchistischen Umsturzbestrebungen, die auch das Verbrechen eines Fürstenmordes für ein erlaubtes Mittel zum Zweck hielten, in der überhand nehmenden Verwirrung und Auflösung der sittlichen Begriffe, in der Ueberfluthung der idealen Mächte durch die sinnlichen Leidenschaften der Genußsucht, der Habgier, der ungemäßigten Weltausnutzung. Wiederholt schüttet er in seinen brieflichen Mittheilungen seinen Kummer aus über „die steigende sittliche Verlumpung in Ost und West und leider auch in der Mitte", über die wieder auflebende, formalistisch verständige Seichtigkeit, die nur heute noch überdies mit „Amerikanismus und Mammonismus" verquickt sei. Das Uebel schien ihm keineswegs allein in der Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der unteren Stände zu liegen, sondern die Haltung der ganzen Gesellschaft, ja vorzugsweise die der begüterten Klassen machte er dafür mit verantwortlich.

Und indem er nun danach ausschaute, wie dem Uebel begegnet werden könne, sah er sich unwillkürlich in eine neue Lage zu der Religion gesetzt. Er war kein Mann des positiven Bekenntnisses; er war kein Kirchenbesucher; zu den Urkunden der christlichen Religion nahm er als historischer Forscher eine durchaus kritisch-freie Stellung ein; schon vor vierzig Jahren jedoch hatte er von „den kindischen Angriffen und Renommagen gegen die Religion" nichts wissen wollen; ungeheuchelte Frömmigkeit und ein unerschüttertes dankbares Gottvertrauen beseelte ihn durchaus; im Sinne des Christenthums zu lieben und zu hoffen, war seinem Gemüthe unentbehrlich, und seine historische Denkweise selbst führte ihn zur Anerkennung, vielmehr zur Verehrung der großen geschichtlichen Thatsache zurück, daß mit Christi Erscheinung ein neues Lebensprincip von unvergänglichem Werth in die Welt eingetreten sei. Die Zustände, die er jetzt erlebte, zu denen sich überdies Erfahrungen in einem ihm besonders nahe stehenden Lebenskreise gesellten, drängten dem Politiker sofort ein noch engeres praktisches Verhältniß zu den religiösen Dingen auf oder stimmten ihn wenigstens zu dem Wunsche eines solchen. Hatte er früher „das ethische gegen das dogmatische Christenthum" in scharfen Gegensatz gestellt, so sagte er sich jetzt, daß die Ethik ohne die Religion nicht zu erhalten sei, und „daraus folgt", so sprach er sich einem Freunde

gegenüber, bei dem er vor Mißdeutung sicher sein konnte, aus, „daraus folgt, daß wir uns, der vollsten Freiheit der Wissenschaft unbeschadet, mit größerer Pietät gegen die religiösen Dinge zu verhalten haben als bisher." Zu dieser Pietät, in der That, brauchte er sich nicht zu zwingen. Auch vor denjenigen Formen und Ueberzeugungen vielmehr, welche mitzumachen und sich anzueignen er nicht im Stande war, empfand er doch die zarteste Scheu, und gegen die abschmeckende Weisheit, welche gewisse Leitartikel einer hauptstädtischen Zeitung über die Bedeutung der christlichen Festtage zu ergießen liebten, empörte sich sein innerstes Gefühl. Zu besonnen, um in dem Sturm, der Ende der siebziger Jahre in der Hauptstadt gegen die Vordringlichkeit eines Theils unserer jüdischen Mitbürger ausbrach, für die leidenschaftlichen Ankläger Partei zu ergreifen, war er doch der Meinung, daß die Erregung nicht ohne Grund sei, wollte er sich doch der Hoffnung hingeben, daß sie die gute Folge haben werde, „die Herren von jener Seite etwas bescheidener zu machen." Das Mißliche in diesem Kampfe war ihm doch gleichzeitig deutlich. „Die Schwierigkeit," schrieb er, „liegt darin, daß wir dieselben schlechten Elemente hüben und drüben haben, in der Presse so gut wie im Gründerthum, und daß die Frage sich verschiebt, sobald sie nur als confessionelle und nationale gefaßt wird."

So faßte er sie denn mit Recht als eine allgemein sittliche, und bestärkte sich in dieser Zurückleitung des Politischen auf die sittlich-religiösen Motive, die, indem sie dem Leben des Einzelnen Halt und Werth geben, zugleich das Gedeihen von Staaten und Gesellschaften bedingen, um so mehr, je näher er sich auf diesem Wege mit den Gesinnungen, mit der Denk- und Empfindungsweise berührte, welche die treue Gefährtin seines Lebens ihm vergegenwärtigte. In immer innigerer Herzensgemeinschaft, um so inniger und ausschließlicher, da ihnen Kinder versagt waren, hatten die Beiden sich zusammengeschlossen; sie hatten sich, Eines am Anderen, in langer, gemeinschaftlicher Lebenserfahrung gebildet, und waren, gewohnt, Eines des Anderen Sorgen und Mühen zu theilen, ihrer Zusammengehörigkeit immer sicherer geworden. An der Ruhe und Festigkeit des Mannes hatte die überängstliche Gewissenhaftigkeit, das unruhige, sich kaum je genugthuende Streben Charlottens

einen nie versagenden Halt und Leitstern gefunden. Was sich irgend in einer fremden Seele regte, was sich eigenartig in Betragen und Gebahren der Menschen darstellte, die Physiognomie des gesellschaftlichen Lebens, die versteckten Falten der Herzen und Charaktere, das Sittliche, das überall im Verkehr sich bemerklich macht, so oft es sich auch hinter Formen und Umgangssitten verbirgt — das Alles hatte die vorzügliche Frau feinsinnig zu erfassen und um so scharfsichtiger zu beobachten verstanden, je strenger sie Selbstprüfung und Selbsterkenntniß zu üben gewohnt war. Das Alltägliche am Ewigen zu messen, das Gewöhnliche mit den höchsten Anforderungen eines gebildeten Gemüths und eines empfindlichen Gewissens geistreich in Verbindung zu bringen, war ihr natürlich. Diesen Schatz von Welt- und Menschenkenntniß, von Einsicht in die kleinen und großen Werthe des Menschenlebens als ein gesammeltes Bekenntniß, zugleich als ein Werk zur Bildung und Erbauung der Zeitgenossen öffentlich auszustellen, hätte sie wohl kaum gewagt, wenn sie nicht in allem Wesentlichen der Zustimmung dessen gewiß gewesen wäre, dessen männliche Zuversicht, dessen Thun und Lassen ihren zweifelnden Gedanken den letzten Abschluß gab. So erschienen, zunächst ohne ihren Namen, in den Jahren 1877 bis 1880 die „Gedanken und Erfahrungen über Ewiges und Alltägliches" — für das deutsche Haus, wie der Titel hinzufügt, ein Buch, gehaltvoller als die meisten Erbauungsbücher, lehrreicher als manches System der Ethik. Aus einem deutschen Hause von ernst gesammeltem Leben und festem Zuge kam das Buch. Es war das Ergebniß der inneren und äußeren Erfahrungen, die zwei innig einander vertraute Menschen gemeinschaftlich sich erworben hatten. Sie hatte das Buch verfaßt, sie den Gedanken die feine Durchbildung, Zuspitzung und Verschlingung gegeben, die es trotz der Lockerheit der äußeren Anordnung auszeichnet, sie das Ganze auf jene weicheren Töne christlicher Empfindung gestimmt, die die weibliche Hand verrathen. Wie jedoch der Inhalt in ihrem Zusammenleben mit dem geliebten Manne gereift ist, so konnte dieser auch in den auf das religiöse Gebiet hinüber greifenden Partieen des Buches sich wiederfinden und die frommen und milden gleich gut wie die erhabenen und strengen Gesinnungen desselben sich zueignen.

Seine eigene schriftstellerische Thätigkeit war inzwischen eine zwiefach getheilte. Dem alten Freunde Rümelin gestand er, als dieser ihm den Zweiten Band seiner „Reden und Aufsätze" zugeschickt hatte, daß er, „an die Detailforschung alter und neuer, dunkler und hellerer Zeiten gebannt und geschmiedet, zuweilen recht schmerzlich Zeit und Muße vermisse, recht üblen Tendenzen unserer Tagesströmungen in Fragen, über die ihm ein Urtheil zustehe, in deductiver Form entgegenzutreten." Seinem Antheil an der Zeitgeschichte, deren Mitarbeiter und Zeuge er gewesen, seiner Stellung zu den Archiven, seiner Aufgabe als Lehrer an der Kriegsakademie würde es entsprochen haben, sich ganz zu der neueren Geschichte hinüberzuwenden. Vorarbeiten zur Geschichte der Regierung Friedrich Wilhelms III. waren in sehr ernstlicher Absicht unternommen worden. Den Inhalt seiner Vorträge in der Kriegsakademie in abgerundeter Form selbst zu veröffentlichen und sie so zu einem für weite Kreise lehrreichen und wirksamen Buch zu gestalten, war ihm ein verlockender Gedanke.

Aber mehr als ein Menschenalter hatte er an die immer reichere, mit den Fortschritten jüngerer Entdeckungen und Forschungen Schritt haltende Ausgestaltung seines großen Werks über die Geschichte des Alterthums gesetzt. Nicht bloß die Geschichte des Orients, deren bahnbrechendes Verdienst noch ein so selbständiger Forscher wie Eduard Meyer rühmt: auch die der Griechen war, als von dieser 1856 der Anfangsband erschienen war, als der erste deutsche Versuch dieser Art in Deutschland dankbar begrüßt und auch im Auslande günstig aufgenommen worden*). In seiner nüchterneren Haltung, seiner das Quellenmaterial breiter darlegenden und mit gründlicherer Offenheit durchdiscutirenden Methode hatte es sich neben dem bald danach erschienenen Buche von E. Curtius behauptet, während es durch die größere Tiefe der Auffassung, weiterhin vor Allem durch die größere Unparteilichkeit des politischen Urtheils das bedeutsame Werk des Engländers Grote überflügelt hatte. Die Folge der Auflagen, die zunächst die Bände der Orientgeschichte erlebt hatten, war, Dank der

*) Vgl. das besonders den Historiker zeichnende, zuerst im biographischen Jahrbuch, dann auch im Sonderabdruck (Berlin 1887) erschienene Gedenkblatt von R. Brode „Max Duncker" und daselbst, S. 22 Anm., die Angabe über die Uebersetzungen des großen Werkes ins Französische, Englische und Italienische.

unermüdlichen Nacharbeit des Verfaſſers, zugleich zu einer fortſchreitenden Ueberſicht über die ſo lebhaft in den letzten Decennien vor ſich gegangene Entwickelung unſerer Kunde des Alterthums geworden. Die wachſende Maſſe des zu ordnenden und zu geſchichtlicher Darſtellung zu verarbeitenden Stoffs hatte den urſprünglichen Rahmen geſprengt und, Anfang der ſiebziger Jahre, in einer erſten „Geſammtausgabe" die Vertheilung des Inhalts von zwei auf vier Bände nothwendig gemacht. Nur die unerläßlichſte Umgeſtaltung hatte bis zum Jahre 1860 unter drängenden Arbeiten ganz anderer Art den beiden Bänden der griechiſchen Geſchichte zugewandt werden können, obgleich gerade hier die Kritik der Philologen am lauteſten geworden und gegen die oft zu gläubige, oft zu ſtark combinirende, das Gewirr der Sagen und Berichte kühn durchbrechende Manier Einſpruch erhoben hatte. Endlich, zu Anfang der achtziger Jahre, war es dem Verfaſſer möglich geworden, auch dieſe Theile dem Publicum in gründlicher Neubearbeitung vorzulegen und ſie, von zwei zu drei Bänden erweitert, den inzwiſchen in fünfter Auflage erſchienenen vier Bänden der Orientgeſchichte anzuſchließen. Daß die Uebervorſichtigen und Ueberſtrengen nun erſt recht mit zahlreichen Bedenken vorrückten, war dabei freilich weder zu vermeiden, noch zu verwundern: auch dieſe nichts deſto weniger konnten weder dem Fleiß und der Ausdauer des Verfaſſers, noch dem Geſchick, mit dem er die neuerdings aufgedeckten älteſten Denkmäler griechiſchen Lebens und griechiſcher Kunſt für die Urgeſchichte nutzbar gemacht, nicht der großartigen Einheitlichkeit und Ueberſichtlichkeit des Ganzen, nicht der eindringenden Klarheit in der Entwirrung namentlich der Verfaſſungsverhältniſſe und der mit einander ſtreitenden politiſchen Gegenſätze ihre Anerkennung verſagen. Mochte es doch wahr ſein, daß der Verfaſſer zuweilen in der Aufnahme auch ſchlecht beglaubigter Notizen des Guten zu viel gethan, dem Einfluß neuerer Anſichten hier und da zu weit nachgegeben, des herzuſtellenden Zuſammenhanges und der pragmatiſchen Erklärung wegen gelegentlich Wahrſcheinlichkeiten wie Thatſachen behandelt hatte: immer doch hatte er die Fäden der Kritik und der Darſtellung ſo ehrlich vor den Augen des nachprüfenden Leſers ineinandergeſchlungen, daß deſſen Urtheil zwar geleitet wurde, aber nirgends gefeſſelt zu werden

brauchte. Alles in Allem: ein eigenartiges, bis ins Einzelne hinein lebendig ansprechendes, ein gleich sehr durch Fülle wie durch Deutlichkeit und Zusammenhalt Sinn und Geist befriedigendes Geschichtswerk war vollendet.

Vielmehr, nur bis zum Ende der Perserkriege führte das Werk in seinem nunmehr Siebenten Bande. Bis zur „Verschmelzung der morgen- und abendländischen Bildungsformen" hatte der Verfasser bei Beginn seiner Geschichte des Alterthums die Darstellung fortzuführen geplant, dann wenigstens gehofft, bis zu dem Eroberungszuge des großen Makedoniers gelangen und damit den Anschluß an Droysens Arbeiten erreichen zu können. Im Jahre 1874, angesichts der weitaussehenden Aufgabe einer Umarbeitung aller bis dahin erschienenen Bände des Gesammtwerks, versagte ihm diese Hoffnung: mit dem Ende der Perserkriege, erklärte er nun ausdrücklich, sein Werk abbrechen zu wollen. Fast ein Jahrzehnt hatte er darauf mit jener Umarbeitung zugebracht. Er durfte sich zu Anfang der achtziger Jahre sagen, daß er für alle bisher erschienenen Theile seines großen Lebenswerks Alles gethan habe, was billig von ihm gefordert werden könne. Lockend, wie gesagt, stellte sich ihm der Gedanke vor, nun endlich einmal, am Schlusse seines Lebens, von bloßen Einzelaufsätzen über die vaterländische Geschichte zu einer geschlossenen Darstellung auch dieser, oder doch einer ihrer wichtigeren Partieen fortzuschreiten. Mit gleichen Ansprüchen schien die Muse der alten und die der neuen Geschichte um ihn zu werben. Er schwankte in der That. Er ging ernstlich mit sich zu Rathe und wünschte den Rath seiner Freunde. Droysen namentlich drängte ausdauernd zur Fortsetzung der griechischen Geschichte. Er hatte Recht, und bekam Recht. Die stärkeren Gewichte lagen zuletzt doch da, wo auch der Erfolg von vornherein am gesichertsten war. Die früh begonnene und weit angelegte Arbeit war unserem Freunde in Zeiten, wo zersplitternde und hinsichtlich des zu Erreichenden ungewisse Aufgaben anderer Art ihm eben nur abgestohlene Stunden für Fortsetzung und neue Auflagen übrig ließen, lieb geworden. Er bewahrte ihr jetzt, wo er ihr vollere Muße zuwenden konnte, die Treue. So erschien noch im Jahre 1884 ein Achter, im Jahre 1886 ein Neunter Band, welche die Geschichte der Griechen von der Gründung des atheniſchen Bundes bis zum Ende des Perikles erzählten.

Die Wahrheit ist: in die Erzählung dieser alten Dinge nahm der Verfasser etwas von dem unterdrückten Verlangen, die Geschichte näher liegender Zeiten zu schreiben, hinüber. Die alte war ihm statt der neuen, die griechische statt der vaterländischen Geschichte; indem er sich in jene vertiefte, war ihm diese gegenwärtig. Was ihn hier wie dort am meisten anzog, war das, was in der Einrichtung der Staaten und in deren Schicksalen von menschlicher Berechnung, von dem Verstande und Charakter der leitenden Persönlichkeiten abhängt, mit Einem Worte: der politische Kern der Geschichte. Ob er sich gleich verpflichtet hielt, seine Darstellung über die ganze Breite des Volkslebens auszudehnen, so war ihm doch oft verdrießlich, diese ganze Last des geschichtlichen Stoffes, so vieles bloß Zuständliche, das sich nur unsicher auf Begebenheiten zurückführen, in Handlung auflösen ließ, mit sich zu führen: der Werth seiner culturgeschichtlichen Abschnitte ist am größten da, wo er im Stande ist, sie im deutlichen Reflex politischer Vorgänge erscheinen zu lassen. Wie froh war er gewesen, nach Ueberwindung der vorgriechischen Völkergeschichte und der dunkleren Gegenden der Griechengeschichte bei den staatsklugen Athenern und Spartanern angelangt zu sein, von denen sich auch für die Staatskunst der Gegenwart etwas lernen ließ, und die wiederum nach dem Maße heutiger Staatskunst zu beurtheilen erlaubt schien! Es gewährte ihm den höchsten Genuß, sich die Ursachen und Wirkungen ihrer staatlichen Entwickelungen, des Wachsens oder Abnehmens, des Sinkens und Steigens ihrer Macht und Größe, der Erfolge und Fehlschläge ihrer Unternehmungen zu vergegenwärtigen, sich in die Lage der Handelnden zu versetzen, ihre Absichten combinirend zu errathen, deren Nothwendigkeit zu begreifen, deren Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit mit praktisch geübtem Blicke zu beurtheilen. Wie um sich schadlos zu halten dafür, daß ihm nach eifrigster und antheilvollster eigener politischer Arbeit versagt war, bei den eingreifendsten letzten Wendungen und Entscheidungen der Geschichte der Gegenwart in maßgebender Weise mitzurathen und zu thaten, begiebt er sich in die Mitte von Parteien, die vor mehr als zweitausend Jahren stritten und um die Herrschaft rangen, setzt er sich mit in den Rath der Feldherren und Staatsmänner, der Redner und Diplomaten des alten Griechenlands.

Die fünfzig Jahre, die seine letzten beiden Bände behandeln, sind für diese politische Geschichtschreibung die geeignetsten und ergiebigsten. Hier waren in dem Antagonismus von Athen und Sparta, in dem Gegensatz der Staatsleitung des Themistokles und Kimon Verhältnisse darzustellen, für deren Verständniß die jüngste Epoche deutscher Geschichte unabweisbare Analogieen an die Hand gab. Die Darstellung des tragischen Untergangs des Themistokles und das Verfahren der Spartaner gegen Pausanias, die Besprechung der Reformen des Aristides und Ephialtes, die Klarlegung der Politik des Kimon, — auch wer die Abschnitte nicht als Meisterstücke der Geschichtschreibung gelten lassen will, wird doch dem politischen Verstande, mit dem sie geschrieben sind, seine Bewunderung nicht versagen dürfen. Keine Frage: die Lebhaftigkeit der Schilderung, der freiere Zug, dem der Verfasser sich unter Beiseitelassen der Auseinandersetzung mit anderen neueren Bearbeitern, einzig den Quellen und dem eigenen Urtheil vertrauend, in diesen letzten Bänden überließ, ist mit auf Rechnung der im eigenen Vaterlande erlebten Ereignisse, der Anschauung unserer inneren und äußeren Kämpfe, des Eindrucks der Persönlichkeiten zu schreiben, welche hier den Gang der Dinge gehindert, gefördert, durchgesetzt hatten. Er selbst hat nicht geleugnet, daß ihm bei der Schilderung und Würdigung des Themistokles, des „Gründers der attischen Macht, des weitblickendsten und thatkräftigsten aller Hellenen", das Bild des großen Zeitgenossen, des gewaltigen deutschen Staatsmannes vor der Seele geschwebt habe, an dem er gleicherweise die Vereinigung von Kraft und Klugheit, Mäßigung und Kühnheit bewunderte. Den Abschluß und zugleich die Krönung des Werkes bildet die Darstellung des Perikleischen Regiments, die sich zu einer scharfen Verurtheilung der Politik des vielgepriesenen Atheners gestaltet. Nicht als ob die Größe dieser Erscheinung, die Hoheit dieser Persönlichkeit, die den idealen Gehalt des griechischen Lebens zusammenfaßte und Attika auf den Gipfel seiner wirthschaftlichen, künstlerischen und geistigen Leistungen führte, verkannt würde: neben den Lichtseiten werden nur die tiefen Schatten des Bildes mit gleichem Nachdruck in überzeugender Weise hervorgehoben. Duncker war nicht der Erste, der dem Feldherrnruhm des Perikles abbrach: er war noch weniger der

Erſte, der in den demokratiſchen Neuerungen des mit Königsgewalt herrſchenden Mannes eine gefährliche Saat erblickte: aber er zuerſt hat die Verſäumniſſe und Fehlgriffe ſeiner auswärtigen Politik Schritt für Schritt beleuchtet, er zuerſt in zuſammenhängender Kritik der geſammten Staatsleitung des Perikles, in einer durch Thatſachen redenden Beweisführung gezeigt, daß für den jähen Fall Athens im peloponeſiſchen Kriege nicht erſt die Kleon und Alkibiades, ſondern vor ihnen eben der Mann verantwortlich zu machen iſt, der dem Staate zwar die höchſte Freiheit und den höchſten Glanz, aber nicht die höchſte Stärke und Widerſtandsfähigkeit zu verleihen wußte. Duncker hatte mit der uneingeſchränkten, durch die Jahrhunderte gegangenen Verherrlichung des Perikles einen alten Strauß auszufechten. Für ihn war ſtets die Behauptung des national geeinten Staates gegen das Ausland die Hauptſache; er hielt nicht die möglichſt ausgedehnte, ſondern die nach Befähigung bemeſſene Betheiligung der Staatsbürger an der Regierung für das Mittel, die politiſche Cultur, die patriotiſche Hingebung und damit die Kräfte des Staates zu heben. Die Bereicherung der Bürger, die Verfeinerung der äußeren Lebensgewohnheiten, die Verbreitung wiſſenſchaftlicher und künſtleriſcher Bildung ſtanden ihm als Ziele der Staatsleitung in zweiter Linie: er wollte ſie auf dem Grunde eines gefeſtigten politiſchen Zuſtandes entſtehen, aber nicht als Exiſtenzbedingungen hingeſtellt ſehen.

Eine Reihe von Einzelunterſuchungen aus dem Gebiete der alten Geſchichte ſtand mit dem großen Werke in unmittelbarem Zuſammenhange. Mit dieſen trat er vor die Akademie der Wiſſenſchaften. Nachdem er zuerſt im Jahre 1873 über das Alter des Aveſta geleſen hatte, folgten ſeit dem Jahre 1881 die Vorträge über die Hufen der Spartiaten, über den angeblichen Verrath des Themiſtokles, über ein angebliches Geſetz des Perikles, über den Proceß des Pauſanias, über den ſogenannten Kimoniſchen Frieden, über des Perikles Fahrt in den Pontus. Sein letzter, am 15. April 1886 gehaltener Vortrag galt der Strategie und Taktik des Miltiades und erörterte auf neu gewonnenen Unterlagen noch einmal den Thatbeſtand der Schlacht von Marathon, mit dem ſchon eine ältere, gleichfalls der Akademie vorgetragene Abhandlung ſich beſchäftigt hatte. Dieſe ältere war 1881 in Sybels Zeitſchrift veröffentlicht worden.

Die übrigen auf die griechische Geschichte bezüglichen Abhandlungen sind nach dem Tode des Verfassers durch A. Kirchhoff in eine Sammlung vereinigt worden. Sind ihre Ergebnisse auch größten Theils in das Geschichtswerk aufgenommen worden, so gewähren sie doch einen noch volleren Einblick in die Werkstätte des Forschers und bilden ein erfreuliches Gegenstück zu den Aufsätzen aus der neueren Geschichte. —

Unerstrebt und unerwartet kamen dem treuen Arbeiter die ihm zu Theil werdenden Ehren des Alters, die Ernennung zum Mitgliede der Akademie, ein Jahr danach (1874) die zum Mitgliede der wissenschaftlichen Gesellschaft zu Göttingen, 1870 zum Ehrenmitgliede des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens. Ebensowenig hatte er nach den Rangerhöhungen und Ordensverleihungen ausgeblickt, die ihn trafen. Erwünscht und erwartet dagegen war ihm seine Ernennung zum Historiographen des Hauses Brandenburg, welche in hergebrachtem Erbgange nach dem Tode Droysens im Frühjahr 1884 an ihn kam und durch die Verdienste, die er sich mit seinen Abhandlungen zur preußischen Geschichte um dies Haus erworben hatte, in jeder Weise gerechtfertigt war. Einen besonderen Werth hatte diese Ernennung auch noch dadurch für ihn, daß sie ihm wieder die unbeschränkte Benutzung der Staatsarchive eröffnete, die ihm mißverstandener Beamteneifer Jahre hindurch in unliebsamer Weise erschwert hatte.

Ein schönes „Erntefest" der Liebe und Ehre wurde ihm sein fünfzigjähriges Doctorjubiläum am 16. Juli 1884. Die von Sybel verfaßte Adresse der Akademie der Wissenschaften, die von Treitschke herrührende Ansprache der philosophischen Facultät der Berliner Universität — alle sonstigen Beweise der Anerkennung, die der festliche Tag ihm brachte, nahm der bescheidene Mann in dankbarer Fröhlichkeit hin, lebhafter die Liebe empfindend, mit welcher sie ihm dargebracht wurden, als die Ehre, die sie einschlossen. Er hat es sich nicht erlassen, jede der vielen ihn begrüßenden Zuschriften durch besondere Dankschreiben zu erwidern. „Das Fest," so heißt es in einem dieser Schreiben, „war weihevoll und erhebend. Die Beweise zugeneigter Gesinnung von so vielen Seiten erleuchteten und erhellten mir den Rückblick auf die lange Strecke, die hinter mir liegt, und gereichen mir zur Stärkung

für den zukünftigen Weg, den Ihre Wünsche mir noch weit hinaus zumessen." Ganz besonders erfreute ihn, daß einer seiner treuesten Zuhörer aus der letzten Hallischen Zeit, Boretius, damals Prorector der Universität Halle, ihm einen stattlichen Glückwunsch der dortigen philosophischen Facultät persönlich überbrachte. Er nahm ihn als Ausgleichung des ehemaligen Verhaltens der akademischen Mächte, als eine späte und darum nur um so werthvollere Genugthuung. Er hielt an diesem Tage Musterung über seine Freunde, um, wie er sagte, in ihnen sich selbst zu erkennen. Einen darunter, dem er drei Jahre zuvor bei gleichem Anlaß im Namen der Akademie einen reichen Ehrenkranz hatte entgegenreichen dürfen, vermißte er schmerzlich. Es war sonst nach der Heimkehr von seinen alljährlichen Reisen allemal sein erster Gang gewesen, Droysen aufzusuchen, um mit ihm die eigenen wie die öffentlichen Angelegenheiten durchzusprechen, und Jahre lang, bis dem Arbeitsamen auch dazu die Zeit zu theuer wurde, hatte Droysen den Freund auf seinen nachmittäglichen Spaziergängen begleitet. Das war vorüber. Was der Freund ihm gewesen, liest man zwischen den Zeilen des schönen Nachrufs, den er ihm im Augusthefte der Preußischen Jahrbücher widmete. In solcher Weise den Gestorbenen Ehre zu erweisen, war seinem pietätsvollen Herzen Pflicht und Bedürfniß. Mit mitfühlender Zartheit hatte er vor zehn Jahren einem anderen gelehrten Mitarbeiter, dem wackeren, zu früh verstorbenen Mörner in der Zeitschrift für Preußische Geschichte einen Nekrolog geschrieben. Auf Droysen kam er immer wieder zurück: einmal als Berichterstatter vor der Akademie am nächsten Geburtstage des Kaisers, dann im biographischen Jahrbuch für Alterthumskunde. Gleichsam als wolle er ihn nicht lassen, als könne er ihn nicht verschmerzen. Sie gehörten wirklich in ganz besonderer Weise zusammen. Gleicher Beruf, gleiche Arbeit, gleiche Gesinnung, die gleiche, derselben idealen Quelle entsprungene universalhistorische Bildung verband die Beiden. In ihrer wissenschaftlichen Thätigkeit begegneten sie sich dergestalt, daß sie ihr Arbeitspensum wie nach einem voraus festgesetzten Plane zwischen sich getheilt zu haben schienen. Völlig einstimmig in ihren sittlichen Anschauungen, feststehend auf dem gleichen Grunde der Hingabe an den Staat, dem sie angehörten, waren ihre politischen Ansichten kaum um eine

leise Schattirung verschieden. Um so ersprießlicher aber war das gegenseitige Verhältniß, und um so fruchtbarer gestaltete sich ihr persönlicher Verkehr und Gedankenaustausch, weil ihre Naturen einander ergänzten. Droysens geistreiche Lebendigkeit, allezeit zu raschem Gewahrwerden und scharfer Zuspitzung des Erfaßten bereit, seine den großen Sachen gegenüber oft fast schmerzliche Ungeduld fand in dem schlichten, sicher und ruhig voranschreitenden Urtheil und in dem nicht leicht zu erschütternden guten Muthe des Freundes das wohlthuendste Gegengewicht, wie sich denn dieser hinwiederum durch die geistsprühende, Licht und Wärme ausstrahlende Laune des Anderen bereichert und in Bewegung gesetzt fühlte.

Der Kreis der Freunde jedoch war auch nach Droysens Scheiden groß genug. Bei seinem Eintritt in die Akademie freute Duncker sich, auch andere ältere Freunde, wie Waitz und Curtius, vorzufinden, jüngere, wie den seinem Wesen so nahe verwandten Nitzsch, ehemalige Schüler wie Schmoller und Weizsäcker eintreten zu sehen. Hier auch gewann er zu dem Philologen Kirchhoff ein näheres, auch auf seine historischen Arbeiten einflußreiches Verhältniß. Die alte politische Freundschaft mit Georg Beseler, durch herzliche Neigung erhöht, dauerte bis ans Ende fort, und Beseler hat dieser Freundschaft durch die Widmung seiner Aufzeichnungen über Erlebtes und Erstrebtes einen Ausdruck gegeben. Die später mit Treitschke geknüpfte hat dieser durch die Widmung seines Ersten Bandes Deutscher Geschichte und durch den vortrefflich charakterisirenden Aufsatz über Max Duncker in den Preußischen Jahrbüchern verewigt. „Er verstand," heißt es mit Recht in diesem Aufsatze, „wie Wenige, die Herzen, die er gefunden, festzuhalten, und das Einzige, was er nie verzieh, war der Verrath alter Freundschaft." Die Julian Schmidt, Constantin Rößler und Andere waren ja gleichfalls Berliner geworden. Wie gern aber klopften auch die Auswärtigen, die ehemaligen Frankfurter Gefährten, die Freunde aus Karlsruhe, Tübingen, vor Allem die Hallenser bei ihren Besuchen in der Hauptstadt an seine Thüre, und wie willig war er allezeit, ihnen zu dienen! Wie wußte er es zu schätzen, daß einer dieser Hallenser, Friedrich Hinrichs, er, der mit dem Gutikeschen Hause intim vertraut war und dessen Ge-

dächtniß bis in die Tage von Charlottens Brautzeit zurückreichte, durch seine Versetzung an das Kammergericht zu Berlin ihnen Beiden wieder als liebenswürdigster Vertreter der ältesten persönlichen, der am wenigsten politischen Beziehungen nahe gerückt war! Nicht minder aber that es ihm wohl, in den beiden ihm im Alter am nächsten stehenden Brüdern das Elternhaus fortgesetzt zu sehen und die erinnerungs- und beziehungsreiche Gemeinschaft mit ihnen festzuhalten und zu pflegen. Auch jüngere und ältere Frauen fehlten im Kreise dieses häuslichen Verkehrs nicht. Duncker hatte große Verehrerinnen unter den Frauen, mit denen ein behagliches und doch das Bedeutende nicht scheuendes Gespräch zu führen unter seine Erholungen gehörte, wie er denn überhaupt dem angespannten Ernst seines Denkens und Arbeitens gegenüber des Gegengewichts eines ungezwungenen Sichgehenlassens unter Menschen, die ihm lieb waren, nicht wohl entbehren mochte. Ein sein Herz erfreuendes Verhältniß zu den beiden jüngeren Söhnen seines Schwagers v. Mühlenfels hatte er während der drei Jahre gewonnen, wo dieselben, zur Kriegsakademie commandirt, seine Hausgenossen und Zuhörer waren: sie haben im „Onkel Max" den früh ihnen entrissenen Vater wiedergefunden und haben ihm kindliche Anhänglichkeit und Verehrung bewahrt.

Dankbar für das ihm gefallene Loos, für alles Gute, was ihm im engsten häuslichen Kreise und im Kreise altbewährter Freunde beschieden war, dankbar und darum ein glücklicher Mann, genoß er den Abend seines Lebens. Von außen kommende Erheiterungen und Zerstreuungen hatten daran nur geringen Antheil. Der froh Erwachte begrüßte wohl den Tag mit einem der mancherlei Lieder, deren Text und Weise ihm von alter Zeit her im Kopfe summte, allein die Musik als Kunst war ihm nahezu verschlossen; Chöre und Choräle fanden Widerklang in seiner Seele: der Ertrag dagegen, den er von dem ausgesuchten Ohrenschmause eines Concertes davonzutragen vermochte, reichte nicht aus, ihm das Opfer guter Arbeitsstunden zu lohnen. Drama und Oper hatte er als Sohn eines theaterfrohen Hauses in der Jugend reichlich genossen: dem älter Gewordenen bot die Bühne des Lebens des Ernstes so viel, daß er der komischen Muse den Vorzug gab. War der Scherz nur unschuldig, die Posse nur harmlos, so war

seine kindliche Lachlust leicht geweckt. Aber doch nur, wenn die fortgesetzte Arbeitsspannung ihm den Schlaf zu stören begann, entschloß er sich auch in den späteren Jahren noch dann und wann, das Theater zu besuchen, um sich, wie er sagte, „einmal von Anderen etwas vormachen zu lassen." Die Werke der bildenden Kunst, bei denen überdies seine historische Bildung dem Genusse zu Hülfe kam, erschlossen sich seinem Sinne leicht und eindringlich: über Werth und Unwerth von Gemälden, Sculpturen und Bauten urtheilte er mit sicherem, raschem und aufs Ganze gehenden Urtheil. Noch im Jahre 1877 entschloß er sich zu einer Reise, die, früher unternommen, ihm noch reicheren Gewinn und ungetrübteren Genuß eingetragen haben würde. In Begleitung seiner Gattin sah er Rom. Sie erfreuten sich der Gastfreundschaft, des Umgangs und der Gefälligkeit des deutschen Botschafters, Herrn v. Keudell. Sie sahen, was sich in wenigen Wochen sehen ließ. Den Historiker interessirte mehr zwar das Betreten des Bodens, dessen Geschichte sich ihm in den Trümmern des Forums, des Palatins, der colossalen Bäder und der Gräberstraße vergegenwärtigte, als der Anblick der in den Sammlungen aufgehäuften Kunstschätze; auch diese Eindrücke indeß nahm er mit frischer Empfänglichkeit und zu bleibender Erinnerung in sich auf. Unentbehrlich endlich war und blieb ihm die Zwiesprache mit der Natur. Wie auf Reisen, so daheim. Ein täglicher Gang ins Freie war ihm ebensosehr gemüthliches wie leibliches Bedürfniß, und jedes Wetter war ihm das rechte, um dem grünen oder dem entlaubten Thiergarten Erquickung abzugewinnen.

Fern von der großen Gesellschaft, lebte er doch keineswegs als Einsiedler. Sein meister geselliger Verkehr hatte einen ernsteren wissenschaftlichen Hintergrund. „An Anregungen," so schildert er selbst sein Leben in einem Briefe aus dem December 1879, „fehlt es nicht. Ich halte mich möglichst zurück, doch nicht von Allem. Den Historikern unter den hiesigen Gymnasiallehrern, die einmal im Monat zusammenkommen, mag ich mich nicht entziehen, auch nicht der alten, seit 1862 bestehenden Mittwochsgesellschaft, einem gemüthlichen Auszug Gleichgestimmter aus der Akademie. Da drängt es sich denn doch zuweilen mit Vorträgen und Disputationen. Bei aller Abneigung gegen Berlin muß ich zugeben, daß eine

gleiche Auswahl geiſtiger Kräfte doch nur hier zu haben iſt. Daneben blühen dann noch die ſtillen Freuden des Archivs und die ſehr ſaure Arbeit der alten Geſchichte." Im November 1864 war Duncker in die Mittwochsgeſellſchaft aufgenommen worden. Als die Geſellſchaft ihre dreihundertſte Sitzung hielt, hatte er als Aelteſter den Feſtvortrag. Er war in der That der geeignetſte Feſtredner. Denn wie harmloſe Fröhlichkeit auf dem Grunde arbeitsvollen Lebensernſtes die Tonart war, auf die ſein Gemüth, beſonders in dieſen Jahren des Alters geſtimmt war, ſo ſagte ihm dieſe Art von Geſelligkeit ganz vorzugsweiſe zu. An dem Tage, wo er ſein Haus der Geſellſchaft zu öffnen hatte, war ſeine Zeit ihm nie zu koſtbar, um durch Aufräumen und Möbelrücken ſein Arbeitszimmer eigenhändig für ihren Empfang vorzubereiten. Mit den Mitgliedern der Geſellſchaft haben bei ſeinem Scheiden auch deren Frauen getrauert. Die jedesmalige Wirthin nämlich war berechtigt, als einzige Frau der Tafelrunde anzugehören; ſie erhielt ihren Platz neben dem Aelteſten der Geſellſchaft. Das war ſeit Dorners Hingang Duncker, und Allen war er der willkommenſte Nachbar, nicht nur weil er harmlos war, ſondern weil er ein ſicheres Gefühl für die Perſönlichkeit hatte, der er gegenüberſtand: die einfachſte Frau konnte ſich neben ihm nicht befangen fühlen, und die bedeutendſte ging bei ihm nicht leer aus.

Was man in der Jugend wünſcht, das hat man im Alter genug. Noch ganz eigen ſchien ſich das gute alte Wort an unſerem Freunde bewähren zu ſollen, als die philoſophiſche Facultät bei ihm anfragen ließ, ob er ſich nicht entſchließen könne, der Nachfolger Droyſens auch auf deſſen Lehrſtuhl an der Berliner Univerſität zu werden. Es war ſicherlich — was auch ſonſt dabei mitgeſprochen haben mag — ein Zeichen der Zeit, daß dem Dreiundſiebzigjährigen ein ſo bedeutendes Lehramt angetragen wurde und daß das Miniſterium die Annahme ſogar lebhaft wünſchte: — man konnte Droyſen nicht durch einen Lehrer von einſeitiger Fachbildung erſetzen wollen, und die univerſalhiſtoriſche Bildung, welche Duncker mit Droyſen gemein hatte, war ſelten geworden. Die in ihrer Art einzige Auszeichnung that Duncker wohl und zwang ihn noch einmal zu einer gewiſſenhaften Prüfung. Er durfte ſich ſelbſt nicht zumuthen und wollte ſich ſelbſt nicht zutrauen, was durch den

Antrag ihm auferlegt werden sollte. Wenn derselbe ein Jahrzehnt früher gekommen wäre! Nun aber hatte er über die ihm etwa noch vergönnten Tage und über die Kräfte, die er in sich fühlte, bereits verfügt. Seine sichere Wirksamkeit an der Kriegsakademie, die Fortarbeit an der Geschichte des Alterthums durfte er nach seiner Ueberzeugung nicht aufs Spiel setzen, um sich eine Lehrwirksamkeit an der Universität zu begründen, deren Erfolge sich auch bei außergewöhnlichen Anstrengungen nicht verbürgen ließen. Die Zeit war gekommen, sich zu bescheiden. Rascher und leichter als bei der Berufung nach Heidelberg und bei dem zweiten Tübinger Rufe entschied er sich für die Ablehnung.

Und so widmete er denn den selbstgesetzten Aufgaben den Rest seiner Kraft. Er hatte die Freude, den letzten Band seiner griechischen Geschichte zu Weihnachten 1885 seinen Freunden auf den Tisch legen zu können. „Ueber die Aufnahme, die er finden wird," schrieb er, „bin ich außer Stande, mir eine halbwegs sichere Vorstellung zu machen. Ohne starke Anfechtung wird er seinen Weg nicht machen." Das Für und das Wider sind nicht ausgeblieben: er würde Beides ruhig über sich haben ergehen lassen. Allein nur die ersten Anläufe des Kampfes sollte er erleben. Seine Tage waren gezählt.

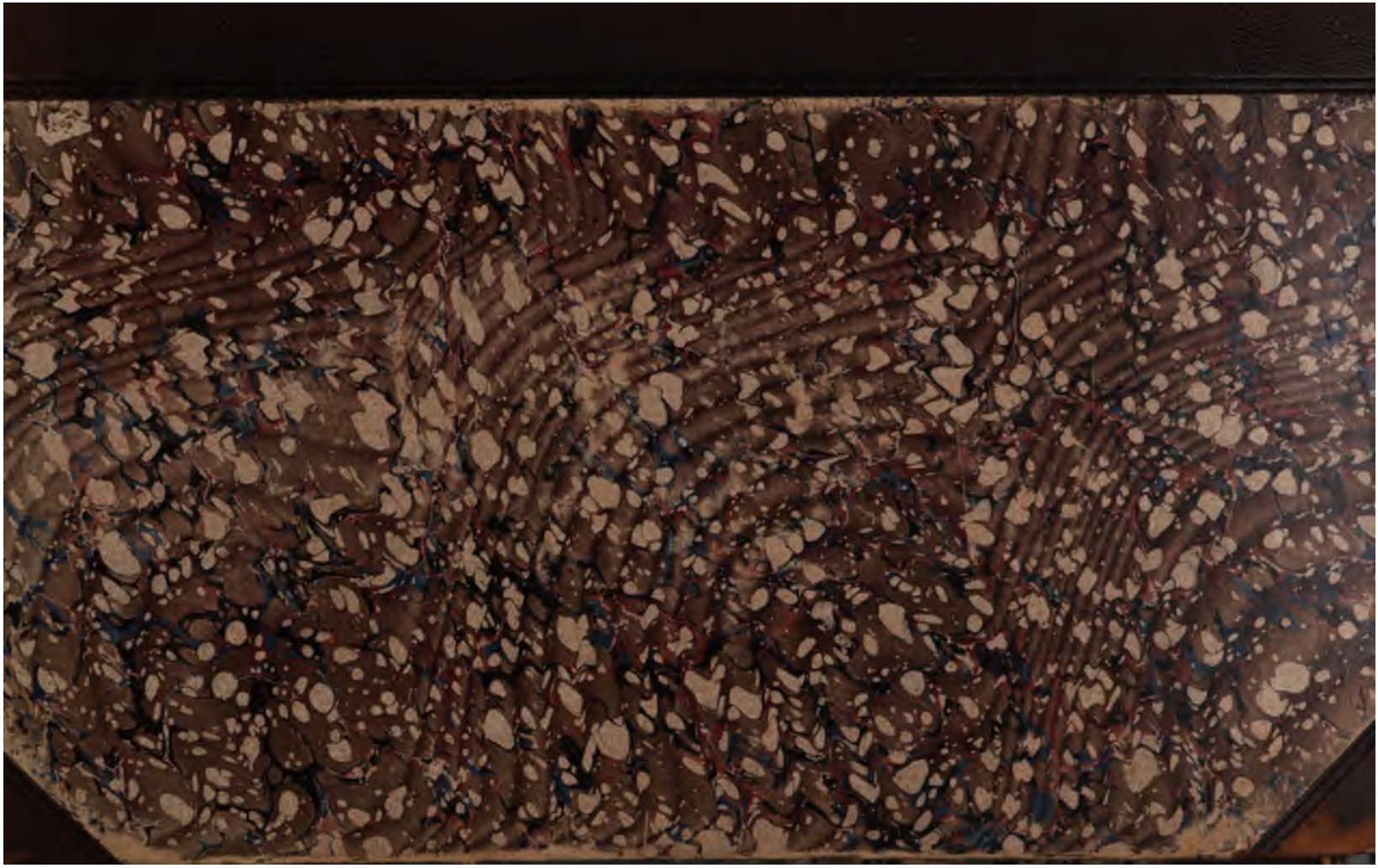
Im Frühjahre 1886 — unsere Erzählung schließt sich hier eng den Aufzeichnungen von Frau Duncker an — traten krampfartige Schmerzanfälle, die im sogenannten Sonnengeflecht am fühlbarsten reflectirten, ohne daß ein bestimmter Ausgangspunkt anzugeben gewesen wäre, mit vollständiger Plötzlichkeit in häufiger Wiederholung auf. Duncker selbst hielt sie für verstärkte Wiederkehr einer ihm seit der Jugend geläufigen neuralgischen Beschwerde, gegen welche ihm zwar stets auch der Gebrauch von Karlsbad, aber nicht minder Aufenthalt und Bewegung in hoher Luft geholfen hatte. Diesmal sollte das Hochgebirge helfen, und mit wahrer Sehnsucht strebte er nach dem herrlichen Pontresina. Noch hatte er in voller geistiger Rüstigkeit seines Lehramtes an der Kriegsakademie gewaltet, wenn auch während der letzten Vorträge unter gewaltsamem Verbergen heftig auftretender Schmerzen. Nicht leicht wurde es ihm, daheim abzurechnen. Zwei vielverheißende Packete aus dem Hausarchive mußte er unentsiegelt zurücklassen —

einige ausgesuchte Bände griechischer, römischer und deutscher Klassiker beschwerten seinen Reisekoffer.

Ein Ruhetag in Eisenach war ihm willkommen, wenn er ihn auch zu ausgedehnten Spaziergängen verwendete. Auf der Weiterreise indeß, plötzlich, im Eisenbahncoupé, während er noch eben an eine freundliche Begegnung auf dem Bahnhofe von Würzburg zurückdachte und seinen Blick an den lieblichen Rebengeländen zur Seite des Weges weidete, übermannte ihn unleidlicher Schmerz, so daß er in der Angst die Eisenstäbe der Sachenhalter verbog, an die er sich geklammert hatte. „In Ansbach" — so schließt Frau Charlotte ihren Bericht — „mußten wir den Zug verlassen und, mit nothdürftigem Handgepäck versehen, einen Gasthof zu erreichen suchen. Unter den qualvollsten Leiden hat er dort — nachdem uns nur noch einmal ein halber Tag des Hoffens gewährt worden war — am 21. Juli den letzten Athemzug gethan"

Beim Rückblick auf das Leben des Freundes, das wir erzählt haben, mag sich leicht die Betrachtung aufdrängen, daß es nicht mit Ergebnissen abgeschlossen habe, die, einzeln oder zusammengenommen, zweifellos auf geschichtliche Dauer rechnen könnten. Als Mann der Wissenschaft hat er, durch eine Wahl, die doch nicht ganz freie Wahl war, auf ein seinem eigensten Wesen nicht völlig gemäßes Gebiet historischer Forschung und Darstellung verschlagen, zwar reichlich Licht verbreitet und Ordnung geschaffen, aber doch nur auf den von Anderen gelegten Fundamenten weiter gebaut, so daß er nicht anders als in der mühevollsten Nach- und Fortarbeit sein Werk gegen die umwälzenden und vorwärtsdringenden Entdeckungen und Untersuchungen ganzer Schaaren gelehrter Fach- und Theilarbeiter zu schützen vermochte. Durch die Pflicht des Nachholens und Vollendens an die alte Geschichte gefesselt, hat er umgekehrt für die neuere, der er mit seinem Herzen und Streben eigentlich angehörte, eben nur einzelne Bausteine liefern können und auf die Freude, sie zu einem wirkungsvollen Ganzen zu verbinden, verzichten müssen. Als Politiker, nachdem er der Politik die endlich zu einer glücklichen Wendung gekommene Laufbahn des Universitätslehrers geopfert hatte, hat er zu zwei Malen in zwei verschiedenen

Stellungen, an die sich die Hoffnung des entscheidendsten Einflusses auf unser Staatsleben knüpfte, abdanken und sich in die stillere Werkstätte der Wissenschaft zurückziehen müssen. Die, sei es auf gerader, sei es auf gewundener Linie stetig zu unbedingt von der Welt anerkannten Erfolgen, zu geschichtlichem Ruhme, zu Glanz oder Macht emporstrebenden Wege hat er zu gehen nicht verstanden. Es kann scheinen, daß der Politiker mit dem Historiker, der Gelehrte mit dem Praktiker im Streite gelegen, und daß er darum wiederholt zum Abbrechen und zu neuen, oft fehlschlagenden Anläufen gezwungen worden sei.

Er war danach kein großer Mann in dem Sinne, den die Welt damit zu verbinden pflegt. Weder die Gaben, die er besaß, noch das Glück, das den Gaben folgt, machten ihn dazu. Aber ein bedeutender, vorzüglicher Mensch ist er gewesen. Das Bruchstückweise seines Lebens fügt sich dennoch zu einem erfreulichen Ganzen, weil es aus dem Ganzen heraus gelebt wurde. Weil er, obgleich an verschiedenen Stellen und in verschiedenem Stoffe wirkend, durchaus sich selbst treu blieb, so hat es ihn wenig bekümmert, daß er hier und da scheiterte, und mit unverbittertem Gemüthe hat er die Fahrt in anderen Gewässern und nach anderen Zielen wieder aufgenommen. Es ist ihm kaum in den Sinn gekommen, daß es sich im Leben noch um etwas Weiteres handeln könne, als darum, mit bestem Wissen und Gewissen seine Schuldigkeit zu thun.

So ist er aufrichtigen Sinnes und mit aufrechtem Muthe ebenso durch verwickelte Lagen, wie in der Wissenschaft durch verwickelte Fragen hindurchgeschritten. So rein sachlich hat er die ihm gestellten Aufgaben behandelt, daß er persönliche Rücksichten, auch nöthige und erlaubte, übersah, die Kunst aber der höfischen wie der populären Geschmeidigkeit völlig verachtete. Wie ihn diese Sachlichkeit zuversichtlich und fröhlich, so machte sie ihn bei allem Selbstgefühl bescheiden. Zur Anerkennung fremder Gaben und Leistungen allezeit bereit, war er, unerbittlich gegen Lüge und Gemeinheit, übrigens duldsam, milde und versöhnlich. Ein Bild ernster Männlichkeit, stattlich, fest und stramm auch in seiner äußeren Erscheinung, leuchtete reinste Herzensgüte und die Unschuld eines kindlichen Gemüths aus seinen Augen. „Ernst, treu